

Georgi Watschnadse

RUSSLAND ohne Zensur

E i n e B i l a n z

Zweitausendeins

Die ehemalige Sowjetunion ist uns näher als wir glauben, keine 1000 km, nicht weiter als Italien oder Spanien. Verstreut über dieses Gebiet, das größte Staatsterritorium, das es auf der Erde je gab, existieren Waffenarsenale mit Zehntausenden von Atomsprengköpfen, Megatonnen chemischer Waffen. An vielen Orten herrscht offener Bürgerkrieg. Teile der Sowjetarmee, komplett mit Mannschaft und Gerät, werden als Söldner an die Bürgerkriegsparteien verkauft. Bestechung grassiert. Die Hälfte des bewässerten Agrarlandes ist versalzen. Die Lebenserwartung ist dramatisch niedrig. Städte und Dörfer nördlich des Polarkreises sind von einem zum Teil drei Kilometer breiten Ring aus Müll, Schutt und Schrott umgeben.

Der GAU in Tschernobyl erregte die Weltöffentlichkeit. Tschernobyl und der verlorene Krieg in Afghanistan gaben den Anstoß zum Zerfall der UdSSR.

In Wahrheit aber – so der Autor – leidet das Land unter 50 Tschernobyls, durch Atomtests, verantwortungslosen Umgang mit Atommüll, durch geheimgehaltene Havarien in weit größerem Ausmaß als Tschernobyl. In Kyschtym (Ural) wurde 40 Jahre lang waffenfähiges Plutonium hergestellt; die hochgiftigen und schwer strahlenden Abfälle wurden in den benachbarten Fluß

und einen See gekippt. Das Flußsystem ist auf 1000 km verstrahlt, der See eine nukleare Zeitbombe: Hier liegen Abfälle mit einer Gesamtradioaktivität von 20 Tschernobyls einfach im Wasser. Wer mit Dollar zahlt, darf dort bis heute seinen strahlenden Müll abladen. In mehreren Zentren wurde die Produktion von bakteriologischen Waffen bis heute noch nicht eingestellt. Dabei kam es immer wieder zu Unfällen. Menschen starben massenhaft an Milzbrand; im Mai 1988 sind innerhalb weniger Tage eine halbe Million Saiga-Antilopen verendet. Im Juli 1989 brach unter der Bevölkerung die Pest aus.

Für das Weltklima ist Sibirien nicht weniger wichtig als die Regenwälder. Alle sechs Stunden versickert in Sibirien und Rußland soviel Rohöl im Boden, wie bei der Exxon-Valdez-Katastrophe ins Meer lief.

Im Norden gibt es eine Gegend des Irrsinns. Hier verläuft die 1300 km lange Eisenbahnlinie, von einer Million Häftlingen gebaut, auf der nie ein richtiger Zug fuhr. Ein riesiger Landstrich sitzt buchstäblich auf Gold, aber der Abbau rentiert sich nicht, weil der Staat nur 10 Cent pro Gramm Gold offeriert und überdies schuldig bleibt.

Bei der Erdöl- und Gasförderung hat man zwischen 1960 und 1980 riesige Sprengungen mit.

Georgi Watschnadse

Rußland ohne Zensur

Eine Bilanz

Aus dem Russischen
von Boris Blumkine und Rachid Sabitow

Zweitausendeins

1. Auflage, Mai 1993.
Deutsche Erstausgabe.

Copyright © 1993 by Georgi Watschnadse.

Die Russische Originalausgabe erschien im April 1993 im Verlag Kniga, Ltd., Moskau, unter Mitwirkung des Blaue Hörner Verlag Bernd E. Scholz, Marburg, unter dem Titel «Gorjatschie totschi» [Rußlands heiße Punkte].

Copyright © 1993 für die deutsche Übersetzung und alle Karten, ausgenommen «Staatliche Gliederung und Nationalitäten», bei Zweitausendeins, Postfach, D-60381 Frankfurt am Main.

Die Karte «Staatliche Gliederung und Nationalitäten» (Innenseite der hinteren Umschlagklappe) wurde nach einer Vorlage von Joachim Zwick, Gießen, erstellt. Wir danken der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, und dem Autor für die freundliche Abdruckerlaubnis.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der mechanischen, elektronischen oder fotografischen Vervielfältigung, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, des Nachdrucks in Zeitschriften oder Zeitungen, des öffentlichen Vortrags, der Verfilmung und Übertragung durch Rundfunk, Fernsehen oder Video, auch einzelner Text- oder Bildteile.

Der gewerbliche Weiterverkauf und der gewerbliche Verleih von Büchern, Platten, Videos oder anderen Sachen aus der Zweitausendeins-Produktion bedarf in jedem Fall der schriftlichen Genehmigung durch die Geschäftsleitung vom Zweitausendeins Versand in Frankfurt.

Die Übersetzung wurde von Tina Delavre, Anja Klamt und Birgit Stratmann durchgesehen.

Das »Glossar zur deutschen Ausgabe« hat Martin Weinmann zusammengestellt.

Lektorat Martin Weinmann, Wiesbaden.

Umschlaggestaltung Fuhr & Wolf, Frankfurt am Main.

Herstellung Dieter Kohler & Bernd Leberfinger, Nördlingen.

Kartographie Kartographisches Institut und Verlag G. Nabert, Frankfurt am Main.

Satz, Druck und Bindung Wagner GmbH, Nördlingen.

Gesetzt aus der Walbaum-Antiqua.

Gedruckt auf chlor- und säurefreies Werkdruckpapier >Demeter<, geliefert durch E. A. Geese, Hamburg.

Printed in Germany.

Dieses Buch gibt es nur bei Zweitausendeins im Versand (Postfach, D-60381 Frankfurt am Main) oder in den Zweitausendeins-Läden in Berlin, Essen, Freiburg, Hamburg, Köln, München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart.

In der Schweiz über buch 2000, Postfach 89, CH-8910 Affoltern a. A.

ISBN 3-86150-013-2

Inhalt

Einleitung	1
Die Sowjetunion ist gescheitert – wird auch die Russische Föderation zerfallen	
I. Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung	
Ural	21
Die radioaktive Belastung in Kyschtym wird auf das 24fache von Tschernobyl geschätzt	
Sibirien	38
Das schwarze Gold verlängerte die Agonie des Kommunismus um 30 Jahre	
Der russische Norden	72
Genozid: von den Straflagern Stalins zu atomaren Mülldeponien und Atomwaffentestgeländen	
Im Fernen Osten	92
Zusammen mit Japanern, Koreanern, Chinesen und Amerikanern	
II. Republiken mit nichtchristlicher Revölkerung	
<i>Das Erbe Stalins und Dschingis Khans</i>	
Mordwinien	109
Das Atomzentrum Arsamas-16	
Tschuwaschien	114
Das berühmte Schwarzbier	
Mari El	116
Rüstung	
Tatarstan	119
Rußlands moslemische Metropole	
Udmurtien	136
Chemische Waffen	
Baschkortostan	144
Unfälle und Katastrophen	
Karelien	155
Die ehemalige Provinz Finnlands: heruntergewirtschaftet	

Komi	160
Die Heimat des GULag	
Jakutien – Sacha	107
Eigene Diamanten und Gold	
Burjatien	180
Wiedergeburt des Buddhismus	
Tuwa	190
Ohne Russen	
<i>Der zweite Kaukasische Krieg hat begonnen</i>	
Dagestan	194
Zwölf Staatssprachen	
Republik der Kabardiner und Balkaren	198
Hundert Jahre Krieg mit Rußland	
Kalmykien	202
AIDS und Urangruben	
Nordossetien	205
Der Hauptbrückenkopf für russische Truppen im Kaukasus	
Tschetscheno-Inguschetien	213
Umzingelt	
Nordkaukasus	231
Das bedeutet Vietnam, Libanon und Afghanistan zugleich	
III. Die Macht	
...zu Lande	255
Atombomben für den Export	
... im Weltraum	265
Kernreaktoren auf der Umlaufbahn	
...zu Wasser	277
«Herrenlose» Flugzeugträger	
...im Herzen Rußlands	284
Industrie und Wissenschaft orientieren sich am Bedarf des Militärs	
... und die Menschenrechte	299
Mit Zensur und Gesetzlosigkeit wird es kein menschenwürdiges Leben geben	
Anhang	
Die Russische Föderation (Rußland) und ihre Territorialgliederung	315
Glossar zur deutschen Ausgabe	350

Einleitung

Die Sowjetunion ist gescheitert – wird auch die Russische Föderation zerfallen?

Die nationalen Republiken und autonomen Kreise der russischen Föderation sind entschlossen, keine Steuern mehr an die Zentralregierung in Moskau abzuführen und über vorhandene Bodenschätze, über Grund und Boden sowie über die Produktionskapazitäten auf ihren souveränen Territorien selbst zu bestimmen.

Aber auch in rein russischen Gebieten, im Ural, in Sibirien und im Fernen Osten, wird über die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit debattiert und wächst die Entschlossenheit, auf die Souveränität dieser Wirtschaftsregionen hinzuwirken.

Was wird von der Russischen Föderation bleiben, wenn diese drei Regionen ihre Unabhängigkeit verlangen? Wenn Rußland auch noch diese Regionen verlieren sollte, wird sein Territorium auf gerade noch ein Achtel zusammenschrumpfen.

Der desolate Zustand der Umwelt, der hoffnungslos vernachlässigte Sozialbereich und die Verelendung der Bevölkerung bilden eine überaus explosive politische Situation. Noch ein paar Fehler der Moskauer Zentrale, und das ganze russische Reich stürzt ein wie ein Kartenhaus und zerfällt in Kleinstaaten.

Dieses Konglomerat von Gebieten und Völkern wurde in den letzten 70 Jahren nur durch Bajonette, durch die Unterbindung jeglicher öffentlicher Meinungsbildung und durch eine Politik der Geheimhaltung zusammengehalten. Inzwischen ist kein Geld mehr da; diesen GULag weiterhin zu unterhalten, ist zu teuer. Die Armee löst sich auf, ehemals geheime Dokumente werden publik.

Beim Lesen russischer Zeitungen aus dem Jahr 1992 stehen einem die Haare zu Berge. Was hat man dem eigenen Volk angetan? Sol-schenizyn hatte die Schrecken der Konzentrationslager der Leninund der

Einleitung

Stalinzit geschildert. Es bedarf eines weiteren Solscheni-zyns, um allen vor Augen zu führen, was die Sowjets seit den fünfziger Jahren im eigenen Land angerichtet haben. Der militärisch-industrielle Komplex ist ein Moloch, der alles verschlungen hat: Arbeitskräfte, Natur und Bodenschätze. Als dann aber damit begonnen wurde, die Rüstungsproduktion abzubauen, brach die Wirtschaft vollends zusammen.

In den achtziger Jahren trug Rußland Breschnew, Andropow und Tschernenko zu Grabe, 1991 hat es Gorbatschow den Stuhl vor die Tür gesetzt und Jelzin vereidigt. Jeder Führungswechsel leitet einen langwierigen Umbesetzungsprozeß in der gesamten Administration ein – vom Minister bis hinunter zum Hausmeister. Der Zerfallsprozeß der UdSSR hat Dilettanten an die Macht kommen lassen, die keineswegs weniger Fehler und Verbrechen begangen hatten als die alte Parteinomenklatura.

Rußland ist immer von denjenigen geplündert worden, die die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und die Betriebe hatten. Früher hat man Rohstoffe und Waffen exportiert, um der Weltrevolution zu dienen und die marode eigene Wirtschaft über Wasser zu halten. Heute werden Rohöl, Rundholz, Kalaschnikows, Suchoi-Jagdflugzeuge, Uran und Frauen exportiert, damit ein paar Tausend russischer Parvenüs ihre Bankkonten im Ausland auffüllen können. Bezeichnenderweise stellen die neuen Fürsten aus der russischen Provinz dieselben Ansprüche wie die Repräsentanten der demokratischen Macht in Moskau.

Geschenke für die Rüstungsindustrie. Die Nachrichtenagentur ITAR-TASS meldete am 15. September 1992, die Regierung der Russischen Föderation habe die Rüstungsaufträge für 1993 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Der militärisch-industrielle Komplex bekommt in Rußland traditionsgemäß den Löwenanteil an qualifizierten Arbeitskräften, an Devisen, an wertvollen Rohstoffen und an Produktionsmitteln. Gerade die Rüstungsbetriebe haben den größten Teil der Industrieerzeugnisse für zivile Bereiche produziert – von Anlagen und Werkzeugmaschinen bis zu Kochtöpfen und Bügeleisen. Ganz zu schweigen davon, daß

Rüstungsaufträge in jedem zivilen Betrieb stets vorrangig behandelt wurden. Sie sind immer ohne Wenn und Aber erledigt worden, denn schließlich hat das Militär auch immer gut bezahlt.

Auch heute ziehen es Rüstungsbetriebe und ihre Zulieferfirmen vor, einen Auftrag über die Beteiligung am Bau eines Atom-U-Boots oder eines Satelliten zu erhalten, statt sich mit der Produktion ziviler Güter abzulassen, die wegen ihrer niedrigen Qualität nicht exportfähig sind und wegen der hohen Selbstkosten und der allgemeinen Geldknappheit auch im Inland nur schwer abgesetzt werden können.

Gegen Ende 1992 witterte auch die Armee wieder Morgenluft. Nachdem sie sich im Baltikum wie der Elefant im Porzellanladen aufgeführt hatte, wandte sich die Moskauer Generalität den Kriegsschauplätzen im Kaukasus und in Mittelasien zu. Manche Kommandeure, die in Afghanistan Karriere gemacht und ein beachtliches Vermögen zusammengetragen haben, sind auf den Geschmack gekommen und treiben jetzt das gleiche Spiel im Süden der Ex-UdSSR. Sie verkaufen in großem Stil Panzer und Flugzeuge an die kämpfenden Parteien in Armenien und Aserbeidschan, in Georgien, in Tadschikistan und im Dnestrgebiet.

Die Grundstrukturen des Verteidigungsministeriums und der beiden allmächtigen und autonomen Behörden – die Apparate der militärischen Abwehr (GRU) und des KGB – sind personell unverändert geblieben. Auch ihre Gesinnung ist die alte. Tausende von Generälen und Millionen von Offizieren, die das Geld der Steuerzahler verschleudern, sind nach wie vor den alten russischen imperialen Vorstellungen verhaftet.

Hatte sich das Leben der Polen, Finnen und Balten verschlechtert, nachdem sie sich von Rußland 1917 abgenabelt hatten? Wird die russische Nation ohne Mittelasien, Kasachstan, Transkaukasien und Tschetschenien verarmen? Hatten es die Russen nötig, sich in alle europäischen Konflikte der beiden letzten Jahrhunderte einzumischen? War es denn notwendig, den Nordkaukasus zu erobern und in unzähligen Kriegen im 19. und 20. Jahrhundert soviel russisches Blut zu vergießen? Welchen Sinn hatte es, sich auf die Provokationen des Westens einzulassen und in einen Rüstungswettkampf hineinzuziehen zu lassen? Warum fehlt der Mut, die mörderische Kriegsmaschinerie

Einleitung

anzuhalten? Während das von der Inflation gebeutelte Volk hungert, werden weiterhin Kriegsschiffe auf Kiel gelegt, Tausende von Panzern produziert und neue teure Waffensysteme entwickelt. Warum?

Jahrhunderte hindurch wurde an einem großen russischen Reich gebaut, in das Dutzende nicht-russischer Völker eingegliedert wurden. Den Russen hat das aber nicht zum Vorteil gereicht. Sowohl die russischen Zaren als auch die Generalsekretäre der KPdSU dachten nicht daran, den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung zu heben. Vielmehr schmiedeten sie alle möglichen geopolitischen Pläne in bezug auf fremde Gebiete – mit dem einzigen Unterschied, daß die Bolschewiken die imperialen Pläne der russischen Monarchie auf die Spitze getrieben und bis ins Absurde übersteigert haben. Die Ideen des Kommunismus haben, wie Dostojewski voraussah, einhundert Millionen Menschenleben gekostet.

Die Moskauer Zentralgewalt stellt Jahr für Jahr immer deutlicher unter Beweis, daß sie unfähig ist, im Interesse der in der Provinz lebenden Menschen zu handeln. Die Moskauer Machthaber waren gezwungen, sich aus Polen und aus dem Baltikum zurückzuziehen. Und sie werden sich überall zurückziehen müssen, wo es ihnen nicht gelingt, die Lösung der Wirtschaftsprobleme den örtlichen Verwaltungen zu übertragen. Privateigentum und eine mit Machtbefugnissen ausgestattete effektive örtliche Verwaltung, die das Vertrauen der Wähler genießt – das ist es, was Rußland braucht. Andernfalls wird es, wenn die jetzigen Zustände noch zehn oder zwölf Jahre fortbestehen, in einen Zustand unheilbarer Lähmung versinken. Es ist heute schon ein dahinsiechendes Land.

Die ökologische Katastrophe. Der Schleier, der über so viele offizielle Statistiken ausgebreitet war, ist seit Auflösung der UdSSR gelüftet worden. Inzwischen haben wir erfahren, daß die Sowjetunion die höchste Säuglingssterblichkeit in Europa hat. Von 1 000 Neugeborenen sterben im Landesdurchschnitt 27, in einigen Gebieten sogar 110. In der UdSSR kam jedes zehnte Kind mit genetischen Schäden zur Welt. Bei 45 Prozent der Wehrpflichtigen wurden seelische Störungen festgestellt. Im Jahre 1989 sind in der UdSSR 10,2 Millionen psychisch Kranke registriert worden.

Nach einer Statistik aus dem Jahre 1991 sind 53 Prozent der sowjetischen Schüler gesundheitlich geschwächt. Bis zu acht Prozent aller Kinder sind geistig oder körperlich behindert. 152 Millionen der 287 Millionen Einwohner der UdSSR haben eine schwache Gesundheit, davon sind 50 Millionen chronisch krank oder körperlich behindert. Jede vierte Frau kann wegen genetischer Schäden kein gesundes Kind zur Welt bringen, jeder vierte Mann ist zeugungsunfähig.

Die Lebenserwartung des Sowjetbürgers liegt mit 69,5 Jahren um acht bis zehn Jahre unter den Durchschnittswerten von 44 kapitalistischen Ländern.

Angesichts der dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen – Hyperinflation, Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit, Kriege, Flüchtlingselend, Kriminalität, belastete Nahrungsmittel usw. – nehmen diese Zahlen besorgniserregende Dimensionen an.

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Moskauer beträgt 65 Jahre. Damit steht Moskau an 70. Stelle unter den 91 größten Städten der Welt. Bis zu einem Drittel der Milchprodukte, die in der russischen Hauptstadt angeboten werden, sind mit Kolibakterien infiziert. Der Gehalt an Schwefeldioxid in der Luft ist doppelt so hoch wie in New York und achtmal so hoch wie in Paris. Wir in Rußland atmen Benzopyren nicht nur ein, sondern nehmen es auch mit dem täglichen Brot zu uns. Denn das Brotgetreide wird in Rußland mit Gasen aus der Verbrennung von Dieselöl getrocknet. 30 Prozent der in Moskau angebotenen Lebensmittel enthalten Pestizide. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums der UdSSR von 1987 waren 21 Prozent der Wurstwaren durch giftige Chemikalien belastet.

Die Führung hat das alles gewußt. Deshalb wurden Zehntausende der «linientreuesten» Moskauer Apparatschiks und deren Familien mit unbelasteten Lebensmitteln aus Sonderwirtschaften und Sonderbetrieben versorgt. Da gab es Sonderbrot, Sonderwurst, Sondergemüse, Sonderbier, Sonderlimonade usw. Sie wohnten auch den größten Teil des Jahres auf Sondersommerhäusern in ökologisch sauberen Gegenden außerhalb der Stadt und ließen sich in Sonderkrankenhäusern und Sonderpolikliniken behandeln, denen alle erdenklichen westlichen Medikamente und medizinisches Gerät zur Verfügung standen. Ihre Ferien verbrachten sie meist in Kurorten im

Einleitung

Ausland. Selbstverständlich waren solche Privilegien unentgeltlich. Aber letztlich haben sie doch sich selbst und ihre Kinder betrogen. Auch wenn man kein verseuchtes Leitungswasser trinkt und nur Mineralwasser aus Heilquellen zum Trinken, Kochen und Waschen verwendet, bleibt die Atemluft für alle ein und dieselbe. Die Wahrscheinlichkeit, einmal gesunde Enkel zu bekommen, ist für alle nicht sehr hoch.

Das Gesundheitsministerium der UdSSR setzte den Grenzwert für radioaktive Substanzen zehnmal so hoch an wie im Westen. Daher tun Kinder der Nomenklatura recht daran, im Westen zu studieren, dort zu heiraten und auf bessere Zeiten zu warten.

Was war denn bisher in den Randgebieten so Usus gewesen? Da stellt ein Parteibonze aus Moskau Chemiefabriken und sonstige umweltschädigende Produktionseinheiten ohne Filteranlagen hin, läßt ein paar Mietskasernen hochziehen, findet die Arbeiter mit einem Hungerlohn ab und bekommt ein Dutzend Orden, eine schöne Wohnung und eine Datscha bei Moskau, weil er es verstanden hat, so viel einzusparen. Nach all dem, was er in seinem Gebiet, seiner Republik oder seiner Region angerichtet hat, wird es ihm kaum einfallen, sich dort auch zur Ruhe zu setzen. Vielleicht müßte er nicht gerade um sein Leben zittern, aber in diesem allgemeinen Verfall und Chaos hätte er ein ziemlich trostloses Dasein vor sich.

Allein die Holzverarbeitungskombinate emittieren jährlich mehr Dioxine, als von den USA während des ganzen Vietnam-Kriegs eingesetzt wurden. In der Russischen Föderation jagen die Industriebetriebe jährlich 37 Millionen Tonnen Schadstoffe durch den Schornstein. Hinzu kommen 20 Millionen Tonnen Abgase von vorsintflutlichen Kraftfahrzeugen und 23 Milliarden Kubikmeter Abwässer, die in Flüsse und Seen gelangen. Der jährliche «Konsum» von Schadstoffen pro Kopf der Revölkerung beträgt in Rußland im Durchschnitt 400 Kilogramm.

Eine derart katastrophale Umweltsituation wie in Rußland findet man kaum woanders auf der Welt. Wo gibt es noch ein Land, in dem jedes zehnte Barrel des geförderten Mineralöls verschüttet wird? Welches andere Land vergibt Staatspreise für den Bau eines Kanals, bei dem 40 Prozent des Wassers verlorengehen? Wie verrückt mußte

man sein, um 120 Atomversuche «zu friedlichen Zwecken» vorzunehmen? Und wie groß ist die Liebe zu Rußland, wenn man es zur atomaren Müllkippe der Welt macht? Man hat es geschafft, die Wälder Sibiriens und des Fernen Ostens abzuholzen, die als «grüne Lunge» der Erde nicht weniger wichtig sind als die Regenwälder Brasiliens. Gibt es ein zweites Land, in dem die Hälfte der Lebensmittel so verseucht ist, daß die Bevölkerung in vielen Städten stirbt, bevor sie das Rentenalter erreicht hat?

Was ist ein Menschenleben wert? Wenn bei einem Flugzeugunglück auf Inlandslinien der UdSSR jemand zu Tode kam, wurde ein Versicherungsbetrag von 1 000 Rubel gezahlt. Im Oktober 1990 setzte der Staat die Entschädigung bei Flugzeug-, Zug-, Schiffs- und Busunglücken auf 15000 Rubel fest. In der UdSSR betrug die Höchstsumme einer freiwilligen Lebensversicherung 25 000 Rubel. Seit Januar 1991 gibt es eine obligatorische staatliche Lebensversicherung für Armeeingehörige in Höhe von ebenfalls 25 000 Rubel, unabhängig von den Umständen, unter denen der Betreffende ums Leben gekommen beziehungsweise verstorben ist. Das waren zum damaligen Kurs rund 500 Dollar.

In den Industrieländern zahlen die Lebensversicherungen hundert- bis zehntausendmal höhere Beträge. Dadurch werden die westlichen Unternehmer natürlich gezwungen, für eine hohe Sicherheit der in Verkehr und Produktion verwendeten Systeme zu sorgen.

Der Wert eines Menschenlebens ist innerhalb des in Rußland herrschenden Bewertungssystems so lächerlich gering, daß den zuständigen Verwaltungen auch der geringste Anreiz fehlt, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Sicherheit zu erhöhen. Im Krieg gegen Hitler verheizten die sowjetischen Heerführer Millionen eigener Bürger. In Friedenszeiten haben die Parteibonzen Riesenkontingente von Deportierten und Helfern bei den großen Bauprojekten des Kommunismus eingesetzt und geopfert – beispielsweise beim Bau des Weißmeer-Ostseekanals, der Städte Komsomolsk am Amur, Angarsk, Magnitogorsk, Sterlitamak, Salawat und anderen.

Hinsichtlich der Selbstmordquote gehörte Rußland 1989 mit 30 Fällen pro 100 000 Einwohner zu den «führenden Nationen». In den

Einleitung

USA lag damals diese Rate bei zwölf Fällen. Inzwischen hat sich der Abstand weiter vergrößert.

Weder in der GUS noch in Rußland gibt es Obdachlosenheime, obwohl sich die Zahl der Obdachlosen beziehungsweise Landstreicher nach Angaben der Zeitung *Delowoi mir / Business World* [Welt des Handels] vom 22.8. 1992 allein im europäischen Teil Rußlands auf sechs bis sieben Millionen beläuft. In der Zarenzeit wurde für diese Armen gesorgt. Später wurde kein Gedanke mehr an sie verschwendet. Die Kommunisten errichteten Paläste für ihre Kreis- und Gebietsparteileitungen. Die Kirche ist heute vollauf damit beschäftigt, ihre Gotteshäuser wiederaufzubauen. Auf dem 1. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR gab der Abgeordnete Albert Lichanow bisher geheime Informationen bekannt: Die Polizei greift jährlich 900 000 obdachlose Kinder auf. Hinzu kommen Millionen von Flüchtlingen, vertrieben durch die Katastrophe in Tschernobyl, Erdbeben, Nationalitätenkonflikte u.a.m. sowie Millionen obdachloser Militärangehöriger und deren Familien. Mehr als eine Million Menschen ohne ein Dach über dem Kopf kommen jährlich aus Gefängnissen und anderen Anstalten, Kinderheimen und Internaten – oft mit psychischen Schäden und chronischen Krankheiten.

Die Verelendung der Massen, die Hyperinflation und die Arbeitslosigkeit nehmen immer größere Ausmaße an. Dies bedeutet weitere Millionen Menschen ohne Obdach und ohne Hoffnung, deren Unzufriedenheit sich jederzeit in einem der aus der Vergangenheit bekannten russischen Aufstände entladen könnte. Es entstand eine widersinnige Situation: Die Regierung läßt nicht erkennen, daß ihre Hauptsorge dem Volk gilt. Als Jelzin zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets Rußlands gewählt werden sollte, versprach er auf einer Pressekonferenz, 100 Millionen Rubel (zu den Preisen von 1990) für die Einrichtung von Wohnheimen für Obdachlose bereitzustellen. Er hat sein Wort nicht gehalten. Vielmehr erhebt das Sozialministerium von den Wohltätigkeitsorganisationen genauso drakonische Steuern wie von den Unternehmern.

Ausländern, die die UdSSR beziehungsweise die GUS besuchen, fällt auf, daß auf den Straßen kaum Rollstühle zu sehen sind und daß die kommunale Infrastruktur auf Körperbehinderte überhaupt nicht

eingestellt ist. Seit etwa zwei Jahren befaßt sich unsere Presse mit diesem Problem. Vordem existierte es offiziell nicht. Bis zu zehn Millionen Behinderter waren damit vom aktiven Leben ausgeschlossen. Die einheimische Prothetik hinkt in allen Bereichen der westlichen Technik um 50 Jahre hinterher.

Wie kam es zum Zerfall der UdSSR? Jedem sowjetischen Bürger leuchtete ein, daß die Art und Weise, den Boden zu bewirtschaften, die Produktion zu lenken und mit der Natur und den Menschen umzugehen, wie es die KPdSU tat, unzulässig, verwerflich und kurzsichtig ist. In Parteikreisen erzählte man sich folgenden Witz. Frage an Radio Eriwan: «Können wir den Sozialismus weltweit errichten, also nicht nur in Afrika, Asien und auf Kuba, sondern auch beispielsweise in den USA oder Frankreich?» Antwort: «Natürlich können wir das. Aber woher sollen wir dann Getreide beziehen, und wohin werden unsere Frauen zum Einkaufen reisen?»

Aufgrund eigener Erfahrungen hat jeder Dorfbewohner wissen können oder zumindest geahnt, daß die Hälfte der 20 Millionen Hektar bewässerten Landes versalzen ist und dringende Hilfsmaßnahmen notwendig sind. Jeder normale Mensch hat gewußt, daß die Menschen Rußlands nitrathaltige Nahrung verzehren, schmutziges Wasser trinken und verpestete Luft atmen werden, solange der Grund und Boden und die natürlichen Ressourcen keinen Marktwert haben und solange Kommunisten und Großmäuler über die Verteilung der Güter bestimmen.

Der ehemalige litauische Parlamentspräsident Vitautas Landsbergis hat behauptet, die Natur sei in Litauen und in den anderen baltischen Ländern ausschließlich durch sowjetische bzw. russische Truppen zugrunde gerichtet worden. Es sei deshalb die vorrangigste Aufgabe der Grünen, alles zu tun, um die Besatzer aus dem Land zu bekommen. Gibt es noch andere Gründe, weshalb die Russen im Baltikum einen einsamen Spitzenplatz auf der Beliebtheitskala erobert haben? Die Deportation von Hunderttausenden Einwohnern nach Sibirien und in Gebiete jenseits des Polarkreises. Die Massenflucht, die Massenenteignungen, die aufgezwungene menschenunwürdige Lebensweise.

Einleitung

Der ukrainische Parlamentschef Pljuschtsch macht die Politik der Unionsministerien und des ZK der KPdSU für die überaus schwere ökologische Krise in seinem Land verantwortlich. Die dichtbesiedelten Industriegebiete im Süden veröden schlicht und einfach, und zwar schon seit Jahrzehnten. Im Donez-Becken, im Gebiet Saporoschje und im Raum Mariupol ist die gesamte Umwelt vergiftet. Nach den Worten von Pljuschtsch ist die Ukraine ein «koloniales Anhängsel des Imperiums» gewesen. Die KPdSU habe sich in alles eingemischt, alles gelenkt, jedoch für nichts die Verantwortung getragen. Der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk war der Initiator des Zerfalls der UdSSR. Er verkündete als erster den völligen Bruch mit der Krenlführung. Diesen Schritt begründete er damit, daß die Ukraine zu lange und vergebens auf eine wirksame Hilfe der Führung der UdSSR bei der Beseitigung der Folgen von Tschernobyl gewartet habe.

Vier Jahre nach dem Reaktorunglück von 1986 besuchte Gorbatschow Weißrußland. Dabei mußte er feststellen, daß er bei der örtlichen Bevölkerung keinen Anklang fand. Denn auch den weißrussischen Tschernobyl-Opfern gegenüber war das offizielle Moskau völlig gleichgültig geblieben. Statt einen Dialog mit den nationalen Befreiungsbewegungen Ende der achtziger Jahre in Transkaukasien zu suchen und reale Zugeständnisse zu machen, hat das Moskauer Politbüro des ZK der KPdSU zugelassen, daß die damals noch friedlichen Demonstrationen in Tiflis und Baku mit einem Blutbad endeten. Durch Intrigen der Abwehr, des KGB und des ZK der KPdSU wurde der armenisch-aserbeidschanische Konflikt um Nagorny-Karabach ausgelöst und später mit allen Mitteln weiter geschürt. Auslöser des Streits waren armenische Schriftsteller. Armeniens Präsident Lewon Ter Petrossjan gibt zu, sein Land hätte sich nicht in Nagorny-Karabach engagieren sollen. Doch der Konflikt stammt noch aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft. In Baku kam es zu anti-armenischen Ausschreitungen, die von Moskau provoziert worden waren. Gorbatschows Erklärungen, weshalb die in Aserbeidschan stationierten russischen Truppen untätig geblieben seien, klangen dünn und waren ziemlich gewunden: Sie seien vier Tage zu spät gekommen und hätten es nicht mehr geschafft, rechtzeitig einzugreifen.

1991 schreckte die militärische Führungsspitze der UdSSR vor nichts mehr zurück. In Wilna und Riga wurden Zivilisten von Panzern niedergewalzt und die Fernsehstation besetzt, in Tiflis und Baku wurden Fernsehsender in die Luft gesprengt, im Kaukasus, in Mittelasien und in der Moldaurepublik wurden ganze Arsenale von Schußwaffen und schwerem Kriegsgerät, einschließlich Panzern, Flugzeugen usw., wahllos verkauft oder verschenkt.

Mit so simplen Manipulationen – kombiniert mit einem Lieferstopp von Energie, Lebensmitteln, Ersatzteilen und sonstigen Industrieerzeugnissen – erzielte Moskau gegen Ende 1991 das gewünschte Ergebnis: Das Baltikum, Transkaukasien, die Moldaurepublik und teilweise auch Mittelasien waren wirtschaftlich ruiniert.

40 Jahre lang wurde auf den Baumwollfeldern Kasachstans, Usbekistans und anderer mittelasiatischer Republiken ein «chemischer Krieg» geführt. Man düngte dort den Boden mit genverändernden Giften und sprühte Entlaubungsmittel. Um den Ernteertrag zu steigern, nahm man in der UdSSR in Kauf, Millionen von Menschen zu vergiften. Zur Baumwollernte wurden Menschen aus den Städten, ja sogar Kinder unter 12 Jahren, und zwar für mindestens zwei Monate geholt. Die Folgen der genverändernden Substanzen sind schrecklich und unkalkulierbar. Im Vergleich mit einer Atombombenexplosion, die eine Tragödie in einem Akt ist, handelt es sich bei den genverändernden Substanzen um ein endloses Drama mit einer zunehmenden Zahl von Mißbildungen bei Neugeborenen, von Schwangerschaftsproblemen und Geburtskomplikationen.

Die Statthalter des KPdSU-Regimes in Mittelasien und Kasachstan haben sich nicht dazu durchringen können, auf gesundheitsschädliche Düngemittel zu verzichten und Moskau dazu zu bewegen, die Kernwaffenversuche im Raum Semipalatinsk und die Erprobung biologischer Waffen im austrocknenden Aralsee einzustellen. Als Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU innehatte, bestand eine der ersten und wichtigsten Aktionen Moskaus im moslemischen Teil der UdSSR darin, ein paar Hundert Ermittlungsbeamte auf eine mehrmonatige Dienstreise nach Usbekistan zu schicken. Sie kehrten in der Republik das Unterste zuoberst und steckten Tausende von örtlichen Partei- und Wirtschaftsfunktionären hin-

Einleitung

ter Gitter. Dabei machten sie auch vor den obersten Chargen nicht halt. Vordergründig ging es dabei um Korruptionsbekämpfung, in Wahrheit aber setzte man damit die uneingeschränkte Unterordnung unter das Moskauer Politbüro des Zentralkomitees durch.

Alle nationalen Republiken litten unter dem schweren Joch der Russifizierung. Die einheimische Bevölkerung wurde künstlich auf eine nationale Minderheit reduziert, indem man massenweise Arbeitskräfte für riesige Industrieanlagen, die aus diesem Grund oft bewußt in «nationalen Randgebieten» angesiedelt worden waren, von außerhalb heranzog.

Die Tragödie Rußlands. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und das Reaktorunglück von Tschernobyl haben den Zerfall der UdSSR ausgelöst. Die sinnlose Politik des Kreml vor 1985 und die Unmoral der Machtinstanzen in der Zeit der Perestroika bildeten den Abschluß der kommunistischen Ära in Rußland. Die Menschen in Rußland haben der aufgelösten KPdSU und der UdSSR nicht sonderlich nachgetrauert. Denn selbst das verjüngte Politbüro mit Gorbatschow an der Spitze war nicht imstande gewesen, die wichtigsten Probleme der UdSSR zu meistern.

Erst 1992 wird nach und nach deutlich, daß die Atomenergiewirtschaft als Zulieferer des sowjetischen Verteidigungsministeriums fungierte und daß der Reaktorblock RBMK-100 von Akademiemitglied Alexandrow auf Grund von stümperhaften Fehlkalkulationen entwickelt und projektiert wurde, und zwar ohne Sicherheitsvorkehrungen und ohne Planungen für den Katastrophenschutz. Die Devise lautete, so kostensparend wie möglich zu arbeiten. Als Standort für das erste Atomkraftwerk der Ukraine wählte Moskau ausgerechnet eine Stelle im tektonisch gefährdeten Gebiet zwischen den Flüssen Dnjepr, Pripjat und Desna, auf lockerem ukrainischen Boden, von wo aus der Wind in Richtung des kaum 100 km entfernt liegenden Kiew weht. Es stellte sich heraus, daß die Katastrophe von 1986 hätte vermieden werden können, wenn man aus einem bisher unbekannt gebliebenen Unfall im Jahre 1982 im selben Kernkraftwerk in Tschernobyl die entsprechenden Konsequenzen gezogen hätte.

Über das wahre Ausmaß der Katastrophe in Tschernobyl darf die russische Presse erst seit August 1989 berichten. Eine Karte der durch

das Reaktorunglück radioaktiv verseuchten russischen Gebiete ist jedoch – anders als in der Ukraine und Weißrußland – in Rußland bis heute (1993) nicht erschienen. Überhaupt sind in Rußland noch keine ökologischen Karten publiziert worden. So leben seit sechs Jahren rund fünf Millionen Menschen in den zwölf russischen Gebieten, die durch das Reaktorunglück verstrahlt wurden. Wer hilft den Einwohnern der Gebiete Brjansk, Tula, Kaluga, Orjol, Belgorod, Woronesch, Kursk, Sankt Petersburg, Lipezk, Rjasan, Smolensk und Tambow? Wer hilft der übrigen Bevölkerung Rußlands, die sich von dem ernähren muß, was in den genannten Gebieten angebaut und verkauft wird? Der ganze bürokratische Apparat, vom Kolchos bis hinauf zum Ministerium, ist doch durch und durch korrupt! Selbst von den wenigen Milliarden Rubel, die die Regierung Ende der achtziger Jahre als Hilfe für die russischen Opfer der Katastrophe in Tschernobyl bereitgestellt hatte, haben die Leidtragenden im Grunde genommen nichts gehabt, weil die Unterstützung in den Taschen unehrlicher Zeitgenossen gelandet ist. Das berichtete die Regierungszeitung *Rossijskije westi* [Russische Mitteilungen] (Nr. 6, Februar 1992). Dieselbe Zeitung – sie hieß damals *Prawitelstwenny westnik* [Regierungsbote] – veröffentlichte in Ausgabe Nr. 4 vom Januar 1992 Enthüllungen des neuen russischen Ministers S. Woloschtschuk, des Vorsitzenden des gerade erst gebildeten «Staatlichen Komitees der Russischen Föderation für die soziale Sicherung der Bürger und die Rehabilitation der von der Katastrophe in Tschernobyl und von anderen Strahlungskatastrophen betroffenen Territorien». Allein schon der Name dieses Komitees wäre in der Epoche der KPdSU undenkbar gewesen.

An Katastrophen hat es nicht gefehlt. «Die meisten», so Woloschtschuk, «werden immer noch geheimgehalten. Was will ich damit sagen? Der Preis für den nuklearen Schirm des Sozialismus sind etwa 50 oder auch mehr Atomkatastrophen von der Größenordnung Tschernobyls. Das ist die Strahlenbelastung von Territorien durch die Atomindustrie, durch die Atomexplosionen im Zuge der Entwicklung von Kernwaffen, zum Teil auch Unglücksfälle an entsprechenden Objekten ... Das Reaktorunglück in Kyschtym wird mit 1,2 Milliarden Curie bewertet. Bei Tschernobyl waren es <nur> 50 Millionen Curie. Also war die freigesetzte Radioaktivität, die ihre

Einleitung

Spuren im Ural hinterlassen hat, zwanzigmal höher als in Tschernobyl. Dort wurden Strahlenerkrankungen registriert. Aber auch hier wird es anfangs unspezifische Beschwerden und erst später Krebsgeschwülste geben.»

Bleibt hinzuzufügen, daß die meisten Sowjetbürger von der Katastrophe im Ural keine Ahnung hatten. Ein Problem, über das nicht informiert wird, «existiert» ja nicht. An die Betroffenen wurden keine Entschädigungen gezahlt. In den Krankheitsgeschichten und Rentenunterlagen wurde die Strahlenverseuchung mit keinem Wort erwähnt. Jede Erwähnung wäre unter der Anklage des Verrats von Staatsgeheimnissen sofort mit Gefängnis oder Verbannung hart bestraft worden. Niemand von den Stadt- und Dorfbewohnern wurde jemals umgesiedelt, niemand aufgeklärt. Die Menschen wurden krank und starben, ohne im geringsten zu ahnen, woran. Dabei standen sie unter Beobachtung von Spezialisten, die regelmäßig Messungen zur Bewertung des Umweltzustandes vornahmen und Krankheitsgeschichten studierten. Zuständig dafür war die Abteilung 3 des Gesundheitsministeriums der UdSSR, die schon in der Stalin-Zeit geschaffen worden war, um die in der Atomindustrie sowie mit der Gewinnung und Aufbereitung spaltbaren Materials Beschäftigten aus medizinischer Sicht zu beobachten. Etwas später erweiterte diese Abteilung ihre Aktivitäten und war auch für die Betreuung der Kosmonauten und alle der Geheimhaltung unterliegenden Bereiche der Medizin zuständig. Abteilung 3 war ein regelrechter «medizinischer Geheimdienst», dessen Archive Material für endlose Horrorserien und für eine ganze Serie von Gerichtsprozessen enthalten, die von ihrem Gewicht her den Nürnberger Prozessen kaum nachstünden.

Rußlands Glück ist seine ungeheure Weite. Wenn sich beispielsweise sämtliche Schadstoffe, die das Militär und die Industrie in die Luft gejagt haben, auf den europäischen Teil Rußlands konzentriert hätten, wäre das Land schon längst zugrunde gegangen.

Der Westen hat immer davon gewußt – und geschwiegen. Einerseits ließ er sich im kalten Krieg von den eigenen Interessen leiten. Andererseits konnte er niemals sicher sein, daß die senile Kremelführung nicht eines Tages, als Antwort auf die Angriffe der bürgerlichen Presse, als erste auf den atomaren Startknopf drücken würde.

1992 veränderte sich die Situation. «Die Demokraten im Kreml», so sagte George Bush, «können unsere Sicherheit zuverlässiger garantieren als Atomraketen.»

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem unabhängigen Rußland wurde ein Umweltschutzabkommen geschlossen. Deutschland wird Rußland bei der Erarbeitung der Grundlagen des Umweltschutzes helfen und entsprechende Fachkräfte ausbilden. Als erstes Projekt ist eine Verbesserung der Wasserqualität der Wolga, Rußlands verseuchtestem Fluß, geplant.

Nach Ansicht von Experten wird sich die Umweltsituation in Rußland in den nächsten Jahren weiter verschlechtern. Im Augenblick sind vor allem die skandinavischen Länder über eine solche Aussicht sehr besorgt. Norwegen, Finnland und Schweden sind als einzige westliche Industrienationen bereit, umweltbelastende Betriebe in Nordwestrußland nahezu unentgeltlich umzurüsten. Sie hätten schon früher eingegriffen, sind sich aber auch heute noch nicht sicher, daß die bereitgestellten Mittel von Rußland auch zweckentsprechend verwendet werden.

Der russische Minister für Umweltschutz, Geologie und Naturressourcen, W. Danilow-Daniljanz, schlägt den westlichen Ländern vor, ihr Geld nicht in die Modernisierung ihrer ohnehin umweltfreundlichen Industrie zu investieren, sondern in die Wiederaufforstung Sibiriens. Die ehemaligen Machthaber Polens, der Tschechoslowakei und der DDR, aber auch der UdSSR bzw. GUS bzw. Rußlands haben sich als völlig unfähig erwiesen, die eigene Umwelt zu retten. Heute, nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa, stellt sich heraus, daß dort für die Sanierung der Umwelt mehr als eine Trillion Dollar aufgewendet werden müßte.

Das Anliegen dieses Buches. Der kalte Krieg ist vorbei, und die ehemals sozialistischen Länder drohen dem Westen nicht mehr mit der Atombombe.

Wenn sich aber der Westen nicht entschließt, Rußland bei der Überwindung seiner ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Probleme mit ganzer Energie beizustehen, so steht es um die Chancen der Industrieländer für eine «lichte Zukunft» denkbar schlecht.

Einleitung

In einem Gebiet, das die Hälfte Europas ausmacht, kämpfen die Menschen nach den Reaktorkatastrophen und bei anhaltendem chemischen Krieg ums Überleben. In diesem Teil Europas tragen viele Millionen hungernder Menschen verschiedener Konfessionen und Nationalitäten auf lautstarke und unzivilisierte Art und Weise ihre Meinungsverschiedenheiten aus. Alle erheben ihre gerechtfertigten Vorwürfe gegenüber Moskau und untereinander.

Statt eines Reiches mit einem Generalsekretär im Moskauer Kreml gibt es heute in Osteuropa Dutzende, wenn nicht Hunderte, von Teilfürstentümern mit eigenen Präsidenten und Befehlshabern. Und all das vor dem Hintergrund ungeheurer Arsenale an atomaren, chemischen und bakteriologischen Waffen und riesiger Bestände an konventionellen Waffen. Hinzu kommen Hunderte von veralteten und stör anfälligen Kernkraftwerken, Pipelines und Chemieanlagen.

Rußland kann im Augenblick weder Kräfte noch Mittel aufbringen, um den Gesundungsprozeß einzuleiten. Die Partei, die «die Vernunft, die Ehre und das Gewissen unserer Epoche» verkörpert, wie Lenin es formulierte, ist eine durch und durch morsche Struktur, die nicht mehr zählt. Eine andere politische Kraft steht einstweilen nicht zur Verfügung. Auch gibt es keine rechtliche Basis, keine freie Presse, kein frei konvertierbares Geld usw.

Dafür aber gibt es bereits mehr oder weniger zugängliche Informationen über die Mißstände in Rußland. Auf fast jeder Seite dieses Buches wird ein Staatsgeheimnis der ehemaligen UdSSR gelüftet. Es ist wohl eines der Hauptverdienste der Demokratisierung, daß in allen Lebensbereichen bislang streng gehütete Geheimnisse offengelegt wurden.

Das Erbe, das uns die kommunistischen Machthaber hinterlassen haben, ist katastrophal. Verglichen mit den Verbrechen der KPdSU verblässen die Verbrechen eines Hitler und eines Pol Pot. Die westlichen Geheimdienste waren darüber sehr wohl informiert und hielten ihre Regierungen auf dem laufenden.

Der Westen hielt sich an die Spielregeln des kalten Krieges und schwieg zu den kriminellen Praktiken der Menschenrechtsverletzung in der UdSSR.

Heute muß der Westen Rußland helfen.

Die führenden Industrieländer haben durch die Beendigung des kalten Krieges und den Zusammenbruch der UdSSR eine Atempause im Rüstungswettlauf gewonnen und dadurch auch Mittel einsparen können. Zudem profitierte der Westen von der Emigrationswelle der besten russischen Fachleute, Naturwissenschaftler und Künstler. Außerdem konnten westliche Firmen die Mitarbeiter bedeutender russischer Forschungszentren von Weltrang zu Niedriglöhnen einstellen.

Der militärisch-industrielle Komplex, dieses allesverschlingende Monster, die sich der Politik Moskaus widersetzen, die russischen Teilrepubliken und das verelendende russische Volk sind die Themen dieses Buches. Als Quellenmaterial wurden russische und ausländische Presseberichte und Dokumente aus freigegebenen sowjetischen Archivalien verwendet. Das Buch schildert aktuelle Ereignisse, die einen Hinweis auf künftige Entwicklungen zu geben vermögen. Die Russische Föderation wird das gleiche Schicksal erleiden wie die UdSSR: wenn sich der Westen nicht dazu entschließt, schnell wirksame Hilfe bei der Lösung ökologischer Probleme zu leisten; wenn die Politik der Moskauer Zentrale gegenüber der russischen Provinz und den moslemischen Teilrepubliken weiterhin aus einer Kette von Mißverständnissen und Fehlern besteht; wenn die Voraussetzungen für den Erwerb von Privateigentum nicht geschaffen werden und die Entmilitarisierung der Wirtschaft nicht durchgeführt wird.

Das vorliegende Buch ist ein Handbuch für Politologen und Geschäftsleute. Es ist eine Art Register der Katastrophen und Probleme Rußlands. Dieses Buch ist ein Aufschrei, ein Mahnruf des Autors, der das sowjetische Leid am eigenen Leib erfahren hat.

Teil I

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Ural

Die radioaktive Belastung in Kyschtym wird auf das 24fache von Tschernobyl geschätzt

Es ist gut möglich, daß das Wirtschaftsgebiet Ural, eines der größten in der Russischen Föderation, in eine politische Republik umgewandelt wird. Zu ihm würden die Gebiete Swerdlowsk, Perm, Orenburg, Tscheljabinsk und Kurgan gehören. Ein solcher Vorschlag wurde im Frühjahr 1992 von einigen demokratischen Organisationen der Region im Obersten Sowjet Rußlands eingebracht. Eine Ural-Republik hätte eine eigene Legislative in Gestalt eines auf einen harten Kurs eingeschworenen Obersten Sowjets, einen eigenen Präsidenten und so weiter.

Aus Swerdlowsk, das heute wieder Jekaterinburg heißt, stammen Rußlands Präsident Boris Jelzin und der Präsident der Russischen Akademie der Wissenschaften, Juri Ossipow.

In Jekaterinburg wurden 1918 auf Weisung Lenins Zar Nikolaus II., der damals schon abgedankt hatte, mit seiner Familie und der Dienerschaft erschossen. Dieses sinnlose barbarische Verbrechen war der Beginn einer Leidensgeschichte von mehr als 60 Millionen Menschen, die unter Lenin und Stalin eines gewaltsamen Todes starben, Rußlands Opfer im Zweiten Weltkrieg nicht mitgerechnet.

Das Ipatjew-Haus, in dessen Keller die Zarenfamilie hingerichtet wurde, gibt es nicht mehr. Im Jahre 1977 – Boris Jelzin war damals gerade erster Sekretär des KPdSU-Gebietskomitees Swerdlowsk – wurde es auf Weisung von Michail Suslow, dem Chefideologen des Kreml, gesprengt und dem Erdboden gleichgemacht.

Der Ural war schon im 19. Jahrhundert das industrielle Herz Rußlands. Und als der Krieg gegen Hitler begann, hat man Industriebetriebe aus den europäischen Gebieten des Landes in den Ural und noch hinter den Ural verlegt.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Die Bergbautechnologie ist auf dem Stand des vorigen Jahrhunderts stehengeblieben. Von den gefördertten Erzen oder Gesteinen wird nur verwertet, was leicht gewonnen werden kann: Bis zu 90 Prozent wertvoller mineralischer Rohstoffe landen auf Halden und Abfallkippen. Bei der Holzgewinnung und -Verarbeitung wird ebenso verfahren. Von dem in der Taiga geschlagenen Holz erreichen nur fünf bis zehn Prozent den Verbraucher. Der Rest verfault am Einschlagsort und beim Einflößen oder geht bei der Verarbeitung verloren.

Die Ursache für diese Verschwendung liegt darin, daß Grund und Boden in Rußland sowohl unter dem Zaren wie unter den Kommunisten immer Staatseigentum gewesen ist. Die Arbeit, die in diesem Land geleistet wurde, war meist Zwangs- und Sklavenarbeit. Unter Stalin waren in der Nähe der Bergwerke und Holzverarbeitungsbetriebe fast immer Konzentrationslager errichtet worden; zur Zwangsarbeit waren dort viele Millionen Menschen eingesetzt. Strukturen des GULag-Systems existieren bis heute: Um die Kosten für den Strafvollzug niedrig zu halten, zieht es der Staat vor, Straftäter nicht in Gefängnisse zu sperren, sondern zur Zwangsarbeit zu verpflichten. In der Ära Chruschtschow bis Gorbatschow waren im Bauwesen und bei unqualifizierten Arbeiten in der Industrie vorwiegend Strafgefangene und Soldaten beschäftigt.

Erst nach Jelzins Amtsantritt und dem Zerfall der Sowjetunion scheinen für Rußland die Zeiten zu Ende zu gehen, in denen Verteidigungs- und Innenminister ein Heer von zwei Millionen unbezahlter Arbeitskräfte verwaltet haben. Wer waren die, die in all diesen 70 Jahren in der UdSSR die Ernten einbrachten und an den grandiosen Projekten des Kommunismus arbeiteten – vom Magnitogorsker Eisenhüttenkombinat über das Dnjepr-Wasserkraftwerk bis zur Baikal-Amur-Eisenbahnmagistrale und den Energiegiganten an Wolga, Lena und Jenissej? In der sowjetischen Presse war stets von «Enthusiasten» des kommunistischen Jugendverbands Komsomol als den Erbauern die Rede. Doch jeder Mensch mit klarem Verstand wußte, daß auf jede freie Arbeitskraft Hunderte von Bausoldaten oder Strafgefangene kamen.

Unter Jelzin kommt niemand mehr wegen seiner Gesinnung ins Gefängnis. Selbst die Planvorgaben für die Zahl der Strafurteile wurden abgeschafft. Der Übergang zum Berufsheer wurde angekündigt, die allgemeine Wehrpflicht soll entfallen. Solche Umwälzungen konnten nicht spurlos an der Wirtschaft vorbeigehen.

Der Ural ist märchenhaft reich an Bodenschätzen. Von immensem Wert sind selbst Halden und Abfallgruben, gerodete Wälder mit Geästhaufen und Baumstümpfen — ganz zu schweigen von dem Arbeitskräftepotential, über das dieses für sein Handwerk berühmte Gebiet verfügt. Auch westliche Interessenten fehlen nicht, die sich — in Zusammenarbeit mit der heimischen Industrie — an Projekten zum Rohstoffabbau im Ural zu beteiligen bereit sind. Woran es aber fehlt, sind lokales Privatkapital und Garantien für in- und ausländische private Investoren.

Erst in den achtziger Jahren baute man in Swerdlowsk im Rahmen großangelegter Staatsprogramme Industriebetriebe und Städte. Aber schon vor der im Sommer 1992 verkündeten Erhöhung der Energieträgerpreise sank die Produktion der Hüttenindustrie um 25 Prozent gegenüber 1985. In der Metallverarbeitung und in der Energiewirtschaft war ein Rückgang um 10 Prozent zu verzeichnen. Dabei hatten 1991 mehr als 500 Betriebe dieses Gebiets ihre Erzeugnisse über die Grenzen der UdSSR hinaus geliefert, und zwar hauptsächlich Holz, Bunt- und Seltenmetalle, Halbedelsteine und Metallerzeugnisse.

Böse Zungen sagen nicht zu Unrecht, daß die Verfechter einer Ural-Republik in der Provinz kommunistische Reservate einrichten wollen. Im Klartext: Ihnen geht es um die Machterhaltung im Interesse des militärisch-industriellen Komplexes, der Parteinomenklatura und der bourgeoisen Oberschicht, die sich durch Spekulationen beim Rohstoffverkauf bereichert.

Im März 1992 wies die Regierung der Russischen Föderation in einem Schreiben an den Präsidenten warnend auf den forcierten Druck örtlicher Verwaltungen hin, die Vergünstigungen für ihre Regionen verlangen. Eine Machtverschiebung hin zu den Territorien, denen beispielsweise Exportvergünstigungen eingeräumt würden, birgt für Rußland die Gefahr eines schnellen Zerfalls. Das hätte katastrophale Folgen. Der russische Parlamentsabgeordnete Sergei Schachrai erklärte am 16. März nachdrücklich, der

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Föderationsvertrag räume den «Regionen und Gebieten nicht den Status von Staaten ein» und gebe «den Subjekten der Föderation nicht das Recht auf Austritt».

In der Tat, der Ural würde auch ohne Moskau auskommen. Geophysiker aus der Ural-Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften wiesen im Juli 1992 nahezu das gesamte Gebiet als besonders reich an Erdöl aus. Die Vorräte werden auf 400 Millionen Tonnen geschätzt. Allerdings sind sie aufgrund der sehr komplizierten Bodenverhältnisse nur schwer zu fördern.

Die Ural-Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften hatte mehr qualifiziertes Personal als die Forschungszentren mehrerer ehemaliger Unionsrepubliken zusammen. Allerdings ist zur Zeit ein Exodus von Wissenschaftlern aus dem Ural zu verzeichnen: Tausende sind ins Ausland abgewandert oder haben es vorgezogen, für Privatunternehmer zu arbeiten. Die finanziellen Mittel der Forschungsabteilung haben sich 1992 gegenüber 1990 halbiert.

Diese Forschung stand im Dienste des militärisch-industriellen Komplexes, der jetzt darniederliegt. 34 Riesenbetriebe der Schwerindustrie im Ural sehen sich von Moskau im Stich gelassen. An Panzern aus Tagil, an Atombomben aus Swerdlowsk-44 oder Swerdlowsk-45 hat die Zentrale kein Interesse mehr. Die berühmten Uralmasch-Werke müssen ihre Produktion auf zivile Erzeugnisse umstellen. Für die Waffen, die bereits hergestellt worden sind und zu Hause keine Abnehmer finden, gibt es noch keinen Markt.

Das Volk verarmt. Immer mehr Menschen stehen vor dem Dilemma: stehlen oder hungern. Die Kriminalitätsrate in Swerdlowsk steigt wie an sonst keinem Ort. Nur ein Drittel der überhandnehmenden Wohnungseinbrüche wird aufgeklärt. Der Staat wird besonders um Buntmetalle betrogen. Bei Interpol und beim russischen Innenministerium stapeln sich Akten über Hunderte Tonnen Titanbarren, die unter Umgehung aller Verbote und Zölle aus dem Ural ausgeführt worden sind. Die Hüttenvereinigung der Stadt Werchnjaja Salda produziert 80 Prozent des Titans Rußlands. Das sind 20mal so viel wie die 6000 Tonnen, die der europäische Markt im Jahr benötigt. Ein einziges Schiff mit illegal aus Rußland ausgeführtem Titan genügt, um den gesamten Weltmarkt in Bewegung zu bringen.

Ähnlich sieht es bei anderen Bunt- und Seltenerdmetallen aus. Sie werden zu Lukendeckeln für Hochöfen, Kupfer-Nickel-Rohren und anderen schwerindustriellen Erzeugnissen verarbeitet und in den Westen geliefert. Auf diese Weise umgeht man die gesetzlichen Vorschriften, die den Export strategischer Rohstoffe zu Schleuderpreisen verbieten.

Was Veruntreuung und Mißwirtschaft angeht, gehört Rußland zur Weltspitze. Seine Reichtümer sind unermesslich und herrenlos: Sie gehörten bisher nicht privaten Eigentümern. Die halbe Tonne Smaragde, die man jährlich in den Malyschew-Minen in Swerdlowsk – Rußlands einziges Vorkommen liegt im Ural – abbaut, werden dem Staat für etwa 1000 Dollar pro Kilogramm abgekauft und ins Ausland geschafft. Geschliffene Smaragde erster Klasse kosten im Einzelhandel je Karat (0,2 Gramm) mindestens 15000 Dollar. Wegen eines auf höchster Ebene in Moskau unterzeichneten Vertrags kann Rußland noch für weitere zehn Jahre nicht über seine Smaragde verfügen: Alles, bis auf das letzte Steinchen, geht zu Schleuderpreisen ins Ausland. Dieses Bubenstück hat sich das ehemalige Ministerium für Atomindustrie der UdSSR ausgedacht, das seinerzeit alle Smaragdminen kontrolliert hatte. Beamte des Ministeriums und andere, die dieses Geschäft vermittelt haben, verfügen heute, wie der Stellvertreter des Präsidenten Maschkow aus Jekaterinburg in seinem Bericht an die Regierung aufdeckte, über beachtliche Konten im Ausland.

«Der Ural ist der Verteidigungsschild des Landes, Jekaterinburg die dritte Hauptstadt Rußlands.» Die Sentenz, die auf dieses Gebiet gemünzt ist, das einmalige Naturreichtümer birgt und Europa und Asien trennt, trifft tatsächlich zu. Die Industrie des Gebiets produziert zu 80 Prozent für die Rüstung. Nebenbei sind dort schon immer Millionen von Kühlschränken, Waschmaschinen, Elektroherden, Tonbandgeräten und Radios hergestellt worden. Betriebe des militärischindustriellen Komplexes bauten Möbel, stellten Anlagen zur automatischen Fließbandfertigung landwirtschaftlicher Erzeugnisse her sowie medizinisch-technisches Gerät und Computer. Die elektronischen Apparaturen für die Abstimmungen im russischen Parlament montierte die Permer Firma *Prominform*. Die *Philips-*

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Anlage, die im Sitzungssaal des früheren Unionsparlaments im Kreml installiert ist, fällt weit hinter diese Technik zurück; die Niederländer hatten ein um 20 Jahre veraltetes System verkauft.

In der Maschinenbaufabrik *Lenin* in Perm wurden bis zum Sommer 1992 die motorisierten Lafetten 2C23, die halbautomatischen Kanonen des Typs 2A60 sowie die Mehrfachwerfer «Uragan» und «Smertsch» gebaut. Jetzt muß sich dieser Betrieb auf Erdölgewinnung, Kohleindustrie und Hüttenwesen umstellen. Die Regierung kann weder die bereits erzeugten Waffen bezahlen noch die Konversion finanzieren. Aus diesem Grund bedrängt die Werksleitung die Regierung mit der Forderung, den Verkauf von Waffen an eine private bulgarische Vermittlerfirma zu genehmigen, die sie an Drittländer weiterliefert. Erzeugnisse des Betriebs waren auf dem Weltmarkt einmal führend.

Das *Uraler elektrochemische Kombinat* und das amerikanische Unternehmen *Engelhard* haben in der Nähe von Jekaterinburg gemeinsam mit dem Bau der ersten Fabrik in Rußland begonnen, die Abgasfilter für Autos herstellen soll. Statt die in dem Kombinat entwickelte, weitbeste Technologie zur Isotopentrennung anzuwenden, statt elektrochemische Generatoren für die Raumfahrt zu bauen, statt eigene Abgasfilter zu entwickeln, kaufte die bislang strengster Geheimhaltung unterliegende Fabrik die amerikanische Lizenz für Autokatalysatoren und handelte sich überdies das Patronat einer weltweit renommierten Firma ein. Zwei Millionen amerikanisch-russische Autokatalysatoren sollen jährlich im Ausland abgesetzt werden. Der Jahresbedarf an diesen Produkten wird 1995 in Europa 20 Millionen Stück erreichen. Katalysatoren werden in den USA schon seit zwei Jahrzehnten eingesetzt und haben die Schadstoffbelastung der Luft durch Autos um mehr als zwei Drittel verringert. Ihre Verwendung ist nur mit bleifreiem Benzin möglich. Rußland plant die Einführung dieses Treibstoffs erst für 1995.

In der Jekaterinburger Produktionsvereinigung *Pnewmostroimaschina* liefen im März 1992 die letzten militärischen Spezialfahrzeuge vom Band. Nun werden dort in Lizenz der amerikanischen Firma *Bocat* monatlich 1200 Kleinlader mit 15 auswechselbaren Anhängern und Aggregaten hergestellt. Derselbe Betrieb baut darüber

hinaus selbstentwickelte Drehbetten zur Behandlung von Verbrennungspatienten zum Stückpreis von einer Million Rubel.

Während des Zweiten Weltkrieges lieferte die Industrie des Urals den größten Teil der Waffen, mit denen das Land den Kampf gegen den Faschismus gewann. Heute sind in Jekaterinburg bunte Werbeprospekte für den modernen T-72-Panzer erhältlich. Die Produktionsvereinigung *Uralwagonsawod* in Nischni Tagil ist der Auffassung, daß es noch zu früh sei, diesen Artikel aus dem Angebot zu nehmen. Allerdings ist der Ausstoß an Panzern in dem Betrieb im Jahre 1992 um 99 Prozent reduziert worden. Wohin aber mit den bereits fertigen T-72? «Verkauft sie ins Ausland, und wir überlassen euch 80 Prozent des Devisenerlöses», versprach Boris Jelzin bei einem Besuch des Werks im Juni 1992. Der Betrieb hat die Produktion von Güterwaggons, die das Land so dringend braucht, einschränken müssen, weil kein Geld da ist und kein Ministerium mehr existiert, das für das Eisenbahnwesen zuständig ist. Um nicht von einem oder zwei Auftraggebern abhängig zu sein, ist *Uralwagonsawod* dazu übergegangen, Hydraulikbagger, Brauereianlagen, Gabelstapler und Baugruppen für «Moskwitsch»-Autos zu bauen.

Die Radiofabrik *Formanta* in Katschkanar hat 1992 alle waffentechnischen Erzeugnisse von der Produktionsliste gestrichen und sich auf den Bau von Fernsehgeräten in Lizenz der Schweizer Firma *Rodstar* umgestellt. Außerdem stellt sie in gemeinsamer Produktion mit japanischen und deutschen Unternehmen Staubsauger und Waschmaschinen für den Haushalt her.

Das *Jekaterinburger Elektromechanik-Werk* hat sich durch seine gemeinsam mit *Philips* produzierten Videorecorder und Videoplayer einen Namen gemacht. Ein weiteres Gemeinschaftsprojekt ist die Herstellung von jährlich 1,5 Millionen Farbbildröhren sowie von CD-Platten.

Aber westliche Firmen können nicht allen Betrieben des militärisch-industriellen Komplexes unter die Arme greifen. Es gibt immer mehr Hilfsbedürftige als Wohltäter. Moskau hat kein Geld und schon frühere Rüstungsaufträge nicht bezahlt. Ein drastischer Personalabbau ist im Gange, was Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen nach sich zieht. Allein nach Swerdlowsk sind 30 000 Afghanistankämpfer zurück-

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

gekehrt. Seit einiger Zeit treffen in den vom Militär genutzten Zonen des Ural immer neue Truppenkontingente aus dem ehemaligen sozialistischen Lager und den früheren Sowjetrepubliken ein. Weder für die Afghanistan-Veteranen noch für die zugereisten Offiziere ist Wohnraum vorhanden. Die einen wie die anderen sind entschlossen, gemeinsam durchzusetzen, was ihnen die Behörden versprochen haben – Wohnungen, Renten, Boden, Steuerfreiheit usw. Durch die Aktionen der Afghanistan-Kämpfer alarmiert, gewährte die Regierung Rußlands Jekaterinburg einen Kredit von zwei Milliarden Rubel für den Wohnungsbau.

Wenn die Offenheit und Freiheit weiter fortschreitet, wird es in Moskau zu einer Prozeßlawine kommen, die Ural-Bewohner anstrengen werden, um für ihre erlittenen Gesundheitsschäden Rehabilitationsbeihilfen oder Entschädigungen zu bekommen. Drei bisher wenig bekannte – von den sowjetischen Zeitungen bis zur Aufhebung der Zensur im August 1990 verschwiegene – Atomkatastrophen im Süduural haben dieses ausgedehnte Territorium in das radioaktiv meistverseuchte Gebiet der Erde verwandelt.

Verbrechen gegen die Menschheit. Um atomare Sprengköpfe zu bestücken, ließ die sowjetische Atomindustrie 40 Jahre lang waffenfähiges Plutonium erzeugen. Dazu errichtete man unweit der Stadt Kyschtym, 150 Kilometer von Tscheljabinsk entfernt, ein rüstungsindustrielles Zentrum, das den Decknamen Tscheljabinsk-65 erhielt.

Das beim Unionsministerium für Mittleren Maschinenbau ressortierende Chemiekombinat *Majak* hatte keine Probleme mit der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Man kippte sie 20 Jahre lang einfach in den Fluß Tetscha oder den Karatschai-See. Das Flußsystem Tetscha-Isset-Tobol wurde über rund 1000 Kilometer mit Radionukliden kontaminiert. Nach inzwischen bekanntgewordenen offiziellen Informationen sind in dieser Region 134 000 Menschen radioaktiv verseucht worden. Um die meisten von ihnen hat sich nie jemand gekümmert. Sie wurden weder evakuiert noch ärztlich versorgt, die Menschen blieben einfach ahnungslos. Auch heute noch leben sie in eigentlich unbewohnbaren Gebieten. Im Dorf Musljumowo zeigte der Geigerzähler im Jahre 1992 eine Strahlung von 800 bis 2500

Mikroröntgen. Der amtlich festgelegte Grenzwert liegt bei 20 Mikroröntgen. Kinder sind noch in der dritten Generation strahlengeschädigt. Kein einziges von ihnen ist gesund. Von qualifizierten Ärzten oder Medikamenten kann dort keine Rede sein. Jelzin besuchte das Dorf am 5. Juni 1992 und versprach, «sich der Angelegenheit anzunehmen». Geschehen ist bisher nichts.

Noch immer weiß keiner, was man mit dem Karatschai-See tun soll. Dieses Gewässer – ein Becken für hochradioaktive flüssige Abfälle von *Majak* – war in den Jahren 1967–1972 fast ausgetrocknet, weil es wenig Niederschläge gab. Winde wirbelten radioaktiv belastete Erde tonnenweise vom Boden des Sees auf und verseuchten auf diese Weise eine Fläche von 200 000 Hektar. Niemand machte sich darüber Gedanken, daß auf dem verstrahlten Territorium 30 000 Menschen lebten, daß von den mit Cäsium-137 kontaminierten Feldern Ernten eingebracht und damit weitere Zehntausende von Bürgern vergiftet wurden. Dabei hätte es schon genügt, innerhalb von fünf Jahren die austrocknenden Bodenabschnitte des Sees mit Polyäthylenfolie abzudecken oder mit unkontaminierten Böden zuzuschütten. Doch kein Verantwortlicher im Atomzentrum *Majak* wollte sich um die Bevölkerung kümmern.

Heute ist der Karatschai randvoll mit Wasser. Sein karstiger Kalksteinboden könnte eines Tages durchlässiger werden; das radioaktive Wasser würde dann den Ob-Busen und die Karasee verseuchen. In dem See und den benachbarten Gewässern haben sich Abfälle mit einer Gesamtradioaktivität von einer Milliarde Curie angehäuft. (Die Tschernobyl-Emissionen werden auf rund 50 Millionen Curie geschätzt!) Trotzdem wird dort immer noch Atommüll aus einheimischen und ausländischen Atomkraftwerken sowie aus russischen atomgetriebenen Eisbrechern und U-Booten gelagert. Dollar zahlenden Kunden bietet Tscheljabinsk-65 das Gebiet als atomare Müllkippe an.

Die Stadt wurde von Lagerhäftlingen in großer Eile unter strengster Geheimhaltung errichtet. Während die ersten beiden Atomkatastrophen – die von Tschetscha und die vom Karatschai-See – einkalkuliert waren, kam die dritte überraschend. Am 29. September 1957 ereignete sich einer der schwersten Unfälle in der Geschichte der Atomenergie, bekannt – freilich nicht den damaligen Sowjetbürgern –

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

unter der Bezeichnung «Kyschtym-Katastrophe». Atommüllbehälter explodierten und schleuderten eine Strahlung von 20 Millionen Curie in die Atmosphäre. Die radioaktive Wolke, die vorwiegend aus Strontium 90 bestand, ging damals über 217 Dörfern mit 272 000 Einwohnern nieder.

Davon haben die Strahlengeschädigten jedoch niemals etwas erfahren. Am Tag nach der Kyschtym-Explosion, bei der es zu einer grellen Leuchterscheinung kam, schrieb die *Prawda*, in Tscheljabinsk sei, selten für diese Breitengrade, Polarlicht beobachtet worden. Bis 1992 gab es keine Institution in Rußland, die die davon herrührenden Strahlenschäden und -erkrankungen auch nur offiziell zu bescheinigen bereit gewesen wäre oder die Ursachen und Umstände offengelegt hätte. Oft starben die Menschen nicht sofort, sondern fielen später Krankheiten zum Opfer, mit denen der von der Radioaktivität geschwächte Organismus nicht mehr fertig wurde.

Erst vor kurzer Zeit hat man offiziell zugegeben, daß die sowjetische Medizin bei der Behandlung von Leukämie, Leukozytose und anderen Bluterkrankungen hilflos ist. Während die Strahlenverseuchung der Bevölkerung nirgendwo in der Welt solch dramatisch hohe Ausmaße erreicht hat wie in Rußland, fiel das Niveau, auf dem technisch und medizinisch Strahlenschäden bekämpft wurden, auf dasjenige unentwickelter Länder herab. Der Westen machte in den siebziger Jahren in der Medizin eine Revolution durch, die in Rußland nicht einmal bemerkt wurde. Die Folge ist, daß fast die Hälfte der russischen Kinder, die in den Abteilungen für Hämatologie und Onkologie behandelt werden, sterben. Dabei wächst die Zahl dieser Patienten ständig. In Rußland lebt heute die letzte gesunde Generation. Selbst wenn die Natur wie durch ein Wunder sich wieder erholen könnte, würde sich die radioaktive Belastung der Bevölkerung noch mindestens ein halbes Jahrhundert auf ihre Gesundheit auswirken.

Rußland hat nur zu gut kennengelernt, was das Stalinsche Prinzip vom «Aufbau des Sozialismus um jeden Preis» bedeutet. Das erste Atomkraftwerk zur Herstellung von Waffenplutonium wurde 1948 in Tscheljabinsk-40 (heute Tscheljabinsk-65) in Betrieb genommen. Im gleichen Jahr fand der erste erfolgreiche Atomtest bei Semipalatinsk statt. Der einzige Betrieb, der in der ehemaligen UdSSR (seit 1977)

radioaktives Material aus Atomkraftwerken, Kriegsschiffen mit Atomtrieb und Forschungsreaktoren wiederaufarbeiten kann, ist in Tscheljabinsk-65.

Jetzt wird die Rüstungsproduktion in Tscheljabinsk-65 bzw. von *Majak* eingestellt; Atomtechnologie soll künftig zivilen Zwecken dienen. Ende 1992 zählte man auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR insgesamt rund 190 Betriebe, die mit der Gewinnung von Plutonium, seiner Wiederaufarbeitung sowie der Herstellung von Atomwaffen beschäftigt waren. 151 davon befinden sich auf russischem Territo-

Die tägliche Verseuchung von Luft und Boden. Auf Druck der Bevölkerung von drei besonders in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten – Tscheljabinsk, Kurgan und Swerdlowsk – initiierte der Staat ein Sanierungsprogramm für die verseuchten Gebiete im Ural, zu dem für den Zeitraum 1992–1995 auch Hilfsprogramme für die Bevölkerung gehören. Das Staatskomitee Tschernobyl hat für dieses Projekt ein Budget von 1,1 Milliarden Rubel (in den Preisen des Jahres 1990; umgerechnet also höchstens 50 Millionen Dollar) bereitgestellt und beauftragte eben denselben militärisch-industriellen Komplex *Majak* mit der Realisierung. Worin die Umweltschutzmaßnahmen bestehen sollen, hat sich *Majak* bekanntzugeben geweigert, noch nicht einmal das Okologieministerium Rußlands hat darüber Informationen erhalten. Kurz und gut, *Majak* kann mit dem neuen staatlichen Auftrag hochzufrieden sein.

In der Umgebung von *Majak* liegen außer dem Karatschai noch andere Seen; jederzeit kann der Wind viele Tonnen radioaktives Wasser und Schlamm in die Luft wirbeln. Große Katastrophen hat es bereits in den Jahren 1949-1956, 1957 und 1967 gegeben. Die tagtägliche Verseuchung der Luft und des Bodens setzt sich seit fast 50 Jahren fort. Finanziell spürt *Majak* davon freilich kaum etwas. Militärärzte tun ihre Arbeit wie eh und je; sie fertigen geheimgehaltene Dissertationen an, in denen sie den Gesundheitszustand der bestrahlten Bevölkerung erforschen. Im ersten «Weißbuch» in der Geschichte der ehemaligen UdSSR, das im Oktober 1992 erschien, ist von 935 Uraler Einwohnern die Rede, die chronisch an Strahlenkrankheit leiden;

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

darüber hinaus wird dort auch festgestellt, daß die Sterblichkeitsrate bei der bestrahlten Bevölkerung doppelt so hoch ist wie bei anderen Gruppen.

Als am 13. September 1954 im Militärbezirk Südural (in Tozk bei Orenburg, damals Tschkalow) zum ersten Mal auf der Welt während eines Militärmanövers eine Atombombe gezündet wurde, waren alle Manöverteilnehmer der Strahlung ausgesetzt. Aber auch die Bevölkerung war davon betroffen; daß man sie nicht informiert hatte, schützte sie natürlich nicht vor Kontaminierung. Die Atomtests fanden auf Initiative von Marschall Schukow statt. Eine Entseuchung der Geräte, Waffen und Kleidung nach der Atomexplosion hatte man nicht vorgesehen. Allen Teilnehmern wurde für die folgenden 25 Jahre strengste Geheimhaltung auferlegt. Sie erhielten weder Bescheinigungen über die Strahlungsbelastung, der sie sich ausgesetzt hatten, noch wurde ihnen medizinische Vorsorge und Behandlung oder gar eine Entschädigung gewährt.

Erst 1990, mit der Aufhebung der Zensur, war es möglich geworden, das Thema «Atomsoldaten» zu erwähnen. 1992 meldeten sich beim kürzlich ins Leben gerufenen «Komitee der Veteranen der Risikoeinheit» nur 1000 Überlebende aus Tozk. Fast alle anderen der 43 000 radioaktiv bestrahlten Soldaten waren den nachfolgenden Erkrankungen erlegen. Der Staat lehnte jede Verantwortung oder Fürsorgepflicht ab.

Nach den Katastrophen im Ural und von Tschernobyl haben ganze Scharen von Ärzten die von der Strahlung betroffene Bevölkerung untersucht — aber nicht um zu helfen, sondern um Untersuchungsdaten zu sammeln. Für solche «Analysen» geizte man nicht mit Geld. Die Ergebnisse wurden zusammengetragen und zur geheimen Verschlußsache erklärt. Auch ausländische Spezialisten zog man zu solchen «wissenschaftlichen» Arbeiten heran. Die Internationale Atombehörde (IAEA) hat seinerzeit von der UdSSR jährlich 21 Millionen Dollar erhalten, das war nach den USA und Japan der drittgrößte Beitrag. Im IAEA-Hauptquartier in Wien haben Dutzende von sowjetischen Atomexperten gearbeitet. Daß aus der IAEA Verlautbarungen über die radioaktive Verseuchung des sowjetischen Territoriums gedrungen wären, die dem ZK der KPdSU nicht genehm

waren, darüber ist nie etwas bekannt geworden. Was die Atomforscher der Akademie der Wissenschaften, Kurtschatow, Alexandrow und Iljin, sowie Hunderte ihrer Mitstreiter anlangt: Gewissensbisse scheinen sie nie geplagt zu haben, jedenfalls haben sie dem Ministerium für Mittleren Maschinenbau der UdSSR immer treu ihren Dienst geleistet.

In der Ansiedlung Osjorny, Rayon Resch, 50 km von Swerdlowsk entfernt, gab es seit 1949 ein hochgeheimes Kombinat zur Aufbereitung von Uran-Thoriumerz. Abfälle aus der Wiederaufarbeitung wanderten auf Deponien, und vom Staub dieser Deponien geht noch heute tödliche Gefahr aus. Mehr noch, man verwendete das Material aus diesen verseuchten Halden in der ganzen Umgebung zum Bau von Häuserfundamenten. Die meisten Einwohner wurden aufgrund der Strahlung krank, in manchen Häusern wurde eine Strahlendosis von 400–1000 Mikroröntgen gemessen. Die gesamte Führungsspitze bis hin zu den Verantwortlichen in Swerdlowsk hat davon aus «geheimen» Berichten gewußt – seit über 20 Jahren.

Das gleiche gilt für das Atomkraftwerk Belojarski, im Gebiet Swerdlowsk. Radioaktive Abfälle werden hier seit vielen Jahren direkt in den Sumpf Olchowka eingelassen, der lediglich fünf Kilometer von einem riesigen Stausee entfernt liegt.

Bis auf den heutigen Tag sucht man nach den Ursachen für den Milzbrand, an dem 1979 in Swerdlowsk, Rayon Tschkalow, viele Menschen gestorben sind. Hier liegt das 19. Militärstädtchen, ein bedeutendes Zentrum für Mikrobiologie des Verteidigungsministeriums. Bislang konnte nicht geklärt werden, ob Versuche mit biologischen Waffen die Todesursache waren. Da sie ja womöglich Entschädigungen an die Hinterbliebenen zu zahlen hätten, haben es die Behörden nicht gerade eilig, mit der Wahrheit her auszuruken. In Rußland gibt es drei solcher Zentren: im heutigen Jekaterinburg, in Kirow und in Sergijew Possad (dem früheren Sagorsk) bei Moskau. Das vierte Zentrum auf Inseln im Aralsee wurde bis in das Jahr 1992 intensiv als Testgelände für Versuche mit biologischen Waffen genutzt. Im Mai 1988 verendeten in der Turgaisteppe nordwestlich des Aralsees – Wasser- und Futtermittelvorräte hatten sie genug – rund eine halbe Million Saiga-Antilopen. Die Militärs sammelten die Kadaver

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

mit Bulldozern zusammen und verpflichteten Augenzeugen zur Geheimhaltung. Im Juli 1989 zog über dem Aralsee eine Dunstglocke auf. In der Bevölkerung registrierte man Fälle von Pest. Unbekannte Krankheiten befielen Schafe, ganze Herden verloren ihr Wollhaar und verendeten. Die sowjetische Presse schwieg sich darüber aus. Jeder Versuch von Journalisten oder Wissenschaftlern, dieses Thema in die öffentliche Diskussion zu bringen, verlief im Sand und wurde zum Scheitern gebracht— auch noch in der jüngsten Zeit. Biologische Waffen werden in Rußland weiterhin hergestellt, für ihre Entwicklung seien damals in der UdSSB Dutzende Milliarden Rubel verausgabt worden, schrieb die *Komsomolskaja Prawda* am 19. September 1992.

Zur Frage des Privateigentums. Rußland hat die Umwelt und die Gesundheit seiner Bevölkerung zugrunde gerichtet; trotz dieses ungeheuer hohen Preises ist es nicht gelungen, eine moderne Industrie aufzubauen. Mit einem Abschreibungsbedarf ihrer Industrieanlagen von 36 bis 46 Prozent in einem Zehnjahreszeitraum (1980—1990; ehemalige gesamte UdSSR) war die Industrie in einem desolaten Zustand; sie steht heute vor einem erdrutschartigen Produktionsrückgang. Die alten Ausrüstungen verbrauchen unverhältnismäßig viel Energie und Rohstoffe, sie machen die Umwelt zur Wüste und verseuchen die Bevölkerung.

Als größter Umweltverschmutzer im Ural gilt seit mehr als fünfzig Jahren der weltgrößte Stahlproduzent *Magnitogorsk* in Tscheljabinsk. Die veraltete Ausrüstung dieses Industriegiganten ist die Ursache hoher Kindersterblichkeit und von Krebserkrankungen.

In den letzten drei Jahren konnte der Ausstoß von Schadstoffen in die Atmosphäre durch *Magnitogorsk* von 850 000 auf 650 000 Tonnen gesenkt werden. Im Juli 1992 hielt es die Führung des Kombinats für möglich, 100 Millionen Dollar für den Umweltschutz bereitzustellen. Sie unterzeichnete mit der Firma *Krupp* einen Vertrag zur Montage eines Komplexes, in dem die bei der Koksgewinnung freierwerdenden Gase nicht einfach freigesetzt, sondern wieder verarbeitet werden. 1996 soll der Ausstoß von Schadstoffen in die Atmosphäre bis auf 150 000 Tonnen im Jahr reduziert werden. Das Stahlwerk wird überleben, wenn mindestens 10 Milliarden Dollar in seine Sanierung

gesteckt werden. Dann könnte das Werk Stahl produzieren, der auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wäre und umweltfreundlich produziert würde. Aber bis heute liefert *Magnitka* Stahl für Panzer, der für den Automobilbau oder die Computerproduktion völlig ungeeignet ist.

Gleichwohl konnte *Magnitka*-Stahl in den letzten vier Jahren mit Erfolg im Ausland abgesetzt werden. Gegenwärtig wird die Privatisierung und die Ausgabe von Kombinarsaktien in die Wege geleitet. Die westlichen Industrieländer neigen heute dazu, umweltbelastende Metallproduktionen in den Osten zu verlegen. Mit solchen Verlagerungen könnte ein weiterer Produktionsrückgang im Kombinat wie zwischen 1988 und 1992 von 16 Millionen Tonnen auf 13,5 Millionen Tonnen aufgehoben werden. 10 Prozent der Stahlproduktion von *Magnitka* werden heute nicht in die osteuropäischen Länder geliefert wie früher, sondern nach Westeuropa, Japan, China, Nordafrika, an den Persischen Golf und nach Südostasien.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dem Westen zu erschwinglichen Preisen das abzutreten, was Rußland sowieso verloren hat: jene Halden, die Bergbau, Energiewirtschaft und Metallindustrie in Jahrzehnten hinterlassen haben und die Luft, Wasser und Boden vergiften. Diese Halden könnte man allen Interessenten als Konzession langfristig zur Weiterverarbeitung verkaufen. Die Direktion des Hüttenwerkes *Magnitogorsk*, die Moskauer Vereinigung *Tjaschpromexport* und die deutsche Firma Komex unterzeichneten kürzlich eine Vereinbarung über die gemeinsame Weiterverarbeitung von Schlack-ken aus den Halden des Kombinats. Der westliche Partner verpflichtete sich, die technischen Ausrüstungen zu liefern. Auch die Verwaltung von *Wysokogorsk*, Nischni Tagil, will einen ähnlichen Vertrag schließen, der die Weiterverarbeitung des kupferhaltigen Konzentrats aus ihren Halden regelt. Es fanden sich sogar vier Unternehmer, die der russischen Regierung vorschlugen, die gesamten Verbindlichkeiten zu übernehmen, die die ehemalige UdSSR dem Westen gegenüber hatte. Das sind immerhin 70 Milliarden Dollar. Als Gegenleistung möchten sie die bei der Gewinnung von Buntmetallen entstandenen Abfälle verwerten dürfen. Selbstverständlich liefern sie auf Eigenkosten die erforderlichen modernsten westlichen Ausrüstungen.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

In der Russischen Föderation gibt es zwar Gesetze zum Umweltschutz, doch nicht das Instrumentarium, sie auch durchzusetzen; es fehlen beispielsweise die entsprechenden Durchführungsbestimmungen und juristischen Regelungen. Ein weiteres Hindernis ist die Verarmung. Wie könnte z. B. ein Betrieb geschlossen werden, wenn dadurch das ganze Personal seiner Existenzmittel beraubt würde? Arbeitslosengeld kennt man noch nicht, der Staat will es nicht zahlen. Wer Ersparnisse hatte, hat sie durch die Inflation von 1991–92 verloren. Die Menschen wollen nicht zusehen, wie Erdöl und Erdgas, wie Steinkohle, Koks, Kohle, Eisenerz, Gußeisen, Buntmetalle, Schrott, Walzgut, Rund- und Schnittholz, Traktoren, Kraftfahrzeuge, Panzer und so weiter ins Ausland fließen und sich trotz der Exporte, die in Dollar bezahlt werden, ihre Lebensbedingungen nicht verbessern.

Die Werk tätigen und die politisch Verantwortlichen im Ural sprechen sich für eine wie auch immer geartete Autonomie aus. So riefen Mitte 1990 Vertreter von sieben Gebieten des Ural die Aktiengesellschaft *Groß-Ural* ins Leben. Die *Prawda* vom 24. April 1991 äußerte sich mißfällig darüber, daß sich die meisten Einwohner des Gebiets Swerdlowsk, die einzigen in der RSFSR, weigerten, bei dem Unionsreferendum für eine «erneuerte Union» mitzustimmen.

In seiner Wahlkampagne zum Deputierten des Obersten Sowjets Rußlands plädierte Boris Jelzin, ein Kandidat aus Swerdlowsk, für die Notwendigkeit, die Bewegung für eine «Republik Ural» zu unterstützen. Im Juni 1991 unterzeichnete Boris Jelzin als Vorsitzender des Obersten Sowjets der RSFSR eine Verfügung über die Bildung einer Assoziation für wirtschaftliche Zusammenarbeit einiger Gebiete des Ural. Schon damals nahmen auch das «Uraler Parlament» — eine regionale Assoziation der Gebietsowjets der Volksdeputierten — und die Uraler Außenhandelsbank ihre Arbeit auf.

Alle Führungsorganisationen der Wirtschaft des Ural haben ihren Sitz in Jekaterinburg. Die Menschen wollen hauptsächlich eins: sich aus der festen Umklammerung Moskaus befreien. Sie wollen dorthin weniger Steuern abführen; mit kolonialer Ausplünderung muß endlich Schluß sein. Bereits im Jahr 1991 haben die Holzlieferbetriebe des Kamagebiets weniger als ein Prozent ihrer Gewinne als Steuer abgeführt.

Die Regierung Rußlands räumte 1992, um Orenburg unter die Arme zu greifen, der Region das Recht ein, jährlich eine der acht Millionen Tonnen des dort geförderten Erdöls sowie 700 000 Kubikmeter Erdgas auf eigene Rechnung im Ausland zu verkaufen. Dem Gebiet sollten demnach rund 6 Milliarden Rubel (entsprechend dem Kurs vom Sommer 1992 waren das umgerechnet etwa 20 Millionen Dollar) zugute kommen. Das russische Zollamt belegte jedoch diese Quote mit so hohen Gebühren, daß die Einnahmen Orenburgs schlicht halbiert wurden. Es ist also nicht zufällig, daß Orenburg 1992 beschloß, das Getreide nicht an den Staat zu liefern, sondern ein eigenes Kornhandelshaus des Ural zu gründen.

Darüber hinaus gibt es im Ural auch eine Chemiemetropole, es ist die Stadt Beresniki im Gebiet Perm. Im größten Uraler Autowerk *Miass* werden militärische Kraftfahrzeuge und in Kurgan Busse gebaut. Weit bekannt in Rußland sind die Eisenhütten von Kuwschi-nowo, Kamensk, Kusinsk und Kasli. Die letztere war bereits im vergangenen Jahrhundert für ihre gußeisernen Kunstwerke berühmt. Die Hälfte der Industriebetriebe und -objekte im Ural wurden 1992 im Zuge der Privatisierung Aktionären überschrieben.

Universitäten gibt es in Tscheljabinsk und Swerdlowsk. In Kurgan befindet sich ein von Akademiemitglied Gawriil Jelisarow gegründetes weltbekanntes Zentrum für Traumatologie und Orthopädie.

Sibirien

Das schwarze Gold verlängerte die Agonie
des Kommunismus um 30 Jahre

Die Erdöl- und Erdgasausfuhr brachte der Sowjetunion in den letzten 30 Jahren 500 bis 600 Milliarden Dollar ein. Ohne dieses Geld hätten bereits Anfang der siebziger Jahre Brotmarken eingeführt werden müssen. 1946 träumte Stalin von 60 Millionen Tonnen Erdöl im Jahr, die den Kommunismus auf eine solide wirtschaftliche Grundlage stellen sollten. Ende der siebziger Jahre förderte die UdSSR 600 Millionen Tonnen jährlich.

Nach ihrem Zusammenbruch hinterließ die Sowjetunion Auslandsschulden in Höhe von 140 Milliarden Dollar. Aus Sicht des russischen Wirtschaftswissenschaftlers Wassili Seljunin wären 28 000 Tonnen Gold notwendig, um die Devisen- und Rubelverschuldung der KPdSU zu begleichen. Im Zuge der kommunistischen Mißwirtschaft schmolz der Goldvorrat des Landes auf knappe 200 Tonnen zusammen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es noch mindestens 15mal soviel Gold. Sogar noch 1985 zählte man in den Kellern der Staatsbank der UdSSR 2500 Tonnen Gold. Seljunin zufolge könnte Rußland – falls es keine neuen Schulden im Westen macht (womit im Prinzip nicht zu rechnen ist) – durch seinen Erdölexport die Schulden erst Mitte des nächsten Jahrhunderts zurückerstatten. Sollte mit Gold abgerechnet werden, würden Rußland auch 100 Jahre nicht ausreichen, um die benötigten 28 000 Tonnen Gold zusammenzuwaschen.

Nach offiziellen Statistiken über den Außenhandel der UdSSR für den Zeitraum 1986–1990 exportierte das Land ein ganzes Meer Rohöl, nämlich 647 Millionen Tonnen, und ein weiteres Meer mit Erdölprodukten: Heizöl, Benzin, Dieselöl, Schmieröle – insgesamt mehr als 1000 Millionen Tonnen. Eine Tonne dieser Produkte kostet auf dem Weltmarkt rund 100 Dollar. So errechnet sich ein Ertrag von 100 Milliarden Dollar in fünf Jahren; die 50 Milliarden Dollar für den

Gasexport (es wurden insgesamt 420 Milliarden Kubikmeter Gas geliefert) kommen noch hinzu.

Niemand kann mit Sicherheit sagen, ob diese 150 Milliarden Dollar für geliefertes Erdöl und Erdgas überhaupt in voller Summe bezahlt wurden. Wozu war es nötig, Afghanistan, Kuba, Vietnam, Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei (abgesehen von den der UdSSR freundlich gesinnten «Firmen», die für die kommunistischen «Bruderparteien» im Ausland arbeiteten) so großzügig und kostenlos mit Erdöl zu beliefern? Und die 36 Millionen Tonnen Steinkohle, die in den letzten Jahren der Sowjetunion jährlich ins Ausland verschwanden? 1991 brachte die UdSSR 1 Million Tonnen Aluminium, 1,3 Millionen Tonnen Nickel, 354 000 Tonnen Kupfer ins Ausland, und die Liste ließe sich beliebig verlängern: Elektroenergie, Eisenerz, Stahl, Holz, Baumwolle usw. Die strategischen Rohstoffe Erdöl und Erdgas nicht mitgerechnet, passierten täglich 5000 Eisenbahnwagen mit wertvollen Ressourcen die Staatsgrenze.

Den Löwenanteil von diesen 100 Milliarden Dollar Exporterlös pro Jahr verschwendete die KPdSU-Führung für militärische Zwecke, für «Abenteuer» im Ausland oder unterschlug ihn einfach.

Rußlands Reichtum an natürlichen Ressourcen ist seine Tragödie.

An einem Sommertag im Jahr 1960 schoß die erste Erdölfontaine in Tjumen aus einem Bohrloch. Anlässlich dieses Ereignisses errichtete die Stadt Urai am Konda-Ufer ein kleines Monument. Auf Urai folgten so bekannte sibirische Erdölstädte wie Surgut, Nischnewartowsk, Neftejugansk. Zwei Jahrzehnte lang lieferten die sibirischen Olfelder die Hälfte des in der UdSSR geförderten Erdöls.

Heute geht die Erdölförderung in Rußland jedes Jahr um 20 Prozent zurück. Moskau hat seinen Einfluß auf die örtlichen Machtorgane fast vollständig eingebüßt, eine Erweiterung der Erdölgewinnung könnte es ohnehin nicht finanzieren. Einstweilen bedient sich die Zentrale alter Methoden, um den Förderbetrieben und den Arbeitern nur das Minimum zu lassen: Moskau nimmt ihnen gegen Rubel bis zu 90 Prozent des geförderten Erdöls ab, ohne mit ihnen die Deviseneinnahmen aus dem Export dieses Öls zu teilen. Damit die Olfelder nicht stillgelegt werden, erhielten die «Ölbarone», das heißt

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

die Direktoren von kleinen territorialen Vereinigungen, von Jelzin das Recht, ein Zehntel des von ihnen geförderten Erdöls in das nahe Ausland zu exportieren. Die staatlichen Instanzen belegen solche «freien Exporte» jedoch mit so hohen Zollgebühren und Steuern, daß den Erdölförderern von 100 Dollar Erlös höchstens 25 Dollar übrigbleiben. Deshalb fordern sie von Moskau das Recht, nicht 12, sondern 50 Prozent des gewonnenen Erdöls selbst zu verkaufen. Dies würde den Arbeitern auf den Ölfeldern gestatten, vom Staat einen Teil der Aktien ihrer Betriebe zu erwerben.

In der UdSSR mußte Erdöl schon immer unter ungeheuer schweren Bedingungen gewonnen werden, obwohl Arbeitskräfte, Spezialisten, moderne Technologien, die der übrigen Welt zur Verfügung stehen, auch hier vorhanden sind. Die UdSSR produzierte mindestens 80 Prozent der Bohrausrüstungen für den heimischen Markt selbst, beispielsweise in der Ukraine und in Aserbeidschan. Im Zuge der politischen Neugliederung gingen Rußland die Hälfte seiner Seehäfen verloren, aus denen Erdöl exportiert wurde. Rußlands Ölpipelines verlaufen durch die Territorien der souveränen Staaten Weißrußland, Ukraine und der baltischen Staaten.

Die Erdölgewinnung war mit großer Verschwendung verbunden. Fast die Hälfte des Erdöls blieb bei der Förderung im Erdinnern zurück. Es gab Schlampereien bei der Verlegung von Erdöl- und Erdgaspipelines, die bis zu 700 große Leitungsbrüche im Jahr zur Folge hatten. Im Westen montiert man bei solchen Anlagen nach allen fünf Kilometern Schieber, in Rußland erst nach 50 Kilometern. Bei Betriebsunfällen gehen Millionen Tonnen Erdöl verloren – 7 bis 20 Prozent des gesamten geförderten Erdöls.

Das unabhängige Rußland, das eine solide Wirtschaft anstrebt, sieht eine drastische Verteuerung der Erdölgewinnung auf sich zukommen. Die Förderung ist in Rußland, das heißt in Sibirien, viel teurer als im Nahen Osten, auch aufgrund der klimatischen Verhältnisse; außerdem wird sie sich noch weiter in Regionen mit rauhem Klima verlagern. Nur 15 Prozent des Erdöls läßt sich in Rußland nach dem billigen Eruptionsverfahren fördern. Für das übrige Erdöl bedarf es weitaus komplizierterer Methoden. Rohre aus Millionen Tonnen Qualitätsstahl bleiben für immer in den Bohrlöchern.

Der Nutzen einer weiteren Steigerung des Erdölexportes wird immer mehr in Zweifel gezogen. Unter den Bedingungen der grassierenden Wirtschaftskrise 1992 geht die Erdölförderung zurück, während der Export zunimmt. Die einheimische Bevölkerung Sibiriens ist darüber empört, denn die Ausgaben der Erdölindustrie für soziale Leistungen und Maßnahmen zum Umweltschutz werden laufend beschnitten.

Die russische Regierung hegt die Hoffnung, die Erdölpreise würden angesichts der politischen Instabilität im Nahen Osten und der allgemeinen Diskreditierung der Atomenergie wieder in die Höhe klettern. Doch eines ist klar: Rußland wird gezwungen sein, den internen Verbrauch des Erdöls durch Einschränkung des Energieverbrauchs und Drosselung der militärisch-industriellen Produktion erheblich einzuschränken.

Man kann sicher sein, daß der Versuch, die Gewinnung von Erdöl und Erdgas in Rußland zu steigern, abermals mit einem Fiasko enden wird. Allein die Erschließung der Erdgaslagerstätten auf der Halbinsel Jamal würde 50 bis 70 Milliarden Dollar betragen, heißt es im Bericht des Fonds für Außenpolitik Rußlands, den eine Gruppe von Wissenschaftlern und stellvertretende Minister der Regierung unterzeichnet haben (*Moskowskie nowosti* [Moscow News] vom 30. September 1992). Schon wieder ein «Bauvorhaben des Jahrhunderts»? Und das unter den Bedingungen freigegebener Preise für Rohstoffe, Elektroenergie, Waren und Dienstleistungen in Rußland, die nun praktisch den Weltpreisen angeglichen sind? Und das bei diesen politischen Verhältnissen, wo man nicht weiß, ob morgen die örtliche Administration noch mehr Rechte fordert und über alles, was es auf ihrem Territorium gibt, selbst verfügen will – falls sie nicht gar ihre Loslösung vom Zentrum anstrebt.

Ein Tunnel von Moskau bis Alaska. Man könnte diesen Tunnelprojekt vorantreiben, wenn es gelingt, aller Skepsis zum Trotz, weiterhin Dollarerträge aus dem Verkauf der versiegenden russischen Rohstoffe zu erzielen. Man hatte es geschafft, auf Befehl des ehemaligen Kumpans Nikita Chruschtschow eine Deponie für radioaktiven Müll bei Krasnojarsk anzulegen. Zu diesem Zweck trieb man unter den Kuppen ein Tunnelnetz vor, das zehnmals so lang wie die Moskauer

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Metro ist; das entspricht einer Entfernung von Moskau nach Taschkent.

Heute trägt sich die russische Regierung mit neuen Plänen, zum Beispiel für die Verlegung von Fernstraßen von Minsk über Jekaterinburg nach Indien, von Jekaterinburg bis Jakutsk, Tschukotka und Alaska und von Jekaterinburg über Wladiwostok in die Länder Ostasiens. Der Konzern *Rosavtodor* erhielt zu diesem Projekt die Zustimmung einiger Geschäftsleute aus Hamburg, die offenbar bereit sind, bis zu 300 Milliarden Dollar bereitzustellen. Das Vorhaben ist auf zehn Jahre terminiert. Wenn man alles klug macht und nicht die eigenen Bürger an den Bettelstab bringt, dann segne Gott die Urheber dieses Projekts!

Einstweilen wird mit den nationalen Gütern zum Nachteil des Volkes gehandelt. Die Rohstoffpreise werden oft künstlich nach unten gedrückt, und enorme Dollarsummen landen auf den westlichen Konten jener russischen Beamten, die entsprechende Vereinbarungen zustande kommen ließen. Wie die russischen Zeitungen berichteten, übernimmt Houston (Texas) die Rolle eines ausländischen Koordinierungszentrums für die russischen Erdölraffinerien.

Diejenigen in Moskau, die Bestechungsgelder für Exportlizenzen entgegennehmen oder Erdöl unter Umgehung des Zollamtes ins Ausland fließen lassen, hüllen sich in Schweigen. Die sibirischen Ölbarone nahmen kein Blatt vor den Mund, als sie gegenüber Journalisten in vertraulichen Gesprächen zugaben, «krumme Sachen» zu machen: «Ja, wir machen das, natürlich wissen wir, daß es gesetzwidrig ist, doch das ist kein Diebstahl von Erdöl, wir führen so einen Krieg gegen die Regierung.» Sie rechtfertigen sich mit dem Argument, daß Moskau sie nur mit vier Prozent der benötigten Bohrstangen versorge; sie müßten in dieser Situation zu anderen Maßnahmen greifen. Diese patriotischen Diebe schämen sich nicht, offen zu sagen, daß sie bei solchen Geschäften Dollars verdienen. Sie sehen darin nur eine gerechte Entschädigung für ihr Risiko und ihre Mühe.

Die gegenseitigen Anschuldigungen der Behörden von Sibirien und Moskau reißen nicht ab. Die Sibirier vermuten nicht ohne Grund, die zentrale Regierung sei in ihrem Bestreben, die Aktivitäten der örtlichen

Führung zu bremsen, sogar bereit, dem Westen viele Erdöl- und Erdgasfelder von Tjumen bis Jamal unter Preis in Konzession zu geben. Die Öldirektoren Sibiriens betrachten es als ihr Verdienst, daß es dazu noch nicht gekommen ist.

1993 soll in Tjumen die Demjanskaja-Zone versteigert werden. Derjenige, der den höchsten Preis bietet, erhält das Recht, alle Bodenschätze dieser Zone 25 Jahre lang abzubauen. Bei dieser Versteigerung und bei Dutzenden ähnlicher Projekte werden die größten Gesellschaften der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands miteinander konkurrieren.

Bald sollen vier gleichberechtigte Partner die Erdöl- und Erdgasvorräte untereinander aufteilen: Moskau, Tjumen, die nationalen Bezirke der Chanten und Mansen und der Jamal-Nenzen. Die Sibirier und die Nordvölker sind sich einig: Im Oktober 1992 forderten sie einhellig von Moskau, daß zunächst 30 Prozent aller Aktien der Erdöl- und Erdgasförderbetriebe den territorialen Verwaltungsbehörden zur Disposition stehen soll.

Das Tauziehen zwischen der Regierung und den asiatischen Provinzen dauert an. Im Juni 1992 erließ der Präsident Rußlands eine Verordnung über Ausfuhrbeschränkungen bei 13 Rohstoffgruppen: von Öl und Metall bis hin zu Getreide, Holz und Pelzen. Diese Verordnung hob alle früheren Exportlizenzen für diese Rohstoffe auf.

Ein anderer Erlaß von Präsident Jelzin betraf die Privatisierung der Stromwirtschaft. Das ehemalige Ministerium für Energiewirtschaft, das in eine staatliche Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, faßte den Beschluß, 49 Prozent der Aktien von den effizientesten Wasserkraftwerken wie Ust Ilimsk, Bratsk und Irkutsk in Besitz zu nehmen. Die verlustbringenden Wasserkraftwerke hingegen überließ man der Stadt Irkutsk. Es ist nicht verwunderlich, daß die beiden Verordnungen dem Ansehen des russischen Präsidenten bei den Sibiriern schaden. Wer soll die Einwohner Sibiriens für die Verluste entschädigen, die ihnen diese drei Wasserkraftwerke mit ihrer angeblich billigen Energie gebracht haben, ganz zu schweigen von den Verlusten, die durch die Überflutung von Hunderttausenden Hektar fruchtbaren Ackerlandes und Waldes entstanden sind? Das Klima veränderte sich, die Ernteerträge sanken, und die Menschen werden öfter krank.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Das vergiftete Sibirien. Ganz Rußland ist vergiftet. 30 Prozent der Menschen sterben in arbeitsfähigem Alter und erreichen ihre Pensionierung nicht. Die UdSSR hatte nie genug Geld für den Gesundheits- und Umweltschutz, daran hat sich auch im heutigen Rußland nichts geändert.

In der UdSSR waren Zähler für Wasser, Gas und Heizung unbekannt, und die Haushalte kontrollierten höchstens den Stromverbrauch. Millionen Wasserhähne in den GUS-Staaten tropfen, Türen und Fenster sind schlecht abgedichtet. Im Jahre 1992, als das Produktionsvolumen merklich zurückging, verringerte sich der Energieverbrauch im Lande nicht. Die Verfasser des bereits erwähnten Berichts der außenpolitischen Stiftung Rußlands sind davon überzeugt, daß man mit Hilfe kleiner Investitionen in effiziente Techniken den Energieverbrauch in Rußland um 40 Prozent reduzieren könnte, wobei das Produktions- und Dienstleistungsvolumen gleich bliebe.

Der Sozialismus hat die Menschen ausgeplündert, verdorben und zugrunde gerichtet. Alle sechs Stunden ereignet sich auf den Erdölfeldern Rußlands eine Katastrophe wie jene des vollbeladenen Tankers «Exxon Valdez», der vor der Küste Alaskas auf ein Riff auflief; in den Ozean flössen über 11 Millionen Gallonen Rohöl. In Rußland aber strömen jeden Tag 38,64 Millionen Gallonen Öl in die Umwelt. Das amerikanische Magazin *U.S. News and World Report* teilte mit, daß man in Sibirien schon ein «Ölmeer», 1,8 Meter tief und 71,68 Quadratkilometer groß, entdeckt habe, das niemandem gehört.

Beim Transport und der Verarbeitung von Rohöl (beispielsweise bei der Säuberung der Behälter und bei anderen Vorgängen) gelangen Millionen Tonnen Öl, bis zu 7 Prozent der Gesamtmenge, in die Umwelt. Diese Öl-Wasser-Gemische werden in keiner Weise genutzt, man kann sie lizenz- und kostenfrei ausführen; alle Auffangbehälter sind überfüllt. Angesichts der horrenden Ölverteuerung dürfte es für die Russen von Vorteil sein, auf effiziente und umweltfreundliche Förder- und Verarbeitungstechnologien umzusteigen.

Auf den Ölfeldern in Tjumen wird das gesamte Erdölgas einfach abgefackelt: Man beheizt den Himmel mit rund 10 Milliarden Kubikmetern Gas im Jahr. Die Japaner verhandeln seit vielen Jahren mit den politisch Verantwortlichen über die Alternativen: entweder

einen Gas-Chemie-Komplex vor Ort zu errichten oder das benzin-haltige Gas in Tankwagen zur Pazifikküste zu bringen und auf japanische Tankschiffe umzuladen. Bald wird vielleicht Rußland selbst auf die Idee kommen, die Japaner für das Löschen der Gasfackeln an der Wolga, im Ural und in Sibirien zu bezahlen. Nachts ist Tjumen, aus dem Weltraum betrachtet, der am hellsten beleuchtete Fleck der Erde. Indessen stellt man über ganz Rußland und besonders über Sibirien eine Verdünnung der Ozonschicht fest.

Man beabsichtigt, auf der Halbinsel Jamal das gesamte Erdgas abzapfen. Aus Sicht von Fachleuten würde dies die Völker der Chanten und Mansen in ihrer Existenz bedrohen; ihre Lebenserwartung ist heute schon um 20 Jahre niedriger als im Landesdurchschnitt. Die Halbinsel selbst würde zerstört werden, weil es in ihrer Tiefe ein ökologisch sensibles System von Höhlen und Eiskuppeln gibt, das hochsensibel auf äußere Einwirkung reagiert.

Die deutsche Firma *Ruhrgas* hat den russischen Industriellen ihre aktive Mitwirkung angeboten. Sie schlägt vor, in gemeinsamen Betrieben Gaszähler und Polyäthylenrohre zu produzieren. Allein eine technische Verbesserung durch Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen in den Wärmekraftwerken und Industriebetrieben Rußlands würde eine Einsparung von 30 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr einbringen; das ist immerhin ein Zwanzigstel der gesamten Gasfördermenge in Rußland. Einen Teil des eingesparten Gases würde die deutsche Firma erhalten, den ökologischen Nutzen hätte Rußland.

Die Zeitung *Megapolis-Express* (26/1992) brachte einen Artikel über den ehemaligen Chefindingenieur der Reinigungsanlagen des Aluminiumwerkes Bratsk. Er berichtete, daß in den Betrieben der Bratsker Region, also an den Baikalseen, durch die untauglichen Filtersysteme noch bis zu 95 Prozent giftiger Gase, Aerosole und ozonzerstörendes FCKW direkt in die Atmosphäre entweichen. Nicht anders verhält es sich im übrigen Land: Bis zu 1,5 Milliarden Tonnen Chemikalien werden pro Jahr in die Luft gejagt (das Staatskomitee für Statistik spricht von 65 Millionen Tonnen). Aber Chefindingenieur A. Kasakow wurde entlassen, als er bereits patentierte Geräte in die Produktion einführen wollte, die die Stoffe auffangen und weiterverarbeiten.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Was könnte den Einwohnern von Bratsk helfen, das zu den am stärksten verschmutzten Städten Rußlands zählt? Der Gehalt von Schwefelkohlenstoff in der Luft übersteigt den Grenzwert um das 190fache! Die Zahl krebskranker Kinder stieg in den vergangenen Jahren in Bratsk auf das Fünffache an. 111 000 Hektar Wald sind in den letzten 16 Jahren durch die Ansammlung giftiger Chemikalien eingegangen. Die Regierung Rußlands verbot jüngst, wie alle ihre Vorgängerinnen, den Bau neuer Betriebe in dieser Region. Gleichzeitig genehmigte sie den Ausbau umweltschädlicher Produktionen in bereits bestehenden Werken. Experten sagen, daß man an der Ob-Mündung, wo die Siedlung Jamburg liegt, nur drei Monate ohne Gesundheitsschäden überstehen kann. Trotzdem läßt man Hunderte von Menschen dort ständig leben.

Was wollen die Einwohner von Salechard, Surgut und einigen anderen Städten in Tjumen machen, wo über 14 Millionen Quadratmeter Wohnfläche mit Phenol und Formaldehyd verseucht sind? Der Schadstoffgehalt in den Holzhäusern mit hochgiftigem Wärmedämmstoff (dessen Verwendung übrigens mit dem Ministerium für Gesundheitsschutz der UdSSR abgestimmt worden war) übersteigt den Grenzwert um das 350fache. Die Bewohner der Häuser erkranken häufiger, und keine medizinische Instanz ist bereit zuzugeben, daß die Phenolvergiftung die Krankheiten verursacht; sonst müßte nämlich die Regierung den Bau neuer Wohnhäuser, die Behandlung der Kranken und Entschädigung zahlen.

«**Sibirische Forscher können Rußland vergolden.**» So betitelte die «Iswestija» (vom 2.6.1992) ihr Interview mit Iwan Nesterow, Direktor des Westsibirischen Instituts für geologische Forschung und Erdöl, das in Tjumen seinen Sitz hat. Diese Forschungseinrichtung ist für Putidoil berühmt, das ihre Experten erfunden und zu produzieren begonnen haben. Putidoil ist ein Präparat zur Reinigung des Wassers und Bodens von Erdöl, das wirksam wie kein anderes ist. Ausländer aus den USA, Spanien, Kuwait und Argentinien überhäufen das Institut mit Aufträgen. Die Kosten für die Wiederherstellung eines Hektar Bodens liegen weltweit bei 50 000 US-Dollar. Die Erdölförderer aus Surgut, Nojabrsk und Nischnewartowsk bieten dem

Institut eine Bezahlung von umgerechnet 200 US-Dollar pro Hektar an.

Nesterow hat noch viele andere Ideen parat, die er unter den Bedingungen der ineffizienten, primitiven, halbkolonialen Wirtschaftsführung nicht realisieren konnte. Der Forscher will bewiesen haben, daß es auch in Lehmböden, in sogenannten Schwarzschieferzonen, Erdöl gibt. Solch ein Öl lasse sich in eine neue feste Brennstoffart umwandeln, dessen Heizwert unvergleichlich höher als der des Erdöls sei. Nesterow bietet eine völlig neue Art der Energiegewinnung an, die ebenso effizient wie die Atomenergie und zugleich umweltfreundlich sei.

Nesterow hat auf eigene Initiative einen Betrieb in Nowy Urengoi errichten lassen, der superleichte Häuser aus Diatomit produzieren soll. Aus Diatomit läßt sich Baustoff, aber auch Glas, Glasfaser, Kristallglas, Sorptionsmittel und Dünger herstellen. Noch in den siebziger Jahren fand man in Tjumen 500 Trillionen Kubikmeter Diatomit. In den achtziger Jahren haben vierzig Forschungszentren die Berechnungen und Vorschläge Nesterows überprüft und ihre Richtigkeit bestätigt. Der Ministerrat der Russischen Föderation war nahe daran, den Bau von 50 Betrieben zu beschließen, das ZK der KPdSU sprach sich jedoch dagegen aus.

Außerdem hat Iwan Nesterow, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, in einem *Iswestija*-Interview erklärt, sein Institut sei 1992 an die Herstellung künstlichen Erdöls gegangen, wofür man wenige Wochen statt einer Million Jahre brauche.

Rußland stehen viele Möglichkeiten offen, wenn wirksame Gesetze die Entwicklung vorantreiben. Sibirische Erdölfachleute (aus dem internationalen Forschungs- und Produktionskonzern *Konversion*, Generaldirektor B. Korobotschkin) wurden von Kuwait damit beauftragt, Ölsonden zu reparieren und Ölsammelbehälter zu bauen. Die russischen Spezialisten brachten mit Militärflugzeugen 200 Tonnen Material nach Kuwait und erledigten den Auftrag. Russische Rüstungsfabriken werden in ein paar Jahren wahrscheinlich in der Lage sein, die gesamte Palette modernster Erdölanlagen zu produzieren, so daß Rußland 1995 völlig auf ihren Import verzichten kann. Vorläufig

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

aber liegen in Rußland 25 000 Ölsonden still, weil Tiefkolbenpumpen und andere Ausrüstungen fehlen.

Rußland wäre es besser ergangen, wenn der Grund und Boden, die natürlichen Ressourcen und die Arbeit einen realen Preis gehabt und der Staat die strikte Einhaltung der Gesetze gesichert hätte. Den Experten schenkten die Behörden kein Gehör, wenn diese ihnen vorrechneten, daß 1 Rubel, vorsorglich in Filteranlagen investiert, 2 Rubel ökologische Folgekosten einsparen würde bzw. 1 Rubel Investition in den Gewässerschutz am Ende 4,5 Rubel einsparte (nach Schätzungen des Forschungsinstituts für Energiewirtschaft). Seit 1917 jedoch richtet sich das russische Leben nicht nach dem gesunden Menschenverstand. Die Gesellschaftsordnung unterschied sich von der kolonialen nur dadurch, daß jene fremde Völker ausplünderte, während Rußland sich selbst bestahl.

In anderen Ländern hält man es für zweckmäßig, die Steinkohle anzureichern, den Aschegehalt zu reduzieren und ihren Heizwert bis auf 5000–6000 Kilokalorien pro Kilogramm Steinkohle zu steigern. Bei uns aber begnügt sich der Verbraucher meistens mit Kohle, deren Heizwert nur ein Zehntel davon ausmacht. Die Folge ist, daß die Transportkosten steigen, die Brennöfen schnell verschleifen und die Emission von Schadstoffen zunimmt. Der amerikanische Kongreß bewilligte 1987 rund 12 Milliarden Dollar für das auf zehn Jahre angelegte Programm «Saubere Kohlen für Wärmekraftwerke und Kesselhäuser».

In Rußland stehen indessen Fabriken zur Kohleanreicherung still, während minderwertige Kohle an die Türkei verkauft wird; dort wird sie angereichert und dann zu einem um ein Vielfaches höheren Preis weiterverkauft. Solche Geschäfte sind nur hinter den Machtkulissen möglich. Der Verband der Kohle-Exporteure des Kusnezker Kohlebeckens ist ins Leben gerufen worden, um solche Machenschaften zu verhindern. 1992 gründeten die Verbandsmitglieder ein eigenes Informationszentrum und modernste Labors, um der Verschleuderung von Rohstoffen einen Riegel vorzuschieben.

1989 haben die sibirischen Kumpel ihre Stimme erhoben und die Bevormundung der Beamten abgeschüttelt – seit 1917 hatte es das nicht gegeben. Die Behörden der sibirischen Kohlehauptstadt

Kemerowo setzten ihr Recht durch, ohne Moskauer Vermittler Kohle ins Ausland zu verkaufen. Im Sommer 1992 ging die Moskauer Zentrale zum Gegenangriff über, indem sie versuchte, ihre Macht über die Energiewirtschaft des Landes wiederzugewinnen. Die sibirischen Kumpel gründeten daraufhin die Kohlegesellschaft des Kusnezker Kohlebeckens, die offen erklärte, sie allein und nicht Moskau bestimme in Kemerowo.

Die sibirischen Kumpel mischen sich schon seit langem erfolgreich in die Politik ein. Sie stellten einen engen Kontakt mit dem Europäischen Unternehmerverband in Brüssel her. Sie erwarben dort auch eine Rechtsberatungsfirma mit russischsprachigen Rechtsanwälten. Früher verlor das Kusnezker Becken beim Export jeder Tonne Kohle Devisen, wenn der Kunde die Kohle reklamierte und keine Möglichkeit bestand zu untersuchen, ob die Beanstandung korrekt war. Nun reisen Rechtsanwälte in jeden Teil der Welt, um Reklamationen zu prüfen. Die Kohlelieferanten sorgen für eine bessere Qualität der Ware. All diese Neuerungen machten möglich, daß Aman Tulejew, Vorsitzender des Gebietssowjets von Kemerowo, aufgrund des gestiegenen Ansehens der Region 1991 Präsidentschaftskandidat der Russischen Föderation wurde.

Die sibirischen Kumpel haben 1989 von der Regierung eindringlich gefordert, in Städten des Kusnezker Kohlebeckens eine unabhängige ökologische Untersuchung durchzuführen. Prominente Wissenschaftler, vorwiegend aus dem Ausland, wurden eingeladen, alle Filter- und Reinigungsanlagen zu besichtigen und Ingenieure zu beraten. In Kemerowo richtete man eine internationale Umweltkontrollstelle ein. Die Behörden stellten ihr ein Gebäude, Mitarbeiter und Devisen für den Erwerb von Ausrüstungen zur Verfügung. Die ausländischen Ökologen waren der Meinung, daß man ohne großen finanziellen Aufwand 30 bis 40 Prozent der Umweltprobleme beseitigen könnte.

Die Sibirier könnten auch der sinnlosen Vernichtung ihrer Wälder ein Ende setzen. Nur ein Drittel des abgeschlagenen Holzes wird zu Fertigprodukten verarbeitet. Im Einzugsgebiet des Jenissej ließ man zu, daß über fünf Millionen Kubikmeter Nutzholz von Stauseen überschwemmt wurden. Dem Schriftsteller Valentin Rasputin ist zuzustim-

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

men, wenn er schreibt, daß zusammen mit den Wäldern auch die russische Moral untergegangen sei.

In den letzten zwei Jahren sind die Preise für Holz in Rußland um das 500fache gestiegen. Vor dem Zerfall exportierte die UdSSR jährlich etwa 20 Millionen Kubikmeter Holz, das waren 7 bis 8 Prozent des Produktionsvolumens, was zirka eine Milliarde Dollar einbrachte (zum Vergleich: Die USA führen 25 Millionen Kubikmeter Nutzholz im Jahr aus). Im ersten Halbjahr 1992 halbierte sich der Umfang der Holzexporte, obwohl in Rußland nur 10 Prozent weniger Nutzholz geschlagen wurde. Als Ursache führen die Experten an, daß andere GUS-Staaten sich den beträchtlichen Unterschied zwischen den russischen und den ausländischen Holzpreisen zunutze machen, um Holz in Rußland aufzukaufen und gegen Devisen weiterzuvermarkten. Dieses veranlaßt die Behörden Sibiriens und anderer Waldregionen dazu, die Waldbestände zu ihrem Eigentum zu erklären.

Moskau schlug Warnungen über Umweltvergiftung in den Wind.

Moskau gab lokalen Wirtschaftsinitiativen keine Chance. Die Zentrale war der Auffassung, daß die örtlichen Behörden dazu da seien, die Politik Moskaus würdig umzusetzen. In den Republiken der Föderation und auch in Sibirien hat man seit langem eine eigene Sicht der Dinge. Im Sommer 1992 beispielsweise stellte die Polizei in Irkutsk eine Umweltschutzabteilung auf – die erste in Rußland.

In Krasnojarsk trägt man sich seit vielen Jahren mit dem Gedanken, das Moskauer Ministerium für Energiewirtschaft zu verklagen, das ein Wasserkraftwerk am Jenissej so errichten ließ, daß der Fluß über mehrere hundert Kilometer im Winter nicht zufriert. Dadurch entsteht Nebel, in dem sich Schadstoffe sammeln und der die Regionshauptstadt Krasnojarsk in eine Giftwolke hüllt. Die Krasnojarsker müssen also im Winter krebserregende Luft einatmen. Atemwegerkrankungen sind in Krasnojarsk zweieinhalbmal so häufig wie im Landesdurchschnitt. Vorläufig kassiert Moskau die Gewinne vom Krasnojarsker Wasserkraftwerk, ohne den Krasnojarskern auch nur eine Entschädigung zu zahlen. Deshalb werde das Kraftwerk zwangsläufig städtisches Eigentum werden, meinen die Krasnojarsker.

Die Sibirier haben die richtige Einstellung zum Eigentum. Die

Stadt Omsk beispielsweise steht im Tempo der Privatisierung an dritter Stelle in Rußland nach Moskau und Sankt Petersburg: Bis zum 1. Oktober 1992 wurden in Omsk 161 Objekte im Wert von 1,4 Milliarden Rubel privatisiert. Vielleicht liegt die Ursache für dieses hohe Maß an Eigeninitiative darin, daß die zweitgrößte nationale Gruppe in Omsk die Deutschen sind. Noch gibt es in Rußland zwei Millionen Deutsche.

In Omsk werden in Zukunft große Gerichtsprozesse unausweichlich sein. Das Militär hat in Aviagorodok Hubschrauber repariert und abgewrackte, defekte Geräte mit undefinierbarer, leuchtender Masse in der Erde vergraben. Ähnlich ging man auch in den Arbeitslagern und in gefährlichen Produktionsbereichen vor. Das Ergebnis: Ende 1992 entdeckten Moskauer Experten in Omsk 155 radioaktiv verseuchte Stellen. Die Zentrale stellte dem Stadtsowjet jedoch nur 2,5 Millionen Rubel bereit. Die Hälfte davon gab man für die Dekontamination des Territoriums einer einzigen Schule aus. Für ähnliche Arbeiten in ganz Rußland hat die Regierung 102 Millionen Rubel für fünf Jahre bewilligt.

Proteste wird es auch bei den Einwohnern von Tomsk geben. In ihrer Nachbarschaft liegt die «streng geheime» Stadt Tomsk-7, in der es Atommülldeponien gibt. Hier kommt es ständig zu radioaktiven Emissionen, die 20- bis 100mal so hoch sind wie die Salven von Tschernobyl.

Die Zeitung *Moscow News* (vom 11.10.1992) berichtete, daß das Ministerium für Atomenergie Rußlands mit der amerikanischen Regierung über die Bewilligung von 300 Millionen Dollar für den Bau einer Atommülldeponie bei Tomsk verhandelt. In Tomsk war man über diese Idee empört.

Die lokale Presse berichtete über erhöhte radioaktive Belastung in einem Nebenfluß des Tom und über Wilddiebe, die bestrahltes Elchfleisch auf den Markt bringen. Die Bewohner von Tomsk trinken Wasser aus einem Stausee, der in der Nähe einer Deponie flüssiger, radioaktiver Abfälle des Sibirischen Chemiekombinats gelegen ist. Die Einwohner von Tomsk werden zudem von Plänen dieses Chemiekombinats beunruhigt, dort Uran aus französischen Kernkraftwerken anreichern zu lassen.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Die Anhänger der KPdSU schlugen alle Warnungen seriöser Wissenschaftler und sibirischer Altgläubiger, die wie Einsiedler in den Wäldern leben, über den Zustand der Umwelt in den Wind. In Akademgorodok bei Nowosibirsk wird ein Manuskript des Altgläubigen Afanassi aufbewahrt, der 1984 schrieb:

«Durch die Chemie stirbt alles. Der Wald geht ein, das Gras vergilbt, die Insekten und Tiere verschwinden. Die Steine werden durch die chemisch belastete Luft porös und zerfallen. Menschen werden von nie dagewesenen Krankheiten befallen, die sich nicht heilen lassen. Einige Krankheiten wie Krebs, die früher selten waren, kommen heute oft vor. Wo sind jene Hunderte von Gänsen und Kranichen geblieben, die im Frühling gen Norden und im Herbst gen Süden über uns hinwegzogen? Als Kinder blickten wir bei ihren Schreien auf und bewunderten ihren Flug in geordneten Reihen. Warum veränderten sie ihr Wesen und ziehen nicht mehr über den Himmel wie einst? Im März brechen sie nach dem Norden auf, überfliegen den Himalaja und den Kaukasus und machen Rast in mittelasiatischen Obstgärten, die chemisch behandelt wurden. Sie nehmen nur einen Wurm oder eine Fliege in den Schnabel, und sofort sterben sie und erreichen unser Gebiet nicht mehr. Dutzende Arten sind vom Aussterben bedroht. Was Noah während der Sintflut vor dem Untergang bewahrte, geht in unserer atomaren Zeit an der Chemie zugrunde. Wenn aber heute noch fünf oder zehn Vöglein im Gebüsch zwitschern, so werden in 10 bis 15 Jahren auch diese nicht mehr singen.» Es ist noch nicht lange her, daß man für solche Äußerungen nach dem Strafgesetzbuchartikel über antisowjetische Propaganda eingesperrt wurde.

Die Wirtschaftsflaute fördert separatistische Strömungen. Heute wehen über Sibirien weiß-grüne Fahnen, die beliebter sind als die offiziellen Fahnen der Russischen Föderation. Es ist kein Zufall, daß die einflußreichsten Politiker und Wirtschaftsleiter Sibiriens sich heutzutage in der Moskauer Zentrale profilieren. Der Chef des mächtigen Konzerns *Gasprom*, W. Tschernomyrdin, wurde 1992 Premierminister Rußlands. Alle gesellschaftlichen Gruppen Sibiriens diskutieren darüber, in welcher Form Sibirien Souveränität erhalten und

welche ökonomischen und rechtlichen Beziehungen es mit Rußland haben könnte.

Die Politiker Sibiriens möchten für ihre Region den gleichen Status wie beispielsweise Kasachstan erhalten. Das heißt eigene Streitkräfte und Polizei, eine Verfassung, eigener Staatshaushalt, Finanz- und Zollhoheit, eigenes Gerichtssystem, aber Mitgliedschaft in der GUS und engste Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland bis hin zu einer gemeinsamen Währung.

Neu ist das nicht. Die Archive der Geheimdienste aus der Zaren- und Sowjetzeit enthalten eine Fülle von Dokumenten über Vorschläge für eine Autonomie Sibiriens und sogar für seine völlige Lostrennung von Rußland. Der Sturz der Monarchie im Februar 1917, aber auch der Zerfall der UdSSR ließen alte Hoffnungen wiederaufleben. Präsident Jelzin unterstützte die Idee einer wirtschaftlichen Autonomie Sibiriens. Drei Monate nach seiner Wahl besuchte er Nowosibirsk und beteiligte sich an der Arbeit der internationalen Assoziation «Sibirisches Abkommen». Diese Assoziation vereinigt 19 Republiken, Regionen und Gebiete Sibiriens und der Fernostregion.

Auf ihrer Beratung im Juni 1992 in Ulan-Ude erklärten die Führer, es handle sich vorläufig um die Bildung eines gemeinsamen Marktes von Waren und Dienstleistungen, eines regionalen Konzerns zur Verarbeitung von Agrarprodukten und eines einheitlichen, satellitengestützten Kommunikationssystems. Jelzin hat einige Programme dieser Assoziation mit seiner Unterschrift besiegelt. Wenn diese Vorhaben bis 1993 realisiert worden wären, hätte man vielleicht nicht mehr über eine sibirische Republik gesprochen. Moskau hat jedoch keine der vorgeschlagenen Maßnahmen für eine ökonomische Autonomie Sibiriens realisiert; deshalb schöpften die Gegner der Zentrale neuen Mut.

Es gibt sogar schon geographische Karten, auf denen Sibirien als «Nordasiatische Vereinigte Staaten» eingezeichnet ist. Die Idee einer Lostrennung Sibiriens von Rußland wird von ehemaligen UdSSR-Republiken unterstützt. Nimmt man Rußland seine sibirischen Reichtümer, wird es für die Ukraine oder Kasachstan sogleich zu einem wirklich gleichberechtigten Partner.

Andrej Sobolewski aus Nowosibirsk schrieb in der *Literaturnja gaseta* vorn 1. 9. 1992: «Warum ich den heißen Wunsch verspüre, ger-

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

ade in Sibirien mit dem Aufbau einer würdigen Staatlichkeit zu beginnen? Weil ich in meinem Sibirien normal leben will. Ich will aus der ewigen Schande heraus, deren Name Rußland ist.»

Irgendeine Form der Autonomie wird Sibirien zweifellos erhalten. Zur Zeit kann man schwer sagen, was Moskau mehr beunruhigt: die Tatsache, daß die Verwaltung der Region Krasnojarsk im Sommer 1992 schon ihr eigenes Geld hat drucken lassen, oder das Problem des Diebstahls. Hier scheint die Provinz die russische Metropole zu überflügeln. In Sibirien wird alles gestohlen, was nicht niet- und nagelfest ist. Man hat beispielsweise im April 1992 versucht, per Flugzeug 12 Tonnen Zirkonium von Nowosibirsk nach Kaunas zu schmuggeln. Diese Fracht, über Litauen in den Westen abgefertigt, hätte mindestens zwei Millionen Dollar eingebracht. Die Polizei und der KGB müßten in Sibirien eigentlich erfolgreich sein, denn es ist die Region, in der sie jahrzehntelang herrschten. In Nowosibirsk, fern der Öffentlichkeit, gibt es bereits seit 50 Jahren eine einzigartige Hochschule für höhere Lehrgänge des militärischen Abwehrdienstes des Sicherheitsministeriums Rußlands.

Man spricht nicht nur von einer Republik Ural, sondern auch von den Republiken Transbaikalien und Jenissej. Der sibirische Separatismus blühte auch im 19. Jahrhundert: In dem berühmten Prozeß gegen die sibirischen Separatisten (Ende der 60er Jahre) wurden 40 Personen abgeurteilt, obwohl Mittelrußland sich in der Zarenzeit selbst versorgte und wirtschaftlich nicht auf Sibirien angewiesen war.

In der historisch-ethnographischen Gedenkstätte Schuschenskoje, «Lenins Verbannungsort in Sibirien», stehen jahrhundertealte feste, mitunter zweistöckige Häuser mit weitläufigen Hofbauten. Ein mittelständischer sibirischer Bauer hatte damals drei bis fünf Pferde, ein Fuhrwerk, einen Schlitten und ein 10 Hektar großes Ackerfeld. Die wohlhabenden Bauern waren in der Mehrheit: Nur ein Faulenzer oder Säufer blieb in Sibirien arm.

Sibirien hat damals den jungen Marxisten Uljanow (Lenin) tief beeindruckt. Er hatte erwartet, ein rückständiges und unterdrücktes Randgebiet zu sehen, und traf auf gebildete, stolze und unabhängige Menschen. Hochwertiges, billiges Getreide aus Sibirien über-

schwemmte damals den russischen Markt in einem Maße, daß der Zar für die blühende Kolonie Zollgebühren verlangte, wenn sie ihre Waren auf der Wolga transportieren wollte. Der Verkauf der begehrten sibirischen Butter brachte 1900 mehr Einnahmen als der von Gold in ganz Rußland pro Jahr. Die sibirische Butter, die weltweit als beste Sorte angesehen war, wurde zu 70 Prozent exportiert. Man transportierte sie in Kühlwaggons in Eichenfässern einmal in der Woche über die Transsibirische Eisenbahn in die Hafenstädte und dann auf dem Seeweg weiter nach Kopenhagen, London und Hamburg. Vor dem Ersten Weltkrieg verkauften die Sibirier auf dem Weltmarkt ihre Butter bereits ohne dänische Vermittlungsfirmer. 1915 exportierte Sibirien 4,6 Millionen Pud (1 Pud entspricht 16,38 Kilogramm), 1918 waren es 1,7 Millionen Pud.

Im Jahre 1922 waren es nur noch 395 000 Pud Butter. Die Bolschewiken hatten diese wohlhabenden Bauernwirtschaften für immer ruiniert. Die sibirischen Bauern waren keine Anweisungen «von oben» gewöhnt und hatten keine Vorstellung, wie die «zentralisierte Verteilung der Produktionsmittel» vor sich gehen sollte.

Die Bauerngemeinde spielte in Sibirien eine wesentlich geringere Rolle als in Mittelrußland, wo sie die Bodennutzung direkt regelte. Der Boden war in Sibirien immer Staatseigentum. Die Bauern ließen sich dennoch von der Regel leiten: «Was du bestellt hast, gehört dir.»

Heute werden Getreide, Fleisch und Milchprodukte aus den USA und Europa in die meisten sibirischen Gebiete importiert. Sibirien ist für Rußland mehr denn je eine wichtige Kolonie, die wertvolle Erzeugnisse liefert und in die man alles schickt, was man nicht haben will, beispielsweise atomare Abfälle und rückfällig gewordene Straftäter. Von Omsk bis Irkutsk bzw. Tschita leben die Einwohner wie im GULag, obwohl sie in blühenden Verhältnissen leben könnten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sibirien im 21. Jahrhundert zu einem eigenständigen Staat wird. Schon 1919 trennte es sich einmal für ein paar Monate von Rußland.

L. Poleschajew, Gouverneur von Omsk, beklagte im April 1992 vor Journalisten, daß das Gebiet Omsk von den hundert Kopeken jedes Rubels, den man erwirtschaftet hatte, 86 Kopeken an die Zentrale abführen müsse. 75 Prozent der Industriebetriebe in Omsk dienten

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

allein dem militärisch-industriellen Komplex. Das Gebiet blieb bis 1991 für Ausländer Sperrzone. Heutzutage erlebt es Freiheit und Abrüstung, aber auch eine Wirtschaftskrise. Die Herstellung weltweit konkurrenzfähiger sowjetischer Panzer in Omsk wird demnächst eingestellt. Die UdSSR hat ohnehin mehr Panzer als die ganze übrige Welt produziert.

Der Lebensstandard ist in Sibirien um 50 Prozent niedriger als in den europäischen Landesteilen und sinkt schneller als in Mittelrußland. Die Zentralregierung überläßt der Region Krasnojarsk von insgesamt neun Milliarden Rubel Steuern, die sie im Quartal erhebt, knapp zwei Milliarden.

Der erste Kongreß der Volksdeputierten der sibirischen Territorien tagte am 27. und 28. März 1992 in Krasnojarsk. Vertreten waren die Gebiete Irkutsk, Kemerowo, Tomsk, Omsk, Nowosibirsk, ferner waren Beobachter aus Chakassien, Tuwa, Burjatien, Jakutien, Bergaltai, Tschita, Tscheljabinsk und Perm anwesend. Die Teilnehmer, die teils Befürworter, teils Gegner des Separatismus waren, lehnten einhellig die Praxis Moskaus ab, alles, vom Toilettenpapier bis zum Erdöl, zu verteilen.

Tjumen ist die Erdölhauptstadt Sibiriens, ja, ganz Rußlands. Im riesigen Gebiet Tjumen lagern 75 Prozent der Erdöl- und Erdgasvorräte der ehemaligen UdSSR. Die Menschen leben dort unter schwierigen Bedingungen, kümmerlich und unkomfortabel und sogar ärmlicher als allgemein in Rußland. Boris Jelzin hat am 19. September 1992 den Erlaß über die «Entwicklung des Gebiets Tjumen» unterzeichnet, um den erheblichen Rückgang der Erdöl- und Erdgasförderung zu stoppen. Seit Anfang 1992 dürfen örtliche Behörden und Betriebe über zehn Prozent des gesamten Erdöls und Erdgases des Gebiets selbst verfügen, d. h. sie können es zu freien Preisen verkaufen.

Die Erdölförderung hat sich in Tjumen allein 1992 um 100 Millionen Tonnen verringert, da die Abkommen mit westlichen Firmen, die in diesem Gebiet aktiv sind, ausgesetzt sind. Die einheimischen Ölbarone wollen nicht einmal zehn Prozent Auslandskapital zulassen, da sie die staatlichen Erdölvorkommen nach wie vor als ihr Eigentum betrachten. Parolen vom «Ausverkauf des

Vaterlandes» werden in Umlauf gebracht. Das prosperierende Norwegen liefert ein anderes Beispiel: Es fördert mehr Erdöl als Rußland, obwohl Auslandsfirmen schon vor 20 Jahren 80 Prozent seiner Erdölförderung kontrollierten. Später reduzierten die Norweger die ausländischen Anteile auf 40 Prozent.

Im Dezember 1991 weigerte sich das Konsortium der Gesellschaften *British Petroleum* und *Statoil* (Norwegen), das viele Großprojekte in der UdSSR initiiert hatte, die Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen in Irkutsk zu finanzieren. Die Briten erklärten den Sibiriern, das russische Erdöl sei auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, weil es zu teuer sei; der Transport von den nördlichen Gebieten in die petrochemischen Betriebe nach Angarsk verursache enorme Kosten, und die Steuern seien zu hoch. Die Briten orientierten sich nach Südsachalin um, wo Erdöl direkt an der Pazifikküste gefördert wird. Im März 1992 besuchte eine Delegation mit John Wakeham, dem britischen Minister für Energiewirtschaft, Tjumen, um Investitionsmöglichkeiten in die russische Erdölförderung zu ermitteln. Juri Schafranik, Verwaltungschef von Tjumen, sagte dem Minister, daß «sich die Entscheidungsfindung jetzt langsam in die Randbezirke verlegt».

Schafranik weiß, daß Rußland als Staat nur überleben wird, wenn es starken Gebieten ein Maximum an wirtschaftlichen Rechten gewährt. Der Verwaltungschef von Tjumen denkt, daß die Gebietsbehörden so schnell wie möglich das Recht erhalten müssen, Lizenzen für die Nutzung ihrer Vorkommen zu vergeben. Nur qualifizierte Wirtschaftsführer erhalten Lizenzen, unrentable Vorkommen werden in Aktiengesellschaften umgewandelt und Privatpersonen übereignet. Schafranik schlägt vor, transnationale, vom Staat unabhängige Konzerne zu schaffen, an denen sich auch Unternehmen aus anderen Nachfolgerepubliken der Ex-UdSSR beteiligen werden. Die Ukraine beispielsweise, deren Kapazität zur Erdölverarbeitung zehnmal höher ist als die dortige Fördermenge, muß man unbedingt beteiligen. Auch wird Rußland nicht ohne Aserbeidschan auskommen können, das beinahe 50 Prozent der Erdölausrüstungen liefert. Schafranik sieht in den transnationalen Erdölkonzernen die Basis der künftigen russischen Wirtschaft.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Ein weiterer bekannter Privatunternehmer aus Tjumen, Valeri Newerow, der in zwei Jahren den Konzern *Hermes* aufgebaut hat, glaubt, daß der Staat auf sein Monopol zur Erdölförderung verzichten sollte. Während ausländische Gesellschaften Konzessionen für die Erschließung der Erdölvorkommen erhalten, besitzen russische Privatunternehmer viel weniger Rechte und Freiheiten. Diese Diskriminierung heimischen Kapitals sei absurd und – auch im Ausland, beispielsweise.

Die Bewohner Tjumens, darunter auch einheimische Völker wie die Chanten und Mansen, sind bereit, für ihren Anteil am Bruttosozialprodukt (BSP) zu kämpfen; das BSP ist in Tjumen etwa so hoch wie in den prosperierenden Erdölstaaten am Golf. Der Erlös aus den Erdölgeschäften wird fast zu 100 Prozent an den Fiskus in Moskau abgeführt. Aus den verbleibenden, winzigen Beträgen wird die örtliche Bevölkerung versorgt, die nach Lebensmitteln Schlange stehen und in Baracken wohnen muß. Die Erdölbetriebe in Tjumen verfluchen Moskau auch dafür, daß die Außenhandelsbank vor zwei Jahren ihre Millionen Devisen eingefroren hat. Die Staatsbank hat dann formell ihren Bankrott erklärt und auf diese Weise den sowjetischen Betrieben Milliarden Dollar gestohlen. Die Ölbarone in Tjumen drohten mit Streik. Erst dann lenkte die Zentralbank Rußlands ein und übereignete einer Gruppe von Erdölbetrieben in Tjumen ihre Bank in Österreich (*Donau-Bank*).

Das andauernde Chaos in der russischen Wirtschaft wird nicht nur Rußland, sondern auch dem Westen Probleme bringen. Die Nachfrage nach Erdöl übersteigt das Angebot. Durch die sinkende Erdölförderung in Rußland werden sich die Preise für ein Barrel von 1992 bis 1995 verdoppeln. Die Welt wird wieder einen «Ölschock» erleben.

Der Norden Tjumens hat Rußland einen unvorstellbaren Reichtum gebracht. Hier lagern die Erdgasvorkommen Urengoi, die 40 Prozent des erschlossenen Erdgases der Welt umfassen. 1992 war Urengoi die wichtigste und beinahe einzige Devisenquelle des Fiskus. In den vergangenen 13 Jahren pumpte man beinahe die Hälfte seiner Bestände, 280 Milliarden Kubikmeter jedes Jahr, ab. In der Industrie wird dieser wertvolle Rohstoff viel weniger effektiv verwertet als in den USA.

Wenn die Bestände von Urengoi erschöpft sind, bleiben noch die riesigen Erdgasvorräte auf der Halbinsel Jamal, zu denen gerade Pipelines verlegt werden. Es hat sich allerdings herausgestellt, daß es derzeit unrentabel ist, Erdgas aus Sibirien auf dem russischen Markt abzusetzen: 1991 bekam man für 1000 Kubikmeter nur 13 Rubel (umgerechnet etwa 10 bis 20 US-Cent), während der Preis in den USA mehr als 60 Dollar betrug. Dennoch haben sich 1992 unsere Energieträger um das Zehnfache verteuert.

Wenn man die Energieträgerpreise auch weiterhin ständig heraufsetzt, wird den Beamten in Moskau verborgen bleiben, daß sie ein zweites Tschernobyl angerichtet haben. Kein Geld der Welt wird ausreichen, um die im Nationalbezirk der Jamalnenzen zerstörte Natur wiederherzustellen. Die Erdöl- und Erdgasbetriebe haben allein im Rayon Purow 3,5 Millionen Hektar Rentierflechte und im Rayon Nadym etwa 2 Millionen Hektar vernichtet. Man braucht Jahrzehnte, um diese Flächen zu sanieren. An die Halbinsel Jamal werden gerade eine Eisenbahnlinie und Rohrleitungen verlegt.

Vermutlich ist es gegenwärtig sinnlos, die Arktis, Mineral- und Rohstoffreserve Rußlands, zu erschließen. Man würde lediglich die riesige Region zerstören, wofür unsere Kinder uns verfluchen würden. Spezialisten aus dem Uraler Zentrum der Akademie der Wissenschaften haben 1982 berechnet, daß die Erschließung des Vorkommens Bowanenkowo auf Jamal 8,8 Milliarden Rubel kosten wird. Die Kosten, hervorgerufen durch ökologische Folgeschäden, schätzte man auf mehr als 5 Milliarden Rubel. Die Regierung der Ex-UdSSR hat vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen von der Erschließung der Halbinsel Abstand genommen. Im Februar 1992 entschied die Regierung der Russischen Föderation, das «Bauprojekt des Jahrhunderts» auf Jamal wieder zu aktivieren; damit öffnet sie dem verbrecherischen kolonialen Raubbau an den Naturschätzen Tür und Tor und ignoriert die Interessen der nördlichen Völker.

Die Bauern im Gebiet Tjumen hatten keinen Anschluß an die Erdgasleitungen. Prognosen zufolge wird Rußland 1995 Erdöl aus dem Nahen Osten importieren. Erdöl und Erdgas wurden im Polarkreis, in Tjumen, von Brigaden gefördert, die man aus allen

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Landesteilen herbeiholte. Auf jedem Flughafen der UdSSR begegnete man Arbeitern, die für zwei bis drei Wochen in die Erdölreviere flogen – Tausende Kilometer von ihren Wohnorten entfernt. Der südliche Teil von Tju-men ist übrigens eine Kurortzone mit Fichtenhainen, Radon- und Schlammhädern und Seen. Kureinrichtungen gibt es allerdings nicht; auch Wohnraum wird nicht gebaut. Mit Einheimischen ist Sibirien dünn besiedelt, und die Zugereisten wandern meist wieder in den europäischen, besser situierten Landesteil ab. Die souveränen Republiken sind nicht mehr bereit, Arbeitsbrigaden in die Erdölreviere nach Tjumen zu entsenden.

Erdöl und Erdgas haben sich derart verteuert, daß es bald für Mittelasien und Transkaukasien, die Ukraine und das Baltikum preiswerter sein wird, Erdölprodukte nicht in Rußland, sondern im Nahen Osten zu kaufen. Wenn die Erdöl- und Erdgassonden unter die Jurisdiktion des Gebiets Tjumen oder Tomsk kämen (in Tomsk waltete jahrelang Jegor Ligatschow), könnten Milliardeneinnahmen Sibirien vor dem Ruin retten. Die im Verkehrswesen beschäftigten Bauarbeiter verdienten auf Jamal monatlich 1400 Rubel (inklusive der Gebietszuschläge; April 1992); ein Kleinauto kostete zwischen 300000 und 500 000 Rubel.

Jelzin hat wirtschaftlichen Ehrgeiz entfacht, indem er die örtlichen Behörden berechtigte, über 10 Prozent des Erdöl- und Erdgasaufkommens nach eigenem Ermessen zu verfügen. Viel mehr Beamte als bisher beteiligten sich an dem Handel. Der damalige Ministerpräsident Jegor Gaidar mußte im Februar 1992 feststellen, daß die Erdölindustrie «einer der kriminellsten Verwaltungsbereiche ist». Trotzdem hält die Regierung Rußlands an der Privatisierung der Betriebe des Energiekomplexes fest.

Im Unterschied zu den Erdöl- und Kohlearbeitern Rußlands, die dem Präsidenten angedroht haben, «den Hahn zuzudrehen», blieben die Erdgasarbeiter Tjumens bisher ruhig. Der jetzt russische Monopolist Gasprom hat in Holland für mehrere Millionen Dollar Zuchtrinder gekauft und in den vernachlässigten Kleindörfern Tjumens die Rinderfarmen Gasowik und *Fakel* errichtet; der Konzern baute auch am Polarkreis Treibhäuser und Gemüselager. Im Frühjahr 1992 konnten die Arbeiter in den weit entlegenen Siedlungen Nadym,

Jamburg und Nowy Urengoi trotz des allgemeinen Preiscaos frische Trauben, Milch, Fisch, Saft, Gemüse oder Fleisch kaufen, die zehnmal weniger kosteten als in Moskau. Käuferschlangen gibt es dort übrigens nicht. Die Lebensmittel werden im Sommer auf dem nördlichen Seeweg angeliefert und sorgfältig gelagert. Der Handel und das Transportwesen sind im hohen Norden verlustbringend, aber enorm wichtig, damit die Arbeitskräfte nicht abwandern.

Der Anteil von russischem Erdgas am Gesamtverbrauch beträgt in Frankreich 31 Prozent, in Deutschland 33, in Finnland 100, in Italien 28, im ehemaligen Jugoslawien 65, in Österreich 65, in Polen 60, in der ehemaligen Tschechoslowakei 90, in Bulgarien 100 und in Ungarn 50 Prozent, und er steigt ständig. Auch Großbritannien und Griechenland werden bald russisches Erdgas importieren. Im Jahr 2000 wird Rußland 180 Milliarden Kubikmeter Erdgas exportieren, das ist doppelt so viel, wie die UdSSR 1991 ins Ausland verkaufte. 1992 lieferte der russische Konzern *Gasprom* 37 Prozent der Erdgasexporte der Welt.

Es gibt allerdings keinen Grund zur Freude. In Westsibirien werden jedes Jahr 15 Milliarden Kubikmeter benzinhaltiges Erdgas abgefackelt. Mit besserer Raffinerietechnik hätte man 1992 rund 250 Millionen Tonnen Erdöl sparen können. Allein Tjumen liefert jedes Jahr so viel Erdöl wie die USA (365 Millionen Tonnen) bzw. 45 Millionen Tonnen mehr als Saudi-Arabien. Zwischen 1988 und 1991 sank der russische Erdölexport von 126 Millionen Tonnen auf 61 Millionen im Jahr.

Beinahe 50 Prozent der industriellen Investitionen in der Sowjetunion flößen in den Energiesektor, allerdings ohne großen Nutzen. Die Ausrüstungen und Technologien stammen noch aus den fünfziger Jahren und sind technisch veraltet. Was die Modernisierung betrifft, hinkt Rußland dem Westen um ein paar Jahrzehnte hinterher. Die Erdölvorräte wurden nur zu einem Drittel genutzt: Man erschloß die oberen erdölführenden Schichten und ließ die tieferliegenden unberührt.

Angesichts fehlender Ausrüstungen lagen im Frühjahr 1992 allein in Westsibirien 15 000 bis 20 000 Sonden brach. Nun hat sich die spektakuläre CIA-Prognose aus den siebziger Jahren bestätigt, wonach

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

die Erdölförderung sinken sollte, obwohl damals noch die Erdöldollars in die UdSSR flössen. Die Erdölförderung ist in Rußland heute auf ein so niedriges Niveau gesunken, daß die Stabilität der gesamten russischen Wirtschaft bedroht ist. Man könnte allerdings jede dritte Tonne Erdöl einsparen, wenn die veralteten, energievereschlingenden Produktionszweige modernisiert würden.

Der Verkauf von Rohöl ins Ausland bringt keinen Nutzen. In der Zarenzeit (in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts) exportierte Rußland etwa 0,5 Prozent Rohöl und verarbeitete «den Rest» im Inland. Die Revölkerung hatte die Erdölproduzenten gedrängt, mit dem nationalen Gemeingut sparsam zu verfahren. Kerosin, ein Fertigprodukt, kostete in Baku zehnmal mehr als Rohöl. Die russischen Schmieröle, die teuersten und technisch kompliziertesten Erdölprodukte, waren Anfang des 20. Jahrhunderts die weitbesten Produkte; sie übertrafen die amerikanischen und kosteten um das Zwanzig- bis Dreißigfache. Die russischen Schmieröle waren besonders zähflüssig und enthielten keine festen Kohlenwasserstoffe.

Die russische Presse kritisierte damals die Rohölexporture heftig und beschuldigte sie des Verrats von Landesinteressen. 1886 exportierte Rußland 1 101 000 Pud [1 Pud = 16,38 kg] Rohöl, und bereits 1887 waren es nur noch 74 000 Pud. Ungeachtet des Drucks seitens des Westens weigerte sich Rußland, eine Erdölleitung von Baku nach Batumi zu verlegen. Stattdessen baute es eine Kerosinleitung, die weltweit die längste und beste war. Allein das Erdölrevier Baku lieferte 50 Prozent des Weltaufkommens. 1901 förderte Rußland 12 Millionen Tonnen Erdöl. Rußland besaß damals die größte erdölfördernde und erdölverarbeitende Industrie in der Welt.

Heute überlegt sich Rußland, zu welchen Bedingungen es Erdölförderanlagen aus den USA oder der Bundesrepublik Deutschland kaufen kann. Nach inoffiziellen Expertenschätzungen waren ausländische Investoren 1992 bereit, in die russische Erdölindustrie 60 bis 70 Milliarden Dollar zu investieren. Aber angesichts der Wirren in Rußland (im Unterschied Kasachstan oder der Ukraine) kann man den ausländischen Firmen ihre Dividenden vielleicht nicht zahlen. Man muß berücksichtigen, daß allein 1991 ein

Drittel des sibirischen Erdöls unter Umgehung der Exportlizenzen auf dem Schwarzmarkt abgesetzt wurde. Der junge Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen, Pjotr Aven, forderte im Sommer 1992 dazu auf, die Erdöl- und andere Rohstoffexporte in Zukunft nicht nach der Willkür der entsprechenden Beamten zu kontingentieren, sondern diese Quoten auf öffentlichen Auktionen zu verkaufen.

Kein einziger Minister, sei es unter Breschnew, Gorbatschow oder Jelzin, forderte jedoch, die Rohölexporte einzustellen. Samotlor ist besonders reich an Ölvorkommen. Dort wurden bis 1990 mindestens 1919 Millionen Tonnen Erdöl gefördert (im Wert von 250 Milliarden Dollar; nach den Preisen von 1992). Wenn das Erdöl veredelt wird, liegen die Erlöse noch höher. Der Kreml exportiert nur Rohöl, und westliche Partner, die schon Breschnew für eben diese Verfahrensweise bejubelt hatten, können sich die Hände reiben. Die besten Zeiten sind allerdings vorbei, Samotlor erschöpft sich. Die Sibirier, die von Moskau, vom Westen und von den lokalen Chefs ausgeplündert werden, sind mit ihrer Geduld am Ende.

Was den Lebensstandard betrifft, Tjumen ist nicht Kuwait. Daher ist zu erwarten, daß sich die autonomen Bezirke der Jamalnenzen sowie der Chanten und Mansen aus dem Gebiet Tjumen ausgliedern und in Republiken der Russischen Föderation umwandeln. 30 000 Erdöl- und Erdgasarbeiter leiden Not in Bidonvilles am Polarkreis; sie leben in schäbigen Waggons und selbstgebastelten Hütten, durch die die arktischen Winde pfeifen. Sie werden ebenso wie die ursprüngliche Bevölkerung, die in ihrer Existenz bedroht ist, brutal ausgebeutet.

Aber nicht nur sibirische Randgebiete verfallen, sondern auch Großstädte wie Nowosibirsk mit dem berühmten Forschungszentrum Akademgorodok. Dieses Zentrum ist weltweit durch seine Forschungen in der Atomphysik, Archäologie und Ethnographie bekannt. Zwei Wirtschaftsexperten, die Präsident Gorbatschow berieten, die Akademiemitglieder Tatjana Saslawskaja und Abel Aganbegjan, arbeiteten jahrelang in Akademgorodok. Viele Forscher mußten in den Westen ausreisen, wo sich im Moment die qualifiziertesten russischen Wissenschaftler und Künstler befinden.

In den sibirischen Großstädten verdienten die Arbeiter weniger als im hohen Norden, Mit dem Ende des kalten Krieges verschlechterten

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

sich die Lebensbedingungen der Arbeiter der Rüstungsbetriebe. Im Flugzeugbetrieb Irkutsk, in der Nähe des tiefsten Sees der Welt, des Baikalsees, werden die bekannten Flugzeuge Su-27 und MiG-29 hergestellt. Im April 1992 erklärte man das Gebiet Irkutsk offiziell für bankrott.

Hallen, so groß wie drei Cheopspyramiden unter dem Flußbett des Jenissej. In der benachbarten Region Krasnojarsk sind viele Giganten der Rüstungsindustrie angesiedelt: das landesgrößte Kupfer- und Nickelkombinat in Norilsk (in der Nähe des Polarkreises), das Zehntausende sowjetischer Häftlinge errichteten, und das chemische Kombinat bei Krasnojarsk, das Plutonium für Atombomben erzeugt. In diesem Kombinat, in Krasnojarsk-26, befindet sich die in der ExUdSSR größte Deponie mit abgebrannten Kernbrennstäben. Das Kombinat Krasnojarsk bekam 1991 für eine Tonne abgebrannter Kernbrennstäbe aus den ukrainischen Atomkraftwerken 94 000 Rubel. Südkorea hat für eine Tonne eine Million Dollar angeboten. Die Sibirier haben diesem Angebot zugestimmt, statt den Atommüll aus der Ukraine abzunehmen – unter dem Vorwand, die Ukraine habe 1992 Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln und Konsumwaren in die Region Krasnojarsk vereitelt.

Bereits Anfang der fünfziger Jahre haben auf Befehl Stalins Gefangene in den Felsen am Ufer des Jenissej in 250 Metern Tiefe eine Grube geschlagen. Ihr Fassungsvermögen beträgt etwa sieben Millionen Kubikmeter und übertrifft um das Dreieinhalbfache das Volumen der Cheopspyramide. Das geheime unterirdische Objekt wurde in nur drei Jahren von 100 000 Menschen erbaut. Die Geschichte kennt vermutlich keine vergleichbare Mißachtung von Menschenleben. Stalin opferte Leben und Gesundheit armer Häftlinge. Die russischen Kinder werden auch alle folgenden Generalsekretäre, von Chruschtschow bis Gorbatschow, verfluchen. Unter dem Flußbett des Jenissejs installierte man zwei Atomreaktoren, die Waffenplutonium erzeugen. Die aktive Zone dieser Reaktoren wird seit 35 Jahren nach demselben Verfahren gekühlt: In den «Mantel» wird Wasser aus dem Jenissej gepumpt, das

nachher heiß, mit Radionukliden verseucht und ungeklärt zurück in den Strom geführt wird. Ein einfaches, vor allem billiges Verfahren.

Die Folgen dieses schrecklichen Zynismus sind bis heute nicht vollständig ermittelt worden. Radiometrische Luftaufnahmen weisen aus: Der Jenissej ist auf seinem ganzen Lauf bis hin zum Ozean verseucht. Eine verlässliche, bodengestützte Messung nahm man bisher nicht vor. In einigen Gebieten der Region Krasnojarsk, am Unterlauf des Jenissejs, liegt die radioaktive Belastung bei 160 Curie je Quadratkilometer. Dieser Wert übersteigt sogar die Verseuchung an einzelnen Stellen der 30-Kilometer-Sperrzone in Tschernobyl, in der niemand mehr leben kann.

Im Sommer und Herbst 1992 legte man die beiden Atomreaktoren still; sie werden noch ein paar Jahrzehnte weiterglühen und weiterhin mit dem Wasser des Jenissejs gekühlt werden. In der Nachbarschaft funktioniert übrigens noch ein Reaktor, der das Bergbau- und Chemiekombinat Krasnojarsk und die geheime Stadt Krasnojarsk-26 (100 000 Einwohner) mit Wärme und Strom versorgt.

Da keine staatlichen Gelder mehr nach Krasnojarsk fließen, stehen die Techniker vor der Alternative: entweder ihre Jobs aufzugeben und auszuwandern oder abgearbeitetes Spaltmaterial aus aller Welt zu verarbeiten und in den unermeßlich großen unterirdischen Deponien zu lagern. Es ist viel günstiger, atomare Abfälle wieder anzureichern, als Uran neu zu gewinnen. In Rußland hat sich eine solche Menge radioaktiven Materials angehäuft, daß der wiederaufgearbeitete Stoff ausreichen würde, um alle Atomkraftwerke der Ex-UdSSR 200 bis 300 Jahre in Gang zu halten. Der erste Betrieb, der Spaltmaterial aufarbeiten soll, ist in Krasnojarsk bereits fertiggestellt; zur Zeit funktioniert er allerdings nicht, da es an Geld mangelt.

Die vier seinerzeit kristallklaren, größten sibirischen Ströme, Ob, Jenissej, Irtytsch und Lena, werden noch lange Zeit radioaktive Stoffe ins Eismeer leiten. Die atomaren Abfallprodukte von den U-Boot-Reaktoren, den Atomwaffentestgeländen in Semipalatinsk (Kasachstan) und der Insel Nowaja Semlja, von den Atomspaltungen bei der Gold- und Diamantengewinnung und aus den Atombetrieben in Tscheljabinsk und Krasnojarsk haben sich mittlerweile vor allem infolge des jährlichen Gefrier- und Tauzyklus an den Ufern der sibirischen

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Ströme abgelagert. Da es aufgrund der Klimaverschiebung allorts wärmer wird und das Eis schneller taut, ist im Eismeer in 5 bis 10 Jahren mit ersten Anzeichen einer radioaktiven Verseuchung zu rechnen. Radioaktive Stoffe werden so aus den südlichen Gebieten des Urals und Sibiriens in die Fischfanggebiete des Nordatlantiks und Pazifiks gelangen und neben Rußland auch Skandinavien, Kanada und Alaska bedrohen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß unsere Zeitgenossen alles, was sie konnten, unternommen haben, um künftige Generationen zu vergiften. Die nunmehr freie russische Presse hat im Sommer 1992 weitere Informationen über die radioaktive Verseuchung geliefert. Die Einwohner der Millionenstadt Krasnojarsk und der geheimen Städte in ihrer Nähe, in denen Atomwaffen hergestellt werden, sowie aller ostsibirischen Gebiete bis hin zur Arktis ahnen nicht einmal, daß sie einer tödlichen Gefahr ausgesetzt sind. Wenn im Frühjahr der Jenissej Hochwasser hat, können die Fluten den Damm des Sajan-Wasserkraftwerks Schuschenskoje zerstören — eine 200 Meter hohe Woge würde alles hinwegschwemmen. Die mittelschweren Hochwasser von 1985 und 1988 zeigen, daß man 500 000 Dollar benötigte, um eine Katastrophe zu verhindern. Bisher wurden allerdings keine Schutzmaßnahmen getroffen.

Die Lasten der Vergangenheit sind nicht zu zählen. Die meisten Krebstoten Rußlands gibt es in der Region Altai: von 100 000 Einwohnern sterben jährlich 286. Diese Rate liegt noch höher als in städtischen Gebieten, wo es gewöhnlich die größten Umweltbelastungen gibt. Die russische Presse hat ermittelt: Die hohen Sterblichkeitsraten sind eine Folge der ersten Atomexplosion auf dem Testgelände Semi-palaünsk (August 1949). In den streng geheimen Unterlagen des Verteidigungsministeriums, welche die oberste Parteispitze abgesehen hatte und die jetzt ans Tageslicht kommen, wird folgendes gesagt: Die Wetterverhältnisse sollten die Ausbreitung der radioaktiven «Spur» über die UdSSR-Grenzen hinaus verhindern. Man hat den Wind abgewartet, der radioaktive Partikel in Richtung dichtbesiedelter Regionen im Altai und entlang der Westsibirischen Eisenbahn trug. Die Fachleute haben alles genauestens berechnet.

Die Region stirbt bereits seit 50 Jahren langsam aus. Totenmessen werden dort häufiger zelebriert als Taufen gefeiert. Niemand will mehr Kinder in die Welt setzen, da Neugeborene immer häufiger Merkmale von Oligophrenie (Debität) und anderen Krankheiten aufweisen. An Krebskrankheiten, hervorgerufen durch Umweltgifte, leiden dort Menschen bereits in der dritten Generation. Der Präsident Rußlands, der die Region Altai 1992 besuchte, war von dieser Tragödie zutiefst erschüttert und versprach die vorrangige Unterstützung seitens der Regierung.

Dessenungeachtet hat Moskau am 26. März 1992 eine Verordnung erlassen, nach der weitere Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Diese Entscheidung stimmt kaum optimistisch.

Soziologen befragten 200 führende Fachleute der größten russischen Atombetriebe über die Lage im Lande und erhielten folgende (nach einem 5-Punkte-System verallgemeinerte) Noten:

Zuverlässigkeit der im Betrieb stehenden AKW	3
Technologie zur Stilllegung von AKW	2
Endlagerung von Atomabfällen	2,3
Gewinnung, Verarbeitung und Beförderung von Spaltstoffen	3,5
Sicherheitsstandard der AKW mit Reaktoren vom Typ:	
RBMK	2
WWR	3
WWS-1000	4
AST	5
Qualität der Reaktoren der neuen Generation	4
Lösung des Tschernobyl-Problems im	
medizinischen	2
physikalisch-technischen	3
und im Sozialbereich	2
Zuverlässigkeitsgrad der «Kappe» über Block IV	
des AKW Tschernobyl (viele waren ratlos)	0–2
Bereitschaft der Atombetriebe zum Krisenmanagement	3

Viele der befragten Fachleute gehen davon aus, daß in den russischen AKW die herrschenden Vorschriften in größerem Maßstab unterlaufen werden.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Der militärisch-industrielle Komplex Krasnojarsk produziert mancherlei wundersame Dinge. Im elektromechanischen Forschungsinstitut werden Satelliten hergestellt. Als die Mittel für die militärische Raumfahrt nicht mehr flößen, produzierte man auch weniger Wetter- und Forschungssonden. Den Betrieben mangelt es an Metall, sie haben weder Geld, mit dem sie es bezahlen könnten, noch Holz, gegen das sie es tauschen könnten.

Der Maschinenbetrieb Krasnojarsk (*Krasnomasch*) baut Raketen für Kriegsschiffe und U-Boote. Moskau wollte allerdings solches Gerät 1992 nicht mehr abnehmen. Der Betrieb lebt jetzt vor allem von der Produktion ziviler Güter, den bekannten Kühlschränken Birjusa (Produktionsvolumen: etwa 1 Million Stück im Jahr; ein Drittel wird in die USA, nach Großbritannien, Frankreich und Deutschland exportiert) und Gefrieranlagen. Ein Spitzenerzeugnis des Betriebs sind komplizierte medizinische Geräte. Die Anlage zur Herstellung des Sterilisationsmittels «Geiser» vermindert die Sterblichkeitsrate bei chirurgischen Eingriffen um ein Drittel bis ein Viertel. Jede Rayon-Poliklinik von Kaliningrad bis Wladiwostok benötigte zwei solche Anlagen. Krasnomasch ist bereit, sie in beliebiger Menge herzustellen. Russische Krankenhäuser haben jedoch kein Geld für diese dringend benötigten Ausrüstungen. In Rußland zählt ein Menschenleben nicht viel, die Krankenhäuser sind in miserablen Zustand.

In Gemeinschaft mit Japanern baut Krasnomasch Fabrikhallen, in denen 1,5 Millionen Kompressoren für Kühlschränke im Jahr hergestellt werden sollen. In ein paar Monaten hat *Krasnomasch* Ofen zur Züchtung von Silicium-Kristallen entwickelt, bekanntlich der wichtigste Grundstoff in der Technologie der Halbleiterelektronik. In dem Betrieb werden auch Maschinen zur Fleischverarbeitung hergestellt, die mit italienischen und französischen Anlagen vergleichbar sind.

In der Nähe von Kansk, eine der größten Städte der Region Krasnojarsk, befand sich im Zweiten Weltkrieg das Arsenal der Seekriegsflotte. Wenn dieses Superdepot einmal in die Luft geht (wie das Arsenal in Wladiwostok 1992), würden Torpedos und Minen die halbe Stadt vernichten. In Kansk befindet sich auch das Hauptlager der Luftstreitkräfte und in der Nähe, im Rayon Atschinsk, das Arsenal der

Hauptverwaltung, Raketen und Artillerie des Verteidigungsministeriums.

Die Aluminiumherstellung in den Elektrolysebetrieben Krasnojarsk und Irkutsk ist hochgradig umweltschädlich. Aluminium ist im Westen zunehmend gefragt. Daher modernisieren amerikanische Firmen die Ausrüstungen in den beiden Betrieben und gründen Gemeinschaftsunternehmen. Die umfassende Modernisierung der beiden Unternehmen erfordert 20 Milliarden Dollar in 10 bis 20 Jahren. Die erste Anlage der US-Firma *Kaiser Aluminium and Chemical* soll 1994 in Betrieb genommen werden. Die beiden sibirischen Betriebe liefern etwa eine Million Tonnen Aluminium jährlich. Sie haben beschlossen, den Flugzeugbauern 1992 lediglich 50 000 Tonnen bereitzustellen und den Rest im Rahmen von Bartergeschäften [Handelsgeschäft, bei dem Waren gegen Waren getauscht werden; A.d.R.] im In- und Ausland abzusetzen.

Wer aus dem Wirtschaftskampf gegen Moskau als Sieger hervorgehen wird, ist offen, zumal hochmoderne Flugzeugbetriebe auch in Nowosibirsk und Omsk angesiedelt sind. Sibirien macht heute eine eigene Politik, wie schon einmal am Anfang dieses Jahrhunderts. Im Zentrum von Omsk, in einer alten Villa, in der einst der «oberste Regent Rußlands», Admiral Koltschak, residierte und die heute das Museum der bildenden Künste beherbergt, veranstaltete man ein Festessen anlässlich der Gründung und Registrierung einer weißgardistischen Organisation. Junge Leute in alten Uniformen haben dabei «Sowjet»-Sekt auf den Sieg über die Sowjets getrunken. Gruppen der «Weißen Garde» sind auch in Nowosibirsk, Barnaul, Rostow am Don, Sankt Petersburg, Irkutsk, Tallinn, Uda, Kineschma und anderen Städten der Ex-UdSSR aufgestellt worden. Omsk ist allerdings die einzige Stadt, in der sie offiziell anerkannt worden sind.

In Omsk sind 25 Prozent aller petrochemischen Betriebe Rußlands konzentriert. In dieser Stadt befindet sich auch der Luft- und Raumfahrtbetrieb *Poljot*, der Raketen, Satelliten und Triebwerke für Weltraumschiffe, aber auch Waschmaschinen usw. herstellt. Die Sibirier besitzen den Seehafen Igarka, unabhängige Fernsehgesellschaften, die größte «Technopolis» in Krasnojarsk, ein bekanntes Forschungszentrum in Nowosibirsk und 14 internationale

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Forschungszentren. Von dem Erdölvorkommen Tjumens war schon die Rede. Goldfelder sind am Unterlauf des Jenissejs und der Lena konzentriert. Sibirien hat Verkehrswege bis nach Südostasien, Erdgasvorkommen und Kohlelagerstätten von Weltbedeutung und schließlich auch Arbeitskräfte.

Die Diskussion zwischen Sibirien und Rußland wird sich in dem Maße zuspitzen, wie die Hoffnungen der Sibirier, die sie in die Jelzin-Gaidar-Reformen setzen, zunichte gemacht werden. Die Anhänger der sibirischen Souveränität werden zahlreicher. Man diskutiert nicht mehr die Frage, ob die Souveränität gut oder schlecht ist, sondern wie sie konkret umzusetzen ist. Die Menschen haben zu viel gelitten. Sie haben so viel über ihre Vergangenheit und Gegenwart erfahren, daß sie praktisch keine Hoffnungen mehr in den Kreml setzen, auch nicht was die Lösung der ökologischen Probleme betrifft. Die Menschen sind entschlossen, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen.

Die Natur rächt sich aber bereits heute. Ganze Waldgebiete werden in den südlichen Gegenden Sibiriens seit 35 Jahren vernichtet. Zudem sind die sibirischen Wälder mit Zecken verseucht, die beim Menschen Hirnhautentzündungen auslösen. Monatelang toben Waldbrände, die nicht gelöscht werden. Wälder werden wahllos abgeholzt, ungeklärte Abwässer in Ströme und Flüsse eingeleitet. Wenn man mit einem Hubschrauber über die Taiga fliegt, sieht man, daß die Jenissej-Ufer, von der Angara und dem Baikalsee bis hin zum Eismeer, mit Baumstämmen übersät sind. Wenn dieses Holz in Geld umgemünzt würde, könnte Rußland von Krasnojarsk bis zur Karasee in 100-Rubel-Scheinen waten. Erst heute beginnt man, Holz teilweise mit Prahmern und sogar Helikoptern, nicht mehr mit Flößen, abzutransportieren. Die letzte Bestandsaufnahme der Waldflächen wurde in der UdSSR 1935 vorgenommen. Nach diesen Angaben besaß die Nation 125 Milliarden Kubikmeter Nutzholz. 1992 ist nur noch knapp ein Drittel dieser Menge übrig.

Ostsibirien erstreckt sich von Krasnojarsk bis Tschita. Der Raum des Mittellaufs der Podkammennaja Tunguska wird bereits zum Teil ausgebeutet. Unter einer Erdgaskappe befindet sich eine 40 Meter dicke Erdölschicht. Die geologischen Untersuchungen deuten darauf hin, daß die Erdölvorkommen in Ostsibirien mit den bereits erkunde-

ten Vorkommen in Westsibirien durchaus vergleichbar sind. Für die Umwelt bedeutet das, daß wieder Tausende Hektar Boden mit Erdöl verschmutzt werden. Ganz Sibirien wird zu einem ökologischen Notstandsgebiet werden, und die Lebensbedingungen der Menschen werden sich weiter verschlechtern.

Viele Zuwanderer flüchten aus Sibirien. Wer erst kürzlich aus der Ukraine angereist ist, kehrt wieder zurück, damit er nicht sein Recht auf Rente und Wohnraum verliert. Nur 30 Prozent der staatlichen Investitionen für Sibirien gehen in die soziale Infrastruktur, d. h. in Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser usw.; das ist wesentlich weniger als der russische Durchschnitt. Die Menschen hoffen nicht mehr, ein würdiges Leben für sich selbst, ihre Kinder und Eltern zu sichern, und wandern aus. Zwischen 1986 und 1990 sind in Westsibirien 4,6 Millionen Personen zugewandert; 4,1 Millionen haben die Region verlassen. In den neunziger Jahren ist die Abwanderung angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage zu einer Massenerscheinung geworden.

Insgesamt sind in Sibirien 20 bis 25 Millionen Einwohner hauptsächlich entlang der wenigen Transportwege im südlichen Teil angesiedelt. Eben dieses Territorium und seine Mineral- und Rohstoffbasis sichert Rußland einen Vorteil gegenüber den zehn größten Industriestaaten der Welt. Rußland kann in den nächsten 200 bis 300 Jahren unbegrenzt wachsen – zu einem Riesenstaat, der in seinen Weiten die Lebensgrundlage für 1 bis 2 Milliarden Einwohner anstatt der heutigen 150 Millionen sichern kann.

Der russische Norden

Genozid: von den Straflagern Stalins zu atomaren Mülldeponien und Atomwaffentestgeländen

Wenn man eine Karte des nordöstlichen Teils unseres Landes nimmt, schrieb die Moskauer Zeitung *Delowoi mir/Business World* [Welt des Handels} am 22. September 1992, den Zirkel zwischen den Siedlungen Debinym und Jagornym ansetzt und einen Kreis mit einem Durchmesser von rund tausend Kilometern zieht, so finden sich innerhalb dieses schrecklichen Kreises Dutzende Goldminen, Kohlegruben, Bergwerke, Kraftverkehrs- und Forstbetriebe sowie etwa sechshundert Straflager, Gefängnisse, Zuchthäuser, militärische Sperrgebiete, Kasernen für NKWD-Wachmannschaften [beim NKWD, dem «Volkskommissariat für Inneres», ressortierte ab 1934 die politische Polizei, vormalig GPU, und die «Hauptverwaltung der Lager», der GULag; A. d.R.]. Von all dem wimmelte es hier, wie von Küchenschaben in einem verwahrlosten Bauernhaus.

Hier gibt es keine Gräber. Die Gebeine liegen in festgefrorenen Halden oder wurden von Wölfen und Füchsen über Sümpfe und Wald verstreut. Die Häftlinge starben massenhaft an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten. Der Archipel GULag bestand aus hunderten solcher Inseln.

Innerhalb des um die Kolyma und die Tschuktschenhalbinsel gezogenen Kreises gab es während des Krieges mehr Amerikaner als in Moskau. Auf dem Wege von Kalifornien über Alaska nach Magadan und weiter nach Zentralrußland wurden die meisten Land-Lease-Lieferungen abgewickelt. Mit 14 000 Kilometern war das in den Jahren 1942 bis 1945 die weltlängste Flugstrecke. Mit modernen Fernmelde- und Navigationsmitteln ausgestattet und im Besitz eines hochleistungsfähigen Bodendienstes, war sie in der Sowjetunion einmalig. Häftlinge bauten alle Flugplätze, auch den am Kältepol bei Oimjakon, über die

8000 amerikanische Flugzeuge in die Sowjetunion geflogen wurden. (Insgesamt erhielt die Rote Armee aus den USA Lieferungen im Umfang von 14000 Flugzeugladungen.) Die amerikanischen Militärs und Diplomaten gaben sich den Anschein, als wüßten sie nicht, welche Gegend sie passierten.

Ebenso verhielten sich alle führenden westlichen Politiker, wenn ihnen Stalin herzlich die Hand schüttelte. Sie schwiegen auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als in den Jahren 1945 bis 1951 in der Sowjetunion mindestens drei Millionen Kriegsgefangene umkamen oder «verschollen» gemeldet wurden: über eine Million Deutsche, 234000 Japaner, 70 000 Italiener, 45 000 Franzosen, mehr als eine Million Ungarn, Rumänen, Österreicher, Spanier. Über deren Tod und furchtbares Schicksal schwieg man sich sowohl in der UdSSR als auch in den westlichen Metropolen aus.

In einem Freilichtmuseum bei Kaunas kann man seit einiger Zeit eine litauische Wohnstätte sehen, einen Tschum aus dem Norden. In solchen Nomadenzelten hausten Litauer, die vor einem halben Jahrhundert auf Inseln der Laptewsee deportiert worden waren. Die Überlebenden aus jener Zeit bauten eine solche nördliche Wohnstätte nach; ehemalige Verbannte aus ganz Litauen kamen zur Einweihung. Vor derartigen Freilichtmuseen des Kommunismus gibt es in Rußland viele.

Jeder zweite Tabakliebhaber in Rußland raucht zum Beispiel billige Zigaretten der Marke «Belomorkanal». Doch nur wenige wissen, daß der in den dreißiger Jahren von Häftlingen gebaute Kanal zwischen Moskau und dem Weißen Meer schon lange nicht mehr funktioniert. Wieviel Prominente aus dem Westen hatten ihn damals besichtigt und in Gesprächen mit Stalin ihre Begeisterung über das große Bauvorhaben ausgedrückt!

Salechard und Igarka verbindet seit 40 Jahren eine Eisenbahn, die nie in Betrieb genommen wurde. Das war das 501. Bauvorhaben des GULag. Eine Million Häftlinge hatten die geheime Trasse binnen weniger Monate auf Dauerfrostboden vollständig mit Bahnhöfen, Ausweichstellen, Abstellgleisen und Depots gebaut. Die Eisenbahn wurde überflüssig, als Stalin beschlossen hatte, einen wichtigen Marinestützpunkt weiter östlich bauen zu lassen.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Kein einziger Zug hat diesen 1300 Kilometer langen Schienenstrang durch die sumpfige Waldtundra und winzigen Taigazipfel jemals ganz durchfahren. Zu Chruschtschows Zeiten war die Eisenbahn noch in Betrieb, aber nur auf ihrer westlichen Hälfte; dort verkehrte eine Draisine zur Postbeförderung. Zu jener Zeit entdeckte man auch die Erdgasvorkommen. An der Trasse, die kurz vor der Fertigstellung war, entstanden Siedlungen, aus denen mit der Zeit Städte hervorgingen: Nowy Port, Nadym, Urengoi. Beim Streit um die Eisenbahn entschied auch Breschnew nicht zu ihren Gunsten. War es moralisch gerechtfertigt, eine Anlage verkommen zu lassen, deren Bau so viele Menschenleben gefordert hatte, auch wenn die wahnwitzige Idee, so etwas zu bauen, von Stalin stammte? (Stalin hatte in der Zarenzeit eine Verbannungsfrist in jener Gegend, bei Turuchansk, verbüßt.)

Von Alaska bis Norwegen. Die führenden Politiker an der Kolyma und auf der Tschuktschenhalbinsel hoffen heute, den Bau der Autobahn Tscherski längs der Küste des nördlichen Eismeeres, zwischen Bilibino, Pewek, Schmidtkap und Iultin-Uellen endlich zum Abschluß bringen zu können. Dann würde sie nur die Beringstraße noch vom amerikanischen Alaska trennen. Auch trägt man sich mit der Idee, die Tschuktschenhalbinsel und Alaska durch einen Tunnel zu verbinden, dessen Bau nach amerikanischen Schätzungen zehn Milliarden Dollar erfordern würde. Werden dann ausgerechnet Amerikaner die Russen auf der Tschuktschenhalbinsel lehren, Tschuktschen und Eskimos behutsam zu behandeln?

Die galoppierende Inflation im Jahre 1992 hat die Ureinwohner an der Kolyma und auf der Tschuktschenhalbinsel in existentielle Not gebracht: Sie sterben langsam aus. Vertreter dieser Völker im russischen Parlament baten Präsident Jelzin um eine Regelung, die den Sowjets der Volksdeputierten an der Kolyma und auf der Tschuktschenhalbinsel erlauben würde, 20 Prozent der im Bezirk gewonnenen Mengen von Gold, Zinn, Wolfram, Steinkohle und Halbedelsteinen dem Bezirk zu überlassen und Verträge über den Export dieser Erzeugnisse abzuschließen.

Die Ureinwohner des äußersten Zipfels Rußlands fristen ein kümmerliches Dasein, obwohl ihr Gebiet reich an Gold ist. Über Klondi-

kes östlich von Jakutsk wurden viele Romane geschrieben. Fluggäste werden hier sorgfältiger kontrolliert als am Zoll in Scheremetjewo bei Moskau. Der Staat zahlt den Goldgräbern zehn Cent für ein Gramm Gold und steckt einen Dollar vom Verkaufserlös eines Grammes in seine Tasche. Aber selbst diese wenigen Cents bekommen die Goldgräber oft auch nur auf dem Papier: Ende 1992 schuldete der Staat den 250 Goldsuchern immer noch drei Millionen Dollar für das 1990 gewonnene Gold.

Als Reaktion darauf stellten 100 000 Goldgräber, die 1991 die Hälfte der in Rußland gewonnenen 300 Tonnen Gold zusammewaschen haben, ihre Arbeit ein. Manche von ihnen schließen Verträge ab und gehen nach Kolumbien, Peru, Ecuador, Venezuela, Panama, Bolivien oder Sierra Leone. Die staatseigenen Goldminen konnten ihr Soll ohne «freischaffende» Goldsucher nie bewältigen, nicht einmal unter Stalin.

Viele sehen in der Festigung der örtlichen Machtorgane die einzige Möglichkeit, Rußland aus dem wirtschaftlichen Chaos zu retten. Sie sollen das Recht bekommen, über alles zu verfügen, was es auf ihrem Territorium gibt. Ihre einzige Pflicht würde darin bestehen, dem Zentrum Steuern in gemeinsam festgelegter Höhe zu entrichten. Nur so wird man aufhören, alles Leben in Rußland zu zerstören.

Im Sommer 1990 verendeten Millionen Seesterne im Weißen Meer. Tausende Robben im Weißen Meer und in der Barentssee gehen an Blutkrebs zugrunde. Die Veränderungen in ihrem Organismus weisen auf längere toxische und radioaktive Einwirkung hin.

Ursachen des Massensterbens sind nach Ansicht Juri Timoschenkos, Leiter des Labors für Säugetiere in der Nordabteilung des Polarinstituts für Fischwirtschaft und Ozeanographie, die Atomwaffentests auf Nowaja Semlja und die Verklappung und Versenkung radioaktiver Abfälle im Küstengewässer dieses Archipels. Außerdem hat man im Weißen Meer und der Barentssee chemische Kampfmittel versenkt, die mit den Chemikalien Sarin, Yperit und Lewisit versetzt sind.

Eine ebenso alarmierende ökologische Verschmutzung ist in Binnengewässern des russischen Nordens zu beobachten. Belastetes

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Wasser aus dem Ladogasee gelangt zum Beispiel über die Newa in den Finnischen Meerbusen. Die Finnen sind bereit, auf eigene Kosten eine umfassende Untersuchung des Ladoga-Wassers vorzunehmen. Eine gemeinsame russisch-finnische Expedition sollte im Sommer 1992 starten. Die Finnen stellten ein Forschungsschiff bereit. Der russische Außenminister hatte dem finnischen Botschafter bereits zu Beginn des Jahres zugesichert, daß das Schiff eine Genehmigung zum Aufenthalt im russischen Hoheitsgebiet erhalten würde. Doch die Militärs verhinderten die Expedition, obwohl alles, was am Ladogasee, wie überhaupt in Rußland, geheimzuhalten wäre, längst allgemein bekannt ist. So brachte man sich um die Möglichkeit, Genaueres über die ökologische Situation nach den Atomwaffentests zu erfahren, die das Verteidigungsministerium der UdSSR auf dem Ladogasee durchführen ließ; Radioaktivität breitet sich in der Nähe von Priosjorsk und der Insel Walaam aus. Wenn Vertreter der «Grünen» von Petersburg in dieser Frage bei den Regierenden vorstellig werden, hüllen sich die Verantwortlichen in Schweigen oder warten mit falschen Angaben auf. Aber das nur am Rande!

Auf dem Grund der Ostsee haben Großbritannien, die USA und die UdSSR nach 1945, verschiedenen Schätzungen zufolge, 100000 bis 400 000 Tonnen chemische Kampfmittel gelagert, die während des Zweiten Weltkrieges hergestellt worden waren. Man versenkte sie in Metallfässern und Geschobhüllen, die 50 bis 100 Jahre halten sollten. Diese Zeit ist bald um. Mehrere Volksdeputierte der UdSSR forderten Verteidigungsminister Jasow auf, ihnen die Deponierungskarte geben zu lassen; sie teilten sogar mit, in welchem Archiv sie sich befindet. Jasow ließ die Bitte unbeantwortet. Präsident Gorbatschow zeigte Verständnis und bot Hilfe an, aber der KGB durchkreuzte die Pläne und gab einen irreführenden Bescheid. Im gleichen Stil wimmelte der KGB die «Grünen» ab, die wegen der Verstrahlung des Ladogasees aktiv wurden.

Im Oktober 1992 fuhr die «Solo», ein Schiff der internationalen Umweltschutzorganisation Greenpeace, von Amsterdam aus in die Karasee im Nordpolarmeer, wo radioaktive Abfälle versenkt werden. Das Greenpeace-Büro in Rußland hatte beim Verteidigungsministerium

der Russischen Föderation den Aufenthalt der «Solo» in der Sperrzone beantragt. Eine Antwort war nicht erfolgt. Die Militärs kaperten die «Solo» bereits in neutralen Gewässern und schleppten sie unter Bewachung nach Murmansk.

Die Greenpeace-Leute wollten durch diese spektakuläre Aktion die Weltöffentlichkeit auf die radioaktive Verseuchung in der Barents-see und der Karasee aufmerksam machen, wo die UdSSR in den sechziger bis achtziger Jahren 17000 Container mit radioaktiven Abfällen sowie mindestens fünfzehn Atomreaktoren versenkt haben soll.

Die Greenpeacer wollten Wasserproben in der Stepowoi-Bucht entnehmen, wo 1982 Reaktoren des atomgetriebenen Versuchs-U-Boots K 27 versenkt worden waren. Auf dem U-Boot war es im Mai 1962 zu einer Havarie gekommen: Der Primärkreislauf des Reaktors war undicht geworden. Die Panne konnte zwar behoben werden, aber neun Seeleute starben, und viele wurden zu Invaliden. Das U-Boot wurde stillgelegt und dann zerschnitten, die Reaktoren versenkte man bei Nowaja Semlja 50 Meter tief ins Meer. Wäre Rußlands Sicherheit etwa gefährdet, wenn man über das Ausmaß der radioaktiven Verseuchung informiert wäre?

Im September 1990 drangen Greenpeacer zum Atomwaffentestgelände Nowaja Semlja vor, um Wasser und Luft zu analysieren. Es stellte sich heraus, daß man in dieser Gegend binnen einer Woche einer Jahresstrahlendosis ausgesetzt ist. Wieder hatte sich der Verteidigungsminister blamiert, der immer beteuert hatte, die Untergrundstrahlung in seinem Moskauer Arbeitszimmer sei höher als die auf Nowaja Semlja.

Im Oktober 1992 weigerten sich die Militärs, einer Gruppe von Deputierten des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, Mitgliedern des Umweltschutz-Ausschusses, genaue Angaben darüber vorzulegen, wo und in welcher Zahl Atomreaktoren und Container mit radioaktiven Abfällen versenkt worden waren. Die Abgeordneten des russischen Parlaments, die Nowaja Semlja besucht hatten, mußten feststellen, daß die Atommülldeponien nicht überwacht werden. Auch die Greenpeacer hinderte man daran, Messungen vorzunehmen. Weder dem Obersten Sowjet noch Greenpeace gelang es, beim Oberbefehlshaber der russischen Kriegsmarine eine Karte

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

oder wenigstens die entsprechenden Koordinaten zu bekommen, obwohl sie sich ein ganzes Jahr darum bemühten.

Präsident Gorbatschow ließ ab 28. Oktober 1990 die unterirdischen Atomwaffentests auf Nowaja Semlja, dem größten Versuchsgelände, einstellen. Präsident Jelzin hält sich an dieses Moratorium. Wie ist aber das Verhalten der Militärs einzuschätzen, die keine Mühe scheuten, um den Teststopp zu vereiteln? N. Woronzow, Minister für Umweltschutz der Ex-UdSSR, sagte zu den Amerikanern während einer Beratung im russischen Ministerium für Umweltschutz: «Unser ehemaliges Ministerium für Atomenergie hielt es, gleich nachdem die Einstellung der Atomwaffenversuche bekannt wurde, für moralisch gerechtfertigt, allein für die Instandsetzung der Stollen auf Nowaja Semlja eine Summe anzufordern, die dem Wert von zehn Moskauer Universitäten samt ihrer Ausstattung gleichkommt. Und so erhebt sich die Frage: Ist es für unser Land, das humanitäre Hilfe erhält, moralisch gerechtfertigt, riesige Summen für Atomwaffenversuche aufzuwenden?» (*Rossijskaja gaseta* [Russische Zeitung] vom 5. Juni 1992)

Das Tragischste ist, daß unsere ranghöchsten Politiker immer lügen. Sie halten das Lügen einfach für ihre Pflicht. Besonders wenn es um die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes an Atomwaffen geht. W. Michailow, Minister für Atomenergie Rußlands, beharrt auf dem Standpunkt, daß Atomwaffenversuche ungefährlich seien und auf Nowaja Semlja fortgeführt werden müßten. Andernfalls würden die russischen Fachleute ihren Erfahrungsvorsprung verlieren.

Erstens: Wozu braucht Rußland neue, vervollkommnete Formen des Atomtodes? Es besitzt ohnehin Zehntausende Atomsprenköpfe, die reichen würden, jeden Gegner in die Schranken zu weisen. Zweitens: Eine Atomexplosion ist niemals völlig ungefährlich, zumal in Rußland, wo technische Pannen seit langem sozusagen zum Alltag gehören. Als in den fünfziger Jahren Atombomben bei Orenburg, auf Nowaja Semlja und bei Semipalatinsk gezündet wurden, behaupteten namhafteste sowjetische Wissenschaftler, alle Folgen seien voraussehbar. Drittens: Die Aussage, Atomexplosionen seien im Dauerfrostboden ungefährlich, ist abstrus. Wie ist sonst zu erklären, daß Kinder am Wiljaj an Leukämie erkrankten? Nach Ansicht A.

Jablokows, staatlicher Berater der Russischen Föderation, genügt es, einen Blick auf die Karte geophysikalischer Profile aus den siebziger Jahren zu den Atomwaffenexplosionen in Rußland zu werfen. Hier erfährt man, daß jede Explosion ihre Spuren über eine Entfernung von mehreren tausend Kilometern hinterläßt (Rossijskaja gaseta vom 18. Mai 1992).

Die Voraussetzungen, die technischen Installationen usw., die für unterirdische Atomexplosionen benötigt werden, sind an der Bucht Tschornaja und an der Mitjuschin-Bucht von Nowaja Semlja bereitgestellt und geschaffen worden. Die Abgeordneten des russischen Parlaments, die das Testgelände aufgesucht hatten, schlugen vor, es um ein Drittel zu verkleinern und die freiwerdende Fläche in ein Naturschutzgebiet umzuwandeln. Touristen würden in Scharen kommen. Vergessen wir nicht, auf Nowaja Semlja leben Menschen; sie ernähren sich von der dortigen Flora und Fauna und sind einer permanenten radioaktiven Strahlung ausgesetzt.

Jelzins Erlaß «Über Naturschutzgebiete der Russischen Föderation» sieht vor, daß die Naturschutzgebiete auf das Dreifache erweitert werden, so daß sie drei Prozent des nationalen Territoriums einnehmen. Das ist praktikabel, wenn man die militärischen Versuchsgelände und Übungsplätze reduziert, die heute in Rußland immer noch eine viel größere Fläche einnehmen als Naturschutzgebiete und Nationalparks. Das Beringmeer zum Beispiel könnte Touristen aus allen Ländern anlocken, meint A. Jablokow, da sich hier Walfische, Walrosse und andere Meerestiere tummeln.

Alexej Jablokow, Berater des russischen Präsidenten, meinte, es sei für den Staat mit Sicherheit vorteilhafter, im Norden größere Anstrengungen in der Familien- und Sozialpolitik zu machen, statt immer darauf zu setzen, Millionen Arbeiter aus dem Süden und aus Zentralrußland dorthin kommen zu lassen. Die Zugewanderten sind aufgrund der klimatischen Umstellung anfällig für Krankheiten und können sich insgesamt schwer an die Lebensverhältnisse gewöhnen. Arbeiter, die für jeweils zwei Wochen kommen, um sich dann zwei Wochen zu Hause zu erholen, entwickeln wenig Sinn und Respekt für die Umwelt. Es ist auch von daher kein Wunder, daß die ganze Küste des nördlichen Eismeres einem Müllablageplatz gleicht.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Der CIA verliert Rußland nicht aus dem Auge. Nicht unberührte Natur, sondern eine flächendeckende Verschmutzung des Bodens und der Gewässer entdeckte der neuseeländische Forscher Graham Dinga im russischen Polargebiet, als er im Frühjahr 1992 mit einem internationalen ökologischen Forscherteam zu einer einzigartigen Reise längs des 66. Breitengrades von Uelen bis Murmansk aufbrach.

Das Team besuchte 50 Städte und Dörfer und stellte überall «erschreckende Bilder der Naturzerstörung» fest, die Vergiftung der Flüsse durch Metalle und Erkrankungen bei Menschen und Tieren. Norilsk, die Nickelmetropole des Nordens, bezeichnete Dinga in seinem Tagebuch als einen Ort, der der Umwelt mit beispielloser Feindseligkeit gegenübersteht; die Konzentration der Schadstoffe in der Atmosphäre ist die höchste in der ganzen Gegend um den Nordpol.

Den größten Schock löste bei den Reisenden der Anblick von Müll, Schutt, verrosteten Fässern und ausrangierten Maschinen aus, die alle Städte und Siedlungen im russischen Norden umgeben. Stellenweise erstrecken sich diese Müllberge über drei bis fünf Kilometer und verbreiten im Frühjahr, wenn der Schnee taut, einen fürchterlichen Gestank; der Dauerfrostboden läßt die Abwässer nicht versickern.

Zum Glück beschränkt sich der Westen nicht bloß darauf, die Mißstände zu kritisieren, sondern bietet Hilfe an. Im Herbst 1992 haben die Finnen in den Atomkraftwerken auf der Kola-Halbinsel, bei Petersburg und in Litauen Warnsysteme installiert, die direkt mit Finnland verbunden sind.

Die Regierungen aller skandinavischen Länder haben vereinbart, mit eigenem Geld, ohne auf die IAEA zu bauen, eine Untersuchung aller Atomkraftwerke in Osteuropa vorzunehmen. Norwegen wird zum Beispiel eine Genehmigung erwirken, um zusammen mit Rußland zu ermitteln, in welchem Ausmaß der Raum von Nowaja Semlja radioaktiv verseucht ist.

Die Finnen und Amerikaner haben ein großangelegtes Projekt zur Ausstattung der russischen Industriebetriebe mit modernsten energiesparenden Technologien ausgearbeitet. Die finnische Gesellschaft Imatran Woima hat den Energieverbrauch in St. Petersburg untersucht, denn die Stadt an der Newa liegt in derselben Klimazone wie Helsinki und hat die gleiche Heizperiode. In St. Petersburg aber

benötigt man für Heizzwecke fünfmal so viel Energie wie in Helsinki. Die Abgase aus St. Petersburg erreichen zudem das finnische Gebiet. Die finnische Regierung wird infolgedessen ihre Steuerzahler davon überzeugen, die Umweltschutzmaßnahmen für St. Petersburg mitzufinanzieren.

Daß man in Rußland inzwischen verantwortungsbewußter handelt, könnte man nicht sagen. Im Juli 1992 übergaben Aufklärer der norwegischen Luftstreitkräfte ihrer Regierung und der Presse Bilder des russischen Tankers «Serebrjanka», der radioaktives Wasser in der Barentssee verklappte.

Alles deutet darauf hin, daß man in Rußland eine neue Form von «Business» entdeckt hat: Man will von den westlichen Ländern hohe Summen für die Sanierung umweltschädigender Betriebe an den Landesgrenzen «erpressen». Die an der Grenze zu Rußland liegenden Wälder Finnlands und Norwegens haben sich ebenso wie tausende Quadratkilometer der russischen Tundra in eine Wüste verwandelt, weil auf der Halbinsel Kola in der Stadt Nickel in größter Menge Schadstoffe emittiert werden. Nikels Betriebe schleudern jährlich 300 000 Tonnen Schwefel, 170 Tonnen Nickel, 110 Tonnen Kupfer sowie 10 Tonnen Kobalt in die Luft. Das ist mindestens das Fünffache der Emissionen von norwegischen Betrieben. Seit 1988 sucht eine Kommission aus Vertretern beider Länder nach einem Ausweg. Der russische Umweltschutzminister W. Danilow-Daniljan bat im Oktober 1992 die norwegische Regierung um 560 Millionen Dollar für Umweltschutzmaßnahmen in Nickel. Norwegen und Finnland stellten aber nur 100 Millionen Dollar bereit.

Die norwegischen «Grünen» lassen keinen Zweifel daran, daß sie mit allen Mitteln, «ökologischen Terror» eingeschlossen, für die Stilllegung der Nickelkombinate in den Siedlungen Nickel und Sapoljarny (Gebiet Murmansk) kämpfen werden. Die Aktionen der «Grünen» könnten, wie im Oktober 1992 zu erfahren war, von russischen Afghanistan-Kämpfern unterstützt werden. Wer jedoch gesetzwidrige Aktionen plant, kann leicht die Kontrolle über die Dinge verlieren.

Der Lebensstandard der Beschäftigten in den Nickelkombinaten ist wesentlich höher als der anderer Arbeiter. Aber diese Vorteile

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

schwinden zusehends. Die Bewohner des russischen Nordens haben allen Grund, über ihre Lebensbedingungen entrüstet zu sein. (In Rußland allgemein haben die Männer eine um sieben bis zehn Jahre niedrigere Lebenserwartung als Männer in den Industrienationen.) Männer im Norden Rußlands leben 22 Jahre kürzer als Männer in den Ländern Nordeuropas. Die ökologische Situation im Norden ist so ernst, daß sie zum Thema eines Hearings wurde, das ein Sonderausschuß des amerikanischen Senats im August 1992 in Fairbanks auf Alaska abhielt. Die Hauptrede hielt CIA-Direktor Robert Gates.

Aus dem russischen Norden wandern massenhaft Arbeitskräfte ab. Gleichzeitig nimmt die Arbeit zu, weil beispielsweise Dutzende von Atom-U-Booten verschrottet werden müssen. Die sichere Lagerung solcher Unterseeboote würde jährlich 50 Millionen Rubel (in den Preisen von 1991) erfordern. Militärs erklärten, daß sie für diesen Zweck kein Geld bekommen. Die Mitglieder des Sonderausschusses des US-Senats begaben sich nach Alaska auch mit dem Ziel, an einer internationalen Konferenz zum Schutz der Arktis teilzunehmen.

Doch nicht allein der CIA sollte darüber besorgt sein, daß 1992 in St. Petersburg, Archangelsk und über dem ganzen russischen Norden der bisher niedrigste Ozon-Wert gemessen wurde. Ernteerträge werden sinken, Menschen werden an Viruserkrankungen und Hautkrebs leiden. Bereits zwischen 1987 bis 1990 arbeitete man in der UdSSR an der Entwicklung von Stoffen und Techniken, die die Ozonschicht nicht angreifen, doch zur Realisierung fehlt das Geld.

Den Staatsmännern fehlt aber auch der Mut, die Fehler einzugestehen, die siebzig Jahre lang im Zuge des sozialistischen Aufbaus systematisch begangen wurden. Die vom Volk so heiß und innig geliebte Partei richtete die Industrie an einer einzigen, simplen Maxime aus, nämlich der, im erbitterten Wettrüsten die Nase vorn zu haben. Wer mit Belangen des Gesundheits- oder Naturschutzes ankam, wurde ausgelacht oder redete sich um Kopf und Kragen.

Schwedische Holzfäller hätten mit ihrer rechnergestützten Technik eine Arbeitsproduktivität, die zehnmal so hoch sei wie die der russischen Waldarbeiter, schrieb die Moskauer *Lesnaja gaseta* [Forstwirtschaftliche Nachrichten] am 16. April 1992. Vor diesem

Hintergrund bleibt nichts anderes übrig, als den westlichen Partnern Gebiete zur Nutzung zu überlassen, damit sie im Gegenzug Rußland beim Schlagen des Unterholzes und den Abräumarbeiten helfen. Die im Gebiet Archangelsk arbeitenden schwedischen Holzfäller wohnen in komfortablen Häuschen, die sie aus ihrer Heimat mitgebracht haben.

Weder die Schweden noch die Finnen sind darauf erpicht, Rußland wichtige Technologien, zum Beispiel zur Papierherstellung aus Laubhölzern, zu verkaufen. Sie importieren lieber die Rohstoffe, um sie dann selbst zu verarbeiten. Die russische Regierung müßte die Ausländer dazu animieren, ihre Retriever zur Verarbeitung von Rohstoffen in Rußland zu bauen, denn deren Technologien sind unvergleichlich besser. Aber die frischgebackenen Apparatschiks wollen sich vor allem bereichern. Und da ist es am einfachsten, Rohstoffe zu Billigpreisen zu exportieren und Privatisierungen durchzuführen, bei denen sich ein persönlicher Profit einstreichen läßt.

Inzwischen wandern Hunderte russischer Holzfäller aus den GUS-Ländern nach Schweden oder Kanada aus, wo sie in sechs bis acht Monaten 30 000 Dollar verdienen können. Dort wohnen sie auch nicht wie Häftlinge, sondern in warmen Wohnwagen mit Farbfernseher, Videorecorder und anderen elektronischen Geräten. Aus Schweden zurückgekommen, sagte einer von ihnen zu einem Korrespondenten der Zeitung *Moskowski komsomolez* [Moskauer Komsomolze], daß er sich dort zum ersten Mal wie ein Mensch gefühlt habe.

Die Rote Liste der aussterbenden Völker. Die Abwanderung aus dem Norden nimmt in dem Maße zu, wie die Marktwirtschaft sich ausbreitet und die Preise steigen. Die staatlichen Subventionen für die Bewohner des Nordens werden beschnitten. Viele nördliche autonome Nationalbezirke treten aus den entsprechenden Regionen und Gebieten Sibiriens und des Fernen Ostens aus. Wenn sie Moskau direkt unterstehen, werden die nördlichen autonomen Gebiete zu gleichberechtigten Partnern der Russischen Föderation. Sie können nun über ihr eigenes Budget bestimmen und brauchen keine Steuern mehr an die Regionshauptstadt abzuführen.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Auch Moskau will nicht zu kurz kommen. Im Industriebezirk von Norilsk, einer Riesenstadt auf Taimyr, wurden im zweiten Halbjahr 1992 rund 23 Milliarden Rubel Steuern erhoben. Elf Milliarden Rubel gingen an Moskau und achteinhalb an den Regionsowjet in Krasnojarsk. Dieser bezieht regelmäßig auch die in die Millionen gehenden Bußgelder aus Norilsk, die für die Umweltverbrechen erhoben werden; er investiert jedoch keine Kopeke in den Umweltschutz in Norilsk. Im autonomen Bezirk Taimyr träumt man von einer Freihandelszone, obwohl unsicher ist, ob Nickel aus Norilsk auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wird: Die Rohstoffgewinnung wird immer teurer. Die Ureinwohner machen nur 17 Prozent der 50 000 Einwohner zählenden Bevölkerung von Taimyr aus. Vielleicht wird eines Tages das noch prosperierende Bergbau- und Hüttenkombinat Norilsk infolge des Machtwechsels zum besten Treuhänder für die Handelsniederlassungen und Rentierweiden der eigentlichen Herren dieses Teils des Poiargebietes, der Völker der Dolganen und Nnganas-sanen, der Nenzen und Enzen?

Der Region Krasnojarsk gehört vorläufig der autonome Bezirk der Ewenken an. Auf einem Territorium von 770 000 Quadratkilometern leben hier nur 22 000 Menschen. Ein paar Fabriken, die es gab, mußten schließen oder stehen kurz davor. Die Behörden dieses autonomen Gebiets sind noch nicht auf die Idee gekommen, sich von der Region Krasnojarsk zu trennen und Ausländern Konzessionen für die zahlreichen Bodenschätze (beispielsweise das Gaskondensatvorkommen Sobtschinskoje und das Erdölvorkommen Jurobschenskoje) zu geben. In Ewenkien gibt es wenig Infrastruktur, nur der Weg nach Westen ist im Sommer über das nördliche Eismeer gut passierbar.

Im autonomen Bezirk der Chanten und Mansen stellen diese Ureinwohner nur 1,7 Prozent einer Gesamtbevölkerung von 1,2 Millionen. Allein im autonomen Bezirk der Korjaken beträgt der Anteil der Urbevölkerung 15 Prozent. Die schlaun Deputierten der örtlichen Sowjets erwidern darauf: Sie wollten für die Ureinwohner Reservate einrichten, die nicht schlechter seien als die für die Indianer in den USA. Wenn die örtlichen Behörden eine eigene Polizei aufgestellt und Zollbehörden errichtet haben, wird es ihnen vielleicht gelingen, die

Rentierzüchter von Jamalo-Nenezki vor Alkoholismus und dubiosen Geschäften mit reisenden Händlern zu schützen, die Lebensmittel und Wodka gegen Rentiergeweihe tauschen. Aus Rentiergeweihen kann man Arzneien gewinnen, beispielsweise Rantorin, das eine ähnlich heilsame Wirkung wie Ginseng hat. Die Rentierherde auf Jamal ist die zweitgrößte in der Welt, die Geweihe landen aber meistens auf dem Müll.

Vielleicht wird Jamal wieder, wenn die Halbinsel erst einmal ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangt hat, wieder wie im zaristischen Rußland Wildgänse an Restaurants in Moskau liefern und den Abbau der Erdgas- und Ölvorkommen den kommenden Generationen überlassen?

Wenn man auf der Landkarte eine Linie von Petersburg bis zu dem Punkt zieht, an dem die Grenzen Rußlands, Kasachstans und Chinas zusammenlaufen, dann beginnt nördlich dieser vorgestellten Linie jene Zone Rußlands, die man als die nördlichen Gebiete bezeichnet. (Nur ein Landstrich, zwischen 100 und 1000 Kilometer breit, der sich entlang der russischen Grenzen von Kasachstan bis zum Pazifik zieht, gehört nicht dazu.)

Der Staat hat die 11 Millionen Einwohner, die in 16 Regionen, Gebieten, autonomen Rezirken und Territorien angesiedelt sind, mit denen des hohen Nordens gleichgestellt und ihnen viele Begünstigungen gewährt. Die Unternehmen im hohen Norden müssen keine Steuern an den russischen Staat abführen.

Nach dem Ende der Sowjetunion sind die südlichen Republiken eigenständige Staaten geworden, und Rußland verwandelte sich in einen Nordstaat. Es ist kein Zufall, daß die russische Regierung 1991 das «Staatliche Komitee für sozialwirtschaftliche Entwicklung des Nordens» gegründet hat. Der leitende Minister sprach über die Errichtung von Häfen an den nördlichen Meeren Rußlands. Viele erinnerten sich auch an den «großen Schlittenweg» entlang der Küste des Eismeres aus der Amundsen-Zeit. In den Medien wurde darauf verwiesen, daß der menschenleere russische Norden, die Welt von Tundra und Taiga, in der Rentiere und Eisbären beheimatet sind, eigentlich ein ökologisches Notstandsgebiet ist.

In den vergangenen 30 Jahren wurden 29 staatliche Verordnungen für den Norden erlassen, aber keine einzige ist umfassend durchgeführt

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

worden. 26 nördliche Völker, Nenzen, Chanten. Mansen, Tschuktschen, Ewenken u. a. sind in ihrer Existenz bedroht. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Niwchen beträgt bei Frauen 42, bei Männern 35 Jahre. Im April 1992 lebten noch 182 000 Angehörige der kleinen Völker, die einen verschwindend geringen Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die UNO hat übrigens das Jahr 1993 zum Internationalen Jahr der Ureinwohner erklärt. Das wird aber nichts daran ändern, daß in ein paar Jahren die Ureinwohner des russischen Nordens wohl ausgestorben sein werden.

Die Weideflächen für Rentiere, aber auch die Fisch- und Wildbestände, die Einkommen und die sozialen Leistungen für die kleinen Völker haben sich vermindert. Ihre Kinder beispielsweise werden nicht mehr über besondere Quotenregelungen in die Hochschulen aufgenommen, wie noch vor drei Jahren, für sie gelten jetzt die allgemeinen Zugangsbedingungen. Die niedrige Lebenserwartung dieser Völker ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie sich nicht mehr mit Fisch und Fleisch ernähren können wie früher. Die Hälfte der erwachsenen Männer gründen keine Familien, da sie Frauen und Kinder nicht versorgen können; viele Mütter sind alleinstehend, Menschen werden in Alkoholismus und Obdachlosigkeit getrieben. Die Ureinwohner hat ihre Religion und ihre Geschichte dazu erzogen, unter extremen klimatischen Verhältnissen im Einklang mit der Natur zu leben. Die Ewenken und Tschuktschen. Nanaier und Niwchen glauben, daß Wälder, Wasser und Luft von Geistern beherrscht sind, die alle Gedanken des Menschen kennen; sie bestrafen den Bösen, der sie nicht respektiert, und beschützen den Guten.

In den vergangenen 10 Jahren hat der Sowjetstaat für die Nordvölker 31 Milliarden Rubel bereitgestellt, das sind mehr als 167 000 Rubel pro Einwohner im Jahr (ein Lada kostete in einem staatlichen Geschäft höchstens 100000 Rubel) – ein für damalige Verhältnisse riesiger Retrag. Die kleinen Völker im Norden haben dieses Geld leider nicht einmal gesehen. Die örtlichen Behörden bauten damit Wohnhäuser und Büros in Rayonzentren – aber nur für sich selbst. Erst neuerdings hob man ungerechte Begünstigungen auf. nach denen angereiste Arbeitskräfte vertraglich – für gleiche Arbeit! – einen dreimal höheren Lohn erhielten als die Einheimischen.

Die Zugereisten versuchten, das Leben der Urvölker in feste Formen zu pressen (als Urvölker gelten jetzt alle, die von der Jagd leben und seit der Einverleibung des Nordens in den russischen Staat in diesen Gebieten wohnen). Es wurde Druck ausgeübt, daß Kinder der Einheimischen in Internatsschulen gesteckt wurden. Erwachsene haben sich von der Tradition so weit entfernt, daß sie nicht mehr, wie ihre Eltern, Rentierzüchter oder Jäger sein wollen. Moskau muß auf die zerstörerische und überhastete Erschließung der nördlichen Bodenschätze verzichten.

Die Bedingungen können sich verbessern, wenn den Stammesgemeinden Weide- und Nutzflächen als vererbbarer Besitz oder zur Pacht übergeben wird. Präsident Jelzin kündigte das in einem Erlaß an. Noch besser wäre es, das gesamte Land in private Hände zu geben, damit die Eigentümer selbst entscheiden können, zu welchen Bedingungen dort Geologen, Goldgräber, Erdölarbeiter oder Bergleute arbeiten dürfen.

Die Reichtümer der Nordgebiete sind das letzte Naturgut Rußlands. Aber auch für die übrige Welt hat der russische Norden eine besondere Funktion: Diese riesige ökologische Reserve muß unbedingt geschützt werden, um nicht das natürliche Gleichgewicht der ganzen nördlichen Hemisphäre durcheinander zu bringen.

Neueste Forschungen weisen aus, daß die Wälder der Taiga und Tundra für das ökologische Gleichgewicht der Erde ebenso bedeutsam sind wie die tropischen Regenwälder. Angesichts einer zunehmenden ökologischen Bedrohung unseres Planeten als Folge menschlicher Eingriffe muß man weite, wenig erschlossene Flächen unbedingt als Zufluchtsorte erhalten; im Norden gibt es noch solche unberührten Gegenden. Infolge der globalen Klimaveränderung könnten sich in vielen nördlichen Regionen Rußlands in drei bis vier Jahrzehnten die Temperaturen um 3 bis 4 Grad Celsius erhöhen. Im Ergebnis würden sich die Möglichkeiten, Landwirtschaft zu betreiben, in diesem Gebiet ausweiten und die Lebens- und Produktionsbedingungen verbessern.

Die Ex-UdSSR hat weltweit die meisten Atomtestgelände; sie befinden sich vorzugsweise im Polarkreis, besonders konzentriert auf

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

der Tschukotka-Halbinsel. Die zunehmende Verseuchung belastet die Menschen und verkürzt ihr Leben.

Im Hinblick auf das zentrale Versuchsgelände der Russischen Föderation auf der Insel Nowaja Semlja bestätigte Präsident Jelzin im April 1992, daß Rußland sein Moratorium für Atomtests verlängern wird, dem sich übrigens auch Frankreich angeschlossen habe; das weitere Schicksal des Moratoriums hänge von einer Übereinkunft mit den USA über die vollständige oder teilweise Einstellung der Atomtests ab.

Der Besuch Jelzins im Gebiet Archangelsk im Frühjahr 1992 hat die Aufmerksamkeit der Presse wieder auf diese gottverlassene Region gelenkt. Auch in diesem Gebiet wimmelt es von Militärobjecten. In Sewerodwinsk – und nur dort in Rußland – werden nach wie vor U-Boote mit Atomtrieb gebaut; die Rasis der Nordmeerflotte konzentriert sich um die riesigen Werften. Die gesperrte Kleinstadt Mirny. Gebiet Archangelsk, ist vollständig auf Plesezsk ausgerichtet, das einzige Raketen- und Raumfahrtzentrum, das Rußland heute noch hat. (Baikonur wurde bereits an Kasachstan abgetreten.) Plesezsk, in dem seit 1963 Raketen und Weltraumwaffen getestet werden und das heute schon ein internationales Weltraumzentrum ist, könnte sich zur wichtigsten Weltraumbasis Rußlands entwickeln.

Archangelsk entwickelt sich derzeit zum wichtigsten Seehafen und Schiffsbauzentrum Rußlands. Im freien und demokratischen Rußland werden die nördlichen Städte aufblühen, darunter die 17 alten Zentren des hohen Nordens – Apatity, Bilibino, Workuta, Wuktyl, Dudinka, Igarka, Inta, Kowdor, Murmansk, Nickel, Nadym, Norilsk, Salechard, Seweromorsk, Urengoi, Usinsk und Jakutsk.

Die Oberbürgermeister der genannten Städte haben im März 1992 im Weißen Haus von Rußland die «Union der Städte am Polarkreis und im hohen Norden» gegründet. Nach dem Machtantritt Jelzins zeigen die Geschäftsleute zunehmend Interesse für Mittelrußland. Mit dem Ende der Zwangsarbeit müssen die Bergwerke und Kombinate jetzt ihren Arbeitern, die jahrzehntelang unter extremen Bedingungen am Polarkreis gearbeitet haben, Arbeit in gemäßigten Klimazonen garantieren. Ein Gastarbeiter am Polarkreis träumt von einem Eigenheim und Grundstück nicht in einer Region mit

Dauerfrostboden, in der es sechs Monate dunkel ist, sondern in Mittelrußland. Pensionierte Bergarbeiter dürfen nicht am Polarkreis leben, wo es ein Zugereister höchstens 10 Jahre aushält.

Die Anzahl der Gastarbeiter im Norden soll sich in naher Zukunft nicht erhöhen. Der Weltmarkt für Energieträger ist bis zum Jahr 2005 versorgt, es ist also nicht notwendig, zusätzliche Mengen zu produzieren. Mitunter hat man sogar den Eindruck, daß westliche Gesellschaften nur zu dem Zweck ein Nutzungsrecht an diesen Vorkommen erwerben wollen, damit die dortigen Bodenschätze nicht ausgebeutet und auf den Markt gebracht werden.

Was die Pläne für eine umfassende Erschließung der nördlichen Vorkommen betrifft, so bleiben die Zweifel bestehen. Die größten Rüstungsbetriebe – das *Kurtschatow-Institut für Atomenergie* in Moskau, die Unternehmen *Rubin*, *Lazurith* und *Malachit* (Konstruktion und Bau atomgetriebener U-Boote), der *Betrieb in Sewerodwinsk*, der *Kirow-Betrieb* und das *Ischora-Werk* – werden 1992 vom Staat nicht mehr subventioniert und haben deshalb beschlossen, gemeinsam Erdöl zu fördern.

Die neue Gesellschaft *Rosshelf* mit Jewgeni Welichow, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften Rußlands, an der Spitze hat entschieden, die Vorkommen *Stokmanowskoje* und *Priraslomnoje* auf dem Festlandsockel der Barentssee zu erschließen; die russische Regierung hat das Vorhaben unterstützt. Man will im Zuge der Rüstungskonversion das Potential jener Betriebe, die atombetriebene U-Boote herstellen, für friedliche Zwecke nutzen. Im Rahmen des Projekts, das auf 10 Milliarden Dollar geschätzt wird, sollen Förderanlagen entwickelt werden, die auf dem Grund der Barentssee installiert werden. Andererseits kann es sich aber auch um einen neuen Trick handeln, mit dem man dem militärisch-industriellen Komplex wieder aufhelfen will.

Rußland leidet chronisch an der kommunistischen Krankheit der Gigantomanie. Man vernichtete in Rußland die «Klassenfeinde», als da waren die bürgerliche Intelligenz oder die Großbauern, man trieb alle Landbewohner in Kolchosen, Sowchosen, Großbetriebe oder hinter Stacheldraht zusammen, man erschloß Neuland, baute die *Baikal-Amur-Magistrale* und die längsten Kanäle der Welt, legte Sümpfe

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

trocken, errichtete die größten Wasser- und Atomkraftwerke, Stauseen oder Wasserspeicher und begann, die größten sibirischen Ströme nach Süden umzuleiten.

Erst neuerdings haben einsichtige Menschen der russischen Öffentlichkeit klargemacht, daß Rußland kein einziges dieser Riesenprojekte wirklich gebraucht hat. Die Regierung hätte sich nicht auf Atomwaffen oder Weltraumflüge kaprizieren dürfen, sondern das Leben der Menschen verbessern müssen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Rußland unfähig ist, solche Riesenprojekte zum Nutzen der Gesellschaft zu betreiben. Tschernobyl genügt. Das Vorkommen Stokmanowskoje auf dem Festlandsockel mit seinen vier Billionen Kubikmetern Erdgas sollte lieber für unsere Nachkommen bewahrt oder Ausländern in Konzession gegeben werden.

Der Norden ist ein «Atomareal». Allein auf der Halbinsel Kola sind 239 Atomreaktoren in Betrieb. Das Atomkraftwerk Kola ist mit vier Reaktoren ausgestattet. In dieser Region sind sechs atomgetriebene Eisbrecher im Einsatz, weitere drei im Bau, und dort sind fast die Hälfte aller Atom-U-Boote der Ex-UdSSR konzentriert. Seweromorsk ist die wichtigste Basis der Kriegsschiffe mit Atomantrieb. Finnische und norwegische Delegationen besuchen regelmäßig die Halbinsel Kola und fordern den Kreml auf, wenigstens bescheidene Geldsummen bereitzustellen, um die Sicherheitsmaßnahmen der Atomreaktoren Kolas zu verbessern und die Einleitung radioaktiver Abfälle in die See zu stoppen. Auch gegen die Emission giftiger Stoffe bei der Gewinnung und Verarbeitung von Apatite, Eisen-, Nickel- und Aluminiumerz muß etwas unternommen werden. Der Wind trägt nephelinhaltigen Sand, Schwefeldioxid und Stickstoffoxide über Hunderte von Kilometern ins Land. Die Firmen sind bereit, die Kosten für alle Klär- und Filteranlagen zu übernehmen; sie wollten schon 1990 rund 400 Millionen Dollar dafür bereitstellen. Sie vergaben das Geld jedoch nicht, da sie Zweifel hatten, daß es für die genannten Zwecke verwendet würde. In Seweromorsk liegt seit 15 Jahren der Flugzeugträger Kiew. Im Hafen befinden sich auch der Flugzeugträger Baku (heute: Admiral Gorschkow) und das weltgrößte und hochgeheime U-Boot Taifun mit einer Wasserverdrängung von 25 000 Tonnen.

Die arktische Zone nimmt 25 Prozent der Fläche Rußlands ein. Unter dem schneebedeckten Gebiet lagern über 60 Prozent der russischen Erdöl- und Erdgasbestände sowie der mineralischen und biologischen Ressourcen. Diese Region ist heute ein Zentrum der Erdgasförderung und liefert in bedeutenden Mengen seltene Erden, Gold und Diamanten. Die menschlichen Eingriffe haben der Umwelt an der gesamten Eismeerküste spürbar geschadet. Die Ärzte raten beispielsweise davon ab, Rentierfleisch zu essen, da ihre wichtigsten Futtermittel, die Flechten und andere langsam wachsende Pflanzen, viele radioaktive Stoffe aus der Luft aufnehmen.

Die Arktis ist eine märchenhaft reiche Region. Allein ihr Festlandsockel enthält nach vorläufigen Schätzungen über 50 Milliarden Tonnen Kohlenwasserstoffe. Die Förderung der Energieträger ist allerdings im hohen Norden zehnfach bis zwanzigmal teurer als in mittleren Breiten. Der Betrieb einer Bohrinne, die für die Arktis geeignet ist, kostet mehr als eine Million Dollar täglich.

Der russische Norden war schon früher das Haupttor des Landes: Im Zweiten Weltkrieg wurden über Tschukotka, Murmansk und den Fernen Osten über die Hälfte der insgesamt 17 Millionen Tonnen Kriegsfracht auf dem Seeweg aus den alliierten Staaten in die Sowjetunion geliefert. Die Luftverbindung mit den USA verlief damals hauptsächlich über Tschukotka. Die exotischen Touristenrouten, die viele Urlauber anlocken, verlaufen im Nordosten des Landes.

Im Fernen Osten

Zusammen mit Japanern, Koreanern, Chinesen
und Amerikanern

Dieser Teil Rußlands beginnt dort, wo Sibirien endet, d. h. hinter dem Baikalsee, und erstreckt sich entlang der mongolischen und chinesischen Grenze bis zur Pazifikküste. Da die UdSSR jahrzehntlang mit der Volksrepublik China zwischen Krieg und Frieden schwebte, sind in der weitläufigen Grenzzone lediglich Panzer und militärische Befestigungen geblieben. Man findet dort weder Siedlungen noch Industriebetriebe. Nur selten sind Hirten anzutreffen. In den Steppen herrschen im Sommer Hitze und Trockenwinde, im Winter klirrende Kälte und Schnee.

Durch Transbaikalien verläuft die Transsibirische Eisenbahn, die bereits im 19. Jahrhundert gebaut wurde. Die Stadt Sabaikalsk verbindet Rußland beziehungsweise Europa mit Ostasien. Derzeit gibt es auf russischer Seite noch keine Anzeichen dafür, daß in dieser Gegend bald Rußlands wichtigster Verbindungspunkt mit dem Osten, ein internationales Handelszentrum und das Zentrum der autonomen Wirtschaftszone Daurija (Gebiet Tschita), entstehen wird. Pläne und Entscheidungen der russischen Regierung liegen bereits vor. Die Chinesen haben übrigens 75 Millionen Yuan (umgerechnet 15 Millionen Dollar) investiert, um alles, was eine kleine Handelszone Sabaikalsk – Mandschurei benötigt, aufzubauen. Li Peng höchstpersönlich besuchte diese Zone. 200 chinesische Großfirmen und 14 Ministerien haben ihre Vertretungen in der Mandschurei eröffnet. Im russischen Sabaikalsk dagegen herrschte noch im Herbst 1992 Stille.

Die russisch-chinesische Grenze wird täglich von zwei oder drei Lastzügen passiert. Tausende Waggons stehen monatelang an der Grenze, bevor sie von russischer Seite abgefertigt werden. Die Chinesen haben schon oft vorgeschlagen, bessere Möglichkeiten zum

Passieren der Grenze zu schaffen; zu diesem Zweck haben sie auf eigene Kosten mehrere Eisenbahngleise und Zollstellen errichtet.

Rußland wartet anscheinend auf die Japaner, Amerikaner und andere Geschäftsleute, etwa aus der Republik Südafrika, Thailand, Deutschland und Südkorea. Sie waren schon bei der Eröffnung der autonomen Wirtschaftszone (AWZ) in Tschita zugegen und werden vermutlich dort investieren. In der AWZ leben 1,4 Millionen Einwohner auf einer Fläche von 432 000 Quadratkilometern. Steuerermäßigungen und günstige Bodennutzungsgebühren sind vorgesehen; der Boden kann für 70 Jahre in Pacht genommen und weiterverpachtet werden. Die Ausländer dürfen Industriebetriebe privatisieren und einzelne Aktien oder ganze Aktienpakete erwerben. Für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ist eine vereinfachte Registrierung vorgesehen; die Im- und Exportgebühren sind um die Hälfte reduziert. Die Grenzüberquerung ist erleichtert worden.

In der AWZ Tschita befindet sich eine der weltgrößten Kupferlagerstätten, Udokan, deren erkundete Bestände auf 1,3 Milliarden Tonnen Kupfererz geschätzt werden. Das Vorkommen Nojon Tolowoj kann nach Einschätzung von Geologen 420000 Tonnen Silber, 350 000 Tonnen Blei und Zink, 2000 Tonnen Lithium, 9000 Tonnen Gold und eine bedeutende Menge Tantal liefern, wobei die Metalle im Tagebauverfahren gewonnen werden. In der Zone können jedes Jahr 1,7 Millionen Kubikmeter Nutzholz geschlagen werden. Um das Nutzungsrecht für diese Naturschätze können sich ausländische Unternehmen bewerben.

Der riesige Rüstungsbetrieb in Tschita, der vor allem Panzer instand setzte, lieferte 1992 den Geländewagen Beresina und hat mit der Volksrepublik China einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, wonach er Pkws vom Typ Sungari herstellen wird.

Die Nordkoreaner kooperieren mit Rußland bereits seit alters her. Sie haben in den vergangenen fünf Jahren Waffen, beispielsweise hochmoderne MiG-29, für insgesamt 4,5 Milliarden Dollar gekauft und stehen noch mit fast 3 Milliarden Dollar in der Kreide. Die Volksrepublik Nordkorea hat 1967 Arbeitslager im russischen Fernen Osten errichtet. Ende Februar 1992 bestätigte ein Vertreter Rußlands auf der Sitzung des UN-Komitees für Menschenrechte, daß die 22

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

000 nordkoreanischen Holzfäller, die in den Zonen nördlich von Chabarowsk arbeiten, Häftlinge sind, «deren schreckliche Lage sich von der mittelalterlichen Sklaverei kaum unterscheidet». Zudem «sind völlig unschuldige Menschen in diesen Konzentrationslagern Lynchgerichten und eigener Gerichtsbarkeit ausgesetzt, werden gefoltert und ohne Untersuchung und Gerichtsverfahren ermordet».

Das letzte sowjetisch-koreanische Regierungsabkommen über die Kolonien der Volksrepublik Nordkorea in der Region Chabarowsk und im Gebiet Amur wurde am 8. August 1991 für die Zeit bis zum 31. Dezember 1993 unterzeichnet.

Einige Koreaner stammen aus dem Fernen Osten und sind russische Staatsbürger. Im russischen Fernen Osten sind auch südkoreanische Geschäftsleute anzutreffen. 100 Mitarbeiter des Konzerns *Hyundai* bemühen sich seit August 1992, in Gemeinschaft mit der Vereinigung *Dalgeologij* Zinnvorkommen in der Region Chabarowsk zu erkunden. Die Südkoreaner werden in die Zinngewinnung bis zu 1 Milliarde Dollar investieren – in der Hoffnung, daß sich diese Kosten in 9–10 Jahren amortisiert haben werden. Experten sind der Ansicht, daß der Weltpreis für Zinn von den heutigen 6600 Dollar je Tonne (August 1992) auf 8300 Dollar ansteigen wird.

Nachdem 1992 die Beschränkungen für die Einreise von Ausländern größtenteils aufgehoben wurden, hat sich im Fernen Osten vieles verändert. In Wladiwostok wurde eine französische Handelsvertretung eröffnet – nach den bereits bestehenden in Jekaterinburg und Nowosibirsk. In der Stadt haben sich ferner ein US-amerikanisches Konsulat, eine australische Handelsmission und ein Konzern zur Förderung des Handels mit Südkorea etabliert. In Wladiwostok mußte eigentlich Linksverkehr eingeführt werden: Japanische Gebrauchtwagen verdrängen den russischen Schiguli. Die Einwohner tragen fast nur chinesische Kleidung.

Nach der Aufteilung des Besitzes der Ex-UdSSR sind die modernsten Schiffe und die leistungsstärksten Werften und Handelshäfen an der Ostsee und am Schwarzen Meer für Rußland verloren. 200 Jahre nach Peter dem Großen muß es sich wieder bemühen, «ein Fenster zu öffnen», dieses Mal allerdings nicht nach Europa, sondern zur asiatisch-pazifischen Region. Man könnte zu diesem Zweck eine freie

Handelszone in einem kleinen Teil des Küstengebiets (mit den Häfen Wanino und Sowjetskaja Gawan sowie den Buchten Postowaja und Sapadnaja) schaffen, das im Moment von der Marine geräumt wird. Es gibt auch genügend Fracht, die über die Baikal-Amur-Magistrale befördert werden kann. Europäische und asiatische Kunden möchten ihre Lieferungen aus dem Küstengebiet bevorzugt auf dem Seeweg transportieren; die Häfen haben eine gut ausgebaute Infrastruktur. Ausländische Geschäftsleute sind bereit, hier zu investieren. Das sind gute Voraussetzungen. Die Wirtschaftstätigkeit kommt jedoch nicht in Gang, denn die russischen Behörden können bisher keine gesetzlichen Garantien für ausländische Investitionen gewähren. Außerdem nimmt die russische Regierung ihren Unternehmern und staatlichen Organisationen einen Großteil der erwirtschafteten Devisen ab.

Das Kräfteverhältnis zwischen Moskau und der russischen Provinz verschiebt sich zugunsten des Fernen Ostens. Der Ferne Osten kann kaum als Provinz bezeichnet werden. Das Wirtschaftsgebiet Ferner Osten und Sibirien konzentrieren ihre wirtschaftlichen Aktivitäten und Pläne auf die pazifische Region. Nachdem die Grenzen im Fernen Osten geöffnet wurden, hat sich herausgestellt, daß viele alte Handelsbeziehungen mit Europa verlustbringend sind (beispielsweise beförderte man Irisehe Tomaten und Obstkonserven von Bulgarien nach Wladiwostok!) und von Moskau nur künstlich aufrechterhalten wurden. 1992 wurde die «Fernöstliche Assoziation für wirtschaftliche Zusammenarbeit» gegründet, der örtliche Verwaltungseinheiten und andere Gebiete beigetreten sind, beispielsweise Burjatien, Jakutien, die Region Chabarowsk, die Gebiete Amur, Tschita, Kamtschatka und Sachalin, das Jüdische Autonome Gebiet sowie der Autonome Bezirk Tschukotka. Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken könnten sich ebenfalls anschließen. Unter diesem Druck wäre die Zentrale zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. Die Gründung eines Russischen fernöstlichen Staates ist mehr als bloße Zukunftsmusik.

In den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts bestand bereits eine solche Republik. Den Rechtsstand einer Republik beanspruchen heute die Region Chabarowsk, Wladiwostok, die Halbinsel Kamtschatka

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

und die Insel Sachalin. Journalisten schreiben über Sachalin mehr als über jede andere russische Provinz, obwohl sie eine der entlegensten Gebiete des östlichen Landesteils ist.

Gleich nach Sankt Petersburg haben die Amerikaner Sachalin im Frühjahr 1992 an die Satellitenkommunikation angeschlossen; die Insel hat jetzt eine eigene Telefonverbindung mit aller Welt, während jedes Ferngespräch aus anderen russischen Gebieten ins Ausland über Moskau vermittelt wird. In Juschnosachalinsk, Hauptstadt des Gebiets Sachalin, eröffnete man am 15. März 1992 das erste Vier-Sterne-Hotel in Sibirien und im Fernen Osten (für 200 Gäste). Das Geschäft mit einer japanischen Firma, an die die Stadtverwaltung ein Grundstück verkauft hatte, brachte ihr 20 Millionen Dollar. In einem riesigen, modernen Gebäude wurden 1992 nicht örtliche Behörden, sondern Vertreter einheimischer und ausländischer Unternehmen untergebracht. Alle diese Firmen sind über ein Computernetz an das Internationale Handelszentrum in Moskau angeschlossen und stehen in Verbindung mit der ganzen Welt.

Sachalin ist auf dem Weg zur Marktwirtschaft. Andererseits aber droht dieses Gebiet Moskau mit Trennung, wenn der Kreml die südlichen Inseln der Kurilen, die sich über 1000 Kilometer von der japanischen Insel Hokaido bis hin zur Halbinsel Kamtschatka erstrecken, an Japan abtritt.

Aertjom Tarassow, Abgeordneter des russischen Parlaments, erklärte Anfang 1991. Präsident Gorbatschow sei bereit, Japan die vier umstrittenen Inseln für 200 Milliarden Dollar zu übergeben. Gorbatschow dementierte und forderte den Generalstaatsanwalt der UdSSR auf, den Abgeordneten für die Verletzung der Ehre und Würde des Präsidenten gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

1992 erwog Moskau ernsthaft Zugeständnisse an die Japaner, wobei die japanische Regierung Rußland einen Kredit in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar anbot, wenn die Inseln in ihren Besitz übergehen würden.

Es wäre gerecht und moralisch korrekt, die gewaltsam eroberten Inseln dem rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. Andererseits hegt Tokio keine uneigennützigen Absichten, wenn es seine «nördlichen Gebiete» mit so viel Nachdruck zurückverlangt.

Die Kurilen, Sachalin und die Kamtschatka-Inseln sind von unschätzbarem Wert. Wenn Rußland die vier südlichen Kurileninseln aus seiner Wirtschaftstätigkeit ausklammert, vermindert sich sein Fischfang im Fernen Osten um ein Urittel. Die Insel Iturup und die Inselkette Habomai könnten samt der anliegenden 200-Meilen-Wirtschaftszone des Ochotskischen Meeres und des Pazifiks an Japan übergehen.

Die Fischfangzone der Südkurilen liefert jährlich 1,5 Millionen Tonnen Mintai-Fisch, Pazifiksardinen, Lachs, Krabben, Saira, Makrelen, Garnelen und Seekohl (zum Vergleich: die baltischen Staaten liefern insgesamt 350000 Tonnen). Diese Erzeugnisse bringen mindestens zwei Milliarden Dollar im Jahr. Die Kurilen liefern 50 Prozent des Seekohls, aus dem in Rußland Arzneimittel gegen die Strahlenkrankheit hergestellt werden. Die biologischen und mineralischen Ressourcen allein auf dem Festland der Inseln schätzt man auf 44 Milliarden Rubel. Die südlichen Kurilen können einen Erlös von einigen Dutzend Billionen Dollar sichern, wenn sie intensiv erschlossen werden. Die Inseln abzutreten würde der Wirtschaft aller Regionen und Gebiete des Fernen Ostens in einem kaum zu kalkulierenden Umfang schaden.

Der Festlandsockel der Südkurilen liegt an einer Erdspalte, aus der in die Küstengewässer Gase und Salze aufsteigen, die das Wachstum der Mikroorganismen aktivieren. Daher vermindern sich die Fischbestände in der Region nicht, obwohl Millionen Tonnen Fisch eingeholt werden. In den Wasserstraßen zwischen den Inseln werden mit der Zeit Wasserkraftwerke errichtet. Der südlichste Teil der Südkurilen gestattet das ganze Jahr hindurch Schifffahrt, da eine der Wasserstraßen immer eisfrei ist. Man darf auch folgendes nicht übersehen: Wenn die Südkurilen abgetreten würden, wird Rußland Gebühren für den Transit seiner Schiffe in Devisen zahlen müssen.

Die Übergabe der sogenannten nördlichen Gebiete an Japan könnte zum Immobiliengeschäft des Jahrhunderts werden. Eigentlich darf man diese herrlichen weiten Inseln im nördlichen Teil des Pazifiks nicht verkaufen, da niemand einen angemessenen Preis bietet. Diese Inseln bergen Schätze von Gold, Silber und anderen Edelmetallen, haben zahlreiche Vulkane (19 Vulkane allein auf Iturup), Geysire und

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Sandstrände. «Diesen Reichtum darf man nicht weggeben», sagte der russische Präsident nach seinem Besuch auf diesen Inseln. Jelzin will die Entscheidung über diese Streitfrage der nächsten Generation überlassen.

Der Spitzenrepräsentant der UdSSR, Nikita Chruschtschow, war 1956 anscheinend bereit, die begehrten Gebiete an Japan abzutreten, und erklärte: «Die Inseln waren vernachlässigt und wurden lediglich von Fischern und unseren Streitkräften genutzt.»

Die südlichen Kurilen gehörten Rußland bis 1855. Dann gingen sie in japanischen Besitz über. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sie die Japaner infolge der Abkommen von Jalta und Potsdam eingebüßt. Die Diskussion kann also noch lange dauern. Andererseits gilt weltweit das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen. Man kann bedauern, daß der Zar Alaska den USA verkauft und Chruschtschow die Krim der Ukraine geschenkt hat. Wenn die Japaner die Inseln unbedingt wollen, darin könnte man sie ihnen, zusammen mit anderen Gebieten, langfristig verpachten, ohne deshalb die russischen Staatsgrenzen zu verändern.

Das Leben der 47 000 Einwohner der Südkurilen, die alle zugereist sind und in schäbigen, kasernenähnlichen Holz- oder Steinhäusern wohnen müssen, würde sich wie durch ein Wunder verändern. Ureinwohner gibt es dort nicht. Die einheimischen Ainu und 17 000 Japaner wurden von sowjetischen Truppen 1948 nach Japan abgeschoben. Als Gorbatschow im Amt war, schlug man Japan mehrmals einen Kompromiß vor: Auf den vier südlichen Kurileninseln könnte man eine internationale Schutzzone mit einem Nationalpark und Erholungsgebieten einrichten. Auf den größeren, aber besonders auf den kleineren menschenleeren Inseln leben Robben und Biber, andere Pelztiere und verschiedene Vogelarten.

Die Südkurilen waren knapp 100 Jahre im Besitz Japans und 40 Jahre unter der Kontrolle Südsachalins. Die Japaner haben die Stadt Juschnokurilsk auf der Insel Kunaschir und alle Siedlungen auf Südsachalin mit Strom versorgt; auch hielten die Japaner das Straßennetz, Flughäfen, Eisenbahn, Kohlegruben, Verarbeitungsanlagen sowie Forst- und Fischereibetriebe instand.

Während der Perestroika verkauften die Geschäfte auf Sachalin Gefrierfisch gegen Bezugsscheine. Auf der riesigen Insel findet sich

auch heute noch kein einziger Fischmarkt. Unter der Planwirtschaft hatte man auf Sachalin 18 fischverarbeitende Betriebe errichtet; aus privaten Ersparnissen und Krediten wurden allein 1991 rund 30 Betriebe aufgebaut. Auf der Insel Sachalin laufen heute 200 Privatgeschäfte. Bis 1992 bestand auf der Insel Angelverbot; den Fischern war es verboten, den Einwohnern Fisch zu verkaufen. Sachalin wird mit Lebensmitteln praktisch hundertprozentig vom Festland aus versorgt.

Professor Valentin Fjodorow, ehemaliger Wirtschaftsexperte in Moskau und heute Gouverneur des Gebietes Sachalin, ließ die Hoffnung fahren, den Kapitalismus in einem isolierten Land aufbauen zu können. Stattdessen schlägt er vor, auf den Südkurilen, Sachalin und einem Teil der japanischen Insel Hokkaido eine «Sonderwirtschaftszone» zu schaffen; wenigstens sollen die Einreisevisa für diese Gebiete aufgehoben werden, ohne dabei die Staatsgrenzen zu verändern. Aber weder Rußland noch Japan greifen diesen Vorschlag auf.

Fjodorow vergleicht das wirtschaftliche Potential der Insel Sachalin mit dem Taiwans und meint damit die Rohstoffreserven des reichen pazifischen Festlandssockels. Allein die Vorkommen Piltun-Astoch und Lunskoje bestehen aus etwa 100 Millionen Tonnen Erdöl und 400 Milliarden Kubikmeter Erdgas, obwohl sie insgesamt nur ein Zehntel des Festlandssockels der Insel einnehmen. Die föderative Regierung des neuen Rußlands ist praktisch nicht imstande, den 700 000 Einwohnern Sachalins in ihrem Überlebenskampf zu helfen.

Anfang 1992 ermittelte man in Moskau die Sieger des internationalen Wettbewerbs zur Erschließung des Festlandssockels Sachalins mit einer Gesamtfläche von 17 000 Quadratkilometern. Als unumstrittene Sieger gingen aus dem Wettbewerb das japanische Kapital (Firma Mitsui) und amerikanische Fördertechnologien (die Gesellschaften *Marathon* und *McDermott*) hervor. Der internationale Wettbewerb zur Erschließung des Festlandssockels Sachalins wird seit mindestens 20 Jahren durchgeführt; ein Ende ist nicht abzusehen. Es gibt einen Streit zwischen denen, die den Gewinn zu 100 Prozent für den Bedarf der Insel verwenden möchten, und Rußland, das alle Naturschätze der Föderation kontrollieren will. Das letztere ist ein rel-

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

evantes Problem, wenn man berücksichtigt, daß die Region Chabarowsk und das ganze Küstengebiet in einer Brennstoff- und Energiekrise stecken: Im Winter gibt es dort fast keinen Brennstoff, um die Wohnhäuser zu beheizen.

Sachalin und die Südkurilen werden seit dem Frühjahr 1992 entmilitarisiert. Von den südlichen Kurilen muß man eine Artilleriedivision und eine Jagdfliegerstaffel mit 28 MiG-23 abziehen. Die ehemals hochgeheime Halbinsel Kamtschatka ist kein Sperrgebiet mehr. Das Militär besitzt dort drei Flugplätze, eine Flottille atomgetriebener U-Boote und ein riesiges Testgelände, auf dem bei Teststarts von Interkontinentalraketen Metallstücke niedergingen. Die exotische Halbinsel hat knapp 500000 Einwohner, abbaufähige Goldvorkommen, große Bestände an Pelztieren und Edelfischen, tätige Vulkane und geothermale Wasserquellen, einmalige Geysire und Farnflächen. In Magadan, jenseits des Ochotskischen Meers, werden sich die Goldvorräte in den nächsten Jahren erschöpfen. Dann wird Gold auf Kamtschatka gewonnen. Wenn man das Tagebauverfahren anwendet, dann werden die Lachsarten. Keta, Kisutsch, Blaurücken und Tschawytscha vernichtet: Sie laichen in eben den Bächen in der Nähe der Goldvorkommen, welche die Bagger zuschütten werden.

Die nördliche Natur ist sehr empfindlich. Ein ausgetretener Pfad oder eine Autospur sind erst nach 15 bis 20 Jahren wieder mit Gras überwachsen. Die Luft auf Kamtschatka ist so klar und rein, daß man von den Bergspitzen 200 Kilometer weit ins Land hineinblicken kann. Die ökologisch weitgehend intakte Natur der Halbinsel ist in ihrer Unberührtheit viel wertvoller als das Gold, das in einem umweltbelastenden Verfahren gewonnen wird. Der Strom amerikanischer und japanischer Touristen, die erstmals 1991 hierher kamen, zeigt, daß ein sanfter Fremdenverkehr mehr Gewinn bringt, als Goldgruben sichern könnten.

Die USA, Japan und Rußland grenzen alle an den Pazifik, betreiben eine ähnliche Fischwirtschaft, und auf ihrem Territorium leben Ureinwohner wie die Aleuten, Itelmenen und Indianer. Im nördlichen Teil der pazifischen Region herrschen rauhe Klimaverhältnisse. Das Frühjahr bedeutet lediglich in Seattle. Tokio und Moskau Tauwetter und schneefreien Asphalt. In Petropawlowsk-

Kamtschatski werden Wohnhäuser auch noch im Frühjahr von Schneestürmen zerstört. Im Sommer muß man mit Flutwellen, den sogenannten Tsunami, rechnen. Kamtschatka importiert Waren hauptsächlich aus Japan und den USA, wobei die japanischen Importe den Löwenanteil ausmachen, sie sind zehnmal so groß wie die amerikanischen. Derzeit wird daran gedacht, die Russisch-Amerikanische Gesellschaft wiederzubeleben, die in dieser Region unter dem Zarismus die entscheidende Kraft gewesen ist und ihre Fäden einmal von Anchorage bis zu den Hawaii-Inseln gesponnen hat.

Mangelware auf Kamtschatka und Sachalin sind Frachtcontainer für Umzüge; die Menschen wandern scharenweise in den europäischen Teil Rußlands ab. Andererseits wurde der russisch-niederländische Supermarkt *Holkam* eröffnet, der Petropawlowsk-Kamtschatski vollständig versorgt. Die Waren werden in Rubel und zu Preisen verkauft, die um die Hälfte unter denen der Moskauer Privatgeschäfte liegen; dabei sind die Löhne auf Kamtschatka aufgrund der im Norden gezahlten Lohnauschläge doppelt so hoch wie in anderen Regionen.

Der große Raub. Die Prosperität des Supermarktes *Holkam* ist einfach zu erklären. Der Verkauf von Fisch und anderen Meeresprodukten an Japan – und zwar zu Schleuderpreisen – ist die wichtigste Einnahmequelle des Joint-Venture. Die Fangschiffe Rußlands halten es ähnlich: Anstatt die Fische an der heimatlichen Küste abzuliefern, steuern sie direkt japanische Häfen an oder laden den Fang auf offener See in ausländische Schiffe um.

Rußlands Regierung hat über der Primorje-Region längst das Kreuz gemacht und selbst die Armee abgeschrieben. Die russischen und japanischen Schiffe können beim Fischfang ungestört die Staatsgrenze verletzen, in Sperrgebiete eindringen und gegen vorgeschriebene Fangzeiten und -techniken verstoßen, solange die Matrosen des russischen Küstenschutzes nichts tun und erklären, ihre Schiffe hätten keinen Treibstoff und seien zu schwach motorisiert.

Die Einkünfte Rußlands aus dem Fischexport sind massiv gesunken, weil sich seine Produkte im Ausland schwerer absetzen lassen. Offiziell nennt man als Grund dafür, das Fangvolumen sei ins-

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

gesamt gesunken. In Wirklichkeit werden im Ausland, wie die Zeitung *Rossija* am 26. August 1992 schrieb, Fische für eine Milliarde Dollar pro Jahr illegal abgesetzt.

Der russische Staat beraubt sich der Möglichkeit, die Fischerei-
flotte und die Fischverarbeitungsbetriebe zu erneuern. 1989 mußten auf Sachalin Hunderttausende Tonnen Edelfische in der Erde vergraben werden, weil sie nicht rechtzeitig verarbeitet werden konnten. In den nächsten ein bis zwei Jahren wird man gezwungen sein, im Fernen Osten über die Hälfte der Fischerei aufzugeben und fast alle Fischverarbeitungsschiffe zu verschrotten, weil sie zu alt sind. Das ist ein großer Verlust. Auf den Fischfabrikschiffen von *Dalmoreprodukt* werden u.a. die weitbesten Krabbenkonserven hergestellt. Ein Ausweg wäre die Einrichtung von Austrnparks und Fischzuchtanlagen in ökologisch intakten Küstengegenden (in die Austernbänke in der Region Krasnodar und am Weißen Meer wurde bereits investiert).

Rußlands Zeiten als Seemacht gehen zu Ende. Einem Abkommen zufolge, das aber die russische Regierung nicht ratifizierte, ist ein über 16 000 Quadratkilometer großes Areal im Mittelteil des Beringmeeres den USA zugesprochen worden. Früher fingen russische Schiffe dort bis zu 150 000 Tonnen Fisch jährlich.

Eine dramatische Situation besteht seit langem auch im Ochotskischen Meer, das zu 97 Prozent zur 200-Meilen-Hoheitszone Rußlands gehört. Nur 3 Prozent dieses Meeres darf von ausländischen Fischern genutzt werden, die es fertigbringen, dort bis zu 200000 Tonnen Fische jährlich zu fangen – nach amtlichen Angaben; die Fischereiaufsicht des Fernen Ostens vermutet, daß es sich in Wirklichkeit um ein Vielfaches dieser Summe handelt.

Formell gibt es zwischen Rußland und Japan seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist kaum zu hoffen, daß Japan Rußland das Romanow-Gold zurückgeben wird, also jene 22 Kisten aus dem Zarenschatz der Romanows, die die Weiße Armee im November 1920 auf der Station «Mandschurija» den Japanern zur Aufbewahrung übergeben hatte. Rechnet man die Zinsen hinzu, dürfte es sich (in heutigen Preisen) um 700 bis 800 Millionen Dollar handeln. (Tausende Kisten des russischen Schatzamts mit Gold

aus dem Zarenschatz wurden damals von Petrograd nach Kasan, Samara, Tscheljabinsk und weiter in den Fernen Osten befördert, um sie vor den Bolschewiki zu retten. Mit diesem Gold wurde während des Bürgerkrieges in Rußland General Kolttschaks Armee bewaffnet und bezahlt. Es ist eine Tragödie, daß in diesem Jahrhundert dem russischen Volk ein großer Teil des nationalen Goldbestandes — bis zu 10 000 Tonnen — einfach gestohlen worden ist, die eine Hälfte etwa 1910, die andere Ende der achtziger Jahre.)

Man kann viele Argumente aus der jüngeren Geschichte dafür vorbringen, weshalb Rußland auf die japanische Insel Hokkaido und die amerikanischen Hawaii-Inseln Ansprüche hat. Aber im Leben ist alles anders. Die Japaner und Chinesen lassen keinen Zweifel daran, daß aus ihrer Sicht die Präsenz der Russen in Ostsibirien und Primorje einen rein kolonialen und imperialen Charakter habe. Viele Rußlandexperten aus Tokio prophezeien, daß noch vor dem Jahr 2000 ein Ostrußland entstehen werde, das sich nach Japan orientieren und zusammen mit China und Korea in der Wirtschaftszone des Japanischen Meerbeckens aktiv sein werde.

Zunächst ist offensichtlich, daß den Sachaliner Behörden viel mehr als Moskau an den Kurilen liegt. Ähnliches ist auch im Hinblick auf die Tätigkeit der südkoreanischen Holzbeschaffer in Primorje zu beobachten. Die wenigen Ureinwohner, die Udehe-Jäger und die Kosaken, widersetzen sich schon seit drei Jahren energisch der Firma *Hyundai*. Sie werfen dem Konzern vor, Raubbau an den Wäldern, darunter den wertvollen Edeltannen- und Zedernwäldern, zu betreiben. Die Koreaner hinterließen einen verwüsteten, toten Raum; die Tiere fliehen, in den Flüssen versiegt das Wasser. Der Vertrag mit *Hyundai* ist 30 Jahre gültig. Jedes Jahr wird eine Million Kubikmeter Holz ausgeführt werden. Die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace hat *Hyundai* wiederholt angeprangert, unverantwortlichen Raubbau an den Wäldern zu betreiben.

Ein Areal von 300 000 Hektar in der einzigartigen Ussuri-Taiga (wo es Tiger, wildwachsende Ginsengwurzeln, edle Fische usw. gibt) soll geplündert werden. Das russische Ministerium für Umweltschutz und Naturressourcen und der Primorje-Rat empfehlen, hier ein Naturschutzgebiet anzulegen und die Kontrolle den Udehe zu geben.

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

Im Oktober 1992 wurde bekannt, daß der Oberste Gerichtshof Rußlands anläßlich eines Streits zwischen dem Sowjet der Volksdeputierten der Region und deren Verwaltung darüber entscheiden soll, ob die Holzgewinnung, die das Joint-Venture *Swetlaja* und die südkoreanische *Hyundai* im Oberlauf der Bikin betreiben, gesetzmäßig ist. Greenpeace hat mit Aktionen ebenfalls die Forderungen unterstützt, den Vertrag mit dem südkoreanischen Konzern zu revidieren.

Das reiche Südkorea fühlt sich im russischen Fernen Osten wie zu Hause und will es mit Japan und den USA aufnehmen, wenn es darum geht, auf dem Schelf von Sachalin Erdöl und Erdgas zu gewinnen. Schließlich leben allein auf Sachalin über 40000 Personen koreanischer Abstammung, die seit Generationen russische Bürger sind.

Rußland hat an China 4000 Amur-Inseln abgetreten. Dieses Abkommen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China wurde 1992 vom russischen Parlament ratifiziert. Es ist möglich, daß es China in absehbarer Zukunft gelingt, seine Staatsgrenze vielerorts Dutzende Kilometer weit ins Innere des russischen Hoheitsgebiets zu verschieben.

Die Hilflosigkeit der russischen Behörden zeigte sich auch in der Frage der vietnamesischen Arbeitskräfte, die man einst in die UdSSR eingeladen hatte. Die vietnamesische Regierung heimste jahrelang ihre Löhne ein und zahlte ihnen ein minimales Gehalt. So trieb man die vietnamesischen Arbeiter, die aufgrund des Geldmangels und der miserablen Lebensverhältnisse verzweifelt waren, in die Kriminalität. Sie haben russische Zollbeamte und Geschäftsleute bestochen, um massenweise wertvolle Metalle und andere Erzeugnisse nach Vietnam zu verkaufen. So verliert die russische Führung durch die cleveren vietnamesischen Geschäftemacher Hunderte Millionen Dollar jährlich.

Natürlich haben die Vietnamesen keineswegs vergessen, auf wessen Initiative bei ihnen der Sozialismus eingeführt und dann der Krieg gegen die Amerikaner vom Zaun gebrochen wurde. Auch die Koreaner werden Rußland ewig dankbar sein: für den Sozialismus, für die Teilung Koreas und auch für das 1983 abgeschossene südkoreanische Passagierflugzeug. Was die Japaner angeht, so führten sie schon immer

Kriege gegen Rußland; bis 1945 haben sie im russischen Fernen Osten geschaltet und gewaltet, wie es ihnen paßte.

Ein Blick in die Geschichte reicht, um zu verstehen, wie gegenseitiges Mißtrauen Mauern zwischen den Ländern im Fernen Osten aufgebaut hat. Beispielsweise mißfällt es den Einwohnern von Pri-rnorje, daß die Militärbehörden nicht die Absicht haben, 200 Kilometer von Wladiwostok entfernt 80 Tonnen Yperit vom Meeresgrund hochzuholen. Dieser stabile Giftstoff wurde dort im Juli 1941 in gewöhnlichen Stahlfässern versenkt. Man denke auch daran, daß im Mai 1992 binnen weniger Tage alle Rüstungslager der Seestreitkräfte am Rand von Wladiwostok abbrannten, beinahe die Hälfte der Stadt mußte evakuiert werden.

«Helle Köpfe» aus der Leitung des Moskauer Kurtschatow-Instituts für Atomenergie haben Präsident Jelzin vorgeschlagen, auf den Kurilen ein Atomkraftwerk zu bauen. Und das bei dem unvergleichlichen Standard der russischen Technologie und den dort üblichen Erdbeben und Taifunen!

Als bei den internationalen Ausschreibungen um Konzessionen für die Erschließung des Sachalin-Schelfs Japaner und Amerikaner gewannen, hätten die höchsten Moskauer Stellen das Ergebnis beinahe für nichtig erklärt (im Oktober 1992 wurde bekannt, daß alle Instanzen Rußlands den Sieg des Moskauer Konsortiums MMM «vorausberechnet» hatten). Sie wollten das Vorkommen lieber selbst mit Hilfe der einheimischen Anlagen erschließen, die sie bereits bei Rüstungsfabriken in Auftrag gegeben hatten. Das hätte mit hundertprozentiger Sicherheit dazu geführt, daß die Gebirgsflüsse und die Küste des Ochotskischen Meeres mit Erdöl und Kondensat vergiftet worden wären. Dabei gibt es dort allein 300 Fischarten, ein Drittel davon ist endemisch, also nur in diesem Gebiet zu finden.

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist im Fernen Osten um 4 bis 5 Jahre niedriger als im Landesdurchschnitt. Jahrzehntelang machten die Unionsministerien dort alles, was ihnen in den Sinn kam. Als Ergebnis ist der Amur, früher der fischreichste Strom der Welt, der einmal eine ganze Region ernährt hat, durch Industrieabfälle und chemische Abwässer vergiftet. Amurwasser darf man noch nicht einmal trinken, wenn es durch eine Kläranlage gelaufen ist. In diesen Strom

Die Regionen drohen Moskau mit Scheidung

werden die giftigen Stoffe eingeleitet, die eine Wiederaufarbeitungsanlage, ein Zellstoff- und Papierbetrieb, ein Biochemiekombinat, ein Hüttenwerk und Dutzende andere umweltvergiftende Betriebe produzieren.

Es sei nur nebenbei bemerkt, daß in diesem Gebiet, das eigentlich nicht bewohnbar ist, bis heute noch Juden leben, die Stalin dort isoliert hatte. Erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR erlaubte man dem Jüdischen Autonomen Gebiet, nahe der Grenze zu China, in der Schule Iwrit und Jiddisch zu unterrichten.

Im Fernen Osten kann heute nur überleben, wer Handel treibt. Die Flugzeugfabrik in Komsomolsk am Amur hält sich nur, weil sie für die Volksrepublik China den Su-27-Jäger baut.

Teil II

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Das Erbe Stalins und Dschingis Khans

Mordwinien

Das Atomzentrum Arsamas-16

In der Mordwinischen Republik wurde im Herbst 1992 ein Atomwaffenmuseum eröffnet. Es ist wohl das einzige in der Welt.

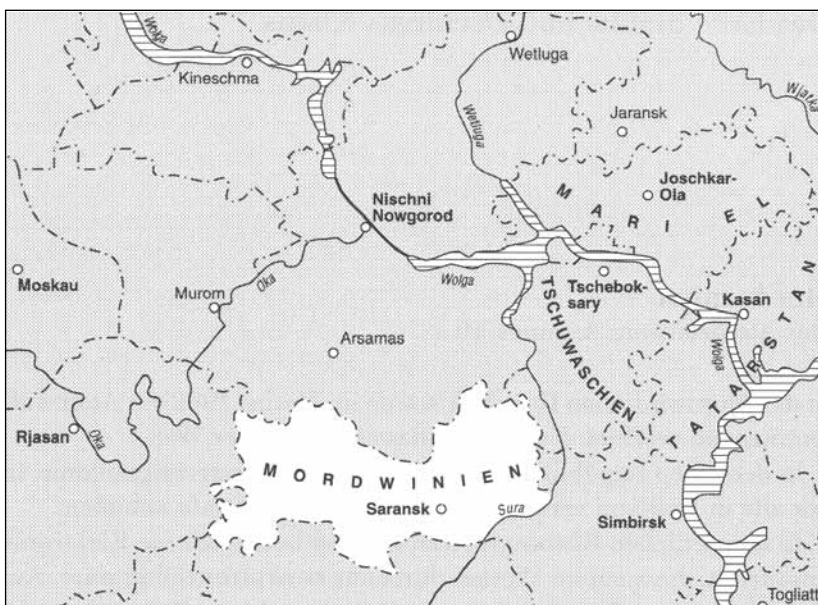
In derselben Republik liegt auch jene Arbeitsbesserungskolonie, in der alle in Rußland verurteilten Ausländer ihre Strafe abbüßen.

In den örtlichen Rüstungsbetrieben wird hochmoderne Elektronik produziert, die auch im Westen durchaus konkurrenzfähig wäre. Auf dem Territorium Mordwiniens wurde der graphitmoderierte Impulsreaktor BICR, der leistungsfähigste der Welt, montiert. In hiesigen Forschungszentren brachte man es auch fertig, bei der Produktion von Neutronenlasern den Amerikanern gegenüber einen Vorsprung von etwa 15 Jahren zu gewinnen.

In einem Forschungs- und Produktionszentrum der Hauptstadt Saransk schikanierten die Behörden auf jede erdenkliche Weise einen vierzigjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Deputierter im örtlichen Sowjet der damaligen autonomen Republik werden wollte. Seine Wohnung wurde in Brand gesteckt, man setzte gedungene Mörder auf ihn an. Wie durch ein Wunder blieb er am Leben, als er zusammengeschlagen wurde und einen Schlag mit dem Brecheisen auf den Kopf erhielt. Ein paar Monate nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus wurde er Präsident der Republik.

Sein erster Stellvertreter wiederum, Alexander Garmaschow, hat es fertig gebracht, ganz Rußland zum Lachen zu bringen. In einem Interview für die Saransker Zeitung *Molodoi Leninez* [Der junge Leninist] wurde er gefragt, was er in Moskau erreicht habe; er rückte dann mit folgendem heraus: «Ich weiß nicht, wieviel ich Ihnen von der

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung



Karte 1

Wahrheit verraten soll. (Lacht.) Also gut. Die Ergebnisse sind erfreulich. Mordwiniens Haushalt hat sich verdoppelt. Aber wie das zustande gekommen ist... Hier haben mir Menschen den Weg gebnet, die vor mir nach Moskau gereist waren. Nun, das System der Bestechungen hat stark zugenommen. Was verteilt wird, hängt von ihnen ab, sie haben ja die Macht. Mit leeren Händen braucht man gar nicht erst nach Moskau zu kommen, ob es Ihnen nun gefällt oder nicht. Mit einem Wort: Es wurde gründliche Vorarbeit geleistet. Und all diese Abteilungen werden dieses System mit Zähnen und Klauen verteidigen.» Es kam zum Eklat, die Leiter der Hauptverwaltung für Wirtschaftskriminalität beim russischen Innenministerium wurden gehört und erhielten Weisung, die Angelegenheit zur Chefsache zu machen und rückhaltlos aufzuklären: Dutzende wurden in Saransk und Moskau vernommen. Herausgekommen ist dabei natürlich nichts. Und Garmaschow meinte dann gegenüber den Ermittlern, der Journalist

habe ihn mißverstanden. Über diese Geschichte schrieb auch die *Iswestija* (31. August 1992) und stimmte ein großes Lamento über die allgemeine Korruption an. Ich glaube, daß Mordwinien seinen nächsten Jahreshaushalt nicht mehr in Moskau bestätigen lassen wird. Man wird selbständig an Ort und Stelle über alles entscheiden.

1992 begann sich im unabhängigen nachkommunistischen Rußland eine neue politische Elite zu formieren. Präsident Jelzin gelang es relativ problemlos, in den Regionen und Gebieten der Russischen Föderation die oberste Ebene der örtlichen Behörden personell zu erneuern. In den autonomen Gebieten Rußlands, die ihre Souveränität erklärt hatten, blieben aber nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im großen und ganzen die ehemaligen Parteichefs an der Macht.

Ausnahmen bildeten die Republik der Tschetschenen und Mordwinien. In ersterer gelangten die Nationalradikalen ans Ruder. In Mordwinien wurde bei den Wahlen mit deutlicher Mehrheit ein Vertreter der demokratischen Kräfte zum Präsidenten gewählt, der Vorsitzende der Mordwinischen Sektion des *Demokratischen Rußland*.

Der erste Präsident Mordwiniens, Wassili Gusjatnikow, ist Russe. 20 Prozent der Mitglieder seiner Regierung sind Mordwinen. Das ist etwas weniger als der Anteil der Mordwinen an der Republikbevölkerung. Interessanterweise hat der Russe Gusjatnikow bei den Wahlen auch in vielen mordwinischen Dörfern bis zu 80 Prozent der Stimmen gewonnen, obwohl sein Rivale Mordwine war. Selbst in mordwinischen Familien beherrschen die Kinder heute kaum noch ihre Muttersprache, weil sie in den Schulen schon lange nicht mehr unterrichtet wird. Der erste Sekretär des KPdSU-Gebietskomitees Mordwinien, der dort 20 Jahre lang mit der eisernen Hand eines Kreml-Statthalters regiert hatte, räumte 1991 das Feld. Unter seiner Ägide hatte man mit großem Pomp den 500. Jahrestag des Anschlusses Mordwiniens an Rußland gefeiert. Die Russifizierung der gesamten Republik, nicht nur der Hauptstadt Saransk, geht auf sein Konto. Sie ist eine vollendete Tatsache.

Die mordwinische Hauptstadt fordert von Moskau, in die Liste der ökologischen Notstandsgebiete aufgenommen zu werden. Offizielle Moskauer Experten haben 1990 bei ihrem Besuch in Saransk eine

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Bodenprobe von den Blumenbeeten vor dem Regierungsgebäude entnommen. Der Quecksilbergehalt dieser Probe überstieg den zulässigen Grenzwert um das Siebzigfache, bei Strontium lag er beim Dreizehnfachen. Gefährlich hoch waren auch die Werte von Chrom, Nickel, Arsen, Antimon, Blei und sogar Silber. Ein ähnlich alarmierendes Bild ergab auch die Analyse von Kinderhaaren. Der militärisch-industrielle Komplex verseuchte den Boden, die Luft und das Wasser. Die wichtigsten Flüsse Mordwiniens, Alatyr, Sura und Wad, sind vergiftet, in ihnen fängt man entschluppte Brassen, augenlose Barsche und andere verkrüppelte Tiere. Kein Betrieb in der Republik ist mit ordentlichen Filter- und Kläranlagen ausgestattet, ihre Technologien sind vorsintflutlich.

Auf dem Territorium der Republik, an der Grenze zum Gebiet Nischni Nowgorod, werden in der noch vor einem Jahr streng geheimen Stadt Arsamas-16 (früher: Sarow) Atomsprengeköpfe hergestellt. Die Stadt wurde 1945 von Häftlingen gebaut; die berüchtigten mordwinischen Straflager waren nur ein paar Kilometer entfernt. In Arsamas-16 arbeiteten die bekanntesten sowjetischen Atomphysiker, beispielsweise Sacharow, Seldowitsch oder Kurtschatow. Heute arbeiten hier Chariton, Negin, Trutnew, Kotscherjanz und Pawlowski. Die großen Köpfe, die in diesem Zentrum geforscht haben, haben die Bekanntschaft aller Generalsekretäre des ZK der KPdSU gemacht – von Stalin bis Gorbatschow. Untergebracht waren sie im umgebauten Sa-rower Kloster. Die Atomwaffen, der «Schutzschild für die Heimat», wurden dort entwickelt, wo früher einmal die Geschosse für die berühmten «Stalinorgeln» produziert worden sind.

Mit den Wissenschaftlern ging man nicht zimperlich um. NKWD-Chef Lawrenti Berija drohte dem Physiker Kotscherjanz, als er ihm einen neuen Auftrag erteilte, ganz unverblümt: «Wenn es nicht klappt, werden Sie erschossen!» Kotscherjanz hat sich dieser Satz für sein ganzes Leben eingepägt, dem Journalisten, von dem er 1992 zum ersten Mal in seinem Leben interviewt wurde, hat er diese Episode erzählt. Es ist symptomatisch, daß einer der Schöpfer der sowjetischen Wasserstoffbombe, Andrej Sacharow, sich zum unversöhnlichen Gegner und Wortführer gegen den Totalitarismus entwickelt hat. Nach

wie vor, noch 1992, ist in der geheimen Stadt Arsamas-16 die graue Eminenz das neunundachtzigjährige Akademiemitglied Chariton. Seit fast fünfzig Jahren leitet er die Arbeiten zur Entwicklung von Atom- und Wasserstoffbomben in der UdSSR – und nun auch in Rußland.

Es war eine Verfügung Stalins, das «Atomprojekt» mindestens 400 Kilometer von Moskau entfernt zu errichten. Die altherwürdige Stadt Sarow freilich ist gerade einmal vier Kilometer entfernt. Um die Jahrhundertwende war Sarow ein vielbesuchter Ort, zu dem selbst die Zarenfamilie pilgerte, um die Reliquien des heiligen Serafim anzubeten. Kurz nach der Revolution von 1917 wurde die Gegend einem Naturschutzgebiet angegliedert, und der Pilgerstrom versiegte. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt das alte Sarow den Namen Moskau-2, dann Krenljowsk und schließlich Arsamas-16. Unter dem letztgenannten Namen ging es in die neueste Geschichte ein.

Der größte Teil des Sarow-Bezirks, über 22 000 Hektar, gehört nach wie vor zu Mordwinien. In Arsamas-16 haben bis heute drei Instanzen das Sagen: Der Grund und Boden ist mordwinisch, der Stadtsowjet untersteht dem Gebiet Nischni Nowgorod, und der militärisch-industrielle Komplex schaltet und waltet in den Betrieben. Zwischen Saransk, Sarow und Nischni Nowgorod bestehen recht gute Beziehungen, das Parlament Mordwiniens hat jedoch nicht vor, auf ewig seinen Grund und Boden den Atomforschern zu kostenloser Nutzung zu überlassen.

Heute sind in Arsamas-16, der inoffiziellen Hauptstadt unseres Atom-Archipels, etwa 10 000 Menschen im Forschungsinstitut für experimentelle Physik und im elektromechanischen Werk Avangard tätig. Das heutige Atomforschungszentrum der Russischen Föderation steckt in einer Krise. Der kalte Krieg ist zu Ende. Ins ehemalige Sarow fahren scharenweise ausländische Journalisten und Politprominenz. Westliche Diplomaten flehen Moskau an, alles zu tun, um die Elite der russischen Atomstädte bei Laune und in Lohn und Brot zu halten. Sollten sich ein oder zwei Dutzend Fachkräfte aus Arsamas-16 in eines der «heißen» Länder absetzen, hätte der militärisch-industrielle Komplex der USA allen Grund zur Aufregung und könnte mit Fug und Recht Hunderte von Milliarden Dollar für die Entwicklung neuer SDI-Programme anfordern.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

In Arsamas-16 haben Forscher hocheffektive neue Technologien entwickelt, sind aber auf westliche Unternehmer angewiesen. Man führt dort den Gästen Prototypen veritabler Wunderdinge vor: vom kleinsten Röntgenapparat der Welt bis zu einer fahrbaren Poliklinik auf dem Chassis von leistungsstarken Militärschleppern, von Laser- und Plasmaanlagen bis zu einer Methode, die Erdölbohrungen zu erleichtern, indem mit Spezialgeschossen das Erdreich bis zu einer Tiefe von 200 Metern aufgelockert wird. Diese Methode erfordert nur ein Hundertstel der Kosten, die ähnliche amerikanische Methoden verschlingen.

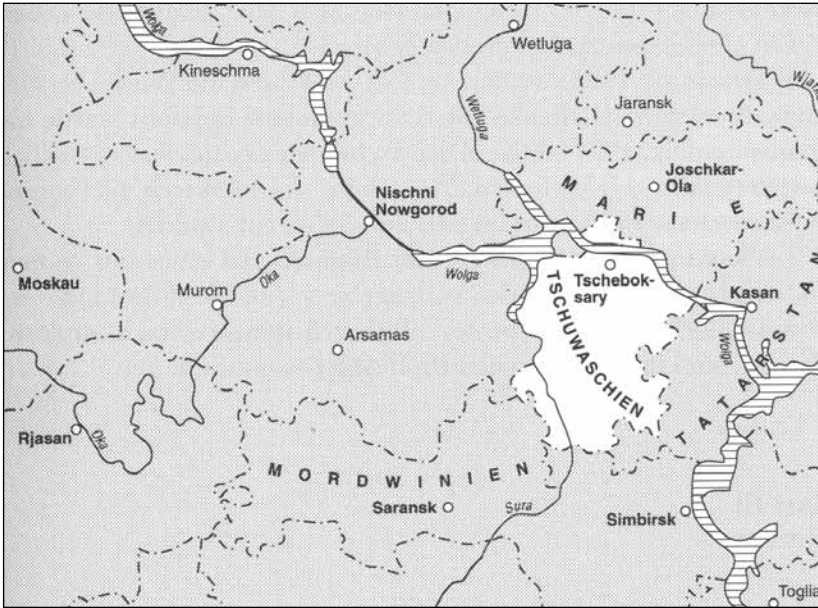
Tschuwaschien

Das berühmte Schwarzbier

Tschuwaschien unterzeichnete als erstes unter den ehemaligen autonomen Gebieten den Föderationsvertrag mit Rußland. Die unverkennbar starke Orientierung seiner Führung an der russischen Obrigkeit war der Hauptgrund dafür, daß gerade hier die Konferenz mit den führenden Vertretern der Obersten Sowjets sowie der Republiken und Gebiete der Russischen Föderation stattfand. Hierzu fanden sich ausnahmslos alle führenden Vertreter Rußlands zusammen.

Die Konferenz, die erste dieser Art, die außerhalb Moskaus tagte, verlief erfolgreich, auch für die Regierung Tschuwaschiens. Gleich danach unterzeichnete Präsident Jelzin einen Erlaß «Über Maßnahmen zur staatlichen Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung der Tschuwaschischen Republik». Für die heruntergewirtschafteten hiesigen Kolchosen und Sowchosen bedeutete das einen Zuschuß in Höhe von einer Milliarde Rubel, die Bereitstellung von 70 000 Tonnen Futter- und Düngemittel aus dem zentralen Fonds sowie die Gewährung von Auslandskrediten und das Recht, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu vertraglich garantierten Preisen an Rußland zu verkaufen.

Allerdings hat Tschuwaschien nicht gerade viel, was es zum Verkauf anbieten könnte. Bei der Aufteilung des Vermögens zwischen



Karte 2

Tschuwaschien und Rußland bekam letzteres die Objekte des militärischindustriellen Komplexes, die Energiewirtschaft und das Fernmeldewesen, also den wichtigsten Teil. Seit Generationen wird in Tschuwaschien der für diese Breitengrade seltene Hopfen angebaut, «unser grüner Reichtum», wie die Tschuwaschen zu sagen pflegen. Aber sie haben es bislang nicht gelernt, wie der Hopfen gelagert werden muß, damit er seine Qualität nicht verliert, oder wie daraus Öl und andere Extrakte gewonnen werden.

Die Tschuwaschen glauben, daß ihr Volk mit der Bierbrauerei in Europa den Anfang gemacht habe. Im Herbst braut man in den Dörfern Tschuwaschiens das berühmte Schwarzbier. Seine Qualität hält sich sechs Monate lang ohne Pasteurisierung und Konservierung. Auch viele Milch- und Fleischspezialitäten dieser Gegend wie Turach, Ujran, Schartan usw. halten sich ohne besondere Lagerung.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Die Tschuwaschen sind in ganz Rußland für ihre Töpferwaren und Stickereien berühmt. Die Geheimnisse ihres Kunsthandwerks geben sie von Generation zu Generation weiter.

Im Dezember 1990 verkündete Tschuwaschien die Wiederherstellung seiner Eigenstaatlichkeit, und die autonome Republik wurde zur Unionsrepublik. 1991 lebten in der Tschuwaschischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1,3 Millionen Menschen, davon waren 68 Prozent Tschuwaschen, 26 Prozent Russen und 3 Prozent Tataren.

Tscheboksary, die Hauptstadt der Republik, ist eines der bedeutendsten Industriezentren des Wolgagebiets. Aber weil dort mehrere umweltschädigende Betriebe des militärisch-industriellen Komplexes arbeiten, sind die ökologischen Probleme besonders akut.

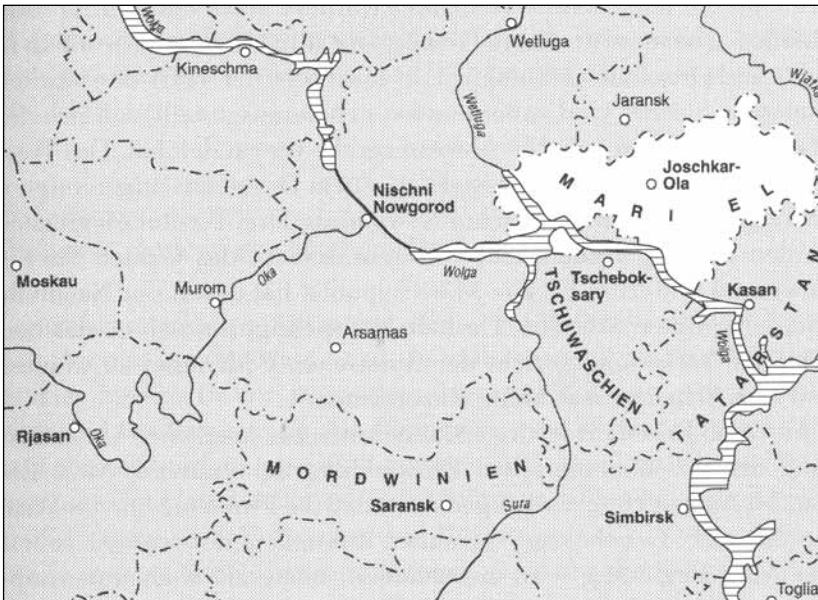
Mari El

Rüstung

Die ehemalige SSR der Mari, bis 1990 Autonome SSR der Mari, heißt seit 1991 Mari El. 1992 erhielt das Land einen eigenen Präsidenten; auch das Parlament (der Oberste Sowjet) und die Regierung sind jetzt relativ unabhängig vom Kreml.

80 Prozent seiner Industrieproduktion hat mit Rüstung zu tun. Die Republik, hört man öfter in Joschkar-Ola, der Hauptstadt, sei die militarisierteste der UdSSR gewesen und sei es heute in Rußland.

Im November 1990 wohnte der damalige Ministerpräsident der UdSSR, Nikolai Ryschkow, der Eröffnung der größten Kühlschranksfabrik des Landes in Joschkar-Ola bei. Italienische Banken hatten Kredite von 200 000 Millionen Dollar eingeräumt, und die italienische Firma *Fata* übernahm die Ausrüstung des Werks, das 220000 Kühlschränke und -kammern jährlich liefern soll; das sind doppelt so viele Industriekühlanlagen, wie vor 1990 in der gesamten UdSSR hergestellt wurden. So entschlossen und radikal ging das Joint Venture Sovitalprodmasch an eines der großen Probleme heran: Ein Drittel aller Agrarprodukte der UdSSR ging auf dem Wege vom Feld zum Laden verloren, weil es verdarb. Die Zeitungen schrieben damals,



Karte 3

für Klär- und Filteranlage sei ein Zehntel des Betriebsgeländes vorgesehen, da man die Produktion absolut umweltfreundlich machen wolle.

In der Republik gehören 300 000 Menschen zum Volk der Mari. Noch einmal soviel leben in kleineren Gruppen in Baschkirien, Tatarstan, Udmurtien und in den Gebieten Kirow, Nischni Nowgorod, Jekaterinburg, Perm und Orenburg verstreut. Die Mari-Sprache hat drei Hauptdialekte: den der Wiesen-, den der Ost- und den der Berg-Mari.

Weil 45 000 Hektar ihres Landes wegen eines Stausees des Wasserkraftwerkes Tscheboksary überflutet werden sollten, hat man die Berg-Mari vor 10 Jahren faktisch deportiert. Die Regierung von Mari El fordert heute von Moskau, für die wirtschaftlich sinnlose und moralisch verwerfliche Politik des ehemaligen UdSSR-Ministeriums für Energiewirtschaft die Verantwortung zu übernehmen, und verlangt, den Wasserpegel wieder abzusenken. 38 000 Hektar Wald rund um

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

den Stausee sind bereits vernichtet worden. Dutzende Dörfer sind überflutet, weitere 40 sind in Gefahr. Die jährlichen Verluste allein in der Landwirtschaft sind doppelt so hoch wie der Wert des jährlich erzeugten Stroms. Und außerdem hat sich herausgestellt, daß sich der Stausee in eine gigantische Abwassergrube verwandelt hat. Das Wasser, das sich hier sammelt, besteht zu einem Drittel aus ungereinigten Abwässern der Betriebe Nischni Nowgorods. Drei Territorien grenzen an den Stausee Tscheboksary: Tschuwaschien, das Gebiet Nischni Nowgorod und Mari El. Die Mari-Republik hat davon nur Nachteile und den größten Schaden. Deshalb beabsichtigt sie, sich an das neu gebildete Verfassungsgericht der Russischen Föderation zu wenden und eine Schadenersatzklage einzureichen.

Im Erlaß Präsident Jelzins «Maßnahmen zur staatlichen Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung der Republik Mari El» vom 24. August 1992 wird angedeutet, daß die Probleme um das Wasserkraftwerk Tscheboksary in naher Zukunft gelöst werden sollen. Der Mari-Regierung wird zugestanden, bilaterale Kooperationsabkommen mit ausländischen Gesellschaften abzuschließen. Außerdem sollen den örtlichen Geflügelgroßfarmen 85 000 Tonnen Futter zugeteilt und für das laufende Jahr zusätzlich 250 000 Millionen Rubel für den Bau von Wohnungen für Militärangehörige bereitgestellt werden. Die Schlußpassage des Erlasses schließlich teilt der Vertretung der Mari-Republik in Moskau an zwei im Dokument genannten Adressen Dienst- und Wohnräumlichkeiten zu: ganze 103,6 Quadratmeter.

Es ist wohl nicht verwunderlich, daß angesichts solcher Freigebigkeit selbst die Rüstungsbetriebe von Mari El, die keine staatlichen Aufträge mehr haben, eher auf die Republik setzen und sie der Föderation vorziehen. Die Behörden von Mari El schlossen im September 1992 mit Tatarstan ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sie auch mit den finno-ugrischen Staaten Finnland, Estland und Ungarn anstreben. Präsident Wladislaw Sotin, der erste in der Geschichte der Republik Mari El, bringt Moskau keinerlei Vasallentreue entgegen, noch macht er sich irgendwelche Illusionen über dessen Demokratieverständnis. Selbst wenn die Republik in der Russischen Föderation bleibt, wird sie gezwungen sein, sich aus der Wirtschaftskrise allein herauszuarbeiten. Von Moskau wird

aber mindestens erwartet, daß es dem keine Steine in den Weg legt. Das ungefähr ist der Tenor eines Interviews, das W. Sotin am 18. September 1992 der *Nesawissimaja gaseta* [Die unabhängige Zeitung] gegeben hat.

Tatarstan

Rußlands moslemische Metropole

Unter den ehemaligen autonomen Gebilden Rußlands ist diese Republik das einzige, das viele Attribute eines souveränen unabhängigen Staates besitzt. In der tatarischen Hauptstadt Kasan gibt es einen Kreml, einen Präsidenten, ein Parlament, eine Regierung, ein Schattenkabinet, starke Oppositionsparteien und gesellschaftliche Bewegungen. Die Hälfte der rund drei Millionen zählenden Bevölkerung sind Tataren, etwa 43 Prozent sind Russen.

Die meisten der 7 Millionen Tataren, die in der ehemaligen UdSSR registriert waren, leben in Rußland; nach den Russen sind sie die zweitstärkste nationale Bevölkerungsgruppe der Russischen Föderation. Die traditionelle historische Allianz und die enge ethnische und sprachliche Verwandtschaft zwischen Tataren und Baschkiren haben diese nationalen Bevölkerungsgruppen zu einem gewichtigen Faktor im politischen Leben Rußlands werden lassen. Bedeutende tatarische Gemeinden gibt es auch in den USA und Australien, in Deutschland, der Türkei und Finnland. Im Sommer 1992 fand in Kasan ein Weltkongreß der Tataren statt.

Zusammen mit den Krimtataren und den Urbewohnern des Nordkaukasus bilden die russischen Tataren die moslemische Welt Rußlands. Die prokommunistisch gesinnte Führung Tatarstans war, im Bündnis mit den örtlichen nationalistischen Bewegungen, 1992 nahe daran, auf der Ebene der Russischen Föderation einen Staatsstreich zustande zu bringen. Die örtlichen Behörden weigerten sich kategorisch, die Dokumente zum Beitritt zur Russischen Föderation zu unterschreiben. In Tatarstan gaben jene den Ton an, die sich von den Behörden des demokratischen Rußlands nichts vorschreiben lassen wollten.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung



Karte 4

Laut Parlamentsbeschluß vom Februar 1992 wird Tatarstan den Tag zum Gedenken an die Opfer des Stalin-Regimes nicht begehen. Die kommunistischen Deputierten haben durchgesetzt, daß am 7. November die Oktoberrevolution gefeiert wird. Was in Moskau ein Trauertag ist, ist in Kasan ein offizieller Feiertag. In weniger als zwei Jahren verabschiedete das Parlament Tatarstans eine Unabhängigkeitserklärung, es beschloß, über die nationale Unabhängigkeit ein Referendum abzuhalten, es verkündete, daß Republiksgesetze Föderationsgesetze brechen, und benannte die Tatarische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik zunächst in Tatarische Sozialistische Sowjetrepublik und dann einfach in Republik Tatarstan um.

Wird Tatarstan aus der Russischen Föderation austreten oder nicht? In der russischen Presse erschienen Hunderte Artikel zu diesem Thema. Die Moskauer Presse der neunziger Jahre schenkt dem auf

rührerischen Tatarstan und der abtrünnigen Republik der Tschetschenen höchste Aufmerksamkeit. Deren Politik wird uneingeschränkt und einmütig verurteilt. Das Verfassungsgericht Rußlands befand, daß die Änderungen in der Verfassung Tatarstans und die Verordnung über das Referendum nicht dem Grundgesetz Rußlands entsprächen, auch wenn das tatarische Parlament vor dem Referendum über die Unabhängigkeit am 6. März eine Erklärung verabschiedet und veröffentlicht hatte, in der klar darauf hingewiesen wurde, daß der Übergang des bis dahin autonomen Tatarstan zum Status eines souveränen Staates nichts daran ändere, daß sich die Russische Föderation und Tatarstan im selben ökologischen und geopolitischen Raum befinden. Nachdem Tatarstan nun beim Referendum für Unabhängigkeit gestimmt hat, beabsichtigt es, horizontale Beziehungen mit Moskau und den anderen Republiken aufzubauen und dabei einen Teil seiner Machtbefugnisse an Behörden der Russischen Föderation zu delegieren.

Wahrscheinlich werden die rebellischen Republiken einen besonderen Status im Rahmen der Russischen Föderation erhalten: den eines Föderationssubjekts mit beschränkten Rechten, jedoch ohne das Recht, aus der Föderation auszutreten. Die Tataren wollen ja nicht einen rechtlichen Rahmen für ihre Unabhängigkeit aufbauen, um Rußland den Rücken zu kehren, sondern um die Lage des Volkes zu verbessern. Es war nicht zufällig, daß Jelzin nach dem Sieg über die Putschisten im August 1991 in Kasan, an die Führungen der Republiken und autonomen Gebiete der UdSSR gerichtet, jene vielzitierte Formel verkündet hat: «Nehmt soviel Souveränität, wie ihr verdauen könnt.» Zum Jahrestag der Annahme der Deklaration über die Souveränität Tatarstans — dem 30. August: ein arbeitsfreier Nationalfeiertag — schickte der Präsident Rußlands Grußtelegramme an die Repräsentanten der Republiken. Praktisch sind die Machtbefugnisse zwischen Moskau und den Republiken bereits geregelt, Unklarheiten bestehen nur noch über die Höhe der Steuern und die Eigentumsformen. Die Leninsche und Stalinsche Teilung, wonach es Völker erster und zweiter Klasse geben soll, konnte doch nicht ewig gültig bleiben.

Die Tataren haben ein Gesetz über zwei Staatssprachen in der Republik — das Tatarische und das Russische — angenommen. Die in

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

der Verwaltung übliche Amtssprache bleibt vorläufig aber Russisch. Rundfunk und Fernsehen beginnen zur Zeit auch in Tatarisch zu senden. Nur 7 Prozent aller Kinder besuchen Schulen, in denen Tatarisch unterrichtet wird.

Das Wirtschaftspotential der Republik war dem aller drei baltischen Republiken zusammengenommen vergleichbar. 1991 waren aber 80 Prozent aller Betriebe Tatarstans Eigentum von Unionsministerien, 18 Prozent waren Eigentum von Ministerien der Russischen Föderation, nur der kleine Rest gehörte den Kasaner Behörden. Im letzten Jahr der Existenz der UdSSR hat die Zentrale, um die sozialen Spannungen zu mildern, die Republik mit der Erlaubnis beglückt, eine Million von den 32 Millionen Tonnen tatarischen Erdöls, die im Jahr gefördert wurden, ins Ausland verkaufen zu dürfen.

Insgesamt sind in Tatarstan schon einmal zwei Milliarden Tonnen Erdöl gefördert worden. Dennoch war es in der Republik immer problematisch, Benzin für sein Auto zu bekommen. Rohöl wurde praktisch kostenlos zu Raffinerien außerhalb der Republik, nach Rjasan und Nischni Nowgorod, gepumpt. Die Erdölfelder im Südosten der Republik wurden zu einer ökologischen Notstandszone. Moskau scherte sich weder um die Natur noch um die Menschen. Selbst in den Erdöl- und Erdgasbezirken Tatarstans bekommen nur 12 bis 15 Prozent der Wohnungen Haushaltsgas. Dörfer stehen buchstäblich auf Öl- und Gaslagerstätten, die Häuser aber werden mit Holz beheizt.

Im Bereich der Rüstungsindustrie Tatarstans produziert praktisch jeder Betrieb hochspezielle Erzeugnisse. Anfang der neunziger Jahre kam es in Kasan zu Unruhen, als alle Rüstungsbetriebe – selbst im Flugzeugbau – aus Moskau keine Aufträge mehr bekamen und Arbeitslosigkeit drohte. In Moskau wurde über die Probleme der Konversion der Rüstungsindustrie entschieden, und dort wurde auch über neue Olfördertechnologien und sogar Betriebsabläufe in der Schuhproduktion bestimmt. Eine große Schuhfabrik mit einer Kapazität von 12 Millionen Paar Schuhen im Jahr hatte kein Recht, eigene Leisten herzustellen und neue Schuhmodelle herauszubringen. Auch die Themen wissenschaftlicher Forschungen und Bücher, die Zahl der Doktoranden und wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde in

Moskau vorgeschrieben. Dissertationen konnten wie in der ganzen UdSSR nur in Russisch verteidigt werden.

Im Jahr 1991 hat es der sowjetische Hersteller großer Lkws, das *KamAS*-Werk (ein Beinahe-Monopolist: 80 Prozent der Lkw-Transportleistungen auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR werden von *KamAS*-Wagen erbracht), fertiggebracht, seinem Ursprungsland Tatarstan nur 13 Prozent seiner Aktien zu verkaufen und nur 2,3 Prozent seiner Lkw für Tatarstan bereitzustellen. Die Waren dieses Betriebes sind im Tauschhandel die härteste «Währung» – in Rußland und in der ganzen GUS. Die *KamAS*-Leitung konnte für ihre 170 000 Beschäftigten also sehr gute Arbeitsbedingungen schaffen. Der Betrieb spekuliert mit seinen Lkw an Börsen und bei Auktionen und erzielt sagenhafte Gewinne, die er nicht mit Tatarstan teilen will.

In ähnlicher Lage ist auch die *Kasaner Flugzeugbauvereinigung*, in der so komplizierte Maschinen wie die «Backfire» gebaut werden. Muchammat Sabirow, Ministerpräsident Tatarstans, sagte vor Journalisten im Mai 1992, er habe in Moskau wiederholt darauf gedrungen, die *Vereinigung* auf den Bau der modernen Passagiermaschine Tu-204 umzustellen. Als am Horizont der russischen Wirtschaft 24 Milliarden Dollar westliche Kredite auftauchten, schlug Sabirow vor, den «tatarischen» Teil dieser Hilfe für den Bau einer ersten Erdölraffinerie in Tatarstan auszugeben, die den Rohstoff zu 96 Prozent verarbeiten würde. Die bestehenden Anlagen zur Benzinerzeugung in Ufa, Uljanowsk und anderen Städten der Russischen Föderation sind uralt. In ihren verschlissenen Anlagen geht die Hälfte des zu verarbeitenden Rohstoffs als nicht ausbeutbarer Abfall verloren.

Es gibt noch weitere große Probleme, die Sabirow Kopfzerbrechen bereiten. Tatarstan erbt von der UdSSR ein gigantisches Bauprojekt, das auf Eis gelegte Vorhaben einer Autofabrik nahe der alten Stadt Jelabuga, nicht weit vom *KamAS*-Werk. Weder Moskau noch Kasan haben Geld, diesen Bau weiterzuführen, in den schon Hunderte Millionen Rubel gesteckt worden sind (in jenen Jahren zahlte man auf dem Schwarzmarkt für einen Dollar nicht 400 Rubel wie heute, sondern 3 bis 5 Rubel). Mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds könnte schon 1996 ein Fließband mit einer Leistung von 150 000

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Klein-Pkw im Jahr in Bewegung gesetzt werden, später noch ein zweites. Nachfrage nach diesen Pkw gibt es nicht nur in Tatarstan und Rußland, sondern auch in allen anderen GUS-Ländern. Sie wären sicher bereit, Mittel in die Fertigstellung des Baus zu investieren. Das neue Autowerk würde anderen Zulieferern Aufträge verschaffen und Arbeitsplätze in örtlichen Rüstungsbetrieben sichern, die wegen der begonnenen Konversion schon fast stillstehen. Das Riesenwerk in Jelabuga würde die sozialen Spannungen in Tatarstan abbauen und die Wirtschaft der Republik aus der Krise herausführen helfen. Man braucht kein Hellseher zu sein, um die Frage, ob Moskau Tatarstan bei der Lösung dieses Problems helfen wird, zu verneinen. Den Tataren wird nur geholfen, wenn sie mit westlicher Hilfe alles selbst organisieren, Kredite finden und sich selber helfen.

Die ganze Industrie in den Besitz der Republik zu überführen ist unausweichlich. Die Privatisierung auch. Wer wird dann aber all die Werke und Fabriken kaufen? Die Mafia der Schattenwirtschaft oder die ehemaligen Parteibonzen, die sich riesige Vermögen aus dem Volkseigentum unter den Nagel gerissen haben? Es gibt auch andere Varianten, jedenfalls bei kleineren Privatisierungsobjekten. Die Tataren sind gute Händler. Selbst in Moskau, wo etwa 200 000 Tataren leben, kontrollieren sie einen beträchtlichen Sektor des Handels.

In Kasan kennt man den 39jährigen Sergej Schaschurin sehr gut. Seiner Firma *Tan* («Morgenrot» auf Tatarisch) gehören über 200 kleinere und mittelständische Bauunternehmen, Baustoffbetriebe, Kooperativen und Dienstleistungsbetriebe. Sie haben damit angefangen, in ganz Tatarstan Hallen zu bauen und Gemüselager einzurichten. Aus diesem Grund sind heute die Gemüsepreise in dieser Republik durchschnittlich nur halb so hoch wie sonst in Rußland. Jetzt bauen sie Hotels, Autoservicebetriebe und Sanatorien. Schaschurin selbst fliegt mit seinem Rechtsanwalt und seinem Buchhalter im Flugzeug in Rußland herum und macht Geschäfte, ohne erst auf die Vermittlung von Ministerialbeamten zu warten. Er zahlt Steuern an den Staat. Er macht ein Geschäft daraus, abgetriebenes Holz an Flußufern in Mittelrußland aufsammeln zu lassen. Dann läßt er es auf eigenen Lastkähnen nach Astrachan bringen und tauscht es dort gegen Tomaten und Melonen für seine Gemüsemärkte in Kasan. Er hat auf

Kamtschatka Kühlhäuser und eine Fabrik errichten lassen, die Fischmehl als Viehfutter produziert. So wurde auch das Futterproblem gelöst. Schaschurin ist Steuerzahler, seine Angestellten arbeiten gewissenhaft; was sollen aber einzelne Staatsbetriebe machen, die auf dem Privatsektor nicht Fuß gefaßt haben?

Die Süßwarenfabrik *Zarja* in Kasan soll für 13 Millionen Rubel (in den Preisen von Dezember 1991) privatisiert werden. In den letzten 15 Jahren hat sich der Vermögenswert der Fabrik um sieben Millionen Rubel vergrößert. Nur ein Siebtel davon sind Mittel aus dem Staatshaushalt, das übrige hat die Belegschaft selbst erwirtschaftet. Darüber hinaus zahlte die Fabrik in dieser Zeit von ihrem Gewinn 53 Millionen Rubel und weitere 85 Millionen als Umsatzsteuer an den Staat. Durch ihre Arbeit hat die Belegschaft alle vorausgehenden Kosten des Staats schon mehrfach zurückgezahlt. Aber selbst als Privatbetrieb wird sich die Fabrik kaum über Wasser halten können, weil die Steuern viel zu hoch sind. An einem Tag im Dezember 1991 hat eine Konditorenbrigade 447 Kilogramm Süßwaren im Wert von 6 745 Rubel produziert. Davon sind 218 Rubel Lohnkosten und 337 Rubel bleiben beim Handel als Rabatt. An Steuern aber wurden 2 266 Rubel überwiesen. Das nachkommunistische Rußland ging praktisch auf alle nur möglichen Kompromisse mit seinen ehemaligen autonomen Gebieten ein, besonders im Fall Tatarstan. Moskau war bereit, viele Warenarten in harter Währung zu bezahlen, darunter Rüstungsgüter, Fotofilme, Medikamente, medizinische Ausrüstungen, Pumpen, Autos und anderes mehr.

Die Erdölvorräte Tatarstans würden bei einer Jahresförderung von 25 Millionen Tonnen für 30 bis 35 Jahre ausreichen. In Zukunft sollen auch die Bitumenvorräte, die auf 12 Milliarden Tonnen geschätzt werden, abgebaut und wirtschaftlich genutzt werden. Die Republik versorgt sich im großen und ganzen selbst mit Lebensmitteln.

Die vernünftigen Politiker Tatarstans sind sich bewußt, daß eine Isolierung von Rußland für die örtliche Bevölkerung Hunger und Elend bedeuten würde. Aber Chaos und Produktionsrückgang in Rußland hätten für die Republik die gleichen Folgen. Die vorsichtigen Tataren begreifen, daß ihnen weder die extremen Nationalisten noch die Kommunisten Wohlstandsgarantien geben können. Die Wahrheit haben nicht die gepachtet, die auf die Notwendigkeit pochen, die

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

tatarische Staatlichkeit wiederherzustellen. Das Kasaner Khanat bestand von 1448 bis 1558. In diesen Jahren hat es 13 Kriege gegen Rußland geführt. Seit 1558 aber gab es keine Kriege gegen die Russen mehr.

Wenn Moskau flexibel und vernünftig ist, wird es die gegenwärtig zur Föderation gehörenden Republiken als gleichberechtigte Partner betrachten und nur mit deren Einverständnis handeln. Rußland kann andernfalls nicht mehr als multinationale Großmacht existieren. Baschkortostan und Tatarstan haben über ihre Parlamentarier im März 1992 Moskau offiziell über das Projekt eines Gründungsabkommens für eine Wolga-Ural-Konföderation, einer Präsidentschaftsrepublik mit eigener Gesetzgebung und der Hauptstadt Ufa, der sich noch Komi, Udmurtien und Tschuwaschien anschließen sollen, in Kenntnis gesetzt.

Die Wolga ist die historische Achse des lebendigsten Wirtschaftsgebiets Rußlands, sie wird wahrscheinlich von großer Redeutung bleiben. In vielen Städten an der Wolga gibt es Universitäten. Eine der ältesten und bedeutendsten ist die Universität Kasan. Da es ein beträchtliches wissenschaftliches Potential gibt und hochqualifizierte Arbeitskräfte in der tatarischen Hauptstadt leicht zu finden sind, baute die amerikanische Firma ICL in Kasan ein Werk zur Montage von Personalcomputern. Dank der Konversion der Rüstungsindustrie wurde es möglich, gemeinsam mit den Amerikanern in elf großen Städten Tatarstans Zentralen für internationale Fernspreverbindungen per Satellit zu eröffnen. Jede Zentrale bedient 120 internationale Kanäle. Im September 1992 wurde in Tatarstan ein automatisiertes System zur Computervernetzung über Fernsehkanal seiner Bestimmung übergeben. Die *Kasaner Vereinigung für Rechentechnik und Informatik* entwickelte dieses System für 1400 Abonnenten: Stadt- und Bezirksbehörden, Redaktionen, Sonderdienste, Staats- und Privatbetriebe. Jeder Benutzer hat einen eigenen Code, der den Austausch vertraulicher Informationen zwischen zwei und mehr Abonnenten ermöglicht. Um das Projekt ganz auszuschöpfen, braucht man bis zu 6 Millionen Dollar. Der Präsident der Republik Tatarstan, Mintimer Schajmijew, hat bei der politischen Führung seines Landes Interesse für das neue Projekt eines kommerziell genutzten kasachischen

Nachrichtensatelliten wecken können, mit dem man Informationen «von Warschau bis Irkutsk» übermitteln kann.

Rußland und Tatarstan werden immer gleichberechtigte Partner im Rahmen der Russischen Föderation bleiben. Tatarstan wird aber nicht mehr so etwas wie eine russische Provinz sein. Die Politiker Moskaus und Kasans müssen einen Weg finden, wie sie ihre Kompetenzen und Machtbefugnisse vernünftig untereinander aufteilen; die Führung der Russischen Föderation wird diesem Prozeß nicht ausweichen können. Niemand darf vergessen, daß die ganze Föderation davon profitiert, wenn Tatarstan die notwendigen Voraussetzungen für seinen Aufschwung bekäme. Sollte es dazu nicht kommen, wird Tatarstan zweifellos für seine Freiheit, und zwar nicht nur die ökonomische, sondern auch seine politische Unabhängigkeit kämpfen – und zwar nicht nur am Verhandlungstisch, sondern auch mit der Waffe in der Hand.

Tatarstan: Unser Vorbild ist die Schweiz. Jedenfalls wollen die Tataren nie wieder ein Anhängsel des russischen militärisch-industriellen Komplexes oder eine bloße Rohstoffkolonie sein. Das wird ihnen ein besseres Leben garantieren, als sie es heute führen. Ein neutrales Tatarstan – gleichsam eine Art Schweiz. Warum auch nicht?

Im Jahre 1992 galt das «Tatarische Öffentliche Zentrum» (TÖZ) als die einflußreichste politische Organisation der Republik. Gemeinsam mit der «Partei der nationalen Wiedergeburt» («Ittifak»), der Republikanischen und der Islamischen Demokratischen Partei, dem gesellschaftspolitischen Zentrum «Souveränität» und dem Rund der tatarischen Jugend «Asatlyk» rief das TÖZ einen Block ins Leben, der für die sofortige und völlige Souveränität, für die Schaffung eines politisch und ökonomisch unabhängigen Staates Tatarstan eintritt. Im Obersten Sowjet der Republik vertrat die zahlenmäßig stärkste Fraktion «Tatarstan» die Interessen dieses Blocks.

Eine immer größere Rolle in der Republik spielen inzwischen halboffizielle nationale Strukturen der legislativen und exekutiven Organe. Im Februar 1992 rief das gesamtatarische «Kurultai» parallel zum Obersten Sowjet der Republik ein tatarisches nationales Parlament ins Leben, ein «Milli medschlis» aus 75 Personen (mit Talgat Abdullin,

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

der zuvor die Fraktion «Tatarstan» im Obersten Sowjet geführt hatte, als Vorsitzenden), und die nationale tatarische Regierung, ein «Milli nasarjat».

Der erste Schatten-Ministerpräsident Tatarstans, der Hauptnasir Ilgis Barejew, Direktor einer Tabakfabrik in Kasan, verweigerte dem Staatsanwalt der Republik, Chassan Gilmetdinow, der eine Revision seiner Tabakfabrik vornehmen wollte, den Zutritt und begründete das mit folgenden Argumenten: «Die Rechtsschutzorgane der Republik sind einstweilen noch nicht unter die Jurisdiktion Tatarstans gestellt worden, und ich sehe nicht ein, weshalb mir die Staatsanwaltschaft eines Nachbarstaates etwas zu sagen haben sollte.» Barejew schlug Gilmetdinow vor, eine Genehmigung zur Revision der Fabrik im Medschlis einzuholen. Der Staatsanwalt leitete ein Gerichtsverfahren ein. Am 21. Oktober 1992 zog die ganze Belegschaft der Fabrik vor das Gerichtsgebäude und demonstrierte mit Plakaten, auf denen stand: «Das Gerichtsverfahren gegen unseren Basch nasir ist eine Ohrfeige für das ganze tatarische Volk!» – «Russische Gerichte gehören aufs russische Territorium!» Für alle Fälle hielten die Behörden in der Nähe drei Busse mit Sondereinheiten der Miliz bereit. Im Gericht drohte der stellvertretende Vorsitzende des «Milli medschlis», Saki Seinullin, dem Staatsanwalt Gilmetdinow: «Na warte, dir wird es noch schlecht gehen!», und hinter vorgehaltener Hand fügte er drohend sogar hinzu: «Wenn wir gesiegt haben, schicken wir die Richter zum Straßenfegen.» Mit Hurra-Rufen, teilte der Berichterstatter des *Kommersant* mit, empfangen die Versammelten den Basch nasir, als er endlich erschien und ihnen erklärte, man habe ihn mit einer Geldstrafe in Höhe von 500 Rubeln (etwas mehr als ein Dollar) belegt.

Die Formierung nationaler Machtorgane fand auch an der Basis statt. Wie es in einem im Milli medschlis zusammengestellten Dokument heißt, würden die nationalen Strukturen die Macht übernehmen, sollte der Oberste Sowjet gegen die Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung verstoßen.

Die Führung der Republik behauptete sich unter diesen Bedingungen das ganze Jahr 1992 hindurch und schnitt mit gar nicht schlechten Ergebnissen ab. Die Preise wurden schrittweise freigegeben, wobei an Zuschüssen für die wichtigsten Lebensmittel

und Konsumgüter festgehalten wurde. Die Republik erkämpfte für sich in Moskau das Recht, im Jahre 1992 eigenständig 5 Millionen Tonnen Rohöl auf den Weltmarkt zu bringen. Tatarstan stellte erstmalig selber einen eigenen Haushalt auf, in dem es plant, nur 4 Milliarden Rubel an die Russische Föderation abzuführen. Insofern ist es Tatarstan gelungen, seine Bevölkerung in sozialer Hinsicht verhältnismäßig gut zu schützen. Die Lebenshaltungskosten sind die niedrigsten der ganzen Föderation und liegen in Kasan niedriger als in jeder anderen russischen Großstadt. Dieser Faktor trug maßgeblich dazu bei, daß der Präsident Tatarstans, Mentimer Schaimijew, ein ehemaliger bedeutender Parteifunktionär, an Popularität gewann.

Gleichwohl hatte ihm die Opposition, das «Milli medschlis», mächtig zugesetzt. Dieses «Schattenparlament» rief im Oktober 1992 dazu auf, die Neuwahlen sowohl des Präsidenten Schaimijew als auch des gesamten Obersten Sowjets vorzuziehen. Die Vertreter des Milli medschlis reisten zusammen mit einer offiziellen Delegation Tatarstans nach Moskau zu Verhandlungen. Darüber empörten sich die Moskauer ungeheuer, für sie war das ungefähr so, als hätte man Wladimir Schirinowski [russischer Nationalfaschist] zu einer russischen Delegation im Kreml zugelassen. Dieser Vergleich hinkt natürlich gewaltig. Schaimijew zufolge verfügt das Milli medschlis über die Autorität, eine Reihe politischer Entscheidungen durchgesetzt zu haben: die Einführung des Amtes eines Oberrichters und eines Generalstaatsanwalts des tatarischen Volkes, den Aufbau eigener militärischer Formationen, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und anderes mehr. Es ist bezeichnend, daß das Milli medschlis noch 1992 als gesellschaftliche Organisation bei den Justizorganen Tatarstans nicht einmal registriert war.

Am Giebel der Residenz des tatarischen Präsidenten im Kasaner Kreml erschien am 7. Oktober 1992 ein neues Wappen: ein geflügelter Schneeleopard. Er trat an die Stelle des Wappens der Russischen Föderation: Hammer und Sichel aus den Tagen Lenins. Am gleichen Tag erklärte der Oberste Sowjet die Republik zur atomwaffenfreien Zone.

Im selben Jahr haben Tatarstan und Litauen in Kasan und Kaunas Handelsvertretungen eröffnet. Litauen interessiert sich für tatarisches

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Erdöl, und Tatarstan will die Dienste der Handelsflotte Litauens in Anspruch nehmen. 1992 lieferte die Russische Föderation 2,4 Millionen Tonnen Erdöl weniger an Litauen. Tatarstan will seinerseits die stillgelegte Erdölraffinerie *Mazeikiai* wieder in Betrieb nehmen, um auf Dollarmärkte gehen zu können. Litauen erwies sich also für Tatarstan als Fenster nach Europa. Und der Vorsitzende des litauischen Parlaments, Vitautas Landsbergis, erinnerte bei einem Empfang des Vizepräsidenten Tatarstans, Wassili Lichatschow, im September 1992 in Litauen, als er auf die tatarische Minderheit in Litauen zu sprechen kam, an die Grünwalder Schlacht, bei der Tataren gemeinsam mit den Litauern gefochten hatten.

Einen ähnlichen Besuch stattete Lichatschow auch Präsident Askar Akajew in Bischkek ab. Kyrgystan gehörte zu den ersten GUS-Ländern, die die Souveränität Tatarstans (bereits im Dezember 1991) anerkannt hatten. In Bischkek wie in Wilna spielte die tatarische Minderheit eine positive Rolle. Der jüngste Weltkongreß der Tataren war eine gute Gelegenheit, die Verbindungen mit Kasan wieder fester zu knüpfen. Seinen Wunsch, ein «Fenster nach Asien» zu öffnen, hat Litauen durch die Unterzeichnung bilateraler Wirtschaftsabkommen und Grundsatzserklärungen über die Prinzipien einer Zusammenarbeit bekräftigt. Nun ist die Erweiterung der Beziehungen mit Estland an der Reihe.

Wie der vierzigjährige Wassili Lichatschow, ein Völkerrechtler, der frühere Vorsitzende des Komitees für Verfassungsaufsicht und Vizepräsident der Republik, in einem Interview für die Zeitung *Rossija* meinte, zeigt «das Beispiel Kasachstans, daß jeder Herr im eigenen Haus sein muß». Und weiter: «Heute können wir in den ehemaligen autonomen Gebieten beobachten, wie stark und umfassend sich nationales Selbstbewußtsein entwickelt. Das sind unaufhaltsame Prozesse, doch zugleich muß hervorgehoben werden, daß zum entscheidenden Faktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen die *ökonomische* Unabhängigkeit wird. Dem können sich die früheren autonomen Gebiete nicht entziehen, es zwingt sie zu Annäherungen — sagen wir nach dem Prinzip eines Regionalismus. Wer weiß, ob nicht demnächst vielleicht eine mächtige Gruppe von souveränen Staaten auftaucht — etwa Tatarstan, Baschkortostan, Udmurtien, Tschuwaschien,

Mordwinien oder Mari El —, die sich der russischen Führung keineswegs entgegenstellen würden. Eine solche Struktur könnte sich ohne weiteres in allernächster Zeit herausbilden. Ja, mehr noch: Wenn dieses Prinzip Gestalt annimmt, dann käme es auch zu einer Erneuerung Rußlands, und wir bekämen eine wahre Russische Föderation.»

Die Hauptstraße von Kasan trägt heute den Namen der legendären Zarin des Kasaner Khanats Sjububike. Erst gestern noch war sie die Lenin-Straße gewesen, und vorher hatte sie den Namen Woskressenskaja-Straße — «Straße der Auferstehung» — getragen. Jetzt gilt es, Lehrbücher, Enzyklopädien, Wörterbücher, Computerprogramme usw. in tatarischer Sprache herauszugeben. Und vergessen wir nicht die Schrift. Es ist noch nicht so lange her, da war das bekanntlich die arabische Schrift; dann kam die lateinische, die dann in den vierziger Jahren durch die kyrillische Schrift verdrängt wurde.

Vor diesem Hintergrund ist es zu sehen, daß 1 000 tatarische Schulen (Mitte 1992 gab es insgesamt 2370) und 20 Gymnasien eröffnet worden sind. Im Zusammenhang mit der Erhebung der tatarischen und der russischen Sprache zu Staatssprachen wurde Tatarisch ab 1992 in allen Schulen Pflichtfach (eine Stunde Sprachunterricht pro Tag). Damit haben jetzt alle, die das wollen, die Möglichkeit, Tatarisch zu lernen. Im Fernsehen gibt es wöchentlich Unterricht in tatarischer und arabischer Schrift.

Jährlich werden mehr als 200 000 Lehrbücher an tatarische Schulen auf 32 Territorien der GUS-Staaten versandt. Und das ist erst der Anfang. Im benachbarten Udmurtien beispielsweise haben 110 000 Tataren noch keine Möglichkeit, ihre Muttersprache zu studieren.

An 86 Schulen Tatarstans erhalten Kinder jetzt Unterricht in tschuwaschischer, an 32 Schulen in udmurtischer Sprache, an 15 in der Sprache der Mari und an zwei weiteren Schulen in mordwinischer Sprache. Diese Sprache kann man jetzt auch in einer Reihe von Schulen lernen, in denen nach russischen Lehrplänen unterrichtet wird.

Aus Kasan sind die Probleme Tatarstans besser zu erkennen als aus Moskau. Auch das eigenwillige Kasan kann durchaus ein Anziehungspunkt zwischen der Idel-Wolga und dem Ural werden. Zu einer solchen Wolga-Ural-Föderation könnten selbstverständlich nicht

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

nur moslemische Völker, sondern auch rein russische Regionen des Wolgagebiets und des Ural gehören. Die Republiken und Gebiete dieser Region würden eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und Eigenständigkeit zu ihrem gegenseitigen Vorteil anstreben – ob sie nun dabei prosperieren oder verarmen werden. Die Periode Lenin bis Gorbatschow wird vor Ort nicht anders als ein gezielter «Genozid der Provinz» durch das Zentrum bezeichnet.

Die Regierung der Russischen Föderation hatte alles in ihren Kräften Stehende getan, um die Durchführung eines Referendums über die Souveränität in Tatarstan im März 1992 zu verhindern. Das russische Verfassungsgericht hatte in diesen Tagen über die Rechtmäßigkeit des Referendums zu entscheiden und kam zu dem Schluß, es sei verfassungswidrig. Jedes Treffen offizieller Delegationen Rußlands und Tatarstans ist für die Moskauer Presse ein willkommen-er Anlaß, neue Angriffe auf die Politiker in Kasan zu starten. Russische Journalisten ließen kein gutes Haar an dem von tatarischer Seite initiierten bilateralen Vertrag zwischen Rußland und Tatarstan (verschiedene Varianten wurden in gemeinsamen Verhandlungen im Verlaufe des Jahres 1992 gründlich diskutiert). Genausowenig hielten sie von der Verfassung Tatarstans.

Für die Politiker Tatarstans gestaltete sich das Jahr 1992 zu einer Art Überlebenstraining. In Moskau beantragten sie 1,2 Milliarden Rubel Kredite, um den Bau des Autowerks in Jelabuga 1992 fortzusetzen. Nachdem Tatarstan die Entscheidung getroffen hatte, das *JelAS*-Autowerk in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, erklärte es, daß 49 Prozent der Aktien an Rußland und andere GUS-Staaten gehen sollten. Die russische Regierung gab nur nichtssagende Versprechungen. Daraufhin schuf das Ministerkabinett Tatarstans ein internationales Konsortium für *JelAS* und lud dazu Bank- und Wirtschaftsfachleute aus der GUS und dem Ausland ein. Als erstes meldeten sich die amerikanische Firma *Pain Webber* und die deutsche *Arthur D. Little*. Ihnen folgten dann Fachleute aus Usbekistan, Kyrgystan, aus der Ukraine und Weißrußland. Auch der bekannte Autoriese WAS schickte eine Delegation, und es kam zu einer Vereinbarung über den Bau einer Montagestraße für das Basismodell Schiguli-Lada WAS-1121 noch für 1992 in Jelabuga. 1992 setzte die

russische Regierung die Betriebe des militärischindustriellen Komplexes Tatarstans auf Sparflamme und nahm die bereits fertigen Produkte nicht ab. Auf den Weltmarkt läßt Moskau diese Betriebe nicht gehen, andererseits bewilligt es aber auch nicht die versprochenen 12 Milliarden Rubel für die Konversion. Und das sind beileibe nicht die einzigen Widersprüche.

Ende 1992 wurde klar, daß die oben erwähnten 5 Millionen Tonnen tatarisches Erdöl, die Moskau zum Export freigegeben hatte, Tatarstan nur wenig bringen würden. Das russische Zollamt belegt nicht nur die Ausfuhr dieses Erdöls mit hohen Zöllen, sondern auch den Import von Waren, die mit den Export-Dollars gekauft werden. Alles in allem würde die tatarische Regierung rund 50 Prozent des Devisenerlöses verlieren.

Für 1992 wurde vereinbart, die eine Hälfte des in Tatarstan geförderten Erdöls an Rußland zu liefern und die andere im Lande zu belassen. Für 1993 bestand dann die Führung Tatarstans darauf, über das in diesem Jahr geförderte Öl selbst zu verfügen. Dieser Beschluß entbehrt nicht der Logik. 1992 hatte die Republik vertragsgemäß ihr ganzes Öl an Rußland geliefert und als Gegenleistung aber nur die Hälfte der ihr versprochenen technischen Ausrüstung für die Ölförderung erhalten. Strafsanktionen gab es deswegen natürlich nicht; in den Verträgen waren sie noch nicht einmal vorgesehen.

Inzwischen hat die Regierung Tatarstans Rußland vorgeschlagen, künftig Erdöl, Elektroenergie und anderes in Tatarstan zu kaufen, doch dazu sollten entsprechende Verträge mit Regelungen über Zahlungsform, Termine, Strafsanktionen etc. geschlossen werden.

Der Ministerpräsident Tatarstans, M. Sabirow, gab im August 1992 vor Journalisten eine sensationelle Erklärung ab. Darin heißt es, in Tatarstan seien Kohlevorkommen exploriert worden, die qualitätsmäßig denen vom Donbass und Kusnezckbecken in nichts nachstünden. Hinzu kommen die an den Ufern der Wolga, der Kama und der Wjatka neu entdeckten Kupfererzvorkommen, deren Abbau lohnen würde. Neue Erdölfelder wurden auch im Raum Buinsk entdeckt.

Aber auch ohne diese neuen Rohstoffreserven ist Tatarstan dem Bruttosozialprodukt nach Armenien, Lettland, Litauen, der Moldaurepublik, Tadschikistan, Turkmenistan und Estland überlegen.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Tatarstan hat auf humanitäre Hilfe des Westens verzichten können, und zwar obwohl bislang 75 Prozent der in der Republik entrichteten Steuern ihr weggenommen werden. Ähnlich verhält es sich auch mit den Naturreichtümern. Auch das gigantische Autowerk *KamAS* mit seinen 150000 Beschäftigten in Nabereschnyje Tschelny macht hier keine Ausnahme. Trotz der Milliardenerträge aus dem Verkauf von Großraumkippern *KamAS* in aller Welt bot dieser Mammutbetrieb schon immer ein trostloses Bild von Armut und Verwüstung.

In Tatarstan gibt es derzeit an die 90 verschiedene Forschungseinrichtungen. Dennoch gelang es erst 1992 einem hiesigen Enthusiasten, dem Wissenschaftler und Radiologen R. Seifutdinow, nach eigenen Messungen eine Karte zusammenzustellen, in der er über 2 000 Stellen mit Strahlungsanomalien in Straßen und Häusern der Stadt Mendelejew, dem ältesten Zentrum der chemischen Industrie Tatarstans, ausweist. Bereits in den zwanziger Jahren hatte die junge Sowjetmacht den Versuch unternommen, hier insgeheim die Produktion von Radium aufzunehmen. Vermutlich gab es Fehlschläge, das Unternehmen wurde jedenfalls aufgegeben. Auf den todbringenden Ruinen dieses Betriebes ließ man eine Ziegelei errichten, und so gelangte die radioaktive Verseuchung von hier aus in die ganze Umgebung.

Die heutige Führung Tatarstans ist weit weniger als ihre Kollegen in der russischen Regierung dazu geneigt, soziale Experimente zu riskieren, die auf eine Ausplünderung der breiten Volksmassen hinauslaufen. Die Kasaner Behörden machen, wie sich zeigt, eine eher großzügigere und humanere Politik. In Tatarstan wurden beispielsweise Aktien für Staatseigentum nach russischem Muster ausgegeben, also Voucher mit einem Nennwert von 10 000 Rubeln. Doch die Bürger Tatarstans (das heißt diejenigen, die auf tatarischem Territorium wohnhaft und dort angemeldet sind) bekamen im Unterschied zu denen Rußlands darüber hinaus auch namentliche Privatisierungsbeträge. Diese werden in zwei Tranchen ausgezahlt, zuerst 40000 bis 60000 Rubel und etwas später dann noch einmal die gleiche Summe.

Ohne Privateigentum an Grund und Boden wird aus der Privatisierung nichts werden. Allem Anschein nach wird Tatarstan mit

dieser Frage schneller fertig als Rußland. Es wäre naiv zu glauben, ein Sechstel der Erde könne beim Übergang zur Marktwirtschaft vom Zentrum aus gelenkt werden. Es ist nicht Tatarstan, sondern es sind die Prinzipien der Demokratie, die gegen das Großreich Rußland «Krieg führen». Die Ureinwohner (ganz gleich ob Russen oder Tataren) werden sich das, was ihnen auf ihrem Territorium gehört, so oder anders erkämpfen. Es soll ja schließlich nicht nur die Menschenrechte und die des Staates geben, sondern auch die Rechte der Völker, die Rechte multinationaler Territorien. Ein Staat, der stark und reich ist, seine Bürger aber entrechtet, hat keine Moral. Allerdings interpretieren das die tatarischen Nationalisten auf ihre Art und Weise.

Tatarische Kinder studieren nun in moslemischen Schulen und Bethäusern den Koran. In den Straßen Kasans sprechen die Arbeiter einander auf Tatarisch an; sie zitieren gern die Namen großer «Russen», in deren Adern tatarisches Blut floß. Zu ihnen gehören unter anderem Zar Boris Godunow und die Verkörperung der «russischen Seele», Fjodor Dostojewski.

Die Dichterin Faussija Bairamowa, die politische Führerin der unabhängigen moslemischen Partei «Ittifak», schrieb 1992: «Der echte Tatar ist ein Moslem, der unerschütterlich an die Wiedergeburt des Kasaner Khanats glaubt und im Kampf für dieses heilige Ziel die Ehre der Nachfahren der Krieger Dschingis-Khans niemals beschmutzen wird.» Und hier noch eine Probe, welche Sprache heute in Tatarstan gesprochen wird. Flora Seinullina, ebenfalls eine Wortführerin der Partei «Ittifak»: «Ich würde liebend gern behaupten, daß Rußland der tatarischen Zivilisation mehr gegeben hat als Prostitution und Trunksucht, aber es wäre gelogen.»

Ende 1992 fand in Kasan ein Kongreß der Moslems Tatarstans statt, auf dem sich herausstellte, daß durch die geistliche Organisation der Moslems im europäischen Teil der GUS und in Sibirien ein Riß geht. Auf dem Kongreß wurde auch leidenschaftlich der jüngste Skandal um die Person des Mufti Tatschutdinow diskutiert. Man bildete schließlich einen unabhängigen Rat moslemischer Wissenschaftler (einen Ulemen-Rat). Seither delegieren die regionalen moslemischen Würdenträger einen kleinen Teil ihrer Vollmachten an das höchste Koordinierungszentrum. Diesen

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Regelungen schlossen sich nicht nur die moslemische Geistlichkeit Tatarstans und Basch-kortostans an, sondern auch Geistliche aus Jekaterinburg, Tschel-jabinsk, Kurgan, Tjumen, Saratow, Belgorod, Pensa, Perm, dem Gebiet Kirow sowie aus Udmurtien, den baltischen Staaten und Weißrußland, der Krim, die Moskauer religiöse Gemeinde «Bait-Allah» und die religiöse Gesellschaft «Kaljametdin» aus Burguslan, Gebiet Orenburg. Zum Vorsitzenden des höchsten Koordinierungszentrums wurde der Mufti Tatarstans, Gabdulchan Galiullin, gewählt.

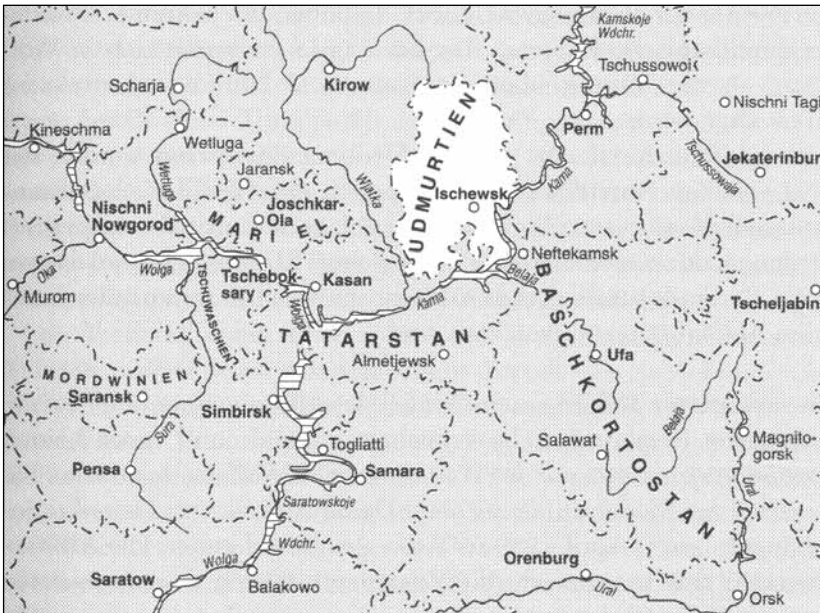
Udmurtien

Chemische Waffen

In der in Ischewsk gegründeten Waffenfabrik wurden 1807 die ersten Gewehre hergestellt. Schon während des Krieges gegen Napoleon hatte die Ischewsker Waffenschmiede einen guten Ruf in der russischen Armee.

Seit den 50er Jahren produziert man hier die weltbekannte «Kalaschnikow», verschiedene Raketentypen, Fernmeldeanlagen und Atomwaffenausrüstungen. 85 Prozent der gesamten Industrieproduktion Udmurtiens entfielen 1991 auf den militärisch-industriellen Komplex der UdSSR, nämlich das Ministerium für Verteidigungsindustrie, das Ministerium für allgemeinen Maschinenbau, das Ministerium für Atomenergie und das Ministerium für radioelektronische Industrie. Aber auch solche allmächtigen Patrone trugen wenig zur sozialen Entwicklung der Republik bei. Ein Drittel der Republikbevölkerung hatte 1990, also noch vor den Reformen und Umwälzungen, ein Einkommen, das unter dem Existenzminimum lag.

Die genannten Unionsministerien machten aus der Republik ein riesiges Pulverfaß. Durch das Territorium verlaufen 18 Erdöl- und Erdgasleitungen mit 1400 Millimeter Durchmesser und einem Druck von 70 atü. Allein bei Ischewsk gibt es etwa zwei Dutzend Lagerstätten mit gefährlichen Chemikalien. Das Städtchen Kambarka am Kama-Ufer ist eines der größten Chemiewaffenarsenale der Welt. Hier lagert fast der gesamte Weltvorrat an Luisit: 7000 Tonnen. Damit könnte



Karte 5

man die ganze Erdbevölkerung 50 000mal vergiften. Die damaligen Präsidenten der UdSSR und der USA, Gorbatschow und Bush, haben ein Abkommen über die Vernichtung der chemischen Waffen unterschrieben. Die Realisierung dieses Vorhabens geht nur sehr langsam voran. Daher wird Rußland erst nach der Fertigstellung der nötigen Anlagen im Jahre 1998 mit der sehr kostspieligen Vernichtung beginnen können. Vorausgesetzt, es gelingt, eine Deponie für den chemischen Müll zu finden, den ja schließlich keiner haben will. Bei der Verarbeitung einer Tonne Luisit fallen 6 bis 7 Tonnen arsenhaltige Abfälle an. Der eventuelle Gewinn aus dem Verkauf des Arsens aus den udmurtischen Chemiewaffenvorräten wird von Fachleuten auf 7 bis 8 Milliarden Dollar geschätzt.

Bis 1991 war Udmurtien für Fremde gesperrt. Seit 1992 ist Udmurtien für die Amerikaner der nach Moskau zweitwichtigste Ort auf dem

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Territorium der ehemaligen UdSSR. Seit über drei Jahren kontrollieren amerikanische Experten Tag für Tag in einem Betrieb in Wotkinsk, ob der Vertrag über die Kurz- und Mittelstreckenraketen eingehalten wird.

In der Stadt Kambarka und der Siedlung Pibanschur werden seit 1992 von den Amerikanern Inspektionen durchgeführt. Aus Kambarka soll das dort seit über 40 Jahren gelagerte Luisit abtransportiert werden. Und in der Siedlung Pibanschur (Rayon Balesino) lagern große Bestände strategischer Waffen, die nach jüngsten internationalen Abkommen zu vernichten sind.

Ein verzögerter Tod. In einem Artikel der *Moscow News* heißt es, die sowjetische Regierung habe versichert, niemals und unter keinen Umständen irgendwo auf der Welt chemische Waffen einzusetzen. Sie hat es bei der Niederschlagung einer Demonstration von Demokratianhängern am 9. April 1989 in Tiflis gleichwohl getan. Die Militärs weigerten sich kategorisch, die Zusammensetzung des eingesetzten Kampfstoffes und das entsprechende Gegenmittel zu benennen. Sie hatten vor, diese auch später, z. B. bei den bekannten Ereignissen am «Weißen Haus» (Moskau) im August 1991, einzusetzen.

In dem Artikel wird ferner auf eine Äußerung von Akademiemitglied General A. Kunzewitsch hingewiesen, der nach einer turnusmäßigen Zusammenkunft in Genf vor aller Welt erklärt haben soll, die UdSSR habe 1987 die Produktion von chemischen Kampfstoffen völlig eingestellt (*Iswestija* vom 27. August 1992). Dabei sind der stellvertretende Chef der Spezialeinheiten für Chemiewaffeneinsätze der UdSSR, General A. Kunzewitsch, und der Direktor des Unions-Forschungsinstituts für organische Chemie und Technologie, W. Petru-nin, erst im Frühjahr 1991 höchstpersönlich von Präsident Gorbatschow für die Entwicklung der Erstserie einer eigenen binären chemischen Waffe ausgezeichnet worden. Die neue chemische Waffe übertrifft in ihrer Wirkung die bekannten VX-Kampfstoffe um ein Vielfaches. Die von ihr angerichteten Schäden sind demnach irreparabel. Gorbatschow hatte inzwischen die Vereinbarung über die Vernichtung chemischer Waffen mit George Bush unterzeichnet und bekam in dieser Zeit gerade den Friedensnobelpreis verliehen.

Am 29. Januar 1992 erklärte Präsident Jelzin, Rußland stehe zu der 1990 unterzeichneten Vereinbarung mit den USA über die Nichtproduktion und die Vernichtung von chemischen Waffen. Unterdessen leitete der Chef der Truppen für den C-Waffeneinsatz, General S. Petrow, hinter dem Rücken des Präsidenten die Felderprobung einer neuen chemischen Waffe. Dies geschah im Frühjahr 1992 auf einem Testgelände für C-Waffen, dem Ust-Jurt-Plateau vor Nukus, das heute zu einem anderen Staat gehört. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Präsident Usbekistans davon nichts gewußt hat.

Die Verhandlungen über chemische Waffen in Genf dauerten 20 Jahre und endeten erst nach dem Zerfall der Sowjetunion: Im Herbst 1992 wurde der Entwurf einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Anwendung chemischer Waffen und deren Vernichtung der 47. Konferenz der UNO-Vollversammlung zur Unterzeichnung zugeleitet. Danach hat nun Rußland 40 000 Tonnen dieser todbringenden Waffen zu vernichten. Die USA gaben zu diesem Zweck die ersten 25 der insgesamt 400 Millionen Dollar frei, mit denen die amerikanische Regierung Rußland bei der Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen zu unterstützen bereit ist. In der Siedlung Gorny, im Gebiet Saratow, gibt es ein Depot, in dem schon seit dem Ersten Weltkrieg chemische Waffen gelagert werden. In einem früheren Rüstungsbetrieb sollen nun 3,5 Millionen chemische Granaten vernichtet werden. Bei solchen Zahlen verschlägt es einem den Atem. Im übrigen kann man nicht sicher sein, ob die tüchtigen russischen Wissenschaftler mit den amerikanischen Unterstützungsgeldern nicht längst C-Waffen einer neuen, womöglich noch tödlicheren Generation entwickeln.

An dieser Stelle seien die Namen zweier Männer genannt, die sich in diesem Bereich sehr gut auskennen und denen man Glauben schenken kann. Wil Mirsajanow und Lew Fjodorow, beide promovierte Chemiker, sind gewissermaßen in die Geschichte eingegangen. Diese Wissenschaftler bezichtigten in den *Moscow News* vom 20. September 1992 die russische Generalität einer vorsätzlichen und systematischen Verheimlichung der Wahrheit über die chemischen Waffen in Rußland. Wie die UdSSR, so dächte auch ihre Nachfolgerin, die

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Russische Föderation, nicht daran, die Entwicklung und Produktion neuer chemischer Waffen einzustellen. Diese Behauptung der Wissenschaftler war derart überzeugend, daß die der Lüge bezichtigte Generalität nichts anderes zu tun wußte, als die beiden Chemiker von der Staatssicherheit festnehmen zu lassen, gegen sie ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und sie vor Gericht zu stellen.

Mirsajanow und Fjodorow – einer von ihnen war zur Zeit des Erscheinens des besagten Artikels in den *Moscow News* Mitarbeiter des genannten Unions-Forschungsinstituts für organische Chemie und Technologie – berichteten, daß selbst in diesem praktisch im Zentrum Moskaus gelegenen Forschungsinstitut Filter an den Entlüftungsanlagen fehlen, so daß Dämpfe chemischer Kampfstoffe direkt in die Atmosphäre emittiert werden. Das Grundwasser und das riesige Gelände des Forschungsinstituts sind nun verseucht, und man ist deshalb gezwungen, gleichsam unter Gefechtsbedingungen mit Gasmasken zu arbeiten. Bislang ist es den Mitarbeitern des Forschungsinstituts nicht gelungen, die entweichenden Phosphorkampfstoffe Sarin und Saman bzw. VX oder die neuen binären Kampfstoffe zu neutralisieren. Spezialisten meinen, eine völlige Entgiftung des Geländes sei unmöglich.

Wenn also selbst in Moskau auf Regierungsebene (Kunzewitsch ist zur Zeit einer der Berater Jelzins) seitens der Generäle und Akademiemitglieder der Chemiebranche des militärisch-industriellen Komplexes derart verfahren wird, so lassen sich die Verhältnisse in einer so abgelegenen Kleinstadt wie Kambarka in Udmurtien gut ausmalen. Kambarka zählt 13 000 Einwohner, 5000 Häuser und drei Betriebe; es gibt keine Kanalisation, weder Wasser- noch Gasleitungen. Dafür sind nun die Amerikaner vor Ort, und es gibt hier eine Öffentlichkeit. Mirsajanow und Fjodorow sind überzeugt, daß die Generäle des militärisch-industriellen Komplexes ihre Ziele weiter verfolgen und den Amerikanern wieder einmal – wohlgemerkt mit deren eigenen 25 Millionen Dollar – den Rang ablaufen, indem sie die Produktion irgendeiner neuen, noch tödlicheren Version von C-Waffen beginnen. Daß Rußland im Bereich der chemischen Waffen heute wie vor zehn Jahren souverän in Führung liegt, bedarf keines Nachweises.

Man kann behaupten, daß die ganze chemische Industrie Rußlands fast ausschließlich im Auftrag der Hersteller von chemischen

Kampfstoffen gearbeitet hat. Hermetisch abgeschottete Abteilungen für C-Waffen gab es auch an den Moskauer Instituten für Phytopathologie und am Institut für chemischen Pflanzenschutz, am Herbizid-Institut in Ufa, am Moskauer Institut für angewandte Molekularbiologie, am Toxikologischen Institut der dritten Hauptverwaltung des Gesundheitsministeriums der UdSSR. Seinerzeit wurden russische Wissenschaftler in Vietnam eingesetzt, um dort den Opfern der amerikanischen Chemiekampfstoffe zu helfen; aber unsere Brüder und Mitbürger aus den mittelasiatischen Republiken leiden heute noch an den Folgen des Einsatzes von Defolianten, die über den Baumwollfeldern vor der Ernte zerstäubt wurden. Nach einer solchen Ausbringung von Herbiziden blieb an den Baumwollsträuchern kein Blättchen mehr. Die Sowjetmenschen hörten nie auch nur ein Sterbenswörtchen über diese schleichende Form des Genozids. Wenn es in Rußland einmal rechtsstaatliche Verhältnisse gibt, werden die heutigen Leiter und pensionierten Generäle des chemischen militärisch-industriellen Komplexes der Strafverfolgung nicht entgehen können. Der Staat wäre gezwungen, Entschädigungen an Millionen gesundheitlich ruinierten Menschen und deren Nachkommen zu zahlen.

Es ist unmöglich, die gesamte Bevölkerung über längere Zeit zu täuschen. Es gelingt den Machthabern einstweilen, sich selbst zu täuschen. So liefert beispielsweise der Betrieb *Motorradwerk* Ischewsk seit Jahrzehnten qualitätsmäßig so miserable Motorräder, daß die im Zweiten Weltkrieg erbeuteten deutschen Kräder geradezu als die erstrebenswerte bessere Alternative anmuten. Wie sich jetzt herausstellt, hatte das *Motorradwerk* in der Hauptsache elektronische Ausrüstungen für Weltraumprogramme zu produzieren. Der kalte Krieg ist zu Ende, und die Industrie muß völlig auf die Produktion ziviler Erzeugnisse umgestellt werden. Zahlreiche Zweigwerke zur Herstellung der Bauteile für die Motorräder sollen auf dem Territorium Udmurtiens entstehen, um nicht in Abhängigkeit von anderen Zulieferern zu geraten. Auch für eine bessere Qualität muß gesorgt werden, wenn ein Absatz von 350 000 Motorrädern im Jahr erzielt werden soll.

Die Produkte der Rüstungsbetriebe in Ischewsk – wie übrigens im ganzen Land – wurden von der Armee deutlich unter Preis abgenom-

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

men. Die Exportlieferungen brachten den Betrieben keinen Pfennig Devisenertrag. Dabei hat allein die Produktionsvereinigung *Mechanischer Betrieb Ischewsk* in den letzten zehn Jahren dem Staat 600 Millionen Dollar eingetragen. Die in Udmurtien produzierten Fla-Systeme gelten als die weltweit besten.

Mit Hinweis auf die Konversion schränkte Moskau 1992 die Belieferung und Finanzierung des udmurtischen militärisch-industriellen Komplexes ein. Für das genannte Fla-System werden auf dem Weltmarkt 12 Millionen Dollar geboten, während das Verteidigungsministerium 1990 großzügig 4 Millionen Rubel dafür veranschlagte.

Um beispielsweise die Maschinenpistole Kalaschnikow oder die modernere MPi Nikonow (die weitbeste übrigens) zu exportieren, müssen in Moskau fünfzig Unterschriften eingeholt werden, was allerdings noch keine Gewähr dafür bietet, daß ein Geschäft auch zustande kommt. Natürlich ist es unmoralisch, mit Waffen zu handeln, und dennoch... Gerade Udmurtien sollte als erstes das «lebendige Geld» aus dem Waffenexport entzogen werden. Das Territorium dieser Republik wurde mit Zustimmung des Präsidenten der Russischen Föderation für ein Experiment mit der ökonomischen Konversion ausgewählt.

Hätte Moskau den Verkauf aller 1992 auf dem Territorium Udmurtiens in Waffendepots gelagerten Rüstungsgüter gegen Dollars ins Ausland gestattet, hätte schon die Hälfte des Erlöses ausgereicht, den Lebensstandard der Bevölkerung dieser kleinen Republik entscheidend zu verbessern. Am 31. März 1992 unterzeichnete Präsident Jelzin einen Erlaß «Über Maßnahmen zur Sicherstellung der Konversion in der Udmurtischen Republik», der ihr bis zu 79 Prozent des Devisenerlöses aus dem Waffenverkauf zugestand. Mit diesem Geld sollten moderne Technologien für die Konsumgüterproduktion importiert werden. Dieser Präsidenten-Erlaß war nichts als ein frommer Wunsch. Wer in Moskau würde sich schon damit abfinden, Geld an Udmurtien abzutreten? Allenfalls Sport- und Jagdgewehre, Schnittholz und 7 Prozent des in Udmurtien geförderten Rohöls darf die Republik exportieren. Und dabei hat doch auch Udmurtien am Bau der SS-20-Raketen mitgewirkt.

Heute würde man am liebsten wieder wie früher Flachs für den Export anbauen. Aber auch dies scheint nur ein frommer Wunsch zu sein, denn man hat es inzwischen einfach verlernt, ihn zu kultivieren. In den letzten 40 Jahren lag die Flachsernte in Udmurtien lediglich viermal über 3 Dezitonnen pro Hektar, während sie in anderen Ländern drei- bis zehnmal so hoch ist.

Angesichts der lawinenartig wachsenden Arbeitslosigkeit und den zu erwartenden Betriebsstillegungen im militärisch-industriellen Komplex forderten die Behörden Udmurtiens im August 1992 die Regierung Rußlands auf, das in die Konversion investierte Privat- und Auslandskapital der Republik von der Besteuerung auszunehmen. Die Antwort blieb einstweilen aus.

Dennoch hat Udmurtien bereits eigene Errungenschaften und Perspektiven bei der Entwicklung des Erdölmaschinenbaus und medizinischer Ausrüstungen. Was Udmurtien in den Wandelgängen der Moskauer Behörden nicht einfordern kann, das wird dem Land von einer Assoziation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Gebiete und Republiken des Ural eingeräumt. Diese besteht seit über einem Jahr und ist aktiv am Werk.

Am 16. Juni 1992 unterzeichneten in Ischewsk der Vorsitzende des Obersten Sowjets Udmurtiens, W. Tubyłow, und der Präsident Tatarstans, M. Schaimijew, eine wirtschaftliche Vereinbarung. Sie beschlossen, bevollmächtigte Vertretungen in Ischewsk und Kasan einzurichten. In Udmurtien gibt es – nebenbei bemerkt – 110 000 Tataren.

In Wotkinsk, der Heimatstadt des großen russischen Komponisten Peter Tschaikowski, und überall in Udmurtien beherrschten die Einheimischen vor der Oktoberrevolution noch ihre Muttersprache. Erst 1992 hat man das Udmurtische wieder in den Schulen eingeführt. Dieses ehemalige Waldvolk kennt in seiner Sprache über 20 Namen für konkrete Waldarten. Von den 750 000 Udmurten leben die meisten in ihrer Republik und den angrenzenden Gebieten. Jeder zweite Udmurte ist seiner Muttersprache nicht mächtig.

Die Mari sind als Tänzer, die Tataren als Gerber und die Baschkiren als Holzschnitzer bekannt. Die Udmurten sind für ihren Gesang und ihre Weberei bekannt. Um die Jahrhundertwende wurden

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

die Udmurten formell christianisiert, aber im Grunde ihres Herzens blieben sie ihren heidnischen Glaubenstraditionen treu.

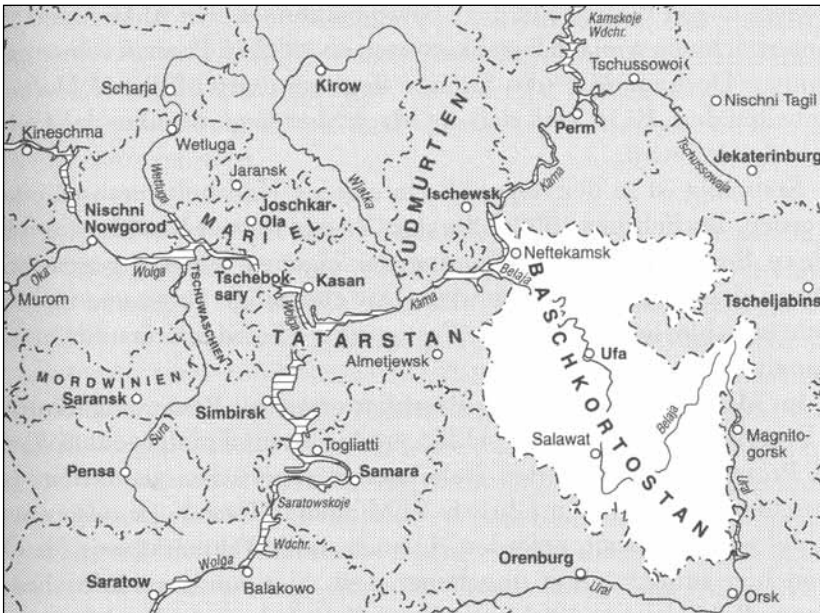
In Udmurtien leben auf 42 000 Quadratkilometern über 1,6 Millionen Menschen. Die Hälfte des Landes dieser Republik im Vorural zwischen den Flüssen Kama und Wjatka ist landwirtschaftliche Nutzfläche. Ungefähr 45 Prozent des Territoriums sind bewaldet. In den 6 Städten und 16 Siedlungen werden außer Waffen und Munition noch Pkw, Lokomotiven und Motorräder gefertigt, Werkzeug- und Papierfertigungsmaschinen gebaut sowie Stahl und Walzgut produziert.

Baschkortostan

Unfälle und Katastrophen

Die Baschkiren haben nach der Oktoberrevolution als erste für sich den Status einer autonomen Republik durchgesetzt. Damit haben sie allen anderen Republiken, auch den Unionsrepubliken, den Weg zur Föderation gebahnt. Im nachkommunistischen Rußland des Jahres 1992 regt sich bis in den letzten Winkel der Provinz hinein bei allen autonomen Republiken, Regionen, nationalen Kreisen und Gebieten immer gebieterischer der Wunsch, innerhalb der Russischen Föderation Souveränität zu erlangen. Niemand will länger Geisel der politischen Großmachtambitionen des Kreml sein.

Die Bevölkerung Baschkortostans (bis 1991 hieß es Baschkirien und war ursprünglich eine «Autonome Republik», dann eine «Sowjetische Sozialistische Unionsrepublik» gewesen) zählt knapp über vier Millionen. Eine Million lebt in der Hauptstadt Ufa. Lediglich 22 Prozent der Bevölkerung der Republik sind Baschkiren, in Ufa sind es sogar weniger als 12 Prozent. Der Anteil der Russen beträgt 40 Prozent, der Tataren 28 Prozent und der Tschuwaschen 3 Prozent. Nur für 16 Prozent der Einwohner ist das Baschkirische die Muttersprache. Die baschkirische Hochsprache beherrschen aber eigentlich fast nur jene, die sie im Beruf brauchen: Philologen, Journalisten, Schauspieler und Lehrer. Einige Linguisten halten die



Karte 6

Sprache der in der Republik lebenden Tataren und Westbaschkiren für einen besonderen Dialekt des Baschkirischen. In der Republik werden offiziell vier Sprachen benutzt. Dies betrifft z. B. den Schulunterricht, Zeitungen, Bücher, das Fernsehen, den Rundfunk, Theater und Folkloreensembles.

Baschkortostan hat ein Parlament (den Obersten Sowjet), einen Präsidenten und eine Regierung; über 70 Bewegungen und gesellschaftspolitische Organisationen sind eingetragen. Im öffentlichen Leben spielen folgende drei eine Schlüsselrolle: der Baschkirische Nationalkongreß, das Tatarische gesellschaftliche Zentrum und die Slawisch-Russische Gemeinde.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt blieb in der Republik alles friedlich, weil es die politische Führung geschafft hat, in allen Bereichen vom Kreaml bedeutende Zugeständnisse zu erlangen. Der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Republik, Murtasa Rachimow, hat bei persön-

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

lichen Begegnungen Boris Jelzin dazu bewegen können, ein Abkommen zu unterzeichnen, wonach Baschkortostan ab 1992 75 Prozent seiner gesamten Devisenerlöse (die Summe liegt bei einer Milliarde Dollar) behalten darf. Es ist klar, daß die Macht dort liegt, wo über das Geld entschieden wird.

Erstmalig ist in der Republik ein eigener Haushalt verabschiedet worden. Im Februar 1992 faßte der Oberste Sowjet Baschkortostans einen Beschluß, der den Vorrang der eigenen Gesetze gegenüber denen der Föderation fest schrieb. Das ehemalige autonome Gebiet geht entschlossen den Weg zur Festigung der Souveränität und Unabhängigkeit.

Im März 1992 hat Moskau Baschkortostan das Recht eingeräumt, 9 Prozent aller in der Republik produzierten Erdölprodukte und 16 Prozent der geförderten Rohölmenge exportieren zu dürfen. In Baschkortostan werden jährlich 32 Millionen Tonnen Öl, also etwa soviel wie in Kuwait, gefördert. Inlands- und Weltmarktpreis für Öl sind hier immer schon ungeheuer weit auseinandergeklafft: Eine Tonne Rohöl kostete 1991 in Rußland 25 Rubel, im Ausland dagegen 140–180 Dollar (der inoffizielle Dollarkurs betrug damals in der UdSSR etwa 100 Rubel).

Baschkortostan, eine der großen Republiken innerhalb der Russischen Föderation, ist seiner relativen Stabilität wegen für Unternehmer ziemlich attraktiv. Als einzige Republik der Russischen Föderation konnte sie 1991 das Produktionsvolumen auf dem Niveau von 1990 halten – und dies trotz des allgemeinen Zusammenbruchs der Wirtschaftsbeziehungen. Die Ufaer Erdölraffinerien liefern 80 Prozent des Benzins in Rußland. Die baschkirische Petrochemie ist nach wie vor die größte in der Russischen Föderation. Die Reformen in der Republik werden wahrscheinlich nach ungarischem Vorbild verlaufen, denn der «Vater der ungarischen Marktwirtschaft», Demian Sandor, ist offizieller Berater der baschkirischen Regierung. Die Baschkirische Börse in Ufa arbeitet mit hochmodernen Kommunikationsmitteln, es gibt eine Börsenbank, ein Netz von Handelshäusern, eine Transport- und Fracht- sowie eine Versicherungsgesellschaft.

Ufaer Flugzeug- und Automotoren werden in 35 Länder verkauft; die einheimische Industrie wurde 1992 von Banken und Firmen Öster-

reichs, der USA, Italiens und Spaniens kreditiert. Der Flugzeughersteller *Kumertau* ist für seinen Hubschrauber Ka-32, von dem es eine militärische und eine zivile Version gibt, und für seine Technik für Truppenlandungen bekannt. Diese Hubschrauber werden in 12 Länder exportiert.

Die Republik strebt auf den Weltmarkt. Das ist für sie lebenswichtig. Der Anfang wurde im Sommer 1992 mit der Eröffnung einer Handelsvertretung in Österreich gemacht. Die Vertretung braucht die Republik zur Realisierung dreier großer Projekte für eine Gesamtsumme von rund 100 Millionen Dollar. Im ersten Vertrag wird der Republik ein dreiprozentiger Kredit eingeräumt, der zweite sieht Warenlieferungen und der dritte die Modernisierung einiger Objekte auf dem Territorium der Republik vor, darunter des Kombinars *Chimwolokno* [Chemiefaser] und des Ufaer Flughafens. Die internationale Finanzgesellschaft DCE hat die Bankgarantien übernommen, spielte also die Rolle der pleitegegangenen *Vneshekonombank* [Außenhandelsbank] und brachte 10 Prozent der Kreditsumme auf. Als politische Garantie empfahl sie der baschkirischen Seite, einen Sonderbeschluß des Obersten Sowjets Baschkortostans herbeizuführen. Das ist auch geschehen. Der Beschluß hat eine solide juristische Basis, er beruht auf dem Erlaß Nr. 197 des russischen Präsidenten vom 27. Februar 1992 und einer entsprechenden Verordnung des russischen Ministerkabinetts, in dem Baschkortostan das Recht zugestanden wird, einen Teil des in der Republik geförderten Erdöls und ihre Erdölprodukte auf eigene Rechnung zu vermarkten. Dieses Recht wird aus der von Jelzin und Chasbulatow unterschriebenen Anlage zum Föderationsvertrag abgeleitet, wonach Baschkortostan eigene außenwirtschaftliche Beziehungen aufnehmen kann, ausgenommen jene, die es vertraglich der Russischen Föderation übertragen hat. Darüber hinaus hat der Oberste Sowjet der Republik am 10. August 1991 das Gesetz «Über die ausländischen Investitionen» angenommen, das von seriösen westlichen Juristen geprüft und positiv bewertet worden ist.

Auf die Frage eines Reporters nach dem Personal und den Räumlichkeiten für eine Handelsvertretung antwortete der Vorsitzende des Staatskomitees der Republik Baschkortostan für

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Außenwirtschaftsbeziehungen, Rafil Garifullin, in der *Nesawissimaja gaseta* [Die unabhängige Zeitung] vom 21. 4. 1992, ein oder zwei Mitarbeiter seien für die Bedürfnisse der Republik vol-lauf genügend. «Vielleicht können wir eine Übereinkunft mit der rus-sischen Botschaft treffen», sagte Garifullin. «Sollte das nicht möglich sein, wäre es sicherlich kein Problem für uns, mit einem Büro bei einer der Firmen unterzukommen, die mit uns zusammenarbeiten.»

Nach einigen Verhandlungen schloß Österreich mit dem ehemaligen autonomen Gebiet ein Wirtschaftsabkommen, das nach dem Muster des Vertrags zwischen Ungarn und Baschkortostan gestaltet wurde. Ungarn hat übrigens schon seine Handelsvertretung in Ufa eröffnet. Auch die ehemalige Tschechoslowakei, Bulgarien, einige Bundesstaaten der USA, kanadische Provinzen und deutsche Bundesländer äußerten den Wunsch, ähnliche Abkommen zu verein-baren.

Die Aktivitäten Baschkortostans auf dem Weltmarkt sind der Zentrale ein Dorn im Auge. Die Haltung der russischen Beamten lasse sich, sagt Garifullin, am besten mit einem mürrischen «Was habt ihr dort zu suchen!» charakterisieren. Im Januar habe er gebeten, nach Baschkortostan Mitarbeiter zu entsenden, die die Qualifikation der baschkirischen Fachleute für die Lizenzvergabe an jenen Petropro-dukten prüfen sollten, von denen im Jelzin-Erlaß die Rede war. Passiert ist nichts. Aus diesem Grund fuhr der erste Tankwagen mit Ölprodukten dann erst Ende März in Richtung Kunde los: Ein Vierteljahr ist verlorengegangen. Das russische Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen, das alle Probleme in Moskau lösen will, ist nicht imstande, sich effektiv in die Exportbemühungen einzuschalten. Weil man aber partout den riesigen Knoten der Exportprobleme ganz Rußlands durch das Nadelöhr des Ministeriums ziehen will, platzen Verträge und verliert Baschkortostan viel Zeit, Devisen und das Vertrauen seiner Geschäftspartner. Im ganzen Ministerium findet sich nicht ein einziger Mitarbeiter, der ausschließlich mit den Problemen der Republik befaßt und zuständig wäre.

«Man hat uns kein einziges Mal angerufen, um zu erfahren, wie unsere Geschäfte laufen», sagt Garifullin. «Die Tatsache, daß die rus-sischen Ministerien kein Interesse an der Zusammenarbeit mit uns zeigen, zwingt uns, das Rad noch einmal zu erfinden, Fehler zu

machen, die man eigentlich hätte vermeiden können, und alles selbst zu lernen. Die Repräsentanten Rußlands können bis heute nicht davon lassen, ökonomische Probleme durch die politische Brille zu sehen. Die Zentrale und wir sprechen verschiedene Sprachen. Und aus Unverständnis erwächst Argwohn, Gerede über Lostrennung, das Liebäugeln mit einem Austritt aus der Russischen Föderation und der Isolation. Vorerst müssen wir auch auf höchster Ebene viel zu diplomatisch hin und her lavieren, um unsere technischen Probleme in den Griff zu bekommen. Unter diesen Umständen heißt unsere Devise: <Willst du vorankommen – dann geh auf Konfrontationskurs!>

Atomexplosionen im Dienst der Volkswirtschaft. Wenn die Bürger der ehemaligen UdSSR die Wörter «Ufa» und «Baschkirien» hören, denken sie sofort an die drei Katastrophen, die sich dort in den letzten Jahren ereignet haben.

Zwischen 1960 und 1980 wurden in Baschkirien eine Reihe von unterirdischen Atomexplosionen durchgeführt, die angeblich die Erdölförderung steigern sollten. Diese Explosionen wurden unter dichtbesiedeltem Gebiet in der Nähe der Städte Meleus, Kumertau, Salawat und Ischimbaj ausgelöst. Im Umkreis von zehn Kilometern lagen Dutzende von Dörfern, deren Bevölkerung nicht einmal evakuiert worden war. Nach außen hin wurden die Tests als «Zivilschutzübungen» kaschiert. Nach den Explosionen bei Sterlitamak gelangte Radioaktivität ins Oberflächenwasser und in Trinkwasserbrunnen. Radioaktivität wurde auch bei der Erdöl- und -gasförderung frei. Ölarbeiter und Bauern sterben bis heute an der Strahlenkrankheit und ihren Folgen. Der Staat, Moskauer Behörden wie Institutionen des militärisch-industriellen Komplexes weisen jede Verantwortung für diese unmenschlichen Versuche beharrlich weit von sich. Keiner der Betroffenen hat irgendeine Rente oder Entschädigung bekommen.

Am 4. Juni 1989 kam es auf der Eisenbahnstrecke Ufa-Tscheljabinsk bei Ascha zum größten Zugunglück, zu dem es je auf der Welt gekommen ist. In einer Senke, die mit Gas aus einer defekten Gasleitung gefüllt war, begegneten sich auf Parallelgleisen bei voller Fahrt zwei Fernzüge: Nowosibirsk–Adler und Adler–Nowosibirsk.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Ein Funke unter den Zugrädern genügte, das Gas entzündete sich; in einer gewaltigen Explosion wurden die beiden Züge in die Luft geschleudert und zerrissen, 575 Fahrgäste verbrannten bei lebendigem Leibe, 623 Menschen zogen sich schwerste Verletzungen und Verbrennungen zu, an denen bald weitere 90 Personen starben. Zwei Jahre später verurteilte das Oberste Gericht der Russischen Föderation in einer auswärtigen Sitzung in Ufa sieben Leiter der mittleren Verwaltungsebene. Die wirklichen Verbrecher, die in ihren Moskauer Arbeitszimmern die «längste Bombe der Welt» geplant hatten, wurden nicht vor die Schranken des Gerichts zitiert; die Unionsleiter der Erdöl- und Gasindustrie kamen ungeschoren davon – obwohl die Pipelines schlampig, möglichst billig und schnell, ohne automatische Steuerung und Verbindungskontrollen in der Nähe von Eisenbahnlinien, Städten und Dörfern gebaut worden waren und dabei ganz eklatant Vorschriften des Staatskomitees der UdSSR für Bauwesen umgangen worden waren, das solche Bauvorhaben untersagte. Nirgendwo in der ganzen Welt werden gefährliche leichte Kohlenwasserstoffe über Tausende von Kilometern durch Pipelines gepumpt. Man muß sie vor Ort verarbeiten. Gleich nach dem Prozeß, im Sommer 1991, holte das Ministerium für Erdöl- und Erdgasbau der UdSSR, das völlig unbehelligt geblieben war, Pläne aus der Schublade und gab eine neue (!), nach den gleichen Prinzipien konstruierte, 3841 Kilometer lange Pipeline von Tjumen nach Tatarstan in Auftrag.

Die Behörden des souveränen Baschkortostans, die mit dem eigenen Volk verantwortungsbewußter umgehen, würden den Bau von derart umweltschädlichen Chemiebetrieben auf ihrem Territorium niemals zulassen. Aber bis 1991 hatten örtliche Behörden überhaupt kein Stimmrecht, alle Entscheidungen wurden in Moskau getroffen. Ufa ist von einem Gürtel großer petrochemischer Betriebe umgeben, ähnlich ist es in Salawat, Sterlitamak und Ischimabaj. Die Umweltsituation ist dort überall gleichermaßen katastrophal. Auf dem Territorium Baschkortostans werden Millionen Tonnen giftiger Abfälle gelagert, großenteils lebensgefährliche Stoffe. Die Politik der ehemaligen Unionsministerien der UdSSR in der Provinz läßt sich nicht anders beschreiben: Es ist ein ökologisches Desaster.

Im Frühjahr 1990 wurde das Trinkwasser in Ufa mit Phenol und Dioxin, einem der stärksten synthetischen Gifte, verseucht. Ein Jahr später kam es zu einem Prozeß, bei dem 1139 Bürger Ufas als Betroffene gehört wurden, bei denen das vergiftete Trinkwasser zu chronischen Krankheiten und Leiden geführt hat. Im August 1990 wurde in der UdSSR die Pressezensur aufgehoben, und einige Monate später veröffentlichten die Massenmedien noch grauenvollere Dinge. Der staatliche Chemiekonzern Chimprom, der die Vergiftung des Trinkwassers verursacht und in Kauf genommen hat, tat und tut das, wie sich herausgestellt hat, ständig. Der Konzern pfeift auf die Weisungen der örtlichen Behörden und denkt gar nicht daran, mit seinen kriminellen ökologischen Praktiken aufzuhören. Die meisten großen und mittleren Betriebe in der Republik waren unionsgeleitet, und in Moskau wollte man eben kein Geld für ökologische Umrüstungen locker machen.

In einem Ufaer Betrieb produzierte man nach vorsintflutlicher Technik Herbizide und hat Luft und Flüsse mit Dioxin verseucht. Die städtischen Behörden zwangen die dritte Hauptverwaltung des Gesundheitsministeriums der UdSSR, ein offizielles Gutachten erstellen zu lassen. Dabei stellte sich heraus, daß täglich 130 Kilogramm Dioxin in die Ufa eingeleitet werden. Zum Vergleich: Die Amerikaner haben während des ganzen Vietnam-Krieges etwa 200 Kilogramm dieses Giftes versprüht. Die zugelassenen Dioxin-Grenzwerte liegen in der ehemaligen UdSSR fünfzehnmal höher als in den USA. Dabei sind solche Werte ohnehin nur Theorie. In der Praxis ließen die Behörden die Einwohner von Ufa Wasser trinken, in dem die Dioxin-Grenzwerte um das 50000 bis 147 000fache überschritten wurden. Angst und Entsetzen brachen in Ufa aus, als das bekannt wurde. Denn Dioxin ist ein genveränderndes Gift, von dem kommende Generationen gezeichnet sein werden. 1991 erkrankten die Einwohner Ufas doppelt so oft an Krebs wie im Jahre 1960, Kinder aus Ufa leiden heute fünf- bis sechsmal häufiger an Bronchialasthma als damals und zwei- bis dreimal häufiger an Anämie. Deputierte des Stadtsovjets haben gefordert, Ufa offiziell zum ökologischen Notstandsgebiet zu erklären. 1990 haben die örtlichen Behörden in Moskau immerhin durchsetzen können, daß der Bau des Atomkraftwerkes eingestellt wurde.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Nun hat Baschkortostan, dessen Territorium mit solchen ökologischen Bomben gespickt ist, endlich Unabhängigkeit und ökonomische Souveränität erlangt. Was für die Ökologie gilt, gilt auch für die Technologie. In Rußland ereignen sich jährlich bis zu 700 größere Brüche an Erdöl- und Gasleitungen. Eine der Ursachen ist der unzureichende Sicherheitsstandard, der von den Projektleitern festgesetzt und eingeplant wird. Auf Schiffen beispielsweise sind Rohrleitungen doppelt so stabil, deshalb kommt es dort seltener zu Unglücksfällen.

Im September 1992 kam es in der gepachteten Öltraffinerie von Ufa ebenfalls zu einer Explosion. Dabei kamen Menschen zu Tode. Die Produktion von Flugbenzin, das in Rußland und der gesamten GUS äußerst knapp ist, wurde unterbrochen. Der Vizepremier der Russischen Föderation, Valeri Macharadse, pflichtete am Unglücksort Fachleuten darin bei, daß Ausrüstungen, deren Verschleiß bei mehr als 90 Prozent liegt, gar nicht erst eingesetzt werden dürften. Solche Ausrüstungen sind in den Erdöl- und Chemiebetrieben von Baschkortostan aber überwiegend installiert.

Über das eigene Vermögen verfügen können. Was die Häufigkeit von Unfällen anlangt, hält Baschkortostan den absoluten Rekord in Rußland. In Samara, ein Gebiet, das ebenfalls an der Wolga liegt, sind 15 000 Kilometer Haupt- und Nebenleitungen für Erdöl und Erdgas verlegt. Die technische Qualität der Gasleitungen ist so schlecht, daß es durchschnittlich zu einer Zündungsverzögerung von fünf Metern kommt, wie das Staatliche Komitee der Russischen Föderation für Katastrophenschutz feststellt. Rohrleitungen brechen, brennen und explodieren also nicht nur in Baschkortostan. Wenn man die Angaben über Unglücksfälle in Fernheizungsnetzen hinzurechnet, sieht das Bild noch deprimierender aus.

Was tun? Wer mit Dioxin vergiftet wurde, also für sein ganzes Leben gezeichnet ist, muß Schadenersatz bekommen. Bisher geschieht das aber nicht. Es ist unbedingt erforderlich, daß es eine strafrechtliche Haftung gibt, wenn Menschen vergiftetes «Trinkwasser» geliefert wird. Und im übrigen wäre es gewiß nicht falsch, bis Änderungen greifen, an die Einwohner von Ufa (im Grund an jeden zweiten Einwohner

Rußlands) Vorrichtungen mit Kohlefiltern zur Wasserreinigung an die Haushalte zu verteilen.

Jeden Tag aufs neue werden die gewählten Volksvertreter Baschkortostans mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre politischen Probleme selbst lösen zu müssen. Darin sind sich alle Russen, Baschkiren und Tataren einig, die in dieser Wolgarepublik nebeneinanderleben.

Den Erlaß von Präsident Jelzin haben wir bereits erwähnt, wonach der Republik Baschkortostan das Recht eingeräumt wird, 9–16 Prozent des geförderten Erdöls und seiner Derivate im Ausland auf eigene Rechnung verkaufen zu dürfen und 75 Prozent des Devisenerlöses behalten zu können. Die Regierung Gaidar hat diesen Erlaß durch einen anderen Beschluß ein halbes Jahr später indirekt wieder aufgehoben. Führende Politiker aus Baschkortostan, Tatarstan und Jakutien veröffentlichten daraufhin eine gemeinsame Erklärung, in der sie Moskaus Praktiken, Verpflichtungen nicht einzuhalten oder zu unterlaufen, verurteilt haben. Der Präsident, das Parlament und die Regierung der Russischen Föderation sind heute so zerstritten, daß sie ihr Vorgehen nicht nur nicht koordinieren, sondern ihre jeweiligen Entscheidungen fortwährend gegenseitig blockieren. Daß darunter die gesamte Provinz, fast alle Gebiete und Republiken Rußlands leiden, liegt auf der Hand.

Murtasa Rachimow, Vorsitzender des Obersten Sowjets von Baschkortostan, verwies darauf, daß nur das Verfassungsgericht das Recht habe, einen Präsidialerlaß zu annullieren, und daß Moskau durch den Föderationsvertrag und seine Anlagen gebunden ist; dort aber heißt es, daß Baschkortostan einen eigenen Staatshaushalt aufstellen soll.

In einem Interview, das Rachimow der *Nesawissimaja gaseta* [Die unabhängige Zeitung] am 18. August 1992 gegeben hat, meinte er, Rußland habe faktisch eine Finanzblockade über die baschkirische Republik verhängt: «Als Antwort darauf könnten wir die Pipelines verriegeln, und Rußland bliebe ohne Erdöl und Gas, aber so etwas machen wir nicht. Sie müssen den Republiken mehr Achtung entgegenbringen, wir alle sollten uns zusammensetzen und klären, wer wem was schuldet. 75 Jahre lang haben sie uns das Blut abgezapft und mit

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Umweltproblemen konfrontiert — und jetzt sollen wir uns wieder mit den alten Zuständen abfinden. Aber das zieht nicht mehr! Es ist wahr, weil ich meine Unterschrift unter den Föderationsvertrag gesetzt habe, bin ich unter Beschuß geraten, und man hat mich davor gewarnt, der russischen Regierung Glauben zu schenken. Leider habe ich den Eindruck, daß meine Kritiker recht hatten. Das heißt aber nicht, daß wir von unserem Wort abrücken werden.»

Im Oktober 1992 setzten sich die politischen Spitzen der ehemalsigen autonomen Republiken und Gebiete Rußlands mit Jelzin zusammen und kamen zu Übereinkünften, mit denen alle Seiten zufrieden waren. Beim Präsidenten der Russischen Föderation wurde ein politischer Rat der Republiken eingerichtet. Jelzin schien begriffen und akzeptiert zu haben, daß es unmöglich ist, eine so riesige Föderation vom Zentrum aus zu regieren — unter demokratischen Verhältnissen jedenfalls nicht.

Baschkortostan und Tatarstan, die beiden Enfants terribles Rußlands, haben vorexerziert, wie man den Druck ins Leere laufen lassen kann, der von Moskau ausgeübt wird. Im August 1992 trafen Murtasa Rachimow und Tatarstans Präsident Minitmer Schaimijew in Uralsk mit dem Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, zusammen. Im offiziellen Kommuniqué dieses Treffens heißt es — nicht sonderlich verklausuliert—, niemand, der Erdöl und Getreide besitze, müsse für die Zukunft große Befürchtungen hegen.

Vorläufig liegt die religiöse Macht im moslemischen Baschkortostan in den Händen Talgat Tadshuddins, des geistlichen Oberhauptes der Moslems; der Islam des europäischen Teils der GUS und Sibiriens hat sein Zentrum in Ufa. Mufti Tadshuddin ist persönlich anwesend, wenn in Kaunas eine Moschee eröffnet wird; auf dem gewaltigen Gebiet, für das er als Kirchenoberhaupt zuständig ist, läßt er 250 Moscheen bauen, Hunderte von Jugendlichen schickt er an religiöse Hochschulen in der Türkei und in Ägypten. Er selbst reist um die ganze Welt und sammelt überall Spenden, mit denen in Rußland geistliche Schulen und Moscheen gebaut werden können. Mufti Tadshuddin ist das Herz des moslemischen Glaubens im zerfallenden Rußland. Aus diesem Grund hat er auch so viele Gegner, die in Baschkortostan und im benachbarten Tatarstan schon eigenständi-

ge administrative Strukturen der moslemischen Glaubensgemeinschaft aufzubauen begonnen haben.

Der Oberste Sowjet Baschkortostans hat Moskau gegenüber durchgesetzt, daß ab Anfang 1993 die baschkirische Nationalbank ihre Politik und ihre Entscheidungen weitestgehend selbständig bestimmen kann – mit dem einzigen Zugeständnis, daß die Republik vorläufig (!) den Rubel als offizielle Währung behält.

Die Zeichen stehen auf Öffnung. In Ufa wird unter Hochdruck an einem internationalen Flughafen gebaut.

Karelien

Die ehemalige Provinz Finnlands: heruntergewirtschaftet

Anatoli Grigorjew, Führer der «Karelischen Bewegung», propagiert den Austritt Kareliens aus der Russischen Föderation und die Rückgabe des von Finnland vor einem halben Jahrhundert unrechtmäßig abgetrennten Territoriums.

Seit dem Zweiten Weltkrieg leben in Finnland Karelen, die aus Rußland emigriert sind – etwa 200 000 Menschen, also doppelt so viele wie in Karelien selbst. Die Finnen aber, die die Sowjetunion als ihre zweite Heimat akzeptiert hatten, wurden in den vierziger Jahren in Güterwaggons in die Tundra der Kola-Halbinsel oder in Konzentrationslager in Kasachstan deportiert. Die sogenannten Ingermanland-Finnen lebten an der Wolga und der Ostküste des Finnischen Meerbusens, wo es Anfang der dreißiger Jahre 500 finnische Kolchosen gab. Es gab Dutzende finnischer Dorfsowjets und 322 eigene finnische Schulen. Allein in Leningrad lebten mehr als 200 000 Finnen. Keinem dieser Deportierten hat man je die Erlaubnis erteilt, wieder nach Hause zurückzukehren. Bis heute sind die Finnen in Rußland nicht als Volk rehabilitiert worden, das zu Unrecht verfolgt und unterdrückt worden ist.

Nachdem sie die baltischen und ukrainischen Häfen verloren hat, zieht die Russische Föderation jetzt ernsthaft in Erwägung, mit Finnland eine Vereinbarung über die Benutzung seiner Häfen zu tref-

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung



Karte 7

fen. Die finnischen Eisenbahnen haben zudem die gleiche Spurweite wie die russischen. Und im übrigen liegen viele Orte näher bei den finnischen Seehäfen Kemi, Oulu, Turku und Helsinki als die baltischen oder ukrainischen Seestädte.

700 Kilometer Landesgrenze teilen heute Karelien und Finnland miteinander. Aus diesem Grund bekunden die Behörden der Russischen Föderation neuerdings weit mehr Interesse für Karelien. Die Divisionen von sowjetischen Grenzern, Raketensoldaten und Angehörigen der Truppen der Luftwaffe, die man früher kaum zählen konnte, werden allmählich von Eisenbahnarbeitern abgelöst. Schon verlegen sie eine 126 Kilometer lange (private!) Eisenbahnstrecke zwischen Kotschkoma und Ledmosero, zwei wenig bekannten Stationen in Finnland und Karelien. Angeblich kostet Rußland die Benutzung von Umschlagplätzen in finnischen Häfen heute nur ein

Fünftel dessen, was die Hafenbehörden in Litauen, Lettland, Estland und der Ukraine verlangen. Rußlands kürzester Weg nach Westen führt jetzt über Finnland. An der Grenze Finnlands zum Petersburger Gebiet, zu Karelien und dem Gebiet Murmansk werden deshalb gegenwärtig unter Hochdruck neue Grenzübergänge gebaut.

Wenn mit der Privatisierung in Rußland ernstgemacht wird, wird sie in Karelien — mit finnischer Hilfe — zweifellos zu großen Erfolgen führen. Die sozialistische Mißwirtschaft in der Holz- und der Papierindustrie Kareliens wird schnell ein Ende haben, wenn erst die Produktion in private Hände übergegangen sein wird. Kareliens Behörden werden finnische Unternehmer in das Zentrum der Papierindustrie, Kondopoga, holen und ihnen Zugang zu allen industriellen Forstbetrieben gewähren. Bisher haben die etwa 100 kleinen sowjetisch-finnischen Unternehmen in Karelien alles andere als Schaden angerichtet. Wenn die Finnen nach Karelien kommen, sind die Tage der ökologischen Barbarei russischer Industrietechnologien gezählt. Das Leben der Rußland-Finnen und Karelén, der Russen und Ukrainer auf karelischem Boden wird sich zum Besseren wenden. «Holzfällerei», «Ladoga-See», «Walaam-Insel» werden dann vielleicht einmal Worte sein, bei denen die nicht gerade vergeßlichen Einwohner Rußlands nicht mehr sofort an Deportation und Zuchthausarbeit denken werden.

Souveränitätenparade. Als in der ehemaligen UdSSR die «Souveränitätenparade» der Unabhängigkeitserklärungen begann, war die Karelische ASSR eine der ersten. Das bedeutet aber nicht, daß den Kareliern, Finnen und Wepsen — zusammen weniger als 20 Prozent der Bevölkerung — jetzt Schlüsselrollen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungszentren der Republik zugefallen wären.

In der UdSSR hatten die Völker unterschiedliche Ränge: Zuerst kamen die Stammvölker der Unionsrepubliken, dann die der autonomen Republiken und an dritter Stelle die der autonomen Bezirke und Gebiete. Aber es gab auch viele Völker ohne irgendeinen eigenen politischen Status; manche wurden aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet vertrieben, Tausende Kilometer weit zwangsumgesiedelt und sind nun vom Aussterben bedroht oder haben ihre ethnische Identität verloren.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Vor 1918 gehörte ganz Finnland zum Russischen Reich. Es hatte das Glück, seine Unabhängigkeit bewahren zu können, als es von der UdSSR 1939, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, angegriffen wurde. Viele Russen sind in diesem für die UdSSR ruhmlosen Feldzug gegen Finnland gefallen. Aber die Finnen wurden von der karelischen Landenge vertrieben, und Wyborg (Viipuri) wurde zu einer russischen Stadt gemacht. Rekanntlich ist dieses Gebiet nach dem Sieg Rußlands über Schweden im Jahr 1809 Finnland von Zar Alexander I. zum Geschenk gemacht worden.

1940, nach dem russisch-finnischen Krieg, ist die Staatsgrenze zugunsten der UdSSR um etwa 50 Kilometer verschoben worden und Westkarelien an die UdSSR gefallen. 1956 hat man der Karelisch-Finnischen Sowjetischen Sozialistischen Marionetten-Republik ihren Status aberkannt. Die Bevölkerung hatte dabei noch großes Glück: Moskau hatte lediglich den Namen ihrer Heimat geändert. Jetzt hieß es Karelische ASSR. Zu Stalins Zeiten hätte man kurzen Prozeß gemacht und die gesamte Urbevölkerung der Republik in Viehwaggons gefeuchtet und nach Sibirien verbannt.

Die ausgedehnten östlichen Gebiete, die den größten Teil des sowjetischen Karelien bildeten, sind in Finnland heute Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Viele fordern von den Politikern in Helsinki, durch Verhandlungen mit Rußland Karelien zurückzuholen; und wenn das scheitern sollte, durch Geldsammlung unter der Bevölkerung Finnlands eine Summe aufzubringen, mit der man dieses Gebiet dann eben kaufen könnte. Die Vorsichtigeren zweifeln, ob Finnland zu einer Dreisprachigkeit bereit wäre, wenn ein Teil der russischen Bevölkerung auf dem dann finnischen Gebiet bleiben wollte.

Ende der achtziger Jahre erhielten die finnischen Karelrier endlich die Möglichkeit, ihre Heimatorte auf dem sowjetischen Territorium zu besuchen und waren erschüttert, als sie die desolaten Zustände in ihrer alten Heimat sahen. Und das war auch der Grund gewesen, warum unsere Hüter der «Staatsgeheimnisse» und «-interessen» keine finnischen Touristen hatten ins Land lassen wollen.

Wird Finnland Geld geben, um das heute ruinierte Karelien auf «finnisches Niveau» zu bringen? Unter der fast eine Million zählenden

Bevölkerung der Republik gab es 1990 nur 80 000 Karelier, von denen weniger als die Hälfte ihre Muttersprache beherrschen. Die Sowjetmacht hat den Kareliern für ein halbes Jahrhundert ihr ABC und ihre Schriftsprache genommen. Es gibt weder karelische Schulen noch Zeitungen in Karelisch oder karelisches Theater. Das Karelische ist eine der ältesten Sprachen der finno-ugrischen Sprachfamilie und unterscheidet sich von den verwandten Sprachen sehr stark. In Finnland gibt es schon seit langem ein sechsbändiges Wörterbuch der karelischen Sprache, im sowjetischen Petrosawodsk aber hat man mit Mühe und Not 1991, nach 20 Jahren, ein vergleichbares Wörterbuch zustande gebracht. Erst 1990 rang sich die Regierung der autonomen Republik dazu durch, die Alphabete der karelischen und der wepssischen Sprache und ihre orthographischen Regeln anzuerkennen. Drei nationale Gesellschaften: die karelische, die wepssische und die ingermanländische, wurden registriert. In Petrosawodsk organisierte man einen kostenlosen Karelisch-Lehrgang. Die Karelier leben in der Republik hauptsächlich in einigen ländlichen Bezirken im Süden und Nordwesten in ziemlich homogenen Gruppen. Finnland unterstützt die Renaissance der karelischen Literatur, Kultur, Folklore und des traditionellen Kunsthandwerks der Karelier im nachkommunistischen Rußland.

Finnland gewährt den Rußlandkareliern großzügige humanitäre Hilfe und liefert Getreide, Kartoffeln, Butter und Fleisch. Die neuen Behörden der souveränen Republik Karelien konzentrieren sich vorläufig darauf, die nationale Wirtschaft zu konsolidieren, die Verarbeitung von Holz und Stein zu Fertigerzeugnissen vor Ort zu organisieren, den ausländischen und einheimischen Tourismus auszubauen, den selbständigen Bauern Boden und Kredite zu geben.

Karelien verfügt über große Vorräte an buntem Marmor und Granit und über das weltweit einzige Vorkommen von erdbeerfarbenem Edelquarz. Zu den 1500 Geschichts- und Kulturdenkmälern Kareliens gehören dreihundert Werke weltberühmter nördlicher Zimmerleute. Heute allerdings werden im Land noch nicht einmal Möbel aus massivem Holz hergestellt. Hunderttausende Kubikmeter Rohholz werden entweder exportiert oder in Zellulosekombinaten verarbeitet.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

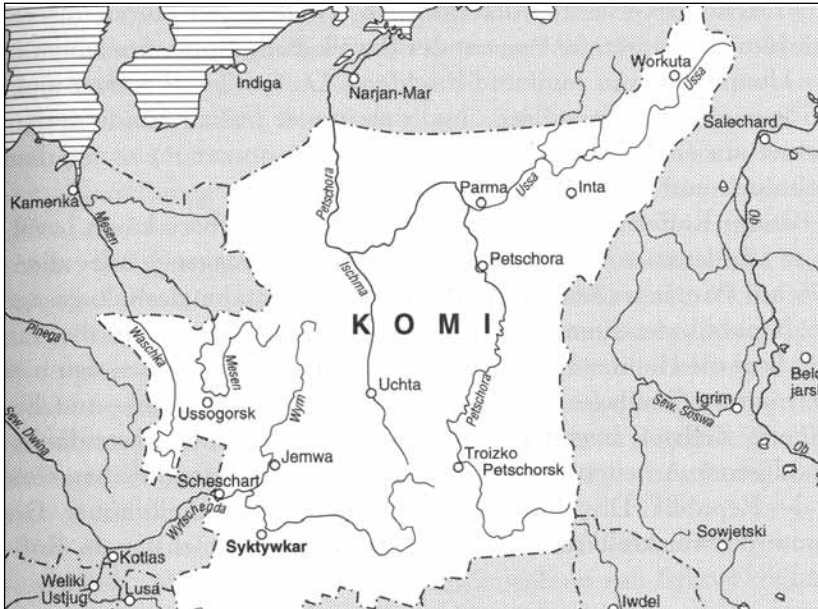
Nach dem Besuch Boris Jelzins in Karelien im Frühjahr 1991 dürfen nun auch die Republikbehörden Lizenzen für den Handel mit westlichen Ländern erteilen; 75 Prozent des Devisenerlöses darf die Republik behalten. Damit wollte der Kreml signalisieren: Ihr dürft jetzt selber wirtschaften, nur bleibt bei uns, geht nicht nach Finnland. Finnland und dem benachbarten Norwegen bleibt einstweilen nichts anderes übrig, als Geld lockerzumachen und mit westlichen Hochtechnologien Umweltschutzmaßnahmen im Raum zwischen Petersburg und Murmansk einzuleiten: Das blühende Skandinavien wird sonst ein Opfer der russischen Umweltverschmutzung. Wieviel Wasser und Luft wird in Rußland bei der Produktion einer Tonne Papier oder Aluminium verseucht! Selbst die ausgedehnten nördlichen Wälder und Seen können das nicht länger verkraften.

Komi

Die Heimat des GULag

Im Jahr 1990 wurde die ASSR der Komi in eine SSR umgewandelt. Ein Jahr später weigerten sich die Behörden der Republik, Holz, Erdöl, Erdgas und Kohle als Rohstoff oder Fertigprodukt im Staatsauftrag an die Zentrale zu liefern. Im letzten Jahr des Bestehens der UdSSR waren die Zentralbehörden nicht mehr in der Lage, Lieferungen von Lebensmitteln und anderen Massenbedarfsartikeln in die nördlichen Landesregionen zu garantieren. So lief es dann auch in der Republik der Komi wie sonst im ganzen Lande, man ging zu Tauschgeschäften über: ein Waggon Fleisch gegen dreißig Waggons Holz.

Gewiß wäre es vorteilhafter, das Holz gleich vor Ort zu verarbeiten. Aber die unternehmerische Initiative, Sägewerke oder Möbelfabriken zu bauen, fehlt nicht weniger wie das dazu nötige Geld. Man muß Erdöl verarbeiten; die Raffinerie in Uchta, die einzige in der Republik der Komi, kann aber nur minderwertiges A-76-Benzin, Dieselöl, Masut und jede Menge Abfälle produzieren, die die Luft verschmutzen. Die Republik verfügt über Bauxitvorkommen (ihre Qualität ist nicht schlechter als Bauxit aus Guinea, das auf dem



Karte 8

Weltmarkt als Eichmaß gilt), Titan (mit einheimischen Technologien läßt sich dieses Erz nicht verarbeiten) und Gold. Ein Abbau in großem Stil ist jedoch ohne bedeutende westliche Investitionen und technische Unterstützung nicht möglich.

1992 beschloß das Parlament, den gesamten Kohleabbau in Workuta, der immense Subventionen erfordert, an Rußland zu übertragen, die Erdölfelder und die Holzbeschaffung aber der Republik der Komi zu unterstellen. Würde Moskau damit einverstanden sein? Nun, es konnte gar nicht anders. Es hatte nämlich schon früher die Erlaubnis erteilt, daß die Republikbehörden über 30 Prozent der einheimischen Industrieproduktion selbst verfügen dürfen.

Das Territorium der Republik ist riesengroß: 416 000 Quadratkilometer, eine Fläche etwa so groß wie Frankreich. Die Urbevölkerung, das Volk der Komi, lebt hauptsächlich im Süden; die

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Komi bilden nur 23 Prozent der Gesamtbevölkerung. Noch in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts waren 90 Prozent der Bevölkerung Komi. Sie lebten in der Hauptsache von Jagd und Fischfang. Da sich heute immer mehr Dorfgemeinschaften auflösen und sich immer mehr Fremde in dem Gebiet ansiedeln, kommt die Komi-Sprache immer mehr aus dem Gebrauch und die nationale Kultur verkümmert.

Riesige Entfernungen ohne Straßen, unübersehbare kaum bevölkerte Landstriche; Lasten können nur mit dem Flugzeug oder allenfalls auf Winterstraßen transportiert werden; man hat deshalb gesagt, die Republik der Komi sei ein Gefängnis ohne Mauern. In der Tat, dort liegt die Heimat des GULag; auch heute noch befinden sich hier die meisten Straflager, wo Häftlinge Bäume fällen, Kohle und Erz fördern, Zellstoff herstellen und andere schwere oder gesundheitsschädigende Arbeiten verrichten. Nach der Freilassung bleiben viele in der Republik. Die allgemeine Kriminalität ist deshalb höher. Die Quote der Rückfallkriminalität ist hier eine der höchsten in Rußland.

Der Archipel GULag existiert immer noch, er ist nur etwas kleiner geworden. Ein Beispiel: In Rußland gibt es 141 Siedlungskolonien, in denen im Sommer 1992 rund 40 000 Häftlinge lebten. Das gilt als eine Art Hafterleichterung für jene, die zwei Drittel ihrer Strafe abgesehen haben. In der Praxis läuft es aber immer noch auf dasselbe hinaus: unbezahlte Sklavenarbeit, der größte Teil des Lohns wird für Verpflegung einbehalten.

Im Frühjahr 1992 produzierten die Arbeitsbesserungsanstalten Rußlands 140 000 verschiedene Artikel. Vor dem Zerfall der UdSSR hatte das System der Arbeitslager und Arbeitsbesserungskolonien das sechstgrößte Produktionsvolumen aller Industrieministerien. Es kommt nicht von ungefähr, daß es heute in Sibirien und der Fernostregion wenig Häftlinge gibt. Die meisten arbeiten hinter Stacheldraht in rund 600 Betrieben westlich des Urals. Jeder Russe benützt täglich Dinge, in denen Arbeit von Strafgefangenen steckt. In den meisten großen Automobil- und Flugzeugbaubetrieben gibt es Hallen oder Arbeitsbereiche für Häftlinge. Bis heute sitzen etwa 170 000 Wirtschaftsfunktionäre hinter Stacheldraht, die für etwas

verurteilt worden sind, was inzwischen gar nicht mehr als Verbrechen gilt. Zehntausende sind inhaftiert, weil sie seinerzeit mit kleineren Mengen von Waren oder Valuta gehandelt hatten. Kein demokratisch regiertes Land hat ein Strafgesetzbuch, das so viele Delikte kodifiziert, für die Haftstrafen verhängt werden. Furchtbar ist, daß Untersuchungshäftlinge oft jahrelang auf ihren Prozeß warten müssen. Allein im Jahre 1992 ließen Organe des russischen Innenministeriums 1500 Unternehmer in Haft nehmen. Die Amnestie, die vom russischen Parlament im Sommer 1992 verkündet wurde, wirkte sich nur auf fünf Prozent aller Häftlinge aus und erstreckte sich nicht auf die wegen «Wirtschaftsdelikten» Verurteilten. Die meisten von ihnen hatte man gerade für etwas zu den unterschiedlichsten Strafen verurteilt, wozu die heutigen Reformen die Menschen bewegen wollen. In der Republik der Komi lebt die Mehrheit der Bevölkerung leider nach wie vor nach dem kommunistischen Sittenkodex.

Von einer solchen Entwicklung haben unsere Provinzaufklärer und Vordenker wohl kaum geträumt. Die Einwohner von Syktywkar, der schönen Hauptstadt der Komi-Republik, erinnern sich mit Dankbarkeit an den Bischof Stefan von Perm, der das Komi-Volk zum christlichen Glauben bekehrt hat, an Iwan Kuratow, den Vater der Komi-Literatur, und den weltbekannten Soziologen Pitirim Sorokin.

1992 galt das Territorium der Republik Komi immer noch als idealer Ort für die Ansiedlung von Häftlingen. Von hier ist keine Flucht möglich: Im Norden nur Sumpfböden und Menschenleere, und im Süden wird der einzige Flughafen, die einzige Eisenbahnstrecke und die einzige Straße von der Miliz strengstens kontrolliert.

Ende 1992, ein Jahr nach dem Zerfall der UdSSR und ihrer Planwirtschaft, verschlechterte sich die Lage der Häftlinge in Komi und ganz Rußland noch mehr. Präsident Jelzin und das russische Parlament haben am Strafgesetzbuch nur geringfügige Änderungen vorgenommen. Die Struktur ist so geblieben, wie sie unter Chruschtschow, Breschnew und Gorbatschow gewesen war.

An Häftlingen darf niemand profitieren; was sie verdienen, muß ihnen selbst und ihren Angehörigen zugute kommen. Sonst gibt es unweigerlich immer eine «interessierte Seite», die möglichst viele billige und profitable Arbeitskräfte hinter Gitter bringen will.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Jeder fünfte Häftling stirbt in Rußland heute an den schlechten, unmenschlichen Haftbedingungen (*Literaturnaja gaseta* vom 30. September 1992). Jeder zweite Verurteilte verläßt die Haftanstalt als Teiloder Vollinvalide und ist – auch wenn er erst 30 oder 40 Jahre alt ist – ein greiser Mensch. Nach den drakonischen sowjetischen Gesetzen hat ein Mensch nach der Entlassung kaum noch eine Chance, in seine frühere Wohnung zurückzukehren. Verurteilte verlieren schon ein halbes Jahr nach dem Gerichtsprozeß ihre Meldegenehmigung, und nur sehr wenigen gelingt es, sie wieder zurückzubekommen. Ohne Anmeldung gibt es aber in der GUS keine Arbeit, keinen Paß – nichts. Ohne Paß kann man beispielsweise nicht einmal eine Fahrkarte kaufen. Aus diesem Grund landen 80–90 Prozent der Entlassenen früher oder später wieder im Gefängnis.

Doch das ist noch nicht das Schlimmste. Nach Schätzungen von Natalja Weschnina, Chefärztin der landesgrößten Tbc-Poliklinik Rußlands, sind von 1500 Häftlingen 70 Prozent Tbc-krank. Wer im Lager oder im Gefängnis ist, ist also 35mal eher krank als jemand in Freiheit; geheilt werden nur 20–30 Prozent, bei den schwersten Formen sogar nur 3 Prozent (*Moskowski Komsomolez* vom 16. September 1992). Wie Frau Weschnina meint, wird es bald in größerem Maß zu Ansteckungen bei der übrigen Bevölkerung kommen, weil nur 7–10 Prozent der haftentlassenen Tbc-Kranken sich an ihrem Wohnort melden und behandeln lassen.

Rußlands Haftanstalten sind nach wie vor Orte der Menschenvernichtung. Am System des GULag krankt die ganze Gesellschaft. Das verraten übrigens die Straßen der idyllischen Hauptstadt nicht. Hier, in Syktywkar, hat man 1992 mit dem Bau eines kardiologischen Zentrums begonnen, das gemeinsam mit einer zypriotischen Firma errichtet wird.

Das hiesige Parlament hat im Juni 1992 – als Geste des Bruchs mit der Vergangenheit – die Begriffe «Sozialismus» und «Sowjet» aus dem Staatsnamen gestrichen; und es hat ein Gesetz «Über die soziale Sicherheit der Invaliden» verabschiedet. Allerdings: Auf die Häftlinge erstreckt sich dieses Gesetz nicht.

Invaliden sieht man in Komi überall. Viele ehemalige Häftlinge arbeiten für Lohn an denselben «Großbauten des Kommunismus»

weiter. Auch unter der übrigen Bevölkerung kann es eigentlich keine gesunden Menschen mehr geben.

Eine halbe Autostunde von Syktywkar entfernt befindet sich eines der größten Zellstoff- und Papierkombinate Europas, es ist ungefähr so groß wie das Kombinat im karelischen Kondopoga und trägt die offizielle Bezeichnung *Holzindustriekomplex von Syktywkar*. Jede Papiermaschine steht dort in einer Betriebshalle, die einem Dutzend der größten Boeing-Jets Platz bieten würde. Der Gestank drinnen und draußen ist unbeschreiblich. Diese Abgase atmen, in diesem gelben Smog eine Stunde, einen Tag, ja das ganze Leben arbeiten zu müssen, wird man seinem schlimmsten Feind nicht wünschen. Gleichwohl, die Wohnviertel der Beschäftigten des Kombinats sind direkt neben die Betriebshallen gebaut worden und beginnen gleich hinter dem Werksgelände – nur um Transportkosten zu sparen und um keine Busse für Werksangehörige anschaffen zu müssen. Dabei hätte man die Wohnhäuser im Wald bauen können, der sich kilometerweit erstreckt. Kinder und ihre Eltern hätten in der frischen Luft aufatmen können. Aber nein, die Projektleiter aus dem Moskauer Ministerium bauten möglichst billig, Filteranlagen wurden natürlich auch eingespart. Die Hälfte der im Kombinat Beschäftigten rückt unter Bewachung in geschlossenen Kolonnen zur Arbeit ein und rückt abends in Reih und Glied wieder aus. Haben diese Häftlinge ihre Strafe abgesessen, wird man neue schicken. Und wenn ein freier Arbeiter das Rentenalter erreicht, beeilt er sich, diese von Industrie und Chemikalien verwüstete Gegend zu verlassen. Aber viele erreichen das Rentenalter gar nicht erst und sterben früh an den elenden Arbeits- und Lebensbedingungen.

Früher einmal hatte Bulgarien in der ASSR Komi ein eigenes Konsulat. Die Regierungen hatten ein Abkommen getroffen, in dem eine Zusammenarbeit Bulgariens und der UdSSR bei der Holzgewinnung vereinbart worden war. Aus Bulgarien wurden Holzarbeiter geschickt, die Erträge teilten die UdSSR und Bulgarien untereinander auf. Viele Holzarbeiter haben damals Russinnen oder Komi-Frauen geheiratet, mit denen sie dann in ihre Heimat zurückkehrten.

Es gibt in der Komi-Republik einen interessanten Ort namens Njuwtschim. Dort befindet sich eine Mitte des 18. Jahrhunderts

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

gegründete Gießerei. 1795 erzeugte sie 832 Tonnen Roheisen, fast zweihundert Jahre später sind es 800 Tonnen – nach wie vor von Hand und an denselben Anlagen erzeugt. Das einzige, was in den zwei Jahrhunderten neu hinzugekommen ist: Inzwischen hat man elektrische Beleuchtung.

Im Mai 1991 wurde der Koreaner Hwang, der in der Liste der reichsten Männer Amerikas an 28. Stelle stand, Berater des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Komi-Republik. Aufgrund seiner zehnjährigen Erfahrungen mit der sowjetischen Wirtschaft schaffte es Hwang, mehrere Entwicklungsprojekte – auf dem Gebiet der Elektronik, der Landwirtschaft und Flußschifffahrt – in die Wege zu leiten.

Selbst die Sümpfe bergen im Norden noch Reichtümer: Hier wachsen – wild und in unberührter Natur – Beeren: Sumpfbrombeeren, Heidelbeeren, Preiselbeeren, Moosbeeren und Johannisbeeren. Nur ist niemand da, der die Früchte sammelt. Das Nachbargebiet Wologda exportiert Beeren aller Art in großer Menge und zu günstigen Bedingungen nach Finnland. Auf dem Riesenterritorium der Komi-Republik werden weder für den Außen- noch für den Binnenmarkt Beeren und Pilze gesammelt, die es hier in Hülle und Fülle gibt.

Noch ein Paradox des einstigen Sowjetlebens: Ende 1990 produzierte der *Holz- und Papier-Industriekomplex Syktywkar* täglich 40 Eisenbahnwaggons Papier. Der Staat kaufte das ganze Papier für durchschnittlich 500 Rubel pro Tonne, während die Direktion des Kombinats von freien Unternehmern bestürmt wurde, die bereit waren, das Zwanzigfache zu zahlen. An sie wurde aber kaum etwas verkauft. Daß gleichzeitig die Beschäftigten des Komplexes und die Bevölkerung vor leeren Geschäften Schlange zu stehen, in elenden Wohnungen und einer verwüsteten Umwelt zu leben hatten, macht den Irrsinn dieser Mißwirtschaft nur um so deutlicher.

Wie sollen sich nun die Komi zu den Russen verhalten, die ihrem Land über Jahrzehnte Verwüstung und Unheil gebracht haben? In der Zarenzeit sind Zehntausende Komi vor der feudalen Unterdrückung nach Sibirien geflohen, wo sie sich ein besseres Leben erhoffen konnten. Heute leben diesseits und jenseits der Republikgrenzen noch 350 000 Komi. Im benachbarten Gebiet Perm leben – laut der

Volkszählung von 1989 – 152 600 Komi-Permjaken. Ihre Sprache ist ein Dialekt der Komi-Sprache und gehört wie diese zur Permer Gruppe der finno-ugrischen Sprachfamilie.

Jakutien—Sacha

Eigene Diamanten und Gold

Sacha – so nennen die Jakuten ihr Land. Insgesamt gibt es etwa 400 000 Jakuten auf der Welt. Kleinere Gruppen leben in Kasachstan und China; und in Jakutien selbst gibt es 370 000, das sind 34 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes.

Die Jakuten sind turksprachig. Obwohl sie formell von der russischorthodoxen Kirche christianisiert worden sind, blieben sie im Grunde ihrer Naturreligion verbunden. Die Jakuten tragen die verbreitetsten russischen Vor-, Vaters- und Familiennamen. Eine eigene Arbeiterklasse haben sie ebensowenig hervorgebracht wie eigene technische Fachkräfte.

Die Industrie der Republik ist vorwiegend extraktiv und wird von Russen dominiert. Gefördert werden Gold, Diamanten, Zinn, Glimmer, Kohle, Uranerz. Früher waren die Jakuten besser auf die Russen zu sprechen. Der Vortrupp dieses großen Volkes waren ja Lehrer und Ärzte gewesen, die den Jakuten das Schreiben beibrachten und sie vor Trachom und Tuberkulose schützten. In der Zarenzeit und unter Stalin waren diese Aufklärer meist Verbannte. Unter Breschnew und Gorbatschow aber wurden ihnen Experten für Atomexplosionen geschickt. Zwischen 1975 und 1987 wurden über ein Dutzend Atombomben unterirdisch gezündet. Heute ist die jakutische Erde radioaktiv verseucht. In Rußland und in der übrigen Welt kennen nur wenige das ganze Ausmaß. Selbst das jakutische Parlament hat nur vage Angaben.

Einst belegten die Jakuten in der Altersstatistik der UdSSR den dritten Platz. Hinsichtlich der Anzahl der ältesten Mitmenschen je 1000 Einwohner wurden sie nur von zwei kaukasischen Völkern übertroffen. In jedem Dorf gab es Hundertjährige, es gab viele

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung



Karte 9

Achtzig- und Neunzigjährige. Heute beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung in Mitteljakutien 60–65 Jahre und in den industriell und radioaktiv verseuchten Gebieten 45 Jahre.

Das Leben der Landbevölkerung ist hart. Die Viehbestände sind kleiner als in den 20er Jahren. Einst gab es hier die zottigen jakutischen Pferde, die sich im Winter unter dem Schnee ihr Futter suchten. Jetzt sind sie wie auch die kleinen jakutischen Khe praktisch ausgestorben.

Jakutien hat Dauerfrostboden. Im Sommer aber werden unter Folie sogar Tomaten reif. Die Menschen dieser Republik kennen jedoch keinen Wohlstand. Alles wurde ihnen bisher vom Kreml weggenommen, wenn bei der Mißwirtschaft überhaupt etwas herausprang.

Ein Bettler auf einem Sack voller Diamanten. Jakutien, bis 1990 eine autonome Republik der Sowjetunion, durfte nur über 4 Prozent

der Grundfonds (das betraf in der Hauptsache den unterentwickelten Dienstleistungsbereich) und 1 Prozent der Finanzmittel selbst verfügen. 1991 konnte Jakutien zum ersten Mal von der Nutzung seiner Naturschätze auch selbst profitieren; dies betraf aber nur Diamanten und Gold. Im Dezember 1991 erlangte Jakutien von Jelzin das Recht, 10 Prozent der in der Republik geförderten Juwelierdiamanten auf eigene Rechnung zu verkaufen. Der Präsident Jakutiens schloß sofort einen Vertrag über den Verkauf dieser Diamanten ausschließlich an die Firma *De Boers* (Südafrika), die von 1990 bis 1995 Monopolkäufer aller sowjetischen (russischen) Diamanten ist. Es sei noch erwähnt, daß vier jakutische Minen 99,8 Prozent der gesamten russischen Diamantengewinnung sichern. *De Boers* kontrolliert heute 80 Prozent des Diamantenweltmarktes. Jakutien soll nun jährlich unbearbeitete Diamanten im Werte von mehr als 100 Millionen Dollar an die Südafrikaner liefern.

Die Weltpreise für Diamanten und Gold sind 1991 rapide gesunken, nachdem die zerfallende UdSSR große Mengen verkauft hatte, um der russischen Führung nach Möglichkeit zu schaden. Der Machtkampf zwischen Gorbatschow und Jelzin hatte folgende Konsequenz: Nachdem das russische Parlament 1990 die Deklaration über die staatliche Souveränität Rußlands angenommen hatte, kam es prompt zur skandalösen Abmachung mit einer Filiale der südafrikanischen Firma *De Boers* über den Verkauf jakutischer Diamanten (für die Dauer von fünf Jahren Diamanten im Werte von einer Milliarde Dollar jährlich) und von 234 Tonnen Gold. Diese eilige Abmachung hatte zum Ziel, Rußlands Anteil an den Staatsschätzen der UdSSR zu verringern.

Es stellt sich die Frage, ob die Orientierung fast der gesamten Industrie Jakutiens auf die Gold- und Diamantenförderung überhaupt so vorteilhaft war. Alles Gold, das in der Republik jährlich gewonnen wird, reicht ja kaum aus, um die Lebensmittel zu bezahlen, die jeden Sommer über den nördlichen Seeweg nach Jakutien gebracht werden müssen. Jakutien hat noch keine Eisenbahnverbindung mit den Nachbarstaaten. Was nun die Diamanten betrifft: Nehmen wir einmal an, daß nicht 10, sondern 100 Prozent der gewonnenen Menge in der Republik blieben. Die Vermittlerfirma würde als Provision ein Zehntel

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

des Gewinns fordern, und nochmal ein Drittel davon würde der Bearbeitungsbetrieb behalten. Für Jakutien wird dann nicht viel übrigbleiben.

Jakutien hat vorläufig nicht vor, sich von Rußland zu trennen. Aber über die Hälfte der russischen Fachkräfte wollen das Land verlassen. Der Grund ist nicht etwa eine reservierte Haltung der Jakuten ihnen gegenüber. Der Kreml kann einfach seine Landsleute im hohen Norden nicht mehr so großzügig wie bisher versorgen. Den Russen fiel es schon immer schwer, in dieser Gegend, wo das jährliche Temperaturgefälle über 100 Grad Celsius beträgt, für längere Zeit zu leben. Dafür war ihre Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Waren früher recht gut und immer zuverlässig, und die Löhne waren drei- bis viermal so hoch wie in Mittelrußland. Nach fünf Jahren aufreibender Arbeit im Norden – man denke nur an die fünfmonatige Polarnacht – hatte man bereits ausgesorgt: Es reichte für eine gute Wohnung in Mittelrußland, ein Wochenendhaus und ein Auto.

1992 wurden die Löhne im Süden und im Norden Rußlands einander angeglichen, während die Wirtschaftsbeziehungen abbrachen. Vielleicht wird Jakutien nun den 56karätigen Diamanten, den man im Februar 1992 dem Parlamentsvorsitzenden Rußlands, Ruslan Chasbulatow, während seines Besuchs im Aufbereitungskombinat Udatschny gezeigt hatte, selbst ins Ausland verkaufen: Dafür bekäme die Republik Lebensmittel für ein ganzes Jahr und sie wäre sogar mit Kaviar und Bananen versorgt.

Immer mehr Menschen verlassen den Norden. Magadan und die Kamtschatka haben bereits 1991 Goldförderungspläne zu Fall gebracht. In Jakutien aber liegt auch noch die Kohlelagerstätte Nerjungri, das weltweit größte Vorkommen im Tagebau. Die Kohle von Nerjungri enthält sehr wertvolle chemische Elemente.

Jakutien liefert auch Rauchwaren, es besitzt Rentiere und Holz. Die Waldfläche betrug im Jahre 1992 257 Millionen Hektar, der Holzvorrat über 9 Milliarden Kubikmeter. Hier stehen jährlich 44 Millionen Kubikmeter schnittreifes Holz zur Verfügung, während heute höchstens 5 Millionen Kubikmeter geschlagen werden. 1991 vernichteten die Waldbrände 172 000 Hektar Wald, das war zweieinhalbmal soviel wie die im gleichen Jahr abgeholzten Waldflächen. Die

Ursache ist klar: Der Staat hat kein Geld, um eine effektive Feuerwehr zu unterhalten.

Erfreulich ist, daß es in Jakutien am Kolyma-Fluß und auf der Tschuktschen-Halbinsel die berüchtigten Straflager nicht mehr gibt. Der Stalinsche GULag mit seinen Besserungsanstalten wurde weit nach Westen hinter den Ural in die Republik Komi verlagert. Die Bevölkerung Jakutiens nimmt durch die Abwanderung ab, nur die Jakuten bleiben in ihrem Heimatland. Nachdem die Kommunisten das Land verlassen hatten, erlangten die begabtesten unter den Jakuten ihren Einfluß wieder. Sie sind Schamanen, Naturärzte, Schauspieler, Hypnotiseure und Philosophen in einem, und sie sprechen mit Gott, mit der Natur und mit den Menschen in einer besonderen Sprache.

Unter den Geschäftsleuten in Jakutien sind auch chinesische Gemüsezüchter und ausländische Fachkräfte, die den Jakuten abfallfreie und umweltfreundliche Technologien in der Rentierzucht anbieten. Bis heute ist die heimische Industrie nicht imstande, Rentierhäute zu wertvollem Chromleder zu verarbeiten. Sie besitzt auch nicht die notwendigen Ausrüstungen, um die beim Schlachten von Rentieren anfallenden Abfälle für pharmakologische Zwecke zu verwerten.

Hunderttausende Tonnen Schrott liegen in der jakutischen Tundra herum. Würde man ihn einsammeln, dann könnte man dort Naturreservate einrichten. In Alaska beispielsweise besteht ein Drittel des gesamten Territoriums aus Schutzzonen mit besonders schonender Bodennutzung. Im russischen Norden dagegen machen die Naturreservate nur 2 bis 3 Prozent des Territoriums aus. Es mag seltsam klingen, aber der an und für sich menschenleere Norden ist demographisch überlastet und ökologisch ungeschützt. Die Sowjetmacht unter Stalin bis Gorbatschow war nicht imstande, ein akzeptables Programm zur Erschließung des hohen Nordens zu entwickeln. Die Jakuten haben sich schon immer daran gestoßen, daß eine autonome Republik im Nationalitätensowjet (einer der beiden Kammern des sowjetischen Parlaments) nur 11 Sitze hatte, während jede Unionsrepublik 33 Sitze besaß. Die jakutische Führung erinnerte daran, daß Alaska mit 500 000 Einwohnern und der Bundesstaat Kalifornien mit 28

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Millionen den gleichen Status haben und über je zwei Sitze im amerikanischen Senat verfügen.

Jakutien hat ein großes Wirtschaftspotential. In der Hauptstadt Jakutsk gibt es eine Universität und 11 Forschungsinstitute. Unter den Kommunisten hatte die Republik praktisch keine Rechte, alle Steuern behielt die Zentrale ein.

Während die Russen Jakutien verlassen, nimmt der Strom ausländischer Geschäftsleute und Touristen dorthin zu. Der eine möchte auf Jagd gehen, der andere möchte einen Mammutstoßzahn oder gleich ein ganzes Skelett dieses prähistorischen Tieres mit nach Hause nehmen; wieder andere interessieren sich für die Arzneien, die die Jakuten gegen alle möglichen Krankheiten herstellen: Kräuter, Wurzeln, Reeren, Wild, Geflügel, Fische – es ist noch gar nicht so lange her, da gab es hier alles in Hülle und Fülle, und zwar ökologisch rein. Die Menschen verstanden es, diesen Reichtum zu nutzen. Krankheiten wie Krebs und Skorbut kannten die Nordländer bislang nicht. Die Jakuten, die sich wie ihre Vorfahren ernährten, hatten bis ins hohe Alter gute Zähne, weil sie zwei Nationalgetränke hatten: Das eine war ein Aufguß aus Kräutern, Wurzeln und dem dünnen Film von der Innenseite der Kiefernrinde, das andere bestand aus Sauermilch, in der Tier- und Fischknochen aufgelöst waren. Gelbsucht z. R. kurierte man dadurch, daß dem Kranken im Leberbereich ein roher Hecht ohne Haut aufgelegt wurde.

Die kulinarische Sammlung des Jakuten Tarbachow aus dem Rayon Nam zählt über dreihundert Rezepte, die zum Teil einmalig sind. Dieser Sammler hat vor kurzem eine bescheidene Broschüre mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren herausgegeben.

Eine intakte Umwelt ist unverzichtbar, um so mehr für die kleinen Nordvölker, die mit der Natur viel enger verbunden sind als etwa die Großstädter. Würde man den Jakuten ihre traditionellen Nahrungsquellen, Lebens- und Arbeitsbedingungen nehmen, was zum Teil schon geschehen ist, hat das für niemanden einen Vorteil. Die Serie von unterirdischen Atomexplosionen in Jakutien ist schon erwähnt worden: Nun hat die jakutische Regierung damit begonnen, den Opfern dieser Tests sowie den Umsiedlern aus den betroffenen Gebieten Entschädigungen zu zahlen. Zur Regel geworden sind auch medi-

zinsisch-ökologische Untersuchungen auf dem gesamten Territorium der Republik.

1992 hat es Jakutien schließlich durchgesetzt, daß die zweiten Stufen der Trägerraketen, die vom Startplatz für Weltraumraketen Baikonur in Kasachstan starten, nicht mehr über ihrem Territorium abgesprengt werden.

Den biologisch toten Fluß Wiljui, einstiger Stolz der Jakuten, wird man allerdings nicht mehr in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzen können. Das reine Quellwasser dieses fischreichen Stroms wurde dem Diamantenfieber geopfert. Fische leben in diesem Fluß nicht mehr, sein Wasser ist ungenießbar und ein Herd für alle möglichen Seuchen.

Der Glanz der Diamanten scheint die Vernunft und das Gewissen der zuständigen Moskauer Behörden geblendet und gelähmt zu haben. Die großdimensionierte und arbeitsintensive Diamantenförderung erforderte große Mengen billiger Elektroenergie. Am Fluß Wiljui errichtete man Wasserkraftwerke, ohne sich die Mühe zu machen, die überfluteten Gebiete vorher abzuholzen. Außerdem leiteten die Diamantensucher, die am Oberlauf des Wiljui tätig sind, jährlich bis zu 60 Millionen Kubikmeter hochmineralisiertes Grundwasser und Salzlauge in den Strom.

Jetzt soll auch am Fluß Kolyma, der zum Teil durch Jakutien fließt, etwas ähnliches errichtet werden. Eines der geplanten Kolymaer Wasserkraftwerke ist schon in Betrieb, weitere werden folgen. Pelztiere verschwinden, die Fischbestände sind um die Hälfte zurückgegangen. Darunter leiden in erster Linie die kleinen Nordvölker: die Ewenen, Ewenken, Tschuktschen und Jukagiren.

Das Parlament Jakutiens erklärte das Territorium der Republik zur atomwaffenfreien Zone, wo also nun Tests und Lagerung von Atomsprengsätzen sowie -abfällen und der Bau von Atomkraftwerken verboten sind. Das Schicksal Jakutiens zeigt, wie fatal es ist, reich und schutzlos zu sein.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Rußland und den USA gibt Hoffnung für die Realisierung eines sehr interessanten Projekts. Es handelt sich darum, in Jakutsk einen großen Eisenbahnknotenpunkt zwischen Amerika, Asien und Europa zu

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

schaffen. Dafür will man von der Baikal-Amur-Magistrale eine Eisenbahnlinie bis zur Tschuktschen-Halbinsel verlegen und einen 40 Meilen langen Tunnel unter der Bering-Straße durchtreiben, damit Züge aus Kanada über Alaska in die Fernostregion fahren können. Auch eine parallel verlaufende Autobahn wäre wirtschaftlich sinnvoll. Die größten Baufirmen der Welt werden um Aufträge für dieses Projekt des 21. Jahrhunderts kämpfen. Die Idee einer solchen Eisenbahnstrecke war übrigens schon 1904 von russischen und amerikanischen Geschäftskreisen propagiert worden, die damals den Vorschlag machten, eine Eisenbahnlinie Paris—New York zu bauen.

Jakutien ist ein märchenhaft reiches Land. Die Geologen erkundeten dort über eintausend Lagerstätten an Bodenschätzen, deren Vorräte in Weltmarktpreisen auf etwa zehn Billionen US-Dollar geschätzt werden. Einen Teil davon will Jakutien für seinen eigenen Bedarf nutzen. Zur Zeit arbeitet man an dem Großprojekt «Wostok» zur Gewinnung und Beförderung von jakutischem Erdgas nach Korea und Japan. Mit Österreichern wurde ein Joint-venture zur Erdölförderung auf dem Territorium der Republik gegründet. Mit den Kanadiern werden Verhandlungen über Projekte zur Erdgasverarbeitung geführt.

Für Jakutien eröffneten sich im März 1992 neue Perspektiven, als mit Moskau ein Abkommen geschlossen wurde, nach dem 20 Prozent aller gewonnenen Diamanten Jakutien zur Verfügung gestellt werden. Seinem Haushalt fließen jetzt auch 45 Prozent des Devisenerlöses aus dem Verkauf jakutischer Edelsteine und Edelmetalle zu, der von der Russischen Föderation getätigt wird. Zu diesen Zwecken wurde die Nationalbank Jakutiens gegründet. Zur gleichen Zeit stiftete man in Moskau einen Fonds zur Entwicklung des Nordens, der auf 10 Prozent des russischen Diamantenfonds beruht. Die 28prozentige Mehrwertsteuer wurde für den hohen Norden faktisch aufgehoben. Es wurde außerdem vereinbart, daß die Behörden der Russischen Föderation, die fast das gesamte jakutische Gold, die Diamanten und Ne-Metalle zu festen Preisen aufkaufen, sich verpflichten, die Republik Jakutien zu angemessenen Preisen mit Lebensmitteln, Industriegütern und technischem Material zu versorgen. Die Journalisten gratulierten damals dem Präsidenten der Republik Sacha,

Michail Nikolajew, zu diesem Abkommen, um das ihn die Republik der Tschetschenen und Tatarstan beneiden könnten.

Ein Jahr in Jakutien ohne die KPdSU. Unter Russen waren die Jakuten und Tschuktschen schon immer die Helden in Witzen über Einfaltspinsel gewesen. Ende 1992 aber verging vielen Spaßvögeln die Lust, über die Jakuten weiter Witze zu reißen.

Es ist allgemein bekannt, daß Rußland bei der Gewinnung von Gold und Diamanten an zweiter Stelle in der Welt liegt. Eigentlich hätte der Rubel eine der stärksten Währungen der Welt sein müssen. Aber die kommunistischen Diebe haben in 75 Jahren den ganzen Reichtum ausgeplündert und verschwendet.

Die UdSSR war in der Lage, Sputniks zum Mond und zur Venus zu schicken, aber gleichwohl ist man bis heute außerstande, qualitätsgerecht und wirtschaftlich vorteilhaft Diamanten zu schleifen. Aufgrund großer Bestechungsgelder – anders läßt es sich nicht erklären – stimmte das Politbüro des ZK der KPdSU zu, Diamanten als Rohstoff ins Ausland zu verkaufen. Lediglich 15 Prozent des Sortiments der exportierten Diamanten gingen an Schleifereien in Smolensk, Moskau und Barnaul, aber auch außerhalb Rußlands nach Kiew, Winniza und Gomel.

Wie sehr waren die russischen Behörden beunruhigt, als sie erfuhren, daß ein jakutisch-israelisches Joint-venture für den Diamantenschliff gegründet wurde. Erfolgreich waren auch die monatelangen Verhandlungen zwischen Jakutien und Japan. Die japanische Firma Arda äußerte im September 1992 ihre Absicht, eine Brillantenproduktion in Jakutien mit einer Leistung von 50 000 bis 100 000 Karat jährlich aufzunehmen, die auf dem japanischen Markt abgesetzt werden soll. Montiert wird selbstverständlich die japanische Diamantenschleifausrüstung, das hiesige Personal soll vorher in Japan ausgebildet werden. Am 24. Oktober 1992 wurde in der jakutischen Siedlung Suntar in dem jakutisch-japanischen Betrieb der erste Brillant geschliffen. In kurzer Zeit wurde der ehemalige Dienstleistungsbetrieb am Wiljui-Ufer modernisiert und von den Japanern mit der nötigen Ausrüstung einschließlich einer Satellitenverbindung ausgestattet. Jakutien kannte früher nur eins: die Gewinnung von Diamanten; eine

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Industrie zur Bearbeitung von Diamanten gab es hier deshalb nicht. Angesichts eines jähen Rückgangs des russisch-japanischen Handels läßt der Diamantenkontrakt zwischen Jakutien und Japan auf vieles schließen. Bezeichnenderweise verbrachte der amtierende Chef der russischen Regierung, Jegor Gaidar, damals zur gleichen Zeit anderthalb Tage in Jakutien und besuchte selbst den weit entlegenen Ort Tiksi.

Auch der mächtige *De Boers*-Konzern vereinbarte mit Jakutien den Bau des Schleifbetriebes *Polarstern*. Im Sommer 1992 flog der Präsident der Republik Sacha, M. Nikolajew, auf Einladung der Firma *De Boers* in die Republik Südafrika. Man kam überein, eine große Gruppe jakutischer Spezialisten nach England in die Firma *De Boers* zu schicken.

Zu einer Sensation für die internationale Presse geriet der Besuch des ganzen Führungsclans von *De Boers* mit dem Patriarchen des internationalen Diamantenbusiness, dem 84-jährigen Harry Oppen-gater, an der Spitze. Im August 1992 besichtigte er in Jakutien die dortigen Diamantminen. Die Spezialisten vom Sonderausschuß des russischen Parlaments berichteten später der russischen Regierung, die Jakuten hätten zu ihrem Nachteil gehandelt. Man müsse sich wundern, so die Experten, daß Jakutien der Firma *De Boers* einen Posten großer Diamanten für 60 Millionen Dollar verkauft und nicht gegen «Glasperlen und Feuerwasser» getauscht habe. Unter Hinweis auf die angebliche Inkompetenz der Jakuten empfahlen sie deshalb Präsident Jelzin, sämtliche Punkte der März-Vereinbarung mit Jakutien, nach der ihm 20 Prozent der gewonnenen Diamanten belassen werden sollen, zurückzunehmen.

Die Jakuten konnten sich aber behaupten. Wie dem auch sei, heute sind sie faktisch Herren von *Jakutalmas*, eines riesigen Produktionsunternehmens, das sich über das gesamte Gebiet Westjakutiens erstreckt. 3 000 Kilometer Straßen unterhält *Jakutalmas* auf eigene Kosten. Um die Diamantenindustrie zu fördern, stellte die Führung Jakutiens sämtliche Betriebe mit entsprechendem Profil ab September 1992 für zwei Jahre von der Besteuerung frei. Ein weiteres Jahr müssen sie nur 50 Prozent des üblichen Steuersatzes zahlen.

Im August 1992 wurde einem Erlaß von Präsident Jelzin zufolge die Aktiengesellschaft Diamanten Rußland-Sacha gegründet, die die

beiden Republiken *Rußland und Sacha* (Jakutien) verbindet. Beide Republiken besitzen je 32 Prozent der Aktien. Je 1 Prozent der Aktien erhielten 8 diamantenfördernde Regionen, 23 Prozent gehören den Arbeitskollektiven, 5 Prozent dem Fonds für sozialen Schutz der Militärangehörigen. Die Gesellschaft wurde Rechtsnachfolgerin sämtlicher auf dem Territorium Rußlands in Betrieb befindlicher Abteilungen des diamantengewinnenden Zweiges.

Obwohl die einheimischen Technologien gar nicht so schlecht sind, geht die Gewinnung von Diamanten ebenso wie von Erdöl von Jahr zu Jahr zurück. Rußland hofft auf den Beginn der Diamantengewinnung im Gebiet Archangelsk. Hier konzentriert sich die Hälfte der für Schmuck geeigneten Diamanten; andere Lagerstätten fördern von diesen zwischen 8 bis 30 Prozent.

«Tränen der Tundra» heißen die Diamanten in Jakutien. Bis 1992 bedeutete die Gewinnung von Diamanten sowie anderer Bodenschätze für die hiesige Bevölkerung nichts Gutes. Tausende kamen mit ihren ratternden und qualmenden Fahrzeugen, mit Sekretärinnen und Arbeitskräften, schlugen der Natur tiefe Wunden und zogen wieder ab. Zum Andenken hinterließen sie eine Wüste. Alexej Jablow, der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation für Fragen der Ökologie, berichtete der Zeitung *Moskowski Komsomolez* vom 5. Februar 1992 nach einer Besichtigung der fünf Regionen in Jakutien, wo seinerzeit «Atomexplosionen zu friedlichen Zwecken» durchgeführt wurden, folgendes: «In zwei Fällen wurde eine starke radioaktive Verseuchung registriert, ähnlich stark wie in Tschernobyl. Vielleicht von nicht so großen Ausmaßen, aber was die Folgen betrifft, schon. Bei Tschernobyl steht ein rotbrauner Wald, in Jakutien ist er auch rotbraun. Die Bäume haben ihr Laub- und Nadelwerk verloren. Ich habe Bilder davon! Und das soll die Gegend sein, wo es angeblich keine radioaktive Verseuchung gibt. Wäre die doch dort unten, ganz tief unter dem ewigen Frostboden geblieben!»

«Jakutien lebte unter dem Diktat des Imperiums, aber jetzt reicht es», sagte der jakutische Präsident M. Nikolajew einem Korrespondenten der Zeitschrift *Delowyje ljudi* [Businessmen; Juli/August 1992]. Gebe es Gott! Flächenmäßig ist Jakutien fünfmal

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

so groß wie die Ukraine, dabei erreichte die Bevölkerung dieser nördlichen Republik zahlenmäßig nie die Millionengrenze.

Unter Jelzin erhielt Jakutien einen weitaus größeren Spielraum für ökonomische Neuerungen. So wurde in Jakutien eine Nationalbank gegründet, die Kredite nicht nur für diamanten-, goldgewinnende oder sonstige Wirtschaftszweige gewährt, sondern auch für den sozialen Bereich. Im Vergleich zu Rußland sind die Preise für Grundnahrungsmittel in Jakutien weit niedriger. Der öffentliche Verkehr ist unentgeltlich. Schwerbeschädigte und arme Bürger der Republik dürfen zweimal im Jahr kostenlos eine beliebig lange Fahrt durch Rußland unternehmen.

In Zusammenarbeit mit Spezialisten aus Österreich konnte in Jakutien ein medizinisches Zentrum für Diagnostik und Chirurgie eingerichtet werden. Mit dem Bau eines medizinischen Zentrums für Mütter wurde begonnen. In Nerjungri nahm das in der GUS erste Zentrum für die Behandlung zerebraler Kinderlähmung seine Arbeit nach der Methode des ungarischen Arztes A. Pete auf. Es wurde mit dem Geld von *Jakutugol* erbaut. Zwei weitere derartige Rehabilitationszentren sind in Togliatti und Donezk in Betrieb.

In Jakutien arbeitet man ferner an der Vorbereitung und Herausgabe der ersten Jakutischen Enzyklopädie. All diese Projekte kosten Geld. Die hiesigen Unternehmer beklagen sich über zu hohe Steuern, die in Jakutien bis zu 45 Prozent vom Umsatz betragen und somit die höchsten in Rußland sind.

Am 1. September 1992 wurde in der Republik das Monopol für die Herstellung von Alkohol eingeführt. Die Einreise Fremder in die Regionen Oimjakon, Aldan und Mirny, wo Diamanten und Gold gewonnen werden, wurde stark eingeschränkt. Zur Einreise benötigt man künftig die ausdrückliche Einladung der hiesigen Administration. Verboten wurde auch die Ausfuhr von Mammutfelßenbein, alle früher geschlossenen Verträge und vergebenen Lizenzen hierfür wurden gekündigt. Künftig dürfen allein der nationale Mammut-Fonds und das in Jakutsk entstehende Mammut-Weltmuseum all die Arbeiten durchführen, die mit dem Sammeln, dem Erwerb, der Lagerung von Mammutfunden und mit den entsprechenden wissenschaftlichen Grabungen verbunden sind.

Der Status eines geologisch besonders zu schützenden Objekts wurde auf Erlaß des jakutischen Präsidenten dem einzigartigen Tscharoitvorkommen «fliederfarbener Stein» verliehen. Dieser schöne Schmuckstein, der auf unserem Planeten nur am Fluß Tschara (an der Grenze Jakutiens zum Gebiet Irkutsk) zu finden ist, ist sehr begehrt. Deshalb war es zu einer unkontrollierten Ausfuhr dieses Minerals gekommen. Die Regierung Jakutiens wandte sich an ihren Nachbarn mit dem Vorschlag, Quoten für die Gewinnung und Realisierung von Tscharoit festzulegen.

Im Sommer 1992 erklärten die führenden Vertreter der drei Republiken Tatarstan, Baschkortostan und Sacha ihre Absicht, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die wirtschaftliche Blockade zu neutralisieren und ihre staatliche Souveränität weiter zu stärken. Sie warfen der Zentrale die Mißachtung ihrer legitimen Rechte und Interessen vor, wobei sie sich darüber im klaren waren, daß dies Spannungen mit Moskau zur Folge haben würde.

Seine Position erläuterte der Vorsitzende des Obersten Sowjets der jakutischen Republik, Kiment, gegenüber der *Rossijskaja gaseta* vom 18. August 1992 wie folgt: «Das Gesetz der Republik über das Budgetsystem, das übrigens in keinem Widerspruch zum entsprechenden russischen Gesetz steht, hat der Oberste Sowjet unserer Republik bereits im Februar dieses Jahres verabschiedet. Deshalb gab und konnte es darin auch nichts Unerwartetes und um so mehr Konjunkturbedingtes geben, das die Interessen der Föderation durch die Position der Republiken im Lichte der abgegebenen Erklärung der Drei beeinträchtigen würde. Wir in Jakutien schlagen vor, die gegenseitigen Finanz- und Budgetverrechnungen innerhalb der Föderation zu verbessern. Denn so wie heute in Rußland verfahren wird, indem sämtliche Mittel zuerst zusammengetragen und dann in Form von Budgetbewilligungen unter allen wieder verteilt werden, ist es wirtschaftlich weder für die Föderation noch für ihre Mitglieder länger zu verkraften. Das hatten wir schon früher, und wir sind nicht bereit, zum alten System zurückzukehren.

Unsere Position und Vorschläge laufen auf folgendes hinaus: Die Steuern, die die Republik dem russischen Haushalt schuldet, sollen insgesamt der Republik belassen werden. Wir unsererseits übernehmen

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

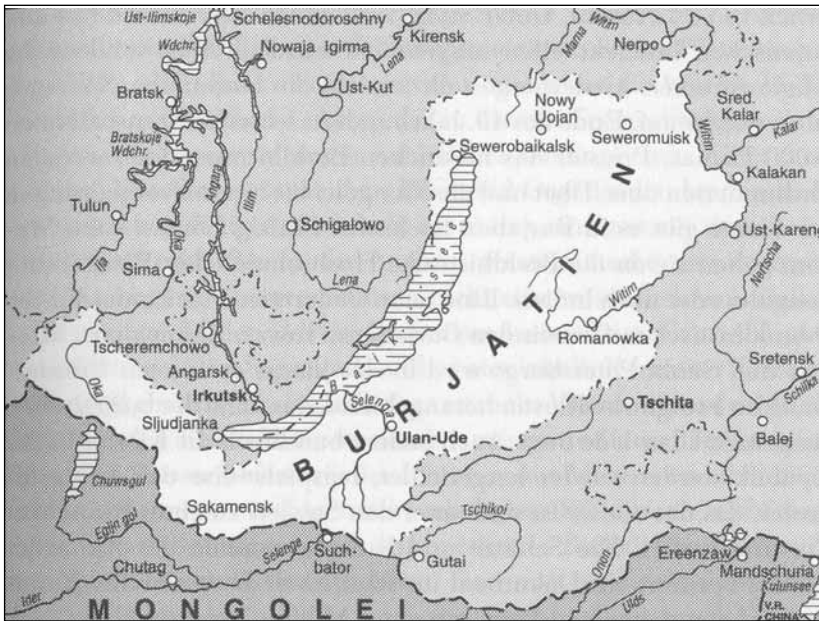
dafür die Finanzierung der bei uns tätigen Organe der Föderation. Es gibt eine Menge solcher Ämter. Wir stellen ja diesen Geologen, Flußschiffen, Fliegern und anderen aus unserem Budget rund 3 Milliarden Rubel im Jahr zur Verfügung. Wir schlagen also vor, einen Teil der russischen Steuern gleich zu verrechnen. Sollten nach den gegenseitigen Aufrechnungen <russische> Gelder übrigbleiben, werden sie unverzüglich an den Haushalt der Föderation überwiesen. Kurzum, ein Boykott der Steuerentrichtung oder ähnliches ist damit nicht gemeint. Die gewaltigen Geldsummen würden auf diese Weise nicht unnötig hin und her bewegt werden und würden nicht wie bisher für eine unbestimmte Zeit aus der Zirkulation herausgenommen werden. Wir werden dadurch Zeit sparen, und Zeit ist ja bekanntlich auch Geld. Übrigens ist das so Usus in der ganzen Welt; z. B. auch in Österreich. Als wir seinerzeit der russischen Regierung eine bilaterale Vereinbarung über Steuern nach dem von mir genannten System vorschlugen, schenkte man uns damals kein Gehör. Na schön, heute scheint sich die Situation ja zu ändern...»

Burjatien

Wiedergeburt des Buddhismus

Die autonome Republik hinter dem Baikalsee verbesserte 1990 ihren Status in der UdSSR und wurde eine «Sowjetische Sozialistische Republik». Noch ein Jahr später trug sie wieder ihren früheren Namen Burjat-Mongolija.

Das ehemalige autonome Gebiet wurde zu einer souveränen Republik innerhalb der Russischen Föderation, ein Präsident wurde eingesetzt, ein Staatsbürgerschaftsgesetz und eine neue Verfassung verabschiedet. Das neugewählte Parlament wartete nicht lange und ließ im Kreml wissen, daß die Aufteilung der Burjat-Mongolischen ASSR im Jahre 1937 unrechtmäßig gewesen sei. Seitdem, seit mehr als fünfzig Jahre, waren die Burjaten ein gespaltenes Volk. Zum einen gab es die Republik Burjatien, zum anderen zwei nationale Bezirke, die den Gebieten Irkutsk und Tschita angegliedert worden waren. Auf



Karte 10

diese Weise konnte man die buddhistische Religion, die eigene Sprache, die besonderen Bräuche und die Volkskultur der Burjaten zurückdrängen.

In diesen fünfzig Jahren hat sich längst die russische Sprache durchgesetzt. Erst seit 1991 wird das Burjatische wieder an Mittel- und Hochschulen unterrichtet; an der Pädagogischen Hochschule gibt es nun auch eine Fakultät für burjatische Philologie. Die burjatische Jugend kann keine Bücher in Burjatisch lesen, und mit burjatischer Literatur und Musik kann sie kaum etwas anfangen. Sie spricht noch nicht einmal ihre Muttersprache. Gleichwohl ist die burjatische Kultur mit ihrer altmongolischen Sprache eng mit dem Buddhismus verbunden und hat ein hohes intellektuelles und ästhetisches Niveau.

In der Umgebung des Baikalsees leben 340 000 Burjaten. Unter der eine Million zählenden Bevölkerung Burjatiens bilden sie eine

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Minderheit von 24 Prozent. Unter Stalin sind in den 30er Jahren fast alle burjatischen Intellektuellen umgebracht worden. Aber seitdem die Religionsfreiheit wiederhergestellt ist, lebt die burjatische Nationalkultur wieder auf. Ende des 19. Jahrhunderts lebten in Transbaikalien 15 000 Lamas, Priester des nördlichen Buddhismus, der vor vielen Jahrhunderten über Tibet und die Mongolei bis hierher vorgedrungen war. Heute gibt es in Burjatien höchstens fünfzig Lamas. Zum Studium gehen sie an die Buddhistische Hochschule Ulan-Bator in der Mongolei oder nach Indien. Eine neue Generation von Lamas für die 19 buddhistischen Gemeinden Burjatiens, Tuwas, Kalmykiens, Moskaus und Sankt Petersburgs wird in der jüngst eröffneten Priesterschule im Iwolginski-Kloster herangebildet, das nahe der burjatischen Hauptstadt Ulan-Ude liegt. Auch andere buddhistische Klöster in der Republik werden wieder hergerichtet, beispielsweise das Anninski-Kloster, das das älteste ist und unter den Sowjets zu einer Ruine verkam und verfiel. Die Schätze und Kultgegenstände des Anninski-Klosters beziffert ein Dokument im staatlichen Zentralarchiv Burjatiens auf den damaligen Wert von einer Million Zarenrubel in Goldwährung.

Die Pilgerströme zu den burjatischen Lamas aus allen Ecken und Enden Rußlands versiegen nicht. Gläubige und Kranke kommen in der Hoffnung, bei der tibetischen Medizin Hilfe und Linderung ihrer Leiden zu finden. Die burjatischen Lamas sind gastfreundliche Leute, zu ihren Gästen zählen nicht nur die britische Prinzessin Anne, Präsident Jelzin oder ausländische Touristen, sondern auch Tausende ihrer Landsleute.

Seit 1992 werden das Territorium und die Bodenschätze Burjatiens von den örtlichen Behörden verwaltet. Vielleicht darf man hoffen, daß die Umwelt am Baikalsee und im Sajangebirge gerettet wird. Bis heute jedenfalls führen die 200 Flüsse Tonnen von Industrieabfällen mit, die in den Baikalsee eingeleitet werden, dieses riesengroße und wunderschöne Naturreservoir mit dem saubersten Süßwasserreservoir der Welt.

70 Prozent des Baikalufer und zwei Drittel des Sees gehören zu Burjatien. Der Baikalsee ist einmalig. Es gibt kein Gewässer auf der Erde, das vergleichbare hydrochemische Eigenschaften aufweisen

würde; der Tiefwassersee, dieser gigantische natürliche Wasserspeicher, faßt ein Fünftel aller Süßwasservorräte unseres Planeten und die Hälfte aller Trinkwasserreserven – und zwar die bessere Hälfte. Dank des organischen Lebens, das in diesem See vorläufig noch intakt ist, funktionieren seine natürlichen, biologischen Filter noch tadellos. Das Wasser ist sauber. Hier sind Organismen heimisch, die nur dort lebensfähig sind. Sobald sie in den einzigen aus dem Baikalsee herausfließenden Strom, die Angara, geraten, sterben sie – obwohl sich das Angara-Wasser chemisch nicht sehr wesentlich vom Baikalseewasser unterscheidet. Der riesige See produziert kristallklares Wasser, das selbst noch am Seegrund in über eineinhalb Kilometer Tiefe mit Sauerstoff gesättigt ist. Im Baikalsee ist mehr Wasser als in der Ostsee. 60 Milliarden Kubikmeter wunderbar reines und unschätzbar mineralreiches Wasser liefert er jedes Jahr. Um aus Meeren soviel Süßwasser zu gewinnen – wohlgerne, einfaches Süßwasser, nicht herrliches, mit Mikroorganismen angereichertes Baikalseewasser –, müßte man 2,5 Billionen Dollar ausgeben. Das muß man sich klarmachen: Alles Gold, das bis auf den heutigen Tag auf der ganzen Welt geschürft worden ist, ist nur ein Fünfundzwanzigstel soviel wert wie dieser Wasserschatz, den niemand bezahlen kann.

Nur jeder zehnte Mensch, der auf der Erde lebt, trinkt naturreines Wasser. Die ändern schlucken Tag für Tag chemisch bearbeitetes, chloriertes oder entsalztes Wasser. Quellwasser wie im Baikalsee hat einen unermeßlichen Wert.

Die Leitung des Limnologischen Forschungsinstituts am Baikalsee hat jahrzehntlang versucht, Moskau zu beweisen und davon zu überzeugen, daß man das Seewasser auf jeden Fall vor Verschmutzung bewahren muß. Alles vergeblich. Zwar faßte die sowjetische Regierung Beschlüsse, nur umgesetzt wurden sie nicht. Bis heute wird nur versprochen, das berühmte-berüchtigte Baikalsee-Zellulose-Kombinat zu schließen, das täglich 250 000 Kubikmeter Abwässer in den See einleitet.

Entnimmt man aus tieferen Schichten Wasser, filtert es, indem man es durch Sand laufen läßt, kühlt es auf drei Grad Celsius ab, um es dann zur Konservierung mit Kohlensäure anzureichern, bekommt man aus dem Baikalsee ein Mineralwasser, das schon jetzt für zwei

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Dollar je 1,5-Liter-Flasche ins Ausland verkauft werden kann. An jeder Flasche macht man einen Dollar Reingewinn.

Die Länder am Persischen Golf zeigen schon länger Interesse für dieses Wasser, und Baikalsee soll für Katastrophengebiete wie Tschernobyl abgefüllt werden. Deshalb will man jetzt mehrere Kleinbetriebe für Mineralwasserabfüllung in Burjatien errichten.

Auf Anordnung der russischen Regierung durfte Wasser aber erst seit 1992 abgefüllt werden. Bis dahin war das nicht gestattet, weder einheimischen Betrieben noch ausländischen Firmen. Hätte man in Burjatien tun können, was man wollte, dann wäre man schon vor vielen Jahren darauf gekommen, Abfüllfabriken zu bauen. Genausogut hätte man auch die «Zarenfische» Omul, die es im Baikalsee noch gibt, fangen und verkaufen können. 1992 gaben die Präsidenten der USA und Rußlands eine gemeinsame Erklärung ab, in der zum Schutz des Baikalsees, dieses einmaligen Ökosystems, aufgerufen wird.

Den Baikalsee rein und gesund zu halten ist alles andere als einfach. In seinem im März 1992 unterzeichneten Erlaß über Maßnahmen zur Förderung der burjatischen Wirtschaft beauftragte Präsident Jelzin die burjatische Regierung und die Administration der Gebiete Tschita und Irkutsk sowie der angrenzenden Territorien, ein Staatsprogramm auszuarbeiten, das regionale Schutzmaßnahmen koordiniert und die vernünftige Nutzung der natürlichen Ressourcen regelt.

Die Regierung Burjatiens gründete gemeinsam mit den USA, und zwar zusammen mit dem *Zentrum für Probleme der großen amerikanischen Seen*, ein internationales Forschungszentrum. Die gesamte Bodennutzung Hunderte von Kilometern rund um den Baikalsee soll unter ökologischem Gesichtspunkt überprüft werden. Nach dem Putsch vom August 1991 bekam auch Burjatien vom transbaikalischen Militärbezirk und vom Oberkommando der Fernosttruppen ein Geschenk: 23 000 Hektar Land, ein kleiner Teil der Gebiete, die das Militär als Panzerübungs- oder Schießgelände benutzt hatte, wurde wieder zur wirtschaftlichen Nutzung freigegeben. Das Hauptquartier des Oberkommandos liegt bei Ulan-Ude. Generaloberst Kowtunow, der höchste Militär der Region, vertritt Burjatien im russischen Parlament. 1992 hat sich das Kräfteverhältnis

in der Republik verändert. Ihr Parlament, ihr Präsident und ihr Oberstes Gericht haben jetzt mehr Macht als die Führung der hier stationierten Streitkräfte. Die Macht der Statthalter Moskaus in Burjatien endete nach dem Zerfall der UdSSR.

Burjatien hat begonnen, mit China und Taiwan aktiv und selbständig Handel zu treiben, und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit seinem wichtigsten ausländischen Partner, der benachbarten Mongolei, ausgebaut. Jetzt kann man auch direkt von Ulan-Ude nach Ulan-Bator fliegen.

Im März 1992 bestätigte der Oberste Sowjet Burjatiens den Beschluß der Regierung, wonach Investoren für einige Jahre von Steuern befreit werden. Neue Handelsbanken und Börsen nahmen ihre Tätigkeit auf. Die Verantwortung für die Außenwirtschaftsbeziehungen übernahm die aus Italien stammende Ministerin Claudia Godigna. Sie hält den internationalen Tourismus in der Republik nicht nur deshalb für aussichtsreich, weil sich hier das buddhistische Zentrum Rußlands und der gesamten ehemaligen UdSSR befindet. Attraktiv ist auch der Jagdtourismus: Auf Lizenz kann man hier Isubra-Hirsche, Elche und Braunbären jagen. Burjatien exportiert Rauchwaren, Zirbelnüsse, Beeren, Pilze, Heilkräuter, Wild. Im Baikalsee-Einzugsgebiet, das die Gebiete Irkutsk und Tschita sowie Burjatien umfaßt, entfallen vier Fünftel des Exports auf Holz, Zellstoff, Papier und Buntmetalle. 70 Prozent des Exports sind Rohstoffe, das heißt nicht bearbeitete und demzufolge sehr billige Produkte. Die örtlichen Behörden waren bis in die jüngste Vergangenheit nicht besonders daran interessiert, selbst geschäftlich aktiv zu werden, da die Moskauer Zentrale 80 Prozent des Devisenerlöses für den Staatshaushalt einzog. Beim jeweiligen Betrieb blieben 20 Prozent, von denen nur 5 Prozent (das heißt 1 Prozent des gesamten Devisenerlöses) dem Budget der örtlichen Behörden zufließen. Diese Zahlen betreffen den Holzexport. Devisenerlöse aus Papier- und Zellstoffexporten wurden dem Unionshaushalt zugeführt. Ähnlich war es bei anderen Exportartikeln. Heute existiert die Sowjetunion nicht mehr, Moskau zieht jetzt viel weniger Steuern ein.

Die burjatische Regierung ist seitdem viel aktiver geworden. Burjatien ist 352 000 Quadratkilometer groß. Es hat Holzvorräte von

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

1 Milliarde 890 Millionen Kubikmeter. Jährlich werden 4,5 Millionen Kubikmeter Holz geschlagen. Ein Vergleich: Finnland ist 338 000 Quadratkilometer groß. Seine Nutzholzvorräte betragen 1 Milliarde 600 Millionen Kubikmeter. Der jährliche Holzertrag beträgt aber 45 Millionen Kubikmeter. Wenn die Forstwirtschaft und Holzverarbeitungsindustrie nicht in den Händen des ehemaligen Innenministeriums der UdSSR mit seinen Häftlingen und Straflagern lägen, sondern von örtlichen oder ausländischen Unternehmern betrieben würden, hätte Burjatien allen Grund zum Optimismus.

Rückkehr zum gesunden Menschenverstand. Im Herbst 1992 bemühte sich Burjatien so schnell wie möglich an die Privatisierungsgelder zu kommen und mit der Privatisierung zu beginnen. Dabei handelt es sich in erster Linie um 20 große Holzindustriebetriebe, die in Aktiengesellschaften umgewandelt werden sollen.

Durch die Privatisierung werden die neuen Besitzer vielleicht zu der Einsicht kommen, daß man die barbarischen sowjetischen Methoden der Holzbeschaffung aufgeben muß, bei der Bündel von 20 Meter langen Baumstämmen von einem Schlepper über die Erde geschleift werden und dabei die Grasdecke und das Jungholz wegrasieren; die Spuren, die dabei hinterlassen werden, sind nach gut 15 Jahren nicht zu übersehen. Die neuen Besitzer werden Geld auftreiben und Spezialfahrzeuge und technische Ausrüstung im Westen kaufen, mit der vier Holzfäller im Zweischichtenbetrieb 40 000 bis 50 000 Kubikmeter Holz im Jahr schlagen können, ohne dabei die Landschaft zu verschandeln.

Natürlich, dazu braucht man Devisen. Man sollte sie denen abknöpfen, die erst vor kurzem die Baikale-Amur-Magistrale (BAM) haben verlegen lassen. Die Eisenbahn verläuft nun direkt am Ufer des einzigartigen Baikalsees und hat durch Hunderte Stationsgebäude, Lagerschuppen und Wohnhäuser, Baracken und Industriebetriebe eine ganze Region verunstaltet. Der bis heute noch nicht abgeschlossene Bau des 15 Kilometer langen Tunnels von Seweromuisk an der BAM hat ein Heidengeld gekostet. Ist dafür vielleicht jemand zur Verantwortung gezogen worden? Es gab an die 30 Varianten, wie man den Gebirgszug hätte überqueren können, aber bei Planfeststellungsverfahren kam es zu

ziemlich kriminellen «Unregelmäßigkeiten». Die unsinnigste Variante kam zum Zuge: Der Tunnel wurde an einer Stelle gebohrt, wo die Erdkruste mehrere große und kleinere Brüche aufweist. Die BAM ist fertig, der Tunnel immer noch nicht.

Nun, in Ulan-Ude gibt es Devisen! Die 50 000 Beschäftigten der Flugzeugfabrik bauen gleich drei eigene Neuentwicklungen von Kampfflugzeugen sowie die entsprechenden zivilen Modelle. Normalerweise bauten unsere Flugzeugwerke nur ein Modell: Kasan spezialisierte sich auf die MI 8, Komsomolsk am Amur baut die Simonow-Maschinen, Kumertau in Baschkirien die Kamow-Hubschrauber. Aber die Flugzeugfabrik in Ulan-Ude hat ihre eigene Bank und ist deshalb auf eine Versorgung mit Materialien und Geld, für die das Zentrum garantiert, nicht angewiesen. Die Beschaffung wird vom Werk selbst organisiert. Bis zu 100 Hubschrauber werden im Jahr gebaut, an die 20 davon gehen an das russische Militär, die übrigen werden an China verkauft. Die Fabrik verpflichtet sich, ihre Hubschrauber in speziellen Betrieben in Magadan, Nowosibirsk und Cha-barowsk zu reparieren, und garantiert für die technische Wartung in den jeweiligen Flughäfen der gekauften Hubschrauber.

Der 50jährige Direktor der burjatischen Flugzeugfabrik, Juri Krawzow, gehört Burjatiens Regierung an; in seinem Beruf hat er oft genug bewiesen, daß er die Entwicklungsprobleme Burjatiens viel besser kennt als jene, die die Geschicke der Republik von Moskau aus lenken zu können meinen.

Nur in der Ära Chruschtschow-Breschnew-Gorbatschow war es möglich, den ganzen Baikal zu opfern, nur um möglichst billig und ohne Reinigungsanlagen ein Zellstoffkombinat zu bauen, das den besonders wärmebeständigen Viskosekord der Marke Super-Super für die Reifen von Kampfflugzeugen produzierte.

Nur mit dem besonders sauberen Wasser des Sees und dessen gleichbleibender chemischer Zusammensetzung war es möglich, einen Kord herzustellen, der bei Start und Landung einer Temperatur bis zu 3 000 Grad und in Flughöhe bis minus 60 Grad standhält. Trotzdem brachte der Verkauf des Zellstoffs dem Kombinat nicht mehr als 200 Millionen Rubel im Jahr (in den Preisen von 1990, also vor der Reform).

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Wenn man aber nur ein Zwanzigstel des Wassers, das das Zellstoffkombinat am Baikal verbraucht, flaschenweise verkaufte, würde das einen Reingewinn von beinahe 6 Milliarden Dollar im Jahr bringen.

Aber es ist unvorstellbar, daß die Generalsekretäre auch nur den geringsten Gedanken daran verschwendet hätten, die örtlichen Behörden etwas verdienen zu lassen oder um der Volksgesundheit willen dafür zu sorgen, daß es sauberes Trinkwasser gibt. Für die Funktionäre an der Parteispitze war nur entscheidend, daß ein Sowjetbürger mit den bestehenden Standards der Trinkwasserversorgung das Rentenalter von 55 Jahren zu erreichen vermochte.

Wenn man in Burjatien auch nur eine minimale Unabhängigkeit von den Moskauer Behörden erlangt, wird man sich natürlich bemühen, den Baikal von ökologischen Belastungen zu befreien. Dann wird die Ostsibirische Reederei nicht mehr jährlich bis zu 15 Millionen Tonnen Frachten, darunter auch Erdölprodukte, auf dem See befördern. Quer über den Baikal, und das sind beinahe 600 Kilometer, transportieren Schlepperdampfer noch heute gebündelte Baumstämme zum Holzverarbeitungskombinat. Wieviel tausend Stämme sind dabei ans Ufer abgetrieben, wo sie verfaulen und verrotten!

Man könnte Jelzin direkt auf ein Podest stellen und zu einem russischen Heiligen erklären, wenn er durchsetzen könnte, daß in Rußland das Trinkwasser nicht mehr gechlort, sondern mit Aktivkohle gereinigt wird. Rußland ist gegenwärtig das einzige industrialisierte Land, in dem keine Anstrengungen für eine ökologisch saubere Trinkwasseraufbereitung unternommen werden. Wir brauchen Gesetze, die die Entscheidungsträger in der Wirtschaft veranlassen, geschlossene Kreisläufe zur Wasserreinigung zu schaffen, und sie notfalls mit Geldstrafen zwingen, mit Wasser sparsam umzugehen. Die Lebenserwartung in Rußland ist auch wegen des schlechten Trinkwassers so niedrig. Das Wasser wird wie gesagt gechlort. Dabei wurde bereits 1964 in der UdSSR und weiteren 11 Ländern der vielgebrauchte Apparat zur industriellen Wasserozonierung von J. Jemeljanow von der Moskauer Staatlichen Universität patentiert: eine Methode zur Trinkwasserreinigung, die als hocheffektiv gilt. Nur in Rußland (nicht in anderen Ländern) gilt sie als zu teuer.

Von der Rückkehr wenigstens Burjatiens zu einer Politik des gesunden Menschenverstandes legt beispielsweise die Restaurierung von 20 buddhistischen Tempeln Zeugnis ab. Daraufhin kamen aus dem Hochgebirge sogar 95jährige Mönche zurück, die früher wegen Verfolgungen geflohen waren.

Im September 1992 hat seine Heiligkeit Tengzingjazo, der XIV. Dalai Lama, Burjatien, Tuwa und Kalmykien besucht. So etwas war noch vor ein paar Jahren undenkbar. Man traute sich nicht, diesen durch die ganze Welt reisenden Träger des Friedensnobelpreises nach Rußland einzuladen – schließlich galt der heilige Mann aus Tibet in der Volksrepublik China als gefährlicher Dissident –, nicht einmal in das Zentrum der Buddhisten in der UdSSR, das 1946 mit Stalins Erlaubnis 32 Kilometer von Ulan-Ude in dem damals errichteten Datsan von Iwolga eröffnet wurde. Jene Lamas, die Stalins Lager überlebt haben, tun seitdem dort, in der Residenz des Oberhauptes der Buddhisten, ihren Dienst.

Mitten in der Hauptstadt der Republik wird mit dem Bau eines neuen Komplexes des Zentrums der Buddhisten begonnen. Zu ihm werden die Residenz des Hambo-Lamas und ein Zentrum der tibetischen Medizin gehören. 20 Hektar Boden im malerischen Bezirk Werchnjaja Berjosowka sind dafür als Baugelände ausgewiesen worden.

Unweit des Datsan in Iwolga, in der Gegend Tapchar, werden die neuen Gebäude der buddhistischen Schule entstehen, in der heute neben Burjaten und Russen auch Bürger aus der Ukraine, aus Usbekistan, Kyrgystan, Tuwa, Kalmykien, selbst aus der Mongolei und Amerika, studieren: Der Buddhismus unterscheidet die Menschen nicht nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Beim Sonnenaufgang erklingt vom spitzen Dach des Datsan allmorgendlich der «Dungar», der die Lamas zu einem Choral zusammenruft. Wie vor Jahrhunderten eilen die buddhistischen Mönche in ihren orangeroten Gewändern sowie die Novizen («Chuwaraks») zum täglichen Gottesdienst in den Haupttempel.

Im Jahr 1923 hatte es in Burjatien übrigens 211 orthodoxe Kirchen, 81 Kirchen der Altgläubigen, 44 buddhistische Tempel und 13 Synagogen gegeben.

Tuwa

Ohne Russen

Auf dem Territorium dieser Republik könnten Dänemark, Holland, Belgien und die Schweiz untergebracht werden. Hohe Berge und Wiesen, ausgedehnte Steppen und die Taiga, Gebirgsflüsse und Seen – das alles findet man im Urjanchaigebiet, das 1914 unter russisches Protektorat fiel.

Die Stammbewohner der Tuwinischen Republik, die heute an die Mongolei grenzt, erinnern sich noch gut an die Zeit von 1921 bis 1944, als Tuwa ein unabhängiger Staat war. In den dreißiger Jahren, als die Tuwinische Volksrepublik unter dem Protektorat der UdSSR stand, verlor sie während der stalinistischen Repression ihre gesamte Feudalelite und während des Zweiten Weltkrieges auch noch ihre besten Männer. In den fünfziger Jahren wurde das Land erneut heimgesucht. Um die traditionellen Formen der Wirtschaftsführung, die Nomadenviehzucht und den primitiven Ackerbau abzuschaffen, organisierte die Sowjetmacht das Land in Kollektivwirtschaften und richtete 60 Internatsschulen für jeweils 500 Kinder ein, aus denen die jungen Tuwiner später ins Berufsleben eintraten, gleichermaßen unvorbereitet auf das ländliche Leben wie für die Industrieproduktion.

Die einstigen Nomaden verloren ihre junge Generation, die ihre Muttersprache in den russischen Schulen praktisch verlernte. Sie verloren auch die heimatliche Natur, die mit dem Abraum des reichen Steinkohlebeckens Ulug-Khem und dem Müll der Industriebetriebe der Städte Chowu Aksy und Ak-Dowurach verseucht wurde. Die Kreml-Behörden verschafften sich auf diese Weise ihre notwendigen Brennstoff- und Energieressourcen. Beim Bau des Sajan-Wasserkraftwerkes wurden die saftigen Weiden des Tuwinischen Talkessels überflutet.

Kysyl, die Hauptstadt Tuwas, ist zugleich der geographische Mittelpunkt Asiens. Die 200000 Tuwiner halten dies für ein wichtiges politisches Symbol, das den übrigen 100 000 Einwohnern der Republik das reale Kräfteverhältnis vor Augen hält. Die Tuwiner, die direkt vom Feudalismus zum Sozialismus übergegangen waren, hatten den Russen all jene «Wohltaten» nicht vergessen und bereiteten ihnen 1991 in ihrem Land ein zweites Bergkarabach. Tausende von russis-



Karte 11

chen Fachleuten siedelten mit ihren Familien schleunigst in andere Bezirke der Region Krasnojarsk um. Die Folge war, daß fast alle großen Industriebetriebe in Tuwa die Produktion einstellen mußten. Arbeitslosigkeit und Kriminalität stiegen an, und die Republik machte Schulden in Milliardenhöhe.

Im März 1992 wurde der Präsident der Republik Tuwa gewählt. Die ehemalige Tuwinische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik hieß seit Oktober 1990 Tuwinische Sowjetische Sozialistische Republik und behielt diesen Namen bis zum Zusammenbruch der UdSSR und des Kommunismus im Dezember 1991.

Den sogenannten Tuwinen – die Bezeichnung kam erst im 20. Jahrhundert auf – gehören Stämme an, deren Vorfahren turk- oder mongolischsprachig waren und den Samojuden und Keten nahestanden. Im Laufe der Zeit setzten sich unter den Tuwinen die turk-

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

sprachigen Elemente durch. Ihre Kultur ist in vielem mit der der Chakas-sen und Altaier verwandt. Ein Teil der tuwinischen Rentierzüchter siedelte ins Gebiet Irkutsk um, wo man sie Tofalaren nennt. Von 1755 bis 1911 herrschte in Tuwa die chinesische Mandschu-Dynastie. Die Befreiung kam nach der Chinesischen Revolution, als die Mongolei unabhängig wurde. Die Tuwiner aber schlossen sich Rußland an.

Das alte Tuwa lag im Grenzbereich verschiedener Zivilisationen, von denen jede ihre Spuren in Felsinschriften hinterlassen hat. Man entdeckte hier sogar Texte aus dem 8.–7. Jahrhundert v. Chr. in indischer Brahma-Silbenschrift. Die heutigen Tuwiner sind mit dem Buddhismus und der tibetischen Medizin, der Heilkräuterkunde und dem Sammeln anderer Naturarzneien (von Zirbelnüssen bis zum wertvollen Biostimulator Mumijo) zwar vertraut; sie züchten auch Yaks. Die Tuwiner haben aber heute weder eigene Priester noch buddhistische Tempel: diese wurden noch vor dem Zweiten Weltkrieg ermordet beziehungsweise zerstört.

Nach dem Nationalitätenkonflikt im Jahre 1991 haben etwa 10 000 russische Ingenieure, Lehrer, Ärzte und Veterinäre die Republik verlassen. Daraufhin brachen Epidemien aus, die Bangsche Krankheit (die Häufigkeit der Vieherkrankungen überstieg die Durchschnittskennziffer in Rußland um das 90fache) und die Rinderpest. In drei Monaten starben 1025 von 10 400 Yaks, weil niemand da war, der die Tiere geimpft hätte. In Rußland gab es schon seit den zwanziger Jahren keine Rinderpestepidemien mehr. Im Winter 1991/92 spitzte sich die Lage so zu, daß aus Moskau militärische Sanitäreinheiten kommen mußten, die mit Hubschraubern die toten Yaks in Abdeckereien brachten. Auf Ersuchen der mongolischen Regierung säuberten sie auch die grenznahen Gebiete der Mongolei von toten tuwinischen Yaks.

Infolge der plötzlichen Verschlechterung der Lebensbedingungen und mangelnder sozialer Absicherung nahm die Jugendkriminalität 1992 in Tuwa erschreckende Ausmaße an. Die einheimischen Jugendlichen wiegelte man gegen die in Tuwa noch lebenden 80 000 Russen auf. Mord, Raub und Brandstiftung wurden als «Vergeltung für den Stalinismus» und die Verfolgung der Russen als «historisch

gerechtfertigt» propagiert. Das Ergebnis ist, daß immer mehr Russen Tuwa verlassen und die Tuwiner einen neuen historischen Sprung machen – diesmal zurück in die Steinzeit.

Zu den einflußreichsten sozialpolitischen Organisationen in Tuwa gehören die Gesellschaft der Obdachlosen von Kysyl und die Gesellschaft ehemaliger Häftlinge. Tausende Familien in der Metropole Tuwas hausen in provisorischen Hütten und unbeheizten Jurten. Jeder dritte Einwohner der Republik ist vorbestraft.

Die Geburtenrate ist hier allerdings sehr hoch, was angesichts der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit dazu geführt hat, daß es in Kysyl wegen einer zahlenmäßig ziemlich starken Gruppe von Nichtstuern, jüngeren Alkoholikern und Drogenabhängigen zu starken sozialen Spannungen kommt.

Wegen der ständigen Subventionskürzungen aus Moskau sieht sich die Führung Tuwas gezwungen, sich mehr nach Krasnojarsk oder Nowosibirsk als nach Moskau zu orientieren. Moskau wird sowieso, nachdem es seine einstige uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die ökonomischen Kapazitäten und Naturressourcen seiner Republiken und Gebiete eingeübt hat, staatlichen Gebilden wie Tuwa quasi zwangsläufig die völlige Unabhängigkeit gewähren müssen. Tuwa dürfte es dann nicht schlechter gehen als heute.

Natürlich werden die Sibirier, mit denen Tuwa neben anderen Teilnehmern dieser regionalen Wirtschaftsunion bereits eine «Sibirische Vereinbarung» getroffen hat, ihre Hilfe anbieten – freilich nicht umsonst. Auch kann Tuwa mit der Unterstützung seiner nächsten Verwandten aus der Mongolei sowie der Kaufleute und Unternehmer aus der Volksrepublik China, Japan und Korea rechnen.

Im September 1992 bestätigte das Parlament Tuwas die neue Staatsflagge und das neue Wappen der Republik. Reides erhielt vom Oberhaupt der Buddhisten, dem 14. Dalai Lama von Tibet, während dessen Besuch auf dem Zentralplatz von Kysyl vor einer großen Menschenmenge den Segen. Das Wappen ist dem der früheren unabhängigen Tuwinischen Volksrepublik aus der Vorkriegszeit sehr ähnlich.

Der zweite Kaukasische Krieg hat begonnen

Dagestan

Zwölf Staatssprachen

Auf einem Territorium von 50 000 Quadratkilometern leben in dieser Republik 14 Völker, die die sowjetische Verfassung aus dem Jahr 1977 zu den Urvölkern rechnet. In Dagestan gibt es 12 Staatssprachen. Und dies ohne Berücksichtigung von etwa 20 kleineren Völkern, die in den letzten 30 Jahren praktisch assimiliert worden sind und heute zu den Awaren, Darginern, Lesginen, Kумыken, Nogaiern, Lachen, Zachuren, Aguren, Tabaskranen usw. gerechnet werden.

Die Verkehrssprache all dieser Völker ist Russisch, die Schilder in Dagestan sind in russischer Sprache geschrieben. In Machatschkala, der Hauptstadt der Republik, besteht seit langem ein kompliziertes und strenges System der Ämterverteilung nach Nationalitäten. Alle mehr oder weniger bedeutenden Posten werden durch Angehörige verschiedener Völker besetzt. Dabei treten berufliches Können und Kompetenz in den Hintergrund.

Dagestan zieht sich als schmaler Streifen entlang der Küste des Kaspischen Meeres. Der Übergang ins Jahr 1992 verlief für die Republik konfliktlos. Aber das Erbe des Sozialismus in Form eines Heeres von Beamten, die um ihre Posten und Privilegien bangen, bedroht das friedliche Leben in dieser Region. Das Ziel der Beamten, die die nationale Idee ausschachten, heißt: Wir lösen uns von Rußland und werden künftig unsere eigenen Herren. Der Boden bildet ja die Grundlage der gesamten kaukasischen Wirtschaft.

Im Norden Dagestans unweit der Küste leben die Nogaier. 1957 wurden die von ihnen bewohnten Landstriche zwischen Dagestan, der



Karte 12

Republik der Tschetschenen und der Region Stawropol aufgeteilt. Die Forderung nach einer Republik der Nogaier zielt somit auf die Wiedervereinigung dieses Volkes.

In einer ähnlichen Situation leben auch die Lesginen im Süden Dagestans. 1921 fiel ein Teil ihres Volkes aufgrund einer Verordnung der Moskauer Behörden unter die Jurisdiktion Aserbeidschans. Sollte sich die Staatsgrenze zwischen Aserbeidschan und Rußland verfestigen, wird von einem einheitlichen Lesginenland keine Rede mehr sein können. Die Lesginen bewohnen schon seit mehreren Jahrhunderten diese Territorien. In den letzten Jahren haben die aserbeidschanischen Behörden die Besiedlung der lesginischen Territorien durch aus Armenien vertriebene Aserbeidschaner und aus Mittelasien geflohene Turk-Mescheten vorangetrieben.

Die Kумыкы, die seit langem die Ebene und die Küstengebiete in Mitteldagestan bewohnen, haben ihre besonderen Probleme. In den

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

fünfziger bis siebziger Jahren wurden einige Zehntausend Awaren und Darginer aus dem Gebirge zu ihnen umgesiedelt. Die Umsiedler genießen seither wesentliche ökonomische Vergünstigungen gegenüber den neben ihnen lebenden Stammbewohnern. Die 300000 Kумыken fordern eine eigene nationale Republik. Wohin aber sollen dann die Awaren und Darginer gehen?

Es gibt einen Ausweg aus der Sackgasse dieses Nationalismus. Wenn man davon ausgeht, daß allen Meinungsverschiedenheiten im wesentlichen wirtschaftliche Interessen zugrunde liegen, dann ließen sich mit der Entwicklung der Marktbeziehungen und dem Übergang zum Privateigentum an Grund und Boden durchaus Wege und Lösungen finden. Gerade die Erwägungen über den realen Nutzen brachten das Volk der Laken einen großen Schritt voran, der in Rußland bis jetzt beispiellos geblieben ist. Nach drei Jahren Besprechungen, Versammlungen und Abstimmungen faßte dieses dagestanische Volk 1992 den Beschluß, seine Häuser und seinen Boden zu verlassen und in die flachen Küstengebiete nahe Machatschkala umzusiedeln. Vor 47 Jahren sind die Laken schon einmal gewaltsam aus dem Hochgebirge in ganz andere Naturverhältnisse umgesiedelt worden. Jetzt haben die Laken beschlossen, den Bezirk auch wieder zu verlassen, um den Akkiner-Tschetschenen, die 1944 von hier deportiert worden waren, die Möglichkeit zur Rückkehr zu geben. Die russische Presse bewertete das Beispiel der Laken als ein Ereignis von überregionaler Bedeutung.

In dem zwischen der rebellischen Republik der Tschetschenen und Aserbeidschan gelegenen Dagestan wird es immer unruhiger. Nach jahrzehntelanger erzwungener Schließung wurden rund 300 Moscheen und Gebetshäuser wiedereröffnet. Diese Maßnahme kann jedoch über die zunehmenden Probleme nicht hinwegtäuschen. Die ansteigende Kriminalität und eine Reihe politischer Morde zwangen das dagestanische Parlament 1992 ein Gesetz zu verabschieden, das praktisch jedem den Besitz von Schußwaffen erlaubt.

In den letzten zwanzig Jahren wurde Dagestan in der Spitze der russischen Machtpyramide durch Rassul Gamsatow vertreten, einen bekannten Dichter, seit Urzeiten Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Held der sozialistischen Arbeit und

Staatspreisträger. Heute steht Ramasan Abdulatipow dem Nationalitätenowjet des Obersten Sowjets Rußlands vor. Letzterer sagt über sich selbst: «Mich haben 333 000 Dagestaner ins Parlament delegiert, aber diese Leute von der Konföderation der kaukasischen Bergvölker, wer hat sie gewählt?» In einem Interview für die *Rossijskaja gaseta* vom 9. Oktober 1992 sagte er: «Dagestan kann sich eine Existenz ohne Rußland nicht vorstellen, das wurde auf verschiedenen Ebenen wiederholt betont. Aus Respekt gegenüber den in Dagestan lebenden Russen – immerhin 9 Prozent unserer Bevölkerung – haben wir von einer Souveränitätserklärung Abstand genommen. Natürlich gibt es Kräfte, die die Völker gegeneinander aufhetzen wollen, und es gibt in allen Regionen Gruppierungen, die auf Kosten der Flüchtlinge in Besitz von Wohnungen und Vermögen gelangen wollen. Sie stellen noch nicht einmal Wohnwagen bereit, damit diese ihre Habe mitnehmen können.»

Zur Stammbevölkerung des aserbeidschanischen Lesgistan sind weitere 100 000 Flüchtlinge aus den armenischen und aserbeidschanischen Grenzgebieten hinzugekommen. Für die dortigen Lesginen hat es eigentlich auch keinen Zweck, zu ihren Landsleuten nach Dagestan zu gehen. Dort sind 80 Prozent der Arbeitslosen Lesginen. Trotzdem wollen viele junge Lesginen lieber arbeitslos sein, als in der aserbeidschanischen Armee gegen die Armenier kämpfen.

Dagestan leidet unter dem gespannten Verhältnis zwischen dem benachbarten Tschetschnja und Rußland. Im August wollte sich eine Spezialeinheit des russischen Innenministeriums für längere Zeit im dagestanischen Chassawjurt einquartieren. Tschetschnja geriet in Aufregung, und einheimische Tschetschenen, Awaren und Kумыken nahmen zwei Offiziere als Geiseln. Man garantierte ihnen Unversehrtheit unter der Bedingung, daß der Sondertrupp unverzüglich zu seinem ständigen Stationierungsort nach Nowotscherkassk zurückkehrt. Die Nationalgarde Tschetschnjas wurde in Gefechtsbereitschaft versetzt, doch ihr Eingreifen erübrigte sich. Der Sondertrupp zog sich zurück, die beiden Offiziere wurden freigelassen.

Republik der Kabardiner und Balkaren

Hundert Jahre Krieg mit Rußland

Aus dieser kleinen Republik sollen schon in allernächster Zeit zwei Republiken entstehen. Ganz legal und ordentlich haben sich 1992 der Nationalrat der Ralkaren und später auch der Kongreß der Kabardiner konstituiert.

Bei einem Referendum sprachen sich 95 Prozent der Einwohner Balkariens, die als geschlossene Gruppe in 26 malerischen Bergdörfern leben, für eine souveräne Republik innerhalb der Russischen Föderation aus, jedoch in den Grenzen von 1944, bevor die Balkaren nach Mittelasien deportiert worden waren.

Nach dem Völkermord unter Stalin gibt es heute in der GUS 85 000 Balkaren. Bei ihnen handelt es sich um ein turkssprachiges Volk, das sich zum sunnitischen Islam bekennt, jedoch christliche Wurzeln hat.

Die Bewegung «Kabarda» wünscht sich ebenfalls eine souveräne Republik innerhalb der Russischen Föderation, auch wenn die Bergbewohner den hundertjährigen Kaukasus-Krieg gegen die Russen (1760–1860) noch nicht vergessen haben. Sie sind der Meinung, daß Rußland unter dem Zaren, aber auch unter Stalin die kaukasischen Bergvölker mit noch viel grausameren Methoden unterworfen hat, als die Weißen die Indianer auf dem amerikanischen Kontinent. Im 19. Jahrhundert haben die Russen hunderte Dörfer mit Frauen und Kindern niedergemacht.

Nach dem Bürgerkrieg und den zwei Weltkriegen mußten viele Bergvölker noch die Deportation erleben, als sie in Viehwaggons in öde Gegenden Sibiriens und Kasachstans gebracht wurden.

Auf dem kabardinischen Volkskongreß 1992 in Naltschik, der Hauptstadt der Republik der Kabardiner und Balkaren, wurde beschlossen, die Staatlichkeit Kabardas in seinen historischen Grenzen wiederherzustellen. Der Kongreß bewertete den hundertjährigen russisch-kaukasischen Krieg als Genozid am adygischen (tscherkes-sischen) Volk. Von der russischen Führung wurde gefordert, die Tscherkessen als Vertriebene anzuerkennen und die Rückkehr ihrer Nachkommen aus verschiedenen Ländern des Nahen Ostens und

Republik der Kabardiner und Balkaren



Karte 13

Teilen der GUS zu unterstützen. Der Kongreß ratifizierte den Vertrag über die Konföderation der kaukasischen Bergvölker und sanktionierte die Schaffung einer Nationalgarde.

Im Frühjahr 1992 wandte sich das Parlament der Republik der Kabardiner und Balkaren an die Führung der Russischen Föderation und forderte, die 26 000 Hektar Land und 6 Dörfer zurückzugeben, die 1944 im Zuge der Deportation des balkarischen Volkes Nordossetien zugesprochen worden waren.

In ihrer langen Geschichte ist es zwischen Balkaren und Kabardinern niemals zu Konflikten gekommen. Die beiden zukünftigen Republiken halten vorläufig noch an Rußland fest in der Hoffnung, daß Moskau ihnen entgegenkommt und ihre Interessen berücksichtigt. Andernfalls werden Pläne für eine eigene Bergrepublik oder einen Tscherkessenstaat spruchreif, die den Austritt aus Rußland nach sich ziehen würden.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Naltschik liegt geographisch in der Mitte des Nordkavkasus. 1992 war es hier auf den Straßen noch ruhig; es waren keine Schüsse zu hören. Den Menschen ging es gut, alle hatten Strom und Gas, die Städte dazu noch fließendes Warmwasser. In der Republik werden Wolfram und Molybdän abgebaut und einzigartige Anlagen zur Entsalzung und Reinigung von Wasser, sogar von radioaktiv verseuchtem, hergestellt. Es gibt hier eine Reihe von Kurorten mit Mineralwasserquellen, Obstplantagen und Bergweiden. An allen neun Pässen, die die Republik der Kabardiner und Ralkaren mit Georgien verbinden, und an der Grenze Nordossetiens stehen Grenzposten. Man möchte verhindern, daß Waffen in die Republik eingeführt werden.

Im Juli 1992 versammelten sich in Naltschik Vertreter von regionalen Industrie- und Handelskammern der Russischen Föderation. Hier haben sie die Möglichkeit, Waren zwei- bis dreimal billiger als an den Warenbörsen zu erwerben.

Störenfriede. Jeder Bürger Rußlands kennt heute Juri (jetzt Mussa) Schanibow, Oberhaupt der Konföderation der kaukasischen Bergvölker, der in Naltschik wissenschaftlichen Kommunismus (jetzt heißt das Fach Politologie) unterrichtete. Am 23. September 1992 wurde er auf Anweisung der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation vorübergehend festgenommen. Dies machte auch in der Weltpresse Schlagzeilen.

Aufgebrachte Volksmassen demonstrierten acht Tage lang vor dem Haus der Sowjets in Naltschik. Beinahe hätten sie die Machthaber Kabardino-Balkariens dafür aus ihren Amtssesseln gefegt, daß sie die Verhaftung auf dem Territorium ihrer Republik zugelassen haben.

Die Menge hielt zu den abchasischen Aufständischen und wollte für sie Lebensmittel sammeln, Waffen organisieren und Freiwillige schicken. Zugleich bestand sie auf der Bestrafung der Georgier, dem sofortigen Abzug des russischen OMON (Sondereinheiten des Innenministeriums) aus der Republik sowie dem Rücktritt der Regierung, des Parlaments, des Präsidenten, des Staatsanwalts und des Innenministers von Kabardino-Balkarien.

Moskau veranlaßte daraufhin, daß Schanibow schleunigst aus Rostow am Don geholt und nach Naltschik gebracht wurde, um die

Republik der Kabardiner und Balkaren

Demonstranten zu beruhigen. In aller Eile wurde auch der kurz zuvor verhängte Ausnahmezustand aufgehoben. Die Führung der Republik machte allerlei Zugeständnisse. Die Leidenschaften legten sich.

Es stellte sich heraus, daß im Fall einer territorialen Spaltung eine Übereinkunft zwischen den Kabardinern und den Balkaren über die neuen Grenzen so gut wie unmöglich ist.

Die unter Stalin verfolgten Balkaren waren der Konföderation der kaukasischen Bergvölker nicht beigetreten. Sie wurden auch daran erinnert, daß sie zu 70 Prozent auf kabardinischem Land leben.

In der internationalen Presse wurde in jüngster Zeit oft über Juri Kalmykow, Doktor der Rechtswissenschaften, seit Januar 1992 Vorsitzender des Kongresses des kabardinischen Volkes, geschrieben. Der in Karatschajewo-Tscherkessien geborene Tscherkesse studierte in Leningrad, lehrte 30 Jahre lang Jura in Saratow und wurde dort zum Volksdeputierten des Obersten Sowjets der UdSSB gewählt. Seit 1990 war er Vorsitzender der gesetzgebenden Kommission. Er ist Präsident der Internationalen Assoziation der Tscherkessen. Als im August 1992 in Abchasien die Konflikte ausbrachen, äußerte sich Kalmykow unumwunden: «Die Völker Tscherkessiens werden nicht eher zur Buhe kommen, als die georgischen Truppen das Territorium des mit ihnen brüderlich verbundenen Abchasiens verlassen haben. Heute kommt es vor allem darauf an, Waffen zu kaufen, nicht zuletzt Panzergranaten, Geschütze und Flakraketen» (Megapolis-Express vom 2. September 1992). Über Schewardnadse sagte er in der Iswestija vom 28. August 1992 folgendes: «Ein wahrer Demokrat würde nicht die Invasion in eine Bepublik befehlen, deren <Schuld> einzig und allein darin besteht, daß sie ihren politischen Status verändern will. Allerdings kann ich mich irren, möglicherweise stand Eduard Schewardnadse unter dem Druck von reaktionären Kräften, doch auch dann wäre sein Verhalten nicht zu entschuldigen.» Neuerdings sind die Bürger Karbar-dino-Balkariens mit einem nicht enden wollenden Strom von Flüchtlingen aus Abchasien (Armenier, Abchasen, Bussen), Südossetien und Armenien konfrontiert.

Kalmykien

AIDS und Urangruben

Seit Februar 1992 lautet die offizielle Bezeichnung dieses Landes Republik Kalmykien bzw. Halmg Tangtsch. Die Kalmyken sind ein mongolischsprachiges Volk, das schon vor langer Zeit einen eigenen Staat gebildet hat. Vor 400 Jahren, nach dem Zerfall der Goldenen Horde im 15. Jahrhundert, unterzeichnete der kalmykische Khan das Abkommen über den Beitritt Kalmykiens zum Russischen Reich. Über die Kalmyken schrieben schon Puschkin und Dumas. 1814 zog in Paris ein kalmykisches Kamelreiterregiment ein. Honore de Balzac war unter den Zuschauern und schrieb die Erzählung «Kalmyken in Paris». Wladimir Lenins Großmutter war Kalmykin...

Im Dezember 1943 hat man die Kalmyken in Güterwagen gepfercht und nach Sibirien oder in die Fernostregion, viele tausend Kilometer von ihrer Heimat entfernt, abtransportiert. Die Kalmykische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik wurde aufgelöst. Nach Stalins Tod durften die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren; 1958 wurde die Kalmykische ASSR wiederhergestellt, jedoch auf einem wesentlich kleineren Territorium. 1992 erklärten sich die Behörden des benachbarten Gebiets Astrachan offiziell damit einverstanden, die Territorien, die den Kalmyken vor dem 27. Dezember 1943, also vor ihrer Deportation, gehört hatten, zurückzugeben.

Die Kalmykische Republik liegt im äußersten Südosten des europäischen Teils Rußlands. Auf einem Territorium von 76 000 Quadratkilometern leben 150 000 Kalmyken. Die Gesamtzahl der Einwohner beträgt 400000. Obwohl die Russen dominieren, nimmt ihr Anteil allmählich ab. Bis 1992 gab es in der Republik keine antirussischen Aktivitäten, dennoch verließen viele Russen sowohl unter Gorbatschow als auch unter Jelzin das Land. 1991 begannen die Behörden, an die wenigen noch lebenden Vertriebenen minimale Entschädigungen – 3 000 Rubel (etwa 30 Dollar) pro Familie – zu zahlen.

1992 wurde offiziell bestätigt, was die Bewohner von radioaktiv gefährdeten Zonen Kalmykiens schon lange befürchtet hatten. Niemand hatte sich die Mühe gemacht, den Abraum der intensiven Uranerzförderung zu entsorgen und sachgerecht zu lagern. Obwohl die



Karte 14

Uranerzgruben schon vor 20 Jahren stillgelegt worden sind, zeigen die Meßgeräte in einem Umkreis von vielen Kilometern ein Strahlungsniveau von 100 bis 400 Mikroröntgen pro Stunde an. Nach dem Krieg wurde hier keine Rücksicht auf die technische Sicherheit bei der Uranerzförderung genommen; alles sollte unter strenger Geheimhaltung möglichst schnell und billig vonstatten gehen. Erst Anfang 1992 erklärten sich die russischen Behörden bereit, die geheimen Daten über die radioaktiv verseuchten Zonen Kalmykiens offenzulegen. Bis dahin wurden sie von den Sanitätsbehörden systematisch verschwiegen. Kinder badeten in radioaktiv verseuchten Teichen, in der Nähe stillgelegter Urangruben organisierte man Kinderferienlager. Die Zahl der Krebskranken nahm zu. Es war wohl kein Zufall, daß Elista, die Hauptstadt Kalmykiens, der erste Ort in der UdSSR war, wo eine große Gruppe von Kleinkindern mit Aids infiziert wurde. Die Strahlung hatte auch ihr Immunsystem geschwächt.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Für solche «Geschenke» können die Kalmyken den Russen oder, genauer gesagt, dem Kreml kaum dankbar sein. Kalmykien ist wie vor 1917 immer noch ein reines Viehzuchtgebiet. Selbst Schafwolle wird in anderen Gebieten Rußlands verarbeitet. Das gleiche geschieht auch mit dem Fleisch, dem Leder sowie mit dem Erdöl. Alles wird zu niedrigen Preisen als Rohstoff ausgeführt. Die Planwirtschaft verstand es sehr gut, derartige Prozesse zu lenken und ganze Regionen künstlich auf niedrigerem ökonomischem Niveau zu halten.

Die Führung Kalmykiens bewertete den Bau des Wolga-Tschograj-Kanals durch die kalmykischen Steppen als Jahrhundertverbrechen. Nach den Protesten der Bewohner war das Projekt eingestellt worden. Dennoch behindert das halbfertige Kanalbett die Migration von 160000 Saiga-Antilopen und das Weiden von Hausvieh; das Kanalbett füllt sich mit salzigem Grundwasser. Der erhoffte Gewinn aus der zukünftigen Bewässerung neuer Ländereien würde die Verluste nicht decken, die wegen der zu Sandwüsten verwandelten Weiden in der Kanalzone entstanden sind. Einige Dutzend artesische Brunnen und die Versorgung ihrer Wirtschaften mit notwendigen Landmaschinen würden die örtlichen Schafhirten durchaus zufriedenstellen. Bei den Planungen für den Kanalbau wurden die Kalmyken in Moskau nicht nach ihrer Meinung gefragt.

In Kalmykien werden alljährlich bis zu 200 000 Tonnen wertvollster Weizenarten geerntet, außerdem züchtet man Vollblutpferde. Es wird beabsichtigt, die Erdöl- und Erdgasgewinnung in der Küstenschelfzone des Kaspischen Meeres den Amerikanern und Südkoreanern in Konzession zu geben, wobei alle ökologischen Normen eingehalten werden sollen. Dies ist wichtig für die in den Küstengebieten lebenden Störe, die den wertvollen schwarzen Kaviar liefern.

Bei vernünftiger Wirtschaftsführung könnten auch die Saiga-Antilopen, diese Zeitgenossen der Mammute, enorme Profite bringen. Was das Futter betrifft, konkurrieren die Saiga-Antilopen nicht mit dem Hausvieh, da sie andere Nahrung bevorzugen als die Schafe. Die Steppenantilopen liefern wohlschmeckendes Fleisch, aus ihren Häuten kann qualitativ hochwertiges Chromleder produziert werden; aus ihren Hörnern gewinnt man eine wertvolle Arznei. Die Saiga-Antilopen wandern schon seit Jahrtausenden über die Steppen des Kaspi-

Küstengebiets und Kasachstans; einst waren sie auch in den Steppen am Schwarzen Meer anzutreffen. Um ihre Bestände in Kalmykien zu erhalten, wird jetzt das Reservat «Schwarze Ländereien» eingerichtet. Die schlimmsten Feinde der Saiga-Herden bleiben aber nach wie vor die Wilddiebe.

Nordossetien

Der Hauptbrückenkopf für russische Truppen im Kaukasus

Außer Nordossetien gibt es noch Südossetien, das zur Republik Georgien gehört. Zu Georgien gehört bekanntlich auch Abchasien. Bestimmte Gruppen der Osseten und Abchasen gehören der Konföderation der kaukasischen Bergvölker an. Diese erklärten noch 1991, sie werden danach streben, einen gesamtkaukasischen Staat zu schaffen, der Abchasien, Dagestan, die Republik der Karatschaier und Tscherkessen, die Adygeische Republik, die Republik der Tschetschenen, die Republik der Kabardiner und Balkaren, Inguschetien, Kalmykien, sowie Nord- und Südossetien umfassen soll. Ein solcher Staat sollte nach den Vorstellungen der Konföderation völlig unabhängig sein von der UdSSR und ihren Rechtsnachfolgern, Rußland und der GUS.

Böse Zungen sagen, daß gerade diese Perspektive bestimmte Kreise in Moskau dazu veranlaßt, alles, was die Völker des Nordkaukasus voneinander trennen könnte, zu fördern. An Differenzen mangelt es in dieser Region tatsächlich nicht. Es gibt nicht genug Ackerland, die Region ist überbevölkert, viele Menschen, die von Stalin gewaltsam und widerrechtlich aus ihren Heimatorten vertrieben wurden, fordern jetzt ihr Recht ein, in ihre Heimat zurückzukehren. Das Land ist aber schon von anderen besetzt, die ihrerseits gegen ihren Willen dorthin umgesiedelt worden waren.

1991 wurde das Gesetz der Russischen Föderation über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker verabschiedet. Da der russische Staatshaushalt leer ist, goß man mit diesem Gesetz nur Öl ins Feuer. Die alten territorialen Streitigkeiten flammten mit neuer Kraft auf, während der Kreml nach wie vor nicht bereit ist, Entschädigungen

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

an die Opfer zu zahlen. Dabei könnten die Konflikte um Abstammung und Herkunft beigelegt werden, indem man Baukredite gewährt, das Land privatisiert und das freie Unternehmertum unterstützt.

Die kurzsichtige Politik des Kremls hat nicht nur die 25 Millionen Russen, die außerhalb der Grenzen der Russischen Föderation leben, zu Geiseln und potentiellen Flüchtlingen gemacht. In der gleichen Lage befinden sich auch etliche Millionen Russen, die in den autonomen Gebieten Rußlands wohnen. Ebenso trifft es die Menschen anderer Nationalitäten, die seit Jahrhunderten auf dem Territorium dieser ehemaligen autonomen Gebiete leben, die jetzt souveräne Staaten sind. Ohne die Hilfe Moskaus ist es jedoch praktisch unmöglich, die meisten dieser Nationalitätenkonflikte und gegenseitigen Forderungen beizulegen bzw. zu befriedigen.

Die Kreml-Führung versuchte Ende der achtziger Jahre massiv die Parteibonzen Südossetiens, deren Macht ins Wanken geriet, gegen die nichtkommunistischen Führer Georgiens aufzuhetzen. Nach zwei Jahren Krieg gegen Tiflis drohten die Führer Südossetiens damit, in Georgien eine atomare Anlage zur Explosion zu bringen, ohne freilich zu präzisieren, was genau gemeint ist. Fast die gesamte Zivilbevölkerung Südossetiens floh in die Hauptstadt Nordossetiens. 1992 strömten 130 000 Flüchtlinge nach Wladikawkas.

Hinzu kam das Problem der Inguschen. 1944 wurde das Territorium Nordossetiens um eine 16 000 Quadratkilometer große Fläche der benachbarten Republik der Tschetschenen und Inguschen vergrößert, von wo die Inguschen auf Befehl Stalins nach Sibirien deportiert worden waren. Nach dem Tod des «Vaters aller Völker» stellte Nikita Chruschtschow die Republik der Tschetschenen und Inguschen wieder her, jedoch auf einem kleineren Territorium. Fast fünfzig Jahre sind vergangen, ein Teil der überlebenden Inguschen ist in seine Heimat zurückgekehrt. Jetzt kommt es zu Spannungen zwischen ihnen und den Menschen, die auf ihrem angestammten Boden und in ihren ehemaligen Häusern leben.

Im Prinzip sind die Inguschen bereit mit den zugezogenen Osseten in ihrer einstigen Heimat Seite an Seite zu leben. Wird aber ein solcher Frieden dauerhaft sein?

Moskau will verständlicherweise den Nordkaukasus nicht aufgeben. Es ist aber auch nicht imstande, für einstiges Unrecht und für die

heutige Präsenz zu zahlen. Die Folgen sind bekannt: In Südossetien kam es 1992 zum Krieg. In Nordossetien herrscht der Ausnahmezustand, bei dem es immer wieder zu Schießereien zwischen Osseten und Inguschen kommt. Letztere fordern nicht nur den Prigorodny-Bezirk Nordossetiens, sondern auch den angrenzenden Teil der Stadt Wladikawkas zurück.

Immer mehr Russen verlassen heute Nordossetien. Sie befürchten, daß man sich an ihnen für die blutige Zerschlagung einer friedlichen Demonstration im Jahre 1981 in Wladikawkas, dem ehemaligen Ord-schonikidse, rächen wird. Ende 1991 begann in Wladikawkas offiziell der massenweise Verkauf von Schußwaffen. Es wurden Schützengräben, Barrikaden und Verteidigungslinien angelegt. Wann wird jemals die malerische Grusinische Heerstraße über den Haupt Rücken des Kaukasus, die von russischen Dichtern vieler Jahrhunderte besungen wurde, für Touristen und Geschäftsleute wieder freigegeben werden? Die Einwohner Nordossetiens könnten allein durch den gut organisierten Fremdenverkehr ein Leben im Wohlstand führen. Auf ihrem Territorium liegen die bekannten Kurorte Kislowodsk, Naltschik und Pjatigorsk mit ihren Mineralwasserquellen. In dem kürzlich eröffneten medizinischen Zentrum bei Wladikawkas werden unter Leitung des Professors der Nordossetischen Universität, Rudolf Lochow, Krebskranke mit dem hier entwickelten Präparat «RL-175» behandelt. Dabei handelt es sich um ein äquivalentes Mittel zu dem vielfach angewandten Biophosphomid; RL-175 ist jedoch nicht so toxisch und zeigt keine gefährlichen Nebenwirkungen.

1991 und 1992 wurde Nordossetien zum wichtigsten Brückenkopf der russischen Streitkräfte in der gesamten Kaukasusregion einschließlich Transkaukasiens. Im Nordkaukasus sind die Osseten das einzige Volk mit traditionell christlichem Glauben. Aber auch sie scheinen bereit zu sein, sich nach einem besseren Beschützer umzuschauen und Rußland den Rücken zu kehren. Vorläufig ist Moskau nicht imstande, den Bürgerkrieg in Südossetien zu beenden und die Inguschen von ihren Forderungen abzubringen, Wladikawkas auch zu ihrer Hauptstadt zu machen. Der Stadtteil am rechten Flußufer von Wladikawkas war unter der Sowjetmacht eine Zeitlang die

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Hauptstadt Inguschetiens. Würde Wladikawkas wieder zu einer doppelten Hauptstadt werden, gebührte ihr eine Eintragung ins Guinnessbuch der Rekorde. Das gleiche gilt für die Osseten selbst, die es fertiggebracht haben, in der UdSSR einige Monate lang zwei Sozialistische Sowjetrepubliken zu haben. Sie waren die Nachfolgerepubliken der ehemaligen Nordossetischen Autonomen Republik, die Rußland angehörte, und des Südossetischen Autonomen Gebiets, das sich in Georgien befand.

Zum Frühjahr 1993 sollen in Wladikawkas 1150 Wohnungen gebaut werden. Türkische Ruarbeiter haben auf ossetischem Roden mit deutschem Geld eine Siedlung für aus Deutschland heimkehrende russische Offiziere errichtet. Werden diese aber hier eine neue Existenz aufbauen können?

Krieg zwischen Osseten und Inguschen. Die Auseinandersetzungen brachen im November 1992 aus. Am 4. Juni 1992 war Inguschetien als neue Republik der Russischen Föderation gegründet worden. Am 21. Juni warnte die Zeitung *Moscow News* vor den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben würden, daß das nordossetische Gebiet Prigorodny laut Gesetz binnen anderthalb Jahren unter die Jurisdiktion Inguschetiens gestellt werden soll. Das Blatt zitierte Viktor Medwedizki, ehemals Innenminister Nordossetiens: «Das Gesetz über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker wird die unterschiedlichen Ansichten in bezug auf den Rayon Prigorodny nicht aus der Welt schaffen. Eigentlich liegt hier das Nagorny-Karabach-Syndrom vor, ein Krieg ist unvermeidbar.»

Es gab in Rußland keine Zeitung, deren Journalisten nicht ausführlich über den offenen Waffenmarkt in Nasran, der größten Stadt Inguschetiens, berichtet hätten. Auf dem Rasar neben der Autobahn Rostow-Raku konnte man so ziemlich jedes Kriegsgerät erstehen, vom Hubschrauber und Schützenpanzerwagen bis zu Maschinenpistolen und Maschinengewehren. Und das alles auf russischem Roden, zehn Minuten zu Fuß von der Vertretung des Obersten Sowjets der Russischen Föderation. Dabei konnte man noch 1992 für den Resitz einer kleinen Gasflasche laut Gesetz verhaftet und durch ein Gericht verurteilt werden.

In Gesprächen mit Journalisten bezeichneten Sergej Chetagurow, Vorsitzender des Ministerrates Nordossetiens, Ibragim Kostojew, stellvertretender Bevollmächtigter des Obersten Sowjets der Russischen Föderation in Inguschetien, und Viktor Gafarow, stellvertretender Befehlshaber der Truppen des Innenministeriums der Russischen Föderation, das Vorgehen der russischen Führung im Kaukasus sei ungeschickt (*Prawda* vom 8. Oktober 1992). Der gleichen Zeitung vom 19. November 1992 zufolge waren in Wladikawkas schwarze Listen der in der Stadt lebenden inguschischen Familien in Umlauf.

Niemand setzte sich rechtzeitig für ihren Schutz ein, und sie mußten aus Furcht vor einem Massaker die Hauptstadt verlassen. In ihren Wohnungen und Häusern quartierten sich sofort Flüchtlinge aus Südossetien ein. Als die ossetischen Militäreinheiten mit Kampfhandlungen auf dem Lande begannen, befand sich in ganz Nordossetien kein einziger Ingusche mehr. Anfang November 1992 rollten Lastwagen mit Möbeln und Hausrat über die Pässe des Großen Kaukasus nach Südossetien. Südossetische Flüchtlinge bereicherten sich an den inguschischen Flüchtlingen. Nach dem gleichen Schema wurden Armenier in Sumgait und Baku massakriert und aus ganz Aserbeidschan vertrieben. Die Vertreiber und Mörder waren vor allem Aserbeidschaner, die ein Jahr zuvor von armenischem Gebiet vertrieben worden waren. Beim Weiterverkauf von Waffen, verlassenen Häusern und sonstigem Besitz bereicherten sich armenische und aserbeidschanische Geschäftemacher. Und was geschieht, wenn die Kosaken der Region Stawropol mit den Inguschen ebenso verfahren wie die Osseten? Im Jahr 1957 kehrten die Inguschen aus der Verbannung heim. Als Ausgleich für den an die Osseten abgetretenen Rayon Prigorodny bekamen sie ein von der Region Stawropol abgetrenntes Stück russisches Land.

Bevor die Kriegshandlungen zwischen den Osseten und den Inguschen begannen, hätte man die Lage relativ leicht durch sozialpolitische Maßnahmen entschärfen können. Die Probleme der südossetischen Flüchtlinge waren eine zusätzliche Belastung für das Leben in Nordossetien. 60 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung sind in Inguschetien arbeitslos. Die souveräne Republik hat eine einzige Lehrereinrichtung zur Ausbildung von Fachleuten (eine land-

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

wirtschaftliche Fachschule) und zwei kleine Industriebetriebe (eine Wirkwarenfabrik und ein Werk für landwirtschaftliche Geräte). Zehntausende Inguschen wandern auf der Suche nach Broterwerb durch Rußland. Ist das kein Zündstoff für weitere Konflikte?

Anfang November 1992 demonstrierten mehrere tausend Inguschen mit umgebundenen weißen Tüchern, um zu zeigen, daß sie zu sterben bereit seien. Sie erklärten den Vertretern Nordossetiens und Rußlands den heiligen Krieg, weil diese «einen neuen Massenmord am inguschischen Volk vom Zaune gebrochen haben». Die Inguschen waren einmütig in der Verurteilung Rußlands, sie beschuldigten russische Truppen einer direkten Unterstützung der ossetischen Freischärler. Die Alten unter den Inguschen sagten mit Tränen in den Augen, es sei schlimmer zugegangen als während der Deportation von 1944. Diesmal wurden Hunderte Inguschen getötet, Tausende als Geiseln genommen, Zehntausende verwundet oder zum Flüchtlingsdasein verdammt.

Ein bedeutender Teil der Inguschen-Gemeinschaft übt scharfe Kritik an deren Wortführern, die für den Beitritt Inguschetiens zu Rußland plädiert haben. Die Führung von Nasran wandte sich an die Konföderation der kaukasischen Bergvölker mit dem Appell, ihre bewaffneten Truppen als friedensstiftende Streitkräfte einzusetzen, um damit die russischen Truppen in dieser Rolle vollständig zu ersetzen.

Die Regierung der Russischen Föderation gab im November 1992 bekannt, sie werde für die Flüchtlinge aus Nordossetien zwölf Millionen Rubel (30 000 Dollar nach dem damaligen Kurs bzw. 5 bis 10 Dollar pro Person) als humanitäre Hilfe bereitstellen. Die Nordossetische SSR und die Republik Inguschetien sollten aus den Vorräten der Russischen Föderation je 100 Tonnen Graupen, 1 000 Tonnen Mehl und Brennstoff zu festen Preisen erhalten. In Wladikawkas erschienen Spitzenvertreter der russischen Regierung. Nach den wenig erfolgreichen Friedensinitiativen der Russischen Föderation in Karabach, Südossetien und Abchasien war man diesmal in Moskau wirklich beunruhigt. Einer alten sowjetischen Tradition folgend kamen einige hundert russische Untersuchungsrichter nach Wladikawkas und richteten eine provisorische Kriminalbehörde ein.

Rußland versprach, Nordossetien mit Waffen zu versorgen und zwei Regimenter voll auszurüsten.

Daß das russische Friedenskontingent offen zu Nordossetien hielt, zeigte auch die Art, wie der Ausnahmezustand in der Region gehandhabt wurde: Die Inguschen wurden entwaffnet, während die Osseten ihre Waffen behalten durften.

Die aktuelle Fernsehberichterstattung aus der Region war äußerst einseitig. Zutiefst beleidigt, ja erschüttert waren die Inguschen, als das russische Fernsehen das Interview mit einem hochrangigen Vertreter Nordossetiens brachte. Am Ende des Interviews kam unerwartet der Satz: «Sie alle dort sind Schakale.» Gemeint waren damit die Inguschen; und das mußten die sunnitischen Moslems aus dem Mund eines orthodoxen Christen vernehmen.

Die provisorische Militärverwaltung beabsichtigt wohl, für länger in der Region zu bleiben. Die Politiker Nordkasiens waren befremdet, als sie erfuhren, daß sich die Koordinierungsbefugnisse des Leiters der provisorischen Militärverwaltung nicht nur auf das Notstandsgebiet, sondern auch auf Kabardino-Balkarien, Karatschajewo-Tscherkessien, Adygeja, die Regionen Krasnodar und Stawropol sowie das Gebiet Rostow erstreckten.

Der erste Krieg seit 50 Jahren auf dem Territorium Rußlands brach nicht von ungefähr in Wladikawkas aus. Die Tragödie in Südossetien dauert schon drei Jahre. Den Schlüssel zum Verständnis des logisch schwer erklärbaren Verhaltens Rußlands in Kaukasien lieferte die Zeitung *Moskowski komsomolez* vom 18. Juni 1992. In jenem Sommermonat war Südossetien für Rußland das Problem Nummer eins. Wie der Vorsitzende des russischen Parlaments, Ruslan Chasbulatow, erklärte, sei Rußland bereit, Südossetien nicht nur in die Föderation aufzunehmen, sondern es auch gegen georgische Truppen mit Waffengewalt zu verteidigen. Das wurde am Vorabend der entscheidenden georgisch-ossetischen Verhandlungen gesagt, an denen Jelzin höchstpersönlich teilnehmen wollte. Wenn es Chasbulatow ernst damit war, dann fragt man sich, warum Moskau den Sturz Gamsachurdias und die Übernahme der Regierungsgewalt durch den Rußland freundlich gesinnten Schewardnadse unterstützt hat?

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Auch Vizepräsident Alexander Ruzkoi hatte, scheinbar im Übereifer, Georgien einen Krieg angedroht, weil es das kleine südossetische Volk ausrotte. «Und nun stellt sich heraus», schrieb ein Reporter der *Literaturnaja gaseta* nach seiner Rückkehr aus Zchinwali (1. Juli 1992), «daß es bei uns eine <Kriegspartei> gibt, die die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes, lies: der Rüstungsmafia, wahrnimmt, die um so mehr Macht und Geld hat, je mehr Blut vergossen wird...»

Der südossetische Parlamentssprecher Tores Kulumbekow gab im August 1992 bekannt, daß Flüchtlinge nach nunmehr drei Jahren des bewaffneten ossetisch-georgischen Konflikts heimkehren können. Es sei ein Programm zum Wiederaufbau Südossetiens erarbeitet worden; Rußland und Georgien, sagte er, wollten in den kommenden fünf Jahren zur Verwirklichung dieses Programms 40 Milliarden Rubel ausgeben. Im Oktober 1992 faßte die russische Regierung einen Beschluß, wonach im laufenden Jahr für den Wiederaufbau in Südossetien 500 Millionen Rubel bereitgestellt und dann als ein Teil der Kredite für Georgien abgeschrieben werden sollen. — Wie nett! Doch auch diese, im Vergleich zu der versprochenen geringen Summe, wurde Südossetien im vergangenen Jahr nicht gewährt. Das erklärte jedenfalls Tores Kulumbekow gegenüber der *Nesawissimaja gaseta* vom 21. November 1992.

Die Osseten zu beiden Seiten des Kaukasusgebirges müssen den Leichtsinn ihrer Politiker teuer bezahlen, obwohl sie genug Ratgeber zu haben scheinen. Etwa eine halbe Million Osseten leben außerhalb ihrer beiden nationalen Republiken. Im Oktober 1992 veranstalteten sie in Wladikawkas sogar einen Volkskongreß der Osseten. Unter ihnen waren Kim Zagolow, General und bekannter Afghanistan-Kämpfer, der beim Volk beliebte Milliardär Taras Kibisow und Alexander Dsassochow, ehemaliger Botschaft der UdSSR in Syrien und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU kurz vor deren Auflösung (er gilt als Kandidat für den Posten des Führers der Republik, einmal war er schon 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU).

Die ehemaligen Kollegen Schewardnadse und Dsassochow werden vielleicht miteinander auskommen. Besser als alle anderen müssen sie wissen, daß es in kaukasischen Kriegen keinen Sieger geben kann. Und

wenn noch Kosaken in den Krieg eingreifen... Die bei Mosdok in Nordossetien lebenden Kosaken haben bereits erklärt, daß sie ihre Unabhängigkeit nicht nur für wünschenswert, sondern auch für unverzichtbar halten.

Aber Unrecht geschieht auch den Russen. Sie bekleiden nur 5 bis 7 Prozent der Nomenklatura-Ämter in der Republik. In Nordossetien leben bekanntlich 535 000 Osseten und 190 000 Russen.

Tschetscheno-Inguschetien

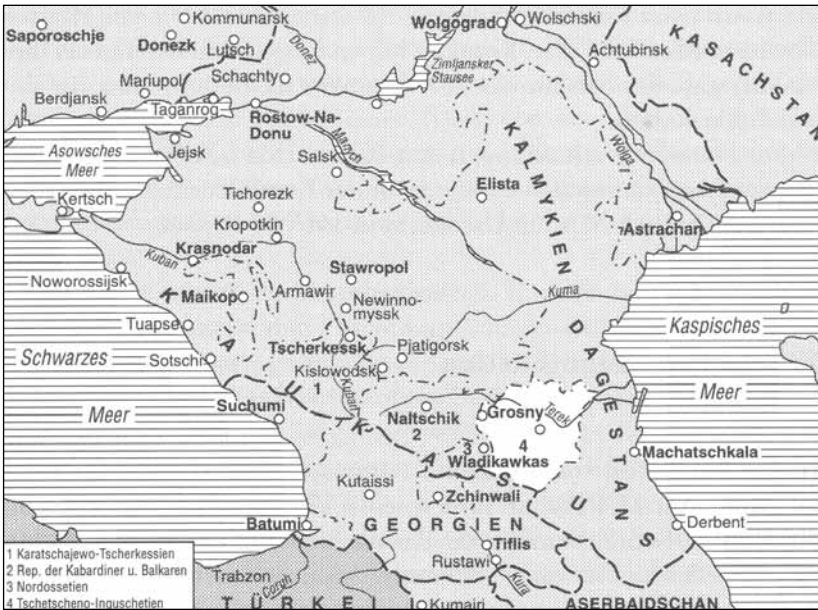
Umzingelt

Wissen Sie etwas vom Schicksal der tschetschenischen Siedlung Chaibach? Am 27. Februar 1944 wurden alle ihre Einwohner von einem NKWD-Sonderkommando, das die Deportation der Tschetschenen durchführte, in einer Scheune zusammengetrieben und bei lebendigem Leibe verbrannt. Es war zu umständlich, die Leute aus dem hoch im Gebirge liegenden Dorf abzutransportieren. Das haben Russen getan, sagen die Tschetschenen, wenn sie sich an diese Greuelthaten erinnern. Chaibach wird noch vielen Generationen der Tschetschenen im Gedächtnis bleiben. Aber auch die Russen sollen von diesem Verbrechen wissen.

Die kurzsichtige Politik der russischen Zentrale gegenüber den nationalen Minderheiten kam am deutlichsten am Beispiel der Republik der Tschetschenen zum Ausdruck. In Moskau war man seit Jahrhunderten gewohnt, in den Provinzen herzukommandieren, ohne auf die Meinungen und Erwartungen nicht-russischer Völker ernsthaft einzugehen. «Tölpel» oder «Schwarze» sind noch die mildesten Bezeichnungen, die die Russen für die Stammbewohner des Kaukasus haben.

Während in den Unionsrepubliken unter den Kommunisten schöne Hauptstädte erbaut und die Intelligenz sowie die Nationalkultur gefördert wurden, blieben für die autonomen Republiken nur ein paar Brotkrumen. Der Grund dafür war, daß die autonomen Republiken nicht im Politbüro des ZK der KPdSU vertreten waren und auch

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung



Karte 15

keine mächtigen Gönner hatten. Erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurden die Zeitungen auf Tschetschenen wie Saschi Umalatowa, die erste tschetschenische Schweißerin und Verteidigerin der KPdSU, aufmerksam, auf Ruslan Chasbulatow, den Vorsitzenden des russischen Parlaments, General Dschochar Dudajew oder Abdurachman Awtorchanow, ein Sowjetologe aus München. Noch vor zwei Jahren kannten die Sowjetmenschen höchstens den Tänzer Machmud Essambajew, wobei keiner ahnte, daß er ein Tschetschene ist.

Boris Jelzin zeigte genug politische Weitsicht, um allen Völkern des ehemaligen Zarenreiches, der ehemaligen UdSSR und der jetzigen Russischen Föderation weitestreichende Rechte und Souveränität zu gewähren. Jelzin tat das, um Rußland zu retten. Das russische Parlament und der Vizepräsident der Russischen Föderation, Alexander Ruzkoj, vertraten 1991 und 1992 die entgegengesetzte Meinung und drohten Tschetschenien und Tatarstan für ihr Streben

nach Unabhängigkeit mit allen nur erdenklichen Sanktionen. Indessen möchten alle Völker der Russischen Föderation, darunter auch die Tschetschenen, in Frieden und engem Wirtschaftsbund mit Rußland leben, Moskau aber sieht die Probleme anders. Dementsprechend entwickeln sich auch die Ereignisse.

Seit Anfang der neunziger Jahre verließen 90 000 Russen das mohammedanische Tschetschenien. Zumindest 80 Prozent der Bevölkerung des Nordkaukasus stehen unter dem Einfluß des Islam. Rußland zieht alle seine Truppen aus Transkaukasien ab. Es kann nicht umhin, auch in allen nationalen Republiken des Nordkaukasus das gleiche zu tun.

Die Tschetschenische Republik, die 1991 gegen den Willen Moskaus entstand, ist die einzige unter den Bergvölkerrepubliken der ehemaligen Sowjetunion, die auf voller Unabhängigkeit und Lostrennung von Rußland besteht. Mit schwindendem Einfluß Rußlands im Kaukasus nehmen die Gestaltungsmöglichkeiten Tschetscheniens in der kaukasischen Politik zu. Wenn heute das Wort «Tschetschene» fällt, zuckt jeder Russe unwillkürlich zusammen. Sie denken dabei an die Presse- und Fernsehberichte über Morde und Totschlag. «Tschetschene» ist zu einem Synonym für brutale Gewalt geworden, die sich nicht einmal durch Bestechung aufhalten läßt. Es gibt jedoch noch einen anderen Aspekt in bezug auf Tschetschenien, wenn man die Geschichte der Beziehung zwischen Tschetschenen und Russen bedenkt. Kaum ein Volk Europas hatte solch eine tragische Geschichte wie die Tschetschenen. Das Drama der Russen liegt darin, daß sie aus der Geschichte nichts lernen wollen. Die Engländer räumten Afghanistan, als ihnen klar wurde, daß sie es nicht besiegen können. Die sowjetischen Truppen vernichteten in Afghanistan eineinhalb Millionen Menschen, machten weitere drei Millionen Afghanen zu Flüchtlingen und mußten das Land dennoch ruhmlos verlassen. Die UdSSR ist einige Monate nach dem vollständigen Abzug der Russen aus Afghanistan zusammengebrochen. Ähnlich verhält es sich im Falle des Nordkaukasus.

Haben die Russen etwa Wohlstand nach Tschetschenien gebracht?

Grosny, die Hauptstadt der Republik der Tschetschenen und

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Ingusehen, erinnert an einen durch schwere Arbeit ausgemergelten Hilfsarbeiter. Dieses Ballungszentrum der Petrochemie ist in Rauchschwaden gehüllt und von nie verlöschenden Gasfackeln beleuchtet. Grosny gehört zu den fünf ökologisch am meisten verschmutzten Städten Rußlands. Der Fläche, der Bevölkerung und dem Wirtschaftspotential nach ist Tschetschenien zehnmal so groß wie Inguschien. Die Tschetschenen und Inguschen sind sprachlich eng verwandt und bilden zusammen das Volk der Wajnachan.

Im Februar 1944 wurden aus Grosny Tschetschenen und Inguschen in 640 Güterzügen abtransportiert. Das Wajnachenvolk wurde wegen «Hilfeleistung für den Feind», der dieses Territorium nie betrat, deportiert. Die Hälfte der Wajnachan kam während der Deportation nach Kasachstan und Sibirien ums Leben. Die anderen hatten Glück: Stalin starb 1953; außerdem mußten die Tschetschenen und Inguschen nicht im hohen Norden leben, von wo es für die Verbannten und Gefangenen praktisch keine Rückkehr gab.

NKWD-Chef Lawrenti Berija hat im Februar 1944 nicht alle Tschetschenen und Inguschen deportieren lassen. Die Menschen in den unzugänglichen Bergdörfern wurden einfach vernichtet. Es gibt Augenzeugenberichte, wonach Menschen im Kesenoj-Am-See ertränkt, samt ihren Häusern verbrannt, in ihren Verstecken mit Granaten beschossen oder aus der Luft bombardiert wurden. Die wenigen Überlebenden schlossen sich den Partisanen an. Um den bewaffneten Widerstand zu brechen, operierten in den Bergen Tschetscheniens und Inguschens bis Mitte der fünfziger Jahre einige NKWD-Sonder-divisionen.

1957 wurde die Autonome Republik der Tschetschenen und Inguschen wiederhergestellt. Teile ihres ehemaligen Territoriums gingen an Georgien, an die Region Stawropol, an Dagestan und Nordossetien. Als «Ersatz» wurden der Republik zwei Rayons angeschlossen, in denen russische Kosaken und Nogaier lebten. Die parteitreuen Behörden siedelten in den sechziger und siebziger Jahren Tschetschenen und Inguschen aus dem Hochgebirge in diese Rayons um. Dies führte nicht zu einer Assimilierung der Tschetschenen mit den Russen, sondern hatte zur Folge, daß die Kosaken diese Regionen verließen.

1982, als in allen nationalen Republiken der UdSSR auf Initiative des Kreml Festlichkeiten anlässlich des «freiwilligen Anschlusses» an Rußland abgehalten wurden, demonstrierte eine Gruppe von tschetschenischen und inguschischen Intellektuellen gegen dieses Jubiläum. Nach der Bildung der Volksfront und im Zusammenhang mit den Protesten wegen des ökologischen Notstands der Republik sowie dem Bau einer Chemiefabrik in Gudermes kam es seit 1988 in der Republik der Tschetschenen und Inguschen immer wieder zu Massenkundgebungen.

Die chronische Arbeitslosigkeit zwingt Hunderttausende Tschetschenen, als «Gastarbeiter» nach Rußland zu fahren und sich dort meist kriminell zu betätigen oder ein Geschäft anzufangen, was für die sowjetische Rechtsprechung ohnehin ein und dasselbe war. Um die Widerspenstigen einzuschüchtern, schickte Moskau regelmäßig ganze Brigaden von Vertretern der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichtsbehörden nach Tschetschnja, um tschetschenische Händler und Unternehmer hinter Gitter zu bringen. Es kam soweit, daß 1992 offiziell beschlossen wurde, keine Tschetschenen und Inguschen mehr in Moskauer Hotels zu beherbergen.

Die regierenden Kreise Rußlands verkündeten fast so etwas wie eine militärische Offensive gegen die Tschetschenische Republik. Als Antwort drohte der Präsident Tschetscheniens, General Dschohar Dudajew, Rußland mit «sehr großen Unannehmlichkeiten» und einem «zweiten Kaukasischen Krieg».

Der erste Kaukasische Krieg dauerte 100 Jahre. In den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts kostete Rußland der Feldzug des 300 000 Mann starken russischen Heeres gegen Imam Schamil, den schon dem Untergang geweihten Führer von Tschetschenien und Dagestan, ein Sechstel seines Staatshaushalts. 1859 ließ sich Schamil mit seiner ganzen Familie freiwillig gefangennehmen und lebte danach in der mittelrussischen Stadt Kaluga. Der Nordkaukasus wurde endlich dem Russischen Reich angeschlossen. Man bekommt oft zu hören: Wäre der Imam ein Tschetschene und kein Aware gewesen, hätten die Russen den Kaukasus bis heute nicht erobert.

Aber auch das harte Kolonialregime brachte dem Land keinen Frieden. Zu Aufständen gegen die russische Herrschaft kam es in Tschetschenien 1860/61, 1864 und 1877/78. Man siedelte die

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Tschetschenen und Inguschen um, baute neue Kosakendörfer, was aber nur dazu führte, daß sich im Kaukasus die «Abrek»-Bewegung entwickelte, die man heute wahrscheinlich als eine terroristische Organisation bezeichnen würde.

1917 kämpften die Tschetschenen und Inguschen gegen die Kosaken erbittert um Grund und Boden. Die Bolschewiken versprachen den Tschetschenen, die ihnen in der Zarenzeit weggenommenen Ländereien zurückzugeben, und zogen damit die Bergbewohner im Bürgerkrieg 1918-1920 auf ihre Seite. Von 1921 bis 1924 gab es die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Bergbewohner, an deren Stelle später die meisten autonomen Republiken des Nordkaukasus traten.

1929 begann in Tschetschenien die Zwangskollektivierung. Wieder wurde den Bergbewohnern der Boden weggenommen, und wieder entstand eine antirussische Bewegung, die bis in die sechziger Jahre hinein bestanden hat. Die Behörden verhafteten von Zeit zu Zeit (wie beispielsweise 1937) bis zu 10000 örtliche Beamte und Angestellte, was Moskau allerdings keinen Vorteil brachte. Anfang 1940 kam es zu einem Aufstand, bei dem die Kollektivwirtschaften aufgelöst wurden. Ein Teil der Republik der Tschetschenen und Inguschen erklärte seine Unabhängigkeit, bildete eine eigene Regierung und leistete den sowjetischen Truppen Widerstand. Im Frühjahr 1942 wurden die aufständischen Gebiete von der russischen Luftwaffe bombardiert; in vielen Dörfern kam die Mehrzahl der Einwohner um. Dennoch gelang es den Deutschen nicht, die Republik der Tschetschenen und Inguschen zu erobern. Die Vergeltung des Kreml, diesmal die endgültige, suchte das Land 1944 heim. Die Wajnachfrage war somit für Rußland vorerst gelöst.

Einmal wird Rußland aber gezwungen sein, sich aus dem Kaukasus zurückzuziehen, die Grenzen der Kosakenbezirke neu zu markieren und alle seine Truppen aus den Bergrepubliken abzuziehen. Andernfalls werden die Russen nichts gewinnen außer neue immense Ausgaben und neue Verwünschungen an ihre Adresse. Der Verlust von Grosny und Baku mit ihren fast erschöpften Erdölvorräten hat heute keine große Bedeutung für Rußland. Millionen von russischen Bauern, Arbeitern und guten Fachkräften würden nach Rußland umsiedeln, und

für ihre Niederlassung müßte Rußland dann das nötige Geld aufbringen. Der Kaukasus ist für Rußland schon längst zu einer kostspieligen und gefährlichen Last geworden. Damals verteidigte das russische Reich seine christlich-orthodoxen Glaubensbrüder in Transkaukasien. Dies rettete einerseits die Georgier und Armenier, andererseits führte es zum Kaukasischen Krieg. Vieles hat sich seitdem verändert. Eines gilt jedoch nach wie vor: Idealismus in der Politik kann zu großem Blutvergießen führen.

Alle Republiken des Nordkaukasus sind klein: Auf der Autobahn Baku-Rostow dauert die Reise von Machatschkala über Grosny und Wladikawkas nach Naltschik nur einen Tag. Rußland ist Hunderte Male größer. Dennoch stand Moskau im Herbst 1991 an der Schwelle eines großen Krieges im Kaukasus, gegen den der Afghanistan-Krieg ein Scharmützel gewesen wäre.

Gott hat Rußland beschützt. Im Herbst 1991 hat Präsident Jelzin den Ausnahmezustand in Tschetschenien ausgerufen und Sondereinheiten nach Grosny beordert. Russische Militärtransportflugzeuge landeten auf dem Militärflugplatz Chankala bei Grosny, der bereits von der tschetschenischen Nationalgarde umzingelt war. Der Anlaß für die militärischen Aktionen war die Verkündung der Unabhängigkeit der Tschetschenischen Republik durch Präsident Dudajew. Drei Tage später, am 8. November 1991, unterzeichnete Jelzin seinen Erlaß, den er kurz danach selbst als Fehler wertete, und zwar schon deshalb, weil der Erlaß praktisch nicht realisierbar war. Als Antwort rief Dudajew die Völker des Kaukasus auf, Rußland einen moslemischen Regionalkrieg zu erklären.

Durch einen einzigen Erlaß hat Jelzin die untereinander uneinigen Völker des Nordkaukasus zu einer antirussischen Einheitsfront vereint. Ausschlaggebend waren hier nicht die Barrikaden und Schützengräben in und um Grosny. Am 2. November 1991 verkündeten die Delegierten von 13 Völkern in Suchumi, der Hauptstadt Abchasiens, die Gründung einer Konföderation der kaukasischen Bergvölker und wählten einen Präsidenten, ein Parlament und Exekutivorgane. Die nationalen Streitkräfte unterstehen nun dem einheitlichen Kommando der Konföderation. Vor Jelzins Erlaß hatte Dudajew viele Gegner.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Moskau hat dem rebellischen Fliegergeneral dazu verholfen, Nationalheld des Kaukasus zu werden. Dudajew hat ganz Tschetschenien bewaffnet. Er drohte damit, die gesamten Öllieferungen nach Rußland zu blockieren (Tschetschenien ist der Monopolhersteller von Flugzeugschmierölen), und wandte sich an alle moslemischen Völker mit dem Aufruf, Moskau «im Namen unserer gemeinsamen Befreiung vom Teufel» in eine «Notstandszone» zu verwandeln. Für den schlimmsten Fall verbreiteten der Präsident und das Parlament Tschetscheniens einen Appell an die Völker des Kaukasus, «das Banner des Freiheitskampfes hochzuhalten» und «die Angst und die Qualen nach Moskau, in die Höhle des Bösen und der gegen die Völker gerichteten Gewalt, zu tragen». Am 9. November 1991 leistete Dudajew auf einer Kundgebung in Grosny, der 400 000 Menschen beiwohnten, der Republik der Tschetschenen den Treueid. Die Führer aller benachbarten Republiken unterstützten Dudajew. Dagestan versprach sogar militärischen Beistand.

Seit 1992 produziert Tschetschenien in seinen Betrieben Maschinenpistolen, verfügt über eigene Panzerbesatzungen und Fliegereinheiten. Der aus Jordanien gekommene Tschetschene Schamil Beno wurde Außenminister der Tschetschenischen Republik; es bestehen enge Beziehungen mit den zahlreichen tschetschenischen Minderheiten im Nahen Osten. Solange in Georgien Swiad Gamsachurdia an der Macht war, führte Tschetschenien aus der Türkei ungehindert alles ein, was es wollte, darunter auch große Mengen Waffen. Allerdings kann Tschetschenien nach wie vor alle Waffen, selbst große Raketenanlagen, gegen Schmiergelder (Rubel, keine Devisen) beim russischen Militär erwerben, sogar in der Fernostregion.

General Dudajew, geboren 1944, ist der erste tschetschenische General. Seine Frau ist Russin. Seine Kindheit verbrachte er in Kasachstan, dem Verbannungsort seines Volkes. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er seine Karriere genauso wie sein Freund Gamsachurdia beenden wird. Die innere Opposition, vertreten durch die ehemalige Partei-Nomenklatura und jüngere Nationalisten, hat schon den georgischen Präsidenten gestürzt und droht mit einer Restauration in Tschetschenien. Dies würde aber kaum die Positionen Rußlands stärken. Für die Bergbewohner könnte ein wirtschaftlich starker Partner interes-

sant sein, mit dem man handeln und Wirtschaftskontakte pflegen könnte. Wenn Rußland sich als ein solcher Partner präsentiert, wird sich alles wieder einrenken. Tschetschenien hatte große Hoffnungen mit Jelzin verbunden. Während des August-Putsches 1991 bildeten die Tschetschenen an den Mauern des Moskauer Weißen Hauses die größte nichtrussische Verteidigungsgruppe.

Weniger als ein Jahr später schickte der stärker gewordene Duda-jew Telegramme an Jelzin mit der ultimativen Forderung, eine Milliarde Rubel Bargeld nach Tschetschenien zu schicken. Wie auch in anderen Regionen fehlte es dort an Bargeld, um die Löhne und Renten auszuzahlen. Zu dieser Zeit hat eine Gruppe von Tschetschenen die Öffentlichkeit der Rubelzone durch eine kriminelle Tat in Schrecken versetzt. Mit Hilfe gefälschter Zahlungsanweisungen gelang es ihr, Bargeld in Höhe von über 30 Milliarden Rubel aus der Zentralbank Rußlands und Banken der Republik der Kabardiner und Balkaren nach Tschetschenien zu überweisen. Die Ukraine hat übrigens das gleiche getan, jedoch auf eine zivilisiertere und elegantere Art und Weise. Sie haben ihren Bargeldmangel dadurch beheben können, daß sie den Betrieben der Republik Kredite in Höhe von 260 Milliarden Rubel bereitstellten, wobei die Vereinbarung mit Rußland über die Abstimmung der Kreditemission grob verletzt wurde.

Die Ukraine ist ein Kapitel für sich. Was aber die Tschetschenen betrifft, so sind sie der Meinung, daß Moskau ihnen noch mehr schulde als die Summe von 15 Jahreshaushalten ihrer Republik, die aus dem Staatssäckel Rußlands entwendet wurden. Sie fordern dies als Kompensation für die Deportation und die unzähligen Repressalien allein in der Sowjetzeit. Vorerst aber stehlen die Tschetschenen Geld nicht in Säcken, sondern in Waggons. Die russischen Banken sind nämlich immer noch nicht durch Computer miteinander vernetzt; außerdem nehmen russische Bankangestellte gern Schmiergelder. Von den 30 Milliarden hat die Moskauer Polizei bisher nur 40 Millionen Rubel beschlagnahmen können.

Im Mai 1992, als 86 Mitglieder der Föderation ihre Unterschriften unter den Vertrag über die Russische Föderation setzten, fehlte unter ihnen nur Tschetschenien. Aber was ist diese Scheineinheit wert, wenn sogar die UdSSR zusammen mit der

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

KPdSU und dem KGB wie ein Kartenhaus zusammengebrochen ist? Alle drei wurden von niemandem besonders leidenschaftlich beweint. Es ist auch schwer zu sagen, wer selbstlos das Russische Reich verteidigen wird. Dagegen sind die nationalen Republiken voller Entschlossenheit, sich gegen Rußland zu behaupten und ihre Unabhängigkeit durchzusetzen, sei es auch in dieser seltsamen und nicht sehr überlegten Form. Jedenfalls mangelt es nicht an Kämpfern, die sich unter die grüne Fahne des Islams stellen wollen. General Dudajew hat alles getan, um den Erdölmarkt der GUS nach dem Beispiel der OPEC zu koordinieren und unter die Kontrolle der moslemischen Länder (Tschetschenien, Tatarstan, Baschkortostan und Aserbeidschan) zu bringen.

Es wäre unsinnig, Dudajew mit Moskauer Maßstäben als einen Demokraten, einen Vertreter der Partei-Nomenklatura oder sonstwie bezeichnen zu wollen. Seine Umgebung hält eine feudale, sippenhafte Kräftestruktur wie in Tschetschenien mit seinem Konglomerat von Sekten und Clans, der enormen Kriminalität, Massenarbeitslosigkeit und Gasterbeiterpraxis in der gesamten GUS nicht für ideal. Rußland hat die Tschetschenische Republik, diesen «islamischen Staat mit weltlicher Regierung», nicht anerkannt. Im Juni 1992 verabschiedete das Parlament der Russischen Föderation das Gesetz über die Bildung einer Inguschischen Republik, ohne dabei das Territorium und die Hauptstadt der letzteren anzugeben. Die durchaus friedliche Trennung der Tschetschenen und Inguschen in zwei Staaten soll zwei Jahre dauern.

Die politische Karte des Nordkaukasus von 1992 ist längst überholt: Es gibt keine nationalen Republiken mit doppelten Namen mehr. Die Republik der Karatschaier und Tscherkessen, die in sowjetischer Zeit der Region Stawropol angehört hatte, wurde durch die Anstrengungen ihrer Bürger sogar in drei nationale und zwei Kosakenrepubliken geteilt. Seit vielen Jahren waren dort schon Zeitungen in Abchasisch, Karatschaisch, Nogaiisch, Russisch und Tscherkessisch erschienen. Ein Teil der ehemaligen Republik der Karatschaier und Tscherkessen äußert den Wunsch, der Region Krasnodar beizutreten. Alle fünf neuen Republiken bekräftigten ihr Streben, der Russischen Föderation anzugehören.

Werden die Tschetschenen Moskau in ein zweites Beirut verwandeln? Ruslan Chasbulatow, Vorsitzender des russischen Parlaments, gestand auf einer Konferenz, daß er persönlich nach Tschetschnja gekommen sei, um Doka Sawgajew, einen Strohmann der Nomenklatura, zu stürzen. Aber bald sollte sich herausstellen, daß General Dudajew für Moskau ein noch unbequemerer Partner ist als der Par-tokrat Sawgajew.

Ende 1992 waren rund 80 Prozent aller Schlüsselämter in Nordossetien, Kabardino-Balkarien, Karatschajewo-Tscherkessien und Dagestan immer noch von den Leuten besetzt, die sie schon vor fünf oder sieben Jahren innehatten. Mit ihnen würden natürlich MWD-Gene-ralleutnant Anatoli Anikijew, Vorsitzender der Kommission des Obersten Sowjets der Russischen Föderation für unterdrückte und deportierte Völker, oder Armeegeneral W. Jermakow, seit Juli 1992 Vertreter des Obersten Sowjets der Russischen Föderation in Inguschetien, eher eine gemeinsame Sprache finden. Die Führung der genannten Republiken beschwor Jelzin im September 1992, zu Beginn des Kriegs in Abchasien, den Ausnahmezustand über ganz Nordkaukasien zu verhängen. Es gereicht dem russischen Präsidenten zur Ehre, daß er diesen Vorschlag entschieden zurückwies.

Die Fehden zwischen den obersten Instanzen Rußlands machen die Ausarbeitung einer vernünftigen politischen Linie im Verhältnis zur Provinz unmöglich. Der wohl bedeutendste westliche Sowjetologe, Abdurachman Awtorchanow, charakterisiert seinen Landsmann, den Vorsitzenden des Obersten Sowjets Rußlands, in seinem Artikel «Um überleben zu können, braucht Rußland ein neues Parlament» (Golos, Heft 18/19, 1992) wie folgt: «Nicht von ungefähr heißt es: Wenn Gott einen Menschen strafen will, raubt er ihm den Verstand. So geschah es mit Chasbulatow, dem Sprecher der Jelzin-Gegner. Er mag ein fähiger Wirtschaftsprofessor sein – Politiker ist er nicht. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, so heißt das, daß man Anhänger gewinnen und Feinde neutralisieren soll. Chasbulatow versteht es aber nur, die Zahl seiner Gegner zu mehren. Doch der erste Feind sitzt in ihm selbst. Dies sind sein Hochmut und sein Dünkel. Er ist Vorsitzender eines Parlaments, das sich demokratisch nennt, aber er und sein Parlament haben von Demokratie kaum eine Ahnung.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Andernfalls hätte Chasbulatow nicht zweimal vor diesem Parlament gelogen, und das Parlament selbst würde sich nicht vor aller Welt als politisches Theater des Absurden blamieren.»

Im Herbst 1992 waren sich die Moskauer Zeitungen darin einig, daß Dudajews Drohungen, Moskau durch Terroranschläge in ein zweites Beirut zu verwandeln, Atomkraftwerke in ganz Rußland in die Luft zu jagen oder Rostow am Don zu besetzen, keine Prahlerei, sondern tragische Realität seien. Chussein Achmadow, Sprecher des tschetschenischen Parlaments, wies in zahlreichen Interviews darauf hin, daß nicht alle Tschetschenen – eine Million in Tschetschnja und etwa eben so viele in Rußland – am heiligen Krieg gegen Andersgläubige teilnehmen werden. Aber es werden trotzdem genug sein.

Vizepräsident Alexander Ruzkoi und der geschäftsführende Ministerpräsident Jegor Gaidar erklärten im Herbst 1992 wiederholt, gegen Tschetschnja werde es keinen Krieg geben, die russischen Truppen würden die Grenze zu der rebellierenden Bergrepublik nicht überschreiten. In Moskau und Grosny verzögerten sich die zweiseitigen Verhandlungen vor dem Hintergrund einer intensiven wirtschaftlichen und militärischen Blockade Tschetschnjas durch Rußland. Statt zu arbeiten, ließen sich alle tschetschenischen Männer angesichts der 12 000 Mann starken russischen Armee, die mit modernen Panzern, Großkalibergeschützen und Raketen ausgerüstet ist, vom 1. November 1992 an in das nationale Verteidigungssystem eingliedern. Dabei liegt die Stadt Grosny in einem Talkessel und ist von Erdgas- und Erdölleitungen durchzogen. Eine Rakete oder schon eine Handgranate würde genügen, um die tschetschenische Hauptstadt in ein brennendes Inferno zu verwandeln. Die Tschetschenen und die russischen Streitkräfte beruhigt offenbar die von Präsident Dudajew wiederholte Erklärung: «Auf unserem Boden werden wir keinen Krieg führen.»

«Ein georgisches Szenario in Tschetschnja ist ausgeschlossen.»
Das sind auch Dudajews Worte. Einen Staatsstreich hat er jedenfalls Anfang 1992 überstanden, als seine Gegner ein Munitionslager des russischen MWD-Regiments am Rande von Grosny beinahe zur Explosion gebracht hätten. Die ehemalige Nomenklatura

Tschetschnjas, die sich in Moskau etabliert hatte, darunter auch alle aus Tschetschnja kommenden Deputierten des Obersten Sowjets der Russischen Föderation (sie wurden von den neuen Behörden in Grosny abberufen, blieben jedoch im russischen Parlament, ohne eigentlich jemanden zu vertreten), wurden von Moskau aktiv in die Bemühungen einbezogen, das Dudajew-Regime zu stürzen. Erstaunlich ist, daß es Dudajew im Laufe des Jahres 1992 gelang, seine eher labile Position in der tschetschenischen Gesellschaft durch den zunehmenden Druck seitens der Militärführung in Moskau zu festigen. Der bescheidene tschetschenische Präsident beglückte sogar die Philatelisten, indem er erstmals drei nationale Briefmarken drucken ließ. Auf der einen ist Scheich Mansur (18. Jh.), auf der anderen Imam Schamil (19. Jh.) und auf der dritten Dschochar Dudajew in der Uniform eines Generals der Sowjetarmee abgebildet.

Alle tschetschenischen Politiker in Grosny, unabhängig von ihrer Einstellung zur Person Dudajews, sind zu der Überzeugung gelangt, das Aufbegehren der Inguschen in Nordossetien sei provoziert worden, um die Militärblockade Tschetschnjas zu rechtfertigen. In Grosny ist man auch der Ansicht, der Oberste Sowjet Rußlands sei nicht bevollmächtigt, die Grenzen der Republik Inguschetien festzulegen. Nach Meinung des Parlamentssprechers Chussain Achmadow sei zur Festlegung der umstrittenen tschetschenisch-inguschischen Grenzen ein Schiedsrichter erforderlich, der von beiden Seiten bestimmt werden sollte. Weder die russische Armee, noch der Bevollmächtigte des russischen Präsidenten, Sergej Schachrei, seien eingeladen worden, stellte Achmadow fest, der übrigens aus seiner Kritik an den Worten und Taten des ziemlich rauhbeinigen Dudajew kein Hehl macht.

Anatoli Sobtschak, Bürgermeister von St. Petersburg, wurde eines Tages vom Außenminister Tschetschnjas mündlich eingeladen, bei der Organisation eines Treffens zwischen Jelzin und Dudajew zu vermitteln. An beiden hatte Sobtschak bei verschiedenen Anlässen heftige Kritik geübt. Nach Ansicht Sobtschaks müssen die Bundesbehörden in jedem konkreten Fall des Ausbrechens der autonomen Gebiete feste Position beziehen, der wirtschaftliche und finanzielle Apparat muß gegen alle Arten des Bruchs mit Moskau Vorsorge treffen. In einem

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Interview für die *Nesawissimaja gaseta* [Die unabhängige Zeitung] vom 7. August 1992 sagte er unter anderem: «Nehmen wir z. B. Tschetschnja: Es ist dem russischen Staat nicht freiwillig beigetreten, sondern wurde gewaltsam in die Russische Föderation integriert. Ich bin dafür, daß die Beziehungen zu Tschetschnja und einer Reihe anderer ehemaliger autonomer Gebiete, deren Zugehörigkeit zur Russischen Föderation rechtlich tatsächlich nicht ganz eindeutig ist, durch eine Sonderklausel geregelt werden.»

Es wäre für Rußland vorteilhafter und billiger, mit Tschetschnja Verhandlungen am runden Tisch zu führen statt durch die Megaphone von Militärfahrzeugen auf Straßen und Plätzen. Für den 3. September 1992 setzte Jelzin in Moskau ein Treffen zur Beilegung des georgisch-abchasischen Konflikts an und lud die führenden Politiker Nordkasiens zur Teilnahme ein. Dudajew gab seinerzeit bekannt, am 4. und 5. September werde in Grosny eine Round-table-Konferenz über die Probleme Nordkasiens stattfinden; er erwartete Alexander Ruzkoi. Moskau machte den nächsten Schachzug: Der Flughafen von Grosny wurde von den Morgenstunden des 5. September 1992 an bis zum Jahresende gesperrt. Rußland weigerte sich, Flugzeuge aus Tschetschenien in seinen Luftraum zu lassen, und sagte alle Flüge aus der Russischen Föderation nach Grosny ab.

Mit der Zeit stellte sich heraus, daß die Teilnehmer jenes Treffens in Moskau im Hinblick auf die kaukasischen Probleme nichts erreichen konnten. Zum Krieg in Abchasien kam der Krieg in Nordossetien gegen die Inguschen hinzu. Die Round-table-Konferenz in Grosny zeitigte hingegen beeindruckende Ergebnisse. Die maßgeblichen Persönlichkeiten Tschetscheniens und einflußreiche Führer aller kaukasischen Republiken hatten bei ihrem Treffen im September die weitere Entwicklung der Ereignisse in der Region genau prognostiziert und ihr Bestreben bekräftigt, in Kaukasien einen konföderativen Staat mit einheitlichem Wirtschaftsraum, einheitlichem Finanzsystem, gemeinsamer Armee und gemeinsamer Führung zu bilden.

Die politische Kurzsichtigkeit des abchasischen Führers Wladislaw Ardsinba, der zum Krieg gegen Georgien aufgerufen hatte, war für die Führung der Konföderation der kaukasischen Bergvölker ein Geschenk

des Himmels, denn dadurch wuchs die Popularität dieser protschetschenischen Organisation. Beim Treffen in Grosny wurde auch der Oberste Religionsrat Kaukasiens gegründet mit Scheich Allahschukür Pascha-sade, Vorsitzender der religiösen Verwaltung der Moslems Transkaukasiens und Mitglied des islamischen Weltkongresses, an der Spitze. Baku – Machatschakala – Grosny – Naltschik – Suchumi – Jerwan – Tiflis – vom Kaspischen Meer bis zum Schwarzen Meer zeichnet sich eine Gemeinschaft von Völkern ab, deren Führer der Ansicht sind, alle Not rührte von der russischen Zentralgewalt her.

Es ist sehr schwer, die Massen in Kaukasien vom Gegenteil zu überzeugen. Als Vertreter Rußlands treten hier Generäle mit ihren Panzern, Schützenpanzerwagen und verarmten Soldaten auf. Manchmal schauen Abgeordnete des russischen Parlaments vorbei, doch sie stehen hier allein auf weiter Flur. Dabei ist völlig klar, daß das Vorgehen des Innenministeriums, des Sicherheitsministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Außenministeriums, der Regierung, des Parlaments, des Sicherheitsrates und des Präsidenten der Russischen Föderation keineswegs aufeinander abgestimmt ist. Jede dieser Instanzen setzt ihre eigenen Prioritäten je nach Stand des politischen Kampfes in den obersten Etagen der Macht. Aus diesem Grund sieht die Bilanz traurig aus. Niemand hat heute noch Vertrauen zur Moskauer Zentrale. Die Geschicke der kleinen Länder und der kaukasischen Völker werden von den Kreml-Strategen von jeher als Spielball benutzt.

Seit dem 5. September 1992 ist Tschetschenien von Truppen abgeriegelt. Die Zufahrtswege wurden gesperrt, um angeblich den Zustrom von Waffen, Munition und Drogen einzudämmen. In Wirklichkeit wurde der gesamte Güterverkehr unterbunden. Wenn ein Laster mit Fleisch für Tschetschenien zwei Tage an der Grenze warten muß, verdirbt das Fleisch und muß weggeworfen werden.

Die Polizei hat z. B. in Sotschi einen Lkw-Zug mit 120 Tonnen Rinderhäuten gestoppt, die aus Tschetschenien auf dem Wege in die Türkei waren. Die Häute wurden beschlagnahmt. Werden die Tschetschenen nachher der Konföderation der kaukasischen Bergvölker Geld für die Waffen der Freischärler bereitstellen? Das ist schon

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

geschehen. Wie ist es zu erklären, daß ein Mensch, der laut Paß Einwohner Tschetscheniens ist, keinen Flug- oder Fahrschein in den Regionen Stawropol und Krasnodar lösen darf? Er bekommt an Tankstellen kein Benzin, hat keinen Zutritt zu Hotels usw. Zudem hat die Zentralbank Rußlands Konten eingefroren und alle Transaktionen mit Tschetschenien eingestellt.

Die *Zeitung Delowoj mir/Business World* vom 6. 11.1992 verwies auf die Erklärung des tschetschenischen Presse- und Informationsministers Mowladi Udugow, nach der die Schulden russischer Unternehmen bei tschetschenischen Betrieben 30 Milliarden Rubel betragen; die tschetschenische Seite erfülle ihre Vertragslieferungen nach Rußland zu 90 Prozent, während die russische Seite ihren Verpflichtungen lediglich zu 25 Prozent nachkomme.

Eine Blockade gegen Tschetschenien ist im Prinzip unmöglich. Das haben die Ereignisse in Abchasien gezeigt, da Freischärler aus Tschetschenien ungehindert dorthin einsickern konnten. Auf die Notwendigkeit, mit Tschetschenien zu verhandeln, verweisen alle vernünftig denkenden Menschen, darunter auch Pjotr Fedossejew, Ataman des Kosakenverbands in Stawropol. Diplomaten und andere Beamte in Moskau haben jedoch keine Zeit für die mühselige und tagtägliche Arbeit mit dem «Ausland im Inland». Es ist leichter, mit der militärischen Faust auf den kaukasischen Tisch zu schlagen und eine Blockade durchzuführen.

Die Tschetschenen, die weltweit kein einziger Staat anerkannt hat, leben bereits seit mehr als einem Jahr in einem unabhängigen Land. Dudajew reiste in die USA und hat dort ungeachtet der Empörung Rußlands sogar Verträge mit US-Ölkonzernen geschlossen. Die staatlichen Organe Tschetscheniens haben den russischen Zentralorganen zuwider sofort nach dem Machtantritt Dudajews direkte Abkommen über Wirtschaftsbeziehungen mit den benachbarten Regionen Stawropol, Krasnodar und den Gebieten Astrachan, Rostow und Wolgograd unterzeichnet.

Demnächst kommen die Amerikaner mit ihren Technologien und Ausrüstungen nach Tschetschenien, um Erdöl aus brachliegenden Sonden und komplizierten Lagerstätten im Horizontalbohrverfahren aus einer Tiefe von 3 000 bis 4 000 Meter zu fördern. Es gibt Grund

zur Annahme, daß 17 000 Fachkräfte der örtlichen erdölverarbeitenden und petrochemischen Unternehmen entlassen werden. Diese Bergrepublik verarbeitet jährlich 15 bis 16 Millionen Tonnen Erdöl, die zu 80 Prozent aus den Gebieten Tjumen, Kuban und Stawropol kommen. Die Lieferungen werden zusehends weniger: von \ 4 gingen sie auf 13 und 12 Millionen Tonnen zurück. Die besorgten russischen Stellen geizten nicht mit Devisen und kauften umgehend Ausrüstungen für drei neue erdölverarbeitende Modellbetriebe im Gebiet Tjumen, in den Regionen Kuban und Stawropol. Tschetschenien wird sich mit seinen eigenen Rohölbeständen begnügen und seine Erdölverarbeitung praktisch stilllegen müssen.

Es ist unbeschreiblich. Die Bevölkerung verelendet und plündert heute bevorzugt Pipelines, die von Grosny nach Budjonnowsk, Armawir und Trudowaja (Ukraine) verlaufen. Alle drei Leitungen sind praktisch stillgelegt, da 50 Prozent des Benzins ohnehin nicht mehr an die Verbraucher gelangt. Banden brechen das Rohr mit einem normalen Meißel auf oder durchschießen es mit einer Maschinenpistole. Das Benzin schießt mit einem Druck von 50 atü aus dem Rohr in die Höhe und bildet dann ganze Seen. Gut organisierte und mit schnellen Wagen, Nachtsichtgeräten und Waffen ausgestattete «Benzinbanden» und die allgemeinen Bestechungsgepflogenheiten verhindern, daß die größte Chemieanlage Europas, Stawropolpolymer, noch beliefert wird, die ein Drittel des Bruttoindustrievolumens an Polyäthylen erzeugte. Die Anlage steht im Moment still. Von Grosny nach Budjonnowsk sind es 189 km. Man kann nicht jeden Kilometer einen Polizisten aufstellen. Örtliche Banden überfallen Lastzüge; sämtliche Waggons werden ausgeraubt, wie übrigens über-all in der GUS.

Den föderalen Behörden schmeckt jedoch etwas anderes nicht: Sie können sich mit der Tatsache nicht abfinden, daß in der Russischen Föderation ein großer Raum entstanden ist, in dem die russische Gesetzgebung nicht greift und Kriminelle von der russischen Rechtsprechung nicht erreicht werden. Die größte Gefahr besteht allerdings darin, daß die kaukasische Hauptstadt nach Moskau verlegt worden ist. Diese Megapolis haben gut organisierte Gangsterbanden aus dem Süden fest im Griff. Die Aserbeidschaner handeln mit Obst und Gemüse auf sogenannten

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Kolchosemärkten und betrachten sie zugleich als Absatzzentren für Rauschgift aus Mittelasien. Dagestaner wie auch Georgier sind Meister im Autodiebstahl. Tschetschenen spezialisieren sich auf Erpressungen und Schutzgelder, die sie allen abzwängen, die Geld haben. Unter den aus dem Süden Zugereisten handeln die meisten mit Waffen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in jeder beliebigen russischen Stadt: Die Zugereisten aus dem Süden machen keinen Bogen um eine einigermaßen bedeutende Siedlung. Russische Organe haben gegen den Kaukasus eine Wirtschaftsblockade verhängt (im Dezember 1992 kostete ein Liter Benzin in Transkaukasien in Dollarpreisen mehr als in den USA, obwohl die monatlichen Durchschnittsverdienste, die übrigens nicht überall und auch nur unregelmäßig ausgezahlt werden, bei 3 oder 5 Dollar liegen) und fördern somit automatisch den Zustrom von Hunderttausenden aktiver junger Leute nach Rußland, die der Bevölkerung und dem Staat auf vielfältige Weise Geld abnehmen.

Diese Kriminellen zahlen natürlich der Polizei und den Beamten Schmiergelder und teilen die Reviere mit russischen Kriminellen untereinander auf. So sieht heute die sozialistische (diesmal bereits demokratische) Wirklichkeit aus. Wie kann es aber auch anders sein? Rußland eroberte, zähmte, verbannte, trat mit Füßen und beutete Einwohner in diesen südlichen Gebieten aus; jetzt verstrickt es sie in Kämpfe untereinander, blockiert ihre Erdgas- und Stromversorgung, läßt sie ohne Brot und Arbeit. Jetzt müssen sie den größten Teil des Jahres außerhalb ihrer Heimat, d. h. in Rußland, verbringen.

Unsere demokratische und freie Presse empört sich lauthals über die Gewalttaten der Kriminellen aus dem Süden, insbesondere der Tschetschenen. Diese Propaganda verfehlt ihre Wirkung nicht. Die Bevölkerung wird gegen «überflüssige Schmarotzer» aufgehetzt. Tschetschenische Familien werden von örtlichen Behörden aus dem Gebietszentrum im Raum Wolgodonsk, Rostow und mehreren anderen Orten ausgewiesen.

Das Terek-Kosakenheer mit seiner Nomenklatura ist heute die privilegierteste gesellschaftliche Organisation in Nordossetien: Seine Führung hat ihren Sitz in einem Einzelhaus im Zentrum der Hauptstadt Wladikawkas und bekommt eine solide finanzielle Unterstützung von

örtlichen Organen. Wassili Konjachin, Heeresataman, hat der russischen Regierung bereits den Vorschlag gemacht, auf dem Territorium der heutigen Republik der Tschetschenen und Inguschen den autonomen Kosakenbezirk Sunsha innerhalb der Russischen Föderation zu gründen.

Nordkaukasus

Das bedeutet Vietnam, Libanon und Afghanistan zugleich

25 Millionen Russen leben heute in den Nachfolgerepubliken der UdSSR. Rußland scheint umringt zu sein von sich bekämpfenden Staaten und wird früher oder später diese Menschen auf seinem Territorium aufnehmen müssen. Auch Flüchtlinge anderer Nationalitäten werden versuchen, nach Rußland zu gelangen, um sich vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat zu retten. Der Nordkaukasus, d. h. der südliche Landesteil Rußlands, ist schon heute nicht mehr imstande, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Im Nordkaukasus ist es warm, und es gibt ausreichend Lebensmittel. Auf 605 000 Quadratkilometern sind 20 Millionen Menschen aus 70 Nationen angesiedelt. Wenn sich die Konflikte in Nordossetien, Tschetschenien, Inguschetien und den Kosakengebieten ausweiten, dann wird der ganze europäische Landesteil Rußlands — durch den Flüchtlingsstrom und eine unkalkulierbare Reaktion der moslemischen Bevölkerung im Wolgaland — wirtschaftlich gelähmt.

Wenn sich der Ferne Osten und Sibirien von Rußland absondern, wird sich das Leben der russischen Einwohner von Rostow am Don bis Sankt Petersburg kaum verändern — allenfalls wird das Benzin knapp. Andererseits mangelte es schon immer an Benzin für die Landwirtschaft, besonders in der Erntezeit. Es wird weniger Panzer, Satelliten, Raketen und U-Boote geben. Die Loslösung einiger nordkaukasischer Republiken wird Rußland ebenfalls problemlos verkraften. Der Krieg im südlichen Landesteil würde vielleicht das Ende der Russischen Föderation bedeuten, die dann auf die Grenzen des Moskauer Gebiets zusammenschrumpfen würde.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung



Karte 16

Den Zerfall der UdSSR hat der Kiewer Führer Krawtschuk initiiert. Die fünfjährige Untätigkeit nach dem Tschernobyl-Unglück gab der KPdSU und UdSSR den Todesstoß. Rußland selbst wird die Folgen des Tschernobyl-Unglücks und die Exzesse des Militärs in Afghanistan noch lange spüren.

Es war nicht nötig, Gamsachurdia abzusetzen. Andererseits war es auch ein Fehler, ihm in den Präsidentensessel zu helfen. Die USA quälten sich bekanntlich lange mit dem Vietnam-Syndrom ab. Am Krieg in Afghanistan beteiligten sich in 10 Jahren mindestens 5 Millionen junge Menschen. Nach offiziellen Angaben sind 15 000 Soldaten gefallen und etwa 150 000 wurden verwundet und zu Invaliden. Diese jungen Kriegsveteranen haben von jenen, die sie in den Krieg kommandiert hatten und schuldlose afghanische Bürger töten

ließen (1,5 Millionen Tote und 3 Millionen Flüchtlinge), weder Prothesen noch Wohnraum, noch finanzielle Entschädigung oder psychiatrische Hilfe erhalten. Gleichzeitig haben sich die Sowjetgeneräle eine goldene Nase verdient, indem sie illegal mit Militärflugzeugen beispielsweise Rauschgift aus Afghanistan verschoben haben und auf solche Weise unvorstellbare Reichtümer anhäuferten.

Die Veteranen des Afghanistan-Krieges waren die entscheidende politische Kraft, die in der Ex-UdSSR die Demokraten bei den Wahlen unterstützt hat. Erst der Afghanistan-Krieg hat den Machtblock der KPdSU-Nomenklatura aufgeweicht. Auch die Rote Armee hat sich verändert: Zu viele Berufsmörder, gewissenlose Marodeure und Fiskusdiebe gab es in ihren Reihen. Diese Verbrecher setzten Elitesoldaten, die sich in Afghanistan bewährt hatten, als Luftlandetruppen gegen unbewaffnete Demokraten in Kasachstan, Mittelasien, der Ukraine, Transkaukasien und im Baltikum ein.

Der Kreml konnte sich allerdings nicht dazu entschließen, gegen zahlreiche sowjetische Moslems oder Balten mit voller Härte zu kämpfen – angesichts ihrer Unterstützung im Westen. Allerdings haben jene Greise im Kreml auf die afghanische Erfahrung der Sowjetarmee spekuliert, die in Transkaukasien allen Aufständischen eine Lehre erteilen wollten.

Eben in Georgien, Armenien und Aserbeidschan hat die kurzsichtige Kremlführung Ende der achtziger Jahre alles verloren, was sie hatte: die Unterstützung der örtlichen Verwaltung, die Disziplin in ihrer eigenen Armee und die Fähigkeit, die Ereignisse zu kontrollieren.

Wenn die Sowjetarmee 1991 in Moskau genauso wie in Afghanistan oder Transkaukasien gehandelt hätte, dann hätten die Generäle in Moskau nur noch in Zivil durch die Straßen gehen dürfen: Man hätte sie sonst beschimpft und bespuckt. Was war andererseits von diesem Militär im Süden zu erwarten, wo es gegen Nichtrussen kämpfte? Wenn man solche einsatzbereiten Kräfte wie in der GRU (militärische Abwehr), KPdSU, im KGB und MWD (Innenministerium) hat, dann kann man den Krieg problemlos von fremden Händen führen lassen.

Als deutlich wurde, daß die kommunistische Hierarchie in Georgien zum ersten Mal freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bestehen mußte, haben alle örtlichen Organe die Exekutivkomitees und ihre

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Aktivisten heimlich angewiesen, den überzeugten antisowjetischen Präsidentschaftskandidaten Gamsachurdia tatkräftig zu unterstützen. Sobald dieser Dissident, leitender Mitarbeiter des Instituts für georgische Literatur der örtlichen Akademie der Wissenschaften, zum Präsidenten gewählt wurde, war in Moskau klar, daß er sich nicht lange halten würde. Seine Gegner im Kreml haben ihn mühelos ausmanövriert, ohne zu erkennen, daß sie selbst einen Zusammenbruch erleiden würden. Das Gespann GRU-KGB-KPdSU hat das georgische (wie auch das armenische und aserbeidschanische) Haus niedergebrannt und ausgeplündert. Die Binsenwahrheit, nach der ein reicher Nachbar vorteilhafter ist als ein armer, ließ man außer acht.

In Südossetien hat man Gamsachurdia zum ersten Mal auf die Probe gestellt. Die Parteispitze war natürlich nicht bereit, ihre Macht bedingungslos an den georgischen Präsidenten abzutreten. In Zchinwali gab es genug Funktionäre und Abgeordnete des Obersten Sowjets, die Moskaus großzügige Versprechungen begrüßten. Es ist keine Schwierigkeit, einen Krieg im Süden zu entfesseln: Waffen haben alle; gute Kämpfer sind alle; die Blutrache ist immer noch Gesetz. Gamsachurdia hatte also den Kreml, den Militärbezirk Transkaukasien, die örtliche Parteinomenklatura und die Schwarzhändler gegen sich. Das Innenministerium, die Akademie der Wissenschaften, Staatsanwaltschaft und das KGB Georgiens wurden immer noch aus dem Unionshaushalt finanziert. So unterstanden sie auch beiden Seiten.

Der Kreml brauchte nicht viel Geld, um eine zusammengewürfelte, bewaffnete Opposition gegen Präsident Gamsachurdia auf die Beine zu stellen. Er hat es seinen ideologischen Gegnern auch ermöglicht, alle Massenmedien in Moskau und im Ausland zu nutzen.

Man mußte schon ein großer Einfaltspinsel sein, wenn man es in den Jahren 1990, 1991, 1992 in Georgien nicht vermochte, sich eine Maschinenpistole, ein Maschinengewehr, einen Panzer, Schützenpanzer oder eine Raketenanlage zu beschaffen. Dabei ist es noch nicht so lange her, daß ein sowjetischer Soldat, der seine Maschinenpistole verloren hatte, vor Gericht gestellt wurde. In Georgien hat sich die russische Armee unter und nach Gamsachurdia zersetzt. Waffen wurden verschenkt oder gegen Bestechungsgeld an

jedermann ausgegeben. Die sowjetische Armee interessierte sich nicht für den Ausgang des Machtkampfes in Georgien. Militärangehörige, vom Oberfeldwebel bis zum General, zogen einträgliche Gewinne aus diesem Handel. Die Militärspitze in Moskau erhielt entsprechende Provisionen und war davon überzeugt, daß dies die richtige Strategie sei: Von diesen «schwarzen Fratzen» sollten sich möglichst viele gegenseitig umbringen und ihre Wirtschaft ruinieren. Schließlich würden sie dann reumütig wieder nach Moskau kriechen und um Schutz betteln.

Die Wirtschaft in Transkaukasien wurde mit einfachen Mitteln ruiniert – zunächst plünderte man die Waggons aus, anschließend sperrte man die einzige georgische Eisenbahnlinie nach Sotschi. Die für Georgien strategisch wichtige Autostraße durch die ossetische Hauptstadt Wladikawas war ohnehin längst abgeriegelt. Auf Schiene oder Straße konnte man jetzt aus Tiflis lediglich über Baku nach Rußland gelangen. (Die Armenier haben auch diese Möglichkeit nicht mehr.)

Alle georgischen Verbrecher, die ihre Haftzeit in der UdSSR absitzen mußten, hat Moskau so schnell wie möglich nach Georgien abgeschoben. Dort hatten sie die Wahl: entweder in überfüllten Gefängnissen die Strafen abzusitzen oder mit Waffen in der Hand «für das Vaterland» zu kämpfen. Die Armee stellte ihnen die schwere, komplizierte, moderne Kampftechnik und russisches Personal zur Verfügung. Kriminelle, Söldner, politische Abenteurer und Plünderer herrschten seither auf georgischen Straßen. Die russische Armee selbst wurde durch diese «Politik» völlig demoralisiert. Soldaten desertierten massenweise und flohen in ihre Heimatrepubliken. Die Offiziere bleiben Geiseln ihrer Führer, die weiter eine kurzsichtige und selbstmörderische Politik machen. Mit den Familien der russischen, im Kaukasus stationierten Offiziere rechnet man in Rußland nicht.

Auf Kosten der Steuerzahler hat Moskau Georgien in ein Pulverfaß verwandelt, indem es dort Berge von Waffen zurückließ. Diese Waffen hätte man wegschaffen, verkaufen oder tauschen können. Aber man hatte sie nicht jenen ausliefern dürfen, die im Dezember 1991 mit Artillerie und Raketen die Regierungsgebäude in Tiflis beschossen.

Die GRU hat ihre Ziele in Georgien erreicht. Der «mörderische Prozeß» ist angelaufen, wie der geliebte Generalsekretär der KpdSU

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

und Präsident der Sowjetunion seinerzeit verlautbarte. Der Kommandierende des Militärbezirks Transkaukasien und seine Vertrauten haben sich bereits eigene Gutshäuser im Raum Stawropol bauen lassen. Diese hochrangigen Militärs werden demnächst Tiflis verlassen und in die verdiente Rente gehen. Tausende Waggons mit militärischer Ausrüstung und Munition der russischen Armee, die in Tiflis und Zchinwadi, Zulukidse und Kutaisi (*Kommersant*, 24.11.1992) in Militärdepots gelegen hatten, sind allen Seiten, die sich im Bürgerkrieg in Georgien bekämpfen, zur Verfügung gestellt worden (*Rossijskaja gaset*a, 14.11.1992).

Moderne Waffen gelangten auch an die südossetischen und abchasischen Kämpfer. Laut Valeri Schujkow, Sekretär des Komitees für Verteidigung und Sicherheit des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, sind der Dudajew-Armee 150 gepanzerte Kampffahrzeuge, 160 Flugzeuge, 40 000 leichte Schußwaffen und eine Million Stück Munition (*Federazija*, Heft 42, 1992) übergeben worden. Anschließend prüfte Rußland Dudajews Nerven mit einer militärischen Blockade, mit Stacheldraht, Minenfeldern, Schützengräben und mit Panzern.

In den militärischen Abteilungen aller im Kaukasus kämpfenden Parteien gibt es eine Menge russischer Söldner. Soldaten, die Grundwehrdienst in der russischen Armee leisten und mit ihren Flugzeugen oder Panzern in Gefangenschaft geraten, werden jetzt in Militärtribunalen Armeniens, Aserbeidschans, Georgiens, Abchasiens oder Süd-ossetiens abgeurteilt. Die GUS-Armee verleiht sogar Offiziere samt den ihnen unterstellten Panzerbesatzungen oder auch das Personal einer Raketenanlage, natürlich mit dem gesamten Munitionssatz, an alle kämpfenden Parteien – heute an Armenier und morgen an Aserbeidschaner. Man hat Schewardnadse ganze Züge mit Kampfgerät und eine Staffel Su-25-Flugzeuge zur Verfügung gestellt – und zugleich dem Abchassenführer W. Ardsinba 10 modernste T-80-Panzer (*Wek*, Heft 9, 1992). Kein Zufall, daß das Militär in Transkaukasien Journalisten haßt: Russische Journalisten wurden mißhandelt und erpreßt, während ausländische lediglich gegen Dollar toleriert werden (*Sobesednik*, Heft 44, 1992). Niemand braucht Augenzeugen.

Einige russische Staatsmänner müssen mittlerweile zugeben, daß sie die Politik gegenüber dem nahen Ausland, insbesondere in Transkaukasien, dem Militär überlassen haben (Interview des stellvertretenden Außenministers Rußlands, Fjodor Schelew-Kowedjajew für *Nesawissimaja gaseta*, 30. 7.1992). Heute hat Aserbeidschan neue Partner: Südkorea, die USA, Israel und natürlich die Türkei. Rußland wird allmählich durch die Ukraine verdrängt. Baku wie auch Jerewan vermuten schon lange, daß Moskau an einer Fortsetzung des Kriegs interessiert ist (*Rossija*, 18. 11.1992).

Unter Gorbatschow gab es viele Möglichkeiten, die gegenseitige armenisch-aserbeidschanische Ausrottung zu unterbinden. In einer Woche hätte man die Wogen glätten können, man hätte z. B. Personen, die am antiarmenischen Pogrom in Sumgait beteiligt waren, ermitteln und aburteilen können. Auch hätte man die völlig unbegründeten Forderungen der Armenier, sich Karabach einzuverleiben, zurückweisen können. Moskau hätte Kosten übernehmen, diplomatisches Geschick zeigen und auf Zugeständnisse für Baku und Jerewan eingehen müssen. Gorbatschow wollte Armenien und Aserbeidschan aussöhnen. Jelzin ist nicht mehr imstande, dies zu tun. Andererseits war er in der Lage, beiden Seiten die militärischen Depots und Garnisonen zu überlassen. Die armenischen und aserbeidschanischen Behörden haben jetzt russische Militärangehörige und ihre Familien vor die Wahl gestellt: entweder werden sie als Instruktoren (Kämpfer) in den örtlichen Armeen dienen oder «keiner kommt lebendig nach Rußland». Russische Presseorgane aller Couleur veröffentlichten zahlreiche Beiträge über solche Vorfälle mit Hinweis auf konkrete Personen (z. B. der Beitrag «Russische Gefangene in Aserbeidschan» in der Zeitung *Den*, 4. 10.1992). Die Professoren Alexander Wladislawlew und Sergej Karabanow schreiben in der *Nesawissimaja gaseta* (17.11.1992), daß Moskau durch «seine praktisch gleichgültige Einstellung zum Karabach-Krieg und durch seine Unfähigkeit und mangelnde Bereitschaft, die Konflikte zu verhindern und zu überwinden, einen wesentlichen Beitrag zum Ausbruch bewaffneter Zusammenstöße in Transkaukasien geleistet hat. Der russische Nordkaukasus steht bereits in Flammen». Ich kann diesen Professoren nicht zustimmen. Die Manipulatoren in Moskau, welche die

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Parteibonzen in Jerewan in Schutz nahmen, haben alles unternommen, um den dortigen unerfahrenen Demokraten Nationalismus einzupflanzen, z. B. den Gedanken, Bergkarabach aus Aserbeidschan auszugliedern und Armenien einzuverleiben. Präsident Lewon Ter-Petrosjan äußerte öffentlich mehrmals sein Bedauern darüber, daß die Armenier dieses hoffnungslose und gefährliche Vorhaben angezettelt haben. Das Politbüro des ZK der KPdSU empfand bis zu seinem letzten Tag Genugtuung darüber, daß es die ungehorsamen und moskaufindlichen Armenier musterhaft bestraft hatte. Der KGB und der GRU haben die Georgier, Armenier und Aserbeidschaner dafür bestraft, daß sie von der politischen Umlaufbahn Moskaus abzuspringen strebten. Ein Wirtschaftsleben gibt es in Transkaukasien nicht mehr.

Heute versucht Alexander Wolski, der 20 Jahre lang im ZK der KPdSU gesessen hat, sich in Moskau politisch in den Vordergrund zu spielen. Auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn war er zwei Jahre lang zuständig für Bergkarabach. Wolski hat dort die Friedensbemühungen erfolgreich vereitelt und verschleppt. Jetzt ist er gewillt, seine Machenschaften in großem Maßstab fortzusetzen. Es gibt übrigens keinen einzigen sowjetischen Politiker, der sich nicht zumindest einmal über das armenisch-aserbeidschanische Blutbad geäußert und diese Zone nicht für ein paar Stunden besucht hätte. Vergebliche Mühe! Rußland sollte sich lieber aus dem Kaukasus überhaupt zurückziehen: Es hatte kein Recht, diese Region zu zerrütten. Jelzin und sein Apparat mußten ein schreckliches Erbe übernehmen; das Schlimmste dabei ist, daß die eigentliche Politik im Kaukasus auch heute weiterhin die Generäle machen, die dieses Durcheinander in der Gorbatschow-Zeit angerichtet haben.

Der georgisch-abchasische Krieg in Rußland. Jelzin hätte den Friedensprozeß im Kaukasus fördern können. Die Situation geriet jedoch binnen eines Jahres nach seinem Machtantritt außer Kontrolle. Die schwache und doppelzüngige russische Politik kann am Beispiel des hoffnungslos sich dahinziehenden georgisch-abchasischen Krieges studiert werden. Die Offiziellen in Moskau haben auch 1992 eine einfache Tatsache nicht verstanden: Transkaukasien und den Nordkaukasus, wo jeder Stamm seine eigene Truppe hat und alle sich

gegenseitig erschießen, hätte man nicht in ein riesiges Afghanistan verwandeln müssen. Von Afghanistan griff der Krieg auf Tadschikistan über, und zwar aus einem einfachen Grund: Eine ganze Generation Afghanen verdient mit Mord ihren Lebensunterhalt.

Millionen dieser jungen Menschen, die eine Mordschule im Kaukasus durchlaufen haben, werden in Rußland weiter morden. Sie sind bereits in Moskau präsent und arbeiten im «Schichtwechsel»: Einen Monat lang treiben sie irgendwo ihr gefährliches Gewerbe — Rußland ist ein weites Land —, reisen dann nach Hause zurück und werden von einer anderen «Schicht» abgelöst. Die Polizei ist überfordert, denn es kommen immer mehr von diesen «Gastmördern».

Besorgniserregend ist, daß zahlreiche bewaffnete Streitkräfte heute allein ihren «Feldkommandeuren» unterstehen und der Kontrolle des Oberkommandos — erst recht der Kontrolle der Politik — entglitten sind. Die «Kommandeure» kämpfen ihrerseits gegeneinander und gegen die Nationalliberalen. Die Ereignisse spielen sich genau wie in Afghanistan ab. Georgien wird in Zukunft wohl mehrere Staatsstrieche erleben.

Moskau hat jedoch dieses schreckliche Chaos in Afghanistan und im Kaukasus selbst ausgelöst. Vor drei bis vier Jahren brachen in Rußland politische Konflikte nur aus, wenn sie gezielt geschürt und unterstützt wurden. In Abchasien gibt es lediglich 17 Prozent Abchasen (vornehmlich Landbewohner). In Suchumi waren nur 6 Prozent der Stadteinwohner Abchasen, die alle in leitenden Funktionen beschäftigt waren. Es gab dort auch eine eigene Partei- und Wirtschaftselite, die abwechselnd in schöne Arbeitszimmer in Suchumi, Moskau und Tiflis einzog. Vor allem in den beiden letztgenannten Hauptstädten wurde die abchasische Nomenklatura herangezogen und durfte Proben ihren Fähigkeiten ablegen und sich ihre Sporen in der Kunst verdienen, wie man die «ewigen» russisch-georgischen Widersprüche politisch raffiniert gegeneinander ausspielen kann.

Was Gamsachurdia betrifft, wurde zunächst nicht die abchasische, sondern die ossetische Karte ausgespielt. Das beweist einmal mehr, daß der georgische Präsident kluge Gegner hatte (Swiad Gamsachurdia ist Mingrele; die Mingrelen stellen die überwiegende Mehrheit der abchasischen Bevölkerung; es gibt viele gemischte mingrelischabchasische Familien). Wenn Moskau in den vergangenen Jahrzehnten die

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

ranghöchste georgische Person in Tiflis zurechtweisen wollte, inszenierte es turnusmäßig sogenannte «abchasische Ereignisse». Im Dorf Lychy ließ man die Einwohner z. B. zu einer Versammlung zusammenkommen und in einer Resolution den Wunsch äußern, unter die russische Rechtsprechung gestellt zu werden. Sofort wurde Alarm geschlagen – aus Tiflis trafen Offizielle mit dem Vorschlag ein, in Abchasien eine Universität zu eröffnen, einen Fernsehsender einzurichten usw. Die Chefs in Tiflis knirschten mit den Zähnen, die Chefs in Moskau grinsten schadenfroh, und die Chefs in Suchumi waren ob ihrer Wichtigkeit zufrieden.

Kluge Köpfe der «Organe» haben im Streben, die nationale und erstarkende antikommunistische Bewegung in Tiflis zu provozieren und in Mißkredit zu bringen, den Abchasen nicht nur gestattet, Briefe an Gorbatschow zu schreiben, sondern auch Terroristen auszubilden und Kampforganisationen aufzubauen. Die Allianz zwischen abchasischen Separatisten und Moskau war für beide Seiten vorteilhaft und stabil. Die Ereignisse liefen nach einem bekannten Schema ab: Eine Gruppe gut trainierter Abchasen verprügelte in einem Bus brutal einige Georgier. Die Georgier verließen aus Protest die abchasische Universität und beteiligten sich an der mehrtägigen Kundgebung in Tiflis. Eine Sondereinsatztruppe aus Moskau trieb die Kundgebung am 9. April 1989 mit Giftgasen und Spaten auseinander. 20 Personen wurden getötet und Tausende in Krankenhäuser eingeliefert.

Mitte Juli provozierten abchasische Kämpfer Ausschreitungen und Schießereien in Suchumi. Ihre Führung forderte die Zentrale auf, den Ausnahmezustand auszurufen: In diesem Fall hätte man Georgien automatisch aus der Verwaltung in Abchasien ausschalten und neue, diesmal bereits nationale Machtstrukturen aufbauen können. Kriminelle und Geschäftsleute haben diese Pläne jedoch durchkreuzt, da eine Sperrstunde Touristen verscheucht und ihre Einnahmen geschmälert hätte. Kriminelle Vereinigungen haben das Problem über entsprechende Kontakte geregelt. Damals haben die Ereignisse glücklicherweise nur wenige Opfer gefordert.

Im Herbst 1992 sah die Situation wieder anders aus. W. Ardsinba, der in Moskau am Institut für Orientalistik der Akademie der

Wissenschaften der UdSSR beschäftigt war, kannte die Regeln des Parteigehorsams nicht. Er war jedoch Abgeordneter Abchasiens im Obersten Sowjet der UdSSR und hat sich sein Ansehen durch Äußerungen gegen demokratische Abgeordnete erworben. Er hat sich zu einer für Georgien neuen Maßnahme entschieden, indem er nordkaukasische Freiwillige aufforderte, sich gegen Sold in die Kämpfe in Abchasien einzuschalten. Diese Maßnahme wurde sogar von Gamsachurdiya abgelehnt, obwohl man sie ihm mehrmals vorgeschlagen hatte. Als Folge dieser provokanten Politik Ardsinbas und vieler brutaler Aktionen nordkaukasischer, abchasischer und georgischer Kämpfer liegt Abchasien heute in Ruinen. Die Einwohner flüchteten in alle Richtungen. Einzelne kompetente Vertreter der Moskauer Generalität, z. B. der stellvertretende Verteidigungsminister Rußlands und persönliche Vertreter des Verteidigungsministers der Russischen Föderation in Abchasien, die in den Tagen der Krise gemeinsam mit Ardsinba in Gudauta (einem russischen Militärstützpunkt) saßen, verhehlen nicht, daß sie mit der geleisteten Arbeit zufrieden sind. Der einzige Weg, der Georgien und Armenien mit Rußland verband, ist vollständig und langfristig gesperrt worden.

Als erbitterte Kämpfer traten in diesem Krieg nicht die «freiheitsliebenden» Abchasen, sondern Söldner aus der Konföderation der kaukasischen Bergvölker auf, teilte die Zeitung *Rossija* (25.11.1992) mit. Kriegsgefangene sagten aus, daß jeder 50000 Rubel erhalten habe; zudem wurden jedem Söldner ein Auto und eine Wohnung in Su-chumi versprochen, sobald die Georgier aus diesen Wohnungen vertrieben worden seien. Jeder verfolgt in den Kriegswirren seine eigenen Interessen. Suchumi sowie die meisten abchasischen Städte und Dörfer sind restlos geplündert. Georgier fahren z. B. mit einem Panzer in einem Hof, verladen die Sachen aus den Wohnungen auf Lkws, nehmen den Abchasen die Autos ab und verschwinden. Jeder, der auch nur ein Maschinengewehr oder eine Maschinenpistole hat, verfährt ebenso. Zahlreiche Flüchtlinge berichten von grausamen Behandlungen seitens der Nordkaukasier. Seit August 1992 sind in Abchasien mehrere Tausend Einwohner getötet worden.

Georgien hat auch seine Truppen (bis an die Zähne bewaffnete, ungeschulte und undisziplinierte hungrige junge Männer) nach

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Abchasien geführt, obwohl Schewardnadse sich möglicherweise dagegen ausgesprochen hat. In Georgien bekämpfen sich offen die Vertreter Ostgeorgiens und die Anhänger des im Januar 1992 brutal gestürzten Präsidenten Gamsachurdia. Dieser hat mit seiner Gefolgschaft in Grosny Zuflucht gefunden und kontrolliert die Aktionen seiner Anhänger in Westgeorgien: Seine Heimat, Mingrelien, will sich von Georgien trennen und einen eigenständigen Staat bilden.

In Abchasien empörten sich schon vor dem Kriegsausbruch Ende August 1992 nicht nur die Abchasen, sondern auch die Russen, Armenier und Mingrelen, die aus Georgien stammen, über den totalen Zusammenbruch in Georgien. Diese nationalen Gemeinden sind offen miteinander verfeindet; Züge und Kraftfahrzeuge wurden auf dem Weg nach Ostgeorgien ausgeraubt. Abchasien war soweit, um zunächst einmal die Eingliederung in die Russische Föderation anzustreben und dann Unabhängigkeit zu erretzen. Ende Juli 1992 hat der Fernsehsender *Ostankino* (Moskau) überstürzt von der «Verkündung der Unabhängigkeit Abchasiens» berichtet. Sind Fernseh-Chefs so naiv, daß sie nicht verstehen, daß in diesem Gebiet ein neues Karabach, diesmal an der russischen Grenze, entsteht? Die Tagung des Obersten Sowjets Abchasiens hat damals entschieden (anwesend war nur die Hälfte der Abgeordneten), die Gültigkeit der «Breschnew-Schewardnadse-Verfassung» aus dem Jahr 1978 aufzuheben und einen neuen Vertrag zwischen Abchasien und Georgien zu schließen.

Von hetzenden Generälen zu Nationalpatrioten. Tiflis hat die abcha-sischen Organe völlig zu Recht der Unterstützung der bewaffneten, Gamsachurdia-treuen Opposition beschuldigt. Wenn Rußland gegenüber Transkaukasien, das GUS-Truppen hat wie Sand am Meer, eine vernünftige Politik formuliert hätte, dann hätten die russischen Behörden die zahlenmäßig kleine Bevölkerung Abchasiens wirtschaftlich unterstützen und eine extreme Entwicklung verhindern können. Wenn die russischen Militärs vernünftig und gewissenhaft gehandelt hätten, hätten sie durch ihre Leute den georgischen Verteidigungsminister Kitowani von seinem Feldzug nach Suchumi und Gagra abbringen können. Die Moskauer Generäle hatten aber anderes im Sinn.

Der Militärbezirk Transkaukasien bleibt in der Region auch heute das einzige Machtzentrum, zumal die russische Armee dort immer vorherrschte (der Kommandeur des Militärbezirks Transkaukasien nahm in der Rangordnung der UdSSR eine höhere Position ein als der erste Sekretär einer Unionsrepublik oder sogar als das Vollmitglied des Politbüros, Schewardnadse). Heute bietet der Militärbezirk eine Garantie dafür, daß alle bewaffneten Gruppierungen in Georgien und Abchasien mit Kriegsgerät versorgt und geschult werden; er bildet für sie Fachkräfte aus und stellt ihnen Berater und Instrukteure zur Verfügung – natürlich inoffiziell. In Georgien mangelt es an Brot, allerdings nicht an Waffen, Ersatzteilen oder Reparaturwerkstätten.

Konnten der GRU und der KGB (SMR) die Reaktion der Führung der Konföderation der kaukasischen Bergvölker auf den Einmarsch der Truppen des Staatsrates nach Abchasien nicht vorhersehen? Alle offiziellen russischen Organe kamen dadurch in eine prekäre Lage, weil eine einflußreiche politische Gruppierung vom Territorium Rußlands aus den Krieg gegen seinen Nachbarstaat erklärte. Was nützt ein Staatsapparat mit einem Präsidenten, Parlament und einer Regierung, wenn seine Bürger sich anmaßen, ihre eigene Politik mit illegalen bewaffneten Streitkräften durchzusetzen? Oder hatten die Generäle in Moskau genau diese Entwicklung beabsichtigt?

Die mit den Abchasen solidarischen Bergvölker haben über die Bergpässe handfeste Verstärkung geschickt. Der Erlaß, den der Präsident der Konföderation der kaukasischen Bergvölker (KKBV) Mussa Schanibow (Dozent an der Kabardinisch-Balkarischen Universität und KKBV-Ehrenmitglied) und der Vorsitzende des KKBV-Parlaments Jussup Soslambekow (Leiter der Konföderation und eine einflußreiche Person in der Umgebung des tschetschenischen Präsidenten Dudajew) am 22. August 1992 gemeinsam entwarfen, enthält Wendungen, die aus der Feder Husseins, Arafats und Ghadaffis stammen könnten: «(1) Alle Konföderationsstäbe haben die Verlegung der Freischärler ins souveräne Abchasien zu sichern, [...] (2) [...] haben in Kämpfe einzugreifen und sich nach Abchasien mit allen Mitteln durchzuschlagen. (3) Die Stadt Tiflis wird zu einer Notstandszone erklärt. Dabei sind alle Methoden, einschließlich Terroranschläge, anzuwenden. (4) Alle Angehörigen der georgischen

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Nationalität werden in der Konföderation zu Geiseln erklärt. (5) Alle Frachten, die für Georgien bestimmt sind, sind zu beschlagnahmen [...]» (*Nesawissimaja gaseta*, 25.8.1992).

Die Abchasen und ihre Mitkämpfer erhielten in ein paar Tagen nicht nur Pistolen und Gewehre, sondern auch Schützenpanzer und Raketenanlagen. «Kann Rußland, das ein Mitglied des UNO-Sicherheitsrates ist, seine Funktionen als Garant der internationalen Stabilität erfüllen, wenn es die Sicherheit nicht einmal auf seinem Territorium gewährleisten kann? Können wir uns sicher in einem Staat fühlen, in dem gesetzwidrige, bis an die Zähne bewaffnete Gruppen wie eine echte Armee agieren, die gestern Tiflis zu einem Notstandsgebiet erklärten und morgen auch Moskau zu dieser Zone erklären können?», schrieb die Zeitung *Iswestija* vom 9. 10.1992. Der Politologe Emil Pain erinnert in derselben Ausgabe daran, daß sich die russischen Nationalpatrioten über das Unheil Schewardnadses nicht lustig zu machen brauchen, wenn sie sagen: Er hat die Union ruiniert, und jetzt soll sein Georgien zusammenbrechen.

Pain fordert diese Nationalpatrioten auf, sich vorzustellen, wie es wäre, wenn beispielsweise Baschkortostan Terroristen nach Rußland abkommandieren würde (wie dies Swiadisten in Abchasien noch vor der Aggression der georgischen Truppen machten), russische Minister als Geiseln nähme (Swiadisten hielten in Abchasien die georgischen Minister Kawsadse und Gwenzadse als Geiseln) oder die Verfassung ändern und die Interessen der ethnischen Mehrheit verletzen würde (wie dies abchasische Abgeordnete am 13. Juli 1992 in Abwesenheit der georgischen Abgeordneten machten).

Schließlich betrachteten die Abchasen den Beschluß des Obersten Sowjets der Russischen Föderation vom 25. September 1992 als breite Unterstützung für ihre Sache. Das erklärte Ardsinba am gleichen Tag im russischen Fernsehen. Die Kämpfe in Richtung Gagra, die ein paar Tage nach diesem Beschluß ausbrachen, sprechen für sich.

Was haben die russischen Parlamentsmitglieder mit ihrem «Befreiungsbeschluß» erreicht? Sie zeigten erneut, daß in Rußland ein Machtvakuum entstanden ist: Der Beschluß des Parlaments läuft dem dreiseitigen Abkommen über die Konfliktregelung in Abchasien, das der Präsident Rußlands unterzeichnet hat, zuwider. Diese Lage ver-

stärkte den Argwohn der georgischen Seite, die beklagt, daß Rußland eine zweideutige Haltung einnimmt, daß sich die Lage der liberalen Kräfte im georgischen Staatsrat verschlechtert und die Haltung der Falken sich konsolidiert. Dieser Beschluß förderte die Ausweitung des Konflikts und verstärkte die Gefahr für sein Übergreifen auf das russische Territorium. Die mehrtägige Kundgebung in Naltschik nach der Inhaftierung des KKBV-Führers Schanibow durch die russische Staatsanwaltschaft (der Dozent wurde sofort entlassen) und die Duldung der Entsendung von Freischärlern nach Abchasien haben den brüchigen Frieden im Nordkaukasus beinahe zunichte gemacht. Die Kabardiner (adygisch-abchasische Völkergruppe) und Balkaren (ein türkischer Stamm) haben unterschiedliche Standpunkte und Interessen: Eine Aufspaltung dieser Gemeinschaften könnte schlimme Folgen nach sich ziehen. In der Nachbarschaft befindet sich zudem die Republik Adygeja, deren Präsident als erster eine proabchasische Haltung eingenommen hat. Dieser Präsident der jungen Republik versteht es, die Situation zu analysieren: In Gudauta befand sich der stellvertretende Verteidigungsminister Rußlands, Georgi Kondratjew, der für seine antigorgische Haltung bereits in Südossetien berüchtigt war (dort setzte er gegen die Georgier Kampfhubschrauber mit Raketen ein). Ein paar georgische Su-25-Düsenjäger wurden über Abchasien abgeschossen; hierfür braucht man allerdings Fla-Raketen, die die Abchasen nicht besitzen. Wer kann den unbesonnenen russischen Politikern klarmachen, daß «eine Kompromißlösung der internen georgischen Konflikte für Rußland einen Vorteil darstellt, während die Fortsetzung des Krieges oder Gewaltanwendung zur Lösung der Situation unheilvoll ist» (aus dem Beitrag von Jewgeni Kutikow in der Zeitung *Golos*, 19.10.1992).

Russische Politiker vergessen vermutlich, daß allein in der Türkei mehr als eine Million Adygen und Abchasen und beinahe zwei Millionen moslemische Georgier leben. Die Zeitung *Iswestija* berichtete schon (13. 11.1992) mit Verweis auf die türkische Presse, daß 70 türkische Bürger seit ein paar Monaten auf der Seite der abchasischen bewaffneten Gruppierungen kämpfen. Diese Freischärler sind türkische Abchasen, deren Vorfahren um die Jahrhundertwende in die Türkei ausgewandert waren.

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Jeden Monat beginnt im Kaukasus ein neuer Krieg. Rußland hat dort keinen einzigen Konflikt friedlich geregelt. Viktor Schejnis, Mitglied des Obersten Sowjets Rußlands, reiste offiziell als Parlamentsvertreter durch den Kaukasus und äußerte sich folgendermaßen: «Wenn in Ossetien die Lage zumindest einigermaßen stabilisiert wurde, so entwickeln sich die Ereignisse in Abchasien nach dem Karabach-Drehbuch» (*Literaturnaja gaseta*, 4.11.1992). Wir müssen Schejnis in seiner Einschätzung zustimmen, daß der sehr labile Frieden in Süd-ossetien 1992 lediglich mit militärischer Gewalt und unter Beteiligung russischer Offiziere sowie dem eisernen Willen aller politischen Kräfte Nordossetiens aufrechterhalten werden konnte. Diese sehen die politische Zukunft Südossetiens in der Wiederherstellung des autonomen Gebiets in Georgien, wie es vor dem Krieg bestand. Die Georgier wollen von einer Autonomie nichts wissen. Die südossetische Bevölkerung will sich mit Nordossetien innerhalb der Russischen Föderation vereinigen. Wie lange noch werden die Friedenstruppen unter diesen Verhältnissen bleiben müssen?

Die Konfrontation in Südossetien haben russische und sonstige Gegner Gamsachurdias heraufbeschworen, indem sie seine politische Kurzsichtigkeit ausnutzten.

Wer hat das sonst reibungslose Zusammenleben der Inguschen und Osseten im Nordkaukasus gestört? Moskau wollte sich an Tschetschenien rächen und hat auf Beschluß des Obersten Sowjets die Inguschen berechtigt, eine eigene Republik zu gründen, allerdings ohne festgelegte Grenzen, ohne Haushalt, Verwaltungsstrukturen und sogar ohne Hauptstadt. Diese Punkte sollten später geregelt werden. Die Inguschen bewaffneten sich: Man muß die Grenzen verteidigen, die Osseten aus den alten Siedlungsgebieten der Inguschen verdrängen, sich mit den Kosaken einigen und mit den Tschetschenen brüderlich verhandeln. Das war eine verbrecherische Schlamperei Moskaus. Der Präsident der Russischen Föderation versprach den Inguschen vor den Wahlen eine eigene Republik. Die Inguschen unterstützten damals Jelzin und haben jetzt den Ausnahmezustand, einen erbitterten Krieg gegen die Osseten, Hunderte Opfer und Tausende Flüchtlinge hinzunehmen.

Wie begannen die Wirren genau? «Die Institution der militärischen Bevollmächtigten hat sich nicht bewährt», schreibt E. Pain in der

Iswestija (5.11.1992). «Im Juli wurde Viktor Jermaschew als offizieller Vertreter Rußlands nach Inguschetien entsandt. Er ist vermutlich ein guter General, aber seine politischen Fähigkeiten bewies er mit dem Vorschlag, die Wahlen in den Obersten Sowjet der Republik der Inguschen in vier Rayons, darunter auch in einem Rayon in Nord-ossetien, durchzuführen.» Was weiter geschah, ist aus den Meldungen über die Kämpfe zwischen Inguschen und Osseten bekannt.

Die einen Moskauer Beamten heizen Konflikte durch grobe politische Fahrlässigkeit und rechtliche Fehler an; andere bemühen sich, diese genauso ungeschickt in die Tat umzusetzen. Örtliche, nationalistisch orientierte Politiker betrachten den Krieg als eine Dividendenquelle. Pain schreibt im gleichen Heft: «Ein Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets erklärt öffentlich, daß die Grenzen zwischen den Nachfolgerepubliken der UdSSR nicht verbindlich festgeschrieben werden dürfen, während ein Präsidentenberater militärische Hilfe für kulturell und historisch verwandte Völker für zulässig hält.»

Auf diese Weise fördern die Politiker und Militärs Rußlands die Kriminalisierung ganzer Völker und Regionen. Eine Politik der Gewalttätigkeit, Geiselnahme und Subversionen sind im Kaukasus heute Alltag. Dutzende Kleinvölker, die sich Illusionen machen und für eine vielleicht unerreichbare nationale Staatlichkeit kämpfen, erkennen deutlich, daß Moskau ein einziges Ziel verfolgt: Es will mit seinen Truppen im Kaukasus bleiben. Die Russen interessieren sich nicht dafür, ob diese Region eine tote Wüste oder ein blühender Garten sein wird. Sie kümmern sich auch nicht darum, was aus den Ureinwohnern wird.

180 Rubel als Entschädigung für einen Monat Freiheitsentzug, aber insgesamt höchstens 25 000 Rubel (das sind 50 Dollar nach dem Kurs von Ende 1992): In diesen Summen bewegt sich die Entschädigung für Menschen, die in der Stalin-Zeit verfolgt und unter Chruschtschow rehabilitiert wurden. Nach dem Gesetz der Russischen Föderation (verabschiedet im Oktober 1991) soll jetzt dieser winzige Betrag an Verbannte oder ihre Erben ausgezahlt werden. Am 26. Juni 1992 hat der Oberste Sowjet diese lächerliche Summe auf 90 000 Rubel (180 Dollar nach dem Kurs von Ende 1992) erhöht. Die meis-

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

ten Verfolgten besitzen keine Dokumente, mit den sie nachweisen könnten, was ihnen seit 1917 angetan wurde. Sie müssen bei Archiven anfragen und korrespondieren. Wer das machen könnte, wird den Aufwand nicht auf sich nehmen. Andere Landbewohner sind damit überfordert. Ein Verbannter z. B. wurde aus dem Lager 1956 entlassen und hat vermutlich nach all seinen Leiden vom Obersten Gericht der UdSSR ein Blatt mit zwei Zeilen erhalten: «Sie und Ihre Familie sind rehabilitiert.» Nicht jeder hat dieses Papier 50 Jahre lang aufgehoben. Jetzt braucht man dazu noch ein ganzes Dossier aus den Archiven des Volkskommissariats des Innern. Es ist ein Hohn: Für 20 Jahre Lagerzeit verspricht der Staat 200 Dollar, die die Betroffenen jedoch kaum erhalten können.

Das genannte Gesetz «Rehabilitierung der unterdrückten Völker» wird in die juristischen Lehrbücher als Beispiel für Absurdität eingehen. Das Gesetz sieht eine Rehabilitierung und Wiederherstellung der Nationalstaaten vor. Die unterdrückten Kosaken und Karatschajewer können z. B. auf der gleichen gesetzlichen Grundlage die gleichen Gebiete fordern. Alle Verfolgten und ihre Nachkommen können das Gesetz über die Rehabilitierung für ihre Zwecke auslegen. Auf einfachste Weise werden massenweise Drehbücher für Konflikte geschrieben. Im Nordkaukasus wurde im 20. Jahrhundert jede Familie dreimal und in Transkaukasien jede zweite Familie aus ihren Wohngebieten vertrieben. Das Gesetz sieht vor, die Besitzverhältnisse vom Herbst 1943 wiederherzustellen. Das ist jedoch völlig unrealistisch. Warum muß man unschuldige Menschen aufeinanderhetzen? Die Behörden könnten in jedem konkreten Fall mit jeder Familie und jedem Dorf über eine materielle Entschädigung einig werden.

Gerechtigkeit für den einen auf Kosten des anderen? Der Staat darf auf diese Weise nicht verfahren, wenn er glaubhaft sein will. «Aktionen, die in Nordossetien zugelassen wurden und den blutigen Konflikt ausgelöst haben, können nicht gerechtfertigt werden», sagte Ramasan Abdulatipow, Vorsitzender der Nationalitätenkammer (der Aware sympathisierte mit den Inguschen, die die Osseten aus einem Stadtteil in Wladikawkas und dem Stadtbezirk Prigorodny hinausgeworfen hatten). Gerade die Nationalitätenkammer des russischen Parlaments hat jedoch 1991 den Wortlaut des Gesetzes durch Ausführungen über die

Wiederherstellung der Territorien ergänzt. Den einzigen vernünftigen Vorschlag unterbreitete Georgi Hischa, Vizeministerpräsident, wohnhaft in Petersburg, der im Nordkaukasus den Konflikt regeln sollte. Er hat vorgeschlagen, nicht die Grenzen zu revidieren, sondern die Region in eine autonome Wirtschaftszone umzuwandeln. Das müßte eigentlich geschehen, wenn das Problem reell gelöst wird. Nach dem Erdbeben in Leninakan und der Zuspitzung des Karabach-Konflikts baten armenische Behörden Gorbatschow vergebens darum, in Armenien eine autonome Wirtschaftszone zu schaffen. Die Unruhen hätten sich gelegt: Satte Menschen meutern nicht.

Hischa wurde aus dem Nordkaukasus abberufen und durch Sergej Schachraj ersetzt, der in den neu gegründeten Sicherheitsrat aufgenommen wurde. Schachraj reiste nach Wladikawkas und zeigte sich im Fernsehen in der Uniform eines Luftlandeoffiziers. Eine vielsagende Geste.

Kosaken im Süden Rußlands. Der Kreml hat eine letzte Chance, die Region Krasnodar – die letzte Kornkammer, das letzte Kurortgebiet und den letzten Anschluß Rußlands an das eisfreie Meer – zu erhalten. Der Konföderation der islamisch geprägten kaukasischen Bergvölker traten auch das christliche Nordossetien und Abchasien bei, da beide an Rußland nicht mehr glauben. Morgen werden sich aber der Iran oder die Türkei um Anschluß an die Wolga bemühen: In diesem Raum leben viele Moslems. Das steht aber noch dahin.

Die Ausbeutung Georgiens und die Wirtschaftsblockade Armeniens beschleunigten den Zustrom der Armenier in den südlichen Landesteil Rußlands, so daß die Armenier in Sotschi, Tuapse, Armawir und Rostow schon mehr als die Hälfte der Einwohnerzahl in vielen Stadtbezirken stellen. Wie die angeblich reichen Armenier schon in Abchasien ausgeraubt wurden, werden sie jetzt im russischen Süden ausgeplündert. Die Kosaken (die zweitstärkste Kraft im Süden nach den Moslems) wollen natürlich im Interesse der Nation handeln. Die Armenier und andere Nichtrussen gehen schwierigen Zeiten entgegen. Sehr einflußreiche, neue, große Kosakenorganisationen – Versammlung der Kubankosaken (Patrioten und Prokommunisten, die gegen Jelzin auftreten) und das

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Kubaner Kosakenheer (Weiße, die in Transnistrien kämpfen) haben sich gegen sie stark gemacht. Wer mag schon die Flüchtlinge? Sie werden nur ausgeraubt, aber trotzdem wird sich der Flüchtlingsström verstärken. Sie können auch zu den Waffen greifen und ein Siedlungsgebiet bis zum letzten Mann verteidigen. Die slawischen Einwohner der Region Kuban alarmiert die Absicht der dortigen Schapsugen, einen Nationalrayon zu bilden.

In der zaristischen Zeit gab es in Rußland Gouvernements, ähnlich den Bundesstaaten in Amerika. Die Kosaken genossen damals das Vertrauen des Zaren, siedelten sich in den Randgebieten Rußlands an und schützten sie. Die Kosaken haben den Sowjets Mord und Raub nicht vergeben. Die Rolschewiken hatten die selbstgestellte Aufgabe – Vernichtung der Kosaken als Klasse – ja erfüllt. Nicht ohne Grund haben die Deutschen nach dem Einmarsch in Rußland den Kosaken versprochen, ihnen alle bisherigen Vorrechte zurückzugeben. Beim Rückzug stellten die Deutschen den Kosaken sogar Siedlungsgebiete in Norditalien in Aussicht.

Im Sommer 1944 zogen die Kosaken wie ihre Vorfahren, die Saporoger Kosaken, durch Ungarn und Österreich über die Donau und gründeten im Raum der italienischen Städte Cortina d'Ampezzo, Villa Santina und Udina Kosakensiedlungen. Um die Kosaken kümmerte sich die Hauptverwaltung der Kosakentruppen mit General Krasnow an der Spitze. In diesen Dörfern richteten sich die Kosaken ein, gründeten Ober- und Offiziersschulen und bauten Kirchen. Im Mai 1945 lieferte die britische Besatzung die Kosaken dem sowjetischen Kommando aus. Sie endeten alle im GULag.

Nach 50 Jahren ist die Selbstverwaltung der Kosaken in der Region Stawropol und am Don praktisch wiederhergestellt worden. Es gibt auch einen Verband der russischen Kosakenheere. Albert Wetrow, Ataman des Jenissej-Kosakenheeres, wurde im Oktober 1992 zum Vorsitzenden des Atamanenrates des genannten Verbandes gewählt. Dieser betrachtet sich als direkten Nachfolger der «Weißen» und als Rechtsnachfolger des zaristischen Adels. In einem Interview für die *Nesawissimaja gaseta* (14. 10. 1992) sagte Wetrow ohne Umschweife, daß «die Armenier nach Armenien fliehen müssen», nicht jedoch in den russischen Süden. «Ich wiederhole, daß die

Armenier in Armenien leben müssen. Wenn sie schon seinerzeit nach Rußland gelangten, so bedeutet das noch nicht, daß sie eigene staatliche Organe fordern dürfen. In dieser Hinsicht muß man ein staatliches Programm beschließen. Die Russen aus Mittelasien und Transkaukasien muß man nach Rußland umsiedeln, während kaukasische Völker in ihre Heimat abziehen müssen.»

Am Jenissej-Ufer lassen sich natürlich die kaukasischen Probleme so lösen, als ginge es um einen Kavallerieangriff. Pjotr Fedossow, Ataman des Kosakenverbandes in Stawropol, lebte lange in Tschetschenien. In seinem Gespräch mit den *Moscow News* (19.10.1992) war von einer slawischen Überlegenheit nicht die Rede. Fedossow forderte die Kosaken nicht auf, sich an blutigen Kämpfen bei Dubossary, in Moldawien, zu beteiligen. Das Waffenrasseln oder die Aufforderung, alle Nichtrussen auszuweisen, sei ein Wahnsinn, der grausame Folgen nach sich ziehen könne. Mir gefiel die Äußerung des Atamans: «Mit den Kosaken widersetzt sich der noch gesunde Teil des Volkes seinem Untergang.»

Vernünftig denkende, friedliche Kosaken könnten alle Probleme im Süden Rußlands selbst lösen. Sie werden dafür allerdings einen hohen Preis verlangen: In den Satzungen der Donkosaken wird die Regierung aufgefordert, den Kosaken Boden, Gewässer, Wälder und die Bodenschätze ihrer Siedlungsgebiete zu übereignen. Alle wollen heute wie die Indianer in eigenen Reservaten leben, aber nur die Kosaken werden keine staatlichen Subventionen fordern. Russische Kosaken sind (im Unterschied zu vielen anderen Landsleuten) arbeitsame und wohlhabende Bauern, wenn man sie nur walten läßt. Die Kosaken verbinden Freiheit und Ordnung, so wie sie es in ihrer Geschichte gelernt haben. Don- und Kubankosaken fielen 1992 in Transnistrien und Abchasien. Traditionelle Kosakengeschlechter gibt es heute nur noch zu einem verschwindend kleinen Prozentsatz in der südrussischen Bevölkerung. Ihre Präsenz ist allerdings spürbar. Mitte November 1992 entschied der Regionssowjet Stawropol (die höchste politische Instanz), die Umwandlung der Region in die Republik Stawropol durchzusetzen!

Jegor Gaidar (Regierungschef), Wladimir Schumejko (Vize-ministerpräsident, früher Direktor einer großen Vereinigung in

Republiken mit nichtchristlicher Bevölkerung

Krasnodar) und Sergej Filatow (zweitwichtigste Person im Parlament, Mitglied des Sicherheitsrates der Russischen Föderation) reisten sofort in die Region Kuban. Schumejko äußerte dort öffentlich den entscheidenden Satz: «Wer sagt, daß ein einheitliches Wirtschaftsmodell in Rußland nicht bestehen kann, hat Recht. Andererseits kann es nicht beliebig viele solcher Modelle geben. Man muß von größeren Regionalmodellen sprechen.» Der Vizeministerpräsident verwies auf die Erfahrung mit dem «Sibirischen Abkommen» und versprach, 1993 das Verhältnis zwischen den föderalen und örtlichen Verwaltungsfunktionen mit 40 Prozent Vollmachten der Zentrale einerseits und 60 Prozent Vollmachten der jeweiligen Region, Republik oder einiger Gebiete andererseits festzulegen.

Russische Politiker können sich lange um Ministerposten streiten, denn sie werden ohnehin ihre Macht einbüßen. 1991–1992 brachen in der GUS etwa 30 bewaffnete Konflikte aus, und etwa 70 weitere Konflikte können zu Waffengängen eskalieren. Das teilte Generalleutnant Sergej Bogdanow, Chef des Zentrums für operative und strategische Forschungen des Generalstabs der Streitkräfte Rußlands, auf dem Treffen mit ausländischen Militärattaches im November 1992 mit. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse sowie die Beziehungen zwischen den Nationalitäten seien in Rußland und in der gesamten GUS die kritischsten seit dem Bürgerkrieg. Die neue Militärdoktrin der Russischen Föderation heißt, in Lokalkriege und andere bewaffnete Konflikte einzugreifen, zumal sich die Bedrohung eines nuklearen Weltkrieges vermindert hat. «Da wir im Elend versinken», sagte Bogdanow, «werden wir in Zukunft Panzer, Raketen und Kriegsschiffe nicht mehr in großen Mengen herstellen können. Sie sind überflüssig und würden nur herumliegen und verrotten.» Rußland brauche einen Mindestbestand an Berufssoldaten, ausgerüstet mit modernster Technik.

Bei der heutigen politischen Entwicklung der GUS wird das Militär ständig gebraucht. Die hohe Kriminalität paßt ganz gut in das Kalkül der Sicherheitsapparate. Man kann sich Orden verdienen, aufsteigen und sich handfeste Privilegien sichern.

Teil III
Die Macht

...zu Lande

Atombomben für den Export

1992 wurde nach wie vor über ein Drittel des russischen Haushalts für die Rüstung verwendet. Rußland war von allen Republiken der ehemaligen Sowjetunion am stärksten militarisiert. Auf russischem Territorium befanden sich die meisten Rüstungsbetriebe.

Truppen, Militärlager, Anlagen und Waffendepots hingegen waren hauptsächlich auf die Randgebiete, das heißt das Baltikum, Weißrußland, die Ukraine, Transkaukasien, Kasachstan, Mittelasien und den Fernen Osten der Sowjetunion verteilt. 1992 erklärten diese Territorien mit Ausnahme des Fernen Ostens ihre Souveränität und «privatisierten» fast vollständig das von ihnen kontrollierte Vermögen der ehemaligen Sowjetarmee.

Mit Zustimmung aller Präsidenten der GUS wurde der letzte Verteidigungsminister der UdSSR, Jewgeni Schaposchnikow, Marschal] der Luftwaffe, 1991 für zwei Jahre zum Oberbefehlshaber der Vereinten Streitkräfte der GUS ernannt. Es hat Symbolwert, daß die Verwaltung der vereinten Streitkräfte der GUS sofort das Viertel am Arbat – den «Militärbezirk Arbat» mitten im Zentrum von Moskau mit Dutzenden von Gebäuden und Ausrüstung, deren Wert sich auf einige Milliarden Dollar beläuft – für das künftige Verteidigungsministerium Rußlands räumte und zum Leningrader Prospekt in das bescheidene Haus des ehemaligen Stabes der Truppen des Warschauer Paktes umzog. Der Verwaltungsapparat des GUS-Befehlshabers umfaßt weniger als 300 Offiziere, darunter 29 Generäle. Der zentrale Apparat des ehemaligen Verteidigungsministeriums der UdSSR hatte einen Personalbestand, der 100mal so groß war.

Es erscheint logisch, daß das Militärbündnis des neuen Staatenbundes auch künftig bestehen wird, der Aufbau einer gemein-

Die Macht

samen GUS-Streitmacht aber zum Mißerfolg verurteilt ist. Die Partner verfügen nur über geringe Mittel und sind zerstritten. Nicht von ungefähr erklärten sich die Ukraine, Weißrußland und Kasachstan bereit, alle in ihrem Besitz befindlichen Kernwaffen nach Rußland zu verlegen, wo sie vernichtet werden sollen.

Zu Hause sind russische Militärangehörige obdachlos. Das russische Parlament verabschiedete 1992 ein Verteidigungsgesetz, dem zufolge der Personalbestand der Streitkräfte Rußlands zu Friedenszeiten ein Prozent der Bevölkerungszahl nicht übersteigen darf. Bei weiteren Parlamentsdebatten wurde festgelegt, daß die Armee der Russischen Föderation zum Ende des Jahrhunderts 1,2 Millionen Mann stark sein wird, gegenüber drei bis vier Millionen, die die Sowjetarmee 1991 zählte. Zur russischen Armee hinzuzuzählen sind die strategischen Streitkräfte der vereinten Streitkräfte der GUS in Höhe von 300 000 Mann. Es ist geplant, auf die allgemeine Wehrpflicht zu verzichten (gegenwärtig werden nur chronisch Kranke und Studenten vom Militärdienst freigestellt; die Studenten erhalten einen Aufschub bis zum Abschluß des Studiums) und eine Berufarmee aufzustellen. Damit setzen sich die Tragödien fort, in deren Verlauf in Rußland in Friedenszeiten bis zu 15 000 Rekruten und andere Militärangehörige jährlich ums Leben kommen. Seit Jahrzehnten unterscheidet sich die Lage der Soldaten in der Armee wenig von der Lage der Häftlinge in den sogenannten Arbeits- und Besserungskolonien. In beiden Einrichtungen kommt es bei den jungen Leuten innerhalb von zwei, drei Jahren wegen unerträglicher Arbeits- und Lebensbedingungen oft zu gesundheitlichen Schäden. Weder die Gefängnis- noch die Armeeverwaltungen fühlen sich juristisch oder materiell für sie verantwortlich.

Das ist die Erklärung dafür, daß in Rußland 1992 über 10 Millionen Invaliden registriert wurden. Sehr bald werden zu dieser Armee von Menschen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit noch ein oder zwei Millionen Arbeitslose aus dem Heer der vorzeitig entlassenen Soldaten hinzukommen. Wie der Vorsitzende des im April 1992 von der Regierung Rußlands eingesetzten Komitees für soziale Belange der Militärangehörigen versichert, werden jetzt über 70 Prozent des

Militäretats für Gehälter, Renten, Wohnungen, kommunale Versorgung und Ausbildung des Militärs verwendet.

Moskau muß seine Truppen nicht nur aus der ehemaligen DDR, aus Polen, Ungarn, der ehemaligen Tschechoslowakei und den baltischen Staaten, sondern auch aus allen früheren zur UdSSR gehörenden Staaten umgehend abziehen. In der Russischen Föderation selbst werden die Armeeverbände aller islamischen Republiken im Nordkaukasus und im Wolgagebiet verlassen müssen. Die lokalen Behörden Rußlands finden sich mit der Notwendigkeit ab, Hunderttausende von ehemaligen Armeeingehörigen mit ihren Familien unterzubringen, ziehen jedoch eindeutig jene vor, die aus Osteuropa kommen. Allein die Bundesrepublik Deutschland stellte für die Finanzierung des Abzugs der russischen Truppen von ihrem Territorium 13,4 Milliarden DM für den Zeitraum 1991 bis 1994 bereit; die Hälfte davon soll für den Bau von Wohnungen für das Militär und für Umschulungszwecke verwendet werden. Es handelt sich um 36 000 Wohnungen in 37 Städten. Der Großteil dieser Baumaßnahmen sollte eigentlich schon 1990 in der Nähe der Westgrenze durchgeführt werden. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR verlangte Jelzin jedoch von Bonn, den Wohnungsbau für die aus Deutschland abziehenden Truppen auf das russische Territorium zu verlegen, sehr zur Verärgerung der Ukraine und Weißrußlands.

Im Sommer 1992 wurden 10 000 Mann einer Panzerdivision aus Deutschland in die Stadt Tschaikowski (Gebiet Perm) verlegt. Die Soldaten wurden in Zelten, die Offiziere und ihre Angehörigen in überfüllten Wohnheimen untergebracht, die Panzer stehen ungeschützt im Freien. Wie lange noch werden diese Menschen Not und Entbehrungen ertragen?

In Rußland warten auch noch die Afghanistan-Veteranen auf eine Wohnung. In Jekaterinburg besetzten sie ebenfalls im Sommer 1992 zwei neue, fertiggestellte mehrstöckige Häuser und verlangten von den städtischen Behörden, ihnen die Wohnungen zu überlassen.

Am 21. Juli 1992 unterzeichnete Präsident Jelzin einen Erlass über die Bereitstellung von 89 Milliarden Rubel (derzeit ungefähr 600 Millionen Dollar) für den Bau von 5 Millionen Quadratmetern Wohnfläche (3 Millionen Quadratmeter für das aktive Militär und 2

Die Macht

Millionen Quadratmeter für ehemalige Militärangehörige). 60 Prozent der Wohnungen sollten 1992, die restlichen 40 Prozent im nächsten Jahr gebaut werden. Ein ähnlicher Erlass Jelzins vom 19. Februar 1992 an die örtlichen Behörden, die Defizite bei der Versorgung der Militärangehörigen mit Wohnungen baldmöglichst zu beseitigen, wurde nicht ausgeführt. In der ersten Jahreshälfte überließen die örtlichen Behörden den Militärs 4529 Wohnungen. Dabei stieg die Zahl der obdachlosen Militärangehörigen im Sommer 1992 in Rußland auf 167 000, weitere 82 000 benötigen eine Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse; außerdem werden 240 000 Wohnungen für die aus dem Baltikum abzuziehenden Truppen und 400000 Wohnungen für jene gebraucht, die in den nächsten vier Jahren aus Deutschland kommen werden.

Nach den Berechnungen vom Sommer 92 werden die Wohnungen für Militärangehörige mehr als eine Trillion Rubel kosten (ca. 10 000 Bill. US-Dollar). Die Regierung hat dieses Geld nicht, dafür aber die Armee, die Tausende von Gebäuden, Übungs- und Versuchsgelände, Flugplätze und verschiedenes Gerät besitzt. All das wird nicht ausgelastet und kann verkauft werden. Und erst recht die Ausbildungszentren bei Moskau, das Vermögen der ehemaligen DOSAAF (Freiwillige Gesellschaft zur Förderung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte) und des KGB der UdSSR und die vielen Gebäude der verschiedenen Verwaltungsstellen. Der Erlös würde für den Bau von Wohnungen nicht nur für das Militär, sondern auch für alle Lehrer, Ärzte und Invaliden ausreichen. Aber weder die Armee noch das Parlament haben es mit der Privatisierung eilig. Nur Privatpersonen und Handelsunternehmen können der Armee etwas abkaufen.

Warum ist die Armee plötzlich so bettelarm geworden? Sie hinterläßt in Deutschland 777 Militärsiedlungen und 21 000 Gebäude. Die Immobilien der Westgruppe der Truppen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland werden auf 10,5 Milliarden DM geschätzt. Den Polen hinterläßt die Rote Armee 180 Militärsiedlungen mit 600 Objekten. Der Mongolei bleiben nach dem Abzug 55 Militärsiedlungen. Jeder achte Bürger der Mongolei wohnt in einem von sowjetischen Soldaten gebauten Haus (insgesamt wurden 2,3 Millionen Quadratmeter Wohnfläche und 2500 öffentliche Gebäude erstellt): Jetzt sollen sie entschädigungslos übergeben werden? (Nur

die Bundesrepublik Deutschland war bereit, entsprechende Beträge zu zahlen.) Die Truppen kehren in die Heimat zurück, wo, wie sich herausstellt, niemand auf sie wartet.

Die Regierungen der osteuropäischen Länder haben es strikt abgelehnt, dem russischen Militär etwas für die zurückgelassenen Gebäude zu zahlen. Die ehemaligen Unionsrepubliken sind fest entschlossen, von Moskau Kompensationen für den Schaden zu verlangen, den die Armee der Wirtschaft und der Umwelt zugefügt hat. Was die Armee selbst angeht, so plündert sie während ihrer erzwungenen Repatriierung aus den ehemaligen Unionsrepubliken ihre eigenen Bestände, schlägt Sachwerte an alle und jeden los, läßt sie liegen oder vernichtet sie. Ganz zu schweigen davon, daß die Armeechefs aus Moskau wiederholt die Übergabe von Waffen an die kriegführenden Seiten sowohl Armeniens als auch Aserbeidschans zuließen; Panzer werden inklusive Panzersoldaten abgegeben, und diese wurden zu hochbezahlten Söldnern. Wie das funktioniert, ist bekannt.

Sowjetische Waffen sind stark gefragt. Der Westen mahnte, daß der Export von Waffen und nuklearer Technologie nur legal abgewickelt werden dürfte. Inzwischen haben es clevere Geschäftsleute aus der ehemaligen UdSSR fertiggebracht, die Weltpreise für natürliches und angereichertes Uran – davon hat Rußland, wie sich jetzt zeigt, viel zu viel – zu drücken. Um die Beschränkungen zu umgehen, wird Uran als Pellets oder auch einfaches Uranerz angeboten. Offiziell kontrolliert Rußland nur sieben bis acht Prozent des Marktes für angereichertes Uran und anderes spaltbares Material. Dabei entfällt auf die frühere UdSSR ungefähr die Hälfte der bekannten Uranvorräte der Welt. Ein Drittel davon befindet sich in Rußland. Die russischen Kapazitäten für die Produktion angereicherten Urans und seine weitere Verfeinerung machen etwa 25 Prozent der Weltkapazität aus. Im Sommer 1992 erklärten die USA ihrem neuen politischen Verbündeten Rußland einen regelrechten Handelskrieg, als sie hohe Strafzölle für den Import von Uran aus Rußland verhängten. Das Ministerium für Energiewirtschaft zahlte Anwaltssozietäten in Washington 3,3 Millionen Dollar, um die Einstellung der russischen Uranintervention zu erreichen. Während 1986 für 2 Millionen Dollar an die USA billiges sowjetisches Uran

Die Macht

verkauft worden war, beliefen sich die Verkäufe 1991 bereits auf 120 Millionen Dollar. Uran war der drittgrößte Exportposten der ehemaligen UdSSR und brachte allein 1991 über 500 Millionen Dollar. Rußland möchte diesen Erlös mindestens verfünffachen und stößt dabei auf den erbitterten Widerstand der USA. Warum sind die Amerikaner dagegen? Einflußreiche russische Unternehmer, ganz zu schweigen von Rußlands Regierung, sind durchaus imstande, einen halblegalen Handel mit Uran in Gang zu setzen, was mehr als ein Dutzend Entwicklungsländer in helle Begeisterung versetzen würde, da sie hochwertige Rohstoffe und Technologien für ihre nuklearen Militärprogramme haben wollen.

Ein beliebtes Thema der russischen Presse ist heutzutage das öffentliche Rätselraten darüber, ob irgendwelche bösen Buben unsere atomaren Sprengköpfe gestohlen haben und wer alles daran beteiligt ist. Die Generäle meinen dazu, sie hätten durchaus gestohlen werden können, das Gewicht von 30–500 kg sei ja nicht so groß, nur die Beschaffung der Trägersysteme (Zündung des Raketentriebwerkes mit computergesteuerter Lenkung und Startvorrichtung) sei für die Missetäter etwas schwierig. Inzwischen hat die extremistische Führung Südossetiens mehrmals betont, sie hielte für das «geliebte» Georgien «eine Nuklearkomponente von hoher Leistung» bereit.

Nach Ansicht der CIA sind heute nicht die russischen Waffen am gefährlichsten, sondern die 2000 Kernphysiker, die imstande sind, mit bestimmten Mitteln derartige Waffen für jeden Auftraggeber herzustellen. Diese Menschen werden das auch wirklich machen, wenn Washington ihnen nicht eine sichere Existenz anbietet. Sie haben ihre Arbeit (manuelle Montage von Atombomben) in den fünf verbotenen Städten verloren, die früher dem Ministerium der UdSSR für Mittleren Maschinenbau unterstellt waren. Jetzt erwarten sie eine nach russischen Begriffen großzügige Vergütung, damit sie die Demontage ihrer «Erzeugnisse» möglichst gefahrlos durchführen können.

Allein in Rußland leben und arbeiten Millionen von Menschen in zehn geheimen Atomstädten und mehreren Dutzend Städten und Siedlungen des Verteidigungsministeriums hinter Stacheldraht unter strengster Bewachung, die sogar schärfer als an der sowjetischen Staatsgrenze ist. Vor drei Jahren noch konnte man aus diesen

Ortschaften nur einmal in fünf Jahren in Urlaub fahren. Es war unmöglich, von diesen Zonen aus zu telefonieren oder Besuch von nahen Angehörigen zu empfangen. Eine Entschädigung für diese Entbehrungen waren hohe Löhne und Gehälter, eine ausgezeichnete Versorgung und vorteilhafte Sozialleistungen. All das endete 1992. Die Geheimhaltung wurde gelockert. Entsprechend einem speziellen Gesetz des russischen Parlaments wurden diesen Zonen einige Milliarden Rubel für soziale Zwecke bereitgestellt, um zu verhindern, daß die Wissenschaftler das Land verlassen und schließlich irgendwo im Nahen Osten eine Arbeit annehmen.

In ein oder zwei Jahren wird man westlichen Globetrottern für viel Geld exotische Reisen anbieten können. Schon allein Krasnojarsk-26 mit seinem unterirdischen Bergbau- und Chemiekombinat (90 300 Einwohner) ist eine Sehenswürdigkeit ohnegleichen. Dort könnte man die technische Erzeugung und Aufarbeitung von Plutonium vorführen, drei unterirdische Reaktoren, das einzige unterirdische Kernkraftwerk der Welt, die Produktion von reinen seltenen Metallen, einen unterirdischen Betrieb für Satellitenmontage und die unterirdische Deponierung von Atommüll aus der gesamten ehemaligen UdSSR. Oder Omsk-7 mit 107 700 Einwohnern. Dort könnte man die technische Erzeugung von Waffenplutonium und Urananreicherung zeigen. Tscheljabinsk-65 mit 83 000 Einwohnern, dort wird Atommüll verarbeitet. Krasnojarsk-45 mit 63 400 Einwohnern. Sehenswert ist die Urananreicherung. Slatoust-36 mit 29 800 Einwohnern. Sehenswert die Serienfertigung von Kernwaffen. Nach seiner Heimkehr und der Überprüfung seiner Eindrücke durch glaubwürdige Quellen wird so ein westlicher Tourist nur feststellen können: Rußland ist ja schon immer ein Polizeistaat gewesen, sowohl unter den Zaren als auch unter den Bolschewiken, und auch heute hat man die Anmeldepflicht nicht abgeschafft. Die russische Obrigkeit entscheidet auch heute noch darüber, wo ein Mensch zu leben hat und ob er überhaupt auf dieser Welt zu leben hat.

Auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR befinden sich 16 große Reaktoren von jenem Typ, der in Tschernobyl explodiert ist. Noch im März 1992 boten die Deutschen an, ein internationales Konsortium westeuropäischer Firmen zu gründen, das durch die

Die Macht

Investition von 50 bis 60 Milliarden DM die unzulänglichen Atomreaktoren durch neue, betriebssicherere Reaktoren ersetzen könnte. Rußland ist immer noch dabei, über das Angebot nachzudenken – wohl aus dem Wunsch heraus, auf eigene Kosten und aus eigenen Kräften das Land zu einem Testgelände für die Demontage obsoleter Reaktoren zu machen, deren Betriebssicherheit längst eine Fiktion ist. Wie Akademiemitglied Jewgeni Welichow sagt, beläuft sich der soziale und wirtschaftliche Schaden des Reaktorunglücks in Tschernobyl auf Hunderte Milliarden Dollar. Um diese Summe nicht noch zu erhöhen, meint Welichow, täte Rußland gut daran, ausländische Investitionen heranzuziehen und zuzulassen.

Dabei sollte man meinen, daß es um das Know-how der russischen Wissenschaftler gar nicht so schlecht steht. Leider ist der Führung, sei es unter Lenin oder Jelzin, ein Menschenleben immer wenig wert gewesen. Warum mußte das halbverhungerte Rußland zum Beispiel im Frühjahr 1992 China eine Tokamak-7, die drittgrößte steuerbare Kernfusionsanlage der Welt, als Gegenwert für Oberbekleidung und Computer im Werte von 45 500 Dollar verkaufen? Der übliche Preis dieser Tokamak-Anlage liegt bei 16 Millionen Dollar. Aber Rußland ist ja reich, und man versprach den Chinesen eine weitere Anlage dieses Typs – wohl im Austausch gegen Hausschuhe.

Die russische Wissenschaft hat hervorragende Köpfe. Als Gennadi Kisseljow vom Institut für experimentelle und theoretische Physik eine Methode vorschlug, langlebige radioaktive Abfälle in kurzlebige zu verwandeln, beeilten sich die Amerikaner, diese Idee zu finanzieren. Nach amerikanischen Schätzungen würde der Bau einer solchen Anlage 4 Milliarden Dollar kosten. Dabei haben die USA für den Bau einer neuen unterirdischen Atommülldeponie in der Wüste von Ne-vada schon 24 Milliarden Dollar bereitgestellt. In wenigen Jahren werden sie eine weitere Deponie brauchen. Es sei denn, Gennadi Kisseljow läßt sich etwas einfallen.

Im Sommer 1992 beschlossen die USA definitiv, für 13 Millionen Dollar den russischen Atomreaktor «Topas» zu kaufen, um ein neues Raumschifftriebwerk zu entwickeln. Russische Wissenschaftler haben an diesem Reaktor über 20 Jahre gearbeitet und 650 Millionen Rubel dafür ausgegeben (alte «harte» Rubel aus dem Militärbudget, in dem

ein Rubel genau einen Dollar wert war). Dieses atomare Spielzeug wird den Amerikanern für die Realisierung gemeinsamer Weltraumprojekte gleichsam verpachtet, ohne daß alle technologischen Geheimnisse gelüftet werden. Daher der niedrige Preis für «Topas».

Gründer der meisten geheimen Atomstädte war Lawrenti Pawlowitsch Berija, der damalige Chef der Geheimpolizei NKWD, der 1953 erschossen wurde. Alle atomaren und die anderen großen militärischen Objekte wurden von deutschen, japanischen und anderen Kriegsgefangenen, sowjetischen Häftlingen und militärischen Baukompanien gebaut. Aber nicht alles wurde von Zwangsarbeitern gebaut. Es gab auch Enthusiasten, besonders unter den Wissenschaftlern, von denen die meisten in der Stalinzeit übrigens ebenfalls Häftlinge waren. In den vierziger bis sechziger Jahren besaß die Sowjetunion ein Industriepotential, das die Hälfte des amerikanischen betrug. Der Sowjetunion gelang es aber, vor den Amerikanern in den Weltraum vorzustoßen. 1950 stellte die UdSSR 10 Prozent des Nationaleinkommens für das Bildungswesen bereit, in den USA waren es nur 4 Prozent. Heute haben die beiden Länder die Plätze getauscht. Die Amerikaner haben ihr Budget für die Bildung auf 12 Prozent angehoben (hinzu kommen Subventionen aus privaten Stiftungen). Den gleichen Weg gingen auch Japan und andere Länder.

In der UdSSR begannen in den sechziger Jahren die Ausgaben für die Bildung zu schrumpfen; seit 1982 sanken sie auf 4,2 Prozent des Nationaleinkommens. Schon jahrelang haben technische Hochschulen keinen großen Zulauf mehr. Ein Ingenieur wird in Rußland nicht besser als ein Hausmeister bezahlt. In den siebziger und achtziger Jahren waren auch nicht mehr so viele bereit, in Rüstungsfabriken zu arbeiten, wo man zwar besser bezahlt, aber geknechtet wurde. Die Sowjetunion brach den kalten Krieg gegen den Westen vom Zaun und verlor ihn, da sie die wirtschaftliche Bürde des Rüstungswettlaufs nicht mehr tragen konnte. Das erste Atomkraftwerk der Welt (1954), der erste künstliche Erdsatellit (1957), der erste bemannte Raumflug (1961), die S-300 (eine mobile Fla-Rakete, die ihr amerikanisches Pendant, die «Patriot»-Rakete, in allem übertrifft), die Kalaschnikows, die 77000 einsatzbereiten sowjetischen Kampfpanzer (1991) — das sind die Errungenschaften der UdSSR. Sechzig Prozent des sowjetischen mil-

Die Macht

itärisch-industriellen Komplexes gehören Rußland. Im Frühjahr 1992 waren dort 4,4 Millionen Menschen beschäftigt. Mit den Beschäftigten der vor- und nachgelagerten Industrien waren das 12 Millionen, die Familienangehörigen dazugerechnet sind das 36 Millionen: Das ist fast ein Viertel der russischen Bevölkerung.

Die Konversion, die Umstellung des militärisch-industriellen Komplexes in Rußland auf zivile Produkte, erfordert Ausgaben in Höhe von 150 Milliarden Dollar, weil die Arbeitsproduktivität bei der Umstellung eines Rüstungsbetriebs auf zivile Erzeugnisse, in Rubel gerechnet, auf ein Dreißigstel, in manchen Bereichen auf ein Einhundertzwanzigstel sinkt.

Der militärisch-industrielle Komplex muß wenigstens die bereits fertiggestellten Erzeugnisse exportieren, jedoch nicht so, wie das im Jahre 1990 gemacht wurde: Es wurden Waffen und Kriegsgerät für 14 Milliarden Dollar verkauft, bezahlt wurden dafür aber nur 4 Milliarden Dollar in bar. Den Rest blieben die ideologischen Freunde von damals schuldig. Aber weder gestern noch heute kann Moskau auf den Weltmärkten legal und im großen Maßstab handeln, weil die Exportquoten äußerst begrenzt sind beziehungsweise gar nicht existieren. Die vom COCOM verhängten Beschränkungen hinderten Rußland auch 1992 daran, viele westliche High-Tech-Erzeugnisse zu kaufen oder die modernste sowjetische Raketen-, Nuklear- und Weltraumtechnik in den Westen zu exportieren.

Es ist kaum zu glauben, daß die UdSSR auf dem militärischen Sektor mit den USA tatsächlich gleichzog und für militärische Zwecke 300 Milliarden Dollar jährlich ausgab. Ein sowjetischer Kampfpanzer kam die Sowjetarmee 2 Millionen Rubel zu stehen, wurde jedoch nach Afrika für 2 Millionen Dollar verkauft (1991/92 entsprach ein Dollar etwa 130 Rubel). Der Verlust der Militäraufträge als Folge der Beendigung des kalten Krieges hat Rußlands gesamte Industrie in den Ruin gestürzt.

...im Weltraum

Kernreaktoren auf der Umlaufbahn

Um Arbeitsplätze zu sichern, bot Jelzin die russische Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm an, wodurch dieses Programm der Kontrolle über den Weltraum und das Frühwarnsystem weltweite Bedeutung erhielt. Die Amerikaner versprachen großzügig, 50 Millionen Dollar für den Kauf der 50 sowjetischen Spitzentechnologien im Bereich der Raketenabwehr und für den Unterhalt von über 1 000 entsprechenden Fachleuten aus der GUS bereitzustellen. Die 50 Millionen Dollar aus den USA machen nicht einmal ein Prozent der Summe aus, die die amerikanische Administration für das SDI-Programm im Finanzjahr 1993 angefordert hat.

Wird russische Technik nicht verschleudert? Schließlich entwickelten die sowjetischen Wissenschaftler Ablekow, Babaiew und Bereschnoi in den achtziger Jahren ein russisches Pendant zu SDI. Eine gewichtige Replik an die Amerikaner war fast fertig. Das Projekt konnte nicht zu Ende geführt werden, da drei Konstrukteure auf geheimnisvolle Weise fast gleichzeitig starben. Dadurch wurde das Moratorium für Nukleartests und der aktive Abrüstungskurs verhindert. Die Amerikaner dagegen stoppten SDI nicht. Sie wollen jetzt das Programm der Entsendung von Waffen in den Weltraum zu Ende führen. Sie sind bereit, das Wettrüsten im Weltraum mit Hilfe russischen Know-hows und russischer Fachkräfte fortzusetzen. Die Sicherheit Rußlands wird durch all diese Neuerungen nicht gerade wachsen, und reicher wird Rußland davon auch nicht.

Allein 1992 erhielt Israel für SDI-Entwicklungen von den USA 549 Millionen Dollar und weitere 129 Millionen Dollar von Großbritannien. Die USA wollen Rußland für ein Butterbrot die Technologie für die mächtigen Trägerraketen zur Beförderung von

Die Macht

Satelliten in den Weltraum abkaufen. Die russischen Raketen sind wesentlich wirtschaftlicher als die amerikanischen. Dazu gehören die Rakete «Energija», Atomenergieanlagen und Triebwerke für Satelliten mit geringer Schubkraft. Durch die Investition von ein paar Millionen Dollar für den Kauf der bestgehüteten russischen Staatsgeheimnisse sparen die Amerikaner mehrere Milliarden Dollar und werden ihr Raketenabwehrsystem fünf Jahre vor dem ursprünglichen Termin installieren können.

Was wollen die Amerikaner in Rußland kaufen? Das russische Programm zur Entwicklung von Munition mit Überschallgeschwindigkeit wurde auf insgesamt 1,2 Millionen Dollar geschätzt. Dazu gehören Lenkeinrichtungen für Auftreffelemente für 200 000 Dollar, die Start- und Zielsuchsysteme für Hyperschall-Geschosse für 350 000 Dollar und die Technologie für die Entwicklung von elektro-thermischen Abschlußrohren für 200 000 Dollar. Ähnliche Schleuderpreise werden für Programme genannt, die die Entwicklung von Zielsuch-Treffelementen der Abwehrraketen, von Waffen gebündelter Energie, Systemen der Raketenabwehr auf dem Gefechtsfeld und moderne Entwicklungen der Rüstungstechnik vorsehen. Alle Discountpreise werden aber im Geheimdienstbereich unterboten. Die Amerikaner sind bereit, gerade noch 50 000 Dollar zu zahlen, um «Informationen über GUS-Programme im Bereich der Aufklärung und Raketenabwehrmaßnahmen» zu kaufen.

Das Schicksal sprang mit Rußland und seiner militärischen Raumfahrt hart um. Die Verfügungsgewalt über alle Starts und alle Entwicklungen hatte die Führung der für die Erforschung des Weltraums zuständigen Stellen des Verteidigungsministeriums. Achtzig Prozent der industriellen und wissenschaftlichen Basis der sowjetischen Raumfahrt waren in Rußland konzentriert, weitere 15 Prozent entfielen auf die Ukraine, hauptsächlich auf Dnepropetrowsk (auf das Konstruktionsbüro *Juschnoje* sowie auf den Forschungs- und Produktionsbetrieb *Juschny Maschinostroitelny Sawod*). Seit März 1992 haben diese beiden Zentren die Produktion von Kriegsgerät, darunter auch der Trägerrakete «Zenit», einer der ökologisch saubersten der Welt, gänzlich eingestellt. In den Betrieben werden jetzt Oberleitungsbusse gebaut.

Dabei war beispielsweise Australien bereit, die «Zenit» zu kaufen, deren Komponenten für die Endmontage zu 70 Prozent aus ganz Rußland nach Dnepropetrowsk geliefert wurden. Der Ukraine gehören heute zwei Hochseeschiffe für die Weltraumkommunikation: die «Kosmonaut Juri Gagarin» (Wasserverdrängung 45000t) und die «Koroljow» (21 000 t). Die «Beljajew», die «Wolkow», die «Dobrowolski» und die «Pasajew» (je 9 000 t) hat Rußland behalten. Weder das ukrainische noch das russische Militär hat Geld genug, diese mit Elektronik gespickten Ozeanriesen zu unterhalten, wobei die Elektronik sehr viel teurer ist als das Schiff selbst. Früher stellten diese Schiffe an bestimmten Punkten des Erdballs alle 6 Stunden eine stabile Verbindung zwischen den sowjetischen Kosmonauten und dem sowjetischen Territorium her. Heute liegen die Schiffe vor Anker, während die russischen Kosmonauten nur im russischen Erfassungsbereich, das heißt nur alle 18 Stunden Verbindung mit dem Flugleitzentrum aufnehmen können. Offiziell haben weder die Ukraine noch Kasachstan die Raumforschung aufgegeben. Aber während sich Rußlands Anteil an der Finanzierung der Weltraumprogramme im Jahr 1992 auf 93 Prozent belief, waren Kasachstan und die Ukraine nur mit vier bzw. drei Prozent beteiligt. Alma-Ata verfügt noch nicht einmal über die finanziellen Mittel, um die sozialen und kommunalen Probleme der Stadt zu lösen, die Baikonur mit seinen 12 Startrampen versorgt. Nach den heutigen Preisen wird allein der Betrieb der Anlagen in Baikonur eine Milliarde Dollar jährlich kosten. Wenn Rußland Baikonur verliert, muß es zusätzlich 10 Milliarden Dollar aufbringen, um das Kosmodrom Plesezk auf den erforderlichen Stand zu bringen.

Das Treffen der Präsidenten Bush und Jelzin im Juni 1992 in Washington war nicht nur wegen des radikalen Abbaus der strategischen Waffen eine Sensation, es setzte einen Schlußpunkt unter die amerikanische und russische Rivalität bei der Eroberung des Weltraums. Bush schlug vor, russische Raketen für den Start amerikanischer Satelliten einzusetzen, was noch eine Woche zuvor undenkbar gewesen wäre. Beide Seiten vereinbarten für 1994 eine eventuelle Koppelung der Raumfähren «Shuttle» und «Mir» und beschlossen, den kostspieligen Flug zum Mars vorläufig aufzuschieben.

Die Macht

Nach dreimonatigen Beratungen ratifizierten am 18. Juni 1992 Juri Koptew, Direktor der russischen Raumfahrtbehörde, und Daniel Goldin, Direktor der NASA, den ersten Vertrag zwischen der NASA und der wichtigsten russischen Raumfahrtfirma, der Forschungs- und Produktionsvereinigung *Energija*, die sich in Kaliningrad (jetzt Kaliniuski), 10 km nördlich von der Moskauer Stadtgrenze, befindet. Viel darf man sich davon nicht versprechen. Die Amerikaner zahlen eine Million Dollar, um ein Jahr lang die Einsatzmöglichkeiten des bemannten Raumschiffs «Sojus TM» und des automatischen Raumtransporters «Progress» für das Projekt der amerikanischen stationären Weltraumstation «Freedom» zu studieren, die für Anfang des 21. Jahrhunderts geplant ist.

Gewiß könnte Rußland die gesamte überholte Raumtechnik leicht an interessierte Entwicklungsländer verkaufen. Das wäre jedoch ein gravierender Verstoß gegen die von der UdSSR unterzeichneten internationalen Verträge bezüglich der Kontrolle über die Weitergabe von Raketentechnologie. Die neue Führung Rußlands setzte die USA von ihrer Absicht in Kenntnis, sich als Rechtsnachfolger der UdSSR an früher geschlossene Verträge zu halten. Gleichzeitig sagte die russische Führung Indien für 1994 die Lieferung von kryogenen Raketentriebwerken im Wert von 250 Millionen Dollar zu. Die Amerikaner waren sehr empört, weil sich mit solchen Raketen nicht nur ein Nachrichtensatellit, sondern auch alles mögliche zu militärischen Zwecken in den Weltraum schicken läßt. Im Mai 1992 wäre Rußland wegen dieser Kontroverse mit den USA beinahe um die gesamte Wirtschaftshilfe aus dem Westen im Rahmen der versprochenen 24 Milliarden Dollar gekommen.

Das russische Militär fluchte damals: Warum habe man auch 1972 oder 1990 die Abkommen mit den USA unterzeichnen müssen, die Rußland die Hände binden! Jetzt könnte Rußland Handel treiben, ohne sich um andere zu scheren. Aber nun hat der Westen Rußland gezwungen, einen Berg von SS-20-Raketen zu vernichten. Inzwischen haben jedoch Militärfachleute die «Start-1-Rakete» entwickelt und bieten allen Interessenten an, 1993 kommerzielle Satelliten mit einer Nutzlast bis zu 550 kg beinahe von der Lafette aus zu starten und in eine bis zu 700 km hohe polare Umlaufbahn zu befördern.

Das russische Militär hat sein Monopol auf den Weltraum verloren. Im Juli 1992 wurden vom Kosmodrom Plesezk mit einer einzigen Trägerrakete «Zyklon» gleich vier militärische sowie zwei zivile Satelliten «Gonez-D» für das weltweite Faxsystem gestartet. Tausende Fax-Teilnehmer werden für diese Dienstleistung nur ein Zehntel der Kosten für ein Telegramm zahlen. Das Militär hat auch sein Monopol auf geheime Technologien eingebüßt.

Die 15 größten Raumfahrtkonstruktionsbüros in Rußland und der Ukraine öffneten 1992 erstmalig ausländischen Kollegen ihre Tore. Noch ehe man auch nur einen einzigen Dollar erhalten hatte, mußte eine Delegation der Gesellschaft *Prospace*, die die 50 größten französischen Raumfahrtfirmen vereinigt, empfangen werden; auch einem japanischen Wissenschaftlertrupp von 40 führenden Fachleuten für Raumfahrtforschung wurde fast alles offengelegt. Rußland bietet der Welt an, den irdischen Müll zu beseitigen und radioaktive Abfälle im unendlichen Kosmos abzuladen und seine einzigartigen Erfahrungen in der medizinischen und biologischen Betreuung von Raumflügen weiterzugeben.

Die russischen Kenntnisse gelten jedoch nicht mehr viel. Nach jahrzehntelangen Diebstählen fremder Geheimnisse und totaler Geheimhaltung der sowjetischen Forschung wird die Stimme russischer Wissenschaftler nicht mehr gehört. Die meisten russischen Faxgeräte sind mit den westlichen nicht kompatibel, die internationalen Fernsprechverbindungen stehen auf dem Stand der dreißiger Jahre, es gibt keine elektronische Verbindung mit dem Westen, und es gibt weder wissenschaftliche Publikationen noch Patente auf russische Erfindungen.

Vorläufig wird die russische Rakete «Energija», die leistungsstärkste der Welt, nicht genutzt, obwohl sie schwere Satelliten und Weltraumstationen in das All befördern könnte. Viele Staaten würden ihre Satelliten gern von russischen Weltraumbahnhöfen (Kosmodromen) mit russischen Raketen starten lassen. Dennoch durfte kein einziger Satellit, in den nur eine einzige amerikanische Schraube eingebaut ist oder dessen Herstellung auf amerikanischer Technik beruhte, mit einer sowjetischen Rakete auf eine Umlaufbahn gebracht werden. Diese COCOM-Regeln blieben trotz George Bushs optimistischen Erklärungen auch 1992 in Kraft. Es geht nicht um die

Die Macht

Geheimhaltung des westlichen Know-hows; Rußland ist der Zutritt zum Weltmarkt versperrt, sein Anteil dort liegt heute bei kaum 0,1 Prozent.

Dabei hatte vor einem halben Jahrhundert alles so gut angefangen. Das gesamte wissenschaftliche Potential Nazideutschlands (Anfang 1945 wurden dort täglich 39 V-2-Raketen produziert; dieses «deutsche Wunder» bestand aus einem Strahltriebwerk mit einer Schubkraft von 25 t) wurde zusammen mit deutschen Wissenschaftlern und ihrer technischen Dokumentation in amerikanische und sowjetische Forschungszentren verschleppt. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß das ganze Land, das heißt die besten Physiker und Ingenieure, denen das NKWD bzw. der KGB unbegrenzte materielle und menschliche Ressourcen zur Verfügung stellte, für den Bau von Kernwaffen und Trägerraketen gearbeitet hat. Die Propaganda webte Legenden um Physiker, und für die meisten Schulabgänger war der Beruf des Atomphysikers oder Kosmonauten ein Traumberuf.

Die Raumfahrt war in der Sowjetunion, wie gesagt, ein Monopol des Militärs, zugleich aber auch sein Stolz und ein Beweis für die großen Vorzüge des Sozialismus. Spionagesatelliten und militärische Nachrichtensatelliten waren natürlich notwendig, wenn auch nicht gerade in einer Stückzahl von Tausenden. Die Hälfte des Raumfahrtetats war für den Start von Weltraumstationen und die Vorbereitung der vielen Kosmonauten auf Jubiläumsflüge zu Festtagen des sowjetischen Kalenders bestimmt: zum 1. Mai und 7. November, anlässlich der Parteitage der KPdSU und der Geburtstage ihrer Generalsekretäre. Auch ausländische Astronauten wurden in den Weltraum kutschiert, obwohl diese kostspieligen kosmischen Spaziergänge keinen realen Nutzen brachten. In den letzten 30 Jahren hat die Sowjetunion keinen einzigen Wissenschaftler in den Weltraum geschickt, sondern immer nur Piloten oder allenfalls Ingenieure für Weltraumtechnik. Für nicht geheime Projekte wurden ein bis drei Prozent des gesamten Raumfahrtetats der UdSSR veranschlagt. Die Ausgaben für die inländischen Telefonverbindungen über den Weltraum, die Wetteraufklärung und geologische Informationen betragen ebenfalls nur einige wenige Prozent. Rußland verfügt bisher über keine Satelliten für die Überwachung der Umwelt. Bis zu 90 Prozent der Weltraum

starts verfolgten militärische Ziele. Wenn beispielsweise sieben oder acht zivile Nachrichtensatelliten «Gorizont» im Weltraum stationiert sind, gibt es für sie nur 1000 Verbindungsstationen auf der Erde. Man würde jedoch zehnmal soviel Stationen brauchen. Dies würde den Menschen mehr Bequemlichkeit und Rußland einigen Gewinn bringen. Die meisten russischen Wohnungen haben überhaupt keinen Telefonanschluß. Indes wird, wie sich herausstellt, die Weltraumstation «Mir», zur Zeit einzigartig in der Welt, von niemandem gebraucht. Sie bringt keinerlei Nutzen, ebenso wie die vielen Exemplare der Weltraumfähre «Buran», dem russischen Pendant zur amerikanischen Weltraumfähre «Shuttle».

Bei der Arbeit an der Weltraumfähre «Buran» entwickelten sowjetische Fachleute 581 Varianten neuer Werkstoffe. Allein die Bezeichnungen dieser Werkstoffe, verschiedener technologischer Details und Aggregate der Weltraumfähre, die jetzt freigegeben und für die anderweitige, allgemeine Nutzung bestimmt sind, füllen drei dicke Bände. Doch hat die Umsetzung all dieser Technologien in zivilen Bereichen Rußlands bisher keinen einzigen Rubel eingebracht, da sich die entsprechenden Fachkräfte und Ausrüstungen nur in Rüstungsbetrieben befinden. Zudem machte die vom Militär erzwungene Geheimhaltung alles so schwerfällig, daß sie nur Schaden anrichtete und die Einkünfte des Staates minderte.

Genaugenommen waren aber die Weltraumerfahrungen weder für das Militär noch für den KGB von großem Nutzen. Die Kosmonauten waren bis zu 80 Prozent ihrer Zeit mit der Bedienung und Kontrolle der Apparate beschäftigt. Der niedrige Stand der sowjetischen Elektronik erlaubte es ihnen nicht, auch nur ein Zehntel der Aufgaben zu erfüllen, die ihnen der Generalstab und das Zentrum für Raumaufklärung im Hinblick auf die Lage an den «Brennpunkten» unseres Planeten stellten. Es wäre nicht uninteressant, laufend Angaben über die Standorte amerikanischer Flugzeugträger und U-Boote zu haben, mit eigenen U-Booten Verbindung aufrechtzuerhalten und kosmische Bildaufklärung zu betreiben, doch brauchte man dazu roboterartige Satelliten wie bei den Japanern oder Amerikanern, nicht aber diese sowjetischen «Weltraumbaracken», die erst durch heldenhafte Anstrengungen der Kosmonauten bewohnbar gemacht wurden.

Die Macht

Vorläufig bekommt die russische Raumfahrt sehr wenige Militäraufträge. Im Werk *Progress* in Samara (ehemals Kuibyschew) werden seit 1992 statt der Trägerrakete «Energija» jetzt Straßenbahnen, Mikrowellenherde und Küchenmöbel gefertigt.

Gegenwärtig verkauft Rußland die Raumschiffe, die schon im Weltraum waren: Für weniger als 100 000 Dollar kann man damit eine Attraktion für einen Kinderspielplatz kaufen. Private Unternehmer haben jetzt ein paar kleine Nachrichtensatelliten in Umlauf gebracht. Die Behörden der Russischen Föderation würden gern die Weltraumstation «Mir» verkaufen, die bis 1996 im All bleibt. Kosmische Dienstleistungen werden jetzt ebenso wie Flugzeugtechnik zu Schleuderpreisen angeboten.

Viele Typen der sowjetischen Militärflugzeuge gelten als die besten in der Welt. Auf allen internationalen Luftfahrtsalons der letzten Jahre wurde der Abfangjäger MiG-31 für ein Zehntel seines eigentlichen Preises angeboten (es gibt weltweit kein vergleichbares Abwehrsystem gegen Marschflugkörper), desgleichen die zweiseitigen Jagdbomber Su-27 TK und die leichten, äußerst manövrierfähigen Abfangjäger MiG-29 (eine gelungene Version des «Jäger-90»). Es gab Pläne in Westeuropa, die MiG-29 anstelle des «Jägers-90» einzuführen, bis man sich im November 1992 wohl endgültig für eine eigene westeuropäische Neuentwicklung entschied. Wie sich bei einer Übung in Deutschland erwies, waren die MiG-29-Maschinen den amerikanischen F-16-Flugzeugen überlegen. Präsident Bush bat Rußland, an Amerika MiG-29 zu verkaufen. Die MiG-31 kann als eine Art Mini-AWACS eingesetzt werden; vier Flugzeuge dieses Typs sind imstande, einen bis zu 900 km breiten Territorialstreifen zu kontrollieren. Im Unterschied zum amerikanischen Frühwarnaufklärer AWACS kann die MiG-31 das Ziel nicht nur ausmachen, sondern auch vernichten.

Für das beste sowjetische Jagdflugzeug Su-27 bot man noch in den achtziger Jahren 40 Millionen Dollar; damals lehnte das sowjetische Militär jedoch stolz ab. Heute wäre Rußland bereit, gegen relativ bescheidene Bezahlung an jedem beliebigen Ort der Erde Flugzeuge für Luftschauen zur Verfügung zu stellen. Eine Staffel von Su-27

würde z. B. von ihrem Standort Kubinka bei Moskau aufsteigen und im Ausland eine Luft-Show durchziehen. Sollte der erhoffte Auftrag eingehen, so würden auch das gigantische Flugzeug An-124 «Ruslan» und der Überschall-Senkrechtstarter Jak-141 in das Programm mit aufgenommen. Die beiden letzten Typen sind technische Wunderwerke. Auch die Kampfhubschrauber Mi-28 und Mi-34 können sich durchaus sehen lassen. Vielleicht gibt es deshalb in Rußland keine neuen Flugzeuge für die zivile Luftfahrt. Passagierflugzeuge werden erschreckend wenig gebaut; zudem läßt ihre Qualität zu wünschen übrig.

Aber auch bei Rußlands Luftstreitkräften steht nicht alles zum besten. Am 27. Februar 1992 gab Präsident Jelzin einen Erlaß heraus, der den Verkauf von 1600 gebrauchten Kampfflugzeugen zuläßt; der Erlös soll dem Wohnungsbau und der sozialen Absicherung des Personals der Luftstreitkräfte sowie der Flugzeugindustrie in Rußland zugute kommen. Ersten Schätzungen zufolge hätte der Verkauf dieser Maschinen bis zu 9 Milliarden Dollar einbringen können. Der Westen war über etwas ganz anderes verblüfft: Die von Jelzin genannte Zahl von 1600 Flugzeugen ist dreimal so hoch wie die Zahl der den französischen Luftstreitkräften zur Verfügung stehenden Kampfflugzeuge. Einige Zeit später versetzten russische Kaufleute die Welt erneut in Staunen, als sie sich an Umrüstungsmaßnahmen des Iran beteiligten. 1990/91 bewilligte der Iran 10 Milliarden Dollar für diese Zwecke und kaufte in Rußland 1 000 T-72-Panzer. Ferner wurde zugesagt, Rußland 110 Kampfflugzeuge abzukaufen: zwölf Tu-22M, achtundvierzig MiG-29, vierundzwanzig MiG-31, vierundzwanzig MiG-27 und zwei Radarflugzeuge Il-76. Der Iran war schon immer Großabnehmer russischer Waffen. (Ihm waren ja bereits 115 irakische Kampfflugzeuge sowjetischer Herkunft zugefallen. Der Irak hatte sie vor dem Golfkrieg in den Iran verlegt, um sie vor der Bombardierung zu schützen. Die Iraner hatten später wenig Interesse, die Maschinen zurückzugeben.) Jetzt werden dringend Ersatzteile gebraucht. Diese Angaben beruhen auf Auskünften westlicher Geheimdienste. Die Behörden Rußlands streiten unter Berufung auf das Geschäftsgeheimnis alles ab. Das Flugzeugabkommen mit dem Iran könnte Rußland 11 Milliarden Dollar einbringen.

Die Macht

Rußland bietet übrigens die gleichen Flugzeugtypen allen Ländern des Nahen Ostens an. In den Jahren der Perestroika verkaufte die UdSSR im Schnitt für 18 Milliarden Dollar jährlich Waffen ins Ausland. Gegenwärtig macht der russische Waffenexport nur einen Bruchteil davon aus. Am Weiterverkauf unseres Kriegsgeräts stoßen sich Tausende ausländischer Firmen gesund. Auch Rußland lernt allmählich sich so zu verhalten wie alle anderen auch, das heißt die internationalen Normen, Nuancen und ungeschriebenen Marktgesetze zu beachten.

Im August 1992 fand auf dem europäischen Flugplatz der ZAGI (Forschungsinstitut für Luftfahrttechnik in der Stadt Schukowski bei Moskau) der erste internationale Flugzeug- und Raumfahrtsalon *Mosaeroshow* statt. Die deutsche *Glahe International* half bei der Ausrüstung des Flugplatzes und beim Bau der 36 Ausstellungsgebäude für 200 einheimische und 60 ausländische Firmen. Dem breiten Publikum wurden Novitäten vorgeführt: der Überschallbomber Tu-160, der Raketenträger Tu-22M3, die bordgestützten Jäger Su-27K und MiG-29K. Insgesamt 50 Serienmodelle von Flugzeugen und Hubschraubern. Die Besucher sahen außerdem einen Prototyp des Amphibienflugzeugs Be-200, für dessen Entwicklung Rußlands Regierung die ersten Beträge der geplanten 2 Milliarden Rubel bereitgestellt hat. Dieses Universalflugzeug ist einzigartig auf der Welt. Russische Seeleute, Fischer, Grenzsoldaten und Bergungsteams warten darauf, daß es 1996 seiner Bestimmung übergeben wird; die Griechen haben schon 200 dieser Maschinen, die sie zum Löschen von Waldbränden im Mittelmeerraum einsetzen wollen, im voraus bezahlt. Die Serienproduktion der Be-200 wird dazu beitragen, so gigantische Betriebe der russischen Rüstungsindustrie wie das wissenschaftlich-technische Flugzeugzentrum Taganrog oder die Flugzeugfabrik Irkutsk, wo bis zuletzt die bekannten Su-27-Bomber gebaut wurden, vor dem Bankrott zu retten.

Auf der Flugzeugschau in Schukowski wurde auch die Testbeschreibung des neuen Flugzeugtriebwerks PS-90A vorgestellt, das in Perm gebaut wird und für die neuen Jets Tu-204 und Il-93-300 bestimmt ist. Zehn Jahre lang wurde am Triebwerk «gefeilt», bis es

Weltklasseniveau hatte. Es ist dennoch sechsmal billiger als ein vergleichbares Triebwerk der US-Firma *Prett and Whittney*, das 7 Millionen Dollar kostet. Die gesamte Presse Rußlands berichtete dann von dem Skandal, daß die Amerikaner es geschafft hatten, mit der *Assoziation Iljuschin* einen Vertrag über die Lieferung ihrer Triebwerke abzuschließen.

Die staatliche Forschungs- und Produktionsvereinigung *Trud* in Samara hat ihre Hoffnung auf die Entwicklung des Flugzeugtriebwerks NK-92 für Passagierflugzeuge und Gaspumpenanlagen gesetzt. Die Vereinigung erhielt sogar die Zustimmung zur Finanzierung dieses Projekts.

Auch die Flugzeugschau in Moskau kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es mit der russischen Zivilluftfahrt bergab geht. In den ehemaligen sozialistischen Ländern verzichtete man umgehend auf die russischen Maschinen. Die *Boeing* hat die *Tupolew-Flugzeuge* vom osteuropäischen Markt verdrängt. Eine ähnliche Situation könnte sich auch in Rußland ergeben, wo bereits alle fünf der von Rußland gekauften Airbuse A-310 westeuropäischer Provenienz aus Toulouse angekommen sind. Wohin nun mit den russischen Airbussen? Meinetwegen auf den Müllhaufen, wird sich jeder Fluggast sagen, der die Reize des sowjetischen Kundendienstes an Bord und auf dem Boden aus eigener Erfahrung kennt. So, wie man in Rußland Fluggäste beförderte, geschieht das nirgendwo. Ein Vergleich ließe sich mit der Beförderung von Flüchtlingen zu Kriegszeiten anstellen. Auch die Sicherheit hat in der russischen Zivilluftfahrt stark nachgelassen: von 1986 bis 1989 kamen bei 22 Abstürzen 154 Personen ums Leben; 1990 gab es 28 Unglücksfälle mit 203 Toten, 1991 stieg ihre Zahl auf 249.

Rußland sollte wenigstens 100 seiner zivilen Flugplätze auf internationales Niveau bringen und mit modernen Nachrichten- und Navigationssystemen ausrüsten. Westliche Firmen werden dabei helfen. Über das Territorium Rußlands führen jährlich 12 Millionen Flüge. Hoffentlich kommt es nicht soweit, daß die russische Luftfahrt in naher Zukunft ihre wichtigsten Einkünfte aus den Gebühren ausländischer Fluggesellschaften für das Überfliegen des russischen Territoriums und für das Auftanken ihrer Maschinen am Boden bezieht.

Die Macht

Gewiß ist nicht alles so dramatisch. Ein hoffnungsvolles Zeichen ist der im Frühjahr 1992 in Deutschland unterzeichnete Vertrag, nach dem sich der für sein «Buran»-Programm bekannte Betrieb *Gidromasch* in Nischni-Nowgorod an der Produktion des Fahrwerks für das neue europäische Flugzeug A-340 beteiligen soll. Vielleicht werden die Deutschen, um den Amerikanern ein Schnippchen zu schlagen, auch darangehen, das große Flugzeugtriebwerk PS-90A aus Perm bei sich einzusetzen. Vielleicht wird Deutschland russische MiG-29 kaufen; Großbritannien, Spanien und Italien werden wohl keine großen Einwände dagegen erheben. Das Programm des europäischen «Jäger-90» wird alle diese Länder 40 Milliarden Dollar kosten, andererseits würden für dieses Geld allein in Deutschland 40 000 hochqualifizierte Ingenieure und Arbeiter jahrelang beschäftigt werden können. Eine ganze Staffel der modernsten MiG-29-Maschinen, die der NVA der DDR gehört hatte, wurde in die Luftwaffe der Bundesrepublik Deutschland eingegliedert. Das hat sein Gutes. Die Deutschen sind sehr zufrieden, und Rußland seinerseits wird ihnen bis zum Jahr 2000 Ersatzteile und Triebwerke für Instandsetzungen liefern.

...zu Wasser

«Herrenlose» Flugzeugträger

Die Nachfolgestaaten der UdSSR haben 242 U-Boote, davon 88 atomgetriebene, und 151 Überwasserkriegsschiffe geerbt. Dazu gehören 17 Kreuzer, darunter 5 Flugdeckschiffe, außerdem 87 Zerstörer sowie 33 Küstenschutzschiffe und 298 Mehrzweckboote; ferner 1638 Flugzeuge und 561 Hubschrauber der Flugstreitkräfte der Marine. Zusammen mit Waffen und Munition sind das Hunderte Milliarden Rubel in den Preisen aus der Zeit vor der Reform, das heißt Hunderte Milliarden Dollar. Ein Großteil hätte überhaupt nicht gebaut werden müssen, weil die Träger und U-Boote von einem ernstzunehmenden Gegner gleich in den ersten Kriegsstunden vernichtet werden würden. Über die Träger ließe sich noch streiten, aber russische U-Boote taugen nur für Todeskandidaten, weil sie zu laute Schiffsschrauben haben und folglich ohne weiteres (zwanzig- bis hundertmal leichter als die amerikanischen) erkannt und vernichtet werden können.

1992 wurde noch an drei der atomgetriebenen Flugzeugträger, die «Admiral Kusnezow», die «Uljanowsk» und die «Warjag», letzte Hand angelegt. Aber wozu hatte man sie in den achtziger Jahren in Nikolajew (Ukraine) zu bauen begonnen, wo doch das Ende des kalten Krieges schon ebenso offensichtlich war wie der ökonomische Kollaps? Die Behörden der Ukraine erwogen das Für und Wider und begannen gleich auf der Werft in Nikolajew, den unlackierten rötlichen Schiffskörper der «Uljanowsk» zu Schrott zu verarbeiten.

1992 wurde auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR zum erstenmal seit Jahrzehnten kein einziger Auftrag für den Bau eines großen oder mittelgroßen Kriegsschiffes mehr erteilt.

In den letzten 20 Jahren haben die Amerikaner kein einziges U-Boot verloren, Rußland dagegen fünf. Russische Atom-U-Boote

Die Macht

versinken, stranden und prallen unterwegs mit anderen Schiffen zusammen. In den USA werden Propellerturbinen für U-Boote im Wüstenstaat Nevada, 140 km von der nächsten Chaussee entfernt, zentriert. Die Straße wird für den Lkw-Verkehr gesperrt, damit es auch nicht die geringste Bodenvibration gibt. In Rußland werden die Turbinen an der Newskaja Sastawa in Sankt Petersburg zentriert. Ringsum fließt lebhafter Verkehr, und die Stadt selbst liegt bekanntlich auf sumpfigem Boden. Deswegen vibriert alles, und entsprechend ist auch der Präzisionsgrad.

Die russische Flotte taugt nichts. Zudem haben die Amerikaner vorläufig nicht vor, gegen Rußland zu kämpfen. Im Gegenteil, alle füttern Rußland, damit es überlebt. Wozu dann den ganzen Schrott produzieren? Wäre es nicht sinnvoller, statt 50 Zielscheiben fünf ausgezeichnet bewaffnete, geräuscharme Schiffe zu bauen? Auf diese Frage antwortete Marschall Dmitri Jasow, der ehemalige Verteidigungsminister der UdSSR: «Wir können den Bau von Zielschiffen eben nicht einstellen, sonst würde nämlich unsere Arbeiterklasse keinen Lohn erhalten.» Ich will nur hinzufügen, daß dann auch die Zahl von Generälen, Marschällen und Admiralen ungefähr auf ein Zehntel reduziert werden müßte. Würden sie das je zulassen?

Heute werden Stauflügelgeräte und Luftkissenfahrzeuge als wirksames und relativ billiges Beförderungsmittel benötigt. Eine Zeitlang befaßte man sich damit, gab es dann auf und stellte auf Flugzeugträger um, für die man ohne weiteres Unsummen ausgeben und immer neue Gelder anfordern konnte. Dafür gab es Orden, Privilegien, Preise und hohe Posten.

35 Jahre lang versorgte die UdSSR die Vietnamesen unentgeltlich mit Kriegsgerät und Ersatzteilen und bildete ihre Soldaten aus. Endlich rang man sich dazu durch, dafür Bezahlung zu fordern, wobei sich zeigte, daß sich ihre Schulden 1992 auf 350 bis 400 Millionen Dollar beliefen. Als Gegenforderung verlangten die Vietnamesen von Rußland einen ähnlichen Betrag als Pachtgeld für den riesigen Flottenstützpunkt auf der Halbinsel Cam Ranh an der Küste des Südchinesischen Meeres mit über 4000 Mann ständigem Personal. Es war schon 1991 klar, daß Rußland auf den teuren und kaum gebrauch-

en Stützpunkt würde verzichten müssen. Alle russischen Schiffe waren heimgekehrt, zurückgeblieben sind nur noch Wachsoldaten und Bauarbeiter. Sie hatten Befehl, auf dem Gelände des Stützpunktes an einem 96 Hektar großen unterirdischen Waffendepot weiterzubauen. Dafür war Geld vorhanden. Und das zu einer Zeit, da Rußland im Schraubstock der Krise nach Luft ringt und der von ihm gebaute Stützpunkt auf Cam Ranh den Vietnamesen faktisch geschenkt worden ist. Was werden sie mit dem leeren unterirdischen Depot anfangen, wozu wird es ausgebaut?

Die Logik der russischen Admiräle ist einfach: Da wir eine Flotte haben, muß sie fahren. Deshalb fordern sie den Kreml auf, Cam Ranh für die «Kleinigkeit» von 10 Milliarden Dollar zu kaufen, die Vietnam Rußland vertraglich schuldet. Ganz recht: Wozu hat Rußland Fleisch, Reis, Kaffee, Kautschuk oder Kleidung aus Vietnam nötig? Dafür behalten wir Cam Ranh und die Möglichkeit, Streifzüge in den Indischen Ozean zu machen.

Einen ebensolchen Patriotismus auf Kosten der Steuerzahler legt Rußland in der Frage der Schwarzmeerflotte an den Tag. Da Sewastopol nun unter der Oberhoheit der unabhängigen Ukraine steht, muß eine neue militärische Flottenbasis am Schwarzen Meer gebaut werden – jetzt im Kubangebiet.

Die Ukraine begründet ihr Recht auf die Schwarzmeerflotte (45 Überwasserschiffe, 28 U-Boote, über 300 kleine und mittelgroße Schiffe, 151 bordgestützte Flugzeuge und 25 bordgestützte Hubschrauber; Gesamtkosten: 80 Milliarden Dollar) damit, daß auf den ukrainischen Werften Schiffe für die ganze sowjetische Flotte gebaut worden seien und die Ukraine wie alle anderen Sowjetrepubliken für die Baltische, die Nordsee- und die Pazifikflotte genauso wie für die Schwarzmeerflotte gezahlt habe.

Die Ukraine erhebt Anspruch auf 30,2 Prozent der Schiffe und des ganzen Vermögens der sowjetischen Kriegsflotte, das heißt auf die gesamte Schwarzmeerflotte. Das sind 17 Prozent der Gesamtflotte. Der in der Ukraine stationierte Teil der Schwarzmeerflotte macht hingegen nur 10 Prozent der ganzen Seekriegsflotte aus. Aber diese 10 Prozent können sich sehen lassen: Schiffe der strategischen Kräfte mit taktischen Atomwaffen an Bord und riesige militärische Anlagen an der

Die Macht

Küste der Krim. In Sewastopol wurden gigantische unterirdische Waffenarsenale und Erdöltanks gebaut, in die Felsen von Balaklawa wurden U-Boot-Hangars getrieben, und für Überwasserschiffe wurden in Donuslaw und Nowoosjornoje tiefe Schären (eine einzigartige Naturlandschaft, die für strategische Zwecke genutzt wird) mit Anlegestellen ausgebaut und ausgerüstet. Schließlich gehören zahlreiche Flugplätze der Seeflugstreitkräfte dazu.

Die Angehörigen der Marine von Sewastopol leisteten in ihrer Mehrheit den Treueid auf die Ukraine – in der Hoffnung, ihre Wohnungs- und materiellen Probleme zu lösen. Sie ziehen es auch eindeutig vor, eine Grenze zu schützen, die zwar von unklarer Zugehörigkeit ist (GUS? Rußland? Ukraine? Krim?), aber auf jeden Fall im Süden liegt, statt an den Nordpolarkreis in die Stadt Seweromorsk versetzt zu werden.

Ein Teil der Schwarzmeerflotte wurde schon an Georgien abgetreten (die Flottenbasis in Poti). Der Hauptbestand wird eilig ins Ausland verkauft oder in den Norden und den Fernen Osten verlegt. Von den 1991 abgeschrieben 15 U-Booten wurden noch vor Februar 1992 fast alle verkauft. 1992 bereitete man etwa 20 U-Boote, Küstenschutzschiffe, Minensucher, ein Raketenschnellboot und den Zerstörer «Sweduschtschi» zur «Abschreibung und Realisierung» vor.

Die Ukraine hat schon lange erklärt, sie werde den ihr zustehenden Teil der Flotte sofort nach Erhalt verkaufen. Inzwischen betreibt Rußland in Sewastopol einen schwungvollen Ausverkauf. Eine Gesellschaft aus Neapel hat einen Zerstörer und zwei U-Boote, eine türkische Firma drei Flugzeuge und 18 U-Boote erstanden. Mit diesen Transaktionen beschäftigt sich Rußlands Handelsgesellschaft *Nikonsüd*, in deren Aufsichtsrat viele hohe Offiziere, darunter der Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, sitzen.

Die Sowjetunion war im Dezember 1991 noch nicht ganz zerfallen, als Moskau schon die größten Fracht- und Fahrgastschiffe der Schwarzmeer-Reederei so überstürzt verkaufte, daß nicht einmal der Preis des Schrottwertes erzielt wurde.

Mit Volldampf geht der Ausverkauf von Kriegsschiffen aller Art im Baltikum vor sich, wo Rußland einen Großteil seiner Häfen und Flottenobjekte auf einem Areal von 30 000 Hektar eingebüßt hat.

(Der Wert dieser Immobilien wird auf mindestens 40 Milliarden Dollar geschätzt.) In einem Vorort von Riga existiert schon seit langem das Flottenausbildungszentrum Balderei mit einer dazugehörigen Werft für Schiffsreparaturen für Länder im Nahen Osten. Im April 1992 hielt sich dort iranisches und libysches Militär auf: Die einen hatten gerade ein U-Boot gekauft, die anderen warteten auf die Reparatur ihres 1988 erworbenen U-Boots.

Die Stadt Baltisk im Gebiet Kaliningrad der Russischen Föderation ist als große Marinebasis im äußersten Westen Rußlands bekannt. Sie liegt auf dem Territorium des ehemaligen Ostpreußen. 1992 gaben die russischen Marineangehörigen ihren Hafen mit der einzigen eisfreien Bucht an der Ostsee den Schweden in Pacht.

Aber die größten Einnahmen verspricht die Verschrottung der Schiffe. Schon seit dem 2. Weltkrieg wurden in der den Stützpunkten vorgelagerten Zone 242 Schiffe mit einer Wasserverdrängung von insgesamt 240 000 BRT versenkt bzw. zum Teil versenkt. Auf dem Wasser, an den Anlegeplätzen der Militärstützpunkte verrosteten weitere 265 Schiffe: Kreuzer, große U-Boot-Abwehrschiffe, Küstenschutzschiffe und U-Boote mit einer Wasserverdrängung von 170 000 Tonnen. Die Kriegsflotte der UdSSR hat Schiffe und Boote mit einer Wasserverdrängung von 80000 bis 100 000 Tonnen abgeschrieben. Alles wird vom Rost zerfressen und vergiftet Wasser und Meer, Flora und Fauna. Eine Tonne dieses Metalls kostet auf dem Weltmarkt 130 bis 180 Dollar. Die Verschrottungstechnik in russischen Häfen ist jedoch erbärmlich und vorsintflutlich. Die Hüttenwerke des Landes müssen die Produktion einstellen, weil ihnen die Rohstoffe ausgehen. Gleichzeitig müssen große Schiffe zum Abwracken nach Indien und Pakistan geschickt werden. Auf den europäischen Verschrottungsbasen wartet heute eine Riesenflotte von Schiffen der ehemaligen Verbündeten Polen und DDR auf die Verschrottung. Zudem hat ein Überangebot von Schiffen des früheren Ministeriums für Hochseeschifffahrt und des früheren Ministeriums für Fischereiwirtschaft den Schrottpreis ebenfalls nach unten gedrückt.

Indien fand sich bereit, drei von unseren Kreuzern, die «Schdanow», die «Admiral Sinjawn» und die «Vizeadmiral Droszd» zur Verschrottung zu kaufen. Sie haben schon ihre Ankerplätze im

Die Macht

Schwarzen Meer und Fernen Osten verlassen und den indischen Hafen Alang erreicht.

Wer will, kann heute russische Atom-U-Boote kaufen, um sie als schwimmende Kraftwerke zu nutzen.

Einen derartigen Handel duldeten der Kreml erst, als Ende 1991 klar wurde, daß die obdachlosen und hungrigen Kämpfer für die Heimat in den Seestreitkräften drauf und dran waren, sich in anarchistische Banden zu verwandeln. Allerdings wurden hohe Abgaben an den Fiskus und eine strenge Kontrolle eingeführt. Da kam zum Beispiel eine Anfrage des Magistrats der Stadt Wien für ein U-Boot mit Dieselmotor: «für Ausflüge, Empfänge und Donaufahrten» – und zwar zum doppelten Schrottpreis. Moskau lehnte ab: «Lieber soll unser U-Boot verrotten, als daß die Österreicher ihr Bier unter einem sowjetischen Periskop trinken!» Gleiches wurde beschieden, als die Japaner den Kreuzer «Sinjawin» kaufen wollten, auf dem ein schwimmendes Hotel eingerichtet werden sollte, ebenso einem Gesuch der Amerikaner, die ein U-Boot für ihr Museum «Der Alltag der sowjetischen U-Boot-Fahrer» haben wollten.

1991 exportierte die Marine 15 Schiffe mit einer Wasserverdrängung von 54 000 Tonnen als Schrott und verdiente daran 7,5 Millionen Dollar. Ein Wohnblock in Moskau mit 270 Wohnungen kostet heute eine Million Dollar, beinahe soviel wie ein abgeschriebener Kreuzer. Die Zahl der obdachlosen Seeleute in der Flotte beträgt indes über 23 000.

Ihnen könnte durchaus geholfen werden. Schon 1991 begann die Führung der Seekriegsflotte die notwendigen Verhandlungen mit den USA darüber, in allen Kriegshäfen von Sewastopol, Noworossisk, Jewpatorija, Baltisk, Sankt Petersburg, Seweromorsk, Nachodka, Wladiwostok und anderen Städten Leitungen zum Durchpumpen flüssigen Förderguts von den sibirischen Erdöl- und Erdgasvorkommen bis zu den Piers in den Häfen zu verlegen. Die amerikanische Baufirma *Conti Link Group Ltd.* war bereit, aus ihren Gewinnen innerhalb von drei bis vier Jahren und nach amerikanischen Entwürfen, mit amerikanischer Technik und mit amerikanischen Baustoffen 30000 Wohnungen für Flottenangehörige der russischen Kriegsmarine zu bauen.

Am 26. Juli 1992 nahmen die Kampfschiffe Rußlands für immer Abschied von der sowjetischen Seekriegsflagge. Stattdessen wurde die Flagge des heiligen Andreas gehißt, unter der die russische Flotte 200 Jahre lang das Vaterland verteidigt und seinen Ruhm gemehrt hatte. Die russische Flotte hat als einzige der Welt das Flaggensignal «Lieber untergehen als ergeben».

...im Herzen Rußlands

Industrie und Wissenschaft orientieren sich am Bedarf des Militärs

Wer behauptet, die russische Flotte sei ineffektiv? In Nischni Nowgorod (in kommunistischer Zeit hieß die Stadt Gorki) wollten die Behörden tatsächlich von Jelzin die Genehmigung bekommen, ein gigantisches U-Boot, das an der Wolga gebaut wird, für 5 Milliarden Dollar ins Ausland zu verkaufen. Die Lage im Gebiet Nischni Nowgorod ist beklagenswert – wie überall im Lande. Eine wahre Pest für die Wirtschaft sind die verlustbringenden Kolchosen und Sowchosen. Sie können nicht arbeiten, weil die Landmaschinen heute hundertmal so teuer sind wie früher. Auf der anderen Seite sabotieren sie die Übergabe von Grund und Boden an die Farmer. Dem Staat glaubt ohnehin keiner mehr. Die Bauern verkaufen Getreide, Gemüse und Fleisch weder gegen Rubel noch gegen Devisen an den Staat, weil sie die Inflation, das Einfrieren der Bankkonten, überhöhte Steuern und weiteres fürchten.

Die 2-Millionen-Stadt Gorki, in die Akademiemitglied Andrei Sacharow verbannt worden war, blieb für Ausländer immer verboten, weil dort ausschließlich für die Rüstung produziert wurde. Das Werk *Krasnoje Sormowo* ist nicht nur für seine U-Boote bekannt. Vor 15 Jahren baute man dort Bauteile für eine 100 m lange Riesenmaschine mit Strahltriebwerken, die über den Kaspisee mit einer Geschwindigkeit von 800 km/h in einer Höhe von bis zu 12 m dahinsteuerte. Mit 20 Triebwerken kann ein solches Stauflügelgerät 1500 Tonnen an Bord nehmen, das heißt 3 000 Passagiere oder aber 200 Infanteristen mit Panzern, Hubschraubern und anderem schweren Gerät. An einer solchen Variante arbeitet bereits ein vom Pentagon finanziertes sowjetisch-amerikanisches Team. Die ersten Exemplare von Stauflügelmaschinen zu je 500 Millionen Dollar sollen spätestens

1996 fertig sein. Sie werden die Strecke New-York—Europa schneller als eine «Boeing 747» zurücklegen können – bei einem voraussichtlichen Flugpreis von nur 200 Dollar. Insgesamt beträgt der Entwicklungsbeitrag der USA 15 Milliarden Dollar.

Im Sommer 1992 wurden die Militäraufträge in Nischni Nowgorod um 85 Prozent gekürzt. In der Flugzeugfabrik *S. Ordschonikidse* mußten 1 000 Arbeiter entlassen werden, da so viele MiGs nicht mehr gebraucht werden. Man weiß auch nicht, wohin mit den Lagerbeständen in dem größten Sprengstoffbetrieb der GUS. Bei *Krasnoje Sormowo* begann man, einen Teil der noch nicht einmal fertiggestellten U-Boote gleich zu Schrott zu schneiden, und stellte sich völlig auf zivile Produktion um. Aber die Raketenschießplätze der Maschinenfabrik Nischni Nowgorod sind noch nicht geschlossen. Inzwischen bemühen sich viele Physiker aus der dortigen Gespensterstadt *Arsamas-16* (die auf keiner Landkarte eingezeichnet ist) um einen Arbeitsplatz im Ausland. Statt umgerechnet 20 Dollar im Monat, möchten sie 60000 im Jahr bekommen. Und sie werden sie bekommen, weil sie Konstruktionspläne für Atombomben aus dem Ärmel schütteln können. Eine gewisse Erleichterung brachten die Privatisierungsausschreibungen für sehr kleine Dienstleistungsbetriebe, die seit dem Frühjahr 1992 in allen Zentren des Gebiets Nischni Nowgorod stattfanden. Die gesamte russische Regierung stattete der Stadt Besuche ab; man möchte alles tun, um einer sozialen Explosion wegen der Arbeitslosigkeit zuvorzukommen.

700 000 Moskauer sind in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Im Sommer 1992 wurde ein Drittel in unbezahlten Urlaub geschickt, teilweise wurde Kurzarbeit eingeführt. Im Herbst 1992 sind 25 Prozent und Anfang 1993 50 Prozent der Beschäftigten der Moskauer Rüstungsbetriebe entlassen worden. Die Hoffnungen auf Partnerschaften mit westlichen Firmen erweisen sich als Fiktion. Diese versuchen, in Rußland die «schmutzigsten» Aufträge, die die Umwelt stark belasten und metall- und energieaufwendig sind, unterzubringen. Der Durchschnittslohn in den Moskauer Rüstungsbetrieben belief sich im Sommer 1992 auf 1 200 bis 1 700 Rubel (8 bis 12 Dollar) im Monat. Dabei gehörten diese Menschen noch gestern zur Elite: Es waren die bestbezahlten Arbeiter, Wissenschaftler und Direktoren.

Die Macht

Das Beste, was das Land zu bieten hatte, wurde in erster Linie ihnen und zu äußerst niedrigen Preisen zur Verfügung gestellt.

In den schönen mehrstöckigen Häusern aus rosa und roten Ziegelsteinen jenseits der Moskauer Ringautobahn wohnen heute nur diejenigen, die für die Rüstung arbeiteten. Wenn man sich 5 oder 100 km von der Hauptstadt entfernt und ein solches Haus sieht, heißt das, daß sich irgendwo in der Nähe ein Rüstungsbetrieb befinden muß. In den 150 Betrieben des militärisch-industriellen Komplexes in der Umgebung von Moskau arbeitet jeder zweite Beschäftigte in der Rüstungsproduktion. In den dortigen Lagerräumen häuft sich unbezahltes Kriegsgerät für beinahe zwei Milliarden Dollar.

Die bekannte russische Hubschrauberfirma, *J. Kamow*, und die amerikanische *Group Vector* vereinbarten den gemeinsamen Bau und Absatz des Ka-50-Hubschraubers, der in den NATO-Länder als «Hocum» (Werwolf) bezeichnet wird. Dieser einsitzige, mit einem Katapultsitz für den Piloten ausgerüstete gepanzerte Jagdhubschrauber neuer Generation wird in den Rüstungsbestand der russischen Armee aufgenommen. An ausländische Abnehmer soll er mit Panzerabwehrraketen und Navigationsgeräten westlicher Herkunft geliefert werden. Die Betriebswerke Kamow streben außerdem in Kooperation mit der französischen Flugzeugfirma *Aerospatiale* die Serienfertigung eines neuen fünfsitzigen Hubschraubers an.

Das *Gesamtrussische Institut für Flugzeugstoffe*, das für seine zahlreichen einzigartigen Labors vom Militär keine Aufträge mehr erhält, bietet 1992 «alles aus Titan» an: Endoprothesen und Teile von Kniegelenken, kugelsichere Westen und Panzerungen für Kraftwagen. In den GUS-Staaten wird mehr Titan produziert als in allen übrigen Ländern der Welt zusammengenommen. Übrigens vermag das Institut, kugelsichere Westen auch aus Stahl herzustellen, und sie sind nicht schlechter als die aus Titan, dafür aber fünfmal so billig.

Wer früher Räder für Flugzeuge und die Raumfähre «Buran» hergestellt hat, setzt diese Erzeugnisse jetzt an General Motors und andere Autofirmen ab. Mit Felgen dieser Art kann man auch ohne Reifen fahren, weil sie sich nicht verformen.

Man hat das *Zentrale Forschungsinstitut für Maschinenbau* in Kaliningrad bei Moskau das «russische Houston» genannt. Das

Institut beschäftigt 30 000 Personen und ist so groß, daß dort sogar das Flugleitzentrum für Raumflüge Platz fand. Als es 1992 fast alle seine Militäraufträge verlor, schlug das Institut der Regierung vor, auf dem gesamten Territorium der Ex-UdSSR mit eigenen Kräften ein einzigartiges satellitenloses Kommunikationssystem für 70 Millionen Anschlüsse zu schaffen. Dafür braucht man nur die hunderttausend schon bestehenden Nachrichtensysteme verschiedener Ressorts — des Militärressorts, der Ressorts für Energie und Verkehr — aneinanderzukoppeln. Für 3,5 Millionen Rubel hat das Institut ein Miniaturmodell dieses Netzes geschaffen, indem es binnen anderthalb Monaten 16 Rösen und Ranken in der gesamten GUS miteinander verband. Für ein ähnliches Interbank-Kommunikationssystem «Swift» mußte die Gesamtrussische Börsenbank 3 Millionen Dollar bezahlen.

Auf der Suche nach Einkommensquellen sind die Betriebe und Forschungsinstitute der Rüstungsindustrie bereit, ihre Kommunikationsmittel zu vermarkten und allen Interessenten Dienstleistungen der bisher unzugänglichen Verbindungsnetze «Istok», «Iskra» und «Effekt», über deren Kanäle sich Daten, Telefaxe und elektronische Post übermitteln lassen, zu verkaufen. Die Installationslizenz für das Funktelefon «Altai» kostete im Sommer 1992 über eine halbe Million Rubel. Die Installation von Telefonanschlüssen in Moskau und anderen Städten der GUS mit Verbindung zum internationalen Telefonnetz wird auf 1,5 Millionen Rubel, das heißt auf 10 000 Dollar, geschätzt. Der militärisch-industrielle Komplex ist bereit, nicht nur veraltete Technologien abzustoßen, sondern auch die zivilen Analogtelefonnetze in Digital- oder Lichtleitnetze umzuwandeln. Die Realisierung des gigantischen Projekts, auf dem Territorium Rußlands eine Transsibirische Lichtleitlinie, die für die ganze Welt unentbehrlich ist, zu verlegen, würde schon bei einer Auslastung von 3 Prozent einen jährlichen Ertrag von mindestens 2 Milliarden Dollar bringen. Dieses Projekt steht als Devisenbringer an dritter Stelle — gleich hinter dem Rohstoffexport und dem Waffenhandel.

Wenn nur nicht die COCOM-Beschränkungen wären. Ab 1. Juli 1992 darf ein Lichtleitkabel mit einer Leistung von 140 Mb/sec in die Staaten der GUS importiert werden, während die Geschwindigkeit der

Die Macht

Transsibirischen Lichtleitlinie (TSL) mindestens 565 Mb/sec betragen müßte. Die russische Rüstungsindustrie ist bereit, mit den besten einheimischen Ausrüstungen 75 Prozent der TSL-Projektkosten zu bestreiten. Die Verlegung des Lichtleitkabels von Europa nach Japan würde zu einem Aufschwung im Osten Rußlands führen.

1991 verhielten sich die Anlagefonds der sowjetischen und amerikanischen elektronischen Fernmeldebetriebe zueinander im Verhältnis 1 zu 20. Nur allzu verständlich ist daher die Begeisterung, mit der die verarmte russische Rüstungsindustrie bereit ist, sich nicht nur an der Transsibirischen Lichtleitlinie, sondern auch an der Schaffung eines Verbindungssystems der lokalen Kabelnetze sibirischer Städte zu beteiligen, wobei diese Netze durch mehrere Lichtleitkabel anein- andergesetzt werden. Schon wurde ein staatliches «Programm zur Entwicklung des Satellitennachrichten- und -fernmeldebewesens <Rossija> für 1992 bis 2000» beschlossen.

Eine weitere wichtige, vielleicht sogar die wichtigste Form der Konversion ist die Umorientierung des militärisch-industriellen Komplexes auf die Deckung des Bedarfs der Brennstoffindustrie an Ausrüstungen. Früher einmal brachte die Erdöl- und Erdgasindustrie Devisen, von denen das Land lebte. In dieser Hinsicht konkurriert sie mit dem allmächtigen militärisch-industriellen Komplex. Wenn die Wirtschaftsreform in Rußland überhaupt irgendwo beeindruckende Resultate in der Industrie vorweisen könnte, dann am ehesten in den Betrieben hinter Stacheldraht, die wegen der Geheimhaltung nur unter ihrer Postfachnummer bekannt sind. Ein Beispiel hierfür wäre die kleine Stadt Frjasino bei Moskau. Fast alle 40 000 Einwohner dieser Stadt sind auf die eine oder andere Weise mit Istok verbunden, einem der geheimsten Objekte des ehemaligen Ministeriums der UdSSR für elektronische Industrie. Hier werden Lenksysteme gebaut, die nicht schlechter als die amerikanischen aus jeder Höhe zielgenau treffen können. Im Bereich der UHF-Technik sind unsere Fachleute eindeutig Weltspitze, auf manchen Gebieten haben sie sogar einen deutlichen Vorsprung. Gerade in Frjasino wurden die «Augen und Ohren» der Raumfähre «Buran», sämtliche Navigations- und Radarsysteme, sämtliche Systeme für Präzisionszielgeräte und Weltraumkommunikation entwickelt.

Da diese speziellen Erzeugnisse beim russischen Militär keinen Absatz mehr finden, sah sich *Istok* gezwungen, ausländischen Geschäftsleuten Zutritt zu gewähren. Doch konnte die High-Tech nur an China und Nordkorea verkauft werden. Auf dem Inlandsmarkt könnte das Unternehmen UHF-Kammern für die Minderung der Verluste bei der Ernte, die Holzbearbeitung und das Ziegelbrennen, ferner Hörapparate und UHF-Laserinstrumente für Ärzte absetzen. Aber auch in diesen Bereichen fehlt es an Investitionsmitteln. Und so baut man heute in geheimen Betriebsabteilungen irgendwelche Griffe für amerikanische Yachten zusammen und fertigt auf deutschen Werkbänken Autoscheinwerfer für ausländische Kunden. In Setun bei Moskau befindet sich das *Unionsinstitut für Leichtmetalllegierungen*. Dort entstehen aus titanhaltigen Werkstoffen Ringe für das MiG-29-Strahltriebwerk und Bohrstangen aus Aluminium, mit denen es gelang, am übertiefen Bohrloch auf der Kola-Halbinsel Teufwerte in Rekordhöhe zu erzielen. Britische und deutsche Firmen erwarben die Technologie für die Produktion von 27 m langen superleichten Metallplatten, die beim Bau von D-Zugwaggons und Schwerlastern Verwendung finden. Angeboten werden hier außerdem leicht montierbare Bauten, zum Beispiel 1 000-Tonnen-Getreidesilos mit Trockenanlagen, die mit einem Hubschrauber an jeden beliebigen Ort befördert werden können, oder Treibhäuser mit leicht montierbaren Gerüsten, die ein Hektar Boden mit Folie überdecken.

Das Konstruktionsbüro für Flugzeugbau «Raduga» in Dubna, der «Stadt der Physiker», begann, nachdem ihm die Mittel aus dem Etat des Verteidigungsministeriums entzogen worden waren, in seinem Versuchsbetrieb 250-kW-Windkraftanlagen, Gleitsegler und Antennen für das Satellitenfernsehen zu produzieren. Dasselbe Konstruktionsbüro ist bereit, künstliche Erdsatelliten verschiedener Länder mit einer russischen Rakete in den Weltraum zu befördern.

Im Juli 1992 unterzeichnete Präsident Jelzin einen Erlaß über den Bau einer Intercity-Schnellstrecke Sankt Petersburg–Moskau. Bis Ende des Jahrhunderts sollen Betriebe der Rüstungsindustrie Züge neuen Typs, die eine Geschwindigkeit bis zu 400 km/h entwickelt, entworfen und fertiggestellt haben. Heutzutage wird in Rußland allerlei zum Verkauf angeboten. Die Bundesrepublik Deutschland, die keine

Die Macht

Möglichkeit sieht, alle ausreisewilligen «Rußlanddeutschen» bei sich aufzunehmen, fand sich bereit, für die Wiederherstellung der deutschen Autonomie in den Gebieten Saratow, Samara und Wolgograd 100 Millionen DM anzulegen. In Saratow wird ein deutsches Konsulat eröffnet, das alles unternehmen will, damit die von Stalin aus Kasachstan und Mittelasien vertriebenen Deutschstämmigen nicht in die Bundesrepublik Deutschland, sondern ins Wolgagebiet zurückkehren. Wer aber wird den 25 Millionen Russen unter die Arme greifen, die sich nach dem Zerfall der UdSSR plötzlich außerhalb von Rußlands Grenzen wiederfanden und deren Lage mit der der schwarzen Bevölkerung der Republik Südafrika vergleichbar ist? Der militärisch-industrielle Komplex wird jedenfalls sein Geld zusammenzuhalten wissen.

Russische Waffen waren schon immer begehrt. Sie wurden an Afghanistan und Äthiopien verschenkt, an den Iran, an Libyen und Jugoslawien auf Kredit und an die sozialistischen Bruderländer zu niedrigen Preisen verkauft. Die DDR beispielsweise verkaufte Parteien von sowjetischen Waffen später heimlich weiter, und zwar an den CIA! Von 1982 bis 1985 kamen Fachkräfte aus den USA jedes Jahr nach Ostberlin, um mit Transportflugzeugen sowjetische Waffen abzuholen, wobei Neuentwicklungen der Forschung zugute kamen.

Wer möchte Rußland Zehntausende von Kampfpanzern abkaufen?

Kein einziges Land, nicht einmal gratis. Der Transport ist kostspielig, und die Rüstungssysteme werden stets perfekter. Einen Großteil russischer Panzer brauchen gegenwärtig nur die Freischärler im eigenen Land oder die Schrottannahmestellen. Es stimmt, daß Geschäftsleute aus den Entwicklungsländern mit Rußland gern verhandeln. Aber wollen sie nicht nur den Preis für westliches Gerät, an dem sie eigentlich interessiert sind, drücken?

«Für die Schaffung des militärisch-industriellen Komplexes wurden 80 bis 90 Prozent der nationalen Rohstoffvorräte, der technischen, finanziellen und intellektuellen Ressourcen verausgabt. Der militärisch-industrielle Komplex hat das Beste für sich in Anspruch genommen, was es in Rußland gab, darunter die wichtigsten ökonomischen Kapazitäten, die besten Technologien, Materialien und Fachkräfte.

Deshalb ist der militärisch-industrielle Komplex gleichsam ein Symbol für die russische Wirtschaft, und in diesem Sinne ist seine Konversion mit der Wirtschaftsreform gleichzusetzen.» Was hier gesagt wurde, weiß jeder Sowjetbürger nur zu gut, aber diese Äußerung stammt von A. Rakitow, einem Berater des russischen Präsidenten. Offizielle Vertreter der UdSSR hatten jahrzehntelang, bis 1989, so viele Lügen aufgetischt, bis sie schließlich selbst glaubten, daß die Verteidigungsausgaben der UdSSR 4,2 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachten.

Die USA stöhnten unter den hohen Militärausgaben von 6,1 Prozent des Bruttosozialprodukts. Rußland verwendet hingegen über 30 Prozent seines Bruttosozialprodukts für die Rüstung, wie vor drei Jahren zugegeben werden mußte. Um diesen selbstmörderischen Preis gelang es, die Rüstungsparität mit den USA aufrechtzuerhalten und der NATO im Hinblick auf chemische Waffen, Panzertechnik, Artillerie und einige Raketentypen voraus zu sein. Als entsprechend dem INF-Vertrag die Mittelstreckenraketen vernichtet wurden, stellte sich heraus, daß in den USA 826, in der UdSSR aber 1846 vorhanden waren. Für ihre Entwicklung und Produktion hatte die Sowjetunion 600 Milliarden Rubel ausgegeben (und das in den Jahren, als der Dollar offiziell 60 Kopeken kostete und auf dem Schwarzmarkt mit vier Rubel gehandelt wurde).

Die Wirtschaft der UdSSR, die die Umwelt ruinierte und die Menschen bis auf die Knochen ausgebeutet hat, konnte sich nur dank der Öldollars halten. Die Bodenschätze schrumpften zusammen, die Menschen wurden nicht reicher und hatten eine immer kürzere Lebenserwartung. Die Greise im Kreml setzten ihre allumfassende und höchst aufwendige terroristische Tätigkeit auch dann noch fort, als der Strom der Öldollars zu versiegen begann. Der Gipfel der Absurdität war, daß in Rußland bis März 1992 im alten Umfang die Waffenproduktion auf vollen Touren lief, obwohl entsprechend den mit dem Westen geschlossenen Abkommen ein Teil der schon produzierten Waffen systematisch vernichtet wurde. Ende 1991 waren von den über 5000 sowjetischen Rüstungsbetrieben lediglich 12 stillgelegt.

Eine Wende trat im Sommer 1992 ein, als die Gesellschaft zu begreifen begann, daß der unlängst gefaßte Beschluß über die

Die Macht

70prozentige Reduzierung der Rüstungsaufträge erfüllt werden würde und daß der Staat den Großteil der bereits gehorteten Erzeugnisse den Rüstungsbetrieben nicht abkaufen würde. Besorgt um ihre Privilegien, stimmte die Spitze der Armee und des militärisch-industriellen Komplexes ein Klagelied an. Sie malte Massenarbeitslosigkeit und den Verlust der Stellung als militärische Supermacht an die Wand. Doch die Macht eines Staates resultiert im ausgehenden 20. Jahrhundert aus der Fähigkeit, Schlüsseltechnologien für zwei Bereiche, den zivilen und den militärischen (nicht nur den militärischen, wie in Rußland), zu entwickeln. Ein paar Flugzeugträger und ein halbes Dutzend Atom-U-Boote zu bauen, kostet soviel, daß man für dieses Geld das Wohnungsproblem für alle Militärangehörigen lösen oder ein bis drei Jahre sehr hohe Gehälter an die Beschäftigten der Rüstungsbetriebe zahlen könnte, die auf friedliche Produktion umgestellt werden. Die Löhne in der russischen Rüstungsindustrie machen schließlich 5 bis 10 Prozent aller Produktionskosten aus.

Die meisten Rüstungsbetriebe Rußlands stehen bereits still. Jetzt werden endlich nicht mehr so viele Rohstoffe, wertvolle Materialien und Strom vergeudet! Endlich werden nützliche Erzeugnisse produziert! Die Rüstungsbetriebe können jedoch nicht für immer stillstehen. Sie werden Flugzeuge für die zivile Luftfahrt, Ausrüstungen für Medizin und Landwirtschaft, Häuser, Kraftfahrzeuge und sanitäre Anlagen bauen und Geschirr herstellen. Sehr bald wird die russische Gesellschaft erleichtert aufatmen. Rußland wird kein Störenfried mehr sein. Es wird aufhören, zwielichtige Politiker mit Waffen und Geld zu versorgen, und die Weltgemeinschaft wird ihr Verhalten Rußland gegenüber ändern. Es wird nicht länger den bedrückenden Einschränkungen in Form der COCOM-Sanktionen — das darfst du nicht kaufen, hier hast du einen über die Maßen hohen Zoll zu entrichten usw. — ausgesetzt sein.

Die erschrockenen Betriebsleiter des militärisch-industriellen Komplexes und die Generäle wollen nicht verstehen, daß die Versuche, Waffen en gros zu Dumpingpreisen zu verschleudern, unzweideutige Reaktionen auslösen. Der Bedarf an Waffen geht nach Beendigung des kalten Krieges, d. h. nach dem Verschwinden der KPdSU von der politischen Arena, drastisch zurück.

Rußland wird eine offene Gesellschaft. Das bedeutet, daß die totale Geheimhaltung völlig absurd geworden ist und die Möglichkeit besteht, mit dem gesamten (oder beinahe gesamten) Lizenzpotential der Rüstungsindustrie auf den Markt zu kommen. In der UdSSR wurden jährlich 80 000 bis 85 000 Erfindungen registriert. Der Verkauf von Lizenzen ins Ausland und die Beteiligung an der Produktion von Einzel- und Montageteilen im Auftrag westlicher Firmen werden Rußland beständige Deviseneinnahmen sichern. Die Kooperation russischer Raumfahrtfirmen mit den Franzosen, ein reger Austausch von Technologien mit Südkorea, die Beteiligung Rußlands am westeuropäischen Eureka-Forschungsprogramm und die Zusammenarbeit mit 20 Millionen russischer Landsleute im Westen – das alles läßt auf eine Überlebenschance hoffen. Denn die russischen Leistungen in der Luft- und Raumfahrttechnik, in der Laser- und Schweißtechnik sowie in der Pulvermetallurgie sind unumstritten. Auf vielen Gebieten hat Rußland beachtliche Erfindungen bis zur Serienreife entwickelt.

Bis zum Jahre 1992, als die Fesseln der Geheimhaltung gelockert wurden, haben ausländische Unternehmer den Großteil des Territoriums der Ex-UdSSR nie betreten, um nach Partnern zu suchen. Mit ihrer Hilfe muß Rußland lernen, den Material- und Energieaufwand pro Erzeugniseinheit erheblich zu senken. Das «mafiose» Zweiergespann aus Rüstungsindustriekapitänen und Generälen hatte stets die Möglichkeit, vom Staat Geld, Material, Arbeitskräfte und anderes mehr in beliebigen Mengen zu erhalten. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft wird der Bedarf an Kohle, Erdöl, Strom, Textilien usw. in Rußland etwa um die Hälfte zurückgehen. Es wird sich eine reale Möglichkeit ergeben, die Kernkraftwerke in Rußland stillzulegen – «all die Atombomben, die zeitweilig Strom erzeugen». (Daß diese Äußerung einer internationalen Kommission, die die russischen Kernkraftwerke untersuchte, berechtigt ist, bestätigte in der Iswestija A. Jablow, staatlicher Berater der Russischen Föderation für die Bereiche Umwelt und Gesundheitsvorsorge.) Die Kernkraftwerke liefern in Rußland nur 12,5 Prozent der gesamten Elektroenergie – ein Bruchteil dessen, was der militärisch-industrielle Komplex verbraucht.

Die Macht

Eine Konversion ist in Rußland möglich. In den letzten vier Jahren ist der Anteil der zivilen Erzeugnisse an der Gesamtproduktion der Rüstungsindustrie auf fast das Doppelte, von 42 auf 81 Prozent gestiegen. Die Rüstungsindustrie baut in Rußland praktisch alle Rundfunkgeräte, Fernsehapparate, Kameras, Tonbandgeräte, Videorecorder und Kühlschränke sowie 72 Prozent der Staubsauger, 66 Prozent der Waschmaschinen und Elektroherde und rund die Hälfte aller Motor- und Fahrräder. Auf die Rüstungsindustrie entfallen mehr als 75 Prozent aller technologischen Ausrüstungen für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, für das Handels- und Gaststättengewerbe und über 80 Prozent der medizinischen Ausrüstungen. Hier werden 100 Prozent der Straßenbahnen, 95 Prozent der EDV-Anlagen, 88 Prozent der Dieselmotoren, 33 Prozent der Güterwaggons sowie Traktoren, Werkzeugmaschinen und Pkws gebaut.

Die Entflechtung (Demonopolisierung) der Monstren des militärisch-industriellen Komplexes und deren zumindest teilweise Privatisierung wird westliche Kleinunternehmer ins Land locken, die nur bereit sind, mit nichtstaatlichen Betrieben zusammenzuarbeiten. Nur große ausländische Firmen können es sich leisten, sich mit den Appa-ratschiks anzulegen.

Die Einengung des Einflußbereiches des militärisch-industriellen Komplexes wird den Staatshaushalt wesentlich entlasten. Die ahnungslosen Steuerzahler werden nicht die noch unter Stalin begonnene und unter Breschnew fortgesetzte Errichtung einer geheimen, unterirdischen, unbewohnten, mehrere Dutzend Hektar einnehmenden Stadt südlich des Hochhauses der Moskauer Universität zwischen dem Wernadski- und dem Mitschurin-Prospekt bezahlen müssen. Ebenso wie den Bau eines zweiten unter der Metro-1 verlaufenden streng geheimgehaltenen und äußerst kostspieligen U-Bahn-Netzes (Metro-2), das Ausgänge zu den wichtigsten Ämtern der Hauptstadt, zu den Flughäfen und den Datschen der Staatsführung hat. Diese exotischen Bauten können morgen höchstens für ausländische Touristen interessant sein. Auch kosten sie einen Pappenstiel im Vergleich dazu, wie dem Volk das Geld aus der Tasche gezogen und veruntreut wird. Keine Kommission des russischen Parlaments hat bisher das Verteidigungsministerium dazu bringen können, die genauen

Daten über die Einnahmeposten des Militärhaushalts mitzuteilen. Der Oberste Sowjet entscheidet alljährlich über die Bereitstellung von Mitteln für das Militär. Dieses hat ja auch noch Einkünfte, deren Höhe nicht einmal den Parlamentariern bekannt sind.

Der Handel mit Waffen, Transportmitteln und Immobilien bringt nicht wenig ein. Über den Gewinn wahrt das Militär Stillschweigen. Er wird nicht einmal den Abgeordneten preisgegeben, die sonst besonderes Vertrauen genießen. Es wird ebenso sorgfältig gehütet wie beispielsweise die Namen der US-Bürger, die heute für unseren Geheimdienst arbeiten. Die streng geheimgehaltene *Parkbank* (eine Abteilung der Staatsbank) befindet sich im Gebäude des berühmten «Aquariums» (d. h. der Hauptverwaltung der Militärischen Nachrichtendienste GRU), Choroschowskoje Chaussee 73b. Selbst in der Zentralen Finanzverwaltung des Verteidigungsministeriums, der die *Parkbank* unterstellt ist, sind nur ein paar leitende Mitarbeiter darüber unterrichtet, womit sich die 2. Abteilung der Verwaltung von Sonderaufträgen befaßt — so heißt die *Parkbank* innerhalb der Zentralen *Finanzverwaltung*. In den 14 Jahren ihres Bestehens wurde die *Parkbank* nicht ein einziges Mal von der Revisionsabteilung überprüft. Unter dem Deckmantel der *Parkbank* versuchte eine ominöse Firma mit dem Namen *Sektion für militärische Börsengeschäfte*, den Ausverkauf von militärischem Gerät zu monopolisieren. In der UdSSR genossen die Marschälle und viele Generäle Privilegien, die viel höher waren als die von Politbüromitgliedern, die zusammen mit ihren Familien ihre Privilegien im Hinblick auf ihre Umgebung und die öffentliche Meinung verbergen mußten. Kinder und Enkel der Marschälle flogen mit eigens abgestellten Maschinen ins Ausland, um sich zu vergnügen, und konnten auch nach dem Tod ihrer einflußreichen Ernährer dieselben Privilegien in Anspruch nehmen. Bald wird der Schleier des Geheimnisses gelüftet werden, das über den Papieren der *Parkbank* liegt. Wir werden aufschlußreiche Einzelheiten darüber erfahren, wofür die Generäle sonst noch Steuergelder ausgegeben haben. Daß es Ausgaben weder für die Armee noch für Millionen ihrer halbverhungerten Familienangehörigen waren, steht schon jetzt fest.

Nach seinem Rücktritt erlaubte sich Michail Gorbatschow die Bemerkung, alle Schwierigkeiten bei der Durchführung der Reformen

Die Macht

in der UdSSR seien auf den Widerstand, den die an die unbegrenzte Finanzierung gewohnten Herren vom militärisch-industriellen Komplex leisteten, zurückzuführen. Der Ex-Präsident der UdSSR führte Zahlen an, die ihn seinerzeit frappiert hatten: Im XII. Fünfjahresplan sollte das Nationaleinkommen um 22 bis 24 Prozent steigen, während sich die Ausgaben für Verteidigungszwecke um 45 Prozent erhöhen sollten.

Hunderte Millionen Dollar wurden vom KGB und von der GRU ausgegeben, um die bekannten COCOM-Limits für den Verkauf neuester Technik und Technologien an die sozialistischen Länder aufzubrechen. Alle besseren Waffensysteme, die in den achtziger Jahren in der UdSSR entwickelt wurden – die berühmten MiG-29 und Su-27 sowie die weniger bekannten Raketen, Panzer und U-Boote –, hatten das Licht der Welt dank der Computer erblickt, die im Ausland auf Piratenart erbeutet worden waren.

Über die Vermittlung von Hunderten zwischengeschalteter ausländischer Firmen wurden Zehntausende verschiedener Computer und eine Unmenge von Peripheriegeräten, Software und Ersatzteilen gestohlen. Man hatte gelernt, das Riesenflugzeug «Mrija» zu bauen, und unschätzbare Erfahrungen beim Modellieren verschiedener Konstruktionen und Situationen gesammelt. Doch auch die massenhafte Aneignung ausländischer Technik führte nicht dazu, daß Rußland im Computerbereich den westlichen Standard erreichte. Im Vergleich zur Firma *Boeing* beträgt die Ausrüstung russischer Luftfahrtzentren mit Forschungsmitteln lediglich 30 Prozent. In den besten Forschungseinrichtungen des militärisch-industriellen Komplexes steht nur jedem dritten Forscher eine EDV-Graphik zur Verfügung, während dieses Verhältnis «drüben» bei 1:1 liegt. In der russischen Rüstungsindustrie insgesamt sieht es noch schlimmer aus – dort beträgt das Verhältnis 1:10, während es im Landesdurchschnitt 1:1 000 beträgt.

Die Industriespionage hat Rußland weder reich noch glücklich gemacht. Rußland hat weder eigene konkurrenzfähige Computer entwickelt, noch verfügt es über Mittel, um im Ausland große Partien zu kaufen. Jetzt soll Rußland COCOM-Mitglied werden und die

Spielregeln einhalten, damit es weniger Husseins, Ghadafis, Arafats und Kim Il Sung's gibt. Man kann sich schwerlich vorstellen, daß die CIA in Rußland die technischen Unterlagen für ein Überschall-Flugzeug stehlen würde. Welcher Privatperson oder welchem privaten Unternehmen wollte der CIA derartige Dossiers übergeben? Jewgeni Primakow, der Leiter des russischen Nachrichtendienstes, erklärte indes, der wirtschaftliche Bereich werde der wichtigste Bereich seiner Tätigkeit sein. Die Interessen unseres Landes sollen natürlich geschützt werden, fremdes Eigentum sollte man sich jedoch nicht aneignen. Dies ist beschämend und sinnlos. Vielleicht wird der militärisch-industrielle Komplex bald ein Einsehen haben und die Interessen des russischen Staates mit Hilfe des COCOM schützen.

Soweit ist es aber noch nicht. Die Bush-Administration hat Rußland im April 1992 beschuldigt, Spionage gegen die USA getrieben zu haben. FBI-Beamte behaupteten, die GBU lege heute sogar mehr Elan beim Ausspähen von Amerikas militärtechnischen Geheimnissen an den Tag als früher.

Rußland täte besser daran, für alles zu bezahlen und nicht zu stehlen oder um Almosen zu betteln. Dann würde es keine beschämend komischen Situationen geben. Boris Jelzin besuchte im Juli 1992 eine Versuchsstation im Kubangebiet und besichtigte bei dieser Gelegenheit einen Mähdrescher vom Typ «Don» – Mähdrescher dieser Art werden in Rostow am Don gebaut – und bekommt zu hören: «Das ist eine prima Maschine. Die Bauern würden sie gerne haben, sie kostet allerdings zwei Millionen Rubel, und die Garantiefrist für störungsfreies Funktionieren beträgt alles in allem 18 Stunden.» Wenn sie nur 300 Stunden laufen würde, dann könnte Rußland darauf verzichten, Getreide in Amerika zu kaufen.

Im 19. Jahrhundert brachten französische Erzieher den Kindern wohlhabender russischer Eltern das ABC und gute Manieren bei, während fleißige Deutsche ihre Güter verwalteten. Dies scheint heute wieder Schule zu machen. Prof. Wolfgang Kartte richtete sich im Sommer 1992 als deutscher Berater der russischen Regierung in einem Zimmer des Weißen Hauses in Moskau ein, während Sachverständige der britischen Beratungsfirma *Braxton Associated* und der französischen Bank *Credit Commercial* die Leitung eines westlichen

Die Macht

Konsortiums übernehmen, das die russische Regierung bei der Erarbeitung der Strategie und Taktik der Privatisierung beraten soll. Vielleicht kommt etwas dabei heraus.

Im Juli 1992 ging die erste Etappe der humanitären Hilfeleistungen der Europäischen Gemeinschaft für Rußland zu Ende. Seit Dezember 1991 schickte die EG 150 000 Tonnen Lebensmittel nach Rußland. Technische Hilfe wird mehr Zeit brauchen. Sie erfordert Vorarbeit auf Regierungsebene und in den einzelnen Betrieben. Bevor sie mit finanziellen Mitteln für die Konversion bereitstehen, haben die westlichen «Blutspender» ihre Fachleute in die größten russischen Rüstungsbetriebe zu eingehenden Recherchen geschickt. In Moskau und einigen anderen Großstädten werden internationale Zentren zur Umschulung von Wissenschaftlern eingerichtet, die auf die Entwicklung moderner Waffen spezialisiert sind.

...und die Menschenrechte

Mit Zensur und Gesetzlosigkeit wird es kein menschenwürdiges Leben geben

Die sowjetischen Zensoren haben Abermillionen Menschenleben auf dem Gewissen.

Die sowjetische Presse übergang diejenigen, die den Kommunisten während des von Lenin entfesselten Bürgerkrieges zum Opfer gefallen waren, immer mit Schweigen.

Es war strengstens verboten, den von Lenin und Stalin initiierten Massenterror gegen die Bauern während der Getreiderequirierung und der anschließenden Kollektivierung, gegen die Intellektuellen, gegen Besitzende, gegen Geistliche und andere Oppositionelle in einem Zeitungsartikel oder auch nur in einem Gespräch zu erwähnen. In der Presse der dreißiger und vierziger Jahre wurde über einzelne öffentliche Schauprozesse berichtet. Die Verwandten von Hunderttausenden Erschossenen bekamen von den Behörden nach der Vollstreckung des Gerichtsurteils fingierte Mitteilungen: «Ihr Bruder (Vater, Sohn) ist zu zehn Jahren Freiheitsentzug ohne das Recht auf Briefwechsel verurteilt worden.»

Niemand in Rußland konnte die wirkliche Zahl der in den Konzentrationslagern der zwanziger bis fünfziger Jahre zu Tode geschundenen Häftlinge oder die wirklichen Verluste im Zweiten Weltkrieg kennen.

Eine ungemein scharfe Zensur verhinderte, daß dem eigenen Volk und der Weltgemeinschaft die Wahrheit über die Verbrechen des Regimes und über die Einbrüche in der Wirtschaftspolitik bekannt wurde. Die gesamte Statistik – selbst die «Nur für den Dienstgebrauch» oder «Verschlußsache» klassifizierte – war sowohl unter Lenin und Stalin wie auch später unter Chruschtschow und Gorbatschow gefälscht worden. Die operativen Sammelberichte des

Die Macht

KGB und des MWD, des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums, die Berichte der geisteswissenschaftlichen Forschungsinstitute, alle optimistischen Mitteilungen der verschiedensten sowjetischen Einrichtungen, angefangen beim Ministerium und den Hochschulen bis hin zur Sanitätsstation für Epidemien oder einem Betrieb zur Verarbeitung von Sekundärrohstoffen, sie alle waren meilenweit von der Wirklichkeit entfernt. Jeder Bürokrat, welche Position er auch bekleidete, wußte, was in dem offiziellen Bericht für seine Vorgesetzten stehen mußte. Das totale Schweigen und die Untätigkeit der willfährigen und folgsamen Presse boten den Herrschenden die Gewähr dafür, daß es nie zu einem öffentlichen Eklat kommen würde. Die Kritik in der Presse war stets dosiert und von oben abgesegnet. Die russische Gesellschaft verlor Millionen Menschen in den Schützengräben und beim Holzfällen bei der Zwangsarbeit auf den Großbaustellen des Kommunismus oder in Krankenhäusern, in denen es keine Medikamente gab. Die Sowjetbürger atmeten jahrzehntelang Abgase und sonstigen Dreck ein und lebten in Städten, die riesigen Mülldeponien glichen, aßen belastete Lebensmittel, wohnten in den Mietskasernen in ihren Gemeinschaftswohnungen und denunzierten einander. Der kalte Krieg Bußlands gegen den Westen und gegen die Vernunft dauerte siebzig Jahre. Während all dieser Jahre lagen sich die Führer der freien Welt und die russischen Generalsekretäre in den Armen, was letzteren den Anschein der Legitimität verlieh und ihre Art zu regieren gleichsam hoffähig machte.

Unter dem Beförmer Gorbatschow existierte die Zensur der Massenmedien bis zum 1. August 1990 weiter, dem Tag, an dem sie durch ein neues Pressegesetz aufgehoben wurde.

Wäre die Zensur fünf Jahre früher aufgehoben worden, hätten Millionen Menschen vor der Einwirkung der Strahlung von Tschernobyl bewahrt werden können. So aber hüllte sich die Presse in Stillschweigen, und die Umsiedlung der Bewohner der in Mitleidenschaft gezogenen Landstriche zog sich über Jahre hin. Das ganze Land ernährte sich jahrelang von verstrahlten landwirtschaftlichen Produkten. Den Strahlengeschädigten wurden 15 Buben Entschädigung (damals drei US-Dollar) im Monat gezahlt.

Eine richtige medizinische Betreuung erhielten sie nicht, unbelastete Produkte wurden nicht in die verstrahlten Gebiete gebracht... Erst fünf Jahre nach dem Desaster wurde in der Presse die bis dahin streng geheime Landkarte des europäischen Teils der UdSSR mit riesigen verseuchten Gebieten veröffentlicht. (Nicht einmal die Chefs der örtlichen Verwaltungen durften auch nur das Geringste davon wissen.) Das Thema Tschernobyl ist inzwischen kein Tabu für die Presse mehr. Die Menschen erfuhren, daß man allein im Kurort Sotschi 800 radioaktiv verseuchte Grundstücke entdeckt hatte. Es stellte sich heraus, daß der gesamte georgische Tee von der Schwarzmeerküste ebenfalls verseucht war. In der Türkei wurden Zehntausende Tonnen Tee, der Spuren von Cäsium und Strontium in noch größerem Maße aufwies als der georgische Tee, gekauft und an die Bevölkerung der UdSSR verkauft.

Erst nach Aufhebung der Zensur im Jahre 1990 erfuhr die russische Öffentlichkeit, daß der Krieg in Afghanistan nach dem Amtsantritt Gorbatschows ausgeweitet und intensiviert worden ist. Die UdSSR beendete den Krieg im Jahre 1989, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß ein Sieg erst dann möglich wäre, wenn man alle Afghanen vernichtet haben würde. Die Aufhebung der Zensur an sich änderte wenig in einem Lande, in dem die KPdSU de facto das Monopol auf das Fernsehen, die Druckereien, die Papierproduktion und den Vertrieb der Druckerzeugnisse besaß. Die UdSSR brach zusammen, weil alle Unionsrepubliken schon immer bestrebt waren, sich aus der eisernen Umklammerung des Kreml zu befreien. Ende der sechziger Jahre hatte der Kreml mit Hilfe des KGB und der GRU begonnen, nationale Konflikte (zwischen Armeniern und Aserbeidschanern, Georgiern und Osseten, Mescheten und Usbeken) zu schüren und die nationalistischen Bestrebungen in Usbekistan und Kasachstan, im Baltikum und Georgien, in Armenien und Moldawien zu unterdrücken. In allen Unionsrepubliken unterstützte die Presse offen oder indirekt die «Nationalisten», die sie aus irgendeinem Grunde als «Demokraten» bezeichnete – wahrscheinlich, um sie besser von den Kommunisten Stalinscher Prägung unterscheiden zu können. Bekanntlich kann der Mensch nur zum Arbeiten gebracht werden, indem man ihn dazu zwingt oder gut bezahlt. Die blutrünstigen Tyrannen Lenin und Stalin

Die Macht

gab es nicht mehr, Ödollars aus der Zeit Breschnews und Gorbatschows waren ebenfalls nicht mehr vorhanden. So bröckelte das Reich auseinander: Zuerst waren es die osteuropäischen Satellitenstaaten, die sich dem Einfluß Moskaus entzogen, dann die Unionsrepubliken. Nun sind die ehemaligen nationalen autonomen Gebiete Rußlands oder gar ganze Wirtschaftsregionen östlich des Urals an der Reihe.

Die Privatisierung läßt in Rußland auf sich warten, obwohl der Marxismus-Leninismus, die UdSSR und die KPdSU nicht mehr existieren; an ihre Stelle sind Glasnost und freie Wahlen getreten. Doch der Geist des KGB lebt, den Machthabern mangelt es an politischer Kultur und gesundem Menschenverstand, um die Vorteile zu akzeptieren, die eine freie Presse mit sich bringt. Die russischen Massenmedien besitzen jedoch mehr Freiheit als alle anderen gesellschaftlichen Institutionen und Bevölkerungsschichten. Seit August 1990 darf jeder Bürger Rußlands eine Zeitung, ein Rundfunk- bzw. Fernsehstudio oder einen Buchverlag gründen. Viele haben diese Möglichkeit wahrgenommen. Das ist nicht erstaunlich. Glasnost war die erste und einzige Errungenschaft der Gorbatschowschen Perestroika. Für die vom ZK der KPdSU streng kontrollierten verwegenen freiheitlichen Veröffentlichungen in den Moskauer Zeitungen und Zeitschriften wie *Ogonjok*, *Nowy mir* [Neue Welt] und *Moskowskije nowosti* [Moscow News] in den Jahren 1985 bis 1990 erhielt Gorbatschow aus dem Westen Kredite, die jetzt zurückerstattet werden müssen. Es ist natürlich bitter, daß für die Abtretung von Afghanistan, Polen, der DDR, Ungarn, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Rumänien kein einziger Dollar an Rußland bezahlt wurde. Gorbatschow und Jelzin gaben dem Westen die Möglichkeit, mit dem Wettrüsten aufzuhören und dadurch riesige Summen zu sparen. Aber ein Marshall-Plan für Rußland blieb aus. Denn Rußland war nicht imstande zu beweisen, daß der jetzige Antikommunismus unumkehrbar ist. Die Privatisierung des größeren Teils der Produktionsmittel, großzügige Gesetze für ausländische Investitionen, die Wahrung der Menschenrechte und eine freie Presse sind die unerläßlichen Voraussetzungen für Rußlands Wohlergehen.

Die russische Presse ist noch nicht frei. Mit minimalem Einsatz läßt sich in Rußland mit der Erforschung der öffentlichen Meinung und der Werbung Geld verdienen. Es gibt inzwischen private soziologische Forschungsinstitute, die glaubwürdige Informationen liefern. Erst seit einem Jahr existieren unabhängige Werbeagenturen, die in den Massenmedien bezahlte Anzeigen schalten. Die Werbung wurde im Jahre 1992 zur wesentlichen Einnahmequelle der Massenmedien.

Die Journalistenverbände Moskaus und eine Reihe von Redaktionen haben gemeinsam eine Bank, die *Schurbank*, für die Abwicklung der eigenen Bankgeschäfte gegründet. Auch die Verlage haben eine eigene Bank, die *Isdatbank*, gegründet. Die Zeitungen *Iswestija*, *Moskowskije nowosti* [Moscow News] und *Argumenty i fakty* [Argumente und Fakten] haben sich sehr zum Verdruß einiger Parlamentsabgeordneter, mancher Gerichte und der Regierungsmitglieder in mächtige unabhängige Konzerne verwandelt. Das Betrübliche ist, daß diese drei staatlichen Institutionen bei der Bevölkerung Rußlands ein geringeres Ansehen genießen als die «vierte Macht», das heißt die Massenmedien. Daß die Journalisten beim Volk wachsendes Vertrauen genießen, bestätigen zahlreiche Meinungsumfragen. Im Jahre 1991 wurden in der Russischen Föderation 2 000 unabhängige Zeitungen und Zeitschriften sowie einige Dutzend regionale Fernsehgesellschaften registriert.

Im Gesetz der Russischen Föderation über die Massenmedien, das im Februar 1992 in Kraft getreten ist, gelang es den vernünftigeren Abgeordneten nicht, sich durchzusetzen: Man hätte den Machtorganen, den Sowjets, Parlamenten, Regierungen, Behörden und Stadtverwaltungen kategorisch verbieten müssen, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehstudios zu gründen. Es ist völlig unzumutbar, daß die Steuerzahler für derartige Publikationen aufkommen sollen. Welchen Standpunkt soll zum Beispiel die *Rossijskaja gaseta* [Russische Zeitung], die vom Obersten Sowjet Rußlands herausgegeben wird, vertreten? Im Parlament gibt es Dutzende Fraktionen – wie sollen sie die Zeitungsseiten unter sich aufteilen?

Die russische Presse ist freilich nicht mehr der verlängerte Arm der Staatsanwaltschaft. Nach jeder Zeitungskritik hatte die zuständige Amtsperson der Redaktion zu melden, welche Maßnahmen zur

Die Macht

Behebung des Mißstandes ergriffen würden. Nun können sich die betroffenen Potentaten nicht mehr bei ihren «Oberlehnsherren» in der Metropole des Landes über die «frechen Tintenspione» beschweren. Dafür gibt es Gerichte. Aber jetzt ist man in ein anderes Extrem verfallen. Werden unlautere Geschäfte von Politikern oder Industriellen in einer Zeitung aufs Korn genommen, wirkt sich das keineswegs negativ auf ihre Laufbahn aus, da die öffentliche Meinung in Rußland noch nicht über den nötigen Einfluß verfügt. Anmaßung, Inkompetenz und Korruption sind bei den Behörden immer noch die Regel, nicht die Ausnahme. Rechtsanwälte und Journalisten sind in Rußland noch nicht zu den wichtigsten Verteidigern der Menschenrechte geworden, aber allmählich werden sie in diese Rolle hineinwachsen. Es gibt einen Fonds zum Schutz der Glasnost, der im Februar 1991 nach den Pogromen, die der KGB und die GRU in Wilna und Riga vom Zaune gebrochen hatten, gegründet worden war. Einige Journalisten kamen bei der Ausübung ihres Berufs ums Leben, andere wurden verfolgt oder entlassen, weil sie an den herrschenden Zuständen Kritik geübt hatten. Leider hat der unabhängige Fonds zu wenig Mittel, um die Familien solcher Journalisten und die in Not geratenen Redaktionen zu unterstützen. Im Frühjahr 1992 wurde eine neue Offensive gegen die Pressefreiheit in Rußland gestartet. Die Angreifer sind diesmal das Parlament, die Regierung und die Verwaltungen einzelner Regionen und Gebiete. Präsident Jelzin und Vizepremier Poltoranin (er ist auch als Presseminister für die Massenmedien zuständig) gehören zu den wenigen in den obersten Machtstrukturen, die diesen Angriff abzufangen versuchten. Die russische Presse läßt sich heute von niemandem bevormunden, aber sie ist doch noch nicht frei. Sie verfügt über zu geringe Mittel, um unabhängig zu sein. Notwendig sind Arbeitsräume, Wohnungen für die Mitarbeiter, Druckereien, Papier und anderes mehr. In diesem Augenblick trat dann «Vater Staat» mit dem Vorschlag auf den Plan, alle Zeitungen und Zeitschriften zu finanzieren. Besonders notwendige Publikationen sollen zusätzliche Mittel bekommen. Den Journalisten war das großzügige Angebot recht, sie akzeptierten es im Februar 1992. Parlamentspräsident Chasbulatow äußerte sich allerdings kurz darauf vor den Journalisten wie folgt: «Die Presse soll sich nicht in der Illusion wiegen, sie sei die

vierte Macht. Ihr habt hier nichts zu melden! Vielleicht möchte jemand, daß ich vor Gericht gehe? Ich pfeife auf diese vierte Macht!»

Die Verelendung der russischen Bevölkerung und die zahlreichen Fehlleistungen der Gesetzgeber und der Regierung erweckt in ihr den unbändigen Wunsch, alle Probleme den Journalisten in die Schuhe zu schieben. Nach den Gesetzesentwürfen für das Strafgesetzbuch und die Aufsichtsräte für die Massenmedien zu urteilen, sollen die Journalisten zur Jahreswende 1992/93 wieder zu Handlangern der Partei (freilich nicht der KPdSU, sondern irgendeiner demokratischen) werden. Von der Freiheit können sie dann nur noch träumen. Ohne das Risiko, hinter Gitter zu kommen, werden sie nicht mehr über die Unterschlagung von Staatseigentum, die unter den Demokraten noch viel üppigere Blüten treibt als während der KPdSU-Herrschaft, berichten können. Die Presse wird für Kritik hart bestraft.

Allein im Juli 1992 wurde der Papierpreis von 18 000 auf 30 000 Rubel pro Tonne hochgeschraubt. Der Staat behielt das Monopol für die Papierproduktion und diktiert die Preise. Die Papierfabriken haben große Vorräte angelegt, die die verarmten Verleger nicht bezahlen können. Als dann im August die Zeitungen und Zeitschriften die Abonnements für 1993 anboten, ließ der Staat erneut die Preise hochschnellen, um die Bestellungen zu vereiteln. Dieses Ziel verfolgt auch die Politik der staatlichen Post. Im Sommer 1992 stellte sich heraus, daß der Preis für eine Zeitung wie die *Iswestija* geringer sein wird als die Zustellgebühr innerhalb Moskaus. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß der *Iswestija*-Verlag die Kosten für die Lieferung an die Moskauer Postämter selber trägt. Der Leser soll also 60 Rubel im Monat für die Zeitung selbst und 80 Rubel für die Zustellung zahlen. Welchen Sinn hat das alles? Die Antwort liegt auf der Hand: Die Zeitungen sollen für das Publikum unerschwinglich werden. 1991 kostete das Jahresabonnement einer beliebigen Tageszeitung rund sieben Rubel, im Jahre 1993 werden es 1 700 Rubel sein, das heißt 250mal soviel. In diesem Ausmaß stiegen die Preise nicht für ein einziges Konsumgut (höchstens ums Hundertfache). Natürlich gibt es einen Ausweg. Die Stadtverwaltungen könnten das Porto übernehmen und den Journalisten und damit Lesern das Leben leichter machen. Die Redaktion, der eine solche Wohltat erwiesen wird, hört dann bestimmt

Die Macht

gern, was die Stadtverwaltung zu sagen hat. In der Zarenzeit war es Nikolaus I., der die Werke des großen russischen Dichters Puschkin zensurierte. Stalin höchstpersönlich gab die sowjetischen Filme zum Vorführen in den Städten und Dörfern des Sowjetlandes frei. A. Kapto, Leiter der Abteilung Ideologie beim ZK der KPdSU, entwarf im Dezember 1988 einen Beschluß des ZK der KPdSU über die Ausstattung der sowjetischen Zensur mit technischen Mitteln zum Abfangen der Berichte ausländischer Korrespondenten in Moskau, die sie über Telekommunikation an ihre Redaktionen durchgaben. Der Außenminister der Russischen Föderation, Andrei Kossyrew, schilderte in einem Interview für die *Iswestija* vom 30. Juni 1992 mit einer für einen Diplomaten äußerst ungewöhnlichen Offenheit in allen Einzelheiten, wie in den achtziger und den frühen neunziger Jahren Konflikte in den Krisenherden der UdSSR bzw. Rußlands provoziert worden waren: «Eine Situation, die zur Gewaltanwendung drängt, wird durch Verbreitung zweckdienlicher Informationen mit Hilfe des ehemaligen KGB und militärischer Ämter geschaffen. Nicht, daß solche Informationen völlig fingiert wären – sie sind entsprechend präpariert und tendenziös.» Gorbatschow und Jelzin klagten wiederholt öffentlich, daß sie manche Entscheidungen auf Grund fehlerhafter Informationen getroffen hätten, die ihnen vom Apparat vorgelegt worden seien. Die seriöse westliche Presse wie *CNN*, *Le Monde*, *Times*, *Time* und andere macht derartiges unmöglich. Die Kameras und spitzen Federn sind unbestechlich. Es kann natürlich vorkommen, daß das Publikum erst einmal an der Nase herumgeführt wird, aber derartige Tricks werden in der Regel von denselben Massenmedien aufgedeckt. Sie können es sich einfach nicht leisten, ständig zu lügen, weil niemand sie auf die Dauer ernstnehmen würde und sie schnell pleite gingen.

Zwei Mitarbeiter des ITAR-TASS-Korrespondentenbüros in Bonn traten im Juni 1992 in den Streik, nachdem sie weltweit, also auch vielen Tausenden von Abonnenten der russischen Nachrichtenagentur erklärt hatten, sie forderten den Rücktritt ihres Chefs, des siebzigjährigen pensionierten KGB-Generals Wjatscheslaw Keworkow, Leiter des ITAR-TASS-Büros in Deutschland und Österreich. Die Wochenzeitung *Kommersant* berichtete von diesem Eklat unter der zweideutigen Schlagzeile: «Ein

General, von Gemeinen hereingelegt.» Es war praktisch unmöglich, festangestellter Mitarbeiter einer sowjetischen Presseagentur (einer Zeitung, Zeitschrift oder des Fernsehens) im Ausland zu sein, ohne für den KGB oder die GRU zu arbeiten. Als «Korrespondenten» fungierten entweder Berufsoffiziere des KGB oder Journalisten, die sich, natürlich «freiwillig», vor den GRU-Karren spannen ließen. Die Mitarbeiter der russischen Massenmedien im Ausland blieben ebenso wie der Personalbestand des KGB und der GRU im Jahre 1992 unverändert. Die meisten russischen Auslandskorrespondenten, die kein festes Gehalt mehr bezogen, weigerten sich allerdings, mit ihren Redaktionen weiter zusammenzuarbeiten, und blieben im Ausland als Flüchtlinge, Vertriebene (oder auch als direkte Korrespondenten des KGB?) und ähnliches.

Der ehemalige KGB, der seine Archive fest verschlossen hält, hätte wohl nichts dagegen, sie für gutes Honorar freizugeben. Holländer und Amerikaner haben schon einiges bekommen. Manche Sachen, zum Beispiel der Fall Wallenberg, bleiben aber nach wie vor unter Verschuß. Es gibt noch immer kein Archivgesetz oder ein Gesetz, das definiert, was ein Staatsgeheimnis sein soll. Armee und KGB machen sich dies zunutze. Manches von dem, was die noch lebenden ehemaligen Spitzenfunktionäre kompromittieren würde, wurde vernichtet, versteckt oder bleibt unzugänglich. Nicht einmal Präsident Jelzin hat Zugang. Erst wenn Amtarchive zu staatlichen geworden sind, werden die Herren, die heute das Monopol auf Staatsgeheimnisse haben, einen Teil ihrer Macht einbüßen. Wirklich geheim ist vielleicht nur ein halbes Prozent von dem, was in den fest verschlossenen Archiven aufbewahrt wird. Alles andere sollte verwahrt, analysiert, veröffentlicht, ausgestellt und keinesfalls ins Ausland verkauft werden. Die 5. Abteilung des KGB der UdSSR beschloß am 6. September 1989, 583 Bände der Dokumente zum Fall Sacharow und seiner Frau Jelena Bonner, darunter mehrere Kilogramm wertvoller Manuskripte Sacharows, zu vernichten. In den drei Tagen des August-Putsches wurden Dokumente aus dem Parteiarchiv des ZK der KPdSU tonnenweise mit Lkws weggebracht. Den Großteil aufschlußreicher Dokumente des ZK der KPdSU aus den Jahren 1990 und 1991 nahm Gorbatschow mit, als er den Kreml verließ.

Die Macht

Gorbatschow ist um seine Ämter gekommen, weil er nicht gewagt hatte, die KPdSU und den KGB aufzulösen. Jelzin erklärte beide Behörden nicht für verbrecherische Organisationen – die eine wurde geschlossen, die andere – umbenannt. Das kommunistische Parlament und die örtlichen Sowjets ließ er weiter funktionieren. Die Presse scheint politische Freiheit erlangt zu haben, doch in Wirklichkeit sind nur einige wenige Redaktionen in Moskau und in der Provinz wirklich frei. Und nun wird das Informationsvakuum nach wie vor nicht von der Presse und von Soziologen, sondern vom einstigen KGB gefüllt, der als Ministerium für die Sicherheit Rußlands erhalten blieb. Im Sommer 1992 kundschafteten die Mitarbeiter des KGB den wirtschaftlichen und finanziellen Status ausländischer Geschäftsleute, die nach Rußland kamen, aus, sammelten Informationen über die Stimmung der Bauern im Zusammenhang mit der Umwandlung von Kollektivwirtschaften und Staatsgütern in landwirtschaftliche Privatbetriebe und analysierten die Ernteaussichten usw. Vielleicht macht das FBI in den USA in etwa das gleiche. Aber dort gibt es auch alternative Informationsquellen, die in Rußland so gut wie gar nicht existieren. Wie in den letzten 70 Jahren, belehren wieder die Sicherheitsbeamten die Machtorgane, während die Landeskinder nur raten dürfen, was ihnen verborgen wird. Wozu braucht Rußland Soziologen, Ökonomen, Statistiker und Journalisten? Die Fachleute von der Lubjanka werden selbst alles herausfinden. Und das, was sie verheimlichen, werden uns die Amerikaner erklären. Der Recherche-Service der Library of Congress und die Analytischen Abteilungen des CIA und des Internationalen Währungsfonds können sich für einzelne besonders wißbegierige und betuchte Bürger Rußlands als nützlich erweisen.

Rußland ist noch weit vom Rechtsstaat entfernt. Die russische Gesellschaft bekommt noch immer eine Hungerration an Informationen. Im Juni 1992 beschloß die Führung des russischen Parlaments, den akkreditierten Journalisten mit Ausnahme der Korrespondenten von ITAR-TASS, RIA, *Interfax* und der *Rossijskaja gaseta* den Zutritt zu den Sitzungen des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation und zu den Pressekonferenzen der Parlamentsführung zu verwehren. Die

Bewegungsfreiheit aller ausländischen Diplomaten und Journalisten in Rußland bleibt weiterhin begrenzt. Dabei haben die führenden Politiker Rußlands wiederholt von der Notwendigkeit gesprochen, dieser Diskriminierung ein Ende zu setzen.

Man drängt die russischen Journalisten beharrlich, nach dem Beamtenprinzip zu arbeiten: Informieren, das heißt lieb Kind bei den Behörden zu sein, um so zu überleben. Aber solche Praktiken rufen bei allen normalen Menschen Angst hervor. Ohne eine freie Presse kann sich eine Gesellschaft nicht entwickeln und gedeihen. Es gibt natürlich Ausnahmen: Ein autoritäres Regime kann die Presse unterdrücken, aber nicht länger als eine, höchstens zwei Generationen lang; dann ist die Gesellschaft völlig heruntergekommen. Das kommunistische Parlament Rußlands (70 Prozent der Abgeordneten gehörten früher zur Nomenklatura) machte sich 1992 daran, die Presse abzuwürgen. Finanzielle Zuwendungen für Journalisten sind die strategischen Mittel der Machthaber, die jetzt entscheiden, welche Redaktion wieviel Geld erhalten soll. Und was wäre nötig? Nötig sind Steuervergünstigungen für die Redaktionen, die Verlage, die Papierhersteller und die Postämter — alles Dinge, die in demokratischen Ländern üblich sind.

Das einzige Kennzeichen der repräsentativen russischen Demokratie ist die freie Presse. Die Journalisten dürfen in Rußland sagen, was sie glauben, und sie stehen dazu, was sie sagen. Doch der Versuch des Obersten Sowjets Rußlands, die *Iswestija* zum Sprachrohr des Parlaments zu machen und dieser Zeitung somit ihre Unabhängigkeit zu nehmen, stimmt traurig. In dem schwierigen Finanzjahr 1992 hatte das Blatt drei Millionen Abonnenten in der ganzen GUS. Und nun soll ihm in einer Zeit, wo man schon Zeitungen und Zeitschriften für 1993 zu abonnieren beginnt, die Existenzgrundlage entzogen werden. Darauf arbeitet das Parlament hin. Präsident Jelzin, Minister Poltoranin und die meisten Chefs der Moskauer Massenmedien sind hingegen der Ansicht, daß es ihnen gelingen wird, die Unabhängigkeit der *Iswestija* und der wichtigsten Fernseh- und Informationsgesellschaften zu verteidigen. Laut Gesetz kann eine Zeitung nur durch Gerichtsbeschluß geschlossen werden. Will sich das Parlament durchsetzen, muß es also vor Gericht gehen

Die Macht

oder das Gesetz über die Massenmedien ändern. Im August 1991 hielt die *Iswestija* zum Weißen Haus in Moskau. Ein Jahr darauf wurde in den Wänden des Weißen Hauses versucht, diese Zeitung eingehen zu lassen. Aber es ist noch nicht soweit. Bald soll der Entwurf für eine neue Verfassung Rußlands diskutiert werden, in dem die Einberufung von Kongressen der Volksdeputierten nicht mehr vorgesehen ist. Also müssen neue Parlamentswahlen ausgeschrieben werden, die diejenigen unter ihre Kontrolle bringen wollen, denen es darauf ankommt, in den bevorstehenden schweren Machtkämpfen ein paar der wichtigsten Zeitungen und Fernsehkanäle zur Verfügung zu haben, um die Wähler für sich zu gewinnen. Statt der einstigen Abteilung des ZK der KPdSU soll ein mit uneingeschränkten Befugnissen ausgestatteter Aufsichtsrat die Presse bevormunden.

Die gesamte demokratische Presse nahm die drohende Gefahr überaus ernst. Am 16. Juli 1992 brachten 14 Redaktionen Moskaus und St. Petersburgs eine weitere Nummer der *Obschtschaja gaseta* [Allgemeine Zeitung] heraus. Die erste Nummer ist bekanntlich am 20. August 1991 erschienen, nachdem die Putschisten alle fortschrittlichen Zeitungen und Zeitschriften verboten hatten. Und am 27. Juli unterzeichneten die *Iswestija* und der britische Zeitungskonzern *Financial Times* einen Vertrag über die Herausgabe einer Wochenzeitung für Geschäftsleute in russischer Sprache. Sie soll anfangs als Beilage zur *Iswestija* und ab 1993 als selbständige Ausgabe erscheinen. Das Blatt wird der Zeitung *We/My* ähnlich sein, die seit einigen Monaten vom amerikanischen Hearst-Konzern und der *Iswestija* in Moskau in russischer Sprache herausgegeben wird. Die westlichen Partner ließen sich durch den Konflikt zwischen der *Iswestija* und dem Obersten Sowjet nicht aus dem Konzept bringen. Selbst wenn das *Iswestija*-Kollektiv seine Redaktionsräume und die Druckerei aufgeben müßte, wird die Herausgabe der Zeitung nicht verhindert. Sie würde dann an einem anderen Ort, auch außerhalb Moskaus, herausgegeben. Der Londoner *Times* vom 15. Juli 1992 zufolge stellt die *Iswestija* heute das Beste in der russischen Journalistik dar. Die Auseinandersetzung um die *Iswestija* war der Höhepunkt des Kampfes der linken und der rechtsorientierten Kräfte, die die Massenmedien und letztendlich Rußland beherrschen wollen.

Konkreter Anlaß der Auseinandersetzung um die Presse war der gekränkte Stolz Ruslan Chasbulatows, Parlamentspräsident der Russischen Föderation, der auf das Konto von ein paar Journalisten ging. Hier nur zwei Beispiele.

Die *Iswestija* berichtet darüber, wie auf Drängen von Chasbulatow seine Landsleute – Tschetschenen – aus Moskauer Hotels vertrieben und verprügelt wurden. Daraufhin erklärt Chasbulatow, die *Iswestija* gehöre zu den käuflichen und subversiven Blättern. Die Zeitung verklagte Chasbulatow vor Gericht, der daraufhin eine Hetzkampagne gegen sie lostrat.

Die zweite Geschichte kennt ganz Rußland. Vor dem Mikrofon der Fernseh- und Rundfunkgesellschaft beteuert Chasbulatow, er habe nicht in einem Interview für die italienische Zeitung *La Repubblica* erklärt, die Minister der russischen Regierung seien keine Menschen, sondern Gewürm. Die Kassette wurde abgespielt, und alle Welt konnte sich überzeugen, daß der prominente Politiker gelogen hat. Nun sinnt er auf Rache ...

Die Mitarbeiter des Instituts für Soziologie des Parlamentarismus (Leiter N. Betanelli) befragten am 23. Juli wieder tausend Moskauer, die alle Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten der russischen Hauptstadt repräsentieren. Die Umfrage ergab, daß von der Vertrauenskrise nicht nur Staatsinstitutionen, sondern auch politische Parteien und Bewegungen betroffen sind. So sind nur acht Prozent der Befragten der Meinung, daß es eine Partei bzw. eine Bewegung gibt, die ihre Ansichten und ihre staatsbürgerliche Position widerspiegelt. Die meisten (67 Prozent) hingegen vertreten den Standpunkt, solche Parteien bzw. Bewegungen gebe es nicht, 25 Prozent hatten keine Meinung.

Zugleich zeigte die Umfrage: Die «vierte Macht» genießt heute ein viel größeres Vertrauen als andere Institutionen. Bei den Umfragen nannten 44 Prozent der Befragten Zeitungen, Zeitschriften sowie Rundfunk- und Fernsehsendungen als Sprachrohr ihrer Ansichten und ihrer staatsbürgerlichen Haltung. Für 29 Prozent erfüllen die Massenmedien diese Funktion nicht, und 27 Prozent wollten sich nicht festlegen. Insgesamt wurden 43 Zeitungen und Zeitschriften sowie 46 Fernseh- und Rundfunksendungen genannt.

Die Macht

Die öffentliche Meinung wird laut Umfrage am treffendsten von *Moskowski komsomolez* [Der Moskauer Komsomolze] und *Argumenty i fakty* [Argumente und Fakten] wiedergegeben. Diese Ansicht vertreten 12 bzw. 8 Prozent der Befragten. Ihnen folgen *Iswestija*, *Trud* [Arbeit] und *Kuranty* mit entsprechend 5, 4 und 3 Prozent. Für *Wetschernjaja Moskwa*, *Komsomokkaja prawda* und *Moskowskaja prawda* entschieden sich je 2 Prozent der Befragten. *Kommersant*, *Prawda* und *Sowjetskaja Rossija* [Sowjetrußland] rangierten mit 1 Prozent an letzter Stelle.

Das politische Klima in Rußland bleibt so labil, daß die westlichen Rundfunksender, die seit Ende der vierziger Jahre Programme in den Sprachen der Völker der UdSSR ausstrahlen, zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

Rußland braucht Radio Liberty, Radio Freies Europa, Deutsche Welle, die BBC, The Voice of America und noch ein Dutzend Sender. Wir Russen lernen ja erst Pressefreiheit und Verantwortung zu handhaben. Es mangelt an Professionalismus, das heißt an der Fähigkeit, Informationen und Ideen ohne Zensur unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft zu «verkaufen» und dabei soviel zu verdienen, daß es auch für die Miete der Redaktionsräume reicht. Die russische Presse muß bei ihren ausländischen Kollegen erst lernen, Erzeugnisse zu produzieren, die die Menschen brauchen und deren Preise für Leser und für Anzeigenkunden erschwinglich sind.

Jeden Morgen schauen sich die Angestellten in allen russischen Behörden Fernsehserien an. Im Sommer und Herbst 1992 waren es 70 Folgen der mexikanischen Serie «Auch Reiche weinen». Sie hat insgesamt 249 Folgen. Leute vom Fach meinen allen Ernstes, wenn der Film über das süße Leben mit süßen Tränen ausgelaufen sei, könne das die instabile russische Gesellschaft teuer zu stehen kommen. Aber Gott sei Dank sind derartig ernste Angelegenheiten bei uns bestens abgesichert. Auf einem anderen Kanal des russischen Fernsehens läuft seit Jahresbeginn die Serie «Santa Barbara», die rund 2 000 Folgen hat. Jeden Tag wird eine neue Fortsetzung gedreht. Und schließlich sind auf dem Moskauer Kanal seit Juli 60 Teile von «Niemand außer dir» zu sehen. Unterhaltungsfilme wollen kunst-

gerecht gemacht sein. Auch das werden wir in Rußland erst noch lernen müssen.

Die Menschen in Rußland müssen auch lernen, das Fernsehen zu schützen. Eine Woche lang randalierte im Juni 1992 eine kommunistisch und chauvinistisch gestimmte Menge unter den Fenstern der Fernseh- und Funkzentrale *Ostankino*. Die Moskauer Stadtväter hüllten sich in Schweigen, und das Haus fiel den Oppositionellen nur deshalb nicht in die Hände, weil sie das nicht wollten. Die Wogen glätteten sich erst dann, als Jegor Jakowlew, *Ostankino*-Chef, gegenüber den Randalierern und der Staatsführung erklärte, er werde den Sender abschalten lassen, wenn die Ordnung nicht sofort wiederhergestellt werde. Die Opposition forderte eine Stunde jeden Abend zur besten Sendezeit. Das, was sie schon hatte, schien ihr zu wenig zu sein: Das «Werk tätige Moskau» konnte seine Ansichten im Programm Rußland zweimal im Monat je eine Stunde lang darlegen. Die Presse der reaktionären Opposition – *Den, Prawda, Glasnost, Sowjetskaja rossija, Literaturnaja rossija, Nasch sowremennik* [Unser Zeitgenosse], *Russki westnik* [Der Russische Bote] und der *Sender Pamjat* – meldete sich täglich im Sankt Petersburger Fernsehen zu Wort. Die Opposition in Rußland hat noch nie solche Möglichkeiten gehabt, sich so ungehindert zu artikulieren.

Rußland braucht privates Fernsehen. Die an den Machthebeln sitzenden Demokraten haben begriffen, daß es nicht unbedingt ratsam ist, «alle Eier in einen Korb zu legen». Es entstehen neue, unabhängige Fernsehgesellschaften. Das Monopol der zentralen Macht auf das Fernsehen ist gebrochen. An die Stelle des zentralen Fernsehens der UdSSR sind die Russische Staatliche Fernseh- und Rundfunkgesellschaft *Ostankino*, die Gesamtrussische Staatliche Fernseh- und Rundfunkgesellschaft und die Russische Fernseh- und Rundfunkgesellschaft Moskau getreten. Halb Rußland sieht sich Sendungen der *Fernseh- und Rundfunkgesellschaft St. Petersburg* und der amerikanischen Fernsehgesellschaft CNN an. Es gibt auch andere unabhängige Fernsehgesellschaften, die verschiedene populär gewordene Fernsehprogramme anbieten. REN TV macht «Astrologische Prognosen», «Sternenregen» und Eldar Rjasanows Programme. *TV Progreß* bietet «Vor und nach Mitternacht», «Darf

Die Macht

ich vorstellen!» (Moderator Urmas Ott) und «Video-Digest». Das kommerzielle Fernsehen bringt «Tele-börse», «Bridge», «Telemixt», «Geschäftsleute am Morgen» und verkauft diese Programme an alle regionalen Sender. Es dreht im Mosfilmstudio Spielfilme über Business und Unternehmer. Die *Moskauer Unabhängige Fernsehgesellschaft* und die amerikanische *TBS* richten einen unabhängigen TV-Sender ein. Es fehlt nur die Genehmigung der russischen Regierung zur Nutzung des 6. Fernsehkanals. Die Leitung übernimmt Eduard Sagalajew, ehemaliger Leiter der Fernseh- und Rundfunkanstalt *Ostankino*.

Die Entflechtung des sowjetischen Fernsehens könnte im Satellitenfernsehen gipfeln, bei dem jeder aus der UdSSR hervorgegangene souveräne Staat die Möglichkeit haben würde, seine TV-Programme über das ganze GUS-Territorium auszustrahlen. Diesem System würden sich wahrscheinlich unsere Nachbarn aus Osteuropa und Asien anschließen. An jedem Punkt der ehemaligen UdSSR und 500 Kilometer über deren einstige Grenzen hinaus würde jeder Mensch in der Lage sein, mit Hilfe einer kleinen Parabolantenne nationale TV-Programme aus Tschetschnja und Tatarstan, Warschau und Sofia, Baku und Taschkent, Jerewan und Tallin zu empfangen. Die sozialen Spannungen würden nachlassen, die Menschen wären über das Fernsehen mit ihrer ethnischen Heimat verbunden, würden ruhiger sein und sich nicht zur Beteiligung an Konflikten zwischen den Nationalitäten provozieren lassen. Nur auf einer solchen gleichberechtigten Grundlage werden die Völker des ehemaligen «sozialistischen Lagers», nachdem man sie jahrelang dazu gezwungen hatte, noch bereit sein, sich noch Sendungen anzusehen, die von Moskau gemacht sind.

Anhang

Die Russische Föderation (Rußland) und ihre Territorialgliederung*

* Zusammgestellt nach den Daten des Informations- und Dokumentationsdienstes der Nachrichtenagentur «Nowosti» (Stand: Dezember 1992).

Übersicht

Die Russische Föderation – Rußland

a) Teilrepubliken der Russischen Föderation

Republik Adygei	Republik Mari El
Republik Altai	Mordwinische Sozialistische Sowjetrepublik
Republik Baschkortostan	Nordossetische Sozialistische Sowjetrepublik
Republik Burjatien	Republik Sacha (Jakutien)
Republik Chakassien	Republik Tatarstan
Republik Dagestan	Republik Tuwa
Inguschische Republik	Tschetschenen-Republik (Tschetschenien)
Kabardinisch-Balkarische Republik	Tschuwaschische Republik (Tschawasch Respubliki)
Republik Kalmykien – Chalmg Tangtsch	Udmurtische Republik
Karatschaisch – Tscherkesische SSR	
Republik Karelien Republik der Komi	

b) National-territoriale Einheiten

Jüdisches Autonomes Gebiet	Autonomer Bezirk der Korjaken
Burjatischer Autonomer Bezirk Aginskoje	Autonomer Bezirk der Nenzen (Nenzen-Republik)
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	Autonomer Bezirk Taimyr (der Dolganen und Nenzen)
Autonomer Bezirk der Ewenken	Autonomer Bezirk der Tschuktschen
Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen	Burjatischer Autonomer Bezirk
Autonomer Bezirk der Komi-Permjakien	Ust-Ordynski

c) Territoriale Einheiten

Region Altai	Region Krasnojarsk
Region Chabarowsk	Region Primorje
Region Krasnodar	Region Stawropol

d) Gebiete der Russischen Föderation

Amur-Gebiet	Gebiet Jwanowo
Gebiet Archangelsk	Gebiet Irkutsk
Gebiet Astrachan	Gebiet Jaroslawl
Gebiet Belgorod	Gebiet Kaliningrad
Gebiet Brjansk	Gebiet Kaluga

Übersicht

Gebiet Kamtschatka	Gebiet Rostow
Gebiet Kemerowo	Gebiet Rjasan
Gebiet Kirow	Gebiet Sachalin
Gebiet Kostroma	Gebiet Samara (vor 1991: Kuibyschew)
Gebiet Kurgan	Gebiet Saratow
Gebiet Kursk	Gebiet Smolensk
Gebiet Leningrad	Gebiet Swerdlowsk
Gebiet Lipetz	Gebiet Tambow
Gebiet Magadan	Gebiet Tjumen
Gebiet Moskau	Gebiet Toms
Gebiet Murmansk	Gebiet Tscheljabinsk
Gebiet Nischni Nowgorod (vor1990: Gorki)	Gebiet Tschita
Gebiet Nowgorod	Gebiet Tula
Gebiet Nowosibirsk	Gebiet Twer (vor 1990: Kalinin)
Gebiet Omsk	Gebiet Uljanowsk
Gebiet Orenburg	Gebiet Wladimir
Gebiet Orjol	Gebiet Wolgograd
Gebiet Pensa	Gebiet Wologda
Gebiet Perm	Gebiet Woronesch
Gebiet Pskow	

Anhang

Die Russische Föderation – Rußland

Hauptstadt: Moskau.

Fläche: 17 075 400 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 20 Teilrepubliken, 1 autonomes Gebiet, 10 autonome Bezirke, 6 Regionen und 51 Gebiete.

Währungseinheit: Rubel.

Staatsflagge: Die russische Trikolore besteht aus horizontal angeordneten gleichgroßen Streifen in den Farben weiß, blau und rot.

Staatshymne: «Das patriotische Lied» von Michail Glinka, vertont von A. Petrow. **Staatsprache:** Russisch.

Unabhängigkeitstag: 12. Juni.

Grundgesetz: Verfassung aus dem Jahre 1978.

Staatschef: Präsident, gewählt für eine Amtszeit von fünf Jahren.

Oberstes Organ: Volksdeputiertenkongreß der Russischen Föderation und Oberster Sowjet, bestehend aus zwei Kammern, dem Republikrat und dem Nationalitätenrat.

Konfessionen: Christentum, Islam, Buddhismus und Judentum.

Parteien und Organisationen: In Rußland sind mehr als 100 Parteien, Bewegungen, Organisationen, Stiftungen und andere Vereinigungen registriert, darunter 25 politische Parteien und 16 politische Bewegungen.

Die größten Parteien sind: *Die Demokratische Partei Rußlands* (DPR), gegründet 1990, die sich für die Marktwirtschaft, die Entmonopolisierung und Entstaatlichung von Produktionsmitteln und die Hebung des Lebensstandards des Volkes einsetzt. Vorsitzender: Nikolai Trawkin. – *Die Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation* (SDPR), gegründet 1990, die für die Wiedergeburt des Unternehmertums eintritt. Vorsitzender: Boris Orlow. – *Die Republikanische Partei der Russischen Föderation* (RPRF), gegründet 1990, die für die Privatisierung des Staatseigentums und dessen Übergabe ohne oder gegen Entgelt an alle Bürger zu gleichen Anteilen eintritt. Mitvorsitzende: Wladimir Lyssenko, Wjatscheslaw Schostakowski, Pjotr Filippow und Igor Jakowenko. – *Die Bauernpartei Rußlands* (BPR), gegründet 1990, die die Beseitigung des Monopols der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter als ihr Hauptanliegen betrachtet. Vorsitzender: Juri Tschernitschenko. – *Die Russische Christlich-Demokratische Bewegung* (RGDB), gegründet 1990, die sich für einen starken und einheitlichen demokratischen Staat, eine radikale Privatisierung, Minimalsteuern und den Schutz des Binnenmarktes einsetzt. Vorstandsvorsitzender: Viktor Aksjutschiz. – *Die Russische Kommunistische Arbeiterpartei* (RKAP), gegründet 1990, die für die Wiederherstellung der Macht der Sowjets auf allen Ebenen eintritt und den harten Kern der Bewegung «Werktäiges Rußland» stellt. Parteiführer: Albert Ma-kaschow und Viktor Anpilow. – *Die Konstitutionell-Demokratische Partei*

Die Russische Föderation – Rußland

(«Partei der Volksfreiheit»), die sich als Nachfolgerin der 1905 gegründeten gleichnamigen Partei betrachtet, neugegründet im Jahre 1991, und für die Priorität des Privateigentums und eine sozial orientierte Marktwirtschaft, für die Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Macht, für ein einheitliches und unteilbares Rußland als demokratische Föderation eintritt. Vorsitzender des Zentralkomitees: Michail Aстафjew. – Der *Russische Allgemeine Volksbund* (RAVB), gegründet 1991, der aus der parlamentarischen Fraktion «Rußland» hervorgegangen ist, eine begrenzte Marktwirtschaft ohne Privatisierung von Grund und Boden und von Großbetrieben befürwortet und den Rücktritt der Regierung und ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten fordert. Führer: Sergej Baburin. – Die *Russische Volksversammlung* (RVV), gegründet 1992 auf einem Kongreß staatsbürgerlich gesinnter und patriotischer Kräfte als antikommunistische Bewegung und als Alternative zur Bewegung Demokratisches Rußland. – Die *Partei der Ökonomischen Freiheit* (PÖF), gegründet 1992 auf Initiative von Geschäftskreisen Rußlands, befürwortet eine soziale Marktwirtschaft. Mitvorsitzende: Konstantin Boro-woi und Swjatoslaw Fjodorow.

Naturreichtümer (Anteil der Weltvorräte): Holz (20%); Kohle (30%); Erdöl (40%); Erdgas (45%); Ölschiefer (50%); Eisenerze (44%); Chromerze (30%); Manganerze (74%); seltene Erden (40%). – In Rußland werden 28 Prozent des Weltaufkommens an Diamanten und 30 Prozent an Edelsteinen gewonnen.

Einwohner (1.1.1992): 148,8 Millionen, darunter rund 140 Millionen Russen, mehr als 5 Millionen Tataren, rund 4 Millionen Ukrainer, rund 2 Millionen Deutsche, 1,7 Millionen Tschuwaschen, rund 1,3 Millionen Baschkiren, mehr als 1 Million Weißrussen, mehr als 1 Million Mordwinen. Auf dem Territorium Rußlands leben über 130 Völker und Volksgruppen.

Stadtbewohner (1990): 109 Millionen.

Landbewohner (1990): 38,8 Millionen.

Männer (1990): 69,4 Millionen.

Frauen (1990): 78,6 Millionen.

Industrie: Die Industrieproduktion belief sich 1991 auf 1,029 Billionen Rubel und ging gegenüber 1990 um 2,2 Prozent zurück. Rußland produziert 17,9 Prozent des Weltaufkommens an Maschinenbauerzeugnissen. Seine Anteile an der Weltproduktion betragen bei spanabhebenden Werkzeugmaschinen 22 Prozent; bei Erntemaschinen 46 Prozent; bei Technik für die Lebensmittelindustrie 11,3 Prozent; bei Energieanlagen 63,2 Prozent; bei Flugzeugen 27 Prozent; bei Kriegstechnik bis zu 50 Prozent; bei Lastkraftwagen 21 Prozent; bei Personenkraftwagen 4,8 Prozent und bei Elektroenergie 16 Prozent. Mit Maschinenbauerzeugnissen der Republik sind in Indien 36 Prozent, im Iran 45 Prozent, in Pakistan 65 Prozent, in der Türkei 20 Prozent, in Ägypten 50 Prozent und in Libyen 50 Prozent der tragenden Industriezweige ausgerüstet.

Anhang

Produktion 1991 (Verhältnis zu 1990): Fleisch 5,6 Mio t (84%), Würstwaren 2,1 Mio t (91%), Brot und andere Backwaren 19 Mio t (104%), alkoholische Getränke 82,2 Mio Dekaliter (104%), Zigaretten 145 Mio St. (96%), Fernsehempfänger 4,4 Mio St. (94%), Kühlschränke und Froster 3,7 Mio St. (98%), Elektrostaubsauger 4,7 Mio St. (105%), Personenkraftwagen 1,029 Mio St. (93%), Seife 151 kt (79%).

Export (1991): 44,7 Milliarden Valutarubel (Rückgang gegenüber 1990 um 29%).

Import (1991): 44,7 Milliarden Valutarubel (Rückgang gegenüber 1990 um 46%).

Löhne: Der Monatslohn betrug (Februar 1992) im allgemeinen Durchschnitt 1 994 Rubel, in der Industrie 2 567 Rubel, in Gesundheitswesen, Sozialwesen und Körperkultur 1 249 Rubel, im Bildungswesen 1 286 Rubel, in Kultur und Kunst 1 000 Rubel.

Monatlicher Warenkorb: 3800 Rubel (Moskau, Mai 1992).

Flüchtlingswesen: Amtlich registriert sind 235 000 Flüchtlinge (Januar 1992).

Arbeitslosigkeit: Amtlich registriert sind über 61 000 Arbeitslose, von denen 12 000 Arbeitslosenunterstützung erhalten (Januar 1992).

Gesundheitswesen: Mit insgesamt ca. 697 700 Ärzten kommen in Rußland 41 Ärzte auf 10 000 Einwohner.

Bildungswesen: Zu Beginn des Schuljahres 1991/92 gab es in Rußland 6 800 Schulen mit erweitertem Unterricht in bestimmten Fächern (3,9 Mio Schüler), 306 Gymnasien (219000 Schüler), 198 Lyzeen (115000 Schüler), 85 Privatschulen (1.12.1991), 519 Hochschulen (2,861 Mio Studenten) und 2600 Fachschulen (2,2 Mio Schüler). Die Vorschuleinrichtungen betreuten mit 8 Millionen 64% der Vorschulkinder.

a) Teilrepubliken der Russischen Föderation

Republik Adygei

Hauptstadt: Maikop.

Fläche: 7600 Quadratkilometer.

Städte: 2.

Einwohner (1990): 436 000.

Präsident: Aslan Alijewitsch Dscharimow.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Adam Chussejnowitsch Tleusch.

Vorsitzender des Ministerrates: Mugdin

Salichowitsch Tlechas.

Die Republik liegt im Vorland und im Gebirge des Großen Kaukasus.

Einzugsgebiet des Kuban, und gehört zur Region Krasnodar.

Industrie: Lebensmittelproduktion, Holzgewinnung und -verarbeitung, Maschinenbau und Erdgasförderung.

Industriezentren: Maikop und Kamennomostski

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Sonnenblumen, Zuckerrüben, Tabak, Gemüse und Kürbisfrüchten, Weinanbau, Weinkellereien, Viehzucht und Imkerei.

a) Teilrepubliken

Republik Altai

Hauptstadt: Gorno-Altaiisk.

Fläche: 92 600 Quadratkilometer.

Städte: 1.

Einwohner (1990): 194 000.

Vorsitzender des Obersten Sowjets: Valeri Iwanowitsch Tschaptynow.

Vorsitzender der Regierung: Wladimir Iwanowitsch Petrow.

Die Republik liegt im Altai-Gebirge. Wichtigste Gewässer sind der Ob und der Telezkoje-See. Das Land ist zu einem Viertel bewaldet, gehört zur Region Altai.

Industrie: Holzgewinnung und -Verarbeitung, Leicht-, Lebensmittel-, Baustoff- und Elektroindustrie, Gewinnung mineralischer Baustoffe.

Landwirtschaft: Viehzucht, Maralzucht, Imkerei, Getreideanbau, Jagd.

Republik Baschkortostan

Hauptstadt: Ufa.

Chef der Stadtverwaltung:

Michail Alexejewitsch Saizew.

Tel.: (3472) 22 8 60.

Fläche: 143 600 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 54 Rayons, 17 Städte.

Einwohner (1990): 3 96 40 00.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Murtasa Rachimow.

Vorsitzender des Ministerrates:

Anatoli Kopsow. Tel.: (3472) 23 37 01.

Die Republik liegt im Uralvorland und an den Hängen des Südurals. Die Hauptflüsse sind Belaja und Ufa. Das Land gehört zum Wirtschaftsgebiet Ural.

Industrie: Erdölverarbeitung, Petro-chemie, Maschinenbau (Erdöl- und Chemieanlagen, Werkzeugmaschinen, Motoren), Metallverarbeitung, Hüttenwesen, Baustoffproduktion, Holzverarbeitung, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Gewinnung von Erdöl, Kohle, Eisen- und Kupfer-Zink-Erzen.

Industriezentren: Ufa, Sterlitamak, Salawat und Ischimbai.

Landwirtschaft: Getreide, Zuckerrüben, Sonnenblumen, Gemüse, Vieh, Geflügel, Imkereiprodukte.

Republik Burjatien

Hauptstadt: Ulan-Ude.

Chef der Stadtverwaltung:

Viktor Kasanowitsch Kukschinow. Tel.: (301) 23252, 23938.

Fläche: 351 300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 20 Rayons, 6 Städte.

Einwohner (1990): 1 049 000.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Leonid Wassiljewitsch Potapow.

Vorsitzender des Ministerrates:

Wladimir Bisjajewitsch Saganow.

Tel.: (301) 24563. Fax: (301) 24703.

Die Republik liegt in Transbaikalien und im östlichen Sajangebirge. Wichtigste Gewässer sind die Flüsse Selenga, Bargusin, Werchnjaja Angara und Witim sowie der Baikalsee. Das Land ist zu vier Fünfteln Taiga, es gehört zum Wirtschaftsgebiet Ostsibirien.

Industrie: Bergbau (Wolfram, Molybdän, Gold, Kohle), Maschinenbau, Metallverarbeitung, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Gewinnung von Braunkohle, Graphit und Apatiten.

Landwirtschaft: Viehzucht, Getreideanbau, Edelpelztierzucht, Pelztierzagd.

Republik Chakassien

Hauptstadt: Abakan.

Fläche: 61 900 Quadratkilometer.

Städte: 5.

Einwohner (1990): 573000.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Wladimir Nikolajewitsch Schtygaschew.

Vorsitzender des Ministerrates: Jewgeni Alexandrowitsch Smirnow.

Anhang

Die Republik liegt im Westteil der Minussinsker Senke, am linken Jenissej-Ufer, an den Nordhängen des Kusnezker Alatau und an den Nordhängen des Westsajan-Gebir-ges. Die Hauptflüsse sind Jenissej und Abakan. Chakassien gehört zur Region Krasnojarsk.

Industrie: Bergbau (Steinkohle, Eisenerz, Nichteisenerze, Marmor), Leichtindustrie, Maschinenbau, Nichteisenhüttenwesen, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Abakan, Sorsk, Saja-nogorsk, Tschernogorsk und Balyksa.

Landwirtschaft: Getreideproduktion und Viehzucht.

Republik Dagestan

Hauptstadt: Machatschkala.

Chef der Stadtverwaltung:

Alimirsa Apendijewitsch Bijbolotow.
Tel.: (8720) 7 22 87.

Fläche: 50 300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 39 Rayons, 8 Städte.

Einwohner (1990): 1 823 000.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Magomedali Magomedow

Vorsitzender des Ministerrates:

Abdurasak Mirsabekow.

Tel.: (8720) 72234.

Die Republik liegt im Ostteil des Nordkaukasus am Kaspischen Meer. Die Hauptflüsse sind Terek, Sulak und Samur. Dagestan gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordkaukasus.

Industrie: Erdöl- und Erdgasförderung, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Lebensmittel- und Leichtindustrie, Kunstgewerbe (Treiarbeiten und handgeknüpfte Teppiche).

Industriezentren: Machatschkala, Derbent, Kaspjisk und Leichtindustrie, Chasawjurt, Kisljar, Kisljurt und Buinaksk.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Weinanbau.

Inguschische Republik

Hauptstadt: Nasran.

Chef der provisorischen Verwaltung:

(vom Präsidenten Rußlands eingesetzt)
Sergej Michailowitsch Schachrai.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Issa Kostojew.

Bevollmächtigter der provisorischen

Verwaltung: Ruslan Aschujew.

Vor November 1990 Bestandteil der SSR der Tschetschenen und Inguschen. Im Juni 1992 verabschiedete der Oberste Sowjet Rußlands das Gesetz «Über die Bildung der Inguschischen Republik im Staatsverband der Russischen Föderation».

Kabardinisch-Balkarische Republik

Hauptstadt: Naltschik.

Chef der Stadtverwaltung:

Valeri Chussejnowitsch Sisichschajew.
Tel.: (86600) 22004.

Fläche: 12 500 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 8 Rayons, 7 Städte.

Einwohner (1990): 768000.

Präsident: Valeri Muchamedowitsch Kokow. Tel.: (8 66 00) 22064.

Vizepräsident: Gennadi Sergejewitsch Gubin. Tel.: (86600) 221 18.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Chatschim Muchamedowitsch Karmokow.

Ministerpräsident: Georgi Tscherkessow.
Tel.: (86600) 22126.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Asiratali Achmetow.

Tel.: (86600) 22004.

Die Republik liegt an den Nordhängen des Großen Kaukasus. Die Hauptflüsse sind Terek, Malka und Baskan. Das Land gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordkaukasus.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Nichteisenhüttenwesen, Lebensmittel-, Leicht- und Baustoffindustrie, Gewinnung und Verarbeitung von Wolfram-Molybdän-Erzen.

a) Teilrepubliken

Industriezentren: Naltschik, Tyrnaus und Prochladny.

Landwirtschaft: Getreide- und Sonnenblumenproduktion, Viehwirtschaft, Obst- und Weinbau, Weinkelereien.

Republik Kalmykien – Chalmg

Tangtsch

Hauptstadt: Elista.

Chef der Stadtverwaltung:

Nikolai Konstantinowitsch Sekenow.

Tel.: (84722) 52311.

Fläche: 76 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 13 Rayons, 3 Städte.

Einwohner (1990): 325000.

Vorsitzender des Ministerrates: Tel.: (84722) 62741, Fax: (84722) 62880.

Die Republik liegt im Westteil der nordkaspischen Senke, stößt im Südosten ans Kaspische Meer, gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Baustoffproduktion, Lebensmittelindustrie, Erdgas- und Erdölförderung.

Industriezentren: Elista, Kaspijsk.

Landwirtschaft: Getreideproduktion und Viehzucht.

Karatschaisch-Tscherkessische SSR

Hauptstadt: Tscherkessk.

Fläche: 14 100 Quadratkilometer.

Städte: 4.

Einwohner (1990): 422 000.

Chef der Verwaltung:

Wladimir Islamowitsch Chubijew.

Vorsitzender des Gebietsowjets: Viktor Nikolajewitsch Saweljew.

Die Republik liegt an den Nordhängen des Großen Kaukasus. Hauptstrom ist der Kuban. Das Land gehört zur Region Stawropol.

Industrie: Petrochemie, Chemie, Leichtindustrie, Maschinenbau,

Metallverarbeitung, Elektroindustrie, Holzverarbeitung, Kohlegewinnung.

Industriezentren: Tscherkessk, Karatschajewsk und Selentschukskaja.

Landwirtschaft: Vieh, Getreide, Sonnenblumen, Zuckerrüben, Gemüse.

Republik Karelien

Hauptstadt: Petrosawodsk.

Chef der Stadtverwaltung:

Sergej Leonidowitsch Katanandow.

Tel.: (81400) 74989.

Fläche: 172400 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 15 Rayons, 12 Städte.

Einwohner: 796000.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Viktor Nikolajewitsch Stepanow.

Vorsitzender des Ministerrates:

Sergej Petrowitsch Blinnikow.

Tel.: (81400) 72444.

Die Republik liegt im Nordwesten des osteuropäischen Flachlandes. Wichtigste Gewässer sind die Flüsse Kern und Wyg sowie der Ladoga- und der Onegasee. Die Hälfte des Territoriums ist bewaldet. Karelien gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordwesten.

Industrie: Holzgewinnung und -Verarbeitung, Möbel-, Zellstoff- und Papierindustrie, Maschinenbau, Hüttenwesen, Bergbau (Eisenerz, Glimmer).

Industriezentren: Petrosawodsk, Sortawala, Kern, Kondopoga, Medweschjegorsk, Belomorsk und Segescha. **Landwirtschaft:** Viehzucht, Geflügelproduktion, Edelpelztierzucht und Fischerei.

Republik der Komi

Hauptstadt: Syktywkar.

Chef der Stadtverwaltung:

Anatoli Alexejewitsch Karaktschijew.

Tel.: (82122) 24120.

Fläche: 415900 Quadratkilometer.

Anhang

Administrative Gliederung: 16 Rayons, 10 Städte.

Einwohner (1990): 1265 000.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Juri Alexejewitsch Spiridonow.

Vorsitzender des Ministerrates:

Wjatscheslaw Iwanowitsch Chudjajew.

Tel.: (82122)23101.

Die Republik liegt im Nordwesten Rußlands, im Ostteil des nördlichen, subpolaren und polaren Uralgebirges. Die Hauptflüsse sind Petschora und Wytschegda. Die Republik gehört zürn Wirtschaftsgebiet Nordwesten.

Industrie: Energieträger- und Energiewirtschaft, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Zellstoff- und Papierindustrie, Baustoffindustrie, Metallverarbeitung, Lebensmittel- und Leichtindustrie, Gewinnung von Kohle, Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas.

Industriezentren: Syktywkar, Ucha, Sosnogorsk.

Landwirtschaft: Vieh- und Rentierzucht.

Republik Mari El

Hauptstadt: Joschkar-Ola.

Chef der Stadtverwaltung:

Juri Alexandrowitsch Minakow.

Tel.: (83622)56401.

Fläche: 23200 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 14 Rayons, 4 Städte.

Präsident: Wladislaw Maximowitsch Sotin.

Vizepräsident: Viktor Alexandrowitsch

Galawtejew.

Vorsitzender des Obersten Sowjets: Juri

Alexandrowitsch Minakow.

Die Republik liegt im Osten des osteuropäischen Flachlandes am Mittellauf der Wolga. Etwa die Hälfte des Territoriums ist bewaldet. Mari El gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga-Wjotka.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Zellstoff- und

Papierindustrie, Holzverarbeitung, Leichtindustrie.

Landwirtschaft: Viehzucht, Leinanbau und Getreideproduktion.

Mordwinische Sozialistische Sowjetrepublik

Hauptstadt: Saransk.

Chef der Stadtverwaltung: Abdulchak Abdulgafurowitsch Salimow. Tel.: (834) 46416.

Fläche: 26 200 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 21 Rayons, 7 Städte.

Einwohner (1990): 964000.

Präsident: Wassili Dmitrijewitsch

Gusljannikow. Tel.: (834) 42801.

Vizepräsident: Wladimir Pawlowitsch Nareshny.

Tel.: (834) 42922.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Nikolai Michailowitsch Birjukow.

Die Republik nimmt einen Teil der Oka-Don-Ebene und des Wolga-Hochlandes ein. Hauptstrom ist die Mokscha. Ein Viertel des Territoriums ist bewaldet. Die Republik gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga-Wjotka.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie, Leicht-, Lebensmittel- und Baustoffindustrie.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Zuckerrüben und Hanf, Vieh- und Geflügelzucht, Imkerei.

Nordossetische Sozialistische Sowjetrepublik

Hauptstadt: Wladikawkas (vor 1990: Ordschonikidse).

Chef der Stadtverwaltung: Michail Michailowitsch Schatalow.

Tel.: (331)53435, 55226.

Fläche: 8 000 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 8 Rayons, 6 Städte.

a) Teilrepubliken

Einwohner (1990): 638000.
Vorsitzender des Obersten Sowjets:
Achsarbek Galasow.
Vorsitzender des Ministerrates:
Sergej Valentinowitsch Chetagurow.
Tel.: (331)33644, 33422.
Fax: (331)33986.
Chef der provisorischen Verwaltung:
(vom Präsidenten Rußlands eingesetzt)
Sergej Michailowitsch Schachrai.

Die Republik liegt an den Nordhängen des Großen Kaukasus. Hauptstrom ist der Terek. Nordossetien gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordkaukasus.

Industrie: Nichteisenhüttenwesen, Maschinenbau, Holzverarbeitung, Leichtindustrie, Chemie, Glasindustrie.
Industriezentren: Wladikawkas, Mosdok und Beslan.
Landwirtschaft: Gemüse-, Obstgarten- und Weinbau, Weinkelereien, Getreideproduktion, Viehzucht.

Republik Sacha (Jakutien)

Hauptstadt: Jakutsk.
Chef der Stadtverwaltung:
Pawel Pawlowitsch Borodin.
Tel.: (41122) 23627.
Fax: (41122)43514.
Fläche: 3 103200 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 32 Rayons, 10 Städte.
Einwohner (1990): 10999000.
Präsident: Michail Jefimowitsch Nikolajew. Tel.: (4 11 22) 2 36 27.
Fax: (41122)43514.
Vizepräsident: Wjatscheslaw Anatoljewitsch Schtyrow.
Tel.: (41122)25005, 41620.
Vorsitzender des Obersten Sowjets:
Kliment Jegorowitsch Iwanow.

Die Republik liegt in Ostsibirien. Die Hauptflüsse sind Lena, Olenek, Jana, Indigirka und Kolyma. Vier Fünftel des Territoriums sind Taiga. Jakutien gehört zum Wirtschaftsgebiet Ferner Osten.

Industrie: Bergbau (Gold, Diamanten, Zinn, Glimmer, Antimon, Kohle), Holzgewinnung und -Verarbeitung, Lebensmittelindustrie.
Industriezentren: Jakutsk, Nerjungri, Aldan und Lensk.
Seehafen: Tixi.
Landwirtschaft: Vieh-, Rentier- und Edelpelztierzucht, Jagd, Fischerei.

Republik Tatarstan

Hauptstadt: Kasan.
Chef der Stadtverwaltung:
Kamil Schamiljewitsch Isschakow.
Tel.: (843) 355694.
Fläche: 68 000 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 39 Rayons 18 Städte.
Einwohner (1990): 3658000.
Präsident: Mentimer Schaimijew.
Tel.: (843) 327001, 327466.
Vizepräsident: Wassili Nikolajewitsch Lichatschow.
Vorsitzender des Obersten Sowjets:
Farid Muchametschin.
Ministerpräsident: Muchammat Sabirow.

Die Republik liegt im Osten des osteuropäischen Flachlandes. Die Hauptflüsse sind Wolga und Kama. Ein Fünftel des Territoriums ist bewaldet. Tatarstan gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Erdöl- und Erdgasförderung, Chemie, Petrochemie, Maschinenbau, Leichtindustrie.
Industriezentren: Kasan, Nabereschnyje, Tschelny, Selenodolsk, Nishnekamsk, Almetjewsk, Tschistopol und Bugulma.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Viehzucht, Obstanbau, Edelpelztierzucht, Geflügelproduktion, Imkerei.

Republik Tuwa

Hauptstadt: Kysyl.
Chef der Stadtverwaltung: Viktor Kara-ool. Tel.: (39422) 22845, 35055.

Anhang

Fläche: 170500 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 14 Rayons, 5 Städte.

Einwohner (1990): 314000.

Präsident: Scherig-ool Orshak.

Tel.: (39422) 37300, 56746.

Vizepräsident: Alexej Alexandrowitsch Melnikow.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets: Kaadyr-ool Bitscheldej.

Die Republik liegt in Südotsibirien. Die Hälfte der Gebirgsregionen ist bewaldet. Fast alle Flüsse gehören zum Einzugsgebiet des Jenissej. Tuwa gehört zum Wirtschaftsgebiet Ostsibirien.

Industrie: Bergbau (Asbest, Kobalt, Steinkohle, Quecksilber), Holzgewinnung und -Verarbeitung, Leicht- und Baustoffindustrie, Metallverarbeitung, Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Kysyl und Ak-Dowurak.

Landwirtschaft: Viehzucht und Pelztierjagd.

Tschetschenen-Republik (Tschetschenien)

Hauptstadt: Grosny.

Chef der Stadtverwaltung:

Mairbek Elsjewitsch Bairnurasow.

Tel.: (8712) 220142.

Präsident: Dshochar Mussajewitsch Dudajew.

Parlamentspräsident: Chussain

Saidalimowitsch Achmadow.

Amtierender Vizepremier: Jaragi

Mamodajew.

Tschuwaschische Republik (Tschawasch Respubliki)

Hauptstadt: Tschexboxary.

Chef der Stadtverwaltung: Stanislaw

Wladimirowitsch Schalimow.

Tel.: (8350) 223576.

Fläche: 18 300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 21 Rayons, 9 Städte.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Eduard Alexejewitsch Kubarew.

Vorsitzender des Ministerrates:

Valerian Nikolajewitsch Wiktorow.

Tel.: (8350) 220171.

Die Republik liegt im osteuropäischen Flachland am Mittellauf der Wolga. Die Hauptflüsse sind Wolga und Sura. Ein Drittel des Territoriums ist bewaldet. Tschuwaschien gehört zürn Wirtschaftsgebiet Wolga-Wjatka.

Industrie: Maschinenbau, Chemie, Leichtindustrie, Holzverarbeitung, Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Tschexboxary, Nowotschexboxarsk, Kanasch, Alatyry und Schumerlja.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Obst-, Hopfen- und Hanfanbau, Machorka-Produktion, Viehzucht.

Udmurtische Republik

Hauptstadt: Ishewsk.

Chef der Stadtverwaltung:

Anatoli Iwanowitsch Saltykow. Tel.: (341) 224590, 228487.

Fläche: 42 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 25 Rayons, 6 Städte.

Einwohner (1990): 1619000.

Vorsitzender des Obersten Sowjets:

Valentin Kusmitsch Tubylow.

Vorsitzender des Ministerrates: Nikolai Jefimowitsch Mironow. Tel.: (341) 254567, 696336.

Die Republik nimmt einen Teil des Hochlandes am Kama-Oberlauf ein. Die Hauptflüsse sind Kama und Wjatka. Etwa die Hälfte des Territoriums ist bewaldet. Udmurtien gehört zum Wirtschaftsgebiet Ural.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Hüttenwesen,

b) National-territoriale Einheiten

Holzgewinnung und -Verarbeitung, Erdölförderung, Chemie, ülas-, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Torfgewinnung.

Industriezentren: Ishewsk, Sarapul und Glasow.

Landwirtschaft: Viehzucht, Getreideproduktion, Leinanbau.

b) National-territoriale Einheiten

Jüdisches Autonomes Gebiet

Hauptstadt: Birobidshan.

Chef der Stadtverwaltung:

Viktor Wladimirowitsch Bolotnow.

Fläche: 36000 Quadratkilometer.

Städte: 2.

Einwohner (1990): 218000. Chef der Gebietsverwaltung: Nikolai Michailowitsch Wolkow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Jossif Dawydowitsch Nechin.

Vorsitzender des Gebietssowjets:

Alexander Afanasjewitsch Skatschkow.

Das Gebiet liegt im Kinzugsbereich des Amur. Mehr als ein Drittel des Territoriums ist bewaldet. Das Gebiet gehört zur Region Chabarowsk.

Industrie: Maschinenbau, Holzverarbeitung, Baustoff-, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Zinnengewinnung.

Wichtigstes Industriezentrum: Biro-bidshan.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Viehzucht, Imkerei, Jagd und Fischerei.

Burjatischer Autonomer Bezirk Aginskoje

Verwaltungszentrum: Siedlung Aginskoje.

Fläche: 19000 Quadratkilometer.

Ortschaften: Vier stadtähnliche Siedlungen.

Einwohner (1990): 77000. Chef der

Bezirksverwaltung: Gurodarma Zedaschijew.

Der Bezirk liegt im Südosten Transbaikaliens. Hauptfluß ist der Onon. Rund ein

Drittel des Territoriums ist bewaldet. Der Bezirk gehört zum Gebiet Tschita.

Industrie: Bergbau, Holz- und Lebensmittelindustrie.

Landwirtschaft: Viehzucht und Getreideproduktion.

Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen

Hauptstadt: Chanty-Mansijsk.

Fläche: 523 100 Quadratkilometer.

Städte: 11.

Einwohner (1990): 1301000.

Vertreter des Präsidenten Rußlands: Danilowitsch Aipin.

Vorsitzender des Bezirkssowjets: Valeri Andrejewitsch Tschurilow.

Der Bezirk liegt im westsibirischen Tiefland, FAnzugsgebiet von Ob und Irtytsch, und gehört zum Gebiet Tjumen.

Industrie: Erdöl- und Erdgasförderung, Gasverarbeitung, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Lebensmittelindustrie.

Landwirtschaft: Fischerei, Rentier- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd, Gemüseanbau.

Autonomer Bezirk der Ewenken

Verwaltungszentrum: Siedlung Tura.

Fläche: 767600 Quadratkilometer.

Ortschaften: Eine stadtähnliche Siedlung.

Einwohner (1990): 25000.

Chef der Bezirksverwaltung: Anatoli Michailowitsch Jakimow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands: Valeri Iwanowitsch Nowosselzow.

Anhang

Der Bezirk liegt im mittelsibirischen Hochland. Die Hauptflüsse sind Nishnjaja Tun-guska und Podkamennaja Tunguska. Der Bezirk gehört zur Region Krasnojarsk.

Industrie: Gewinnung von Graphit und Islandspat, Lebensmittelproduktion.
Landwirtschaft: Fischerei, Pelztierjagd, Rentier- und Edelpelztierzucht.

Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen

Hauptstadt: Salechard.
Fläche: 750 300 Quadratkilometer.
Städte: 5.
Einwohner (1990): 495 000.
Chef der Bezirksverwaltung: Lew Sergejewitsch Rajandin.
Vertreter des Präsidenten Rußlands: Sergej Pjajakowitsch Jar.
Vorsitzender des Bezirkssowjets: Alexander Iwanowitsch Kusin.

Der Bezirk liegt im westsibirischen Tiefland am Unterlauf des Ob. Die Hauptflüsse sind Ob, Nadym, Tas und Pur. Der Bezirk gehört zum Gebiet Tjumen.

Industrie: Erdgas- und Erdölförderung, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Lebensmittelproduktion.
Landwirtschaft: Fischerei, Rentier- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd.

Autonomer Bezirk der Komi-Permjaken

Hauptstadt: Kudymkar.
Fläche: 32 900 Quadratkilometer.
Städte: 1.
Einwohner (1990): 160000.
Chef der Bezirksverwaltung: Nikolai Andrejewitsch Polujanow.
Vertreter des Präsidenten Rußlands: Wjatscheslaw Nikolajewitsch Delidow.
Vorsitzender des Bezirkssowjets: Iwan Wassiljewitsch Tschetin.

Der Bezirk liegt im Uralvorland am

Oberlauf der Kama. Vier Fünftel des Territoriums ist bewaldet. Der Bezirk gehört zum Gebiet Penn.

Industrie: Holzgewinnung, mechanische und chemische Holzverarbeitung, Lebensmittel- und Leichtindustrie.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Viehzucht und Pelztierjagd.

Autonomer Bezirk der Korjaken

Verwaltungszentrum: Siedlung Palana.
Fläche: 301 500 Quadratkilometer.
Ortschaften: 5 stadtähnliche Siedlungen.
Einwohner (1990): 39000.
Chef der Bezirksverwaltung: Sergej Gennadjewitsch Leuschkin. **Vertreter des Präsidenten Rußlands:** Grigori Michailowitsch Oinwid.
Vorsitzender des Bezirkssowjets: Anatoli Iwanowitsch Deljanski.

Der Bezirk liegt im Norden der Kamtschatka-Halbinsel und dem angrenzenden Festland am Bering- und am Ochotski-schen Meer und gehört zum Kamtschatka-Gebiet.

Industrie: Lebensmittelproduktion und Braunkohlegewinnung.
Landwirtschaft: Fischerei, Rentier- und Edelpelztierzucht, Jagd.

Autonomer Bezirk der Nenzen (Nenzen-Republik)

Hauptstadt: Narjan-Mar.
Fläche: 176700 Quadratkilometer.
Städte: 1.
Einwohner (1990): 55000.
Chef der Bezirksverwaltung: Juri Wladimirowitsch Komarowski.
Vertreter des Präsidenten Rußlands: Alexander Iwanowitsch Wyutschejski.
Vorsitzender des Bezirkssowjets: Boris Fjodorowitsch Sleskin.

Der Bezirk liegt in Nordrußland am Weißen Meer, der Barentssund der Karasee.

b) National-territoriale Einheiten

Hauptfluß ist die Petschora. Der Bezirk gehört zum Gebiet Archangelsk.

Industrie: Holz- und Lebensmittelindustrie.
Landwirtschaft: Rentierzucht, Fischerei, Robbenjagd, Edelpelztierzucht.

Autonomer Bezirk Taimyr (der Dolganen und Nenzen)

Hauptstadt: Dudinka.
Fläche: 862 100 Quadratkilometer.
Städte: 1.
Einwohner (1990): 55000.
Chef der Bezirksverwaltung:
Gennadi Pawlowitsch Nedelin.
Vorsitzender des Bezirkssowjets:
Gennadi Nikolajewitsch Maimago.

Der Bezirk liegt auf der Halbinsel Taimyr. Die Hauptflüsse sind Jenissej, Pjassina und Chatanga. Der Bezirk gehört zur Region Krasnodar.

Industrie: Bergbau (Komplexerze, Steinkohle, Erdgas), Lebensmittelindustrie.
Häfen: Dudinka, Dixon und Chatanga.
Landwirtschaft: Fischerei, Rentier- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd, Viehwirtschaft.

Autonomer Bezirk der Tschuktschen

Hauptstadt: Anadyr.
Fläche: 737700 Quadratkilometer.
Städte: 2.
Einwohner (1990): 156000.
Chef der Bezirksverwaltung: Alexander Viktorowitsch Nasarow.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Juri Anatoljewitsch Jeregin.

Vorsitzender des Bezirkssowjets:
Wladimir Michailowitsch Jetjlen.

Der Bezirk liegt auf der Tschuktschen-halbinsel, einem Teil des angrenzenden Festlands, an der Tschuktschensee und am Beringmeer. Hauptstrom ist der Anadyr. Der Bezirk gehört zum Gebiet Magadan.

Industrie: Bergbau (Nichteisenmetalle, Kohle), Lebensmittelproduktion.
Seehäfen: Pewek, Prowidenija, Anadyr, Egwekinot, Beringowski.
Landwirtschaft: Fischerei, Rentierzucht, Pelztier- und Robbenjagd, Viehzucht.

Burjatischer Autonomer Bezirk Ust-Ordynski

Verwaltungszentrum: Siedlung Ust-Ordynski.
Fläche: 22 400 Quadratkilometer.
Ortschaften: 4 stadtähnliche Siedlungen.
Einwohner (1990): 137000. **Chef der Bezirksverwaltung:** Alexej Nikolajewitsch Batagajew.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Pawel Michailowitsch Imedojew.
Vorsitzender des Bezirkssowjets: Leonid Alexandrowitsch Chutanow.

Der Bezirk liegt im Südteil der Lena-Angara-Hochebene. Hauptstrom ist die Angara. Der Bezirk gehört zum Gebiet Irkutsk.

Industrie: Gewinnung von Steinkohle und Gips, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Lebensmittelindustrie.
Landwirtschaft: Getreideproduktion und Viehzucht.

Anhang

c) Territoriale Einheiten

Region Altai

Hauptstadt: Barnaul.

Chef der Stadtverwaltung:

Wladimir Nikolajewitsch Bawirin.

Tel.: (3852) 255555

Fläche: 261 700 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 65 Rayons, 12 Städte.

Einwohner: 3 Millionen.

Chef der Verwaltung der Region:

Wladimir Fjodorowitsch Raifikescht.

Tel.: (3852) 226814.

Vorsitzender des Sowjets der Region:

Alexander Alexandrowitsch Surikow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Nikolai Michailowitsch Schuba.

Die Region liegt zum größten Teil im westsibirischen Tiefland. Wichtigste Gewässer sind der Ob und seine Nebenflüsse sowie der Telezkoje-See. Rund zwei Drittel des Territoriums sind bewaldet. Die Region gehört zum Wirtschaftsgebiet Westsibirien.

Industrie: Maschinenbau, Chemie, Petrochemie, Bergbau (Komplexerze, Gold, Quecksilber, Koch- und Glaubersalz), Lebensmittel- und Leichtindustrie.

Industriezentren: Barnaul, Bijsk, Rubzowsk, Nowoaltaisk und Slawgorod.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Obst-, Lein- und Zuckerrübenanbau, Viehzucht, Geflügelproduktion, Imkerei, Pelztier jagd.

Region Chabarowsk

Hauptstadt: Chabarowsk. **Chef der Stadtverwaltung:**

Viktor Michailowitsch Tewelewitsch.

Tel.: (42100) 335346.

Fläche: 824 600 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 21 Rayons, 9 Städte.

Einwohner: rund 2 Millionen.

Chef der Verwaltung der Region:

Viktor Iwanowitsch Ischajew.

Tel.: (42100) 335540. Fax: (42100) 338756.

Vorsitzender des Sowjets der Region:

Igor Nikolajewitsch Zwetkow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladimir Michailowitsch Desjatow. Tel.: (42100) 337088, 333685.

Die Region liegt am Ochotskischen Meer und am Tatarsund. Hauptstrom ist der Amur. Über die Hälfte des Territoriums ist bewaldet. Die Region gehört zum Wirtschaftsgebiet Ferner Osten.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Eisenhüttenwesen, Holzverarbeitung, Holzgewinnung, Zellstoff- und Papierindustrie, Bergbau (Kohle, Erze, Nichteisenmetalle), Fischverarbeitung, Erdölverarbeitung.

Industriezentren: Chabarowsk, Komso-molsk am Amur, Sowjetskaja Gawan, Nikolajewsk am Amur, Amursk. Seehäfen: Wanino und Ochotsk.

Binnenhafen: Nikolajewsk am Amur.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Vieh- und Geflügelzucht, Imkerei, Jagd.

Region Krasnodar

Hauptstadt: Krasnodar.

Chef der Stadtverwaltung:

Valeri Alexandrowitsch Samolejko.

Tel.: (8612) 554348.

Fläche: 83 600 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 44 Rayons, 28 Städte.

Einwohner: über 5 Millionen.

Chef der Verwaltung der Region: Tel.:

(86 12) 52 57 16. Fax: (86 12) 52 85 40.

Vorsitzender des Sowjets der

Region: Alexander Michailowitsch Shdanowski.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wassili Nikolajewitsch Teterin.

Tel.: (8612) 524563.

c) Territoriale Einheiten

Die Region liegt im Westteil des Großen Kaukasus und im Tiefland zwischen dem Kuban und dem Asowschen Meer, wird im Nordwesten vom Schwarzen Meer sowie vom Asowschen Meer und der Kertschstraße begrenzt. Die Region gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordkaukasus.

Industrie: Lebensmittel- und Leichtindustrie, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Zementproduktion, Holzverarbeitung, Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas.
Industriezentren: Krasnodar, Armawir, Noworossiysk, Kropotkin, Tichorezk und Jejsk.
Seehäfen: Noworossiysk und Tuapse.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Zuckerrüben, Tabak, Tee, ätherische Öle liefernden Pflanzen und Hanf, Obstgarten- und Weinbau, Weinkeltereien, Viehwirtschaft.

Region Krasnojarsk

Hauptstadt: Krasnojarsk.
Chef der Stadtverwaltung:
Valeri Alexandrowitsch Posdnjakow.
Tel.: (3912) 222223.
Fläche: 2401 600 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 55 Rayons, 27 Städte.
Einwohner: rund 4 Millionen.
Chef der Verwaltung der Region:
Arkadi Filimonowitsch Weprew.
Tel.: (3912) 222263.
Fax: (3912) 221175.
Vorsitzender des Sowjets der Region:
Wjatscheslaw Alexandrowitsch Nowikow.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Juri Nikolajewitsch Moskwitsch.
Tel.: (3912) 226412, 224244.

Die Region erstreckt sich vom Nordpolarmeer bis zum südsibirischen Gebirge. Hauptfluß ist der Jenissej. Der größte Teil des Territoriums ist Taiga. Die Region gehört zum Wirtschaftsbezirk Ostsibirien.

Industrie: Nichteisenhüttenwesen, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Bergbau (Steinkohle, Eisenerz, Nichteisenerze, seltene Erden, Gold und Graphit), Chemie, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Leicht- und Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Krasnojarsk, Tschernogorsk und Minussinsk.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Flachs und Hanf, Viehwirtschaft, Rentier- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd.

Region Primorje

Hauptstadt: Wladiwostok.
Chef der Stadtverwaltung:
Wladimir Wassiljewitsch Jefremow.
Tel.: (42322) 24229.
Fläche: 165900 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 24 Rayons, 9 Städte.
Einwohner: über 2 Millionen.
Chef der Verwaltung der Region:
Wladimir Sergejewitsch Kusnezow.
Tel.: (42322) 23800.
Vorsitzender des Sowjets der Region:
Dmitri Nikolajewitsch Grigorowitsch.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Valeri Pawlowitsch Butow.
Tel.: (42322) 23913.

Die Region liegt im Süden des Fernen Ostens am Japanischen Meer. Wichtigste Rinnengewässer sind der Fluß Ussuri und der Chanka-See. Die Region gehört zum Wirtschaftsgebiet Ferner Osten.

Industrie: Fischverarbeitung, Nichteisenhüttenwesen, Bergbau (Kohle, Komplexerze), Holzgewinnung und -Verarbeitung, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie.
Industriezentren: Wladiwostok, Ussurijsk, Nachodka, Dalnegorsk, Lessowsodsk, Dalnoretshensk, Partisan sk.

Anhang

Seehäfen: Wladiwostok, Nachodka und Wostotschny.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Sojaanbau, Vieh-, Edelpelztier- und Rentierzucht, Imkerei.

Region Stawropol

Hauptstadt: Stawropol.

Chef der Stadtverwaltung: Michail Wladimirowitsch Kuzmin.
Tel.:(86522)55750.

Fläche: 80600 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 34 Rayons, 22 Städte.

Einwohner: rund 3 Millionen.

Chef der Verwaltung der Region:

Jewgeni Semjonowitsch Kusnezow.
Tel.:(86522)52252, 51172.

Vorsitzender des Sowjets der Region:
Juri Andrejewitsch Gonscharenko.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Alexej Viktorowitsch Kulakowski.
Tel.:(86522)50766, 48285.

Die Region liegt im zentralen Teil des Kaukasus-Vorlandes und an den Nordhängen des Großen Kaukasus. Die Hauptflüsse sind Kuban, Kuma und Jegorlyk. Die Region gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordkaukasus.

Industrie: Lebensmittel- und Leichtindustrie, Maschinenbau, Chemie, Erdgas- und Erdölförderung, Gewinnung von Nichteisenmetallen und Kohle.

Industriezentren: Stawropol, Newinno-myssk, Tscherkessk, Georgijewsk, Bud-jonnowsk.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Sonnenblumen und Zuckerrüben, Obstgarten- und Weinbau, Gemüseanbau, Viehwirtschaft.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Amur-Gebiet

Hauptstadt: Blagowestschensk.

Chef der Stadtverwaltung:

Juri Gawrilowitsch Ljaschko.
Tel.:(41622)24985.

Fläche: 365 700 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 20 Rayons, 9 Städte.

Einwohner (1989): 1085000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Albert Arkadjewitsch Kriwtschenko.
Tel.: (41622)40320.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Anatoli Nikolajewitsch Belonogow.

Das Gebiet liegt im Süden des Fernen Ostens. Hauptstrom ist der Amur. Über die Hälfte des Territoriums ist bewaldet. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ferner Osten.

Industrie: Bergbau (Gold, Kohle), Holzverarbeitung, Maschinenbau, Elektroindustrie, Lebensmittelproduktion.

Industriezentren: Blagowestschensk, Belogorsk, Raitschichinsk, Seja, Schimanowsk, Swobodny und Tynda.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Viehwirtschaft, Rentier- und Edelpelztierzucht, Imkerei.

Gebiet Archangelsk

Hauptstadt: Archangelsk.

Chef der Stadtverwaltung:

Anatoli Awerjanowitsch Bronnikow.
Tel.: (81800) 37106.

Fläche: 587400 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 19 Rayons, 13 Städte.

Einwohner (1989): 1570000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Pawel Nikolajewitsch Balakschin.
Tel.: (81800) 37912.

Fax:(81800)34029.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Juri Alexandrowitsch Guskow.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Valeri Samuilowitsch Krimnus.

Das Gebiet liegt im Norden des osteuropäischen Flachlandes am Weißen Meer, der Barents- und der Karasee. Die Hauptflüsse sind Sewemaja Uwina, Onega, Mesen und Petschora. Weiter gibt es rund 2 500 Seen. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Nord.

Industrie: Holzgewinnung, Holzverarbeitung, Zellstoff- und Papierindustrie, Maschinenbau, Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Archangelsk, Kotlas, Sewerodwinsk und Nowodwinsk. See- bzw. Binnenhäfen: Archangelsk, Onega, Mesen und Narjan-Mar.

Landwirtschaft: Vieh-, Rentier- und Edelpelztierzucht, Pelztier- und Robben-jagd.

Gebiet Astrachan

Hauptstadt: Astrachan.

Chef der Stadtverwaltung:

Wladimir Romanowitsch Schtscherbakow.
Tel.:(85100)25588.

Fläche: 44 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 11 Rayons, 5 Städte.

Einwohner (1989): 988000.

Chef der Gebietsverwaltung: Anatoli Petrowitsch Guwschin. Tel.: (851 00) 28519. Fax: (85100)29514.

Vorsitzender des Gebietsowjets: Valeri Iwanowitsch Winokurow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Valeri Michailowitsch Adrow.
Tel.:(85100)25644, 22455.

Das Gebiet liegt in der nordkaspischen Senke und stößt im Süden ans Kaspische Meer. Nennenswertes Binnengewässer ist der Boskuntschak-See. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Leicht- und Lebensmittelindustrie, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Holzverarbeitung, Zellstoff- und Papierindustrie, Erdöl- und

Erdgasförderung, Chemie.

Industriezentren: Astrachan und Achtabinsk.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Gemüse-, Kürbis- und Melonenanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Belgorod

Hauptstadt: Belgorod.

Chef der Stadtverwaltung:

Juri Iwanowitsch Seliwjorstow.
Tel.:(07222)77206.

Fläche: 27 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 18 Rayons, 9 Städte.

Einwohner (1989): 1 381 000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Viktor Iwanowitsch Berestowoi.
Tel.:(07222)24247.

Vorsitzender des Gebietsowjets: Michail Iwanowitsch Beschmel'nizyn.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Nikolai Iwanowitsch Melentjew.
Tel.: (07222) 24689, 23302.

Das Gebiet liegt im Südwesten des mitterrussischen Hochlandes. Die Hauptflüsse sind Sewerski, Donez und Oskol. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Schwarzerde-Zentrum.

Industrie: Bergbau (Eisenerze), Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie, Baustoff- und Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Belgorod, Schebekino, Alexejewka und Waluiki.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Zuckerrüben, Sonnenblumen, ätherische Öle liefernden Pflanzen, Obstanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Brjansk

Hauptstadt: Brjansk.

Chef der Stadtverwaltung:

Anatoli Jegorowitsch Wochruschenkow.
Tel.: (08322)43013.

Anhang

Fläche: 34900 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 24 Rayons, 15 Städte.

Einwohner (1989): 1 475 000.

Chef der Gebietsverwaltung: Wladimir Alexandrowitsch Barabanow.
Tel.: (08322)42140, 63318.
Fax:(08322)64855.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Wladimir Porfirjewitsch Sidorenko.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Nikolai Viktorowitsch Igriatkow.

Das Gebiet Hegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes. Hauptstrom ist die Desna. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Baustoff-, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Holzgewinnung, Holzverarbeitung.

Industriezentren: Brjansk und Klinzy.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Gemüseanbau und Viehwirtschaft.

Gebiet Irkutsk

Hauptstadt: Irkutsk.

Chef der Stadtverwaltung:

Boris Alexandrowitsch Goworin.

Tel.: (3952) 244410, 243650.

Fläche: 767900 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 27 Rayons, 22 Städte.

Einwohner (1989): 2831 000.

Chef der Gebietsverwaltung: Juri

Abramowitsch Noschikow.

Tel.: (3952) 276415, 242774.

Fax: (3952)244474.

Vorsitzender des Gebietsowjets: Viktor

Wassiljewitsch Ignatenko.

Vertreter des Präsidenten Rußlands: Igor

Innokentjewitsch Schirobokow.

Tel.: (3952) 246979, 247775.

Das Gebiet liegt in Ostsibirien im Südosten der mittelsibirischen Hochebene. Wichtigste Binnengewässer sind die Flüsse Angara, Nishnja/a Tunguska, Witirn und Kirenga

sowie der Baikalsee. Vier Fünftel seiner Fläche sind bewaldet. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ostsibirien.

Industrie: Bergbau (Kohle, Eisenerz, Gold, Glimmer, Gips, Talk, Salz), Maschinenbau, Chemie, Petrochemie, Holzgewinnung, mechanische und chemische Holzverarbeitung, Zellstoff- und Papierindustrie.

Industriezentren: Irkutsk, Bratsk, Ust-Ilimsk, Angarsk und Ussolje-Sibirskoje.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Vieh-, Rentier- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd und Fischerei.

Gebiet Iwanowo

Hauptstadt: Iwanowo.

Chef der Stadtverwaltung:

Sergej Wjatscheslawowitsch Kruglow.

Tel.: (09322) 327020.

Fläche: 23 900 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 17 Städte.

Einwohner (1989): 1 317000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Adolf Fjodorowitsch Laptew.

Tel.: (09322)328125.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Wladislaw Nikolajewitsch Tichomirow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladimir Iljitsch Tolmatschow.

Tel.: (09322) 325136, 327005.

Das Gebiet liegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes. Hauptstrom ist die Wolga. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Leichtindustrie, Maschinenbau, Chemie, Lebensmittelproduktion, Holzverarbeitung, Kunstgewerbe (Palercher und Choluischer Lackmalerei).

Industriezentren: Iwanowo, Kineschma, Schuja, Furmanow, Tejkowo und Rodniki.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Lein- und Gemüseanbau, Viehwirtschaft.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Gebiet Jaroslawl

Hauptstadt: Jaroslawl.

Chef der Stadtverwaltung:

Viktor Wladimirowitsch Wolontschurias.

Tel.: (08522) 220841.

Fläche: 36400 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 17 Rayons, 10 Städte.

Einwohner (1989): 1471000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Anatoli Iwanowitsch Lissizin.

Tel.: (08522) 222328.

Fax: (08522) 223425.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Alexander Nikolajewitsch Wesselow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladimir Gennadjewitsch Waruhin.

Tel.: (08522) 220995, 229724.

Das Gebiet liegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes. Wichtigste Gewässer sind die Wolga sowie der Nero- und der Pleschtschewosee. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Chemie, Erdölverarbeitung, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Holzverarbeitung, Torfgewinnung.

Industriezentren: Jaroslawl, Rybinsk, Tutajew, Uglitsch, Perejaslawl-Salesski, Rostow und Gawrilow-Jam.

Landwirtschaft: Gemüseanbau, Viehzucht, Leinananbau, Getreideproduktion.

Gebiet Kaliningrad

Hauptstadt: Kaliningrad.

Chef der Stadtverwaltung:

Vitali Valentinowitsch Schipow.

Tel.: (011) 414898.

Fläche: 15 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 13 Rayons, 22 Städte.

Einwohner (1989): 871 000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Juri Semjonowitsch Matotschkin.

Tel.: (011) 464231. Fax: (011) 463554.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Juri Nikolajewitsch Sernjonow.

Vertreterin des Präsidenten Rußlands:

Tamara Alexandrowna Poluektowa.

Tel.: (011) 464632, 466629.

Das Gebiet liegt am Westrand Rußlands an der Ostsee. Hauptströme sind die Memel und der Pregel. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Baltikum.

Industrie: Maschinenbau, Elektroindustrie, Zellstoff- und Papierindustrie, Lebensmittel-, Gas- und Leichtindustrie, Gewinnung und Verarbeitung von Bernstein.

Industriezentren: Kaliningrad, Gus-sew, Sowetsk, Tschernjachowsk und Neman.

Seehäfen: Kaliningrad und Raltjisk.

Landwirtschaft: Viehzucht, Gemüseanbau, Edelpelzierzucht und Fischerei.

Gebiet Kaluga

Hauptstadt: Kaluga.

Chef der Stadtverwaltung:

Vitali Alexejewitsch Tschernikow.

Tel.: (08422) 72646.

Fläche: 29 900 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 23 Rayons, 17 Städte.

Einwohner (1989): 1067000.

Chef der Gebietsverwaltung: Alexander

Wassiljewitsch Derjagin.

Tel.: (08422) 72357.

Fax: (08422) 72357.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Valeri Wassiljewitsch Sudarenkow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Oleg Vitaljewitsch Sawtschenko.

Tel.: (08422) 74637.

Das Gebiet liegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes. Hauptström ist die Oka. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Holzverarbeitung, Leicht- und Baustoffindustrie.

Industriezentren: Kaluga, Ljudinowo,

Anhang

Kirow, Malojaroslawez, Suchinitschi und Borowsk.

Landwirtschaft: Viehzucht, Gemüseanbau, Getreideproduktion und Leinানbau.

Gebiet Kamtschatka

Hauptstadt: Petropawlowsk-Kamtschatski.

Chef der Stadtverwaltung:
Alexander Kusmitsch Dudnikow.
Tel.: (41500) 21000.

Fläche: 472300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 11 Rayons, 3 Städte.

Einwohner (1989): 466000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Wladimir Afanasjewitsch Birjukow.
Tel.: (41500) 22091, 22096.

Vorsitzender des Gebietsowjets:
Pjotr Grigorjewitsch Premjak.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Igor Andrejewitsch Sidortschuk.
Tel.: (41500) 22988.

Das Gebiet liegt im fernen Osten. Die Hauptströme sind Kamtschatka und Awatscha. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ferner Osten.

Industrie: Holzgewinnung, Holzverarbeitung, Lebensmittelindustrie und Kohlegewinnung.

Seehäfen: Petropawlowsk-Kamtschatski und Ust-Kamtschalsk.

Landwirtschaft: Fischerei, Krabbenfang, Vieh-, Rentier-, Geflügel- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd.

Gebiet Kemerowo

Hauptstadt: Kemerowo.

Chef der Stadtverwaltung:
Wladimir Wassiljewitsch Michailow.
Tel.: (38422) 264610.

Fläche: 95500 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 16 Rayons, 19 Städte.

Einwohner (1989): 3 175000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Michail Borissowitsch Kisljuk.

Tel.: (38422) 264333.

Fax: (38422) 263409.

Vorsitzender des Gebietsowjets: Aman Tuljjew.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Anatoli Wladimirowitsch Malychin.

Tel.: (38422) 235556, 264142.

Das Gebiet liegt im Kusnezker Becken. Hauptstrom ist der Tom. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Westsibirien.

Industrie: Steinkohle-, Eisen- und Komplexergewinnung, Eisen- und Nichteisenhüttenwesen, Chemie, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Lebensmittel- und Leichtindustrie, Holzverarbeitung.

Industriezentren: Kemerowo, Nowo-kusnezsk, Prokopjewsk, Kisseljowsk, Leninsk-Kusnezki, Anshero-Sudshensk und Belowo.

Landwirtschaft: Gemüseanbau, Viehzucht, Inkerei und Pelztierjagd.

Gebiet Kirow

Hauptstadt: Kirow.

Chef der Stadtverwaltung:
Ansheli Michailowitsch Michejew.
Tel.: (83300) 628940.

Fläche: 120800 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 39 Rayons, 19 Städte.

Einwohner (1989): 1 694000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Wassili Alexejewitsch Desjatnikow.
Tel.: (83300) 629564.

Vorsitzender des Gebietsowjets:
Alexander Jakowlewitsch Kostin.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Weniamin Michailowitsch Sumarokow.
Tel.: (83300) 622494.

Das Gebiet liegt im Osten des osteuropäischen Flachlands. Die Hauptströme sind Kama und Wjatka. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga-Wjatka.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Eisen- und Nichteisenhüttenwesen, Chemie, Holzgewinnung, Holzverarbeitung, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Gewinnung von Phosphoriten.

Industriezentren: Kirow, Slobodskoi, Kotel'nitsch, Omutninsk, Kirowo-Tschepezk und Wjatskie Poljany.

Landwirtschaft: Viehzucht, Getreideproduktion, Lein- und Gemüseanbau.

Gebiet Kostroma

Hauptstadt: Kostroma.

Chef der Stadtverwaltung:
Juri Alexejewitsch Korobow.
Tel.:(09422)73225.

Fläche: 60 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 24 Rayons, 11 Städte.

Einwohner (1989): 809000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Valeri Petrowitsch Arbusow.
Tel.:(09422)73472.
Fax: (09422) 73404.

Vorsitzender des Gebietsowjets:
Rudolf Alexandrowitsch Kartaschow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Juri Alexejewitsch Litwinow.
Tel.:(09422)72482, 98314.

Das Gebiet liegt im Zentraltel des osteuropäischen Flachlandes. Die Hauptströme sind Wolga, Kostroma und Wetluga. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Leichtindustrie, Holzverarbeitung, Maschinenbau, Lebensmittelindustrie, Kunstgewerbe.

Industriezentren: Kostroma, Scharja, Nerehta, Galitsch, Bui, Manturowo und Kranoje an der Wolga.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Lein- und Gemüseanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Kurgan

Hauptstadt: Kurgan.

Chef der Stadtverwaltung:
Anatoli Fjodorowitsch Jeltschaninow.
Tel.:(35222)22452.

Fläche: 71 000 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 23 Rayons, 9 Städte.

Einwohner (1989): 1 105000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Valentin Pawlowitsch Gerassimow.
Tel.: (35222) 22534.

Vorsitzender des Gebietsowjets:
Oleg Alexejewitsch Bogornolow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Weniamin Grigorjewitsch Grankin.
Tel.: (35222) 22233, 21851.

Das Gebiet liegt im Süden des westsibirischen Tieflandes. Die Hauptströme sind Tobol und Isset. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ural.

Industrie: Maschinenbau, Leicht- und Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Kurgan und Schadrinsk.

Landwirtschaft: Getreideproduktion und Viehzucht.

Gebiet Kursk

Hauptstadt: Kursk.

Chef der Stadtverwaltung:
Juri Borissowitsch Iwanow.
Tel.:(07100)26363.

Fläche: 29 800 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 28 Rayons, 10 Städte.

Einwohner (1989): 1329000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Wassili Iwanowitsch Schutjajew.
Tel.:(07100)26262.
Fax: (07100) 26562.

Vorsitzender des Gebietsowjets:
Wladimir Nikolajewitsch Lichatschow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Alexander Alexandrowitsch Kureninow.
Tel.: (07100) 23002.

Anhang

Das Gebiet liegt im mittlerrussischen Hochland. Hauptstrom ist der Sejm. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Schwarzerde-Zentrum.

Industrie: Gewinnung und Aufbereitung von Eisenerzen, Maschinenbau, Elektro-, Chemie-, Lebensmittel-, Leicht- und Baustoffindustrie.

Industriezentren: Kursk und Shelesnogorsk.

Landwirtschaft: Zuckerrüben- und Obstanbau, Getreideproduktion, Viehwirtschaft.

Gebiet Leningrad

Hauptstadt: Sankt Petersburg.

Oberbürgermeister:

Anatoli Alexandrowitsch Sobtschak.

Tel.: (812) 3199865, 271 1085

Vorsitzender des Stadtsowjets: Alexander Nikolajewitsch Beljajew.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Sergej Alexejewitsch Zypljajew.

Fläche: 85900 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 17 Rayons, 26 Städte.

Einwohner (1989): 6603000.

Chef der Gebietsverwaltung: Alexander Semjonowitsch Beljakow.

Tel.: (812) 2743563, 3158665.

Fax: (812) 2745986.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Wadim Anatoljewitsch Gustow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Tel.: (812) 3199865, 2746531.

Das Gebiet liegt im Nordwesten des osteuropäischen Flachlandes am Filmischen Meerbusen. Wichtigste Kinnengewässer sind die Flüsse Newa, Wolchow, Sibir und Wuoksas sowie der Ladoga- und der Onegasee. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordwesten.

Industrie: Maschinenbau, Pilsen- und Nichteisenhüttenwesen, Chemie, Erdölverarbeitung, Holzverarbeitung, Zellstoff-, Papier-, Leicht-, Lebensmittel-

und Baustoffindustrie, Gewinnung von Bauxiten, Ölschiefer und Torf.

Industriezentren: St. Petersburg, Sestrorezk, Wyborg und Kingisepp. Seehäfen: St. Petersburg und Wyborg.

Landwirtschaft: Viehzucht und Gemüseanbau.

Gebiet Lipezk

Hauptstadt: Lipezk. **Chef**

der Stadtverwaltung:

Anatoli Iwanowitsch Sawenkow.

Tel.: (0740) 776617.

Fläche: 24 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 18 Rayons, 8 Städte.

Einwohner (1989): 1 231 000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Gennadi Wassiljewitsch Kupzow.

Tel.: (0740) 242565.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Oleg Petrowitsch Koroljow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Rawil Arhmedowitsch Kassymow.

Tel.: (0740) 240365, 722426.

Das Gebiet liegt im mittlerrussischen Hochland. Hauptstrom ist der Don. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Schwarzerde-Zentrum.

Industrie: Eisenhüttenwesen, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Elektro-, Baustoff- und Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Lipezk, Jelez, Kankow und Grjasi.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Viehzucht, Zuckerrübenanbau, Machorka-Produktion, Gemüse- und Obstanbau.

Gebiet Magadan

Hauptstadt: Magadan.

Chef der Stadtverwaltung:

Gennadi Jefimowitsch Dorofejew.

Tel.: (41300) 25047.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Fläche: 1 199 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 16 Rayons, 4 Städte.

Einwohner (1989): 453000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Viktor Grigorjewitsch Michailow.

Tel.: (41300)23134.

Fax: (41300)20425.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Wjatscheslaw Iwanowitsch Kobez.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Sergej Sergejewitsch Petritschew.

Tel.: (41300)25532, 25530.

Das Gebiet liegt im Nordosten Rußlands an Nordpolarmeer und Pazifik. Die Hauptströme sind Kolyma und Anadyr. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ferner Osten.

Industrie: Bergbau (Gold, Silber, Zinn, Wolfram, Quecksilber und Kohle), Lebensmittelproduktion, Maschinenbau und Metallverarbeitung.

Industriezentren: Magadan, Susuman, Pewek und Anadyr.

Seehäfen: Nagajewo, Pewek, Prowi-deniya und Anadyr.

Landwirtschaft: Fischerei, Rentier-, Vieh- und Edelpelztierzucht, Pelztierzucht.

Gebiet Moskau

Hauptstadt: Moskau.

Oberbürgermeister:

Juri Michailowitsch Luschkow.

Tel.: (095) 2005445.

Ministerpräsident der Stadtregierung:

Juri Michailowitsch Luschkow.

Vorsitzender des Stadtsowjets: Nikolai Nikolajewitsch Gontschar.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladimir Fjodorowitsch

Komtschatow.

Fläche: 47000 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 71 Städte.

Einwohner (1989): 6686000.

Chef der Gebietsverwaltung: Anatoli Stepanowitsch Tjaschlow.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Andrey Alexandrowitsch Poljakow.

Tel.: (095) 2066549.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Gennadi Wladimirowitsch Weretenni-kow.

Das Gebiet liegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes zwischen Wolga und Oka und gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Funkelektronik, Chemie, Leichtindustrie, Eisenhüttenwesen, Metallverarbeitung, Baustoffindustrie, Holzverarbeitung und Kunstgewerbe.

Industriezentren: Chimki, Podolsk, Wolokolamsk, Noginsk, Serpuchow, Orechowo-Sujewo und Jegorjewsk.

Landwirtschaft: Gemüseanbau, Getreideproduktion, Vieh- und Geflügelzucht.

Gebiet Murmansk

Hauptstadt: Murmansk.

Chef der Stadtverwaltung:

Oleg Petrowitsch Naidjonow.

Tel.: (8150) 55160.

Fläche: 144900 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 5 Rayons, 11 Städte.

Einwohner (1989): 1146 000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Jewgeni Borissowitsch Komarow.

Tel.: (8150) 56540. Fax: (8150) 54625.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Juri Alexejewitsch Jewdokimow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Iwan Iwanowitsch Menschikow.

Tel.: (8150)55131, 58365.

Das Gebiet liegt auf der Halbinsel Kola an der Barentssee und dem Weißen Meer. Wichtigste Binnengewässer sind die Flüsse Ponoj, Wargusa, Umba, Niwa und Tulona sowie der Imandra-, der Umb- und der Lowsee. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Nord.

Anhang

Industrie: Gewinnung und Aufbereitung von Nichteisenerzen, Bergbauchemie, Nichteisenhüttenwesen, Lebensmittelproduktion.

Industriezentren: Murmansk, Montschegorsk, Kirowsk, Sapoljarny, Apatity und Kandalakscha.

Seehafen: Murmansk.

Landwirtschaft: Fischerei, Vieh- und Rentierzucht.

Gebiet Nischni Nowgorod (vor 1990: Gorki)

Hauptstadt: Nischni Nowgorod
(vor 1990: Gorki).

Chef der Stadtverwaltung:
Dmitri Iwanowitsch Bednjakow.
Tel.: (8312) 391506.

Fläche: 74 800 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 47 Rayons, 25 Städte.

Einwohner (1989): 3 713000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Boris Jefimowitsch Nemzow.
Tel.: (8312) 391012.
Fax: (8312) 390629.

Vorsitzender des Gebietsowjets:
Jewgeni Wladimirowitsch Krestjaninow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Boris Jefimowitsch Nemzow.

Das Gebiet liegt am Mittellauf der Wolga. Die wichtigsten Ströme sind Wolga, Oka, Sura und Welluga. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga-Wjatka.

Industrie: Maschinenbau, Eisenhüttenwesen, Chemie, Holzgewinnung, Leicht- und Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Nischni Nowgorod, Dzierzynsk und Arsamas.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Zuckerrüben, Lein, Zwiebeln und Gemüse, Vieh- und Geflügelzucht.

Gebiet Nowgorod

Hauptstadt: Nowgorod.

Chef der Stadtverwaltung:
Wiktor Nikolajewitsch Iwanow.
Tel.: (81 60) 72540.

Fläche: 55 300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 21 Rayons, 10 Städte.

Einwohner (1989): 753000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Michail Michailowitsch Prussak.
Tel.: (8160) 74779, 92287.
Fax: (8160) 72287.

Vorsitzender des Gebietsowjets:
Nikolai Iwanowitsch Grasdankin.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Anatoli Michailowitsch Kusnezow.
Tel.: (8160) 74046.

Das Gebiet liegt im Nordwesten des osteuropäischen Flachlandes. Wichtigste Binnengewässer sind die Flüsse Msta und Lowat sowie der Ilmensee. Die Hälfte des Gebiets ist bewaldet. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordwesten.

Industrie: Maschinenbau, Funkelektronik, Chemie, Holzverarbeitung, Glas- und Porzellanindustrie, Leicht- und Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Nowgorod und Staraja Russa.

Landwirtschaft: Leinbau und Viehzucht.

Gebiet Nowosibirsk

Hauptstadt: Nowosibirsk.

Chef der Stadtverwaltung:
Iwan Iwanowitsch Indinok.
Tel.: (3832) 227553, 220743.

Fläche: 178200 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 30 Rayons, 14 Städte.

Einwohner (1989): 2 782000.

Chef der Gebietsverwaltung:
Vitali Petrowitsch Mucha.
Tel.: (3832) 230862, 232995.
Fax: (3832) 235700.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Anatoli Pawlowitsch Sytschow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Anatoli Nikolajewitsch Manochin.

Tel.: (3832) 230813, 230264.

Das Gebiet liegt im Südostteil des westsibirischen Tieflandes zwischen Ob und Ir-tysch. Wichtigste Gewässer sind die Flüsse Ob und Om sowie der Tschany-, der Sarlan-, der Ubinskoje- und der Ur/umsee. Rund ein Drittel des Gebiets ist Sumpfland. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Westsibirien.

Industrie: Kohle-, Erdöl-, Erdgas-, Torf-, Marmor-, Kalk- und Tongewinnung, Maschinenbau, Eisen- und Nichteisenhüttenwesen, Chemie, Leicht-, Lebensmittel- und Baustoffindustrie.

Industriezentren: Nowosibirsk.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Gemüse-, Lein- und Sonnenblumenanbau, Vieh- und Geflügelzucht.

Gebiet Omsk

Hauptstadt: Omsk.

Chef der Stadtverwaltung:

Juri Jakowlewitsch Schoichet.

Tel.: (381) 243033.

Fläche: 139 700 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 31 Rayons, 6 Städte.

Einwohner (1989): 2 140000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Leonid Konstantinowitsch Poleshajew.

Tel.: (381) 241415, 244011.

Fax: (381) 242372.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Anatoli Pawlowitsch Leontjew.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Alexander Wassiljewitsch Minschurenko.

Tel.: (381) 231830, 230670.

Das Gebiet liegt im Süden des westsibirischen Tieflandes am Mittellauf des Irtysch. Die Hauptströme sind Irtysch, Jschim, Om und Tara. Ein Viertel des Gebiets ist bewaldet. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Westsibirien.

Industrie: Maschinenbau,

Erdölverarbeitung, Chemie, Leicht- und Lebensmittelindustrie.

Wichtigstes Industriezentrum: Omsk.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Lein-, Sonnenblumen- und Gemüseanbau, Vieh- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd.

Gebiet Orenburg

Hauptstadt: Orenburg.

Chef der Stadtverwaltung:

Georgi Petro-witsch Soldatow.

Tel.: (353) 75055.

Fläche: 124000 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

35 Rayons, 12 Städte.

Einwohner (1989): 2 174000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Wladimir Wassiljewitsch Jelagin.

Tel.: (353) 76931, 76820, 73802.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Valeri Nikolajewitsch Grigorjew.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladislaw Alexandrowitsch Schapowalenko.

Tel.: (353) 73018, 73446.

Das Gebiet liegt im Südural-Vorland. Hauptstrom ist der Ural. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ural.

Industrie: Eisen- und Nichteisenhüttenwesen, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Gas-, Chemie-, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Erdölförderung, Gewinnung von Eisen-, Kupfer- und Nickelerzen, Asbest und Kochsalz.

Industriezentren: Orenburg, Orsk, Nowotroizk, Mednogorsk, Busuluk, Buguruslan und Gai.

Landwirtschaft: Getreideproduktion und Viehzucht.

Gebiet Orjol

Hauptstadt: Orjol.

Chef der Stadtverwaltung:

Alexander Grigorjewitsch Kisljakow.

Tel.: (086) 63312.

Anhang

Fläche: 24 700 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 19 Rayons, 7 Städte.
Einwohner (1989): 891 000.
Chef der
Nikolai Pawlowitsch Judin.
Tel.: (086) 46313.

Vorsitzender des Gebietsowjets: Nikolai Andrejewitsch Wolodin.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Valeri Iossifowitsch Jewdokimow. Tel.: (086) 42624, 67451.

Das Gebiet liegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes innerhalb des mittel-russischen Hochlandes. Hauptstrom ist die Oka. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Hüttenwesen, Chemie, Leicht- und Lebensmittelindustrie.
Industriezentren: Orjol, Liwny und Mzensk.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Hanf- und Zuckerrübenanbau, Vieh- und Geflügelzucht.

Gebiet Pensa

Hauptstadt: Pensa.
Chef der Stadtverwaltung:
Feodossi Fjodorowitsch Dubintschuk.
Tel.: (8412) 631467.
Fläche: 43 200 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 28 Rayons, 10 Städte.
Einwohner (1989): 1502000.
Chef der Gebietsverwaltung:
Alexander Andrejewitsch Kondratjew.
Tel.: (8412) 661194.
Vorsitzender des Gebietsowjets:
Alexander Rodionowitsch Lytschagin.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Georgi Iwanowitsch Diditschenko.
Tel.: (8412) 634735, 695410.

Das Gebiet liegt im Wolga-Hochland. Hauptstrom, ist die Sura. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Maschinenbau, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Holzverarbeitung, Papierproduktion, Baustoffindustrie.
Industriezentren: Pensa und Kusnezsk.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Zuckerrüben-, Sonnenblumen- und Hanfanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Perm

Hauptstadt: Perm.
Chef der Stadtverwaltung:
Wladimir Jemeljanowitsch Fil.
Tel.: (3 42) 32 40 84.
Fläche: 160600 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 37 Rayons, 25 Städte.
Einwohner (1989): 3 100000.
Chef der Verwaltung des Perm- und Westuralgebiets: Boris Jurjewitsch Kusnezow.
Tel.: (342) 340790,
Fax: (342) 327729.
Vorsitzender des Gebietsowjets:
Michail Iwanowitsch Bystranzew.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Sergej Borissowitsch Kaljagin.
Tel.: (342) 343344, 452445.

Das Gebiet liegt an den Westhängen des Mittel- und Nordurals und im angrenzenden östlichen Randteil des osteuropäischen Flachlandes. Die Hauptströme sind Kama, Tschussowaja, Koswa und Wischern. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ural.

Industrie: Steinkohle-, Erdöl-, Erdgas-, Kalisalz- und Kochsalzgewinnung, Maschinenbau, Elektroindustrie, Chemie, Petrochemie, Erdölverarbeitung, Zellstoff- und Papierindustrie, Holzverarbeitung, Holzgewinnung, Eisen- und Nichteisenhüttenwesen, polygraphische Industrie.
Industriezentren: Perm, Beresniki, Solikamsk, Tschussowoi, Krasnokamsk und Tschaikowski.
Landwirtschaft: Viehzucht, Getreideproduktion und Gemüseanbau.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Gebiet Pskow

Hauptstadt: Pskow.

Chef der Stadtverwaltung:

Alexander Wassiljewitsch Prokofjew.
Tel.: (811) 22667.

Fläche: 55 300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 24 Rayons,
14 Städte.

Einwohner (1989): 847000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Wladislaw Nikolajewitsch Tumanow.
Tel.: (811) 22203, 24818.

Vorsitzender des Gebietssowjets:

Vitali Nikolajewitsch Puschkarjow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Dmitri Konstantinowitsch Chritonen-kow.
Tel.: (811) 22646, 20621.

Das Gebiet liegt im osteuropäischen Flachland. Wichtigste Gewässer sind der Fluß Welikaja sowie der Pskow- und der Peipus-see. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordwesten.

Industrie: Maschinenbau, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Holzverarbeitung.

Industriezentren:

Pskow und Welikije Luki.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Lein- und Gemüseanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Rostow

Hauptstadt: Rostow am Don.

Chef der Stadtverwaltung:

Juri Horissowitsch Pogrebschtschikow.
Tel.: (8632) 666275.

Fläche: 100800 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

41 Rayons, 22 Städte.

Einwohner (1989): 4304000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Wladimir Fjodorowitsch Tschub.
Tel.: (86 32) 66 78 10, 66 96 62,
Fax: (8632) 653626.

Vorsitzender des Gebietssowjets:

Alexander Wassiljewitsch Popow.

Vorsitzender der Regierung:

Viktor Nikolajewitsch Anpilogow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladimir Nikolajewitsch Subkow.
Tel.: (8632) 243438, 664534.

Das Gebiet liegt im Süden des osteuropäischen Flachlandes und im Kaukasusvorland an der Taganrog-Bucht des Asowschen Meeres. Die Hauptströme sind Don und Sewerny Donez. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Nordkaukasus.

Industrie: Maschinenbau, Lebensmittel- und Leichtindustrie, Chemie, Eisen- und Nichteisenhüttenwesen, Kohlegewinnung.

Industriezentren: Rostow am Don, Taganrog, Nowotscherkassk, Schachty, Kamensk-Schachtinski, Nowoschach-tinsk und Wolgodonsk.
Binnenhäfen: Rostow am Don und Ust-Donzki.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Sonnenblumen, Koriander, Senf, Gemüse und Kürbisfrüchten, Wein und Obst.

Gebiet Rjasan

Hauptstadt: Rjasan.

Chef der Stadtverwaltung:

Waleri Wassiljewitsch Rjumin.
Tel.: (09 12) 772785.

Fläche: 39 600 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

25 Rayons, 12 Städte.

Einwohner (1989): 1 346000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Lew Polijewktowitsch Baschmakow.
Tel.: (09 12) 774032, 775450.

Vorsitzender des Gebietssowjets:

Viktor Wladimirowitsch Prichodko.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Nikolai Wassiljewitsch Molotkow.
Tel.: (0912) 772147, 775119.

Das Gebiet liegt im Zentraltteil des osteuropäischen Flachlandes. Hauptströme sind

Anhang

die Oka und deren Nebenflüsse. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Erdölverarbeitung, Chemie, Baustoff-, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Kohle- und Torfgewinnung.
Industriezentren: Rjasan, Skopin, Kassimow und Sassowo.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Gemüse- und Obstanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Sachalin

Hauptstadt: Jushno-Sachalinsk.
Chef der Stadtverwaltung: Igor Pawlowitsch Farchutdinow.
Tel.: (42400) 22511.
Fläche: 87 100 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 17 Rayons, 19 Städte.
Einwohner (1989): 709000.
Chef der Gebietsverwaltung (Gouverneur): Valentin Petrowitsch Fjodorow.
Tel.: (42400) 31402,36081.
Vorsitzender des Gebietsowjets: Anatoli Petrowitsch Axjonow.
Vertreter des Präsidenten Rußlands: Vitali Valentinowitsch Guli.
Tel.:(42400)35070.

Das Gebiet liegt auf der Insel Sachalin und den Kurilen und gehört zum Wirtschaftsgebiet Ferner Osten.

Industrie: Fischfang und -Verarbeitung, Erdöl-, Erdgas- und Kohleabbau, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Zellstoff- und Papierindustrie.
Industriezentren: Jushno-Sachalinsk, Cholmsk, Ocha, Newelsk, Dolinsk, Korsakow, Ulegorsk und Poronaisk. Seehäfen: Holmsk, Korsakow und Alex-androwsk-Sachalinski.
Landwirtschaft: Gemüseanbau, Vieh-, Rentier- und Edelpelztierzucht.

Gebiet Samara

(vor 1991: Kuibyschew)
Hauptstadt: Samara (vor 1991: Kuibyschew).
Chef der Stadtverwaltung: Oleg Nikolajewitsch Sysujew.
Tel.: (8462) 322068, 322098.
Fläche: 53 600 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 25 Rayons, 10 Städte.
Einwohner (1989): 3266000.
Chef der Gebietsverwaltung: Konstantin Alexejewitsch Titow.
Tel.: (8462) 322268.
Vorsitzender des Gebietsowjets: Oleg Nikiforowitsch Anistschik.
Vertreter des Präsidenten Rußlands: Anton Jurjewitsch Fjodorow.
Tel.: (8462) 322206.

Das Gebiet liegt im Südosten des osteuropäischen Flachlandes. Hauptstrom ist die Wolga. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Erdölförderung, Petrochemie, Energiewirtschaft, Baustoffindustrie.
Industriezentren: Samara, Togliatti, Sysran und Nowokuibyschewsk.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Sonnenblumenanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Saratow

Hauptstadt: Saratow.
Chef der Stadtverwaltung: Tel.:(8452)242457.
Fläche: 100200 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 38 Rayons, 17 Städte.
Einwohner (1989): 2690000.
Chef der Gebietsverwaltung: Juri Wassiljewitsch Belych.
Tel.: (8452) 245086, 241416.
Fax: (8452)242089.
Vorsitzender des Gebietsowjets: Nikolai Sidorowitsch Makarenko.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladimir Georgijewitsch Golowatschow.
Tel.:(8452)241025, 244991.

Das Gebiet liegt im Südosten des osteuropäischen Flachlandes. Hauptstrom ist die Wolga. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Maschinenbau, Erdölverarbeitung, Chemie, Baustoffindustrie, Holzverarbeitung, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Erdöl- und Erdgasförderung.

Industriezentren: Saratow, Engels, Balakowo.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Sonnenblumen- und Zuckerrübenanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Smolensk

Hauptstadt: Smolensk.

Chef der Stadtverwaltung:

Michail Gawrilowitsch Sysmanow.
Tel.:(08100)31181.

Fläche: 49 800 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

25 Rayons, 14 Städte.

Einwohner (1989): 1158000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Valeri Petrowitsch Fatejew.

Tel.:(081 00) 3 66 11, 3 63 08.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Michail Igorewitsch Semjonow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Tel.:(08100)36523, 36518.

Das Gebiet liegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes. Uauptstrom ist der Dnepr. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Chemie, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Kohle- und Torfgewinnung.

Industriezentren: Smolensk, Roslawl, Safonowo, Wjasma, Jarzewo, Gagarin und Werchnedneprowski.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Zuckerrüben- und Sonnenblumenanbau, Viehwirtschaft.

Gebiet Swerdlowsk

Hauptstadt: Jekaterinburg
(vor 1991: Swerdlowsk).

Chef der Stadtverwaltung:

Arkadi Michailowitsch Tschernezki.
Tel.:(3432)589218, 513426.

Fläche: 194800 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 30 Rayons, 44 Städte.

Einwohner (1989): 4 721 000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Eduard Ergartowitsch Rössel.
Tel.:(3432) 51 1365, 589587.

Fax: (3432)589103.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Anatoli Viktorowitsch Grebjonkin.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Vitali Wladimirowitsch Maschkow.

Tel.:(3432) 512161, 589562.

Das Gebiet liegt an den Ost- und teilweise an den Westhängen des Mittel- und Nordurals. Wichtigste Gewässer sind die Zuflüsse von Ob und Kama. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ural.

Industrie: Eisen- und

Nichteisenhüttenwesen, Maschinenbau, Chemie, Holzgewinnung, Holzverarbeitung, Papierproduktion, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Gewinnung von Eisen- und Kupfererzen, Bauxiten, Asbest und Kohle.

Industriezentren: Jekaterinburg, Nishni Tagil, Petrouralsk, Krasnouralsk, Serow, Alapajewsk und Kamensk-Uralski.

Landwirtschaft: Getreideproduktion und Viehzucht.

Gebiet Tambow

Hauptstadt: Tambow.

Chef der Stadtverwaltung:

Valeri Nikolajewitsch Kowal.
Tel.:(07522)28440.

Fläche: 34300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 23 Rayons, 8 Städte.

Einwohner (1989): 1320000.

Anhang

Chef der Gebietsverwaltung:

Wladimir Dmitrijewitsch Babenko.
Tel.: (07522) 222528, 221061.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Alexander Iwanowitsch Rjabow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Valentin Wladimirowitsch Dawituliani.
Tel.: (07522) 223301.

Das Gebiet liegt im Zentralteil der Oka-Don-Ebene und gehört zum Wirtschaftsgebiet Schwarzerde-Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Chemie. Leicht- und Lebensmittelindustrie.

Industriezentren: Tambow, Mitschurinsk, Morschansk, Kotowsk und Rasskasowo.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Zuckerrüben- und Sonnenblumenanbau, Viehzucht, Gemüse- und Obstanbau.

Gebiet Tjumen

Hauptstadt: Tjumen.

Chef der Stadtverwaltung:

Gennadi Iwanowitsch Raikow.
Tel.: (3452) 246734.

Fläche: 1 435 200 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 37 Rayons, 20 Städte.

Einwohner (1989): 3083000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Juri Konstantinowitsch Schafranik.
Tel.: (3452) 265180.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Wladimir Iljitsch Uljanow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Stanislaw Vitaljewitsch Selesnjow.
Tel.: (3452) 262984, 293382.

Das Gebiet liegt im westsibirischen Tiefland. Die Hauptströme sind Ob, Tas, Pur und Nadym. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Westsibirien.

Industrie: Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie,

Holzgewinnung, Holzverarbeitung, Lebensmittelproduktion.

Industriezentren: Tjumen, Tobolsk, Surgut, Nishnewartowsk und Nadym.

Landwirtschaft: Viehzucht, Getreideproduktion, Lein- und Gemüseanbau, Rentier- und Edelpelztierzucht, Pelztierjagd.

Gebiet Tomsk

Hauptstadt: Tomsk.

Chef der Stadtverwaltung: Juri Piljawin.
Tel.: (382) 232322.

Fläche: 316900 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 16 Rayons, 5 Städte.

Einwohner (1989): 1001000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Viktor Melchiorowitsch Kress.
Tel.: (382) 222505. Fax: (382) 224884.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Grigori Andrejewitsch Schamin.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Stepan Stepanowitsch Sudakschin.
Tel.: (382) 222030.

Das Gebiet liegt im Südosten des westsibirischen Tieflandes. Die Hauptströme sind Ob, Tom, Tschulym und Wasjagan. Über die Hälfte des Gebiets ist bewaldet. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Westsibirien.

Industrie: Erdölförderung, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Elektroindustrie, Holzgewinnung, Holzverarbeitung, Chemie, Lebensmittelproduktion.

Industriezentren: Tomsk, Kolpaschewo, Assino und Streshewoi.

Landwirtschaft: Viehzucht, Getreideproduktion, Gemüse- und Leinanbau, Fischerei, Pelztierjagd und -zucht.

Gebiet Tscheljabinsk

Hauptstadt: Tscheljabinsk.

Chef der Stadtverwaltung:

Wjatscheslaw Michailowitsch Tarassow.
Tel.: (3512) 333805

d) Gebiete der Russischen Föderation

Fläche: 87900 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

24 Rayons, 27 Städte.

Einwohner (1989): 3626000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Wadim Pawlowitsch Solowjow.

Tel.:(3512)339241. Fax:(3512)331283.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Pjotr Iwanowitsch Summ.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Wladimir Valentinowitsch Selesnjow.

Tel.:(3512)333067, 334303.

Das Gebiet liegt im Südural und Transural.

Wichtigste Gewässer sind die Flüsse Ural und Miass sowie der Uwildy- und der Tugojaksee. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ural.

Industrie: Eisen- und

Nichteisenhüttenwesen, Bergbau (Eisen- und Nichteisenerze, Magnesit, Kohle, mineralische Baustoffe).

Industriezentren: Tscheljabinsk, Magnitogorsk, Miass, Slatoust, Kopejsk, Korkino und Troizk.

Landwirtschaft: Viehzucht, Getreideproduktion, Gemüse- und Obstanbau.

Gebiet Tschita

Hauptstadt: Tschita.

Chef der Stadtverwaltung:

Rawil Faritowitsch Geniatulin.

Tel.:(30222) 32101.

Fläche: 431 500 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 31 Rayons, 10 Städte.

Einwohner (1989): 1378000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Boris Petrowitsch Iwanow.

Tel.:(30222)33493, 32184.

Fax:(30222)30222.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Alexander Fadejewitsch Epow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Sergej Nikolajewitsch Samoilow.

Tel.:(30222)33492, 32901.

Das Gebiet liegt in Transbaikalien.

Wichtigste Ströme sind die Zuflüsse des Baikalsees, der Lena und des Amur. Über die Hälfte des Gebiets ist bewaldet. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Ostsibirien.

Industrie: Bergbau (Gold, Molybdän, Zinn, Zinn-Zink-Erze), Eisenhüttenwesen, Maschinenbau, Holzgewinnung und -Verarbeitung.

Industriezentren: Tschita, Nertschinsk, Darassun, Olowjannaja und Tarbagatai.

Landwirtschaft: Vieh- und Rentierzucht, Pelztierjagd.

Gebiet Tula

Hauptstadt: Tula.

Chef der Stadtverwaltung:

Nikolai Jegorowitsch Tjagliwy.

Tel.:(0872) 278088.

Fläche: 25 700 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

23 Rayons, 21 Städte.

Einwohner (1989): 1868000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Nikolai Wassiljewitsch Sewrjugin.

Tel.:(0872) 2788436.

Vorsitzender des Gebietsowjets:

Juri Iwanowitsch Litwinzew.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Viktor Georgjewitsch Kusnezow.

Tel.:(0872) 314162, 205751.

Das Gebiet liegt im Zentralteil des osteuropäischen Flachlandes, Norden des mitelrussischen Hochlands. Die Hauptströme sind Oka, Upa und Osjotr. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Chemie, Eisenhüttenwesen, Baustoff-, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Braunkohlegewinnung.

Industriezentren: Tula, Nowomoskowsk, Stschokino, Alexin, Uslowaja und Jefremow.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Zuckerrübenanbau und Viehzucht.

Anhang

Gebiet Twer

(vor 1990: Kalinin)

Hauptstadt: Twer (vor 1990: Kalinin).

Chef der Stadtverwaltung:

Alexander Petrowitsch Beloussow.

Tel.: (08222)30131.

Fläche: 84 100 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

36 Rayons, 23 Städte.

Einwohner (1989): 1 670.

Chef der Gebietsverwaltung:

Wladimir Antonowitsch Suslow.

Tel.: (08222)31050.

Vorsitzender des Gebietssovjets:

Michail Alexandrowitsch Schestow.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Viktor Iwanowitsch Below.

Tel.: (08222)35025, 30261.

Das Gebiet liegt im Zentraltel des osteuropäischen Flachlandes. Wichtigste Gewässer sind die Flüsse Wolga, Mologa und Twerza sowie der Seliger- und über 500 weitere Seen. Ein Drittel des Gebiets ist bewaldet. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Leichtindustrie, Chemie, Holzverarbeitung, polygraphische Industrie, Glas-, Porzellan- und Steingutindustrie.

Industriezentren: Twer, Wyschni Wolotschok, Rshew, Torshok und Kimry.

Landwirtschaft: Leinbau, Viehzucht, Gemüseanbau.

Gebiet Uljanowsk

Hauptstadt: Uljanowsk.

Chef der Stadtverwaltung: Sergej

Nikolajewitsch Jermakow.

Tel.: (842) 313080.

Fläche: 37300 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung: 20 Rayons, 6 Städte.

Einwohner (1989): 1 400 000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Juri Frolowitsch Gorjatschew.

Tel.: (842) 312506, 313252.

Vorsitzender des Gebietssovjets:

Wladimir Loginowitsch Rasumow.

Das Gebiet liegt an der Wolga und gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Maschinenbau, Leicht- und Baustoffindustrie, Holzverarbeitung.

Industriezentren: Uljanowsk und Melekess.

Landwirtschaft: Getreideproduktion, Viehzucht, Sonnenblumen- und Zuckerrübenanbau.

Gebiet Wladimir

Hauptstadt: Wladimir.

Chef der Stadtverwaltung: Igor Wassiljewitsch Schamow. Tel.: (09222) 328 17.

Fläche: 29 000 Quadratkilometer.

Administrative Gliederung:

16 Rayons, 21 Städte.

Einwohner (1989): 1 654000.

Chef der Gebietsverwaltung:

Juri Wassiljewitsch Wlassow.

Tel.: (09222) 25252.

Vorsitzender des Gebietssovjets:

Wladimir Alexandrowitsch Kaljagin.

Vertreter des Präsidenten Rußlands:

Nikolai Sergejewitsch Jegorow.

Tel.: (09222)25362.

Das Gebiet liegt im Zentraltel des osteuropäischen Flachlandes. Die Hauptflüsse sind Oka und Kljasma. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Leicht-, Chemie- und Glasindustrie, Kunstgewerbe (Stickerien, Schmuckwaren, Lackmalerei).

Industriezentren: Wladimir, Kowrow, Murom, Alexandrow, Koltschugino, Wjasniki, Gus-Chrustalny.

Landwirtschaft: Viehzucht, Gemüse- und Obstanbau.

Gebiet Wolgograd

Hauptstadt: Wolgograd.

Chef der Stadtverwaltung: Juri Viktorowitsch Tschechow. Tel.: (8442) 3350 10.

d) Gebiete der Russischen Föderation

Fläche: 113900 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 33 Rayons, 18 Städte.
Einwohner (1989): 2 593 000.
Chef der Gebietsverwaltung:
Iwan Petrowitsch Schabunin.
Tel.: (8442) 336688.
Fax: (8442) 364757.
Vorsitzender des Gebietsowjets:
Alexander Gawrilowitsch Morosow.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Jewgeni Stepanowitsch Kusnezow.
Tel.:(8442)335820, 336841.

Das Gebiet liegt im Südosten des osteuropäischen Flachlandes. Die Hauptströme sind Wolga und Don. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Wolga.

Industrie: Erdölverarbeitung, Chemie, Petrochemie, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Eisen- und Nichteisenhüttenwesen, Baustoffindustrie, Holzverarbeitung, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Erdöl- und Erdgasförderung.
Industriezentren: Wolgograd, Wolshski und Kamyschin.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Anbau von Sonnenblumen, Obst, Senf und Kürbisfrüchten, Viehwirtschaft.

Gebiet Wologda

Hauptstadt: Wologda.
Chef der Stadtverwaltung:
Boris Walerjewitsch Upadyschew.
Tel.: (81722) 20042, 20121.
Fläche: 145 700 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 26 Rayons, 15 Städte.
Einwohner (1989): 1 354 000.
Chef der Gebietsverwaltung: Nikolai Michailowitsch Podgornow.
Tel.:(81722)20764, 22380.
Vorsitzender des Gebietsowjets: Gennadi Timofejewitsch Chripel.
Vertreter des Präsidenten Rußlands: Guri Wassiljewitsch Sudakow.
Tel.:(81722)29395, 51326.

Das Gebiet liegt im Nordosten des osteuropäischen Flachlandes. Die Hauptströme sind Suchona, Jug, Scheksna und Mologa. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Nord.

Industrie: Eisenhüttenwesen, Holzgewinnung und -Verarbeitung, Maschinenbau, Glas-, Leicht- und Lebensmittelindustrie, Kunstgewerbe (Spitzen, Silber, Gewebe).
Industriezentren: Wologda, Tscherepopez, Weliki Ustjug und Sokol.
Landwirtschaft: Viehzucht, Lein- und Gemüseanbau, Geflügelzucht.

Gebiet Woronesch

Hauptstadt: Woronesh.
Chef der Stadtverwaltung: Juri Serafimowitsch Tschernow.
Tel.: (0732) 550427.
Fläche: 52 400 Quadratkilometer.
Administrative Gliederung: 32 Rayons, 14 Städte.
Einwohner (1989): 2470000.
Chef der Gebietsverwaltung (Gouverneur):
Alexander Jakowlewitsch Kowaljow.
Tel.: (0732) 552737, 554534.
Vorsitzender des Gebietsowjets: Iwan Michailowitsch Schabanow.
Vertreter des Präsidenten Rußlands:
Viktor Alexejewitsch Dawydkin.
Tel.:(0732)553424.

Das Gebiet liegt im mittellRussischen Hochland. Die Hauptströme sind Choper und Bitjug. Das Territorium gehört zum Wirtschaftsgebiet Schwarzerde-Zentrum.

Industrie: Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie-, Baustoff- und Lebensmittelindustrie.
Industriezentren: Woronesch, Borisoglebsk, Gheorghiu-Dej, Rossosch und Kalatsch.
Landwirtschaft: Getreideproduktion, Zuckerrüben-, Sonnenblumen- und Gemüseanbau, Viehwirtschaft.

Glossar zur deutschen Ausgabe

ASSR, Abkürzung für *Autonome Sozialistische Sowjetrepublik*. Die insgesamt zwanzig ASSR waren die zweithöchsten Gebietseinheiten der ehemaligen Sowjetunion. Die meisten Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken lagen auf dem Territorium des heutigen Rußland (16), die anderen in der Sozialistischen Sowjetrepublik Aserbeidschan (1), Georgien (2) und Usbekistan (1.) → SSR

Börse. Wo im Text von «Börsen» die Rede ist, sind nicht Wertpapierbörsen, sondern Warenbörsen gemeint. Auf solchen Güterbörsen sind Industrieprodukte zu sehen und direkt zu kaufen beziehungsweise zu tauschen; eine Hauptfunktion dieser Börsen bestand ursprünglich darin, den Umschlag landwirtschaftlicher Güter vom Land in die städtischen Ballungsräume zu organisieren. Die ersten Börsen entstanden deshalb in bzw. bei Großstädten, in St. Petersburg und in Moskau.

Curie → Messung radioaktiver Strahlung

Geheimstädte. Die Standorte, an denen in der Sowjetunion Atomwaffen produziert wurden, gehörten zu den bestgehüteten Geheimnissen während des kalten Krieges. Die Wissenschaftler und Mitarbeiter der Atomforschung und -produktionszentren durften diese zu Sperrzonen erklärten Städte so gut wie nicht verlassen und auch keinen Besuch erhalten. Die meisten «Atom-Geheimnisträger» lebten in den zehn «geschlossenen Städten», die als Kern des Atombombenproduktionskomplexes errichtet worden waren: Arsamas-16, Krasnojarsk-26, Krasnojarsk-45, Swerdlowsk-44, Swerdlowsk-45, Sla-toust-36, Tomsk-7, Pensa-19, Tscheljabinsk-65 (ehemals Tscheljabinsk-40), Tscheljabinsk-70.

Die Namen dieser Städte sind Tarnbezeichnungen. Arsamas-16 beispielsweise ist bis heute nicht in den geographischen Karten eingezeichnet, es liegt zwischen Nischni Nowgorod und Saransk; von der Stadt Arsamas ist Arsamas-16 über hundert Kilometer entfernt. Das zivile Arsamas hatte 15 Stadtbezirke; der Tarnname für die Rüstungsgeheimstadt Arsamas-16 hat eine praktische Funktion, er dient wie ein Schließfach als Postanschrift.

IAEA, Abkürzung für *International Atomic Energy Agency*, die Internationale Atomenergieorganisation (deutsch auch: IAEO). Die IAEA, die ihren Hauptsitz in Wien hat, wurde 1956 gegründet; sie ist eine Unterorganisation der UNO und ging aus Eisenhowers *Atom-for-peace-Kampagne* von 1953 hervor. Über 100 Staaten sind Mitglied der IAEA. Zu den Organisationszielen gehören: der «Austausch von Informationen» auf dem Gebiet der Atomenergie, die «Unterstützung von Entwicklungsländern», Sicherheitskontrollen (um nuklearen Spaltstoffhandel aufzudecken) und die Überwachung des Atomwaffensperrvertrages.

Messung radioaktiver Strahlung. (A) Zur Messung eines *radioaktiven Inventars*, der Aktivität eines radioaktiven Stoffes, wird angegeben, wieviel Atomkerne pro Sekunde zerfallen. Die heute übliche Einheit ist Becquerel (abgekürzt: Bq). Definition: Eine bestimmte Menge radioaktiver Atome besitzt die Aktivität von 1 Becquerel, wenn pro Sekunde genau ein Kern zerfällt. Die ursprünglich gebräuchliche Maßeinheit ist *Curie* (abgekürzt: Ci). Definition: Die Aktivität von 1 Curie liegt vor, wenn $3,7 \cdot 10^{10}$ (= 37 Milliarden) Atome je Sekunde zerfallen. Im Text werden Werte nach der Maßeinheit Curie angegeben, 1 Curie = 37 Milliarden Becquerel.

(B) Zur Messung der *Wirkung von Strahlung auf Materie und Organismen* wird entweder die Zahl der in dieser Materie erzeugten Ionenpaare (Ionendosis) oder die von ihr absorbierte Energie (Energiedosis) angegeben. Die ursprünglich gebräuchliche Maßeinheit der Ionendosis ist das *Röntgen* (abgekürzt: R). Definition: Die Ionendosis von 1 Röntgen liegt vor, wenn durch Gamma- oder Röntgenstrahlung in 1 Kubikzentimeter trockener Luft unter Normalbedingungen (1,293 Milligramm Luft) eine Ionenmenge von einer elektrostatischen Ladungseinheit erzeugt wird. Die inzwischen gebräuchliche Einheit für die Ionendosis ist Coulomb pro Kilogramm (C/kg). Im Text werden Werte nach der Maßeinheit Röntgen angegeben, 1 Röntgen = $2,58 \cdot 10^4$ Coulomb pro kg.

MWD, amtliche Abkürzung für das 1946 gegründete Ministerium des Inneren.

NKWD, Abkürzung für *Volkskommissariat des Innern*; von 1917 bis 1946 die Bezeichnung des «Innenministeriums» der Sowjetunion. Dem NKWD war seit 1934 die politische Polizei (GPU) eingegliedert.

Röntgen → Messung radioaktiver Strahlung

SSR, Abkürzung für *Sozialistische Sowjetrepublik*. Die 15 SSR, die «Unionsrepubliken», waren die höchsten Gebietseinheiten in der ehemaligen Sowjetunion: (1) Russische SFSR, (2) Armenische SSR, (3) Aserbeidschanische

Glossar zur deutschen Ausgabe

SSR, (4) Estnische SSR, (5) Georgische SSR, (6) Kasachische SSR, (7) Kirgisische SSR, (8) Lettische SSR, (9) Litauische SSR, (10) Moldauische SSR, (11) Tadschikische SSR, (12) Turkmenische SSR, (13) Ukrainische SSR, (14) Usbekische SSR, (15) Weißrussische (Belorussische) SSR.

Das **Unionsministerium für Mittleren Maschinenbau**, gegründet 1953, war das für die Atomindustrie der ehemaligen Sowjetunion zuständige Regierungsressort. Nach der Katastrophe von Tschernobyl kam es zu einigen Umbesetzungen an der Spitze des Ministeriums. 1989 wurden im neuen «Ministerium für Kernenergie» das Management über die gesamte sowjetische Atomindustrie faktisch in die Hände der Waffenproduzenten gelegt, denen die politische Führung offensichtlich mehr Kompetenz und Erfahrung zutraute. Zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Ressortführung gehörte freilich von Anfang an, den *zivilen* Anteil an der Produktion des Ministeriums auszudehnen. Seit Dezember 1988, als Gorbatschow ein Konversionsprogramm ankündigte, wurde die Umorientierung mit großem Nachdruck betrieben. Mitte der achtziger Jahre waren etwa 2/3 der Gelder des Ministeriums der Rüstung zugeflossen, 1990 hatte sich der Anteil auf 50 Prozent gesenkt.

Währungsentwicklung. Wegen gespaltener Rubelkurse und der starken Inflation sind Rubelwertangaben, wie sie im Text oft gemacht werden, nicht so ohne weiteres nachzuvollziehen.

Bis zum 31. 10. 1990 war der sogenannte *offizielle Kurs* («Valutarubel») für alle kommerziellen Devisentransaktionen maßgeblich. Von der russischen Zentralbank wird zwar weiterhin bis heute ein «offizieller Kurs» ausgegeben, er ist aber inzwischen nur noch für eingehende Zahlungen aus früheren Krediten an Entwicklungsländer oder für besondere Transaktionen gültig, für die der offizielle Kurs vereinbart worden ist.

Nach dem *offiziellen Kurs* waren 100 US-Dollar = Rubel:

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1990	60,8	60,1	60,8	61,3	60,5	60,2	59,3	58,1	57,3	56,5	55,42	55,9
1991	56,4	54,8	56,4	58,7	59,9	59,6	60,8	59,6	59,7	58,2	57,8	57,3
1992	56,2	57	58,3	58	57,6	56,5	55,3	54,8	53,3	54,3	57,1	57,4
1993	58,3	58,5	58,5									

Für den Rubelkauf von ausländischen Privatpersonen und den Kauf freikonvertibler Währungen durch inländische Privatpersonen galt der sogenannte *Sonderkurs* (mit Unterbrechungen) bis Ende 1991. Dieser Sonderkurs war ein Vielfaches des offiziellen Kurses und folgte ziemlich genau dessen Schwankungen: Nach dem

Glossar zur deutschen Ausgabe

Sonderkurs mußten für 100 Dollar durchschnittlich etwa 10mal soviel Rubel bezahlt werden wie nach dem offiziellen Kurs.

Seit dem 1. 7.1992 gibt es in Rußland einen einheitlichen Rubel-Umrechnungskurs, den sogenannten *Marktkurs*. Nach dem Marktkurs war 1 US-Dollar = Rubel:

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1992							140,3	166,7	217,6	344,2	422,95	415,46
1995	456,9	567,3	662									

(gerundeter Monatsdurchschnitt; nach Angaben der Deutschen Bundesbank)

Wirtschaftsgebiete. Wo im Text von Wirtschaftsregionen die Rede ist, sind nicht industrielle Ballungsräume gemeint, sondern Gebietseinheiten, in die die Wirtschaftsplaner das ganze Staatsgebiet der ehemaligen UdSSR unterteilt hatten. Dies hat der Wirtschaftsstruktur des Landes bis heute ihren Stempel aufgedrückt: Die heute sichtbar werdenden politischen Bruchstellen sind in der Raumgliederung der alten Wirtschaftsplanung oftmals vorgezeichnet.

Die Kriterien der wirtschaftlichen Raumgliederung hingen in der ehemaligen Sowjetunion (seit 1920) von den politischen Perspektivplanungen ab; nahezu jeder neue Perspektivplan erbrachte Änderungen in der Raumplanung. Wirtschaftliche und administrative Territorialgliederungen mußten sich nicht unbedingt decken, in Ausnahmefällen konnten Wirtschaftsgebiete sogar über Verwaltungsgrenzen hinausgreifen.

In der Ära nach Stalin wurden neue Prinzipien eingeführt: Jedes Wirtschaftsgebiet sollte ein Produktionskomplex sein, der sich ständig durch neue Produktionszweige ausdifferenzieren und eine arbeitsteilig verflochtene Einheit bilden sollte. Die Grenzen der Unionsrepubliken sollten nun respektiert werden und unverletzlich sein; als Prinzip galt, daß die wirtschaftliche Raumgliederung auf der administrativen basieren sollte.

1961 wurden 19 wirtschaftliche Großgebiete ausgewiesen, die auf Autarkie hin entwickelt wurden: (1) Nordwesten, (2) Zentrum, (5) Schwarzerde-Zentrum, (4) Wolga-Wjatka, (5) Nordkaukasien, (6) Wolga, (7) Ural, (8) Westsibirien, (9) Ostsibirien, (10) Ferner Osten, (11) Donez-Dnjepr, (12) Südwesten, (13) Süden, (14) Baltikum, (15) Transkaukasien, (16) Mittelasien, (17) Kasachische SSR, (18) Belorussische SSR, (19) Moldauische SSR.

Die Reformpläne Chruschtschows wurden in den siebziger Jahren nach und nach wieder in Richtung einer stärkeren Zentralisierung revidiert.

Atombombenexplosionen durchgeführt. Natürlich wurde dabei auch das Erdgas kontaminiert. (Das haben dann westliche Umweltschützer/innen festgestellt, als in bayerischen Haushalten der Geigerzähler tickte, wenn der Gasherd eingeschaltet wurde.) Es gibt eine Republik, in der allein im Sommer letzten Jahres noch rund 40 000 Häftlinge in 141 Straflagern lebten und starben. Die Sklavenarbeit der GULags hat nach wie vor einen festen Platz in der niedergehenden GUS-Wirtschaft.

Eine andere Republik sitzt, so Georgi Watschnadse, «wie ein Bettler auf einem Sack voller Brillanten». Allein von dem riesigen Diamanten, der hier unlängst gefunden wurde, könnte die Republik ein ganzes Jahr leben. Trotzdem herrscht in der Republik große Armut. Sollte sie sich abspalten, würde das russische Finanzsystem völlig zusammenbrechen. Während im Rest Rußlands noch 1992 der Besitz einer Gasflasche unter Strafe stand, werden im Kaukasus heute die Bürger ermuntert, sich privat zu bewaffnen. Dort gibt es einen Präsidenten, einen ehemaligen rebellischen Fliegergeneral, der wegen seiner Drohung gefürchtet ist, Moskau durch Terroranschläge in ein zweites Beirut zu verwandeln, Atomanlagen in die Luft zu jagen oder russische

Städte zu besetzen. Es gibt einfach zu viele Waffen, zu viele arbeits- und wohnungslose Soldaten. In der russischen Presse gehört es heute zum Tagesthema, darüber zu rätseln, wer wann wieder wieviele Atomsprengköpfe gestohlen hat. Der Staat macht Panikverkäufe. Die drittgrößte Kernfusionsanlage der Welt z. B. wurde angeblich 1992 an China verkauft, im Tausch gegen Oberbekleidung und Computer im Wert von gerade mal 45500 Dollar. Das gesamte russische SDI-Know-how wurde für 50 Millionen Dollar verschandelt. 1600 wenig gebrauchte Kampfflugzeuge stehen zum Verkauf, das Dreifache der französischen Luftwaffe. 1000 modernste Kampfpanzer gingen unlängst an den Iran.

Alle Regionen haben mit unfaßbaren Umweltproblemen zu kämpfen. Die Ökologie macht an Grenzen nicht halt. Es kam bereits zu Fällen von Öko-Erpressung für Devisen. Die Konversion von der Rüstungsgüterproduktion in friedliche Produktion ist weit schwieriger, als man im Westen glaubt. Watschnadse erklärt, warum. Funktioniert sie nicht, droht der Russischen Föderation der Kollaps. Angesichts der ökologischen Probleme und des immensen Waffenlagers ein extrem unangenehmer Gedanke.

Dies ist wohl das schockierendste Buch unseres Verlages, seit wir 1981 die Öko-Prognose «Global 2000» veröffentlichten. Geschrieben hat es Georgi Watschnadse, früher Journalist bei Tass und APN, heute Mitglied der Akademie der Wissenschaften und UNESCO-Mitarbeiter. Er hat (seit Aufhebung der Zensur) aus freizugänglichen Quellen eine ökologische, wirtschaftliche und politische Momentaufnahme der Russischen Föderation erstellt. Eine Bilanz des Zorns, der Trauer und der verzweifelten Hoffnung.

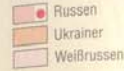
ISBN 3-86150-013-2

Die GUS und die Russische Föderation

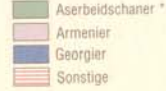


Staatliche Gliederung und Nationalitäten

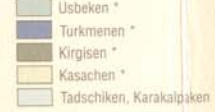
europäischer Teil



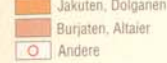
Kaukasien



Kasachstan-Mittelasien

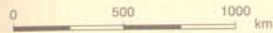


Sibirien

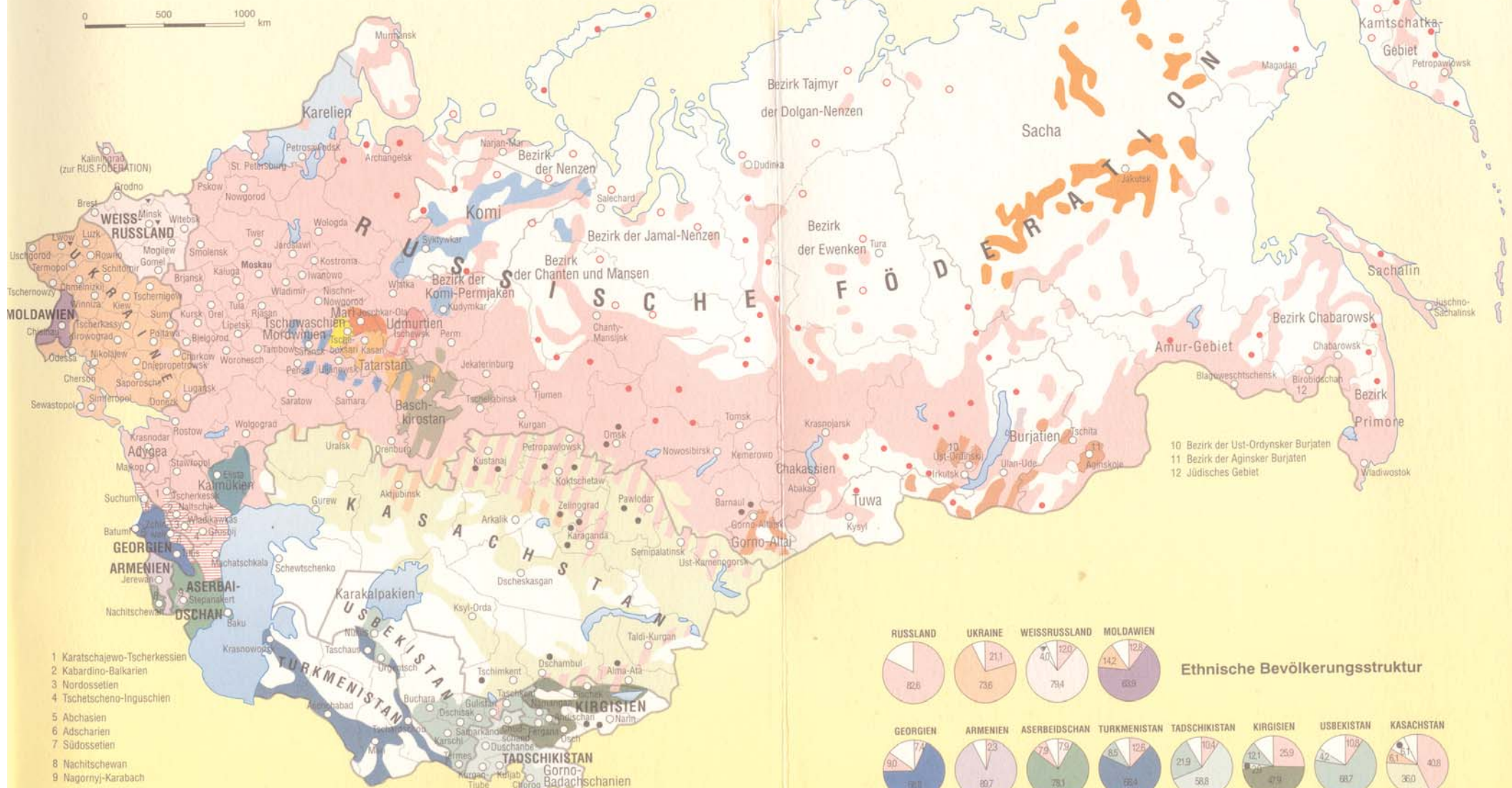


□ wenig bzw. nicht besiedelt

— Grenzen der Staaten
 — Grenzen der Autonomen Republiken und Autonomen Gebiete
 — Grenzen der Gebiete (oblast) oder Gauen (kraj)



* Völker mit muslimischem Glaubensbekenntnis



- 1 Karatschajewo-Tscherkessien
- 2 Kabardino-Balkarien
- 3 Nordossetien
- 4 Tschetscheno-Inguschien
- 5 Abchasien
- 6 Adscharien
- 7 Südossetien
- 8 Nachitschewan
- 9 Nagornyj-Karabach

